This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

600025979

Denkwürdigkeiten

aus

den Papieren

des

Freiherrn Christian Friedrich v. Stockmar.

Die Herausgabe einer Ueberſetzung in franzöſiſcher und engliſcher Sprache,
ſowie in anderen modernen Sprachen wird vorbehalten.

Seiner lieben Frau,

der treuen Mitarbeiterin,

der Verfasser.

Vorrede.

Die nachstehenden Denkwürdigkeiten sind nur zu einem geringen Theil Aufzeichnungen meines Vaters, welche er zur Veröffentlichung bestimmt gehabt hatte. Das zu Grunde liegende Material besteht vielmehr hauptsächlich in Briefen von Stockmar und an ihn, Tagebüchern und sonstigen Niederschriften, die er rein für sich gemacht.

Dem Inhalt nach sind die Denkwürdigkeiten, abgesehen von den drei ersten Capiteln, welche zur Geschichte des königlich englischen und des Hof's von Claremont gehören, Beiträge zur politischen Zeitgeschichte. Die meisten Abschnitte beziehen sich auf Vorgänge, an denen mein Vater persönlich, sei es als Mithandelnder, sei es als günstig gestellter Zuschauer, betheiligt war. Thatsachen und Betrachtungen sind stets möglichst in seinen eigenen Worten gegeben. Einige Capitel liefern historisch interessante Mittheilungen nach den hinterlassenen Papieren über Gegenstände, zu denen Stockmar selbst außer Beziehung stand.

Das Ganze ist keine einheitliche Composition. Es ist eine Sammlung von Bruchstücken, hoffentlich einigermaßen faßlich und genießbar zusammengestellt, verbunden und erläutert. Für den größten Theil dieser Fragmente liegt aber ein inneres Band darin, daß die Dinge gegeben werden, wie sie sich in der Auffassung meines Vaters darstellten. Insofern werden die Denkwürdigkeiten zu einer Schilderung des Mannes.

Gleichwohl lassen sie manche Seite desselben nicht heraustreten, seine Persönlichkeit und sein äußeres Leben als Ganzes nicht zur Anschauung kommen. Deshalb habe ich eine biographische Skizze vorausgeschickt.

Im Mai 1872.

E. Stockmar.

Inhalts-Uebersicht.

Biographische Skizze.

S. 1 ff. Die Vorfahren Stockmar's: Vater, Mutter, Geschwister. — S. 4. Die Jugend Stockmar's. — S. 5. Universitätsstudium als Arzt und dessen Bedeutung für sein späteres Leben. — S. 7. Bekanntschaft mit Rückert. Die Franzosenzeit. — S. 8. Practischer Arzt in Coburg. Gedicht von Rückert. S. 9 ff. Vertrauter Verkehr mit dem Dichter. — S. 13. Die Kriegsjahre und der Dienst in den Lazarethen, dann im Felde. — S. 14. Leibarzt des Prinzen Leopold. — S. 15 ff. Das Wesen Stockmar's. — S. 19. Leben in England. Tod der Prinzeß Charlotte. Persönliches Verhältniß zum Prinzen. — S. 20. Hofmarschall und geadelt. Die Bildungsschule in England. — S. 21. Heirath Stockmar's. — S. 22. Leopold's griechische Throncandidatur. — S. 23. Die belgischen Angelegenheiten 1831 bis 1834. Stockmar's Ansicht von der Haltbarkeit Belgiens. Verhältniß zu belgischen Staatsmännern. — S. 27 ff. Austritt aus dem Dienstverhältniß. Eröffnung einer neuen Wirksamkeit in England. Großjährigkeit und Thronbesteigung der Königin Victoria. — S. 29 ff. Deren projectirte Vermählung. Stockmar's Reise nach Italien mit Prinz Albert. — S. 31. Die erste Zeit nach der Vermählung. — S. 32 ff. Stockmar's Wirksamkeit und Leben am englischen Hof während der nächsten 17 Jahre. — S. 39 ff. Seine Theilnahme an der deutschen Politik 1848 bis 1850. — S. 42. Beziehungen zu dem Prinzen und der Prinzessin von Preußen. Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm und der Prinzeß Victoria. — S. 43. Stockmar's Abschied von England und vom thätigen Leben. — S. 44. Sein Ausflug nach Potsdam und Berlin Herbst 1858. — S. 48. Letzte Beziehungen zum belgischen, englischen und preußischen Königshaus. — S. 50. Zunehmendes Körperleiden. Verkehr mit Freunden. — S. 51. Schmerzliche Erlebnisse der letzten Jahre. — S. 52. Stockmar's Betrachtungen und innere Einkehr. Sein Glaubensbekenntniß. — S. 55. Rückblick auf seine Vergangenheit. — S. 56. Wohlthätigkeit. Tod. Das ihm von seinen fürstlichen Freunden gestiftete Denkmal. Die Hauptsumme seines Lebens. Die Beschränkung, die ihm dessen Aufgabe auferlegte.

Vorrede.

Die nachstehenden Denkwürdigkeiten sind nur zu einem geringen Theil Aufzeichnungen meines Vaters, welche er zur Veröffentlichung bestimmt gehabt hatte. Das zu Grunde liegende Material besteht vielmehr hauptsächlich in Briefen von Stockmar und an ihn, Tagebüchern und sonstigen Niederschriften, die er rein für sich gemacht.

Dem Inhalt nach sind die Denkwürdigkeiten, abgesehen von den drei ersten Capiteln, welche zur Geschichte des königlich englischen und des Hofs von Clarenmont gehören, Beiträge zur politischen Zeitgeschichte. Die meisten Abschnitte beziehen sich auf Vorgänge, an denen mein Vater persönlich, sei es als Mithandelnder, sei es als günstig gestellter Zuschauer, betheiligt war. Thatsachen und Betrachtungen sind stets möglichst in seinen eigenen Worten gegeben. Einige Capitel liefern historisch interessante Mittheilungen nach den hinterlassenen Papieren über Gegenstände, zu denen Stockmar selbst außer Beziehung stand.

Das Ganze ist keine einheitliche Composition. Es ist eine Sammlung von Bruchstücken, hoffentlich einigermaßen faßlich und genießbar zusammengestellt, verbunden und erläutert. Für den größten Theil dieser Fragmente liegt aber ein inneres Band darin, daß die Dinge gegeben werden, wie sie sich in der Auffassung meines Vaters darstellten. Insofern werden die Denkwürdigkeiten zu einer Schilderung des Mannes.

Gleichwohl lassen sie manche Seite desselben nicht heraustreten, seine Persönlichkeit und sein äußeres Leben als Ganzes nicht zur Anschauung kommen. Deshalb habe ich eine biographische Skizze vorausgeschickt.

Im Mai 1872.

E. Stockmar.

Inhalts-Uebersicht.

[illegible]

[illegible]

Erstes Capitel.

Der Abbruch des Verlöbnisses der Prinzeß Charlotte mit dem Prinzen von Oranien 1814.

Seite 60. Jugend der Prinzeß Charlotte. Familienverhältnisse.

„ 62. Project der Heirath mit dem Erbprinzen von Oranien — Verlobung am 12. December 1813. Bruch im Juni 1814.

„ 63. Popularität der Verbindung. Schilderung des Prinzen.

„ 66. Schwierigkeiten aus der Stellung jedes der Verlobten zu seinem Heimathland.

„ 68. Die Frage, wo das junge Paar zunächst seinen Wohnsitz nehmen solle. Zwiespalt der Wünsche.

„ 70. Fremde Einflüsterungen und eigne Neigung bestimmen die Prinzeß, Garantien im Heirathsvertrag gegen einen gezwungenen Aufenthalt im Ausland zu fordern.

„ 71. Verhandlungen unter dem Brautpaar. Brief der Prinzeß an den Regenten (15. April 1814). Gespräch des Regenten mit Miß Knight.

„ 72 ff. Brief der Prinzessin an ihren Vater vom 18. April. Unterredung der Prinzeß mit dem Herzog von York. Die Prinzeß beharrt auf ihrer Forderung. Brief an den Herzog von York 18. April. Correspondenz der Prinzeß mit diesem (22. bis 29. April).

„ 74. Morgenbesuch des Erbprinzen. Correspondenz der Brautleute 30. April bis 4. Mai.

„ 75. Man geht auf die Wünsche der Prinzeß ein. Vorschläge über die Fassung der Clausel im Heirathsvertrag. Mündliche und schriftliche Verhandlungen der Prinzeß mit Lord Liverpool (8. bis 12. Mai).

„ 76 ff. Der Prinz von Oranien Vater giebt seine Zustimmung zu dem Verlangen der Prinzeß — Ebenso der Regent (28. Mai bis 7. Juni) — Der betreffende Artikel des Vertrags allseitig angenommen (10. Juni).

„ 78. Ankunft der verbündeten Souveräne in London (7. Juni) — in deren Gefolge Prinz Leopold. Neuer Zwist des Regenten mit seiner Gemahlin. Parteinahme der Prinzeß und des Erbprinzen. Abbruch des Verlöbnisses (16. resp. 18. Juni) — Brief des Regenten vom 19. Juni.

Seite 79. Staatsſtreich des Regenten vom 12. Juli — Flucht der Prinzeſſin — Ihre Verbannung. — Die angeblichen ruſſiſchen Intriguen.
„ 81. Anhang. Der Bericht des Grafen Van der Duyn über den Abbruch des Verlöbniſſes.

Zweites Capitel.

Am Hofe Leopold's von Coburg 1816 bis 1817.

Seite 83. Stockmar nach England gerufen, um ſeine Stelle als Leibarzt anzutreten (März 1816). Erſte Geſtaltung des Verhältniſſes zum Prinzen. Deſſen Vermählung (2. Mai).
„ 84. Prinz Leopold.
„ 86. Entſtehung und Fortgang ſeiner Beziehungen zu Prinzeß Charlotte.
„ 87. Schilderung der Prinzeß.
„ 90 ff. Das eheliche Verhältniß. Die Umgebungen (Mrs. Campbell, Baron Hardenbroek, Sir Robert Gardiner, Colonel Addenbrooke).
„ 92. Stockmar's Stellung am Hofe, Lage und Stimmung. Baron Juſt.
„ 93 ff. Porträtſkizzen: Die Königin Mutter, der Regent, der Herzog und die Herzogin von York, die Herzöge von Clarence, Kent, Cumberland, Cambridge, Glouceſter — Wellington, Angleſea, Caſtlereagh, Gräfin Lieven — Großfürſt Nicolaus von Rußland.

Drittes Capitel.

Prinzeß Charlotten's Tod November 1817.

Seite 100. Schwangerſchaft der Prinzeß. Hoffnungen der Nation.
„ 101. Stockmar's Zurückhaltung als Arzt.
„ 103 ff. Fehler der ärztlichen Behandlung während der Schwangerſchaft. Verlauf der Geburt — ein todter Knabe — Gefährliche Wendung nach der Geburt — Agonie und Tod der Prinzeß.
„ 105. Der Schmerz des Prinzen. Bund mit Stockmar am Todtenbett. Stimmung des Prinzen.
„ 108. Selbſtmord des Accoucheur's Sir Richard Croft.
„ 109 Stockmar räth dem Prinzen zunächſt in England zu bleiben.

Viertes Capitel.

Seite 111 ff. Die Heirath des Herzogs von Kent, die Geburt der Prinzeß Victoria und der Tod des Herzogs.

Fünftes Capitel.

Die Candidatur Prinz Leopold's zum griechiſchen Thron.

Seite 117. Erſte Einleitungen zu dieſer Candidatur.
„ 118 ff. Verhandlungen mit Capodiſtrias durch Stockmar's Bruder Carl.
„ 125. Friede von Adrianopel. Protocoll vom 3. Februar 1830, welches Leopold den griechiſchen Thron anbietet.
„ 126 ff. Weitere Geſchichte der Candidatur. Die ſchwachen Seiten der vom Prinzen eingenommenen Stellung und die vergeblichen Verſuche ſie zu verbeſſern. Forderungen des Prinzen an die Mächte. Ernüchterung deſſelben. Niederſchlagender Eindruck der von Capodiſtrias eingegangenen Correſpondenz. Der Prinz lehnt definitiv ab.
„ 135 ff. Urtheile von Matuszewicz, Lieven und Stein, Gervinus und Mendelsſohn über den Entſchluß Leopold's.
„ 139. Die wahren Motive ſeiner Entſagung.
„ 145. Würdigung ſeiner Handlungsweiſe.

Sechstes Capitel.

Wellington 1829 bis 1852.

Seite 147 ff. Stockmar's ungünſtiges Urtheil über Wellington als erſten Miniſter.
„ 149. Wellington's Einwirkung auf den Eintritt Polignacs ins franzöſiſche Miniſterium. Wie er ſich in Polignac und den Folgen von deſſen Politik irrt.
„ 151. Stockmar's ſpäteres Urtheil über Wellington, nachdem dieſer von der activen politiſchen Rolle zurückgetreten war.

Siebentes Capitel.

Polignac's Plan zur Umgeſtaltung der Karte Europa's 1829.

Seite 153 ff. Die Actenſtücke — Polignac's Plan — Warum er unausgeführt blieb — Die zu allen Zeiten gleichen franzöſiſchen Gelüſte.

Achtes Capitel.

Die Belgiſche Sache bis zum Vertrag, vom 15. November 1831.

Seite 158. Ausbruch der belgiſchen Revolution, September 1830. Brief der Fürſtin Lieven über den Eindruck in England.

Seite 159. Warum die belgiſche Revolution nicht zum europäiſchen Krieg führte.
„ 160 ff. Eröffnung der Londoner Conferenz — Bases de séparation vom 20. reſp. 27. Januar 1831 — von Belgien verworfen, das ſeinen eigenen Weg zu gehen verſucht — Wahl des Herzogs von Nemours.
„ 162. Belgien ſchlägt einen neuen Weg ein, Miniſterium Lebeau-Devaux. Plan deſſelben. Wahl des Prinzen Leopold und Verſtändigung mit der Conferenz über Modificationen der Bases de séparation.
„ 163. Die erſten Anfänge der Candidatur Leopold's. Belgiſche Deputation nach London — Der Prinz macht ſeine Annahme der Krone von der vorgängigen Vereinbarung mit der Conferenz über die weſentlichen Bedingungen der Conſtituirung Belgiens abhängig und beharrt auf dieſem Standpunkt.
„ 165 ff. Er verſpricht dagegen die belgiſche Verfaſſung eventuell ohne Einſchränkung und Vorbehalt anzunehmen. Stockmar's Einfluß auf dieſe Entſchließung.
„ 167. Wahl Leopold's im belgiſchen Nationalcongreß. Verhandlungen der belgiſchen Commiſſäre mit der Londoner Conferenz über Modificationen der Bases de séparation. Reſultat: Die Belgien günſtigeren 18 Artikel vom 26. Juni.
„ 168. Leopold nimmt die Krone unter der Bedingung an, daß der belgiſche Congreß die 18 Artikel acceptire, was am 9. Juli geſchieht.
„ 169. Precäre Lage Leopold's in Ermangelung beſtimmter Garantien der Großmächte. Dieſe verſprechen erſt ihn als belgiſchen König anzuerkennen, nachdem aber Holland die 18 Artikel verworfen, verſchieben die Nordmächte die Anerkennung. Leopold beſchließt gleichwohl nach Brüſſel zu gehen.
„ 170 ff. Vor ſeiner Abreiſe verzichtet er unter gewiſſen Vorbehalten auf ſein engliſches Jahrgeld. Stockmar's Einwirkung. Brief des Prinzen an Lord Grey. Parlamentsverhandlungen.
„ 176. Leopold's Einzug in Brüſſel (21. Juli). Stockmar's Thätigkeit daſelbſt.
„ 177 ff. Der Einbruch der Holländer. Das Einrücken der Franzoſen. Waffenſtillſtand. Die Haltung des Königs in und nach der Cataſtrophe.
„ 180 ff. Stockmar als vertrauter Agent des Königs nach London geſandt (Ende Auguſt). Ungünſtige Wirkung der Niederlage vom Auguſt auf den weiteren Verlauf der belgiſchen Verhandlungen bei der Conferenz. Unterredungen mit Lords Palmerſton und Grey und Baron Bülow. Talleyrand für Theilung Belgiens. Englands Ungeduld, Belgien von den Franzoſen geräumt zu ſehen.
„ 185. Stockmar ſieht ein, daß Belgien die Durchführung der unveränderten 18 Artikel nicht erlangen könne, ſondern ſich zu Modificationen verſtehen müſſe; empfiehlt als Schutzmittel gegen die franzöſiſchen Intriguen die Verbindung Leopold's mit einer Tochter Louis Philippe's.

Seite 186 ff. Frankreich will Belgien räumen. Unterredung mit König Wilhelm IV.
„ 188 ff. Belgiens ſchwierige Stellung zwiſchen Frankreich und den übrigen Mächten. Talleyrand's Haltung. Gedanken an einen zweiten Angriff der Holländer.
„ 192. Der Fall Warſchaus und ſeine ungünſtige Wirkung für Belgien.
„ 193. Die Speculationen der franzöſiſchen Legitimiſten auf allgemeinen Krieg.
„ 194 ff. Lord William Ruſſell über Leopold. Die Conferenz beſchließt am 14. October die 24 Artikel. Stockmar räth zu deren Annahme. Seine Gründe gegen Abdankung des Königs und gegen deſſen perſönliche Bedenken in Betreff der Annahme der 24 Artikel.
„ 200 ff. Stockmar geht nach Brüſſel. Belgien nimmt die 24 Artikel an. Sie werden dem Vertrag vom 15. November 1831 einverleibt, wodurch die 5 Mächte Belgien anerkennen.

Neuntes Capitel.

Die Belgiſchen Feſtungen.

Seite 202 ff. Vorgeſchichte der Frage — Protocoll der 4 Mächte vom 17. April 1831 über Schleifung belgiſcher Feſtungen.
„ 204 ff. Frankreich ſimulirt darin einen Triumph für ſich zu ſehen. Es verſucht ein Separatabkommen mit Belgien zur Beſtimmung der zu ſchleifenden Plätze. —. Die belgiſche Erklärung vom 8. September über Charleroi, Mons, Tournai, Ath und Menin.
„ 206 ff. Convention Belgiens mit den 4 Mächten vom 14. December, wonach ſtatt Charleroi und Tournai vielmehr Philippeville und Marienbourg geſchleift werden ſollen. Heftiger Sturm von Seiten Frankreichs — wahrer innerer Grund davon in dem Zuſammenhang des Feſtungsvertrags mit den Verträgen von 1814 und 1815 — Inconſequenz des franzöſiſchen Verfahrens — Fanfaronnaden gegen Belgien.
„ 214. Belgien ſuspendirt die Ratification des Feſtungsvertrags.
„ 216. Frankreich beruhigt ſich, da ſeine Drohungen nicht wirken. Brief Lord Palmerſton's. Die Note der 4 Mächte vom 23. Januar 1832 als illuſoriſches Pflaſter auf Frankreichs Wunde.

Zehntes Capitel.

Ratification des Vertrags vom 15. November 1831.

Seite 219 ff. Die Conferenz verlängert den Ratificationstermin bis zum 31. Januar. Schwankende Politik der 3 Nordmächte in der belgiſchen Sache überhaupt und der Frage der Ratification insbeſondere.

Seite 221 ff. Anfangs December glaubt man in London an die Ratification ſämmtlicher Mächte. Berichte von Mr. Chad aus Berlin und Mr. Forbes aus Wien. Mitte Decembers Zweifel an der Ratification Rußlands, Zögern auf Seiten Preußens und Oeſtreichs.

„ 224. Am 31. Januar Ratification Frankreichs und Englands, die übrigen Mächte halten ſich das Protocoll offen. Mitte Februar Miſſion Orloff's nach dem Haag.

225 ff. Ungeduld und kriegeriſche Tendenzen in Belgien. Stockmar räth friedliches, ruhiges Abwarten. Unterredung mit dem König von England.

„ 229. Am 18. April ratificiren Oeſtreich und Preußen unter Vorbehalten und regen gewiſſe Modificationen der 24 Artikel zu Gunſten Hollands an.

„ 230. Am 4. Mai ratificirt Rußland vorbehaltlich der in Bezug auf gewiſſe Artikel in einem definitiven Abkommen zwiſchen Holland und Belgien zutreffenden Abänderungen. Der belgiſche Bevollmächtigte nimmt dieſe Ratification an. Zweifel über Sinn und practiſche Tragweite des ruſſiſchen Vorbehalts. Stockmar ſtimmt für Annahme der ruſſiſchen Ratification. Einen Grund dafür bietet die Gefahr eines engliſchen Miniſterwechſels.

„ 234. Mißbilligung der Annahme der ruſſiſchen Ratification in Brüſſel, jedoch ohne Desavouirung des belgiſchen Geſandten.

Elftes Capitel.

Ausführung des Vertrags vom 15. November 1831.

Seite 236. Conferenz-Protocoll vom 4. Mai 1832, welches unabänderliche und der Modification durch freie Vereinbarung zwiſchen Holland und Belgien unterliegende Beſtimmungen des Vertrags vom 15. November unterſcheidet.

„ 237 ff. Belgien weigert ſich in Verhandlungen über die letzteren mit Holland einzutreten, ehe dieſes das belgiſche Gebiet geräumt. Daher Stillſtand der belgiſchen Angelegenheit bis zum September. Charakteriſirung der Politik der Mächte in dieſer Periode. Die drei Nordmächte. Preußen. Rußland. Das ruſſiſche holländiſche Anlehen. Oeſtreich. Frankreich. Talleyrand's Haltung in London und Verhältniß zu Louis Philippe. Pläne zur Theilung Belgiens. England.

„ 246. Palmerſton ſpricht von Coercitivmaßregeln gegen Holland ſchon im Juli. Der von Belgien eingenommene Standpunkt, ſich der Verhandlung mit dieſem zu weigern bis es ſein Gebiet geräumt, macht aber den Beſchluß von Zwangsmaßregeln unmöglich, da Holland der Conferenz ſeine Bereitwilligkeit zu Conceſſionen an Belgien vorſpiegelt.

Seite 248. Stockmar's Reiſe nach Brüſſel, um das dortige Miniſterium zum Aufgeben ſeines Syſtems zu bringen. Sein Brief an Mulenaere (Mitte Auguſt).

„ 252. Lord Palmerſton's Vermittlungsvorſchlag (Thème de L. Palmerston), Anfang Septembers. Stockmar im Verein mit Van de Weyer und Goblet ſetzt es durch, daß Belgien ſich zu Verhandlungen mit Holland auf der Baſis des Thème bereit erklärt. Es zeigt ſich, daß Holland zu keinem gütlichen Abkommen entſchloſſen iſt. Die Conferenz erkennt am 1. October die Anwendung von Zwangsmaßregeln im Princip an.

„ 253. Die drei Oſtmächte wollen jedoch nur pecuniäre Zwangsmaßregeln und auch für dieſe einen Aufſchub. Die Weſtmächte dagegen. Ende der Conferenz.

„ 256. Engliſch-franzöſiſcher Vertrag vom 22. October 1832 über das gegen Holland anzuwendende Gewaltverfahren. Die Ausführung. Capitulation von Antwerpen 23. December.

„ 257. Die Convention vom 21. Mai 1833 ſtellt einen Belgien günſtigen proviſoriſchen Zuſtand her. Die definitive Regelung zwiſchen Holland und Belgien durch den Vertrag vom 19. April 1839.

Zwölftes Capitel.

Regelung der Frage der Engliſchen Annuity Leopold's 1834.

Seite 258. Die Liquidation der Schulden zieht ſich hin. Daher Anlaß zu Angriffen gegen König Leopold. Radicale Strömung der Zeit.

„ 260. Anträge von Mr. Hughes und Mr. Hall im Unterhaus. Umtriebe von Mr. Gronow. Haltung der politiſchen Freunde des Königs. Stockmar's Standpunkt.

„ 262. Zu Anfang Januar läßt ſich überſehen, daß die Liquidation im April beendet ſein wird.

„ 263. Mr. Robinſon's Antrag, 11. Februar.

„ 264. Sir Sam. Whalley's Antrag.

„ 265. Lord Palmerſton's Brief an Stockmar, 9. März 1834. Die ſchließliche Ordnung der Truſtangelegenheit.

Dreizehntes Capitel.

Engliſcher Miniſterwechſel 1834.

Seite 268. Mai 1834, Stockmar verläßt England.

„ 269. Lord Palmerſton's Relation über den engliſchen Miniſterwechſel, November 1834.

Vierzehntes Capitel.

Denkſchrift des Königs Wilhelm IV. von England über ſeine Politik 1830 bis 1834.

Seite 273. Einleitung.
„ 275. Denkſchrift. Das Miniſterium Wellington bis November 1830.
„ 276. Das Miniſterium Grey und die Reformbill.
„ 277. Warum der König dieſes Miniſterium im April 1831 nicht entließ, vielmehr in die Auflöſung des Parlaments willigte.
„ 278. Die Criſis vom Mai 1832, der vom König zugeſtandene Pärsſchub, die Intervention des Königs beim Oberhaus, ſein Brief an den Erzbiſchof von Canterbury.
„ 281. Der Austritt von Mr. Stanley, dem Herzog von Richmond und Mr. Graham, Mai 1834 — Der Rücktritt Grey's, Juli 1834.
„ 282. Die Bemühungen des Königs um eine Fuſion der Parteien.
„ 283. Conſervativismus des Königs.
„ 284. Der Miniſterwechſel, November 1834.
„ 292. Die auswärtige Politik des Königs. (Frankreich. Oeſtreich und Preußen. Portugal. Spanien. Rußland und die orientaliſche Frage).

Fünfzehntes Capitel.

Das Lager von Kaliſch, September 1835. — Die Vermählung der Donna Maria von Portugal 1835 bis 1836.

Seite 299. Das Lager von Kaliſch, September 1835.
„ 302. Die Vermählung der Donna Maria, Königin von Portugal, mit Prinz Ferdinand von Coburg.
„ 303. Stockmar mit den Verhandlungen über den Ehevertrag beauftragt.
„ 304. Seine Fürſorge für die günſtige Vorbereitung und Ausſtattung des Prinzen zu ſeinem Beruf.
„ 305. Intriguen gegen die Heirath und für eine franzöſiſche. Brief Palmerſton's an Stockmar, 18. December 1835.

Sechszehntes Capitel.

Vorbereitungen auf die Thronbeſteigung der Prinzeß Victoria — Plan der Vermählung mit Prinz Albert 1836.

Seite 307. Vorbereitungen für den Fall der Thronbeſteigung der Königin. Plan der Vermählung mit Prinz Albert.

Seite 309. Verſchiedene Heirathsprojecte. König Leopold's und Stockmar's Meinung von Prinz Albert. Stockmar's Auffaſſung von der Aufgabe hinſichts des Projects. Wie der Prinz für ſeinen eventuellen Beruf vorzubereiten ſei.

„ 314. Die beiden Coburger Prinzen in Brüſſel und Bonn. Die Prinzeß Victoria nähert ſich der Großjährigkeit, vielleicht dem Thron. Bedürfniß eines vertrauten Helfers und Berathers. Stockmar vom König Leopold beauftragt nach England zu gehen.

„ 315. Anhang. Die Bewerbung des Prinzen Adalbert von Preußen um die Hand der Prinzeß Victoria. Brief von Lord William Ruſſell an die Herzogin von Kent — Antwort der Herzogin.

Siebenzehntes Capitel.

Der Thronwechſel und das erſte Jahr darnach 1837 bis 1838.

Seite 318. Großjährigkeit der Prinzeſſin — Ankunft Stockmar's in England (25. Mai). Kritiſche Zeit zwiſchen dem 24. Mai und der Thronbeſteigung Victoria's (20. Juni).

„ 319. Stockmar's Stellung. Die Bedeutung eines königlichen Privatſecretärs in England. Geſchichtliches. Warum die Ernennung eines Privatſecretärs nicht räthlich ſchien. Wie derſelbe erſetzt wurde.

„ 323. Stockmar's Beruf in den nächſten 15 Monaten. Die Klippen ſeiner officiöſen Wirkſamkeit. Verhältniß zu Lord Melbourne.

„ 326. Ihre Differenz in einem Punkte. Einſeitige Parteirichtung am Hofe. Stockmar verläßt England Auguſt 1838.

Achtzehntes Capitel.

Fortgang der Vermählungsangelegenheit bis zur Verlobung 1838 bis 1839.

Seite 328. Fortgang der Angelegenheit der Vermählung der Königin.

„ 330. Plan einer Bildungsreiſe für den Prinzen nach Italien in Begleitung Stockmar's. Die italiäniſche Reiſe 1838 bis 1839.

„ 331. Schilderung des Prinzen.

„ 335. Die Verhältniſſe am engliſchen Hofe — Die ſogenannte Bedchamberqueſtion — Lady Flora Haſtings.

„ 337. Der entſcheidende Beſuch des Prinzen in England (October 1839) — Die Verlobung.

„ 339. Im November Stockmar beim König Leopold in Wiesbaden. Stockmar's Anſicht vom Prinzen und deſſen Zukunft.

Neunzehntes Capitel.

Die Vermählung der Königin — Die Stellung des Prinzen.

Seite 341. Ankunft in England (Januar). Abſchluß des Heirathsvertrags. Aufnahme der bevorſtehenden Verbindung in England.
„ 342. Anſtellung eines Privatſecretärs des Prinzen (Mr. Anſon).
„ 343. Parlamentsverhandlungen über die Religion Prinz Albert's.
„ 344. Die Frage der Annuity deſſelben.
„ 348. Die Frage der Regelung des Rangs des Prinzen.
„ 350. Ankunft des Prinzen — Der erſte Eindruck beim Publicum. Haltung und Stimmung des Prinzen — Sein Einfluß auf den Hof.
„ 351. Regentſchaftsfrage.
„ 357. Stockmar's Abreiſe von England (Auguſt) — Cenſur, die er ſich ertheilt.

Zwanzigſtes Capitel.

Aus den Jahren 1841 bis 1846.

Seite 358. Ankunft Stockmar's in England, November 1840. Geburt der Prinzeß Victoria. Das Kinderdepartement. Rückkehr nach Coburg, April 1841.
„ 359. Wieder in England, September 1841 — Der Miniſterwechſel — Die vorhergehenden Verhandlungen mit Peel vom Mai 1841.
„ 360. Melbourne über den Miniſterwechſel. Verhältniß Stockmar's zu Peel. Brief Lord Liverpool's, 7. October 1841. Stockmar über Peel.
„ 363. Die orientaliſche Verwicklung, 1840 bis 1841.
„ 365. Die Frage der Belgiſchen Zolleinigung mit Frankreich.
„ 369. Das orangiſtiſche Militärcomplott (Van Meeren und Vandersmiſſen), Herbſt 1841. Das Verhältniß Frankreichs dazu. Deſſen Pläne auf Belgien. Louis Philippe's Stellung dazu.
„ 373. Stockmar's Betrachtungen über das Verhältniß von Holland und Belgien.
„ 376. Häusliches Leben der königlichen Familie von England. Der Prinz-Gemahl. Geburt des Prinzen von Wales. Einladung des Königs von Preußen zur Taufe.
„ 377. Die Intriguen gegen die Reiſe des Königs. Die ſächſiſchen Bedenken gegen deſſen Pathenſchaft.
„ 378. Ankunft des Königs, Januar 1842. Alexander v. Humboldt. Graf Anton Stolberg.

Seite 382. Unterredung Stockmar's mit dem König. Stockmar's Eindruck vom König Friedrich Wilhelm IV. Graf Stolberg. Alexander Humboldt.
„ 383. Geſammteindruck vom Beſuch des Königs.
„ 384. Wechſel in der Preußiſchen Geſandtſchaft in London. Heinrich v. Bülow. Bunſen. Stockmar empfiehlt Bülow zum auswärtigen Miniſter.
„ 387. Brief des Grafen Stolberg über den Beſuch in England. Verhältniß Stockmar's zu Stolberg, zu Bunſen.
„ 389. Erziehung und Pflege der königlichen Kinder.
„ 390. Aus einer Denkſchrift Stockmar's hierüber.
„ 392. Die Zuſtände der königlichen Familie.
„ 393. Hohe Beſuche am engliſchen Hof, 1844. Beſuch des Kaiſers Nicolaus — Verhandlungen über die diplomatiſche Anerkennung Belgiens — Merkwürdige Unterredungen des Kaiſers mit Peel und Aberdeen über Belgien, Frankreich, den Orient.
„ 399. Stockmar's Betrachtungen über dieſe Unterredungen und über das Auftreten des Kaiſers in England.
„ 401. Bemerkungen über das Vorhergehende. Das ruſſiſche Memorandum von 1844.
„ 404. Aus Stockmar's Denkſchrift über das engliſche Hofweſen.
„ 410. Herbſt 1844 bis Mai 1846. Stockmar in Deutſchland. Brief von Anfang 1846 an Bunſen: Ueber die deutſchen Zuſtände, über den Tod Heinrich v. Bülow's.

Einundzwanzigſtes Capitel.

Die Spaniſchen Heirathen 1840 bis 1847.

Seite 412. Heirath der Königin von Spanien, 10. October 1846. Der Eindruck auf franzöſiſcher und engliſcher Seite.
„ 414. Die Vorgeſchichte: Guizot's Ausſpruch von 1840 — im Jahre 1841 die franzöſiſche Prätenſion, der Gemahl müſſe ein Bourbon ſein.
„ 415. Die Inſinuationen der Königin Chriſtine zu Gunſten eines Coburg. Die Stimmung in England in Bezug auf die Candidatur des Prinzen Leopold von Coburg. — Verhalten Lord Palmerſton's — dann Lord Aberdeen's — des Prinzen Albert und Stockmar's — des Königs Leopold. — Was von England aus für dieſe Candidatur geſchah.
„ 418. Die Verabredungen von Eu 1843.
„ 424. Die Coburger Candidatur von nun an der Popanz der Franzoſen, der erſte Schreck im November — Man fängt an den Verabredungen von Eu etwas unterzuſchieben, was ſie nicht enthielten, um ſich davon entbunden erklären zu können.
„ 426. Das Memorandum Guizot's vom 27. Februar 1846 arbeitet in dieſem Sinn der Zukunft vor — Aberdeen ſpielt den Vogel Strauß.

Seite 426. Die Königin Chriſtine hält förmlich um den Coburg an (Mai 1846) — zweiter großer Schreck der Franzoſen. Sir H. Bulwer's Mitwirkung — er wird von Aberdeen desavouirt — Den Franzoſen iſt dadurch ein Plan verdorben.
„ 431. Die Wendung durch Palmerſton's Eintritt (Anfang Juli 1846). Gegenſeitiges Mißtrauen. Aenderung der Conſtellation in Bezug auf Spanien. Die erſten Beſprechungen. Frankreich begünſtigt D. Francisco — England D. Enrique — Perſonalien beider. Palmerſton's Fehler und das Mißtrauen gegen ihn ſteigern auf franzöſiſcher Seite den Anreiz das im Memorandum vom 27. Februar 1846 vorgezeichnete Spiel zu ſpielen.
„ 434. Palmerſton's Depeſche vom 19. Juli 1846. Keine Verletzung des Abkommens von Eu, aber in mehrfacher Hinſicht unpolitiſch.
„ 439. Breſſon's Vorgehen in Madrid zu Gunſten der Doppelheirath, Montpenſier und Don Francisco. Louis Philippe's Bedenken durch Guizot beſchwichtigt.
„ 440. Die Wirkung der Palmerſton'ſchen Depeſche vom 19. Juli in Paris und Madrid.
„ 441. Die doppelte Verlobung, 28. Auguſt. Guizot's Rechtfertigung durch Hinweiſung angeblicher Abweichungen Englands vom Abkommen von Eu. Die Grundloſigkeit dieſer Behauptungen.
„ 444. Guizot's Erklärungen gegen Lord Normanby. Louis Philippe's Benehmen gegen den engliſchen Hof.
„ 447. Brief der Königin Amélie (8. September) — Eindruck in England.
„ 449. Antwort der Königin Victoria (10. September). — Brief L. Philippe's an ſeine Tochter von Belgien — Erwiderung der Königin Victoria vom 27. September — Stimmungen am Hofe derſelben.
„ 452. Stockmar's Urtheil über die franzöſiſche Politik in dieſer Sache.
„ 454. Stockmar's Prophezeihung. Brief des flüchtigen L. Philippe vom 3. März 1848.
„ 454 ff. Aus einem Aufſatz Stockmar's über die ſpaniſchen Heirathen. Abreiſe Stockmar's aus England, April 1847. Beobachtungen über die Entwicklung des Prinzen und der Königin. Ahnung politiſcher Umwälzungen.
„ 468. Reiſe nach Berlin. Ueber die Entwicklung der Dinge in Preußen ſeit Berufung des vereinigten Landtags. Brief an Bunſen vom 11. Juli 1847.

Zweiundzwanzigſtes Capitel.

Die deutſchen Angelegenheiten 1848.

Seite 470. Stockmar's Betrachtungen über das Syſtem L. Philippe's und Guizot's, das zur Februarrevolution führt.
„ 483. Seine alten Anſichten über die deutſchen Dinge.
„ 485. Seine Hoffnungen auf Preußen beim Beginn der deutſchen Bewegung.

Seite 486. Die preußiſche Revolution und ihre Wirkung auf den Gang der deutſchen Politik.
„ 488. Stockmar geht als Bundestagsgeſandter nach Frankfurt (Mai).
„ 489. Sein Plan (von Anfang Mai) zur Reconſtruction Deutſchlands, mitgetheilt an Bunſen, den König von Preußen, Prinz Albert.
„ 504. Bekanntſchaft mit Uſedom.
„ 505. Stockmar über den Bundestag und ſeine Wirkſamkeit darin.
„ 506. Reiſe nach Berlin (Anfang Juni). Briefe Friedrich Wilhelm's IV. und Geſpräch mit demſelben.
„ 515. H. v. Arnim's Rücktritt. Brief deſſelben.
„ 516. Eindrücke der Berliner Reiſe.
„ 517. Frankfurter Wolkenkukuksheim. Wahl des Reichsverweſers.
„ 519. Süddeutſche Zuſtände und deutſche Einigkeit.
„ 521. Selbſtauflöſung des Bundestags. Stockmar's Auftreten in der letzten Sitzung.
„ 522. Stockmar lehnt das Reichs-Miniſterium des Aeußeren ab. Sieht das Zerwürfniß der Nationalverſammlung mit den Regierungen vorher, überſchätzt die revolutionäre Kraft der deutſchen Bewegung.
„ 524. Vertheidigung ſeiner preußiſchen Geſinnung.
„ 525. Vergebliche Verſuche im Verein mit Bunſen, Preußen zum Handeln zu bringen (Juli, Auguſt).
„ 534. Die demokratiſche Geſinnung des deutſchen Volks.
„ 535. Das Leben in Frankfurt. Verkehr mit Blittersdorf.
„ 537. Schleswig-holſteiniſche Frage. Die Frage des Waffenſtillſtands von Malmoe in Frankfurt. Unterredung mit dem Erzherzog. Schilderung deſſelben. Verhältniß Oeſtreichs zu Deutſchland.
„ 542. Der Septemberaufſtand. H. v. Auerswald. Miniſterium Pfuel in Preußen. Reiſe nach Berlin (Ende September).
„ 546. Im November nach England. Angetragene Miſſion. Schleswig-holſteiniſche Sache. Verhältniß Oeſtreichs zu Deutſchland. Brief an Gagern hierüber und die Auffaſſung der engliſchen Staatsmänner von den deutſchen Angelegenheiten (3. December).
„ 562. Max von Gagern's Antwort.
„ 563. Die öffentliche Meinung und Preſſe Englands über Deutſchland.
„ 567. Stockmar's Vertheidigung ſeiner deutſchen Politik von 1848.

Dreiundzwanzigſtes Capitel.

Italiäniſche und deutſche Dinge 1848 bis 1849.

Seite 570. Die italiäniſche Frage, 1848 bis 1849. Hummelauer's Miſſion. Das Scheitern der engliſch-franzöſiſchen Vermittlung. Geheime ruſſiſch-öſtreichiſche Convention von 1847.
„ 576. Stockmar über Palmerſton's äußere Politik.
„ 580. Lord Palmerſton und Lord J. Ruſſell über Belgien.

Seite 581. Deutſche Angelegenheiten 1849. Neuer Verſuch der Verſtändigung zwiſchen Frankfurt und Berlin. Brief von H. Gagern, 14. Februar 1849. Bunſen's Berufung nach Berlin. Die Kaiſerwahl. Preußens Ablehnen. Das Dreikönigsbündniß.
„ 586. Stockmar in Brüſſel. König Leopold's Verdienſt.
„ 587. Stockmar in England (November 1849). Die engliſche Politik. Verhältniß Englands zu Frankreich. Kaiſer Nicolaus über die deutſchen Dinge. Unterredung deſſelben mit General Lamoricière.
„ 589. Prinz Albert's deutſche Politik.

Vierundzwanzigſtes Capitel.

Aus dem Jahre 1850.

Seite 593. Stockmar über Belgiens europäiſche Stellung und Lebensfähigkeit.
„ 594. Stockmar über die Allianz der Nordmächte.
„ 595. Der deutſche Conflict 1849 bis 1850 zwiſchen Oeſtreich und Preußen. Die Rolle Frankreichs und der Großherzogin Stephanie dabei.
„ 597. Berufung des Erfurter Parlaments. Die Chancen der preußiſchen Union.
„ 599. Stockmar in Erfurt (April). Seine Voreindrücke über Radowitz.
„ 601. Die Hoffnungsloſigkeit in Erfurt.
„ 602. Behandlung des vorgelegten Verfaſſungsentwurfs. Annahme en bloc oder Amendirung.
„ 605. Stockmar's Wirkſamkeit in Erfurt.
„ 606. Die Haltung der auswärtigen Mächte, beſonders Englands, gegen das Unionswerk.
„ 608. Schluß des Erfurter Parlaments. Ausſichten. Die preußiſchen Miniſter.
„ 609. Der Fürſtencongreß. Oeſtreichs Haltung.
„ 610. Bairiſche Projecte der Theilung Badens.
„ 611. Schleswig-Holſtein.
„ 612. Der öſtreichiſch-preußiſche Conflict.
„ 613. Anſichten Stockmar's über die deutſchen Angelegenheiten.
„ 614. Peel's Tod. Stockmar's Nachruf für denſelben.
„ 621. Tod der Königin Louiſe von Belgien.
„ 622. Tod Louis Philippe's. Preußens deutſche Politik. Rußlands Rolle in der ſchleswig-holſteiniſchen und der deutſchen Frage. Ein europäiſcher Congreß zur Schlichtung der deutſchen Wirren vorgeſchlagen. Olmütz. Der Hohn des Auslands.

Fünfundzwanzigſtes Capitel.

Die Jahre 1851, 1852.

Seite 625. Stockmar über die Präponderanz Rußlands in der europäiſchen Politik und das Syſtem des Kaiſers Nicolaus.

Seite 628. Der Gesammteintritt Oestreichs in den deutschen Bund.
„ 632. Die englische Ministercrisis, Februar, März 1851. Stockmar über die englischen Zustände.
„ 636. Stockmar über die Verhältnisse am englischen Hof. Seine Ansichten über die deutschen Dinge.
„ 637. Der französische Staatsstreich vom 2. December 1851. Gespräch mit L. Napoleon. Erster Eindruck des Staatsstreichs in England. Die angebliche Gefahr eines Kreuzzugs gegen England. Unsicherheit der Freundschaft der absoluten Mächte für L. Napoleon. Die Aussichten desselben. Gerüchte von einer Allianz desselben mit den nordischen Mächten auf Kosten Belgiens, Sardiniens und Hannovers. Gefahr eines heimlichen Kriegs gegen Belgien und Sardinien.
„ 641. Gedanken über eine mögliche Restauration und Fusion der Bourbons. Die Entlassung Palmerston's, Ende December 1851.
„ 648. Besorgnisse wegen eines französischen Angriffs auf Belgien, Anfang 1852. Bildung des englischen Coalitionsministeriums, December 1852 — Anbahnung der Vermählung des Herzogs von Brabant.

Sechsundzwanzigstes Capitel.

Die orientalische Verwicklung 1852 bis 1856, und die Prinz-Alberts-Frage 1854.

Seite 650. Stockmar's Ansicht über die orientalische Politik des Kaisers Nicolaus und die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens durch Mediation der 4 Mächte bis Ende 1853.
„ 653. Mangel an Einmüthigkeit im englischen Cabinet. Die zwei Wege consequenter Politik, die England vor sich hatte. Das Cabinet wählt einen dritten im Bund mit Frankreich allein — das Resultat.
„ 654. Die Stellung des Prinzen Gemahls zwischen Aberdeen und Palmerston — die Politik des letzteren.
„ 655. Palmerston's Aus- und Wiedereintritt, December 1853. Anklagen der Presse gegen den Prinzen und Stockmar.
„ 657. Neuer Sturm in der Presse gegen den Prinzen.
„ 658. Elemente, aus denen die Angriffe hervorgingen: Nationalität, Individualität des Prinzen; Feindschaft der Hochtories und Protectionisten; Antipathien von Militärs.
„ 664. Die Anklage inconstitutioneller Einmischung; 1. einer langjährigen Praxis gegenüber thöricht — Geschichte der letzteren. 2. auf irriger und unverständiger Auslegung der Verfassung beruhend.
„ 670. Das Palmerston'sche Pamphlet wieder auf dem Tapet.
„ 671. Reaction zu Gunsten des Prinzen. Die Parlamentsverhandlungen, Januar 1854.
„ 673. Stockmar's Urtheil über das Resultat.
„ 674. Die Rechthaberei der feindlichen Presse.

Seite 675. Fortgang der orientaliſchen Verwicklung — Ausbruch des Krieges. Stockmar's Anſicht über das zu erſtrebende Ziel und die Mittel dafür (Cooperation von Oeſtreich und Preußen).
„ 677. Correſpondenz deſſelben mit einem Freund (Engliſches Memorandum — Bemerkungen des Freundes darüber — Stockmar's Erwiderung).
„ 689. Die Ergebniſſe des orientaliſchen Krieges.

Siebenundzwanzigſtes Capitel.

Die Jahre 1856 bis 1863.

Seite 692. Das Regierungsjubiläum des Königs Leopold, 1856.
„ 693. Die belgiſche Criſis von 1857 aus Anlaß des Wohlthätigkeitsgeſetzes — Briefe Stockmar's darüber — Die Anſicht von Thiers.
„ 704. Stockmar's Anſicht von den engliſchen Zuſtänden in ſeinen letzten Lebensjahren.

Achtundzwanzigſtes Capitel.

Anhang. Zwei politiſche Aufſätze Stockmar's.

Seite 706. Die erſte Kammer in der conſtitutionellen Monarchie.
„ 711. Ueber den Verfaſſungseid des Heeres.

Berichtigungen und Zusätze.

Seite 3, Zeile 12 von oben: Caroline Opitz geb. Stockmar ist leider seitdem (Januar 1872) gestorben.
„ 128 zweite Anmerkung. Für „Shate Papers“ lies „State Papers.“
„ 160 Anmerkung, statt „In den Frieden“ lies „in dem Frieden.“
„ 162, Zeile 4 von oben statt „20. bis 27. Januar“ lies „20. resp. 27. Januar.“
„ 162, Zeile 5 von unten und Anmerkung statt „Geudebien“ lies „Gendebien.“
„ 163, Zeile 1 vdn oben ebenso.
„ 170 „ 9 „ „ statt „zuvor“ zu setzen „vor dieser.“
„ — „ 16 „ „ statt „ihnen“ lies „ihm.“
„ 182 letzte Zeile; statt „linken“ Maasufers lies „rechten.“
„ 194, Anmerkung Zeile 2 von unten statt „beliebt“ zu setzen „gefällt.“
„ 196, Zeile 10 von unten „derselbe“ zu streichen.
„ 203 „ 4 „ oben „allgemeine“ lies „allgemein.“
„ — „ 18 „ „ „Zweckmäßigste“ lies „zweckmäßigste.“
„ 206 „ 11 „ unten „eben“ zu streichen.
„ 207 „ 5 „ oben statt „Tornai“ lies „Tournai.“
„ 217 „ 6 „ unten statt „Warum“ lies „Worum.“
„ 221 „ 6 „ oben statt „sons“ lies „sous.“
„ 265 „ 8 „ unten vor „dem Minister“ einzuschieben „den.“
„ 278 „ 15 „ „ statt „Begründung“ lies „Begränzung.“
„ 280 „ 4 „ oben statt „Angemessenheit Sr. Majestät“ lies „Angemessenheit des Verfahrens Sr. Majestät.“
„ 284, Zeile 12 von unten statt „der König traute sich nicht .... auszusprechen“ lies „der König konnte sich nicht .... aussprechen.“
„ 294, Zeile 13 von oben statt „Se. Majestät“ lies „Sr. Majestät.“
„ 297 „ 13 „ unten statt „besorgenden“ lies „besorgende.“
„ 299 „ 6 „ „ statt „Nicolous“ lies „Nicolaus.“
„ 301 „ 10 „ „ statt „nicht“ lies „nichts.“
„ 333 „ 7 „ oben statt „in Verkehr“ lies „im Verkehr.“
„ 345 „ 16 „ „ statt „Russel“ lies „Russell.“
„ 380 „ 1 „ „ statt „erschöpst“ lies „erschöpft.“

Biographiſche Skizze.

Der Name Stockmar iſt in Deutſchland ziemlich ſelten. Die freilich unverbürgte Ueberlieferung unſerer Familie läßt einen Stockmar, von dem wir angeblich abſtammen, mit Guſtav Adolf aus Schweden nach Sachſen kommen, und dort zurückbleiben. Der König ſoll ihm viel Gunſt und Vertrauen bewieſen, er ſoll geſagt haben: „Wenn ich mein Haupt in den Schooß eines Stockmar legen kann, ſo bin ich ſicher.“ Wie dem auch ſei, unſere nachweislichen Vorfahren finden wir im Sächſiſchen. Von Hans George Stockmar, Königl. Polniſchem und Churſächſiſchem Oberförſter in Rieſtädt bei Sangerhauſen, in der jetzigen preußiſchen Provinz Sachſen, ſtammte Ernſt Friedrich Stockmar, geb. 1722, † 1793, Landkammerrath in Coburg, ein wohlhabender Kaufmann und Fabrikant. Sein Sohn Johann Ernſt Gotthelf Stockmar, geb. 1760, † 1825, iſt der Vater des Mannes, von deſſen Leben dieſe Blätter einen Abriß geben wollen. Johann Ernſt Gotthelf war ein lebhafter, heiterer, humoriſtiſcher, gemüthlich wohlwollender Herr, gebildet, Bücherfreund, wiſſenſchaftlicher Juriſt*). Er beſaß das Rittergut Oberſiemau an der baieriſchen Grenze. Als er einmal von da zurückkehrte, ſo erzählen ſeine Kinder, ergab ſich zwiſchen ihm und einem Bekannten, dem er begegnete, folgendes Geſpräch: „Wo kommen Sie her?“ Stockmar: „Ich war auf meinem Gut.“ — „Was haben Sie denn

*) Er hat Mehreres und Verſchiedenartiges drucken laſſen, z. B. eine italieniſche Ueberſetzung der „Wilhelmine“ von Thümmel und eine mit Anmerkungen verſehene Ausgabe der Decisiones Rosleri über das Erbrecht.

dort gemacht?" — Stockmar: „Ich bin herumgegangen mit Gefühlen des Eigenthums." — „Was sind denn das für Gefühle?" — Stockmar: „Ich habe mich geärgert." — Johann Ernst Gotthelf Stockmar lebte die letzten Jahre seines Lebens als Justizamtmann in der kleinen Stadt Rodach zwischen Coburg und Hildburghausen, eng befreundet mit dem dortigen geistreichen Superintendenten Hohnbaum, den Friedrich Rückert in dem Gedicht „Rodach" gefeiert hat*).

Johann Ernst Gotthelf starb ziemlich früh. Im Nachbarhaus war Feuer ausgebrochen. Nachdem er mit Mühe und Anstrengung die Amtskasse in Sicherheit gebracht, ging er, sich nach seinen Büchern im Hinterhaus umzusehen. Da leuchtete ihm schon die Flamme entgegen. Der übrigens kerngesunde Mann, der wenige Stunden vorher mit seiner für eine Maskerade geputzten Tochter heiter um den Tisch getanzt hatte, stürzte vom Nervenschlag getroffen, todt nieder.

Seiner Frau, Johanne Christiane geb. Sommer aus Coburg, entriß der Brand somit an einem Tag das Heimwesen und den Mann. Sie lebt in unserer Erinnerung als eine kluge, launige Frau, Freundin der Poesie und der moralisirenden Betrachtung über menschliche Dinge. Sie liebte sprüchwörtliche Redensarten und eines ihrer Hauptsprüchwörter war: „Unser Herrgott sorgt, daß der Kuh der Schwanz nicht zu lang wachse," — was ungefähr so viel bedeuten sollte als das bekannte: „Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen."

Prinz Leopold von Coburg, der jenen Spruch oft zu seiner Erheiterung vernommen hatte, pflegte später in schwierigen Lagen, wenn feindliche Einflüsse übermächtig schienen, zu unserm Vater zu sagen: „Hier können wir uns nur mit dem Spruch Ihrer lieben Mutter vom Kuhschwanz trösten." — Stockmar hatte Zeitlebens einen hohen Begriff von dem Verstand seiner Mutter, und führte gern deren Redensarten an.

*) Ausführliche Nachricht über Hohnbaum in „Dichter, Ritter und Patriarch" von C. Kühner, Frankfurt a. M. 1869.

Als vierundsechzigjähriger Mann, mitten in einem ernsten, politischen Brief über die wirre Lage, die der Staatsstreich vom December 1851 Frankreich bereitet habe, ruft er aus: „Meine Mutter würde gesagt haben: „„Da mach' einmal daraus einen Vers, der sich reimt; wenn Du den Reim zu Stande bringst, so lasse ich Dir einen Kuchen von verrosteten Nägeln und Scheidewasser backen.““ Es war eine gescheute, gute Frau — Gott habe sie selig — die mehr praktischen Verstand im kleinen Finger hatte, als Nikolaus, L. Napoleon, Schwarzenberg und Manteuffel zusammen in ihren Köpfen."

Die Kinder dieser Ehe waren:

1. Caroline. Sie verheirathete sich an Hrn. Opitz, der später Regierungspräsident in Coburg wurde, wo sie noch als vierundachtzigjährige Wittwe lebt.

2. Christian Friedrich, mit dem wir uns hier beschäftigen.

3. Friederike, die, vierundsiebzigjährig, unvermählt, mit der älteren Schwester zusammen wohnt.

4. Carl, geb. 1791 und 1854 zu München ohne Nachkommenschaft verstorben.

Die Versuchung, von meines Vaters Geschwistern hier ausführlich zu reden, wäre mir durch Anhänglichkeit und Dankbarkeit nahe gelegt. Aber ich schreibe keine Familiengeschichte. Ich will die Geschwister nur kurz charakterisiren, weil ich an jedem derselben besondere Züge erkenne, die ich dann wieder in dem Vater vereint erblicke, der gewissermaßen die Familieneigenthümlichkeit zum vollsten und reichsten Ausdruck brachte. —

Die Tante Caroline war stets durch große Herzensgüte, Verständigkeit, Zuverlässigkeit des Charakters, Gemessenheit des Benehmens ausgezeichnet.

Die Tante Friederike ist ganz Leichtblütigkeit, Lebhaftigkeit, Naivetät, spielender, sprudelnder Humor — jugendlich frischer im vierundsiebzigsten Jahre als die meisten jungen Mädchen.

Mit Entzücken lauſchen wir ihren unnachahmlichen Erzählungen, in denen ſie den Zuhörer alles unmittelbar mit durchleben läßt, und ſelbſt alles Vergangene wieder, als ſei es gegenwärtig, durchlebt. Es iſt uns ein poetiſcher Genuß, wenn ſie uns z. B., obſchon ohne alle Schönrednerei, die Geſchichte von dem großen Rodacher Brand erzählt, der dem Großvater den Tod brachte, und wir freuen uns alle auf den Moment, wo, mitten in der Verwirrung, Angſt und Trauer der Lage, ein Ziegenbock von der Feuergluth aus einem benachbarten Stall vertrieben, die Hintertreppe herauf in das Zimmer der Tante kommt, und zweimal ernſthaft um den Tiſch herumläuft. Die Leute ſagten nachher, dies ſei der Teufel geweſen.

Der jüngere Bruder Carl widmete ſich dem Handlungsfach in Augsburg. Es fügte ſich, daß er längere Zeit der dort lebenden Königin Hortenſe, der Mutter Louis Napoleons, ihre Geldgeſchäfte beſorgte. Er trat ſpäter in die Dienſte des Königs der Belgier und verwaltete bis zuletzt deſſen Capitalvermögen. Der Onkel Carl erſchien für gewöhnlich von ſehr gehaltenem, ja trockenem Weſen. Im vertrauten Verkehr konnte er heiter, liebenswürdig, für Scherz und Spaß empfänglich ſein. Er war ein Mann von äußerſter Pflichttreue und Gewiſſenhaftigkeit, dabei aber von dem thätigſten, hülfbereiteſten Wohlwollen beſeelt.

Der ältere Bruder, unſer Chriſtian Friedrich Stockmar, war geboren zu Coburg am 22. Auguſt 1787. Vom Knaben ſind manche Züge frohen, humoriſtiſchen Uebermuths und ſanguiniſchen Weſens überliefert. Mit einiger Verwunderung hörte ihm die Mutter zu, als er beim Familientiſch, auf das Geſchirr deutend, einſt ausrief: „Bei mir muß das Alles einmal von Silber ſein,“ aber ſie erwiderte ruhig: „Wenn Du's kannſt, iſt es mir recht.“ — Die Geſchwiſter erzählen, daß er es beſonders liebte, Menſchen und Dingen komiſche Spitznamen beizulegen. — Der junge Chriſtian trieb ſich viel auf dem Gute des Vaters herum, Anführer der Bauerjungen bei manchen loſen Streichen. Einer dieſer Spielge-

ſellen vom Dorf, ſpäter deſſen Schulz und ein durchaus braver verſtändiger Mann, Namens Redwitz, blieb ſtets bei Stockmar ſehr in Ehren, und es war eine Freude, die beiden Männer, die ein langes Leben äußerlich ſo weit auseinander geführt hatte, noch als Greiſe achtungsvoll mit einander verkehren zu ſehen, jeder von ſeiner Seite der früheren Zeiten, ſowie der gegenwärtigen Verhältniſſe gebührend eingedenk.

Früh handhabte Chriſtian die Flinte, und die Jagdpaſſion blieb ihm bis zu Anfang ſeiner ſechziger Jahre, wo ſie auf einmal abnahm und bald verloſch.

Nach dem Beſuch des Coburger Gymnaſiums bezog er 1805 achtzehnjährig die Univerſität und ſtudirte bis 1810 Medizin in Würzburg, Erlangen und Jena. Sehr ſchön und richtig bezeichnen die Bedeutung, welche gerade dieſes Studium für die ſittlichen und politiſchen Anſchauungen und die praktiſche Lebenskunſt des Mannes hatte, zwei biographiſche Skizzen über Stockmar, die eine von Guſtav Freitag (Chriſtian Friedrich Baron von Stockmar, Grenzboten Nr. 31 von 1863), die andere von einem langjährigen Freund des Vaters, dem jetzigen Legationsrath Friedrich Carl Meyer in Berlin (Preuß. Jahrbücher 1863) und aus denen beiden ich, nach eingeholter Erlaubniß der Herren Verfaſſer, häufig Anlehen machen werde. Sie ſagen manches beſſer als ich es vermöchte, beruhen dem Inhalt nach auf authentiſchen Nachrichten, und haben zum Theil noch beſondern hiſtoriſchen Werth als Zeugniſſe.

„Er erlernte ſo," ſagt Meyer, „ſeine eigentliche Wiſſenſchaft und Kunſt, die, auch nachdem er ſie praktiſch aufgegeben, doch fortwährend die Grundlage ſeines wiſſenſchaftlichen Denkens und kritiſchen Handelns gebildet hat. Auch Kriſen des häuslichen und politiſchen Lebens faßte der ſpätere Staatsmann am liebſten von ſeinem ärztlichen Standpunkt auf, und zwar ſo, daß er, mit raſcher Wegräumung eines jeden pathologiſchen Hinderniſſes, immer nur vorzugsweiſe auf das Freiwerden der heilenden, ſittlichen Natur, auf

das herzustellende Wirken dieses oder jenes socialen oder anthropologischen Gesetzes hinzuwirken suchte. Und noch deutlicher vielleicht als in dieser Behandlungsweise verrieth er sein ärztliches Handwerk in der Weise, wie er solche gesellschaftlich pathologische Zustände und Ereignisse unmittelbar zu erkennen wußte; wie er es vermochte, aus einzelnen Aeußerungen und Handlungen mit einem Blick den ganzen Menschen oder die ganze Lage der Dinge zu durchdringen, und nach dieser Diagnose dann auch sogleich sein eignes Handeln und Benehmen festzustellen."

Und Gustav Freitag schreibt:

„Der prüfende Blick, mit welchem er alles Werdende objectiv zu betrachten wußte, die tiefe Ueberzeugung von dem gesetzmäßigen Verlauf aller Lebenserscheinungen und die unerschütterliche Ruhe, mit welcher sein lebhafter Geist diesen gesetzmäßigen Verlauf zu erwarten verstand, in Ergebung wie in Hoffnung, — alles das verdankte er nicht zum kleinsten Theil dem Beruf, den er als Jüngling erwählt hatte. Wenn er später das Leben eines werdenden Staates aus tödtlichen Gefahren retten half, kaltblütig und im entscheidenden Momente vom kühnsten Entschluß; oder wenn er lehrend und rathend die Fürsten, mit denen ihn sein Schicksal in Verbindung gebracht hatte, innerhalb ihrer Anlage und den Bedingungen ihres Lebens zu fördern wußte: immer blieb ihm etwas von der inneren Freiheit, der scharfen Beobachtung und dem überlegenen Urtheil eines menschenfreundlichen Arztes."

Stockmar selbst sagt über denselben Gegenstand mit besonderer Beziehung auf seinen späteren Beruf als Beichtvater, Vertrauter und Mentor hochgestellter Personen in einem Brief vom 5. März 1853: „Es war ein kluger Streich, ursprünglich Medizin studirt zu haben; ohne das dabei erlangte Wissen, die psychologischen und physiologischen Aufklärungen, die mir von da aus geworden, würde mein savoir faire oft betteln gehen müssen." —

In Würzburg, erzählt Meyer, lernte Stockmar zuerst seinen

nur um ſieben Vierteljahr jüngeren, fränkiſchen Landsmann Friedrich Rückert kennen, den er ſpäter in Coburg wiederfinden und mit ihm Freundſchaft für's Leben ſchließen ſollte. Den Eindruck, den er damals auf Rückert machte, ſchildert dieſer als den „eines ernſten, fleißigen, jungen Mannes, mit etwas zurückgezogener vornehmer Haltung."

Ich möchte daraus ſchließen, daß ſich die beiden Jünglinge damals auf der Univerſität nicht beſonders nahe rückten. Denn ſonſt wären gewiß auch die anderen Eigenthümlichkeiten Stockmar's, die wir mehr oder weniger ſtark entwickelt an ſeinen Geſchwiſtern ſahen, dem Blick Rückert's nicht verborgen geblieben.

Die Studienjahre Stockmar's fielen in die traurigſte Zeit der Franzoſenherrſchaft. Tief empfand er die Schmach des Vaterlandes, die Jämmerlichkeit der deutſchen Zuſtände. Der Haß und die Verachtung des Rheinbundweſens, der Kleinſtaaterei, die Sehnſucht nach Einheit, Macht und Größe des Vaterlands erfüllten ſchon damals die Seele des Jünglings, wie ſie nachmals den Greis bis zum letzten Hauch durchdrangen. Es war die Zeit, wo der aufgeregte Patriotismus der Jugend über Mordplänen gegen Napoleon brütete. Einſt wurden ſolche Gedanken in Gegenwart von Stockmar unter den Studenten ausgeſprochen. Da erhob ſich ein alter preußiſcher Offizier, mit welchem Stockmar und ſeine Kameraden viel verkehrten und ſagte ernſthaft: „So ſprechen junge Leute; laßt das gut ſein. Wer die Welt länger kennt, der weiß, daß die Franzoſenherrſchaft nicht mehr lange dauern kann; vertrauet auf den natürlichen Gang der Dinge." — Dieſe ruhige Zuverſicht machte einen tiefen Eindruck auf Stockmar. Sie ſtärkte ihn in dem Glauben an das Walten einer ſittlichen Macht als realen Größe im Geſchick der Völker, an die Berechtigung der Nationalitäten, als nicht minder realer Factoren. Dieſem Glauben blieb er fortan getreu, und im Lichte dieſes Glaubens erkannte er die Hohlheit der Napoleoniſchen Herrſchaft.

Ende 1810 kehrte Stockmar nach Coburg zurück und begann die medizinische Praxis unter der Leitung seines Oheims Dr. Sommer. Aus manchen Ueberlieferungen dürfen wir schließen, daß er sich in der Diagnose bedeutend erwies. Er war übrigens zu jung, um von seinem Beruf völlig absorbirt zu werden. In der Jugend ist ja der Mensch überhaupt universeller. Zudem befähigten ihn die Ruhe, der freie betrachtende Humor, mit denen er den Dingen gegenüberstand, seinen Erlebnissen als Arzt noch andere Seiten als die rein technischen abzugewinnen. Eine Scene, die er vierzig Jahre später seinem Freund Rückert erzählte, regte diesen so an, daß sie sich ihm zu folgendem Gedicht gestaltete.

Unglückselig ein Arzt! so hat, der einer gewesen,
Jüngst ein Freund mir erzählt, wie es einmal ihm erging.
„In des Berufes Geschäften war hin der Tag mir gegangen,
Doch ich hoffte dafür einen Ersatz in der Nacht.
Ball war's, und mit meiner Erkor'nen dacht ich zu tanzen.
Ihr zu Gefallen bereits hatt' ich mich festlich geschmückt.
Aber ein Kunde beschickte mich jetzt: „mein Weib ist am Sterben;"
Und ich dachte: Du mußt noch vor dem Balle dahin.
Seufzend ging ich, und fand den Feind des Lebens so weit schon
Siegreich, daß er verlacht' ärztliche, menschliche Kunst.
Aber ich that das Meine gewissenhaft. Höchstens ein Stündchen
Währt's noch, dacht ich dabei, immer noch kommst Du zum Ball.
Stund' um Stunde doch zog es sich hin, und mich hielt die Berufspflicht,
Und nicht minder zurück hielten mich Herr und Gesind.
Längst schon rollten die Kutschen, die glücklichen Gäste befördernd,
Und ich erkannte am Schall: das ist die Kutsche von ihr.
Und ich malte mir's aus: nun glänzend im Glanze der Lichter,
Suchen dich Blicke von ihr, oder sie suchen Dich nicht.
Doch hin zuckt in's Zimmer der Mann mit ängstlicher Frage; —
Selber des Trostes wie sehr dürftig, vertröstet ich ihn.
Seufzender Nachtwind brachte von wechselnden Weisen des Tanzes
Manchen verwehenden Klang, der wie ein Leben erlosch.
Drunten herauf von der Gasse zum einsam erleuchteten Fenster,
Witternd Leichengeruch, bellte vom Nachbar ein Hund.
So im Streit der Tön', im Widerstreit der Gefühle,
Zwischen Leben und Tod langsam verging mir die Nacht.
Rädergeraffel nun machte der Aufbruch; und wie die letzte
Kutsche vom Ball nach Haus rollte, da starb mir das Weib. —

(14. Dezember 1855 nach einer Erzählung Stockmar's in ſeinem Haus beim Kaffee).

In die Zeit von 1810 bis 1815, die Stockmar (mit den durch die Kriegsereigniſſe von 1814 und 1815 bedingten Unterbrechungen) in Coburg verfloß, fällt ſein vertrauter und reger Verkehr mit dem Dichter, der damals bei ſeinem Vater, dem Amtmann des bairiſchen Landſtädtchens Ebern im Baunachgrund, wohnte. Rückert befand ſich in der unbehaglichen Lage eines jungen Mannes, der die Univerſität abſolvirt hat, ohne in das Fahrwaſſer eines bürgerlichen, die Exiſtenz ſichernden Berufs eingelaufen zu ſein Die Väter pflegen mit Recht darauf zu dringen, daß die Söhne ihren Unterhalt verdienen, und nicht zufrieden zu ſein, wenn die Söhne auf ihre Gedichte hinweiſen. Die Muſe hat daher in ſolchen Fällen Jahre der Prüfung zu überſtehen, bis ſie ſich ſiegreich durchgerungen hat. Ueberdies fehlte es Rückert in Ebern durchaus an einem angemeſſenen, gleichaltrigen Umgang; er war ſehr iſolirt. Er bedurfte als Poet und Menſch des Vertrauten und Freundes, und es war ihm erwünſcht, der lebhaften Theilnahme der früheren Univerſitätsgenoſſen zu begegnen, der den ungewöhnlichen Geiſt zu würdigen verſtand. Zwiſchen Coburg und Ebern wurden Beſuche und Briefe ausgetauſcht. Manche der letzteren ſind noch erhalten. Der Dichter theilt Stockmar ſeine neueſten Erzeugniſſe mit; ihm ſchickt er die „drei Liedlein vom Glück“ (Geſ. Werke II., 117), durch ihn befördert er die reizenden „fünf Märlein für mein Schweſterlein“ zum Druck, an ihn ſendet er die patriotiſchen „geharniſchten Sonette“; an ihn richtet er die ſchöne poetiſche Epiſtel:

„Leiſe gelullt vom Hauche des nie ſo lenzlichen Lenzes —“

(Auswahl der Gedichte S. 56), aus deren urſprünglichen Faſſung wir einige Stellen mittheilen.

— — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — Wenn ich ſelbſt hier, im Schooße der ländlichen Stille mich wiegend,
Eingewiegt von dem Hauche des nie ſo lenzlichen Lenzes,
Dich auf ein Veilchen vergäße, mein Freund, den ich niemals vergeſſe,
Wär's zu entſchuldigen nicht, es wäre von ſelber entſchuldigt.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Aber daß Du, der jeglichen Tag mit geſchäftiger Feder
So viel Zettel und Zettelchen ſchreibſt und verſtreueſt die Stadt durch,
Von den allen nicht eines vertraueſt irgend dem Flügel
Eines wandernden Weſt's, um als willkommener Bote
Mir's zu bringen — womit entſchuldigen willſt Du's und kannſt Du's?

— — — — — — — — — — — — — — — —

Und iſt's mehr werth, immer an ſiechen Leibern zu flicken,
Als auch einmal die Seele des lechzenden Freundes zu heilen
Durch ein freundliches Wört, anſtatt durch köſtlichen Balſam?

— — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — —

Freund, dem die Schlangengewinde der Hypochondrie um die trüben
Augen ſo arg ſich ziehn', daß Du ſchon träumeſt von Blindheit!
Komm', und ſieh' nur wie herrlich auf meinen Fluren es maiet,
Komm', und heile Dich hier, und mich von meinem Verlangen.
Alles iſt bei mir, was Sinne erfreu'n kann, alles in Fülle,
Wenn nur, das Herz zu erfreu'n, Du Dich noch bringſt und die Freundſchaft.
Alle Blumen ſind da, das Aug' mit Farben zu laben,
Alle Lüfte ſind reg', das Gefühl mit Berührung zu ſchmeicheln,
Alle Töne ſind wach, das Ohr zu erquicken mit Wohllaut,
Weihrauch dampfend dem Sinn des Geruchs wetteifern die Düfte,
Und wenn noch dem Geſchmack, dem ungeſtümen, der fein're
Lenz die Befriedigung weigert, ſo iſt vom vorigen Herbſt her
Auch für den derberen Gaſt geſorgt in Küch' und in Keller."

An Stockmar geht auch ein Exemplar des „Amaryllis." Er war der Vertraute des realen Dorfroman's geweſen, deſſen Stoff in dieſes Gedicht einging*). Rückert erwidert ihm auf ſeine Bemerkungen über Amaryllis: „Daß Du meine Amaryllis mir nicht ausführlicher lobſt oder tadelſt, würde mich verdrießen, wenn Du ſie nicht mit wenigen Worten ſehr ſcharf gefaßt hätteſt. Was Du komiſch findeſt, iſt die Wirkung von der Verſchmelzung dreierlei Be-

*) Näheres hierüber in dem Kühner'ſchen Buch „Dichter, Ritter und Patriarch."

ſtandtheile, deren ich mir ſehr deutlich bewußt bin — petrarkiſcher Sentimentalismus — idylliſche Idealität — und ſchroff aufgegriffene Wirklichkeit.“ — Stockmar's Kritiken wurden nicht immer ſehr gnädig aufgenommen. In einem Brief vom 8. März 1813 heißt es: „Du verſtehſt den Teufel von meinen Sonetten.“ Und als hinwiederum Stockmar ein, wie es ſcheint, aus eigenem Erlebniß entſtandenes Liebesgedicht an Rückert gelangen läßt, ermuthigt ihn dieſer zwar ernſtlich, ſich „ordentlich zu verlieben um ihm (Rückert) herrlichen Sonettenſtoff zu liefern“, fügt aber hinzu: „von der deutſchen Proſodie ſcheinſt Du nichts zu verſtehen.“ Dies wird ohne Zweifel wahr geweſen ſein; denn Stockmar behielt zwar bis in ſein hohes Alter regen Sinn und Liebe für die Poeſie, aber das Handwerk des Dichters ſelbſt zu verſtehen oder üben hat er nie Anſpruch erhoben. — Der ebene Lauf des Verkehrs der beiden Freunde wurde mitunter durch eine gewiſſe unmuthige Herbheit auf Seiten Rückerts geſtört, die in deſſen unfertiger, einſamer Lage ihre Erklärung findet. Aus dem ſchon angeführten Brief vom 8. März 1813 ergiebt ſich, daß Stockmar Jenen „zuſammengezogen, rauh und herb wie einen Gallapfel“ genannt hatte. Rückert erwidert darauf: das ſeien „drei falſche Schönheiten in Einem wahren Bilde“ — das Wort „wahren“ hat er nachträglich ausgeſtrichen. Ein paar Stellen aus Rückerts Briefen bezeichnen deſſen damalige Stimmung am beſten.

„Du fragſt mich was ich treibe? Nichts! Aber mich treibt die Poeſie zu nichts als zur Poeſie. Ich ſchwimme in Meeren von Entwürfen.

. . . . . Ich zürne Dir, daß Du unter dem ſchwer klingenden Fußtritt des Verhängniſſes ſo ruhig ſein kannſt. Ich ſage mir oft, daß das Dichten mein einziges Handeln iſt, und nicht das Handeln; und doch kann ich mir's nicht abwehren, daß manchmal ein in meine Verſchloſſenheit brechendes Waffengeräuſch mich unter meinen Papierſchnitzeln aufſtört. Ich wollte, ich könnte die Poeſie

von meinem Halſe abſchütteln, die ſchwerer daran hängt als ein Weib und zehn Kinder; ſo ſtände ich morgen unter den preußiſchen Freiwilligen. Aber daraus wird nichts, wenn nicht alle meine Entwürfe vorher verbrennen."

Dann wieder vier Wochen ſpäter:

„Ich bitte Dich tauſendmal, ſchreibe mir etwas Gutes, wenn auch nur wenig. Ich bin in der größten Dumpfheit und Niedergeſchlagenheit; wenn nicht bald jemand kommt, und nimmt mich mit auf Reiſen oder in den Krieg (zu dem ich übrigens nichts tauge), ſo bin ich fertig.

Wir haben hier Alles voll Franzoſen, und ich kann nichts arbeiten, aber auch nicht einmal müßig gehen kann ich mit Geſchick und Luſt. Du haſt wahrlich Unrecht, mich ſo ganz und gar zu verlaſſen. Verlaſſen bin ich in Wahrheit, mir ſelbſt überlaſſen!" —

Ein wundes junges Dichterherz ſpricht ſich auch in folgendem Sonett aus:

An Ch. St. in K.
An der Herbſt-Tag- und Nachtgleiche, zwiſchen Buch und Kurzewind, auf dem Heimweg.

Geh' hin, Sonett, mein Sohn, und ſprich zu einem,
Der mein vergiftet in der Stadt Zerſtreuung:
„Wenn Deinem Herzen nicht gebricht Erfreuung,
So denke doch, daß ſie gebreche meinem."

Noch einmal bringet meine Bruſt mit reinem
Verlangen Dir des Freundesruf's Erneuung;
Folgſt Du ihm nicht, ſo nehm ich mit Bereuung
Den Ruf zurück, und bring' ihn fürder keinem.
Wenn Du an ird'ſchen Reizes Angelſternen
An Sinnenzauber's falſchen Sphärentönen
Vergeſſen kannſt den Freund und ſein Geſchick;
So kann ich zu vergeſſen Dich auch lernen,
Am Buſen meiner himmliſch wahren Schönen,
Von der ich hier das letzte Kind dir ſchicke."

F. R.

Einige Jahre darauf hatte der tiefe Denker und Dichter ſich durch die ihn umringenden Schwierigkeiten durchgekämpft, eine äu-

ßere Stellung, die innere Sicherheit in ſeinem wiſſenſchaftlichen und dichteriſchen Beruf, eine liebenswürdige Frau, ein ihn beglückendes Heimweſen gewonnen, und ſchrieb mit männlicher Zufriedenheit an Stockmar:

„Ich bin eben von einer kurzen Reiſe zu Weib und Kind zurückgekehrt, und fühle mich im Genuß meines beſchränkten Glücks, lebhaft zu Dank gegen Gott und die Welt verpflichtet.“

Wie indeß Stockmar's äußere Stellung und Wirkſamkeit in den Jahren ſeit 1812 ſich geſtaltete, darüber haben wir von ihm ſelbſt eine kurze Aufzeichnung:

„Im Jahr 1812 wurde ich Stadt- und Landphyſikus, und als ſolcher richtete ich in jenem großen Kriegsjahre ein Militärlazareth (in Coburg) her, dem ich als dirigirender Arzt vorſtand. Es füllte ſich bald, erſt mit franzöſiſchen und alliirten, ſpäter mit ruſſiſchen Kranken und Verwundeten. Der Lazarethtyphus, der den Heeren überall nachfolgte, ſetzte ſich auch in dieſem Spital feſt*). Mehrere Todesfälle Solcher, die mit dem Lazareth in unmittelbare Berührung gekommen waren, verbreiteten unter den Aerzten ſolche Furcht, daß nur ein alter Chirurg und ich den Muth hatten, den Dienſt zu verſehen. Dieſer dauerte meinerſeits bis in den November 1813, wo ich denn, nachdem ich der Anſteckung über ein Jahr widerſtanden, von dem Lazarethfieber in ſeiner gefährlichſten Form ergriffen wurde. Drei Wochen lag ich zwiſchen Leben und Sterben, genas aber, nachdem die eigentliche Krankheit vorüber war, wieder ſo raſch, daß ich ſchon im Januar 1814 als Oberarzt der Herzogl. Sächſiſchen Contingente mit nach dem Rhein ziehen konnte. Bei Mainz angelangt, wurde ich als Stabsarzt des fünften deutſchen Armeecorps zu den Spitälern commandirt, die unter Stein's Verwaltung in Mainz, Oppenheim, Guntersblum und Worms errichtet wurden. Hier verblieb

*) Lange Zeit hatte ihm Stockmar dadurch Schranken geſetzt, daß er (was damals neu war) ſelbſt in kalter Jahreszeit Thüren und Fenſter öffnen ließ.

ich als einer der dirigirenden Aerzte bis zum Herbſt 1814, worauf ich nach Coburg zurückging."

Stockmar traf in jener Zeit zum erſten Male mit Stein zuſammen, nicht in freundlicher Weiſe. „Das Militärhoſpital zu Worms, erzählt Freitag S. 165, war längere Zeit nicht mit Kranken beſetzt, und Stockmar that als Arzt ſeine Pflicht, indem er bleſſirte franzöſiſche Gefangene aufnahm. Da ſtrömten auf einmal die deutſchen Verwundeten zu, aber das Hoſpital war gefüllt. Darüber brauſte Stein in ſeiner ſtarken Weiſe auf, und es gab einen heftigen Wortwechſel, wobei Stockmar ihm nichts ſchuldig blieb."

„Seine Bekanntſchaft mit Stein hinterließ ihm doch den Eindruck einer großen Perſönlichkeit. Viele Jahre ſpäter beſuchte Stockmar von England aus auf der Reiſe den gewaltigen Mann, und hatte Anlaß zu erſtaunen, wie genau er ihn in den engliſchen Dingen orientirt fand."

Im Jahr 1815 zog Stockmar nochmals mit dem Herzogl. Sächſiſchen Regiment als Regimentsarzt nach dem Elſaß, von wo er, nach der Uebergabe der Feſtungen, im December wieder in Coburg eintraf, und in ſein Amt als Stadt- und Landphyſikus zurücktrat.

Aber er ſollte es nicht lange behalten. Prinz Leopold von Coburg hatte ihn während der Feldzüge kennen gelernt und Gefallen an ihm gefunden. Als ſeine Vermählung mit Princeß Charlotte von England entſchieden war, bot er Stockmar die Stelle ſeines Leibarztes an.

Am 11. März 1816 erhielt Stockmar den definitiven Ruf des Prinzen, baldmöglichſt zu ihm zu kommen, um ſeinen Poſten anzutreten.

Am 29. landete er in Dover, am 30. ging er, um nicht zu tief in die Nacht hinein zu fahren, „der Straßenräuber wegen" nur bis Rocheſter, am 31. war er in London. „Die Gegend", berichtet das Tagebuch, „die Häuſer, ihre Einrichtung, das Alles hatte mir, zumal in der Nähe von London, außerordentlich wohl gefallen

und mich wirklich so erheitert, daß ich mir oft sagte, hier muß es dir wohl gehen, hier kannst du gar nicht krank werden."

Diese bezeichnende Stelle giebt uns eine Anknüpfung, das Wesen des jungen Arztes zu betrachten, den wir so bis an die Schwelle einer unsicheren, unbekannten Zukunft begleitet haben.

Stockmar war eine merkwürdig gemischte Natur. Bei geradem, auf die Vereinfachung aller vorliegenden Fragen gerichteten Verstand, nüchterner Beobachtungsgabe, großer Objectivität der Auffassung, besaß er viel weiches Gefühl, Herzensgüte und Menschenfreundlichkeit. Er war zum Handeln mit keckem Trieb und Muth, mit Scharfblick, Divination und Erfindung ausgestattet, aber die allgemeine Betrachtung, die Zurückführung alles Einzelnen auf Grundsätze blieb ihm beständiges Bedürfniß. Bald setzte er den Beobachter durch sanguinisch-sprudelndes, herausforderndes, rückhaltloses, rasches, feuriges oder humoristisches, heiteres, selbst ausgelassen lustiges Wesen in Erstaunen, und erwärmte durch herzlich offenes Entgegenkommen, wo er sich angezogen und zum Vertrauen erweckt fühlte, — bald war er ganz Ernst, Ruhe, Gehaltenheit, kühle Besonnenheit, methodische Ueberlegtheit, Vorsicht, Kritik, ja Ironie und Skepsis.

Waren hierdurch schon genug der Contraste bedingt, so kam noch hinzu, daß ein schwächlicher, kränklicher Körper, dessen Gebrechen sich gerade in der Universitätszeit zuerst bedenklich geltend machten, den Aufschwung vielfach hemmte, die Spannkraft lähmte, und daß physisches Uebelbefinden nur zu häufig eine bei besserem Gesundheitszustand schlummernde Anlage zu tiefer Hypochondrie weckte, die dann den Geist zeitweise, und zwar schon in jungen Jahren niederdrückte.

Stockmar hat sein ganzes Leben hindurch mit Unterleibsbeschwerden und einen großen Theil desselben mit Augenleiden zu kämpfen gehabt. Wir sahen, wie ihn Rückert in der S. 56 der Auswahl seiner Gedichte abgedruckten poetischen Epistel so anredet:

„Freund, dem die Schlangengewinde der Hypochondrie um die trüben Augen so dicht sich zieh'n, daß Du gar träumest von Blindheit."

Wie alle hypochondrischen chronisch Leidenden, so hatte auch Stockmar stets nicht nur von seinen wirklichen Leiden und seinen hypochondrischen Vorstellungen darüber, sondern auch davon viel auszustehen, daß die meisten Freunde und Bekannte, weil sie ihn oft heiter und energisch thätig sahen und er doch eben fortlebte, ja alt wurde, und die Thatsache seine melancholischen Voraussagungen oft widerlegte, seine Leiden für bloße Einbildung, maladie imaginaire erklärten. Die wenigsten Menschen wissen die Unterscheidung zu machen, daß die chronischen Uebel, mit denen ein Anderer behaftet ist, doch traurige Realitäten bleiben, wenn sie dem Leidenden auch nicht alle Heiterkeit und Kraft entziehen, und wenn auch dessen Vorstellungen über die Natur und die Folgen seiner Beschwerden irrig oder übertrieben sind.

Die Schwankungen in Stockmar's Befinden führten zu neuen Contrasten in seiner Stimmung und Leistungsfähigkeit. Kehrte nach längerer Ebbe die Fluthwelle zurück, war der Druck auf das Nervensystem gehoben, so zeigte sich dann bei ihm, wie so oft bei reizbaren Naturen, und zwar auch noch in späteren Jahren, die Reaction in überraschender Lebendigkeit und überströmendem Humor. Sehr bezeichnend sagte zu ihm in einem solchen Falle einer seiner ältesten Freunde, der jetzige General von Alvensleben in Coburg (sie waren Beide schon hoch in den Sechszigen): „Es ist nur gut, daß Du so oft krank bist, sonst wäre es mit Deinem Uebermuth gar nicht auszuhalten."

Mit diesen Zügen ist aber das tiefste Wesen Stockmar's noch nicht bezeichnet. Ich finde es in folgenden Eigenschaften:

Der lautersten Liebe zur Wahrheit, dem Eifer sie zu erkennen und bekennen, von Andern erkannt, bekannt und nicht verdunkelt zu sehen,

der größten Unabhängigkeit der Geſinnung, und

dem freudigen Gehorſam und Dienſt gegen das innere Geſetz, das die menſchlichen Dinge beherrſcht.

Den Ereigniſſen, Erſcheinungen und Zuſtänden ihr inneres Geſetz abzulauſchen — hatte er es erkannt, ſich ihm ohne Sträuben zu fügen, wenn auch ſeine Wünſche im Gegenſatz dazu ſtanden — für die Verwirklichung des Geſetzes redlich und freudig zu arbeiten, das war ſeine Art.

Hieraus ergab ſich ſeine Grundſtellung zur Politik. Während die Staatsmänner Europa's ſeit 1815 vielfach willkührliche, aus beſchränktem Egoismus oder Doctrinarismus hervorgegangene Ziele und Tendenzen verfolgten, gegen den natürlichen Trieb der politiſchen Zuſtände eigenmächtig ankämpften, den natürlichen Wuchs der Völker durch künſtliche Veranſtaltungen zu hemmen oder umzubilden ſtrebten, ſo war er bis zum letzten Hauch mit ganzer Seele einer volksthümlichen liberalen Entwicklung zugethan und wirkte dafür nach Kräften.

Auf demſelben Grund ruhte ſein perſönliches Verhalten zu andern Menſchen. Er war nicht nur in hohem Grade uneigennützig für ſich ſelbſt, ſondern er fand ſeine Befriedigung in der Förderung des Wohls der Anderen, die Erfüllung des Geſetzes auch in dieſer Richtung war ſeine Freude*). Menſchenfreundlichkeit, Wohlwollen, Liebe zu üben, hülfreich zu ſein, das Gedeihen der Anderen zu pflegen, das war ihm denn auch fortan auf ſeinem Lebenswege in reichem Maaß beſchieden.

Das Eigenthümliche deſſelben beſtand darin, daß ſeine längſte, ausgedehnteſte, conſequenteſte und kräftigſte Wirkſamkeit in jenem Sinn Perſonen auf der höchſten irdiſchen Stufe, Fürſten, zugewendet blieb.

*) Er war ſich deſſen wohl bewußt. Schon im November 1817 ſchreibt er an ſeine Schweſter Caroline: „Ich ſcheine mehr da zu ſein, für Andere als für mich ſelbſt zu ſorgen und bin mit dieſer Beſtimmung gar wohl zufrieden.“

Der wahrheitliebende, unabhängig gesinnte, von freudigem Gehorsamseifer gegen die inwohnenden Gesetze menschlicher Dinge erfüllte Mann, wurde ein Freund, Vertrauter, Berather und Mentor von Fürsten, d. h. Personen, denen auf ihrer Höhe die Wahrheit, die unabhängige Gesinnung am wenigsten nahe tritt, die am meisten versucht sind, das innere Gesetz der Dinge zu mißachten.

Aber das Glück wollte es wiederum, daß Stockmar in den verschiedenen Stadien seines Lebens zu solchen Fürsten in Beziehung trat, die selbst dem Wahren und Rechten, nicht dem leeren Schein, nachstrebten, die den menschlichen Werth eines unabhängigen Mannes zu schätzen wußten, die sich selbst als Diener und Werkzeuge der höhern Ordnung, nicht als willkührliche Beherrscher der menschlichen Dinge betrachteten, die durch Geistes- und Charaktereigenschaften zur Erfüllung ihrer Aufgabe vorzüglich ausgestattet waren. Das Samenkorn, das Stockmar ausstreuen konnte, fiel nicht auf steinigten, unfruchtbaren Boden.

Freilich bei Stockmar's Ankunft in England war eine solche Aussicht dem Blick noch verhüllt; — Anlaß zur Bangigkeit war für jenen genug vorhanden. Denn er hatte eine gesicherte, verhältnißmäßig freie Stellung in den allerdings kleinen, aber bequemen und vertrauten Verhältnissen der Heimath aufgegeben, um eine unsichere Zukunft*), im persönlichen Dienst eines Herrn, in einem Lande, dessen Sprache und Sitten ihm unbekannt waren und das dem Fremden, auch unter den günstigsten Verhältnissen, große Schwierigkeiten darbietet. Aber ein freundliches Geschick fügte es so, daß er auf diesem Wege ein viel reicheres Loos fand, als er sonst je hätte hoffen dürfen, daß der Herr ein höchst liebenswürdiger und bedeutender Fürst war, zu dem der Diener in die Stellung eines Freundes und Vertrauten trat, daß Stockmar sich in England sehr gut

*) Es standen nicht einmal die nähern Bedingungen der Stellung im Voraus fest.

acclimatisirte und daß ihm sein dortiger Aufenthalt eine treffliche Bildungsschule wurde*).

„So gehörte", sagt F. K. Meyer, „Stockmar nun als Diener und Gehülfe dem glücklichen Gestirn an, das mit der Vermählung des Prinzen Leopold über das Coburger Haus aufging."

Zwar schien sich das Gestirn früh wieder zu verfinstern. Schon am 6. November 1817 starb die Prinzessin nach der Geburt eines todten Knaben**). Wie viel Folgen hingen an diesem traurigen Ereigniß! Hätte sie gelebt, der Prinz Leopold wäre nicht König der Belgier geworden, er hätte vielmehr in England die Stelle und den Beruf übernommen, die später seinem Neffen Albert zufielen. Aber das Geschick Belgiens würde wahrscheinlich eine andere Wendung genommen, der Herzog von Kent würde nicht die Schwester Leopold's, die verwittwete Fürstin von Leiningen, geheirathet, seine Tochter Victoria nicht den Thron bestiegen, Prinz Albert nicht seine segensreiche Wirksamkeit in England entfaltet, nicht dessen Tochter sich dem Preußischen Thronerben vermählt haben.

Soweit hatte Stockmar schon das Vertrauen und die Zuneigung seines Prinzen gewonnen, daß dieser ihm am Todtenbette der geliebten Gemahlin das Versprechen abnahm, ihn nicht mehr zu verlassen.

Die weitere Folge war, daß der Prinz bald einen andern Arzt nahm und Stockmar die Leitung seiner persönlichen Geschäfte und seiner Hofhaltung als Secretär, Schatzmeister und Comptroller of the Household übertrug, eine Stellung, in der er bis 1831 verblieb***).

---

*) Ueber das Leben am Hofe Leopold's 1816 bis 1817, verweise ich auf das zweite Capitel der Denkwürdigkeiten.

**) Von diesem Ereigniß handelt das dritte Capitel der Denkwürdigkeiten.

***) Zur Bezeichnung des persönlichen Verhältnisses Stockmar's, seinem Herrn gegenüber, möge eine Stelle aus einem Briefe dieses letzteren vom 15. December 1824 dienen, wodurch er Stockmar bei einem Staatsmann mit den Worten einführt: „Mon secrétaire privé le Baron de Stockmar m'a été

Mit dieſem Emporſteigen auf der ſocialen Leiter hing es zuſammen, daß Stockmar auf den Betrieb ſeines Herrn 1821 in den ſächſiſchen Adelſtand und 1831 in den bairiſchen Freiherrnſtand erhoben wurde, wozu ſich in den vierziger Jahren der öſterreichiſche Freiherrntitel geſellte.

„Die kluge, heitere Freigebigkeit," ſagt Meyer, „mit der Prinz Leopold fortan Haus hielt, der feine Takt, mit dem er außerhalb der Parteien ſeine Stellung nahm und behauptete, ſeine wohlgemeſſene Doppelhaltung, zugleich als deutſcher Prinz und als reich ausgeſtatteter Wittwer der engliſchen Königstochter, würde ihm ohne den Rath und Beiſtand ſeines neuen Secretärs und Hofmarſchalls ſchwerlich ſo gut gelungen ſein." —

Für Stockmar's Bildung war dieſe Zeit, durch die Handhabung in die verſchiedenſten Gebiete reichender Geſchäfte, durch den Einblick aus begünſtigter Stellung in das großartige Getriebe des ſocialen und politiſchen Leben Englands, von entſcheidender Bedeutung. Er lernte im Verkehr mit den männlichen, nüchtern-verſtändigen Engländern eine andere Art der Auffaſſung und Behandlung praktiſcher Dinge als die in Deutſchland damals, namentlich in den Kleinſtaaten, übliche, kindiſche, kleinlich engherzige und weitſchweifige. „Dabei verlor er nicht", ſagt Freitag, „von der Wärme, dem Wohlwollen und der Liebe, die ihm eigen waren, und nicht die deutſche Eigenſchaft, ſein Handeln nach den höchſten Geſichtspunkten einzurichten. Die hohe, ehrfurchtsvolle Auffaſſung von der Entwicklung des Staats aus dem Gemüth und den Bedürfniſſen des Volks, ſeine Auffaſſung, daß das Leben einer Nation das Leben eines gewaltigen, individualiſirten Organismus ſei, befeſtigte ſich ihm hier an

attaché de longues années; il a été témoin des jours de mon bonheur; plus tard, quand il plut à la Providence de m'accabler de malheurs que je n'avais presque pas la force de supporter, il a été mon fidèle soutien et ami. Il a refusé tout autre sort, toute carrière qui lui a été offerte à plusieurs reprises, pour se dévouer à mon service, et je ne nie point, qu'il est plutôt mon ami que mon serviteur."

den Fortſchritten eines großen Volks innerhalb einer freien Verfaſſung. Er ſah wie Neues wurde, wie in einem kräftig arbeitenden Staatskörper aus den egoiſtiſchen Zwecken der Parteien, aus perſönlichen Intriguen, aus Einſeitigkeit der Bildung ſich das Zeitgemäße und Vernünftige durch die Anſtrengungen Einzelner gehemmt, getrübt, gefördert, allmählig entwickelt; er erkannte den Werth eines geſetzlich feſten Verfaſſungslebens für das Heraustreiben ſolcher Neubildungen, und gewann Einſicht in die Mittel und Wege, durch welche der leitende Staatsmann auf ſein Volk einwirkt, und durch welche er ſelbſt in ſeiner Arbeit beeinflußt wird.“ —

Der lange engliſche Aufenthalt wurde durch Reiſen mit dem Prinzen nach Frankreich, Italien und Deutſchland unterbrochen. Im Auguſt 1821, einige Monate vor der italieniſchen Reiſe (1821 bis 1822) verband ſich Stockmar in Coburg mit ſeiner Couſine Fanny Sommer, und gründete dort Haus und Familie*), in deren Mitte er übrigens, während der nächſten 36 Jahre, durchſchnittlich nur ſechs Monate jährlich, von Belgien oder England aus kommend, wo der Schwerpunkt ſeines Wirkens lag, verleben ſollte. Mitunter bekam er Frau und Kind mehrere Jahre hinter einander gar nicht zu ſehen. Es war kein geringes Opfer, was der gemüthvolle, mit zärtlichem Familienſinn begabte Mann hiermit den Verhältniſſen brachte. Denn er hatte ſo bis faſt in ſein ſiebenzigſtes Jahr keine ganze und volle Heimath und es kam in ſeine geſammte Exiſtenz etwas Getheiltes und Zwieſpältiges.

Das Jahr 1829 brachte Stockmar die erſte perſönliche Berührung mit der großen Politik in Folge der Candidatur ſeines Herrn zum griechiſchen Königsthron. Für den Prinzen war dieſer nicht wenig verlockend durch den Glanz, den die Erinnerungen der Vergangenheit, die Schwärmerei des Tages und ein romantiſcher

*) Die Kinder dieſer Ehe ſind: 1. Ernſt, geb. 1823, der Verfaſſer dieſes Buchs, 2. Marie, geb. 1827, welche, verheirathet an Profeſſor Hettner in Dresden, 1856 ſtarb, 3. Carl, geb. 1836.

Zug ſeines eigenen Herzens nach dem Süden über jenes Ziel verbreiteten. Leopold widerſtand jedoch ſchließlich all' dieſen Reizen und wurde bei ſeiner endlichen Ablehnung von nüchterner Erwägung der realen Verhältniſſe beſtimmt. Sie ergab, um mit C. F. Meyer S. 334 zu reden, „daß in der geographiſchen wie politiſchen Beſchränkung, die dem neuen Königreich gezogen werden ſollte, daſſelbe ſchwerlich vermögen werde, ſich der eignen innern Verworrenheit, noch weniger dem Gängelband der auswärtigen Intriguen zu entreißen, an dem es halb zufällig entſtanden war." —

Der Ausgang dieſer Angelegenheit, deren näheren Verlauf das fünfte Capitel der Denkwürdigkeiten giebt, entſprach den Vorherſagungen Stockmar's. Dieſem fehlte hinſichts der Methode und Taktik des diplomatiſchen Verhandelns dazumal zwar noch praktiſche Erfahrung, aber nicht natürlicher Inſtinkt.

Von Anfang an hatte er bei ſeinem Herrn auf zwei Dinge gedrungen:

1. daß der Prinz nicht perſönlich mit den Vertretern der Großmächte unterhandle,
2. daß er ſeine Annahme der griechiſchen Krone von vornherein von beſtimmten Bedingungen abhängig mache.

Stockmar's Rath war nicht befolgt worden. Der Prinz hatte erſt die ihm gebotene Krone angenommen, und dann verſucht, die für die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit Griechenlands erforderlichen Zugeſtändniſſe von den Mächten zu erlangen, deren Miniſtern und Geſandten gegenüber er in ſelbſteigner Perſon, ohne die Deckung verhandelte, welche die Dazwiſchenkunft eines Bevollmächtigten gewährt. Dadurch kam er ſchließlich in die Lage, die bereits angenommene Krone doch nachträglich aus ſachlichen Gründen ablehnen zu müſſen, nachdem er gefunden, daß die Bedingungen, die er verlangen mußte, die auch der Präſident Capodiſtrias für unerläßlich erklärte, nicht zu erreichen waren.

Noch war indeß ſeit dem Verſchwinden der griechiſchen Aus-

ſicht kein Jahr verfloſſen, als dem Prinzen ſchon wieder eine andere Krone, die belgiſche, angetragen wurde. Belgien, das ſich gegen die holländiſche Herrſchaft empört, verdankte ſeine Unabhängigkeit der Furcht der von heimlichen Begierden erfüllten Juliregierung vor den anderen Mächten, der Furcht der abſoluten Höfe vor dem Juli-Frankreich und dem Wohlwollen des nach Wellington's Sturz November 1830 eingetretenen Whigminiſteriums. Leopold gelangte zum Thron, weil er, ohne einer der Mächte durch ſeine Abſtammung anzugehören, bei England und Rußland in einiger Gunſt ſtand und ſeine Geneigtheit, ſich mit Frankreich durch eine Heirath freundlich zu ſtellen, früh zu erkennen gegeben hatte.

Stockmar's Einwirkung auf den Gang der Verhandlungen und auf die Entſchließungen ſeines Herrn vor deſſen Abreiſe aus England nach Brüſſel war eine mehrfach eingreifende und wichtige.

Sie machte ſich beſonders geltend in Bezug auf das ſtrenge Feſthalten des Prinzen an dem correcten Standpunkt, daß er den Belgiern nur unter der Bedingung eine Zuſage machte, wenn ſie ſich den von der Londoner Conferenz gebotenen achtzehn Artikeln unterwürfen (womit alſo der in der griechiſchen Sache begangene Hauptfehler vermieden war), — ſodann hinſichts der Annahme, der in Brüſſel beſchloſſenen Verfaſſung trotz ihres demokratiſchen Inhalts; — endlich bei dem Verzicht Leopold's auf ſein ihm durch Parlamentsacte geſichertes engliſches Jahrgeld von 50,000 Pfd. Strl., einem Entſchluſſe, mittels deſſen der neue König nach allen Seiten hin die rechte unabhängige Stellung gewann.

Am 21. Juli 1831 zog Leopold in Brüſſel ein. Stockmar hatte ihn begleitet, um das neue königliche Haus- und Hofweſen zu organiſiren. Aber ſchon Anfang Auguſt brachen die Holländer über das unvorbereitete Belgien herein, das nur durch die Hülfe einer franzöſiſchen Armee gerettet ward.

Auch für Stockmar perſönlich waren die Franzoſen als Retter erſchienen. Am 12. Auguſt war er, unbekannt mit dem Stand der

Dinge bei Löwen, von Brüſſel zu Wagen dahin gefahren, um den König nach deſſen Hauptquartier wichtige aus England eingegangene Depeſchen zu überbringen. Er ſtieß auf eine holländiſche Truppenabtheilung und ward als Gefangener nach einem Bauernhaus im nächſten Dorf geführt. Hier kam es ihm vor allen Dingen darauf an, die Depeſchen, die er am Leibe verborgen trug, bei Seite zu bringen. Er erlangte unter einem Vorwand Erlaubniß, in den Stall zu treten und vergrub die Papiere hier unter der Streu. In die Bauernſtube zurückgekehrt, zeigte er dem holländiſchen Offizier die aus Brüſſel mitgebrachten Zeitungen, welche den Einmarſch der Franzoſen als bereits erfolgt meldeten. Der Offizier wurde bedenklich; bald darauf ſah er die erſten franzöſiſchen Vorläufer durch ein Kornfeld kommen. Da zog er ſich mit ſeiner Mannſchaft raſch zurück und ließ den Gefangenen im Stich, der dadurch vielleicht der Gefahr entging, einige Jahre auf einer holländiſchen Feſtung zuzubringen.

Die Cataſtrophe vom Auguſt verſchlechterte Belgiens Stellung vor der Londoner Conferenz bedeutend. Stockmar kehrte nach London zurück, um hier als vertrauter Agent des Königs neben den officiellen Vertretern Belgiens, aber im beſtändigen Einvernehmen mit denſelben, die Intereſſen ſeines Herrn und Belgiens zu überwachen. Seine lange Kenntniß des Londoner Terrains, ſeine perſönliche Bekanntſchaft mit einigen der leitenden engliſchen Staatsmännern, namentlich Lord Grey und Palmerſton, ſein gutes Verhältniß zu dem preußiſchen Geſandten Herrn von Bülow, machten es ihm möglich, Dienſte zu leiſten, welche von einem officiellen Agenten unter den damaligen Umſtänden nicht zu erwarten waren, obſchon Belgien durch ungewöhnlich fähige Männer, wie Van de Weyer und Goblet, vertreten war.

Mühſam wand ſich die belgiſche Sache auf der Conferenz weiter.

Die Ungeduld der Belgier, ihre Conſtituirung zu vollenden, das

Wohlwollen Englands waren die unzweideutig vorwärts treibenden Kräfte. Die allgemeine Furcht vor einem Krieg begünſtigte den Fortgang; ſie ſiegte bei Frankreich über alle ſeine Hintergedanken, denen übrigens doch die Vermählung Leopold's, auf die Stockmar nicht aufhörte zu drängen, einen Zügel anlegte, bei den nordiſchen Mächten über ihre Antipathien gegen die revolutionäre belgiſche Neubildung und ihre Familienſympathien für die holländiſche Dynaſtie. Aber dieſe Hintergedanken, Anti- und Sympathien bildeten bedeutende retardirende Elemente. Daß aus dieſem Hexenkeſſel, wenn auch langſam und unter tauſend Schwierigkeiten die Unabhängigkeit Belgiens ſchließlich hervorgehen werde, dieſe Zuverſicht verlor Stockmar nicht einen Augenblick, und aus dieſer Zuverſicht floß die conſequente Ruhe, mit der er beſtändig den Belgiern rieth, ſich an kleinen, allmähligen Fortſchritten genügen zu laſſen, nicht zu verzweifeln, nicht zu extremen Maaßregeln zu greifen, wenn man nicht ſogleich alles erlangen konnte, was man wünſchte.

Der erſte Fortſchritt war der Vertrag vom 15. Nov. 1831, worin die fünf Mächte Belgiens Unabhängigkeit und Neutralität garantirten und die territorialen und finanziellen Bedingungen der Trennung von Holland feſtſetzten. Dieſe Bedingungen waren weniger günſtig als die frühern 18 Artikel. Stockmar rieth gleichwohl den Vertrag anzunehmen, weil er die fünf Mächte feſter zu binden geeignet war, als das vorhergehende Verhältniß. Nun machten die nordiſchen Mächte Schwierigkeit in Betreff der Ratification des Vertrags. Sie ratificirten erſt gar nicht, dann unter Clauſeln und Vorbehalten.

Stockmar rieth, dieſe bedingte und verclauſulirte Ratification anzunehmen, weil ſie eben doch wieder die Sache um einen Schritt weiter brachte.

Nun handelte es ſich darum, den Vertrag auszuführen. Er überließ verſchiedene Punkte der Regelung durch directe Verhandlung zwiſchen Holland und Belgien. Aber Holland hatte den Vertrag

seinerseits nicht angenommen, es hielt noch verschiedene Theile des Gebiets (namentlich Antwerpen) besetzt, welche nach jenem Tractat Belgien zufallen sollten. So weigerte sich denn Belgien jeder fernern Verhandlung mit Holland vor der Räumung seines Gebiets.

Die ganze Angelegenheit stockte, während Holland in London den Mächten vorspiegelte, es sei zu Verhandlungen mit Belgien, zu einer billigen Auseinandersetzung bereit, und die Conferenzmächte deshalb die ohnehin schwierige Aufgabe, die Territorialbestimmungen des Vertrags auszuführen, gern auf die lange Bank schoben. Stockmar im Verein mit General Goblet und Van de Weyer wirkte dahin, daß in Brüssel die Ansicht durchdrang, man müsse die dort angenommene Haltung aufgeben. Belgien erklärte sich zu sofortigen directen Verhandlungen mit Holland bereit. Es zeigte sich bald, daß dieses zu keinem ernstlichen Eingehen auf die Grundlagen des Vertrags geneigt war. Und so erfolgte ein weiterer Fortschritt, indem Frankreich und England, unter passivem Zusehen der andern Mächte, die Räumung des Belgien überwiesenen Gebiets gegen Holland mit Gewalt erzwangen. Die Folge war ein Waffenstillstand zwischen Holland und Belgien und ein dem letzten günstiges Provisorium, das bis 1839 dauerte, wo endlich der definitive Vertrag mit Holland zu Stande kam.

Nach der zwangsweisen Ausführung des Novembertractats Seitens der Westmächte und der Anbahnung eines Provisoriums mit Holland, war die belgische Sache für's Erste ins Trock'ne gebracht. So konnte denn Stockmar im Frühjahr 1833 nach Deutschland zu seiner Familie zurückkehren, die er drei ganze Jahre nicht gesehen hatte.

Ihm stand der Glaube an die Haltbarkeit der belgischen Neuschöpfung fest, den, wie man in den Denkwürdigkeiten sehen wird, seine Briefe immer wieder aussprechen. Sein Argument war einfach, daß Belgien den äußern Gefahren gegenüber so viel Aussicht auf Bestand habe, wie jeder andere Staat dritten Ranges. Die Ereignisse von 1848, 1852 und 1870 haben ihm Recht gegeben.

Die mehrjährige Beſchäftigung mit den belgiſchen Angelegenheiten hatte Stockmar die genaue Bekanntſchaft der meiſten belgiſchen Staatsmänner verſchafft. Er war erſtaunt, wie viel fähige Männer die bewegte Zeit in dem kleinen Land an die Oberfläche brachte.

Er behielt zu Lebeau, Devaux, Rothomb, Goblet, deren Tüchtigkeit er ſtets im höchſten Maaße anerkannte, freundliche Beziehungen, und zählte bis an ſein Ende Van de Weyer, der nach dem Schluß der Londoner Conferenzen über dreißig Jahre Geſandter beim engliſchen Hofe, und Van Praet, der als Miniſter des königlichen Hauſes der beſtändige Rathgeber Leopold's blieb, zu ſeinen treuen Freunden.

Mit den Staatsmännern von der katholiſchen Seite konnte er ſich weniger befreunden. Viele Hochachtung hegte er für den originellen, charaktervollen Grafen Felix Mérode. Von ihm pflegte er gern zu erzählen, z. B. wie Mérode ſeine Mißſtimmung über den engliſchen Nebel äußerte: „Partout le brouillard! Je découpe mon beefsteak: sort le brouillard.“ Mérode ſeinerſeits wußte Stockmar zu ſchätzen. Er ſagte von ihm: „c'est un original, mais quel honnête homme!“

In Stockmar's Leben war nun ein bedeutender Wendepunkt eingetreten. Seine bisherige engliſche Stellung im Dienſte Leopold's mußte aufhören. Es blieben zwar noch die an den Verzicht auf die Annuity des Königs ſich knüpfenden Angelegenheiten in England zu regeln. Nachdem aber dieſe im Laufe des Jahres 1834 ihr Ende erreicht, war für Stockmar zunächſt in England keine weitere Wirkſamkeit übrig. Eine officielle Stellung im belgiſchen Dienſt hat ihm wohl öfter vorgeſchwebt, allein er hat ſich nie ernſtlich darum bemüht. Zu ſeinem Glück! Schwerlich hätte ſich, bei ſeiner für eine gewöhnliche officielle Routine nicht geeigneten Individualität, etwas ihm völlig Zuſagendes gefunden. Das Mißtrauen und die Mißgunſt, mit denen der Ausländer in Belgien betrachtet wird, wären auch ihm nicht erſpart geblieben.

Stockmar trat alſo aus ſeiner eigentlichen dienſtlichen Stellung aus, genoß vom König eine auf deſſen engliſche Annuity angewieſene Penſion und blieb fortan zu ſeinem früheren Herrn in einem freien Verhältniß fortwährenden vertrauten Verkehrs, häufig zu Rathe gezogen und zu vielen mehr oder minder erheblichen Geſchäften, beſonders in der Familienpolitik, verwendet.

Das erſte der Art war der Abſchluß des Heirathsvertrags für den Prinzen von Coburg mit Donna Maria von Portugal, zu Ende 1835.

Das Jahr 1836 eröffnete aber Stockmar ein neues, wichtiges Feld der Thätigkeit. Die herannahende Großjährigkeit und mögliche baldige Thronbeſteigung der Prinzeß Victoria von England nahm die vorausſchauende Fürſorge des Königs Leopold, ihres Oheims, in Anſpruch. Zugleich faßte dieſer jetzt die Vorbereitung zur Ausführung eines Wunſches beſtimmt ins Auge, der in der Coburgiſchen Familie ſchon lange laut geworden war, daß nämlich die künftige Königin von England ſich ſeinem Neffen, Prinzen Albert von Coburg, vermählen möge. Stockmar erhielt die Aufgabe, der jungen Prinzeſſin für den entſcheidungsvollen Zeitpunkt ihrer Majorennität oder gar des Thronwechſels als vertrauter Helfer und Berather zur Seite zu ſtehen. Inzwiſchen erwog König Leopold mit ihm, wie Prinz Albert mit ſeiner Couſine bekannt zu machen und für ſeinen eventuellen künftigen Beruf vorzubereiten ſei.

Man wird aus dem ſechszehnten Capitel der Denkwürdigkeiten erſehen, daß der König und Stockmar die von ihnen gewünſchte Zukunft des Prinzen nicht als eine ſolche blos äußerlichen Glanzes und Vortheils auffaßten, ſondern mit ihr ernſte, ſchwierige Anforderungen verknüpften und den Plan der Vorbereitung dazu von hohen Geſichtspunkten aus gründlich überdachten.

Am 24. Mai 1837 erlangte Prinzeß Victoria das Alter der Großjährigkeit, nachdem König Wilhelm IV. ſchon ſeit dem 20. Mai ſchwer erkrankt war; am 25. Mai kam Stockmar in England an;

am 20. Juni bestieg König Leopold's Nichte den Thron. Zwischen dem 20. Mai und 20. Juni war die junge Prinzessin von manchen Schwierigkeiten umringt, bei deren Ueberwindung ihr Stockmar's Rath und Hülfe zu Statten kamen.

Nach dem Thronwechsel setzte Stockmar noch über ein Jahr seine stille, geräuschlose Thätigkeit in England fort, ohne äußerlich definirte Stellung. Die Königin hatte keinen Privatsecretär, oder, Deutschen verständlicher zu reden, Cabinetsrath. Die Hülfe eines solchen für die Staatsangelegenheiten wurde zum Theil dadurch ersetzt, daß Lord Melbourne, mehr als sonst der Premierminister pflegt, persönlich mit der Königin verkehrte und sie berieth. Aber er konnte ihr doch nicht immer zur Hand sein, und die somit verbliebene Lücke wurde durch Stockmar ausgefüllt, der namentlich den mündlichen und schriftlichen Verkehr mit dem abwesenden Minister vermittelte. Es war für einen Deutschen in England eine höchst prekäre, bedenkliche Stellung. Daß Stockmar sie funfzehn Monate behauptete, war nur möglich, weil er alles Hervortreten vermied und weil seine Einsicht, Discretion, Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit den englischen Ministern alles Vertrauen einflößte.

Die Position war um so schwieriger, als er sich verpflichtet hielt im persönlichen Interesse der Königin oder in dem des Königthums, als solchen, den Ministern entgegen zu treten, wenn er diese zu sehr in Parteirücksichten befangen fand. Denn von vornherein erkannte er und verfolgte das Ziel, die Krone über die Parteien zu stellen. Es gelang freilich der jungen Königin bis zu ihrer Vermählung nicht ganz diese unpartheiische Haltung zu wahren.

Als Stockmar im Sommer 1838 England verließ, hatte die Königin ihm eine neue Aufgabe übertragen.

Das Verhältniß zwischen ihr und dem Prinzen Albert war ein schwebendes, unentschiedenes. Sie hatten einander gesehen, mit einander correspondirt, aber es war nichts Entscheidendes ausgesprochen worden. Die Königin hatte den Wunsch der Verbindung

gefaßt, aber dann wieder einen Aufſchub von einigen Jahren begehrt. Daß ſie jenen Gedanken nie völlig aufgegeben, dafür liegt der Beweis in dem Auftrag, den ſie im Sommer 1838 Stockmar ſchriftlich ertheilte, den Prinzen auf einer Reiſe zu begleiten. Der Gedanke war, abgeſehen von den in der Reiſe ſelbſt liegenden Bildungsmitteln, den jungen Fürſten, der Stockmar bis dahin nur oberflächlich kannte, durch deſſen Umgang und Einwirkung für die künftigen Verhältniſſe vorzubereiten. Dieſe 1838 bis 1839 nach Italien unternommene Reiſe bewirkte natürlich die gegenſeitige Annäherung. Die friſche Sicherheit, die Erfahrung, das gemüthliche Weſen Stockmar's werden wohl ihren Eindruck auf den Prinzen nicht verfehlt haben. Stockmar ſeinerſeits that einen Blick in die edle, hochbegabte Natur Alberts, aber ihm blieb der Zweifel, ob dieſer Natur auch genügende Energie und Ausdauer innewohne. Den Prinzen hatten ſeine Verhältniſſe bis dahin nicht gezwungen, dasjenige zu lernen, was den Mann zum Manne macht, die ernſte, anſtrengende Arbeit. Daß er ſie ſpäter lernte, ein treuer, redlicher, raſtloſer Arbeiter für die höchſten Ziele ward, dahin wurden die in ihm liegenden herrlichen Keime, da er bewußt ſtets allem Idealen zugewendet war, durch die engliſchen Verhältniſſe und, nicht zum geringſten, durch Stockmar's fortgeſetzte Einwirkung entwickelt.

Aus Italien zurückgekehrt, begab ſich der Prinz im October nach England und hier erfolgte ſehr bald die Verlobung mit der Königin. Stockmar, der ſich inzwiſchen zum Beſuch beim König Leopold in Wiesbaden befand, wurde beauftragt, ſchon einige Zeit vor der auf den Februar angeſetzten Vermählung in England einzutreffen, um dem jungen Prinzen beim Eintritt in die neue Laufbahn ſogleich mit Rath und That zur Hand zu ſein.

Bei ſeiner Ankunft in England, Januar 1840, fand er die Lage gegen den Sommer 1838 unerfreulich verändert. Die Parteinahme der Königin für die Whigs, ihre ſchroffe Stellung zu den Tories hatte ſich im Mai 1839 auffällig gezeigt, wo die Bildung

eines Miniſteriums Peel an ihrem Widerſtand in der ſogenannten Hofdamenfrage ſcheiterte, und im folgenden Sommer und Herbſt hatte die traurige Cataſtrophe der Lady Flora Haſtings der Erbitterung der Tories neue Nahrung gegeben. Das Whigminiſterium war aber äußerſt ſchwach und ſiech, von einer ſchwankenden Majorität im Parlament getragen, dabei ſorglos und ungeſchickt in der Geſchäftsbehandlung. Daher hing es in einem gewiſſen Grade von dem guten Willen ſeiner Gegner ab. Allein dieſer fehlte gerade in Bezug auf alles was den Hof anging. Und ſo nahmen die ſämmtlichen Fragen, welche die Regelung der Stellung des künftigen Gemahls der Königin betrafen, im Parlament einen ungünſtigen Verlauf. Das Jahrgeld des Prinzen wurde beſchnitten. Die Regierung mußte den Theil der Naturaliſationsbill, welcher den Rang des Prinzen beſtimmen ſollte, zurückziehen, um nicht geſchlagen zu werden. Vergeblich war Stockmar's Rath geweſen, daß das Miniſterium verſuchen möge, über dieſe Frage, die nicht als Parteifrage behandelt werden dürfe, da ſie das allen Parteien angehörige Königthum berühre, ſich mit den Häuptern der Oppoſition vertraulich ins Einvernehmen zu ſetzen. Auf eigene Hand ſolche Verhandlungen anzuknüpfen, hatte Stockmar nicht gewagt. Er that es aber bei dem nächſten gleichartigen Anlaß, als nämlich die bevorſtehende Entbindung der Königin die Einſetzung einer Regentſchaft für den Fall nöthig erſcheinen ließ, daß die Monarchin mit Hinterlaſſung eines Minderjährigen verſtürbe. Er leitete Verhandlungen mit Peel und Wellington ein, und das Reſultat war das Durchgehen der Bill, die dem Prinzen die Regentſchaft ſicherte, faſt ohne Widerſpruch.

Ein Präcedenzfall, der von nun an, unter dem Einfluß des Prinzen-Gemahls, für die Behandlung aller die königliche Familie betreffenden Fragen maaßgebend wurde.

Bald nach der Annahme der Regentſchaftsbill kehrte Stockmar nach Deutſchland zurück, mit dem Gedanken, daß nunmehr ſeine Wirkſamkeit in England vielleicht für immer geſchloſſen ſein werde.

Dies war freilich ein Irrthum. Denn die nächsten siebzehn Jahre durch gestaltete sich sein Leben so, daß er fast jedes Jahr nach England reiste, wo er in der Regel Spätherbst, Winter und Frühjahr zubrachte.

Sein Verhältniß zum Prinzen wurde bald ein tiefes und inniges. Im November 1840 schreibt er: „ich liebe ihn wie einen Sohn." — Und der Prinz verdiente solche Liebe. Sein Geist entfaltete sich immer mehr. Ernstes Pflichtgefühl, beharrliches Streben und Arbeiten für alle edelsten menschlichen Ziele durchdrang und beherrschte sein ganzes Leben. Er wurde immer mehr zum willigen, eifrigen, freudigen Diener des göttlichen Gesetzes, an erhabener Stelle mit großem inneren Vermögen und äußerer Kraft wirkend. Es waren verwandte, echt deutsche Naturen. Sehr treffend und schön sagt Freitag a. a. O. S. 168:

„Wer Wesen und Bildung des Prinzgemahls, wie es in den „Speeches and Addresses" jetzt auch weiteren Kreisen vertraulich geworden ist, näher betrachtet, der wird mit starken Zügen dieselbe deutsche und freie Auffassung und dieselbe Methode politischer Bildung ausgeprägt finden, zu welcher Stockmar gekommen war. Jede Erscheinung zu verfolgen bis zu ihrem Ursprung, den Verlauf großer politischer Ereignisse mit dem gespannten Interesse eines Naturforschers zu betrachten, zur Grundlage der Beurtheilung aller irdischen Verhältnisse immer moralische und ethische Forderungen zu nehmen, einen festen Glauben an die Güte der menschlichen Natur zu bewahren, dem Perfectionstrieb der menschlichen Gesellschaft fest zu vertrauen, auch bei Verirrungen und Verbildungen der Individuen und Staaten nicht an der heilenden Kraft zu verzweifeln und die eigenen Hilfsmittel immer auf das Gute, nie auf das Schlechte im Menschen zu begründen, das wurde die letzte Grundlage für das Urtheil und Handeln des Prinzen wie seines Lehrers. Auch in der Unterhaltung konnte man eine ähnliche Methode der geistigen Arbeit beobachten, — beide liebten, sich und Anderen in deutscher

Weiſe das Einzelne durch allgemeine Geſichtspunkte zu befeſtigen, beide hatten große Freude an wohlgeordneter Erörterung, in beiden war dieſelbe ſouveräne Verachtung gegen den Schein ohne entſprechenden Inhalt.“ — — Ja! es hatten beide ihren Antheil an der großen herrlichen Mitgift der deutſchen Nation, die da heißt, „ehrliches Streben nach der Wahrheit und Wahrhaftigkeit.“ —

In dem Verhältniß zu Stockmar erſcheint nun der Prinz ganz beſonders liebenswerth. Denn wenn Stockmar im Umgang ſehr anziehend war, ſo war er andererſeits in der Form durchaus nicht höfiſch, etiquettenmäßig, ſehr geradezu, ein wenig tadelſüchtig, ein wenig ſchwarzſichtig, von rückſichts-, oft ſchonungsloſer Offenheit gegen die Fürſten, deren Vertrauen er genoß faſt noch mehr als gegen andere Menſchen; ſehr feſt und entſchieden in ſeinen Anſichten, von großer Selbſtändigkeit und eigener Initiative, ſobald er einmal einen Auftrag in fremden Angelegenheiten übernommen hatte. Er war alſo für einen Fürſten kein bequemer Umgang, wenn dieſer nicht eigenen Werth und Kraft genug fühlte, ſich über die künſtlichen Scheidewände und Formen hinwegzuſetzen, die ſich zwiſchen Fürſten und gewöhnliche Sterbliche ſtellen, und ganz frei als Menſch dem Menſchen gegenüberzutreten, ſich rein menſchlich zu geben und das rein Menſchliche zu ſuchen.

Die Güte, der Zartſinn, mit denen der Prinz dieſes Verhältniß pflegte, waren das ſchönſte Zeugniß für ſein Herz wie ſeine Geiſtesfreiheit.

Dem echt und rein Menſchlichen war aber in gleicher Weiſe wie der Prinz auch die Königin zugänglich. Die Biographie des Prinzen, das Tagebuch aus dem Hochland haben dieſe Seite der hohen Frau in der liebenswürdigſten Weiſe dem großen Publikum aufgeſchloſſen. — Und freilich, wer ſich zu Stockmar ſo zu ſtellen wußte, der kam über die Unebenheiten leicht hinweg, die das „alte Original“ (um einen Ausdruck Bunſen's aus ſpäterer Zeit zu ge-

brauchen), im Verkehr oft darbot. Das liebevolle Gemüth schimmerte immer hindurch, und obschon er mit den Dingen nie spielte, so erleichterten seine mitten in ernsten Verhandlungen dazwischenplatzenden humoristischen Explosionen oft das Herz der Hörer. Bei einer in die persönlichen Verhältnisse tief eingreifenden, die Gemüther bewegenden Verhandlung mit zwei erlauchten Personen, über die gebotene Entfernung eines bis dahin wichtigen Mitgliedes ihrer Umgebung, brach er, nachdem er das Wie auseinander gesetzt, in die Worte des Mephistopheles aus: „Das ist die Art, mit Hexen umzugehen!“ Die hohen Zuhörer konnten sich des herzlichsten Gelächters nicht enthalten. —

Stockmar war der Hausfreund und Vertraute des königlichen Ehepaares, das mit ihm Alles, das Kleine wie das Große, besprach, seinen Rath und Beistand für das eine wie das andere erforderte. „Alles was er,“ sagt Meyer S. 236, „an Geist, Kenntniß und Gesinnung ererbt und erworben, seine lange Vertrautheit und Verwachsenheit mit dem Coburger Hause, seine reiche ärztliche wie politische und gesellschaftliche Erfahrung, seine Länder-, Personen- und Sprachenkenntniß, sein nüchterner Verstand und besonnener Tact, seine joviale Laune und kecke Entschlossenheit, sein gerechtes Urtheil und warmes theilnehmendes Herz, — alle diese Eigenschaften dienten ihm jetzt und waren ihm unentbehrlich in einer Stellung, in der es ihm abwechselnd zufiel, bald am Krankenbette oder Schreibtisch, für die Wiege oder den Thron Rath zu ertheilen; bald eine häusliche oder politische Mißhelligkeit zu schlichten und Verstimmung aufzuheitern; bald eine Wohlthätigkeitsbitte zu befürworten oder Bettelei zurückweisen zu helfen; bald eine neue Lehrerin oder Gouvernante vorzuschlagen oder einen Kammerdiener in die Beichte zu nehmen; bald endlich im heitern anregenden Gespräch zuerst nur den Prinzen, allmählig auch schon die königlichen Kinder belehrend zu unterhalten und weiter zu bilden.“

Zugleich war er die allgemeine Zuflucht aller Derer, die am Hofe oder an den Hof eine Klage oder einen Wunſch hatten*).

Die äußere Lebenseinrichtung der Königin und des Prinzen, die Geſtaltung des Hofweſens, die Perſonalien der zum Hof Gehörigen, die Erziehung der königlichen Kinder, die Coburger Hausangelegenheiten, die matrimonialen Zukunftsprojecte, — an alledem nahm er beſtändigen Antheil und die Denkwürdigkeiten geben dafür mehrfache Belege.

Da der Prinz ein methodiſches Studium der politiſchen Ereigniſſe und Discuſſion darüber ungemein liebte, ſo hatte Stockmar fortwährend Gelegenheit zu ebenſo detaillirtem als umfaſſendem Einblick in die großen Welthändel. Im Ganzen verhielt er ſich dazu nur beobachtend, betrachtend und durch das Ausſprechen ſeiner Betrachtungen anregend. Das Gelüſt, den Finger in der Paſtete zu haben, wie der Engländer ſagt, lag ihm fern. In den geordneten, feſt geregelten, conſtitutionellen Zuſtänden Englands hätte er dadurch nur denen ſchaden können, deren Vertrauen er eine bevorzugte Stellung verdankte, und würde damit dieſe Stellung ſelbſt nur gefährdet haben. Aus der Rolle des ſtillen Zuſchauers herauszutreten in die des ſtillen Mitſpielers fand er ſich nur gedrungen, wo die perſönlichen Intereſſen der königlichen Familien oder des Königthums in England oder Belgien, oder die Lebensintereſſen Belgiens in Frage ſtanden.

Daß er dieſen ſeinen Platz hinter den Couliſſen am engliſchen Hofe bis zuletzt ohne Anſtoß behauptete, wurde möglich durch die Discretion, mit der er ſich jeder Vordringlichkeit enthielt, durch ſeine anerkannte Uneigennützigkeit, ſeine innere und äußere Unabhängig-

*) Es fehlte auch nicht an Unverſchämtheiten, deren er ſich dabei zu erwehren hatte. Ein reicher Engländer, Schriftſteller und Parlamentsmitglied, kam eines Tages, ihm einen Beſuch zu machen, und verſprach ihm 10,000 Pfd. Strl., wenn er bei der Königin ſein Geſuch um die Pairie befürworten wolle. Stockmar ſagte: „Ich trete jetzt ins Nebenzimmer, Ihnen Zeit zu laſſen. Wenn ich wiederkomme und Sie noch hier finde, ſo laſſe ich Sie durch den Bedienten hinauswerfen."

keit, vermöge deren er nicht als Paraſit, ſondern als Gaſt und Freund erſchien. Dazu kam als weſentliches Moment ſein perſönlich gutes Verhältniß zu einigen der leitenden Staatsmänner, ſo erſt zu Lord Grey, dann zu den Lords Melbourne und Palmerſton, dann namentlich zu Peel und Lord Aberdeen. Die genaue Kenntniß ſeiner Perſon und Stellung am Hofe, die jene Männer von entſcheidendem Gewicht beſaßen, beugte den Mißverſtändniſſen, die ſonſt möglich geweſen wären, am wirkſamſten vor, d. h. Mißverſtändniſſen in den Kreiſen, wo ſie ſchädlich werden konnten. Denn in den weiteren Kreiſen der Halbwiſſenden oder Nichtwiſſenden blieben immer abentheuerliche Vorſtellungen über Stockmar's Wirkſamkeit. Sie drangen auch zum Theil in die Preſſe, namentlich die ſehr ungebundene engliſche. Ende der Dreißiger und in den Vierziger Jahren erſchienen dem Witz, dem Scandal und der perſönlichen Rancune gewidmete Blätter, wie: „the Age", in denen häufige Artikel „den Intriguanten Stockmar, den Agenten des jeſuitiſchen Leopold" bearbeiteten. Gegen ſolche Dinge hatte er eine wahre Rhinoceroshaut. Er wußte zwar, daß in der dunklen, dumpfen, unkritiſchen, großen Maſſe semper aliquid haeret. Aber ihm genügte die Anerkennung der Wenigen und über die thörichten Vorſtellungen der Vielen rieb er ſich die Hände. Es war das etwas mephiſtopheliſche Vergnügen, das dem Eingeweihten ſein Beſſerwiſſen gegenüber dem Uneingeweihten gewährt, der ſich mit ſeiner angeblichen Kenntniß der Dinge breit macht.

Stockmar's äußeres Leben in England war ziemlich einförmig und ſtill. Vor der Vermählung der Königin hatte er der Regel nach nicht im Palaſt gewohnt. Nach jenem Zeitpunkt erhielt er ſeine beſtimmten Zimmer im Buckingham Palace, Windſor Caſtle und Osborne (auf der Inſel Wight) angewieſen und wanderte mit dem Hofe von dem einen zum andern Ort. Er hatte wenig Verkehr außer dem Hofkreiſe. Zu ſeinen perſönlichen Freunden gehörten aus der ältern Zeit von Claremont her Sir Edward Cuſt

und der General Sir Robert Gardiner; aus der ſpätern Zeit Bunſen, der preußiſche Geſandte; Van de Weyer, der belgiſche; Sir James Clark, der kürzlich verſtorbene Leibarzt der Königin; Sir George Couper, der Cavalier der Herzogin von Kent. Auch dieſe Freunde, ſowie die zahlreicheren, ſo zu ſagen politiſchen Freunde kamen häufiger zu Stockmar, als er zu ihnen. In dem Hofkreiſe ſelbſt waren ihm der damalige Hofmarſchall Sir Thomas Biddulph, Sir Charles Phipps, General Grey und die deutſchen Secretäre des Prinzen Prätorius, dem Ende der vierziger Jahre Friedrich Carl Meyer (jetzt Legationsrath in Berlin) folgte, näher befreundet; Prätorius*), der im redlichſten Eifer das Gemüth des Prinzen in Stockmar's Sinn beſtändig ſtärkte und ihn auf die höchſten ſittlichen Anforderungen hinwies — Meyer, deſſen reicher ſchwungvoller Geiſt allſeitige Anregung und Nahrung zuführte.

In den Verkehr mit der königlichen Familie, Ende der vierziger Jahre, läßt uns der angeführte Aufſatz des Letztgenannten, S. 334, einen Blick thun.

„Gewöhnlich gegen Abend, von dem Spazierritt oder von Geſchäften zurückkehrend, die Arme voller Papiere und Despatch-Boxes**), kam der Pinz mit dem ihm eigenen heitern Ungeſtüm in das Zimmer des Barons gerannt***) und warf ſich hier, berichtend, fragend, ausruhend auf das Sopha, während der alte Freund, erſt klug zuhörend, bald ſelbſt erzählend, im Zimmer auf und nieder

*) Prätorius war kein ſchöner Mann. Die Königin las einſt mit ihrer Tochter, der kleinen Princeß Victoria, die Bibel. Sie kamen an die Stelle, wo es heißt: „Gott ſchuf den Menſchen nach Seinem Bilde, nach Seinem Bilde ſchuf er ihn.“ Da rief die kleine, mit frühem Schönheitsſinn begabte Prinzeß fragend aus: „Aber Mama, doch nicht den Dr. Prätorius?“ —

**) Die mit Leder überzogenen Käſtchen, in denen die Correſpondenz zwiſchen der Königin und den Miniſtern hin- und hergeht, und wozu beide Theile die Schlüſſel haben, wodurch denn Couverts und Siegellack erſpart ſind.

***) Die Laſt der Geſchäfte, die der Prinz allmählig auf ſich genommen, war ſo groß, daß er ſich in Allem, auch im Gang auf den langen Corridoren der Paläſte, das raſcheſte Tempo angewöhnt hatte.

ſchritt, und meiſt aus dem eigenen Leben eine ſprudelnde Fülle ineinander greifender Erfahrungen, Lehren, Anecdoten, Einfälle zum Beſten gab. Von dem reichen Stoff, der den Geiſt und Sinn des Prinzen bildete, von den Formen, in denen, und den Grundſätzen, nach denen er dachte, — wie Vieles mag aus ſolchen Geſprächen in ihn übergegangen ſein, — und lebt und denkt nun heute, bereits über zwei Gräbern, fort und fort im Geiſt der königlichen Kinder!"

Auch dieſe, namentlich die beiden älteſten, die Prinzeß Royal und der Prinz von Wales, liebten es, auf dem Zimmer „des Baron's," ſo hieß er ſchlechtweg am engliſchen Hofe, zu verkehren. Hier waren ſie frei von der Aufſicht des Hofmeiſters und der Gouvernante, und unterhielten ſich zutraulich mit dem alten Freund, der ſeine Freude an dem raſchen Geiſt des wunderbar klugen Prinzeßchens und der Fröhlichkeit ihres Bruders hatte.

Das Hofleben machte Stockmar ſehr gemächlich mit. Seine bedeutendſte Leiſtung in dieſer Beziehung war, daß er, wenn die Königin Tafel hielt, daran Theil nahm. Und dabei wurde ihm, dem einzigen, noch das lange ſchwarze Beinkleid ſtatt der vorſchriftsmäßigen Tracht des pantalon collant oder des kurzen Beinkleides, nachgeſehen, welche ſeinen dünnen Beinen, da Kränklichkeit ihn froſtig machte, wenig behagte. Hatte die Königin ſich vom Diner erhoben, und dann nach dem Cercle wieder zum Thee niedergelaſſen, ſo ſah man gewöhnlich Stockmar quer durch den Saal nach ſeinem Zimmer ſchreiten, um dort ſeiner Bequemlichkeit zu pflegen. Daß er dieſe der Etiquette zum Opfer bringe, wurde von ihm, da er jährlich monatelang ſtändiger Gaſt war, nicht erwartet, und bei der anerkannt exceptionellen Stellung des Mannes erregten jene Abweichungen vom Herkömmlichen auch im Publikum keinen Anſtoß.

War das Frühjahr gekommen, ſo war Stockmar oft plötzlich verſchwunden. Er haßte das Abſchiednehmen. Man fand an einem Morgen ſein Zimmer leer, und es gingen nun ſchriftliche Klagen

über seine Untreue vom Hofe nach Coburg. Der Sommer aber brachte gewöhnlich Bitten, er möge bald wiederkommen.

Die Ereignisse von 1848 veranlaßten Stockmar, das Feld seiner Thätigkeit und Beobachtung von England längere Zeit mehr nach Deutschland zu verlegen. Auch hier blieb er indeß fast ganz hinter den Coulissen und beschränkte sich, von einigen Zeitungsartikeln, die er schrieb, abgesehen, auf vertrauliche Einwirkung in einem kleinen Kreise.

Schon im Jahre 1847 hatte er große Umwälzungen in Europa vorhergesehen. Der englisch-französische Streit über die spanischen Heirathen hatte nach seiner Meinung den Thron Louis Philippes erschüttert, indem er die ganze innere und äußere Politik des Julikönigs immer mehr in falsche Bahnen trieb oder in den bereits eingeschlagenen bestärkte. Auch die Berufung des vereinigten Landtags in Preußen schien Stockmar unaufhaltsam weiter führen zu müssen.

Als der Februar- und Märzsturm ausbrach, befand er sich in Deutschland. Auf die Gestaltung Deutschlands richtete sich nun sein ganzer Eifer. Das Elend und die Schmach der Getheiltheit des Vaterlandes standen ihm seit der Franzosen- und Rheinbundszeit stets lebhaft vor der Seele und, daß das Ziel die Einigung unter Preußen sein müsse, darüber war ihm kein Zweifel. Und diese letztere Ueberzeugung, müssen wir hervorheben, war rein aus seinem politischen Instinct und seiner politischen Einsicht geflossen. Denn sein Lebensweg hatte ihn, wie wir sehen, bis dahin kaum zur Berührung, geschweige denn zu genauer Bekanntschaft und persönlicher Verflechtung mit den preußischen Dingen geführt. Jene Einigung dachte er sich *zunächst* föderativ, aber in weiterer Entwicklung unitarisch.

Für ihn kam es also darauf an, einen Weg zu zeigen, der den Uebergang vom Bundes- in den Einheitsstaat leicht und bequem machte. Einen aus diesem Gesichtspunkt entworfenen Plan ließ er schon im Mai direct an den König von Preußen gelangen, welchem

er 1842, bei dem Beſuch Friedrich Wilhelms in England zur Taufe des Prinzen von Wales, näher getreten war.

Der Plan iſt noch heute intereſſant, als Verſuch der Löſung des Problems, wie die Nachtheile eines Nebeneinanders von preußiſchen Kammern und einer Reichsverſammlung, einer preußiſchen und einer Reichsadminiſtration, zu vermeiden.

Der Kern des Vorſchlags war die Unterſcheidung von reichsunmittelbaren und mittelbaren Landen, die erſten ganz und in jeder Beziehung unter dem Reich, ſeinem Oberhaupt, ſeiner Volksvertretung und Verwaltung ſtehend, die zweiten nur in den Beziehungen, welche einer Bundescentralgewalt unterworfen ſein müſſen. Reichsunmittelbar ſollte zunächſt Preußen ſein, alſo in das Reich aufgehen. Von den anderen Staaten hoffte Stockmar, daß ſie dem Beiſpiele allmählig folgen würden.

Für die Verwirklichung ſeiner deutſchen Ideen und Wünſche hatte er freilich, wie ſchon geſagt, keine andere Handhabe, als den perſönlichen Einfluß auf einzelne hervorragende Männer und auf geſinnungsverwandte Kreiſe. Daß er mehrere Monate an dem verſcheidenden Bundestag theilnahm, kam nicht in Betracht. Er unternahm zwei Reiſen nach Berlin im Juni und September 1848, um den König und die Miniſter dazu zu beſtimmen:

1. Die Ordnung in Berlin wieder herzuſtellen, die Zügel des Regiments wieder zu erfaſſen
2. Die Geſtaltung der deutſchen Dinge zu übernehmen.

Aber dort herrſchte auf der einen Seite doctrinäres Bedenken, fehlte auf allen Seiten Thatkraft. Stockmar hatte Bunſen für ſeine Ideen gewonnen. Allein auch dieſer vermochte beim König nichts auszurichten.

So war denn Stockmar's Herzenstheilnahme für die deutſchen Dinge auf die Beobachtung des Verlaufs in Frankfurt (wo er ſich nach der Auflöſung des Bundestags noch monatelang aufhielt), auf den Gedankenaustauſch mit einigen der dortigen hervorragenden

Männer angewieſen. Das perſönliche Verhältniß, was er erſt in der Bundestagsagonie mit Uſedom, dann ſpäter mit den beiden Gagern, Simſon, Beſeler, Andrian, Lord Cowley, dem Vertreter Englands, und Anderen gewann, war das werthvollſte Ergebniß der Frankfurter Zeit für ihn. —

Daß das Frankfurter Parlament nicht die Macht hatte, das neue Deutſchland zu gründen, das war freilich Stockmar bald klar geworden. Aber nachdem dieſe Verſammlung ausgeſpielt hatte, erwartete er auch nichts von dem preußiſchen Unionsverſuch, obſchon er an der Erfurter Verſammlung pflichtmäßig Theil nahm. Er ſah auf preußiſcher Seite nicht die einfachſte Bedingung des Erfolges, den entſchiedenen Willen, für den ausgeſprochenen Zweck die geeigneten Mittel zu ergreifen. „Die eintretende Reaction," ſagt Freitag a. a. O., S. 171, „vermochte keinen Augenblick das hoffnungsvolle Vertrauen zu erſchüttern, mit welchem er in die deutſche Zukunft blickte. Immer wußte er Muth einzuſprechen und von ſeiner feſten Zuverſicht auch in der trüben Zeit, welche jetzt folgte, Anderen mitzutheilen. „„Die Deutſchen ſind ein gutes Volk, leicht zu regieren, und die deutſchen Fürſten, die das nicht verſtehen, verdienen nicht über ein ſolches Volk zu herrſchen. Laßt Euch nicht abſchrecken; Ihr Jüngeren vermögt gar nicht zu überſehen, wie groß die Fortſchritte ſind, welche die Deutſchen in dieſem Jahrhundert zu ſtaatlicher Einheit gemacht haben; ich habe es erfahren, ich kenne dies Volk, Ihr geht einer großen Zukunft entgegen, Ihr werdet es erleben, ich aber nicht; — dann denkt des Alten!""

Uebrigens hatten die Jahre 1849 und 1850 allmählig zwei Ueberzeugungen bei ihm zur Reife gebracht; erſtens, daß man ſich zuvörderſt mit der Einigung Norddeutſchlands unter Preußen begnügen müſſe, und zweitens, daß die Neugeſtaltung Deutſchlands auf friedlichem Wege keinen weſentlichen Schritt vorwärts thun werde.

Unter Friedrich Wilhelm IV. erwartete er nichts mehr von

Preußen für Deutschland. Inzwischen hatten sich seit Ende der vierziger Jahre für ihn Beziehungen zu dem Prinzen von Preußen und dessen Gemahlin gestaltet, die sich während des nächsten Jahrzehends fortsetzten. Die Ueberzeugung von dem lebhaften preußischen Ehrgefühl, dem unermüdlichen Streben für das Gute und Edle und der zeitgemäßen Einsicht, die sich in dem hohen Paar vereinten, eröffneten einen tröstlicheren Blick in die Zukunft. Stockmar blieb ein beflissener Pfleger des guten Verhältnisses dieser Fürsten zu dem englischen Königshause und er förderte, so weit es an ihm war, den Bund zwischen der Prinzeß Royal und dem Prinzen Friedrich Wilhelm.

Dieser Bund entsprach politisch seinen eifrigsten Wünschen und langjährigen Bestrebungen. Denn er war es besonders gewesen, der die Einladung des Königs Friedrich Wilhelm IV. zur Taufe des Prinzen von Wales 1841 und dadurch die Anbahnung näherer Beziehungen zwischen den beiden Königsfamilien betrieben hatte. Jene Verbindung befriedigte ihn auch in den persönlichen Gefühlen, die er für die beiden jungen Herrschaften hegte.

Dem Prinzen Friedrich Wilhelm war er erst in den letzten Jahren vor der Vermählung näher bekannt geworden. Der Prinz hatte gewiß in den Berliner conservativen Kreisen, denen ein von wunderlichen Mythen genährter Doctrinarismus den freien Blick trübte, manches über Stockmar, den „geheimen Maschinisten und revolutionären Maulwurf“ gehört, was ihn etwas scheu machen konnte, diesem zu begegnen.

Aber am englischen Hofe, wo der junge Herr Stockmar's Bekanntschaft machte, lag dessen ganze Stellung und Wirksamkeit klar und einfach zu Tage. Vor dem nüchternen Gradsinn des Prinzen zerstreuten sich hier bald alle Besorgnisse, die er hatte haben können, und sein Gemüth faßte Vertrauen und Neigung zu dem alten Mann, den er fortan stets mit der gewinnendsten Liebenswürdigkeit und Freundlichkeit behandelte.

Die Prinzeß Victoria war von jeher Stockmar's beſonderer Liebling geweſen, wie ſie auch ihm mit der ihr eigenen Herzlichkeit und Treue zugethan war und blieb, ja, ich darf es ſagen, ihn gleich einem zweiten Vater ehrte. Er hatte die größte Meinung von ihr.

„Von Jugend auf habe ich ſie lieb gehabt," ſchreibt er in einem Briefe vom 18. Februar 1858, „immer viel von ihr erwartet und mich bemüht ihr zu nützen. Ich halte ſie für ungewöhnlich begabt, in manchen Dingen bis zur Inſpiration . . . . . ."

Es war dies die letzte fürſtliche Heirathsangelegenheit, bei der Stockmar während ſeines Aufenthalts in England, Herbſt 1856 bis Frühjahr 1857, mitzuwirken berufen war.

Seines letzten Aufenthalts in England! Schon ſeit einigen Jahren mahnten ihn Alter, abnehmende Kraft, zunehmendes Körperleiden, daß es für ihn bald Zeit ſein werde, von jenem Schauplatz ſeiner Thätigkeit Abſchied zu nehmen. Mehr und mehr drängte ſich ihm auch der Gedanke auf, daß er am engliſchen Hofe allgemach entbehrlich werde. Bereits am 1. November 1855 hatte er, gegenüber einer Aufforderung, nach England zu kommen, geſchrieben:

„Was ich an Ermahnung, Rath und Beiſtand gewähren konnte, wurde in achtzehn langen Jahren geleiſtet; was davon nicht gefruchtet hat, wird ſchwerlich erſt von jetzt an helfen. Die Natur bequemt ſich nach der Erziehung bis zu einem gewiſſen Punkte; was über dieſen hinausliegt, bleibt wie die Natur es gemacht hat. Zudem haben die Königin ſowohl als der Prinz ſechsunddreißig Jahre. Sie haben bereits viel gelernt und ſich durchaus als verſtändig und redlich geſinnt bewährt. Sie ſind der eigentlichen Führung entwachſen, — nur noch der Rath der Freundſchaft wäre ſtatthaft. Damit aber ſolcher Rath wirkſam werden könne, muß er lebendig, kräftig vorgetragen werden; das iſt mir nicht mehr möglich, und, ſtatt des rechten Eindrucks, würde mein Rath oft nur den der Schwäche, übergroßer Vorſicht und nervöſer Aengſtlichkeit machen."—

Einige Wochen vor dem wirklichen Abſchied von England ſchreibt er aus Windſor vom 9. März 1857 an den König Leopold:

„Im Frühjahr 1837, alſo vor nunmehr zwanzig Jahren, kam ich wieder nach England, um der Prinzeſſin Victoria, jetzigen Königin, beizuſtehen. Dieſes Jahr werde ich ſiebzig Jahre alt und bin geiſtig und körperlich nicht länger im Stande, dem anſtrengenden und erſchöpfenden Beruf eines väterlichen Freundes, eines erprobten Beichtvaters vorzuſtehen. Ich muß Abſchied nehmen, und diesmal für immer. So will es das Geſetz der Natur. Und wohl mir, daß ich es mit dem reinſten Gewiſſen kann; denn ich habe gewirkt ſo lange ich Kraft dazu hatte, in vorwurfsfreier Abſicht. Dieſes Bewußtſein iſt der Lohn, den ich allein verdienen wollte, und mein geliebter Herr und Freund giebt mir aus voller Kenntniß der hierher gehörigen Dinge und Perſonen im Innerſten ſeines Herzens freiwillig und gern das Zeugniß, daß ich ihn verdiene.“ —

So hatte denn Stockmar ſich zur Ruhe geſetzt und kehrte in ſeine Heimath zurück. Der letzte größere Ausflug, den er von da unternahm, war im Herbſt 1858 nach Potsdam und Berlin. Zwei Dinge zogen ihn dorthin, der Wunſch, ſich von dem Ergehen des jungen Fürſtenpaares ſelbſt zu unterrichten, an dem ſein Herz ſo viel Antheil nahm, und das ihn zu einem Beſuch auf das dringendſte aufgefordert hatte — das Intereſſe für die ſich in Preußen, in Folge der Erkrankung des Königs, vorbereitende Wendung.

Prinz und Prinzeſſin von Preußen, ſowie die jungen Herrſchaften befanden ſich damals auf dem Babelsberg bei Potsdam, wo ſie den Beſuch der Königin von England und ihres Gemahls erwarteten. Stockmar ſiedelte ſich daher in Potsdam an, um faſt täglich nach Babelsberg zu fahren. Dort ſah er die engliſchen Herrſchaften wieder, fand bei der Prinzeſſin von Preußen, wie immer, die gnädigſte Aufnahme und hatte viele Gelegenheit, ſich vom Glück der jungen Ehe zu überzeugen.

Gegen die Mitte Septembers zog er nach Berlin hinüber. Er wohnte mit ſeiner Frau im Hotel d'Angleterre, in der Nähe des königlichen Schloſſes. Ihn beſtimmte dabei der Wunſch, dem Prinz- und der Prinzeſſin Friedrich Wilhelm, die bis zur Vollendung ihres Palais im Schloß reſidirten, räumlich nahe zu ſein.

Den Regierungs- und Hofkreiſen war Stockmar's Anweſenheit unheimlich. Kaum einer aus dieſen Kreiſen kannte ihn näher, wußte wer und was er war. Sie wußten nur, daß er irgendwie dem Coburgiſchen, Belgiſchen und Engliſchen Hofe nahe ſtand, dort Einfluß und Vertrauen hatte, daß er entſchieden liberal war. Die meiſten Menſchen haben eine unwiderſtehliche Neigung, wenn ihnen an einem Andern etwas dunkel bleibt, zur Erklärung etwas Schlimmes vorauszuſetzen. Stockmar war alſo ein engliſcher Spion oder ein belgiſcher Intriguant, oder ein Coburgiſcher Agent, jedenfalls ein geheimnißvoller, verderbliche, vielleicht revolutionäre Zwecke verfolgender Mann.

Hätte man dieſen Leuten die wahren Motive von Stockmar's Anweſenheit geſagt: das Intereſſe eines unabhängigen, politiſchen und patriotiſchen Mannes an der Situation, und das perſönliche Intereſſe für den Prinzen und die Prinzeſſin Friedrich Wilhelm, ſie würden ungläubig den Kopf geſchüttelt haben. Denn, würden ſie geſagt haben, an den politiſchen Dingen ſich zu intereſſiren, hat man doch nur Beruf, wenn man ein Amt hat und dafür bezahlt wird, und ein perſönliches, blos menſchliches Intereſſe für junge Fürſten, ohne Nebenzwecke irgend einer Art, iſt kaum denkbar.

Schon in Potsdam waren Stockmar erheiternde Aeußerungen des Grauens zu Ohren gekommen, mit dem die Höflinge ihn betrachteten. Ein Bekannter von ihm, mit dem er über die zum Potsdamer Stadtſchloß führende Brücke gegangen war, wurde von dem Grafen K. gefragt: „mit wem gingen Sie denn vorhin über die Brücke?“ Jener nannte Stockmar, darauf K.: „Ach hätten Sie den doch lieber ins Waſſer fallen laſſen!“ —

In Berlin ſagte zu der jetzt verſtorbenen Gräfin Bl., die Stockmar's genaue Bekanntſchaft gemacht hatte, ein ſehr vornehmer Mann, der dies nicht wußte: Stockmar halte ſich hier verborgen, um im Geheimen zu intriguiren — er habe ihn (Stockmar) nun ſchon in fünf verſchiedenen Wohnungen verfolgt. Die Dame erwiderte: das ſei doch nicht gut möglich, Stockmar wohne ſeit Wochen ganz offen in dem und dem Gaſthof, ſie ſelbſt habe ihn da mehrmals beſucht. —

Der Andere blieb aber bei ſeiner Behauptung.

Indeß entbehrte Stockmar in Berlin nicht des Umgangs Solcher, die ihn kannten und ſchätzten. Jüngerer Freunde zu geſchweigen, waren es beſonders Alexander Humboldt, Bunſen, Uſedom, Heinrich von Arnim, Rudolph von Auerswald und der belgiſche Geſandte Baron Rothomb, den er faſt täglich ſah.

Humboldt war am engliſchen Hofe, wohin er im Gefolge Friedrich Wilhelms IV. zur Taufe des Prinzen von Wales kam, mit Stockmar bekannt geworden.

Deſſen Friſche, Urſprünglichkeit, geiſtige Lebendigkeit, ſeine Einfachheit, bei einer dort an Ort und Stelle unverkennbar einflußreichen, begünſtigten Stellung, endlich ſeine liberale politiſche Richtung mögen vielleicht Humboldt Intereſſe und Achtung eingeflößt haben. Er zeigte ſich fortan bei jeder Gelegenheit ſehr freundlich. Daß Stockmar ſeinerſeits von dem geiſtreichen und liebenswürdigen, dabei weltkundigen, berühmten Mann angezogen war, bedarf keiner Erklärung. Jetzt wurde die Bekanntſchaft mit vielem Behagen von beiden Seiten erneuert*).

Den Inhalt ihrer Geſpräche, die ſich meiſt um die politiſche Situation des Tages, die Krankheit des Königs, die Frage der

*) Ein kleines Billet Humboldt's an Stockmar aus dieſer Zeit (23. Oct. 1858) mag den von Erſterem angeſchlagenen Ton charakteriſiren:

„Hochverehrter, geiſtreicher, tief weltkundiger und doch ſo edel einfach gebliebener Mann! Mein Brief an den König (der Belgier) und meine kleine

Regentſchaft des Prinzen von Preußen drehten, kennen wir zum Theil noch durch kurze Aufzeichnungen Stockmar's, aus denen wir hier Einzelnes folgen laſſen.

16. September.

„Humboldt hat den König geſehen — fand ihn blaſſer, magerer, ſchläfriger — mehr Ausdruck von Stumpfheit. Humboldt will dem König beibringen, ich ſei hier, nennt ihm den Namen. König: „Wer iſt das? kenne ihn nicht. Habe ihn nie geſehen.“ Königin: „Es iſt der Mann, den Du immer ſo gern gehabt, der in England ſo freundlich für Bunſen war.“ Name wird aufgeſchrieben und buchſtabirt. König: „Nein, ich kann mich nicht beſinnen, ihn je gekannt zu haben. Ach wie iſt doch mein Kopf! habe gar kein Gedächtniß mehr.“

„Manteuffel gratulirt Humboldt zu ſeinem Geburtstag und unterſchreibt ſich: Ihr abgehetzter, nun bald auch abgeſetzter.“

„Humboldt meint, bei dem bevorſtehenden Umſchwung kämen doch die Literaten wieder zu Ehren. Raumer ſei der allerſchädlichſte Miniſter, denn er verachte die Wiſſenſchaft; Weſtphalen ſei der geſcheuteſte und gefährlichſte; Manteuffel könne wenigſtens gut griechiſch und leſe die Claſſiker.“

3. October.

„Humboldt erzählt von Sansſouci. Am letzten Montag erwachte der König mit Schwindel, Betäubung. Gräfin D. ſagt, er ſei eine zeitlang ſprachlos geweſen. Ziemlich der Jahrestag der Krankheit. Der König klagte gegen Humboldt, er ſei kränker als vorher, ſein Kopf ſei gar zu übel, doch gehe er ſpazieren, weil ihm dann der Kopf freier werde.“

Bitte werden einen angenehmen Duft annehmen, wenn ſie durch Ihren Einſchluß an ihn gelangen. Ein Waldmenſch vom Orinoco, halb an den Höfen gezähmt, hat auch Liſt erlernt und ſchämt ſich derſelben nicht . . . . . .

Mit freundſchaftlicher Verehrung

Ihr treueſter

Alex. v. Humboldt.“

In dieſer Zeit der ſich bildenden Regentſchaft war Stockmar auch mit dem nachmaligen Miniſterpräſidenten Rudolf von Auerswald in häufigen Verkehr getreten. Auerswald ſprach wiederholt mit ihm über die Bildung des neuen Miniſteriums. Stockmar rieth aufs Dringendſte von der Aufnahme heterogener Elemente ab, namentlich die Juſtiz bedürfe einer entſchieden liberalen, charakterfeſten, ſchneidigen Perſönlichkeit.

Von dieſen Beziehungen Stockmar's zu Auerswald in der Entſtehungszeit des Miniſteriums der neuen Aera muß die Reactionspartei damals einigermaßen Wind erhalten haben. Denn als ſie ein paar Jahre ſpäter wahrzunehmen glaubte, daß in dem Palais des Kronprinzen ein Geiſt ſich geltend mache, der ihr nicht gefiel, erhob ſie ein Geſchrei über engliſchen Einfluß und bei dieſer Gelegenheit kam in der feudalen Preſſe zum Vorſchein: Stockmar (eine andere Verſion ſagte, ſein Sohn, der damalige Privatſecretär der Kronprinzeſſin) habe das Miniſterium der neuen Aera „fertig in der Taſche mit aus England gebracht."

Nach dem Beſuch in Potsdam und Berlin vom Herbſt 1858 verließ Stockmar Coburg (abgeſehen von mehrmaligem kurzen Aufenthalt auf ſeinem Gute Marisfeld bei Meiningen) nicht mehr. Er hatte der Welt Valet geſagt.

Die Beziehungen zu den Höfen von Belgien und England wurden zwar in einer, für die veränderten Verhältniſſe noch immer ziemlich häufigen, Correſpondenz fort erhalten. Der König der Belgier und Prinz Albert unterließen nicht „dem Alten" zu ſchreiben, weil ſie wußten, daß ein ſolcher Brief für ihn ein Labſal war.

Noch einmal durfte er die Königin von England und ihren Gemahl vereint perſönlich wiederſehen. Es war bei deren Beſuch in Coburg im Jahre 1860. Während deſſelben geſchah es, daß der Prinz, an deſſen Wagen die Pferde durchgingen, in dringende Lebensgefahr gerieth. Stockmar ſah damals, mit Anderen, in der Rettung aus dieſer Gefahr gern eine Art von Lebensverſicherung

auf lange Zeit. Im Jahre darauf raffte Krankheit den edlen Prinzen dahin.

Unter denen, die dieſer Schlag am tiefſten im Herzen traf, war Stockmar, der den Prinzen politiſch als ſeinen Zögling betrachten durfte und der ihn perſönlich wahrhaft liebte. Er hatte die Empfindung deſſen, dem eine Arbeit ſeines ganzen Lebens vernichtet iſt.

„Ich fühle wohl", ſchreibt er (März 1862), „daß ich in Bezug auf dieſen Gegenſtand nicht ganz zurechnungsfähig bin, denn der Gedanke an die Bosheit meines perſönlichen Geſchicks, das mich ſo lange leben ließ, damit ich auch dieſe Qual noch ausſtehen möge, macht mich bisweilen halb toll."

„Ein Gebäude, das, zur Erfüllung eines großen wichtigen Zweckes, in frommem Pflichtgefühl und zwanzigjähriger mühſamer Arbeit, gewiſſenhaft aufgerichtet wurde, iſt in ſeinem Fundamente zuſammengeſtürzt."

Noch einmal im folgenden Jahre, 1862, ſah Stockmar die troſtloſe Königin in Coburg und weinte mit ihr um den Dahingegangenen.

Als ſie ihm die auf ihrem Tiſch befindlichen Bilder und Photographien des geliebten Prinzen zeigte, brach Stockmar, wie ſie ſelbſt in den „Early Years" berichtet, in die Worte aus: „Mein theurer guter Prinz! Wie glücklich werde ich ſein ihn wiederzuſehen! Es wird nicht lange dauern."

Bei Gelegenheit dieſer Beſuche der engliſchen Herrſchaften hatte Stockmar auch die Freude, den Prinzen Friedrich Wilhelm und ſeine Gemahlin nochmals zu erblicken.

„Wenn ſie in Coburg verweilten", erzählt Freitag, „ſah man oft Kronprinz und Kronprinzeſſin zu Fuß nach dem ſtillen Haus in der „Webergaſſe" wandern, um den greiſen Freund zu beſuchen. Das ruhige Selbſtgefühl des Privatmanns, dem dieſe herzlichen

Huldigungen dargebracht wurden, und die zarte Aufmerksamkeit der vornehmen Gäste war der natürliche Ausdruck eines festen und innigen Verhältnisses zwischen guten und tüchtigen Menschen, dessen Werth nicht am wenigsten die fürstlichen Gäste empfanden."

Diese hohen Besuche waren aber nur kurze Unterbrechungen des stillen Lebens, das Stockmar seine letzten Jahre durch in Coburg führte. Der Zustand seiner Kräfte, wie seine Gemüthsstimmung machten ihm die Ruhe nothwendig.

Immer unablässiger bedrängte ihn körperliches Leiden. Stundenweise flammte wohl das alte Feuer des Geistes auf. „Dann sprach er gern", sagt Freitag, „und mit großer Offenheit über die Menschen und die Erfahrungen seines reichen Lebens. Und immer erfreute dann den Hörenden die heitere Festigkeit und Größe des Urtheils, der aufleuchtende Blick und die milde Lebendigkeit des Greises."

Wer ihn nur in solchen Momenten sah, konnte wohl seine Klagen über sein Befinden als bloße Hypochondrie belächeln. Aber jene Stunden wurden allmählig seltener und wer ihm den ganzen Tag nahe blieb, sah ihn auch nach dem Aufflackern erschöpft zusammensinken.

Der gesellige Verkehr, außer mit den genauesten Bekannten, wurde ihm zu schwer. Nur seine Schwestern besuchte er noch. Im Haus sah er einige wenige alte treue Freunde regelmäßig, so den General von Alvensleben, dessen Besuch ihm fast keinen Tag fehlte.

Selten kam Rückert von Neuses herein. Er hatte noch im Jahre 1855 zu Stockmar's Geburtstag mit Bezug auf dessen vermeintliche maladie imaginaire den scherzhaften Reim gesandt:

Acht und sechzig
Wie krächz' ich!
Doch die Leiter
Geht weiter:
Sechs und achtzig,
Es macht sich!

Allein es machte sich nicht mit dem Befinden.

Freudig wurden gelegentliche Beſuche jüngerer Freunde von außerhalb aufgenommen. Männer wie Guſtav Freitag, K. F. Meyer, Morier, Roggenbach, Sammer, konnten das alte Herz jugendlich heiter anregen. Den Fremden oder Fernerſtehenden, auch wohl ſolchen, die eigens zugereiſt waren, ſelbſt den Vornehmſten, blieb oft die Thür verſchloſſen.

Zu den körperlichen Einflüſſen, die die Stimmung niederdrückten, waren ſo viele ſchmerzliche Erlebniſſe der letzten Jahre gekommen. Im Jahre 1854 ſtarb Stockmar's jüngerer Bruder Carl.

„Ich habe", ſchrieb er am 19. Auguſt, „meinen älteſten und liebſten Freund verloren. Wir waren von der Natur angewieſen uns zu lieben, gegenſeitig zu unterſtützen und zu ergänzen. Mit gleich ſtarkem Triebe haben wir beide dieſem inneren Befehle gewiſſenhaft bis an den Tag ſeines Todes gehorcht. Ich habe wenig Menſchen von ſo aufrichtigem Wohlwollen für Andere gekannt."

Zwei Jahre darauf verlor Stockmar ſeine Tochter, Marie, verehelichte Profeſſor Hettner in Dresden, die er zärtlich liebte. Das Jahr 1861 riß den Prinzen Albert dahin und 1863 trat das ſchwere, peinigende Leiden des Königs der Belgier hervor, deſſen Mitempfinden für Stockmar, den ehemaligen Arzt und den Freund, zur wahren Qual wurde. Am 3. März 1863 ſchreibt er an den König:

„Der verſtändige brave Forkel*) geht nach Brüſſel und hat hoffentlich das Glück, den guten, verehrten, ſchwergeprüften König zu ſehen. Direct habe ich von dort lange nichts gehört, auch bin ich wirklich gefaßter und in der täglichen Bildung frommer Wünſche weniger geſtört, wenn ich nichts höre, als wenn ſchlimme Nachrichten Glauben und Hoffnung verhöhnen. Ich geſtehe, auf ein ſo troſtloſes Alter war ich nicht vorbereitet. Oft, ſehr oft bin ich der Verzweiflung nahe. Die Räthſel dieſes Lebens werden mir ſtündlich

*) Rechtsanwalt in Coburg, jetzt Mitglied des norddeutſchen Reichstags.

ſchwerer. Und doch iſt es klar, daß wir Seine Kinder ſind und daß der Vater ein Herz für uns haben muß. So flehe ich denn abermals dieſes Herz an, die Leiden des guten, geliebten Königs in Allmacht und Barmherzigkeit lindern zu wollen. Amen!"

Der König antwortete, Stockmar befinde ſich im Irrthum, der König habe zuletzt geſchrieben und Stockmar ſei ihm einen Brief ſchuldig geweſen. Darauf antwortet Stockmar in einer Zuſchrift vom 18. Mai, der letzten, die er überhaupt an ſeinen Herrn richtete:

„Der gütige König iſt ganz im Recht. Er hatte mir zuletzt geſchrieben, ich hatte nicht geantwortet. Aber das iſt eben die Wirkung tiefen, anhaltenden Kummers, daß er, zumal alte, ſchwache Perſonen, unfähig macht. Verſtand und Gemüth verwirren ſich, wenn eine Art Melancholie der Grundcharakter ihrer Betrachtungen geworden iſt."

„Der König klagt über die Medizin."

„Eine Apologie derſelben kann ich ſchon deswegen nicht ſchreiben, weil ich die Grenzen ihrer Macht genau kennen gelernt. Die Aerzte ſelbſt wiſſen in den meiſten Fällen nicht, was ſie wiſſen ſollten, und in den allerwenigſten können ſie, was der kranke Menſch braucht. Dann wird aus Abſicht vertuſcht oder auch gelogen. Nur im Verhüten von Krankheiten kann der gute und große Arzt wirklich nützen."

„Gott lindere die Schmerzen des guten Königs, ſtärke und erhalte ihn."

Philoſophiſch-religiöſe Betrachtungen, Rückblick auf die eigene Vergangenheit nahmen naturgemäß in den Gedanken des leidenden Greiſes eine große Stelle ein. Die Melancholie über die Mängel des menſchlichen Lebens drängt ſich dem Alter auf. Doch Stockmar verſank nur vorübergehend in dieſe Schwermuth, die doch nichts iſt, als der Mangel an Ergebung in die Beſchränktheit und Endlichkeit des Individuums. Die tiefinnerſte Grundlage ſeines Denkens und Fühlens war vielmehr, wie ich ſchon ſagte, die willige, freudige,

thätige Hingebung unter das Geſetz und die Sonne dieſer Religion zerſtreute immer wieder die trüben Nebel. „Ewige Geſetzlichkeit des Lebens," ſagt Meyer, „Göttlichkeit des Gewiſſens und der Menſchenliebe, Freiheit des Geiſtes, pantheiſtiſche Untrennbarkeit und doch zugleich theiſtiſche Selbſtändigkeit des höchſten Weſens, — das waren die religiöſen Grundgedanken, in denen ſein Geiſt ſich ſammelte. Als poetiſche Bekenntniſſe dieſes Inhalts waren ihm eine Anzahl Sprüche und Gedichte lieb geworden, die er oft laut zu wiederholen pflegte: namentlich Goethe's „Göttliches" (Edel ſei der Menſch), „Eins und Alles" und „Vermächtniß" (Kein Weſen kann zu nichts zerfallen) und Rückert's „Um Mitternacht" *).

*) Wir führen einige der Lieblingsſtellen Stockmar's aus jenen Gedichten an:

Edel ſei der Menſch,
Hülfreich und gut!
Denn das allein
Unterſcheidet ihn
Von allen Weſen,
Die wir kennen.

Nach ewigen, ehrnen
Großen Geſetzen
Müſſen wir alle
Unſeres Daſeins
Kreiſe vollenden.

Nur allein der Menſch
Vermag das Unmögliche,
Er unterſcheidet,
Wählet und richtet;
Er kann dem Augenblick
Dauer verleihen.

Goethe: Das Göttliche.

Was wär ein Gott, der nur von außen ſtieße,
Im Kreis das All am Finger laufen ließe!
Ihm ziemt's, die Welt im Innern zu bewegen,
Natur in Sich, Sich in Natur zu hegen,
So daß was in Ihm lebt und webt und iſt,
Nie ſeine Kraft, nie Seinen Geiſt vermißt.

Goethe: Prooemion zu Gott und Welt.

Von der ſceptiſchen Blaſirtheit und Hoffnungsloſigkeit, mit der oft das Alter geſchlagen iſt, blieb Stockmar frei.

„Fragte mich“, ſagt er in einem Briefe der letzten Jahre, „jetzt der das Leben anfangende Jüngling, welches das höchſte Gut ſei, nach welchem der Menſch zu ſtreben habe, ich wüßte nur zu ſagen: Liebe und Freundſchaft! Fragte er mich, welches das unſchätzbarſte Beſitzthum des Einzelnen ſei, ich müßte antworten: — Das Bewußtſein, die Wahrheit geliebt und geſucht, das Gute um des Guten willen gewollt zu haben! Alles übrige iſt entweder leere Eitelkeit oder ein matter Traum!“

Und die Gefühle, die ihm bis zuletzt am lebhafteſten blieben, bezeichnet Meyer treffend mit den Worten: „Nie hat Stockmar das Zutrauen verloren zu der Liebe und Gerechtigkeit Gottes, der Güte des menſchlichen Herzens, der Tüchtigkeit des deutſchen Volks und der Größe unſerer Zukunft.“

Das Ewige regt ſich fort in allen,
Denn alles muß in Nichts zerfallen,
Wenn es im Sein beharren will.
Goethe: Eins und Alles.

Kein Weſen kann zu nichts zerfallen!
Das Ewige regt ſich fort in allen,
Am Sein erhalte dich beglückt!
Das Sein iſt ewig, denn Geſetze
Bewahren die lebendigen Schätze,
Aus welchen ſich das All geſchmückt.
Goethe: Vermächtniß.

Um Mitternacht
Schlug ich die Schlacht
O Menſchheit, deiner Leiden.
Nicht konnt' ich ſie entſcheiden.
Um Mitternacht
Hab' ich die Wacht
In deine Hand gegeben
Herr über Tod und Leben!
Du hältſt die Wacht
Um Mitternacht.
Rückert: Gedichte.

Die Rückblicke in das vergangene Leben führten zu theils niederſchlagenden, theils frommen, demüthigen, theils belohnenden und aufrichtenden Gedanken.

„Seit Wochen“, ſagt Stockmar in einem Briefe, „auf die Stube beſchränkt, habe ich angefangen, einige Ordnung in die Maſſe der Briefe zu bringen, die ich ſeit fünfzig Jahren von allen Orten und Enden her empfangen habe. Dieſes Geſchäft hat mich in eine große Geſellſchaft abgeſchiedener Geiſter eingeführt. Zuerſt bemächtigte ſich meiner ein noch nie gehabtes Erſtaunen über die Schwäche des Gedächtniſſes, die die meiſten Menſchen im höheren Alter befällt. Lägen die Beweiſe nicht vor mir, ich wäre verſucht bona fide zu verneinen, daß ich mit vielen meiner Briefſteller je etwas zu thun gehabt hätte. Allein ſelbſt die Schriftzüge ſind nicht mehr hinreichend, mir die Geſichter, die Perſönlichkeiten, die Verhältniſſe, in denen ich zu vielen der Schreiber geſtanden, wieder vorſtellig zu machen. Nur zu viele Stellen meiner Vergangenheit bedecken ſich mit Nebel für meine Sehkraft, wofür ſich jedoch meine Gemüthskräfte durch Wehmuth und Demuth erhellen, in der ich mit Gewißheit zu erkennen vermag, wie ich meine moraliſchen Rechnungsbücher abzuſchließen habe. Denn ebenſo richtig und verbrieft wie die Schulden der Anderen gegen mich daſtehen, ebenſo deutlich kann ich auch die meinigen gegen Anderen erkennen, und ich umſchreibe das Facit in das Gebet:

„Alles ſei vergeſſen und vergeben, damit auch mir das Gleiche werden könne.“

Derſelbe Brief erzählt weiter:

„Ich hatte viele Briefe aus dem Jahre 1817 geleſen und mich über jene Zeit mit meiner ſiebenzigjährigen Schweſter unterhalten. Dieſe brachte mir geſtern einen von mir natürlich gänzlich vergeſſenen Brief, den ich ihr gleich nach dem Tode der Prinzeß Charlotte geſchrieben. Die darin enthaltenen Worte: „Ich ſcheine mehr da zu ſein für Andere als für mich ſelbſt zu ſorgen, und bin

mit dieſer Beſtimmung gar wohl zufrieden", waren für meine Zukunft prophetiſch. Und vierzig lange Jahre konnten einer Geſinnung nichts anhaben, die das Unglück des Prinzen mich damals auszuſprechen trieb."

So erkannte denn Stockmar, und dieſes Bewußtſein konnte ihn aufrichten und belohnen, daß der eigentliche Kern ſeines Lebens das uneigennützige Wirken für Andere geweſen ſei.

„Ich bin dabei," ſagt ein anderer Brief aus den letzten Jahren, „nur dem Zug meines Herzens nachgegangen, und der Erfolg, den ich gehabt haben mag, war nur das Produkt dieſes Herzenszuges. Wohl kann der Verſtand unterſcheiden, wählen und richten, allein ſchaffen, bauen kann nur das Herz."

Es iſt daſſelbe, was Freitag mit anderen Worten ſchön ſo ausdrückt:

„Das letzte Geheimniß ſeines Werthes und des Einfluſſes, den er auf Andere erlangte, lag nicht in der vortrefflichen Grundlage, auf welcher ſeine politiſche Praxis beruhte, nicht in der Feinheit und Schärfe ſeines Blickes, ſondern in ſeinem Gemüth. Daß er ein guter Menſch war mit einem Herzen voll Liebe, dabei von einer fröhlichen Lebenskraft, welche Anderen ſympathetiſch von der eigenen Wärme mitzutheilen wußte, das machte ihn Allen unentbehrlich, mit denen er in nähere Verbindung gekommen war."

Neben der Contemplation war es die praktiſche Wohlthätigkeit, die Stockmar's letzte Lebenszeit erfüllte. „Die Armen von Coburg", ſagt Freitag, „kannten vortrefflich die ſteinerne Schwelle, auf der ſie mit bangem Herzen die Klingel gezogen, von der ſie mit leichtem Gemüth wieder auf die Straße hinabgeſtiegen waren. Und ſeine Art wohlzuthun durfte das Verdienſt beanſpruchen, daß ſie nicht nur in reichem Maaße und in der zweckmäßigſten Weiſe wirkte, auch mit einer Discretion, welche die linke Hand nicht wiſſen ließ, was die Rechte that."

Ein Gehirnſchlag machte dieſem Leben voll ſelbſtloſen Wirkens für das Wohl Anderer in der Nacht vom 8. zum 9. Juli 1863, im beinahe vollendeten ſechsundſiebenzigſten Jahre, ein Ende.

Er wurde in der Familiengruft auf dem Coburger Friedhof beigeſetzt. Sie war damals einfach ausgeſtattet. In den folgenden Jahren wurde deren Inneres nach einem von der Kronprinzeſſin von Preußen ausgegangenen ſinnigen Entwurf künſtleriſch reich geſchmückt. Grauer Marmor ziert Wände und Gruftdeckel. Ein Altar in cararischem Marmor mit Engelsgeſtalten von Profeſſor Hagen's Meißel ſteht an der Hinterwand. Das oberſte Feld dieſer nimmt ein Frescogemälde ein, die bibliſche Geſchichte vom barmherzigen Samariter darſtellend. Darunter eine Gedenktafel mit der Inſchrift:

Dem Andenken des Freiherrn Chriſtian Friedrich
von Stockmar, geboren 22. Auguſt 1787, geſtorben
9. Juli 1863, gewidmet von ſeinen Freunden in
den regierenden Häuſern von Belgien, Coburg,
England und Preußen.
Sprüche Salom. 18. V. 24
(„Ein treuer Freund liebet mehr und ſtehet veſter bei
denn ein Bruder").

Die hohen Fürſten, die ſich zur Stiftung dieſes Denkmals vereinigten, konnten dem Mann, der ihnen ein treuer Diener und Freund geweſen war, kein würdigeres und zugleich für ſie ſelbſt ehrenvolleres Zeugniß ausſtellen.

In dieſem monumentalen Zeugniß liegt die Hauptſumme von Stockmar's Leben ausgeſprochen. Ein Fürſtendiener, Freund und Vertrauter von Fürſten, aber in großem, freiem, volksthümlichem Sinn, die Fürſten ſtärkend und fördernd zu ihrer Pflicht gegen die höchſten Intereſſen der Nationen! Und ſein Glück wollte, daß er humanen, edlen, tüchtigen, nicht auf die todte Vergangenheit, ſondern die werdende Zukunft gerichteten Fürſten begegnete.

Die nothwendige Beſchränkung, die andererſeits eine ſolche Lebensarbeit auferlegte, war Selbſtverläugnung, Aufopferung der eigenen Individualität, die dazu verwendet wurde, andere Perſönlichkeiten zu ergänzen. Und dieſe Selbſtaufopferung war nicht nur für das Leben geboten, ſondern in hohem Grade noch über das Grab hinaus.

„Vous avez mené une existence souterraine, anonyme“, ſagte ein langjähriger Bekannter zu Stockmar, „was Sie eigentlich geweſen, wird bald niemand mehr wiſſen.“

Dies war freilich Stockmar ſelbſt klar genug. Einer ſeiner Briefe ſagt darüber:

„Die Sonderbarkeit meiner Lage verlangte mich ſtets ängſtlich zu effaciren, das Beſte, was ich beabſichtigte und oft ausführte, wie ein Verbrechen zu verbergen. Wie ein Dieb in der Nacht legte ich ſehr häufig das Samenkorn in die Erde und wenn die Pflanze in die Höhe wuchs und nun auch von Anderen geſehen werden konnte, wußte ich das Verdienſt Anderen zuzuſchreiben und ich mußte es thun. Noch heute erzählen mir Viele von den oder jenen Dingen, und wie das oder jenes entſtanden und gekommen ſei, und haben, indem ſie blos vom zweiten Stadium der Sache wiſſen und ausgehen, in ihrer Weiſe Recht. Allein den Guten fehlt die Kenntniß des erſten Stadiums.“

„Zum Wachsthum einer Pflanze gehört allerdings Luft, Licht, Wärme ꝛc. Und ſo mag es dieſen verſchiedenen Elementen vorkommen, als würde ohne die Macht eines jeden einzelnen von ihnen keine Pflanze gewachſen ſein, woran ſie denn alle beziehungsweiſe auch ganz Recht haben. Das erſte und größere Verdienſt gebührt aber offenbar dem, der aus eigenem Antriebe und blos zum dereinſtigen Vortheil Anderer das Samenkorn zu rechter Zeit in den rechten Boden gelegt hat. Wenn ſich nun Verhältniſſe und Menſchen gewöhnlich vereinigen, die beſten meiner Einfälle, Ideen und darauf gegründeten Unternehmungen ſo mit Dunkel und

Nacht zu bedecken, daß eine bloße Ahnung der eigentlichen Urheberſchaft unmöglich wird, ſo will mich das kaum verdrießen."

Er war es alſo zufrieden, der Nachwelt immer halb verhüllt zu bleiben. Auch dieſes Buch, Stockmar's Sinn getreu, lüftet den Schleier nur ein wenig.

14. September 1870.

Erſtes Capitel.

Der Abbruch des Verlöbniſſes der Prinzeß Charlotte mit dem Prinzen von Oranien.

1814.

Prinzeß Charlotte, die Tochter des Prinzen von Wales und der Prinzeß Caroline von Braunſchweig, war geboren den 7. Januar 1796. Die traurige Geſchichte der Ehe, oder vielmehr Nicht-Ehe, ihrer Eltern hier zu wiederholen iſt überflüſſig. Ueber deren Charakter ſprach ſich die Prinzeß gegen Stockmar kurz und bündig dahin aus: „meine Mutter war ſchlecht, aber ſie wäre nicht ſo ſchlecht geworden, wenn mein Vater nicht noch viel ſchlechter geweſen wäre.“

Was Liebe und Fürſorge der Eltern, was Familienleben iſt, hat das arme Kind eigentlich nie erfahren.

Schon im Jahre 1796 hörten Vater und Mutter auf zuſammen zu wohnen. Der Vater war mit dem Großvater geſpannt, die Großmutter und die Prinzeß von Wales konnten ſich nicht leiden. Die kleine Prinzeſſin blieb zunächſt der Mutter überlaſſen, welche der alte König Georg III. beſtändig gegen ihren Gemahl in Schutz nahm. Sie verlor dieſen Schutz, nachdem ihr Schwiegervater 1810 unrettbar dem Irrſinn verfallen und der Prinz von Wales Regent geworden war. Schon vorher war ihr die Tochter weggenommen

und der Obhut der Großmutter, Königin Charlotte, in Windſor anvertraut worden, die leider ihrer Enkelin keineswegs gewogen war. Die Prinzeß von Wales durfte nun ihr Kind nicht öfter als wöchentlich einmal ſehen. Im Jahre 1812 aber wurde der Tochter eine eigene Stadtwohnung, Warwick Houſe, ganz in der Nähe des Palaſtes des Vaters, Carlton Houſe, eingeräumt und der Aufenthalt wechſelte von da an zwiſchen Warwick Houſe und Windſor. Gleichzeitig wurden die Zuſammenkünfte zwiſchen Mutter und Tochter auf je 14 Tage beſchränkt.

So wuchs die Prinzeſſin heran, zunächſt umgeben von Fremden, ihrer Gouvernante und ihrer Geſellſchafterin Miß Cornelia Knight, in deren Selbſtbiographie uns neuerdings eine zuverläſſige Quelle über die Geſchichte Charlotten's eröffnet iſt.

Für ihren Vater war die oberſte Rückſicht natürlich, daß die Tochter ſeine Bequemlichkeit möglichſt wenig ſtöre. Deshalb ſollte ſie möglichſt lange als Kind behandelt werden. Mit 17 Jahren war ſie noch nicht confirmirt, ſollte ſie noch nicht zur Cour am Hofe erſcheinen. „Vergeſſen Sie nie", ſagte der Prinzregent zu Miß Knight (Autobiography I, 240), „daß Charlotte den thörichten Gedanken fahren laſſen muß, als hätte ſie einen eignen Willen; ſo lange ich lebe muß ſie mir unterworfen ſein wie jetzt, ſei ſie 30 oder 40 oder 45 Jahre alt."

Dies war nun freilich wohl nur unter der Vorausſetzung geſagt, daß die Prinzeß unvermählt blieb. Wenn aber ſchon in der Stellung der künftigen Thronerbin an ſich die Wahrſcheinlichkeit einer baldigen Verheirathung begründet war, ſo mußten die beſondern Verhältniſſe jene Wahrſcheinlichkeit noch verſtärken. Für die arme Prinzeß war ja eine Vermählung das beſte Mittel der Erlöſung aus ihrer abhängigen und unbehaglichen Lage zwiſchen den ungeliebten, unter ſich feindlichen Eltern. Und für den Regenten konnte es nur angenehm ſein, ſich der Tochter auf ſo gute Manier zu entledigen. Die Unvermählte legte ihm durch ihre bloße Exiſtenz Pflich-

ten und Rückſichten auf, von denen ſich der herzloſe Egoiſt gern befreit ſah und bildete zu gleicher Zeit, mehr als eine vermählte Tochter es konnte, ein ihm läſtiges, engeres Band zu ſeiner verhaßten Gemahlin. Noch hatte die Prinzeß das achtzehnte Jahr nicht erreicht, als ein ernſtliches Heirathsproject, das einer Verbindung mit dem Erbprinzen von Oranien, dem nachmaligen König Wilhelm II. der Niederlande, herantrat.

Wer den Gedanken dazu zuerſt gefaßt, vermögen wir nicht zu ſagen. Genug, Miß Knight berichtet, daß ſchon im October 1813 durch Sir Henry Halford, den gemeinſamen Arzt des Regenten und der Prinzeß, dieſer Winke gegeben wurden, wie erwünſcht jene Verbindung ſein würde. Die alte Königin und die Prinzeſſinnen redeten zu, was auf die junge Dame anfangs eher die entgegengeſetzte Wirkung hervorbrachte. Am Ende machten aber die von der königlichen Familie ausgehenden beharrlichen Einflüſterungen und kleinen Veranſtaltungen in jener Richtung doch einigen Eindruck. Am 11. December 1813 langt der Erbprinz in London an. Er trifft mit der Prinzeß im engſten Kreiſe bei deren Vater zum erſten Male zuſammen und ſchon am 12. erzählt die Prinzeß der Miß Knight, der Regent habe ſie bei Seite genommen und gefragt: „Nun, es geht wohl nicht?“ ſie habe geantwortet, „das will ich nicht ſagen, ſein Weſen gefällt mir recht gut“, jener darauf ſogleich ihre Hände zuſammengefügt und ſie ſei nun verlobt. Sie fügt hinzu: „er iſt nicht ſo unangenehm wie ich erwartete“. Hier ſcheint alſo zu der ein wenig fataliſtiſchen Heirathstendenz, wie ſie oft bei jungen Mädchen und namentlich Prinzeſſinnen zu finden, noch etwas väterliche Ueberrumpelungskunſt hinzugekommen zu ſein.

Im Januar wurde die beabſichtigte Verbindung bereits anderen Souveränen vertraulich angezeigt (Castlereagh Letters and Correspondence IX, 211). Anfang des März hielten H. Fagel, der ordentliche niederländiſche Botſchafter in London, und der Graf Van der Duyn de Maasdam, als außerordentlicher Botſchafter, feierlich

und formell um die Hand der Prinzeß an, welche ihr Jawort gab. Nicht lange darauf kündigte der niederländische Souverän den Generalstaaten die bevorstehende Verbindung officiell an. Die beiderseitigen Bevollmächtigten entwarfen den Heirathsvertrag. Aber bereits im Juni ward das Verlöbniß abgebrochen.

Ueber die Geschichte dieses Bruches soll nachstehend aus den mündlichen Erzählungen Stockmar's und aus seinen Papieren einiges Authentische mitgetheilt werden. Es scheint dazu um so mehr Veranlassung, als in die Memoiren über jene Zeit und die Geschichtsbücher zum Theil entschiedene Irrthümer übergegangen sind.

Stockmar gab seine Stellung an dem Hofe von Claremont natürlich viel Gelegenheit, Zuverlässiges über jene Vorgänge zu erfahren, auch hat die Prinzeß selbst öfter mit ihm davon gesprochen. Besonders werthvolles Material enthielt aber ein von ihm hinterlassenes, in Leder gebundenes Manuscript in Quart, worin, zum größeren Theil von der Hand der Miß Cornelia Knight (mit öfteren Correcturen der Prinzeß Charlotte), zum Theil von der Hand der Prinzeß selbst, die Correspondenz über die Vorgänge, die zum Abbruch des Verhältnisses führten, nebst Angabe der dazwischenliegenden Thatsachen eingetragen war*).

Ehe wir diese Begebenheiten erzählen, überblicken wir die vorausgehend in den Verhältnissen gegebenen, dem Zustandekommen der Verbindung theils günstigen, theils ungünstigen Momente.

Die alte Popularität der Oranier und der holländischen Allianz in England kam dem Heirathsproject in der öffentlichen Meinung von vornherein zu Gunsten. Nach dem Siege der Alliirten über Napoleon legte England viel Interesse für die Herstellung der Oranier in Holland an den Tag und bemühte sich seitdem, in dem Gedanken, eine stärkere Vormauer gegen Frankreich zu schaffen, eifrig für die Gründung des Königreichs der vereinigten Niederlande. Und

*) Dieses Manuscript ist jetzt in den Besitz J. M der Königin von England übergegangen.

ſo entſprach denn wiederum die beabſichtigte Verbindung dem Gange der nationalen Politik. Die Oranier, Vater und Sohn, waren in England bekannt und nicht unbeliebt. Der Vater, nachmals König Wilhelm I., hatte dort längere Zeit gelebt. Der Erbprinz, der ſpätere König Wilhelm II., war nach Erziehung und Lebensgewohnheiten ein halber Engländer, hatte mit Auszeichnung unter Wellington in Spanien gedient, war hierdurch und durch eine gewiſſe ungenirte Leutſeligkeit und Jovialität, verbunden mit häufigem Händeſchütteln, in der Armee und der Geſellſchaft nicht unbeliebt.

Er flößte indeſſen, wie wir ſchon ſahen, der Prinzeſſin keine beſondere Neigung ein, ebenſowenig wie ſie ihm, der eines tieferen Gefühls überhaupt nicht fähig geweſen zu ſein ſcheint. Hören wir über ihn zunächſt das Urtheil eines keineswegs übelwollenden Beobachters, Fritz von Gagern (Leben des Generals von Gagern, Bd. II, S. 54 u. f.):

„Der Prinz von Oranien", ſagt er, „hat ſchon früh einen gährenden und unſtäten Charakter verrathen. Sitzende Arbeit ſcheute er und ſeine wiſſenſchaftliche Bildung iſt, im Vergleich zu der ſeines jüngeren Bruders, vernachläſſigt. Unternehmend und von weit ausſehendem Ehrgeiz beſeelt, zeigt er jedoch in der Beurtheilung der Mittel zu ſeinen Zwecken wenig Beſonnenheit und geringe Umſicht in der Wahl ſeiner Vertrauten. Anfangs gefiel ſich der Prinz in engliſchen Sitten, ſpäter ahmte er ruſſiſches Weſen nach. Im öffentlichen Auftreten übt der Prinz mit Gewandtheit und Glück alle Künſte der Popularität; durch Herablaſſung und durch den Anſchein der Vertraulichkeit gewinnt er oft ſelbſt die, welche gegen ihn eingenommen ſind; aber das Zunicken und Händeſchütteln iſt zu allgemein, um für eine Auszeichnung gelten zu können, und dem Verdacht ſeine Rolle als Schauſpieler zu ſpielen entgeht er nicht. Leichter Sinn und Lebensluſt hatten ſich ſchon früh entwickelt. Bei der unregelmäßigen Lebensweiſe reichten die beſchränkten Einkünfte des Prinzen nicht aus; ſeine Finanzen waren meiſt in Unordnung

und bei mancherlei Verſchwendung ward doch edlere Freigebigkeit vermißt."

„Man glaubte, daß er den Freuden der Tafel, dem Spiel und jedem Genuß ergeben ſei, während eine dauernde, leidenſchaftliche Zuneigung zu einem Weibe, die man ihm verziehen hätte, niemals bekannt geworden iſt."

So erſchien er Gagern im Jahre 1830 und es gilt der Rückſchluß, er werde im Jahre 1814, als ſo viel jüngerer Mann, nicht bedeutender, beſonnener, charakterfeſter und maaßvoller geweſen ſein.

Noch härter und unumwundener äußert ſich über den Erbprinzen der Holländer Groveſtins in einer Anmerkung zu den von ihm herausgegebenen Erinnerungen des Grafen Van der Duyn und des Baron Capellen. „Il n'y avait", ſagt er S. 218, „dans cette pauvre tête ni instruction ni idée arrètée sur quoi que ce fût."

Der Prinzeſſin ſelbſt gab die Ungebundenheit ſeiner Manieren, ein gewiſſer Mangel an Tact und feiner Vornehmheit öfters Anſtoß. So klagte ſie wohl, daß er in nicht ſehr fürſtlicher Weiſe bei einem Londoner Schneider zur Miethe wohnte*), daß er in angeheitertem Zuſtand auf dem Außenſitz eines Stagecoach vom Wettrennen nach London zurückfuhr. In ſpäteren Jahren, auf das Vergangene zurückblickend, äußerte ſie gegen Stockmar: der Prinz von Oranien möge wohl geeignet geweſen ſein, ein Cavallerie-Regiment zu commandiren, nicht aber ihren Gemahl abzugeben; er habe gar nichts von einem Prinzen.

Die Hauptſchwierigkeit für die projectirte Verbindung entſprang aber aus der Stellung jedes der beiden Verlobten in ſeinem Heimathland.

Die Prinzeß war heiress presumtive des engliſchen Rechts.

*) Lord Grenville ſchreibt an den Marquis v. Buckingham 9. März 1814: „unſer künftiger Schwiegerſohn logirt bei ſeinem Schneider" (Buckingham Mem. of the Regency, II, 75).

Nur einem Sohn, der ihrem Vater hätte geboren werden können, stand sie nach, jedem andern Successionsberechtigten ging sie vor. Die Geburt eines Sohnes lag indeß, bei der zwischen Vater und Mutter bestehenden Feindschaft, außer aller Wahrscheinlichkeit. Der Regent ließ auch damals nicht voraussehen, daß er sich scheiden wolle, um sich wieder zu verheirathen. Nach menschlicher Wahrscheinlichkeit durfte also die Prinzessin sich als die künftige Thronerbin betrachten. In derselben Lage, ja, als ältester Sohn, mit noch größerer Sicherheit, befand sich der Erbprinz in Bezug auf seines Vaters Thron. Wie sollte es nun in Zukunft werden? Sollte der Prinz in England bleiben oder die Prinzessin dem Gemahl nach Holland folgen? Und wie, wenn der Prinz oder die Prinzessin zur Succession, jedes in seinem Heimathland, gelangte? Nach dem vorliegenden Material scheint in den Verhandlungen über den Heirathsvertrag irgend eine bestimmte Stipulation zur Lösung der Schwierigkeit nicht vorgeschlagen worden zu sein. Vielmehr ergeben sich aus demselben mit Bestimmtheit folgende Punkte:

1. Es ist nie davon die Rede, daß der Prinz oder die Prinzeß auf den angestammten Thron verzichten solle.

2. Die Frage des Aufenthalts, beziehendlich des Zusammenlebens der Ehegatten, falls eines von beiden oder beide zur Succession gelangten, blieb offen.

3. Es sollte nur festgesetzt werden, daß die beiden Kronen in der Descendenz nicht zusammenfielen, daß der älteste Sohn in England succedire und vom dritten oder vierten Jahre an dort erzogen werde; der zweite in Holland. Dabei sollte dieser übrigens von der eventuellen Thronfolge in England (also im Fall des kinderlosen Todes des älteren Bruders) nicht ausgeschlossen sein, vielmehr war der Gedanke, daß er dann den niederländischen Thron würde aufgeben müssen.

4. Die englische Succession sollte also unter allen Umständen unverändert bleiben.

(Die Beläge zu dem Geſagten finden ſich in Castlereaghs Letters IX, 151, 152, 181. Eldon's Life I, 521. Miss Knight I, 284 und in dem oben erwähnten Manuſcript S. 4, 5.)

Unter der Vorausſetzung des wirklichen Eintritts der Succeſſion beider Gatten, jedes in ſeinem Lande, lag mithin in dieſer Heirath ein unheilbarer Zwieſpalt für die Zukunft vorbereitet. Der holländiſche Abgeſandte, Van der Duyn, meint ſelbſt nach der Hand in ſeinen Memoiren (S. 85), es wäre vernünftiger geweſen, wenn der Erbprinz zu Gunſten ſeines Bruders Friedrich auf den niederländiſchen Thron verzichtet, ſich ganz in England angeſiedelt und dort hätte naturaliſiren laſſen.

Daß die bezeichnete Schwierigkeit ſich den beiderſeitigen Miniſtern und Unterhändlern gar nicht ſollte dargeboten, daß von den Betheiligten Niemand ſich gefragt habe, wie ſie zu löſen ſei, läßt ſich nicht annehmen, ohne ihnen einen ungewöhnlichen Grad von Kurzſichtigkeit und Leichtſinn beizumeſſen. Zu ihrer Ehre muß man vermuthen, daß ſie den Fall der Thronbeſteigung beider Gatten als einen zwar theoretiſch möglichen, aber aus irgend einem Grunde praktiſch unwahrſcheinlichen oder nicht in Betracht kommenden angeſehen. Ueber das Wie und Warum vermögen wir nur Hypotheſen aufzuſtellen. Denkbar iſt es z. B., daß man ſich ſagte, die Prinzeß werde ihrem Gemahl nach Holland folgen und dort heimiſch werden und es könnten wohl zwanzig bis dreißig Jahre vergehen, ehe der engliſche Thron durch den Tod ihres Großvaters und Vaters für ſie erledigt würde, wo ſie dann inzwiſchen ſchon einen großjährigen Sohn haben könne und geneigt ſein werde, zu deſſen Gunſten zu verzichten.

Wie man ſich aber auch die Geſtaltung der Verhältniſſe im Fall einer Thronbeſteigung beider Verlobten gedacht haben mag, immer blieb die nächſte Frage, wie es in der Zwiſchenzeit werden ſollte. Ohne Zweifel konnte in dieſer das junge Paar ſeinen Wohnſitz in dem einen oder dem anderen Lande aufſchlagen oder zwiſchen beiden wechſeln. Es lag in der Natur der Dinge, daß der Prinz

den Aufenthalt in den Niederlanden wünſchen mußte. Zum Unglück entſprach dieſes keineswegs der Neigung ſeiner Braut. Unerfahren wie ſie war, klammerte ſich ihr Gefühl ängſtlich an die Heimath und es wurde ihr ſchwer den Gedanken zu faſſen, daß man auch draußen, in der Fremde leben könne. Dieſe naive Empfindung brach gleich bei der erſten Erwähnung des Gegenſtandes ungeſtüm heraus. Miß Knight berichtet (I, 269), daß der Prinz ſeiner Braut in einer der erſten Unterredungen unter vier Augen mittheilte, ſie werde jedes Jahr zwei oder drei Monate in Holland zuzubringen haben, der Regent und ſeine Miniſter hätten es zwar nicht rathſam gefunden, ihr dies zu ſagen, aber er (der Prinz) thue es, weil er wünſche, daß ſie beide ſtets offen und ehrlich gegen einander verführen. Darauf, erzählt Miß Knight, hatte die Prinzeß einen heftigen Anfall von Schluchzen und hyſteriſchem Weinen. Sie hatte keine Ahnung davon gehabt, daß ſie England verlaſſen ſollte, hatte aber den Wünſchen des Prinzen nachgeben zu wollen verſprochen. Damit ſtimmt, was der Erbprinz in einem Briefe vom 3. Mai 1814 an die Prinzeß (Mſpt. S. 44) anführt. „Bei unſerm zweiten Geſpräch ſagte ich Ihnen, ich hoffte Sie würden zu Zeiten Ihren Aufenthalt im Ausland nehmen; ich ſah zwar, daß der Gedanke Ihnen unangenehm war, doch Sie gaben mir zu verſtehen, Sie würden es doch thun, wenn ich es wünſchte.“ Sehr bezeichnend iſt aber die Notiz über das Verfahren des Regenten und ſeiner Miniſter. Statt die arme Prinzeß in einer für ſie ſo wichtigen Angelegenheit mit Offenheit, Vertrauen und väterlicher Fürſorge zu behandeln, ihr, der Unerfahrenen, die Verhältniſſe nach allen Seiten klar zu machen, war dort die Loſung, ſie im Dunkeln zu erhalten, damit ſie, ohne zu wiſſen was ſie that, in der Sache vorwärts ging und ſich ſo den Rückweg immer mehr erſchwerte.

Da es ihr an Verſtand nicht fehlte, ſo mußte dies natürlich ihr Mißtrauen erwecken und dadurch wurde ſie den Einflüſterungen aller derer um ſo zugänglicher, die dem Heirathsplan abgeneigt waren.

Zu dieſen gehörte zuvörderſt die eigene Mutter. Daß jene Verbindung vom Regenten und vom königlichen Hofe begünſtigt wurde, war allein ſchon ein Grund, die Prinzeß von Wales dagegen einzunehmen. Dazu kam, daß dieſe von niederländiſcher Seite in beleidigender Weiſe war vernachläſſigt, ja ignorirt worden. Die holländiſchen Abgeſandten hatten auf einen vom Regenten gegebenen Wink keinen der von der Höflichkeit gebotenen Schritte ihr gegenüber gethan, geſchweige denn ihre Zuſtimmung zur Heirath nachgeſucht. Der Erbprinz hatte dieſelbe Linie eingehalten und überhaupt in jeder Weiſe für den Regenten gegen deſſen Gemahlin Partei genommen. Die Exiſtenz der Tochter in England war an ſich ſelbſt eine Verſtärkung der Stellung Carolinens. Wie konnte ihr nun eine Vermählung erwünſcht ſein, die nicht nur die junge Prinzeß aus England zu entfernen, ſondern auch unter den Einfluß eines Gemahls zu bringen drohte, der ſo wenig freundliche Geſinnung gegen die Mutter, ſo viel Unterwürfigkeit gegen ihren Feind, den Vater, an den Tag gelegt hatte?

Auch die Männer von der parlamentariſchen Oppoſition waren der Heirath abgeneigt. Sie ſahen in derſelben ein Glied von der Kette toryſtiſcher Politik, die, nach ihrer Meinung, England zu eng mit den Tendenzen und Intereſſen der Continentalmächte verknüpfte. Zwar nicht direct konnten dieſe Männer, die Lauderdale, Whitbread, Tierney, Brougham auf die Prinzeß Charlotte einwirken, aber indirect, da ſie in beſtändiger Beziehung zu deren Mutter und zu der vertrauten Freundin Charlottens, der geſcheuten und betriebſamen Miß Mercer Elphinſtone (Tochter des Lord Keith, nachmaligen Madame de Flahault) ſtanden.

So konnte es denn nicht fehlen, daß der jungen Prinzeſſin alles dem Oranier und der Verbindung mit ihm Ungünſtige in reicher Fülle zugetragen wurde.

Ihre Abneigung, England zu verlaſſen, bot die wirkſamſte und ſicherſte Anknüpfung für Inſinuationen, welche dem Regenten einen

weit und tief angelegten Plan gegen seine Tochter beimaßen. Man setzte ihr in den Kopf, der Regent wünsche sie vor allen Dingen aus dem Lande zu entfernen, dazu solle die Heirath das Mittel sein, er werde dann, wenn sie erst im Auslande sei, alles thun, um ihre Rückkehr zu verhindern und ihr Successionsrecht zu vereiteln. Die Prinzeß, der ihre Heimath und nicht minder die Aussicht auf den Thron theuer war, schenkte diesen Einflüsterungen Glauben, weil sie sich von ihrem Vater ohne Liebe und Vertrauen behandelt sah und von dessen Charakter die schwärzeste Vorstellung hatte. Daher verfolgte sie nun hartnäckig das Ziel, die Einrückung eines Artikels in den Heirathsvertrag zu erlangen, der ihr dafür Gewähr böte, daß sie nie gezwungen werden könne, wider ihren Willen England zu verlassen oder im Auslande zu bleiben.

Sehen wir heute mit unbefangenem Blick auf die damalige Lage zurück, so werden uns wohl die Befürchtungen der Prinzessin übertrieben und die dem Regenten untergelegten Pläne als eine falsche Eingebung des Mißtrauens erscheinen. Wer die Zustände Englands kennt, muß es für rein unmöglich erkennen, daß es der Regent vermocht hätte, seine Tochter wider ihren Willen von England entfernt zu halten oder ihres Successionsrechtes zu berauben. Ein anderes ist es freilich, ob nicht die Rechnung des Prinzen dahin gegangen, Prinzeß Charlotte, wenn nur erst in Holland angesiedelt, werde allmählig durch so starke Bande dort festgehalten sein, daß ihr die Rückkehr nach England unter allen Umständen mindestens sehr erschwert, wenn nicht moralisch unmöglich gemacht würde. Zugleich muß anerkannt werden, daß der Mangel an Offenheit, mit dem man die Prinzeß in dieser Heirathsangelegenheit behandelt hatte, ihr zu großem Mißtrauen genügenden Grund bot.

Wir beabsichtigen nun, nach Anleitung des mehr erwähnten Manuscripts, die Verhandlungen in der Kürze darzustellen, welche sich über den von der Prinzeß zu ihrer Sicherung geforderten Artikel des Heirathsvertrages entspannen.

Wie wir sahen, lag der Prinzessin die Sicherung ihres dauernden Aufenthalts in England aus verschiedenen Gründen am Herzen. Während der Monate Februar und März verhandelte sie nur mit ihrem Bräutigam darüber. Dieser scheint, sei es um sie zu begütigen, sei es in aufrichtiger Meinung, ihr Hoffnung gemacht zu haben, daß sie einen beträchtlichen Theil des Jahres in England residiren würden.

So erwähnt die Prinzeß in einem Briefe vom 29. April an den Herzog von York, ihren Onkel, der Erbprinz habe ihr am 9. Februar schriftlich den Wunsch ausgedrückt, daß das Parlament auf der Festsetzung eines jährlich wenigstens sechs Monate dauernden Aufenthalts in England bestehen möge. Aber thatsächlich geschah nichts zur Verwirklichung der Wünsche der Prinzessin. Es wurden Anstalten für die häusliche Niederlassung in Holland, aber keine für eine Einrichtung in England getroffen. Unter diesen Umständen faßte sich die Prinzeß endlich ein Herz und schrieb an ihren Vater*).

Sie verlange, sagte sie, eine Erklärung über die Frage des zukünftigen Aufenthalts. Als ihr der Heirathsvorschlag zuerst gemacht worden, habe sie keine Ahnung gehabt, daß ihr Wohnsitz nicht in England sein solle. Sie hoffe eine ausdrückliche Bestimmung in den Heirathsvertrag aufgenommen zu sehen, wonach sie nicht genöthigt werden könne, England jemals gegen ihren Wunsch und überhaupt eher zu verlassen, als bis daselbst für sie ein dauernder Wohnsitz begründet sei. Es müsse ihre Besorgniß erregen, daß man noch für kein Haus in England oder Einrichtung eines englischen Hofhalts Anstalt getroffen.

Der Regent antwortete nicht darauf, sondern ließ am 18. Miß Knight zu sich kommen. Er äußerte sich sehr erzürnt über den Brief. Die von der Prinzessin verlangte Bedingung sei unmöglich, sie widerstreite der Pflicht einer Frau. Wenn sie darauf beharre, müsse das Verlöbniß abgebrochen werden und er werde dann nie einer anderen

*) Die Prinzeß an den Regenten, 15. April 1814 (der Brief war nicht vom 16., wie Miß Knight angiebt).

Heirath zustimmen. Charlotte habe schon zu viel Freiheit, erfolge der Bruch, so werde er sich in der Nothwendigkeit sehen, ihr größere Beschränkungen aufzuerlegen. Er habe ihr gleich von Anfang an gesagt, es sei nur billig, daß sie mehr als die Hälfte des Jahres in Holland zubringe. Dies alles solle Miß Knight der Prinzessin wiederholen und am folgenden Tage mit deren Antwort wiederkommen.

Diese Antwort *) lautete ziemlich kurz schriftlich dahin, sie könne nicht ein Wort von dem Gesagten zurücknehmen.

Als Miß Knight die Antwort dem Regenten überbrachte, fand sie ihn milder gestimmt und das Gespräch endete mit der Verabredung, daß der Herzog von York, der Lieblingsonkel der Prinzessin, zu ihr kommen solle, um mit ihr über die Sache zu sprechen.

Der Herzog kam mit Mr. Adam, dem Kanzler von Cornwall, Onkel der Miß Mercer-Elphinstone, welcher früher die Prinzeß im englischen Recht unterrichtet hatte. Die beiden Herren wiederholten dieser die vom Regenten gebrauchten Argumente, fügten aber eines hinzu, wodurch das vom Regenten Gesagte zum Theil umgestoßen wurde. Sie sagten nämlich, die Größe des Jahrgeldes, welches vom Parlament für den Fall ihrer Vermählung verlangt werden solle, sei der beste Beweis für die Absicht, sie hauptsächlich in England residiren zu lassen.

Nach der Unterredung schrieb die Prinzeß an den Herzog von York 18. April 1814, sie müsse auf ihren dem Regenten gegebenen Erklärungen beharren.

Vergeblich begehrte der Onkel York eine neue Unterredung, indem er auf üble Berather aus den Reihen der Opposition anspielte.

Sie ward abgelehnt.

Darauf schrieb am 22. April die Prinzeß an den Herzog von York, ihr einziges Motiv, die fragliche Klausel in dem Heirathsvertrag

*) Die Prinzessin an den Regenten 18. April 1814.

vertrag zu verlangen, ſei, daß ſie nie darin willigen könne England zu verlaſſen. Ihre Anhänglichkeit an ihr Vaterland habe um ſo mehr Berechtigung, als ſie doch der Succeſſion nahe ſtehe. Factiöſe Verbindungen müſſe ſie feierlich in Abrede ſtellen.

Die Antwort des Herzogs von York an die Prinzeſſin vom 24. April führt ihr zu Gemüthe, wenn ihr Entſchluß feſtſtehe England nicht zu verlaſſen; ſo hätte ſie ſich von vornherein ſagen müſſen, daß die Heirath unmöglich, hätte alſo die Dinge nicht ſo weit kommen laſſen dürfen. Jener Entſchluß würde auch jeder Heirath mit einem anderen Prinzen von genügendem Rang entgegenſtehen. Er ſetzt ihr ſodann den Unterſchied zwiſchen dem heir presumptive und dem heir apparent auseinander. Ihre Succeſſion ſei nicht unbedingt ſicher, da ſie immer noch von der Vorausſetzung abhänge, daß dem Vater kein Sohn geboren würde. Er wiederholt, daß keine Abſicht beſtehe, ſie für längere Zeit von England entfernt zu halten, ſonſt würde man nicht auf den Gedanken gekommen ſein, ein ſo hohes Jahrgeld für ſie zu beantragen.

Die Prinzeß erwidert am 25. April, Herz und Pflichtgefühl geböten ihr, die erſten Verbindungen und Lebensgewohnheiten in dem Lande zu bilden, an deſſen Spitze ſie einſt berufen werden könne, und hier die erforderliche Kenntniß von Menſchen und Dingen zu erwerben, von welcher ſie bei ihrer bisherigen Zurückgezogenheit ausgeſchloſſen geweſen ſei. Daß die von ihr geſtellte Bedingung zum Bruch führen würde, habe ſie nicht vorher geſehen, müſſe es aber darauf ankommen laſſen, ſelbſt wenn keine andere Heirath für ſie möglich ſein ſollte. Dem Recht nach ſei ſie allerdings nur heiress presumptive, den thatſächlichen Umſtänden nach erſcheine aber der Unterſchied gegen eine heiress apparent in dieſem Falle nur nominell.

Der Herzog von York in ſeiner Antwort vom 26. April hebt hervor, wie ſehr die Prinzeß ſich ſchon gebunden habe. Die holländiſchen Abgeſandten hätten bereits einen förmlichen Antrag geſtellt, ſie in feierlicher Audienz ihr Jawort gegeben. Der Prinz

von Oranien habe Geld zu Juwelen geſchickt, deren Ankauf ihr überlaſſen worden und ſie habe bereits Beſtellungen gemacht. Sie möge bedenken, welches Licht dies alles auf ſie werfen würde.

Prinzeß Charlotte antwortet am 29. April, ſie habe ſich einige Zeit zur Erwiderung gelaſſen, ſie finde ſich durch das Vorangegangene keineswegs gebunden. Die Audienz der Geſandten und der Ankauf von Juwelen ſeien nur vorbereitende Schritte von untergeordneter Bedeutung.

Am 30. April Morgens ziemlich früh läßt ſich der Erbprinz bei der Prinzeß melden, die (ſie war etwas unwohl) noch zu Bette liegt. Sie verweiſt ihn auf eine ſpätere Stunde. Er beharrt, er werde warten bis ſie aufgeſtanden. Sie ſteht etwas unwillig auf, empfängt ihn jedoch ziemlich freundlich und die Verlobten tauſchen die Verſicherung unveränderter Geſinnung aus. Der Prinz, deſſen Abſicht geweſen zu ſein ſcheint, auf das Gefühl ſeiner Braut zu wirken, geht von da ſogleich zum Regenten und bringt bald von dieſem die Nachricht zurück, er wolle beide Verlobte ſehen, es walte ein Mißverſtändniß ob, ihm, dem Regenten, ſei es nie in den Sinn gekommen, daß die Prinzeſſin vorzugsweiſe im Auslande wohnen ſolle. Die Prinzeß entſchuldigte ſich wegen ihrer Nerven, in Wahrheit wohl, weil ſie ihrer eigenen Feſtigkeit, wenn ſie dem Vater perſönlich gegenüberſtände, nicht traute.

Sie ſchreibt aber darauf an den Erbprinzen den 30. April, ihre Anſichten und Gefühle ſeien unveränderlich; je weniger ſie Beide über die Streitfragen discutirten, deſto beſſer ſei es; ſie wünſche ihn nicht wiederzuſehen bis ihre Bedingungen zugeſtanden ſeien.

Hierauf folgt ein Brief des Erbprinzen an die Prinzeſſin vom 3. Mai, worin er ſie daran erinnert, daß er bei ihrer zweiten Unterredung ihr die Hoffnung ausgedrückt habe, ſie werde zu Zeiten im Auslande wohnen, er habe zwar gleich geſehen, daß dieſer Gedanke ihr unangenehm war, aber ſie habe ihm doch zu verſtehen gegeben, ſie werde es thun, wenn er es wünſche.

Die Antwort der Prinzeß vom 3. Mai lautet, sie verlange eine im Heirathsvertrag festzustellende und vom Parlament zu sanctionirende Sicherung, daß sie nicht von England entfernt oder entfernt gehalten werde.

Der Erbprinz erwidert am 3. Mai in schlechtem Englisch, indem er übrigens sehr gelinde Saiten aufzieht, er könne gegen das Verlangen der Prinzessin, sowie sie es formulirt habe, unmöglich eine Einwendung haben („at which, in the manner you have stated it, I can impossibly have any objection"). Er frage sie nur, ob sie auch nach Erlangung der von ihr geforderten Sicherung, England nie zu verlassen und auch nicht gelegentlich Holland zu besuchen entschlossen sei.

Die Prinzeß antwortet am 4. Mai, sie könne nur ihre Geneigtheit ausdrücken, so weit es ihr möglich, die Wünsche des Prinzen zu erfüllen. Das Pflichtgefühl, welches sie an England knüpfe, mache für sie selbst kurze Abwesenheiten unzuträglich und schmerzlich. Sie wolle zwar nicht gesagt haben, daß sie England unter keinen Umständen verlassen würde, aber für jetzt und für einige Zeit nach der Heirath sprächen starke Gründe dagegen. Vor Allem der Umstand, daß ihr bis jetzt die Gelegenheit gänzlich gemangelt habe, sich mit der englischen Gesellschaft bekannt zu machen.

Die Beharrlichkeit der Prinzessin blieb nicht ohne Erfolg. Am 8. Mai empfing sie den Besuch des Premier-Ministers Lord Liverpool. Er erklärte ihr, es liege nicht in der Absicht, daß sie ihren dauernden Wohnsitz außer England nehmen solle und machte ihr zwei Vorschläge in Betreff des in den Heirathsvertrag einzurückenden Artikels, zwischen denen sie die Wahl haben sollte. — Es könne entweder bestimmt werden,

1. daß ihr nicht gestattet sein solle England ohne Genehmigung des Königs zu verlassen, welcher auch ihre Rückkehr nach England anordnen könne und daß sie, nachdem sie Königin

geworden, das Land nicht ohne Genehmigung des Parlaments verlassen dürfe, oder

2. daß sie England nicht ohne Erlaubniß des Regenten verlassen und in keinem Fall mehr als eine bestimmte Anzahl Monate in einem Jahre abwesend sein dürfe.

Hierauf antwortet die Prinzeß an Lord Liverpool 9. Mai mit Recht, die beiden Vorschläge gewährten ihr keine Sicherheit der vollkommenen Freiheit in der Wahl ihres Aufenthalts, und auf dieser müsse sie bestehen.

Lord Liverpool erwidert der Prinzeß 9. Mai, das Ministerium habe dem Regenten erklärt, es sei unmöglich auf die Forderung der Prinzeß einzugehen.

In Folge davon macht diese eine scheinbare Concession, wodurch der Form nach sie vor der Autorität des Vaters sich beugt, der Sache nach ihrem Willen alles überlassen bleibt.

Sie giebt nämlich in einem Brief an Lord Liverpool vom 11. Mai zu verstehen, wenn man ihr die verlangte Sicherung im Heirathsvertrag gewähre, daß sie nicht ohne ihren Willen aus England entfernt oder von England entfernt gehalten werden dürfe, so wolle sie sich der weiteren Bedingung unterwerfen, daß beides nicht ohne die hinzutretende Zustimmung des Regenten geschehen dürfe.

Vergeblich wiederholt Lord Liverpool in einem Besuch vom 12. Mai die alten Argumente gegen das Verlangen der Prinzessin. Sie beharrt, und erfährt schon am 13. Mai, daß der Regent der von ihr vorgeschlagenen Modalität nicht unbedingt abgeneigt sei. In der That schreibt derselbe am 15. Mai an den Prinzen von Oranien Vater, theilt ihm die Wünsche der Prinzessin mit und erklärt, seine Zustimmung zu deren Bedingungen geben zu wollen, wenn die Oranier, Vater und Sohn, darauf beständen. Nachdem hierauf der souveräne Fürst der Niederlande in einem Briefe an seinen Sohn vom 28. Mai seine Einwilligung in das Verlangen der

Prinzessin ausgesprochen, erscheint am 6. Juni der Regent in Person bei seiner Tochter und thut ihr kund, er werde, obschon ungern, eventuell seine Zustimmung zu dem von ihr geforderten Artikel geben, ihr jedoch zunächst noch Bedenkzeit lassen. — Sie aber erklärt schon am folgenden Tage, 7. Juni, dem Regenten schriftlich, daß sie auf ihrer Meinung bestehe.

Der somit von allen Seiten angenommene Artikel des Heirathsvertrags, wodurch die Wünsche der Prinzeß gesichert waren, lautete folgendermaaßen:

„Es besteht Einverständniß und Uebereinkommen dahin, daß Ihre Königl. Hoheit Prinzeß Charlotte zu keiner Zeit das Vereinigte Königreich ohne schriftliche Erlaubniß Seitens Sr. Majestät oder des Prinzen Regenten, im Namen und an der Stelle Sr. Majestät, und ohne Ihrer Königl. Hoheit eigene Einwilligung verlassen soll. Und im Fall, daß Ihre Königl. Hoheit zufolge der Erlaubniß Sr. Majestät oder des Prinzen Regenten und ihrer eigenen Einwilligung aus dem Lande abwesend sein sollte, so soll dieser Aufenthalt im Auslande, in keinem Fall über den Zeitpunkt hinaus verlängert werden, den Sr. Majestät oder der Prinz Regent genehmigt und in den Ihre Königl. Hoheit eingewilligt haben wird. Und es soll Ihrer Königl. Hoheit zustehen, vor dem Ablauf dieses Termins in das Land zurückzukehren, sei es zufolge von schriftlichen Anweisungen zu diesem Behuf, Seitens Sr. Majestät oder des Prinzen Regenten, sei es nach ihrem eigenen Wunsche."

Am 10. Juni hatte die Prinzeß diesen von den englischen und holländischen Bevollmächtigten formulirten Artikel anzunehmen schriftlich erklärt, alle Schwierigkeiten schienen also gehoben. Wenn gleichwohl der Abbruch des Verlöbnisses am 16. erfolgte, so liegt die Erklärung in Folgendem.

Am 7. Juni waren die verbündeten Souveräne mit ihren siegreichen Heerführern zum Besuch in London angelangt. Dieser Besuch brachte eine neue Krisis in dem Zwiste des Regenten mit

seiner Gemahlin hervor, indem dieser nicht gestattet wurde, bei den Hoffesten zu erscheinen, von denen dann auch Prinzeß Charlotte ausgeschlossen wurde. Beleidigt in ihrer Mutter und um ihrer Mutter willen, nahm die Prinzeß um so entschiedener deren Partei. Zugleich lernte sie den im Gefolge des Kaisers von Rußland befindlichen Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg kennen, der ihr Wohlgefallen erregte. Alles dies zusammengenommen führte zum Bruch mit dem Prinzen von Oranien. Er hatte immer gegen die Prinzeß von Wales Partei genommen, er war bei den Hoffesten erschienen, von denen seine Braut verbannt war, und hatte sie dadurch tief verletzt. Sie erklärte ihm nun in einer persönlichen Unterredung vom 16. Juni, es werde ihr unmöglich sein England in der nächsten Zeit nach der Heirath zu verlassen (was der Prinz doch natürlich gewünscht und gehofft, die Prinzeß auch neuerdings in Aussicht gestellt hatte), sie schulde es ihrer Mutter, deren einziger Schutz sie sei, jetzt im Lande zu bleiben. Zugleich müsse sie verlangen, daß nach der Vermählung ihr gemeinsames Haus stets der Prinzeß von Wales offen stehe. Da der Erbprinz dies nicht bewilligen wollte, so erklärte sie ihm sofort, die Heirath werde unmöglich sein, und wiederholte ihm dies schriftlich in einem Briefe von demselben Tage, worin sie ihm überließ, dem Regenten die nöthigen Aufklärungen zu geben. Da der Prinz natürlich sich dessen weigerte*), so war sie genöthigt am 18. Juni selbst an ihren Vater

*) Der Brief des Prinzen lautete:

Uebersetzung. 8 Clifford Str. 18. Juni 1814.

Liebe Charlotte!

Ich fand Ihren Brief vorgestern Abend und habe nicht gesäumt meine Familie von dessen Inhalt zu benachrichtigen, aber ich kann Ihren Wunsch, daß ich dasselbe in Bezug auf den Regenten thun solle, nicht erfüllen, da ich es viel natürlicher finde, daß Sie dies selbst thun; es ist überdies für mich eine zu delicate Sache mit ihm davon zu sprechen. In der Hoffnung, daß Sie niemals Ursache haben mögen den Schritt, den Sie gethan, zu bereuen, verbleibe ich

aufrichtig der Ihrige
Wilhelm.

zu ſchreiben, wobei ſie die Schuld des Vorgegangenen auf den Erbprinzen zu ſchieben ſuchte. Der Regent antwortete am 19. Juni in einem kurzen Briefe, ſeine „tiefe Betrübniß“ über das Geſchehene ausdrückend. Es folgte dann ein Zeitraum von einigen Wochen, während deſſen man ſich noch einiger Hoffnung hingab, die Prinzeß werde ſich eines anderen beſinnen. Da ſie aber dazu keine Ausſicht eröffnete, ſo vollführte am 12. Juli der Regent einen großen Staatsſtreich und feierlichen Strafact. Er erſchien plötzlich bei der Prinzeß in Warwick Houſe, entließ die ſämmtlichen Umgebungen ſeiner Tochter als vorausſichtlich an deren Unbotmäßigkeit mitbetheiligt und kündigte ihr eine Art von Verbannung nach Cranbourne Lodge bei Windſor an. Die Prinzeſſin bittet um Erlaubniß ſich einen Augenblick zurückzuziehen, um ſich von ihrer Gemüthsbewegung zu erholen, wirft ſich in einen Miethswagen und entflieht zu ihrer Mutter nach Connaught Place, von wo ſie erſt in der Nacht durch ihren Onkel den Herzog von York zurückgeholt wird. Sie bleibt einige Tage in dem Palaſt des Vaters, Carlton Houſe, und wird dann nach Cranbourne Lodge gebracht, wo ſie unter der Fürſorge neuer Umgebungen längere Zeit lebt. Von der Oraniſchen Heirath war aber nicht mehr die Rede.

Wir könnten dieſen Abſchnitt hiermit ſchließen, wenn es nicht erforderlich wäre, auf ein Moment Bezug zu nehmen, das, nach der Anſicht verſchiedener Memoirenſchreiber, z. B. des Herzogs von Buckingham in ſeinen Memoirs of the Court of the Regency und des Grafen Van der Duyn in ſeinen Aufzeichnungen, von entſcheidendem Gewicht für den Abbruch des Verlöbniſſes mit dem Oranier geweſen iſt, das wir aber im Vorhergehenden, um den Zuſammenhang nicht zu unterbrechen, mit Stillſchweigen übergangen haben. Zu Ende März nämlich langte die Großfürſtin Catharina von Rußland, verwittwete Großherzogin von Oldenburg, in England an, eine kluge und, wie man ſagt, intrigante Dame, die raſch mit der Prinzeſſin Charlotte in einen vertrauteren Verkehr trat. Man

spricht nun von einer fein angelegten russischen Intrigue, welche dahin gegangen sei, den Prinzen von Oranien von seiner Braut zu lösen, um ihn für eine russische Großfürstin zu gewinnen; und in der That vermählte er sich zwei Jahre nach dem im Jahre 1814 erfolgten Bruch des Verlöbnisses mit der Schwester der Großfürstin Catharina, Anna Paulowna. Die Annahme einer solchen russischen Intrigue scheint uns indessen ein Product der Sucht, an welcher die Menschen überhaupt und die Diplomaten insbesondere kranken, Ereignisse durch absichtliche Veranstaltungen und künstliche Machinationen zu erklären, die auf viel einfacherem, natürlichem Wege entstanden sind. Das Wahre scheint uns dieses. Wie Miß Knight berichtet, machten sich die beiden hohen Damen, Großfürstin Catharina und Prinzessin Charlotte, schon früh vertraute Mittheilungen über ihre beiderseitigen Herzensangelegenheiten, und es liegt nahe zu vermuthen, daß die englische Prinzeß bei dieser Gelegenheit mehr oder weniger bestimmt werde angedeutet haben, der Bräutigam behage ihr nicht besonders. Nicht minder wahrscheinlich ist es, daß die Großfürstin auf solches Bekenntniß hin ihr werde den Rath gegeben haben, ihrer Neigung keinen Zwang anzuthun. — So wird sich denn die russische Einwirkung darauf reduciren, daß die Großfürstin der Prinzessin Braut noch mehr Muth machte, ihrem eignen Kopf in den Verhandlungen über eine Verbindung zu folgen, bei der ihr Herz unbetheiligt war, die an sich erhebliche Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten darbot und gegen die sie, wie wir sahen, von anderen Seiten energisch und beharrlich bearbeitet wurde. Die russische Einwirkung mag also ein Gewicht mehr gegen das Gelingen des Heirathsplans in die Wagschale geworfen haben. Dies ist aber doch etwas anderes als ein vorbedachtes, von der russischen Fürstin eingeleitetes und gewonnenes Spiel, um der englischen den Erbprinzen für sich oder für ihre Schwester wegzuschnappen.

Anhang zum erſten Capitel.

Der Bericht des Grafen Van der Duyn über den Abbruch des Verlöbniſſes.

Der Graf Van der Duyn war, wie wir oben ſahen, einer der holländiſchen Abgeſandten, die über die Oraniſche Heirath zu unterhandeln hatten. Ein beſonderer Abſchnitt ſeiner Erinnerungen (Fragment Nr. 4) betrifft dieſe Angelegenheit. Er ſagt darin, über die Schlußſcenen des ganzen Dramas folgendes:

„Ce fut à l'occasion de la rédaction des Articles, et lorsqu'on était tombé d'accord sur un séjour des futurs époux mi partie en Angleterre et en Hollande, que la Princesse Charlotte s'échappa furtivement du palais de son père, et qu'elle alla se réfugier chez sa mère, sur quoi elle déclara elle-même au prince d'Orange qu'il ne fallait pas songer à cette union.“

In dieſem ganzen Bericht iſt faſt kein einziges wahres Wort. Ein bemerkenswerthes Beiſpiel, wie ein verſtändiger Mann, der nach ſeiner ganzen Stellung wohl unterrichtet ſein mußte, das, was faſt unter ſeinen Augen vorging und was er ſelbſt mit verhandelt, im Lauf der Jahre gänzlich vergeſſen kann.

Es genügt, an die Reihenfolge der Ereigniſſe zu erinnern, wie wir ſie oben erzählt haben.

1. Ueber die Redaction der Artikel war die Einigung ſchon am 10. Juni erreicht.
2. In dieſen ſtand nichts von einem Aufenthalt halb in England, halb in Holland, ſie ſicherten vielmehr die Prinzeß gegen jede Nöthigung in Holland zu reſidiren.

3. Der Bruch zwischen den beiden Verlobten war bereits am 16. Juni erfolgt und erklärt.
4. Die Flucht der Prinzessin zu ihrer Mutter begab sich erst lange nachher, am 12. Juli

und 5. Die Prinzessin floh nicht aus dem Palast ihres Vaters, Carlton House, sondern aus Warwick House, das sie selbst bewohnte.

Wie schwer ist die Aufgabe des Geschichtsschreibers! Er kann sich nicht einmal auf das Zeugniß derer verlassen, die nach Stellung und Charakter besonders glaubwürdig erscheinen!

Zweites Capitel.

Am Hofe Leopold's von Coburg 1816 bis 1817.

In der biographiſchen Skizze iſt erzählt, wie Stockmar dem Prinzen Leopold von Coburg bekannt geworden, wie er von dieſem, nach ſeiner Verlobung mit derſelben Prinzeß Charlotte, von deren früherem Leben unſer erſtes Capitel handelte, zum Leibarzt gewonnen wurde.

Am 29. März 1816 traf er, um ſeinen Poſten anzutreten, in England ein. Prinz Leopold war zu Brighton und Stockmar bekam die Aufforderung, ſobald als möglich dorthin zu reiſen, der Herr ſei ungeduldig ihn zu ſehen. Dieſer empfing den neuen Leibarzt freundlich genug, indeß konnte bei der Kürze und Oberflächlichkeit der bisherigen Bekanntſchaft Stockmar ihm natürlich nur allmählig näher rücken. Während des dreiwöchentlichen Aufenthalts in Brighton hatte er jedoch mit dem Prinzen außer dem ärztlichen Verkehr bereits einige längere Geſpräche, worin Leopold ſich über ſeine Privatangelegenheiten, ſowie über politiſche Dinge mit vieler Offenheit ausließ. Auch wurde Stockmar ſchon zur deutſchen Correſpondenz und ſonſtigen ſchriftlichen Arbeiten benutzt.

Am 2. Mai fand die Vermählung des Prinzen mit Prinzeß Charlotte ſtatt. Die Herrſchaften brachten dann etwas über acht Tage

in Oatlands beim Herzog von York zu, worauf sie ihren Aufenthalt während der „Saison" bis zum August in London, Camelford House nahmen. Von da an wohnten sie auf ihrem schönen Landsitz, Claremont bei Esher, sechszehn englische Meilen von London.

Es ist nun an der Zeit, den Kreis, dem Stockmar jetzt angehörte, etwas näher zu betrachten.

Prinz Leopold, geb. 16. December 1790, war der jüngste Sohn des Herzogs Franz von Coburg und seiner Gemahlin der Herzogin Auguste, geb. Prinzessin von Reuß-Ebersdorf, einer weltklugen, heiteren und geistreichen Dame, von der launige Briefe in der von Königin Victoria veranstalteten Biographie ihres Gemahls zu lesen sind.

Der Sohn selbst in seinen ebenda mitgetheilten Erinnerungen sagt von ihr: „meine geliebte Mutter war in jeder Beziehung ausgezeichnet, von warmem Herzen, von starkem Verstand". Der Prinz hatte viel von ihr geerbt. Er war einer der schönsten Männer seiner Zeit, von der größten Anmuth des Benehmens, die doch nie den Fürsten vergessen ließ. Seine ausgezeichneten Regenteneigenschaften bezeugt seine bereits der Geschichte angehörende spätere Laufbahn. Der Näherstehende war von dem Zauber der durchaus originellen Persönlichkeit gefesselt.

Der Verein von großem Weltverstand, Sicherheit und feinstem Tact in der Handhabung von Menschen und Dingen, Geist, Kenntniß, Phantasie, Wohlwollen, Humor und caressanter Ironie, dazu die Grazie und Urbanität der Form machte den Prinzen unendlich anziehend. Seine Erscheinung berührte den Anderen von so vielen Seiten angenehm. Von seiner unnachahmlichen Rede- und Schreibweise im vertrauteren Verkehr vermögen die schon erwähnten Erinnerungen im Anhang zur Biographie des Prinzen Albert, sowie die im Anhang zu Juste's Leopold I. abgedruckten Briefe einigen Begriff zu geben. Wie er seinen nächsten Umgebungen damals erschien, davon mag eine kurze Stelle aus einem Briefe seines Adjutanten und Cavaliers, des holländischen Baron Hardenbroek

(23. März 1816), Zeugniß geben, die wir in ihrem mangelhaften Deutsch lassen. „Je mehr man ihm kennt, je mehr muß man ihm schätzen, er beträgt sich ausnehmend. Immer ruhig, immer besonnen, wird er im Glück nimmer übermüthig und im Unglück niemals muthlos sein. Er betrachtet alle Sachen in ihren wahren Lichte. Dieses schützt ihm für Fehlgriffe und Kränkung. In ein Wort er ist vernünftig, gescheut und durchaus gut."

Nicht minder bewundernd sprechen sich Stockmar's Briefe über den Prinzen aus, den er seinen „herrlichen Herrn, einen menschlichen Fürsten und fürstlichen Menschen" nennt (Brief vom 17. Oct. 1816).

Am Geburtstag des Prinzen, 16. December 1816, schreibt er an dessen früheren Erzieher, Geheimen Conferenzrath Hohnbaum in Coburg: „Es drängt mich Ihnen die Dankbarkeit auszudrücken, von der ich heute gegen Sie durchdrungen bin. Denn daß alle gute Menschen, die den Prinzen näher kennen, ihn auch lieben und verehren, das verdanken sie ihm selbst, daß sie ihn aber mit der Ueberzeugung lieben können, welche das Gefühl zur Pflicht und die Pflicht zum freudigsten und schönsten Beruf erhebt, dies, dünkt mich, verdanken sie Ihnen. Und so bitte ich denn den Himmel, daß er Ihnen zu Ihrem beneidenswerthen Bewußtsein noch einen Theil des allgemeinen Segens legen möge, den Sie durch die Erziehung eines so edlen Fürsten für die Menschen errungen haben." Weiter heißt es in demselben Briefe: „Des Prinzen Ruhe, Consequenz und rechtlicher Sinn setzt selbst die Engländer, die in Anerkennung und Bewunderung des Ausländers sonst eben nicht vorschnell sind, in Erstaunen, und die Ausrufungen „he is the most amiable man I ever saw! What a complete english gentleman! He will be our hope in these dangerous times!" sind bei jeder geeigneten Veranlassung zu hören."

Der Prinz hatte für sein Alter schon viel gesehen und erlebt. Die Heirath seiner Schwester Julie mit dem Großfürsten Constantin von Rußland bildete für ihn die Brücke auf die große Weltbühne.

Obwohl nun dieſe Heirath unglücklich ausfiel und die Großfürſtin ſich ſchon 1802 von ihrem Gemahl trennte, ſo blieb doch Leopold in gutem Verhältniß zum ruſſiſchen Hof, ja zu Conſtantin ſelbſt — ein Beweis ſeines geſchickten Benehmens. Kurz vor Auſterlitz, erſt funfzehnjährig, trat er in die ruſſiſche Armee. Nach der damaligen Wendung der Dinge hatte er dann 1807 Napoleon in Paris einen Beſuch abgeſtattet und 1808 dem Erfurter Congreß beigewohnt. Im Jahre 1813 war er wieder der erſte deutſche Prinz, der ſich dem ruſſiſchen Heere — er war dem Stabe Conſtantin's beigegeben — zur Befreiung Deutſchlands anſchloß. Er nahm den rühmlichſten Antheil an der Schlacht von Culm und unterhandelte auf dem Wiener Congreß ſowie 1815 in Paris mit Glück, um für ſeinen Bruder, den regierenden Herzog von Coburg, einigen Territorialzuwachs zu erlangen. Wir ſahen bereits, wie er Juni 1814, im Gefolge Alexander's von Rußland, nach London kam und Prinzeß Charlotte kennen lernte. Die ſonſt ſo zuverläſſige Miß Knight giebt (I. 300) an, Leopold habe verſchiedentlich verſucht, die Aufmerkſamkeit der Prinzeß zu erregen, ohne aber anfangs bei dieſer einen günſtigen Eindruck zu machen. Sie muß hierin irren. Beſaß doch auch, wie ſie einräumt (I. 226) nicht ſie, ſondern Miß Mercer das innerſte Vertrauen ihrer Herrin. Vielmehr hat dieſe ſelbſt Stockmar erzählt, daß ſie nach ihrem erſten Begegnen mit Leopold gewünſcht, ihn näher kennen zu lernen, und dies gegen ihre Tante York (die preußiſche Prinzeſſin, Tochter Friedrich Wilhelm's II.) mit dem Bedauern geäußert, wie ſchwierig dies wegen ihrer Ausſchließung von den Hoffeſten ſei. Die Tante habe darauf verſprochen, ihr einen Ball zu geben, auf dem ſie den Prinzen finden werde. Sie ſcheint ſich mit dieſem ziemlich raſch verſtändigt zu haben. Leopold hatte kein leichtes Spiel zu ſpielen. Der Regent war natürlich, ſo bald nach dem Abbruch des oraniſchen Verlöbniſſes, anfänglich ſeinen Bewerbungen nicht geneigt und der Prinz noch dazu bei ihm verläumdet worden, als habe er ſich unpaſſender Mittel und Wege

bedient. Es gelang ihm indeß, ſich nicht nur zu rechtfertigen, ſondern auch die beſonders gute Meinung des Vaters zu erwerben. Die Miniſter, ja ſelbſt mehrere Mitglieder der königlichen Familie, beſonders die Herzöge von York und Kent, waren ihm günſtig und nach Leopold's Abreiſe, Ende Juli 1814, machte Kent es ihm möglich, ab und zu eine Mittheilung an die Prinzeß zu bringen, die ihn ihrerſeits wiſſen ließ, daß ihre Geſinnung unverändert ſei. Sie und ihre politiſchen Freunde wünſchten im folgenden Jahre, daß der Prinz wieder nach England komme, um ſeine Bewerbung zu fördern. Er aber erkannte wohl die Gefahr, daß er dadurch den Regenten vor den Kopf ſtoßen und die Schwierigkeiten der Sache nur vermehren würde und hielt ſich zurück. Die Prinzeß in ihrer ungeſtümen Art ſah darin ein Uebermaaß von Discretion, das ſie ungeduldig machte, wie ſie ſich denn überhaupt von ihren politiſchen Freunden die Beſorgniß hatte einreden laſſen, der Prinz möge zu unterwürfig gegen ihren Vater ſein. Aber ſeine Rechnung, den Regenten nicht zu brüskiren, abzuwarten, daß die Zeit ihn gegen die Tochter beſänftige, erwies ſich richtig. Schon im Januar 1816 empfing er eine Einladung nach England zu kommen und nach mancherlei Schwierigkeiten wegen der Details kam die Vermählung zu Stande.

Prinzeß Charlotte haben wir ſchon im vorigen Abſchnitt einigermaßen kennen gelernt. Sie war von Natur geſcheut, lebhaft, heiter, im Grunde gutherzig aber etwas launiſch, moquant und ſchadenfroh, endlich was der Engländer impulſive nennt, d. h. geneigt dem Gefühlsimpuls ungeſtüm, ohne Zurückhaltung zu folgen. Ihr fehlte die Erziehung, die ein natürliches Familienleben giebt, die Selbſtbeherrſchung, zu der Fürſten zwar beſonders aufgefordert ſind, zu der ſie aber in vieler Beziehung weniger als andere Menſchen durch den Druck der Verhältniſſe geſchult werden *). An Kenntniſſen

*) Man vergleiche mit dem Geſagten eine Stelle in Bollmann's Briefen bei Varnhagen, Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 124:

mangelte es ihr nicht; sie war namentlich in der englischen Geschichte wohl unterrichtet. Im Uebrigen mögen einige Auszüge aus Stockmar's Tagebuch und aus seinen Briefen sie uns beschreiben.

Wir lesen im Tagebuch unter dem 5. Mai 1816: „In Oatlands sah ich die Sonne zum erstenmal. Baron Hardenbroek (Cavalier des Prinzen) ging nach dem Frühstückszimmer, ich hinterdrein, als er mir auf einmal mit der Hand winkte, daß ich zurückbleiben sollte; allein sie hatte mich gesehen und ich sie. „„Aha, docteur, entrez.““ Ich fand sie schöner als ich erwartet hatte; sonderbare Manieren*), die Hände beständig auf dem Rücken, Brust und Leib immer herausgedreht, nie ruhig auf den Beinen, von Zeit zu Zeit einmal gestampft, viel gelacht und noch mehr geschwatzt. Ich wurde vom Kopf bis zum Fuß gemessen, ohne jedoch dadurch decontenancirt zu werden. Mein erster Eindruck war nicht sehr vortheilhaft. Des Abends gefiel sie mir besser. Die Kleidung einfach, aber geschmackvoll.“

Bei näherer Bekanntschaft zeigte sich indeß die Prinzeß gegen Stockmar recht liebenswürdig. Sie unterhielt sich gern mit ihm, bewies ihm durch manche Aufmerksamkeit ihre Gnade, zog ihn in der Gesellschaft gegenüber vornehmen Gästen hervor; und unter dem 6. September heißt es: „Die Prinzeß in guter Laune, und dann gefällt sie auch leicht. Ihre Kleidung fiel mir als sehr schön auf: dunkelrothe Rosen im Haar, hellblaues kurzes Kleid ohne Aermel, mit einem kurzen runden Kragen, weiß vorgestoßen, russische

---

„Die unglückliche Lage, worin die Prinzessin aufgewachsen ist, hat sie glücklich erzogen — das heißt, hat die höfische Abnutzung und Verärmlichung verhindert, die im Hofleben so gemein ist. Sie fühlt stark und will stark. Im Trauerspiel weint sie Güsse, lacht im Lustspiel, daß der Busen schüttert. Sie nickt auch im Schauspiel ohne Umstände denen zu, welchen sie wohl will — eine sonderbare Prinzessin, aber ein interessantes Geschöpf.“

*) Die folgende Beschreibung macht es begreiflich, wie Van der Duyn in seinen Souvenirs p. 83 die Prinzeß bezeichnen kann als: „une jeune fille qui avait l'air d'un garçon mutin en cotillon.“

Chemise, die Aermel von Spitzen. Nie habe ich noch eine Kleidung an ihr gesehen, die nicht einfach und geschmackvoll zugleich wäre."

Die glückliche Ehe mit einem ausgezeichneten Manne konnte nicht anders als einen heilsam erziehenden Einfluß auf die Prinzeß üben. „Die Prinzessin," schreibt Stockmar am 25. October 1816, „ist äußerst beweglich und lebhaft, erstaunend empfänglich und nervös empfindlich, und das durch den momentanen Eindruck erregte Gefühl bestimmt nicht selten sogleich Urtheil und Handlung. Der Umgang mit ihrem Gemahl hat indeß auffallend günstig auf sie gewirkt und zum Erstaunen hat sie an Ruhe und Selbstbeherrschung gewonnen, so daß es sich immer mehr heraushebt, wie gut und brav sie von Grund aus ist. Wenn bei guter Laune, ist sie sehr zu Aufmerksamkeiten gegen alle ihre Umgebungen geneigt, aber sie legt darauf auch einen um so größeren Werth, je weniger sie dies zu thun den Anschein hat. Eine nicht gehörige Anerkennung ihrer Freundlichkeiten beleidigt sie höchlich und trübt auf lange hinaus die gute Meinung, die sie von den Menschen hatte. Die Königstochter vergißt sie nie." Trotz des bildenden Einflusses des Gemahls brach jedoch gelegentlich eine gewisse rücksichtslose und ungebundene Manier gegen Personen, die ihr nicht gefielen, hervor.

Eine Stelle des Tagebuchs vom 21. December schildert drastisch einen solchen Auftritt. Zu einem großen Diner war unter anderen der Herzog Prosper von Aremberg geladen. „Prosper ist ein kleines, garstiges Männchen, war schwarz über und über und hatte einen Stern an. Der Prinz präsentirte ihn an die Prinzeß, die gerade mit dem Minister Castlereagh sprach. Sie erwiderte seine zwei ungeheuren continentalen Verbeugungen, ohne ihn anzusehen oder ein Wort mit ihm zu sprechen, durch ein leichtes Kopfnicken. Bei Tisch wurde Prosper zwischen Lady Castlereagh und die Prinzeß gesetzt, welche kein einziges Wort mit ihm sprach und ihm den Ellenbogen so nahe brachte, daß er sich nicht regen konnte. Er sah immer gerade vor sich hin, mit einiger doch nicht auffallender Ver-

legenheit, und ſprach hier und da einige franzöſiſche Worte mit der großen, mächtigen Lady Caſtlereagh, neben welcher er ausſah wie ein Kind. Bei ſeinem Weggehen verabſchiedete ihn die Prinzeß auf die nämliche Manier wie ſie ihn bewillkommnete und brach in lautes Lachen aus, bevor er noch aus dem Zimmer war."

Das eheliche Verhältniß war das beſte. „In dieſem Hauſe," ſchreibt Stockmar am 17. October 1816, „herrſchen Eintracht, Ruhe, Liebe, kurz alle Erforderniſſe des häuslichen Glücks. Mein Herr iſt der beſte aller Ehemänner in allen fünf Welttheilen und ſeine Gemahlin hat für ihn eine Summe von Liebe, deren Größe nur mit der der engliſchen Staatsſchuld verglichen werden kann", und am 26. Auguſt 1817: „das eheliche Leben dieſes Paares iſt ein ſeltenes Bild der Liebe und Treue; es verfehlt auch dieſes Bild nie ſeine Wirkung auf alle die Zuſchauer, die ſich noch ein Stückchen Herz gerettet haben."

Die gewöhnliche Umgebung der Herrſchaften beſtand aus folgenden Perſonen: Mrs. Campbell, Hofdame und Schatullverwalterin der Prinzeſſin, und den Adjutanten und Cavalieren Baron Hardenbroek, Oberſtlieutenant Sir Robert Gardiner und Oberſt Addenbrooke. Da Stockmar mit dieſen Perſonen jahrelang täglich zu verkehren hatte, ſo ſei es geſtattet, ihre Schilderung einem Briefe deſſelben zu entnehmen.

„Mrs. Campbell, Hofdame der Prinzeß, eine kleine magere fünfundvierzigjährige Frau, Wittwe, ſcharf und ſpitz in allen Zügen und Bewegungen, pretentiös, weil ſie auch einmal jung und ſchön war und viel Verſtand hat, und doch nicht unerträglich pretentiös, eben weil ſie geſcheut iſt. Aeußerſt unterrichtet und rechtlich, führt ſie die Correſpondenz und das Rechnungsweſen der Prinzeß mit der größten Leichtigkeit und zu vollkommener Zufriedenheit. In unſerer Geſellſchaft macht ſie Oppoſition gegen alles was ſie ſieht und hört, und tritt allem, was Männer ſagen oder thun mögen, mit ſo conſequentem Widerſpruch entgegen, daß wir ihre Antworten auf unſere

Fragen mit Gewißheit vorher berechnen können. Dieſer Geiſt des Widerſpruchs beherrſcht ſie denn auch ſo gewaltig, daß es ihr unmöglich wird, einer Partei treu zu bleiben, und ſie iſt daher bald von der Hof-, bald von der miniſteriellen, bald von der Oppoſitions-, bald von der Volkspartei, je nachdem ſie einen Gegner vor ſich hat. In der Regel iſt ſie ohne alle Barmherzigkeit und ihre Rede iſt dann beißend ſcharf. Doch hat ſie bisweilen auch ihre menſchlichen Tage, an welchen ſie zufrieden, ja ſogar entwaffnet iſt, — wenn ihr Pfeil nur getroffen und verwundet hat. — Einigen Aufſchluß über einen ſo ſonderbaren Charakter erhält man, wenn man hört, ſie habe harte Erfahrungen mit den Männern gemacht und ſei bei einer Krankheit auf einer ſiebenmonatlichen Reiſe zur See durch nichts als Branntwein und Waſſer erhalten worden. Dieſe Dame iſt nun unſer einziger geſetzmäßiger weiblicher Umgang und wir widmen ihr denn auch als Repräſentantin eines ganzen Geſchlechts halb freiwillige, halb erzwungene Verehrung."

Von Baron Hardenbroek heißt es in demſelben Briefe: „je mehr ich ihn kennen lerne, deſto mehr werde ich überzeugt, daß ſeine Perſönlichkeit in ſeinen Verhältniſſen ſchwerlich ſobald wieder erſcheinen dürfte. Weil ich ihn ſo verehre, bin ich empfindlich gekränkt, wenn ich ſehe, daß ſein treuer redlicher Wille nicht immer vollſtändig anerkannt wird."

Oberſt Addenbrooke, Ehrenſtallmeiſter der Prinzeſſin, wird in demſelben Briefe ſo charakteriſirt: „Ein dreiundſechzigjähriger, großer, ſtarker und für einen Engländer und ſein Alter ſehr gewandter Hageſtolz, mit ſchneeweißem Haar und einer ungeheuren Naſe. Er iſt ein Ehrenmann, einfach und rechtlich, ein aufrichtiger Freund ſeiner Freunde, und Niemandes Feind, ein treuer Diener der Prinzeſſin. Eine ſeltene Gelehrſamkeit beſitzt er in Bezug auf alle Leckerbiſſen, die er überall an ihren Quellen ſelbſt hat kennen gelernt und mit Meiſterſchaft zu zerlegen und zu beurtheilen verſteht. Dies verhilft ihm denn zu der einzigen ſchwachen Seite, die ich an ihm kenne, nämlich

zu einem ſchwachen Magen, in welchen er mit Sorgfalt eine Menge der fremdartigſten Dinge ſtopft und dann den nächſten Tag über abſcheuliches Kopfweh klagt.“

Den Beſchluß macht Sir Robert Gardiner, der acht Jahre lang unter Wellington gedient hatte. Der Brief rühmt ſeine Treue und Redlichkeit. Er blieb ein langes Leben hindurch Stockmar's anhänglicher Freund.

Stockmar's Stellung an dieſem Hofe war begreiflicherweiſe zu Anfang eine ſehr beſcheidene. Ein unbedeutender deutſcher Arzt in England! Nicht einmal alle Hausgenoſſen betrachteten ihn als ihres Gleichen und auch mit den übrigen war der Umgang beſchränkt. „Umringt vom Tumult der vornehmen Welt,“ ſchreibt er (Br. vom 25. October und 16. December 1817), „bin ich einſam, oft Tage lang allein, meine Bücher ſind meine Geſellſchafter, meine Freunde, meine Geliebten.“ Der ärztliche Beruf füllte ſeine Zeit nicht aus. Blos wiſſenſchaftliche Beſchäftigung aber genügte ſeiner für das thätige Leben angelegten Natur durchaus nicht. Hierzu häufiges Augen- und Unterleibsleiden. Daher oft genug Langeweile und Hypochondrie. Andererſeits aber, bei beſſerer Geſundheit und Laune, erkannte er die Vortheile einer ſo gleichförmigen, einſamen, mäßigen Lebensart, wie er ſie namentlich in Claremont zu führen hatte, und ſie gab ihm dann Ruhe, Gleichmuth und das Gefühl der Zufriedenheit. „Dieſes wird ſich,“ meint er, „in dem Grade vermehren, in welchem ich anerkennen werde, daß das Leben ſeine ſchätzbarſten Seiten eigentlich nur in ſeinen negativen Bedingungen hat.“ Das heißt, um mit Schopenhauer zu reden, das einzige menſchliche Glück iſt das Freiſein von Schmerz und Leiden. Ein reſignirter Standpunkt, welchen conſequent feſtzuhalten Stockmar allerdings von Natur keineswegs angelegt war.

Die Hauptentſchädigung für alle dieſe Nachtheile ſeiner Stellung lag für ſein Gefühl in der Entwicklung des perſönlichen Verhältniſſes zu den Herrſchaften. Die ernſten, ſoliden Charakter- und Verſtandes-

eigenschaften Stockmar's erweckten deren Vertrauen, die heitere, humoristische Seite seines Wesens trug dazu bei, den Verkehr leicht, angenehm und bald vertraulich zu machen. Die Prinzeß blieb Stockmar bis an ihr Ende in wachsender Theilnahme gewogen. Der Prinz behandelte ihn mehr und mehr als Freund. Er übertrug ihm die Functionen eines Secretärs. Stockmar wurde ihm, wie er in einem Briefe aus dieser Zeit sagt, „seine theuerster Seelen- und Leibesarzt."

Nähere Bekanntschaften außer dem Hofkreise machte Stockmar nur wenige. Unter diesen rühmt er in seinem Tagebuch und den Briefen besonders den sächsischen Gesandten Baron Just. Von ihm heißt es, er sei ein „alter, vortrefflicher, verständiger, durchaus unterrichteter, genau beobachtender Mann, von solcher Anhänglichkeit an das sächsische Haus, daß ihm jedesmal die Thränen in die Augen treten, wenn er von jenem spricht, ja daß er eine, dem Grade nach allerdings geringere, Rührung verspürt, wenn er von einem Mitgliede der Herzoglichen Häuser redet." Stockmar gedachte in späterer Zeit oft dankbar, wie freundlich ihn Just in die Kenntniß der englischen politischen Verhältnisse eingeweiht habe.

Obschon es Stockmar's Stellung und Verhältnisse mit sich brachten, daß er in England in den ersten Jahren unter den Engländern selbst wenig genauere Bekanntschaften machte, so zogen doch vor seinem Blick am Hof seines Herrn viele vornehme und merkwürdige Persönlichkeiten vorüber. Das Tagebuch enthält manche, mit wenigen Strichen kräftig gezeichnete Bilder solcher Erscheinungen, von denen der Leser gewiß gern einige sich vorführen läßt.

Die Königin Mutter (Charlotte, Gemahlin Georg's III.), „klein, verwachsen, ein wahres Mulattengesicht."

Der Regent. „Sehr dick, doch hübsch gewachsen, schöner Anstand, spricht bei weitem nicht so viel als seine Brüder, ziemlich gut

französisch. Er aß und trank bei Tisch ein gut Theil. Seine braune Perrücke à la Cacadou steht ihm nicht besonders."

Herzog von York, ältester Bruder des Regenten. „Groß, dicker Leib, nicht verhältnißmäßig starke Beine; die Haltung so, daß man besorgt, er möge hinten überfallen, große Glatze, nicht sehr gescheutes Gesicht; man sieht ihm an, daß Essen, Trinken und sinnliches Vergnügen seine Hauptsache ist. Sprach viel französisch mit schlechtem Accent."

Herzogin von York, Tochter Friedrich Wilhelms II. von Preußen, „kleine lebhafte Frau, spricht ungeheuer viel, und lacht noch mehr. Keine Schönheit, Mund und Zähne unschön, wird noch durch Verziehen des Mundes und Blinzeln mit den Augen entstellt. Trotz der vielfachen Untreue ihres Gemahls ist das eheliche Verhältniß doch ein gutes. Sie ist von den derangirten Verhältnissen des Herzogs vollkommen unterrichtet und sein erster Minister und treuester Freund, so daß kein Schritt ohne sie unternommen wird. Als sie ins Zimmer gekommen war, sah sie sich auch sogleich nach dem Banquier Greenwood um, der ihr dann mit der Vertraulichkeit entgegen kam, die der reiche Unterhändler gegen den derangirten Großen annimmt. Beim Diner erzählte die Herzogin, ihr Königlicher Herr Papa habe sie als Mädchen gezwungen, schießen zu lernen, weil er bemerkt hatte, daß sie eine große Abneigung dagegen habe. Bei einem großen eingestellten Jagen habe sie nun immer mit geschlossenen Augen geschossen, weil sie das Leiden der angeschossenen Thiere nicht habe sehen wollen. Als ihr dann die Jäger bemerkten, daß sie auf diese Weise durch unsicheres Schießen nur noch mehr Gefahr laufe, den Thieren Schmerz zu bereiten, so sei sie zum König gegangen und habe gefragt, ob er sie für immer vom Schießen befreien wolle, wenn sie einen Hirsch Knall und Fall schösse. Der König versprach ihren Wunsch zu gewähren, wenn sie zwei Hirsche nach einander ohne zu fehlen erlegen würde, — was denn auch gelang."

Herzog von Clarence (nachmals Wilhelm IV.). „Der kleinſte, unſchönſte ſeiner Brüder, offenbar der Mutter ähnlich ſehend, geſprächig wie alle."

Herzog von Kent (Vater der Königin Victoria). „Ein großer, ſtarker Mann, ſieht dem König ähnlich, hat eine Glatze wie man ſie nur haben kann. Iſt unter den Herzogen, die ich geſehen habe, der ruhigſte, ſpricht gelaſſen und langſam, iſt freundlich und höflich."

Herzog von Cumberland (nachmals König Ernſt Auguſt von Hannover) „großer, ſtarker Mann, häßliches Geſicht, ſieht nicht zwei Zoll weit, das eine Auge ganz dislocirt."

Herzog von Cambridge (der jüngſte der Söhne Georg's III.) „ein hübſcher Mann mit einer blonden Perrücke, halb ſeiner Mutter, halb ſeinem Vater ähnlich ſehend. Spricht ſehr gut deutſch und franzöſiſch, aber, ebenſo wie das Engliſche, mit einer ſolchen Haſtigkeit, daß er in dieſer Familiengewohnheit der Meiſter zu ſein ſcheint."

Herzog von Gloucester. „Vorliegende, nichtsſagende Augen, überhaupt, ohne häßlich zu ſein, ein ſehr unangenehmes Geſicht mit thieriſchem Ausdruck; groß und ſtark, aber mit ſchwachem unbehalfenem Untergeſtell. Er bindet ein Halstuch um, dicker als ſein Kopf."

Wellington. „Mittlerer Statur, weder ſtark noch mager, gerade Haltung, nicht ſteif, nicht zu beweglich, obſchon beweglicher als ich geglaubt, und doch in jeder Bewegung Ruhe. Schwarze Haare, einfach geſchnitten, ſtark mit grau untermiſcht, nicht ſehr hohe Stirn, große Habichtsnaſe, feſtgeſchloſſene Lippen, ſtarker breiter Unterkiefer. Nachdem er einige Zeit im Vorzimmer mit den Herrſchaften geſprochen, kam er gleich auf die beiden anweſenden franzöſiſchen Sängerinnen zu, mit welchen er ſich freundlich unterhielt, worauf er in der Reihe herumgehend allen Bekannten die Hand gab. Er war ganz ſchwarz gekleidet, Hoſenbandordensſtern und Maria Thereſiakreuz. Er ſprach mit allen gegenwärtigen Offizieren zutraulich, freundlich, doch immer kurz. Bei Tiſch ſaß er neben der

Prinzeß. Er aß und trank ziemlich, lachte mitunter recht herzlich, raunte auch der Prinzeß manches ins Ohr, was dieſe erröthend belachte."

Lord Angleſea (der General), „der bei Waterloo das eine Bein verlor, ein großer, ſchön gewachſener Mann, wildes kriegeriſches Geſicht, hohe Stirn mit großer Habichtsnaſe, die an ihrem Anfang mit der Stirn einen kleinen tiefen Bogen macht. Viel Ungenirtes in ſeinen Manieren. Lauderdale*) erzählte uns ſpäter, daß er es geweſen ſei, der der Lady Angleſea angekündigt, daß ihr Mann bei Waterloo das Bein verloren habe. Seine Ankunft ſei der Lady wider ſeinen Willen hinterbracht worden: ehe er noch zu Wort gekommen, ſei die Lady, welche vorausſetzte, daß er ihr Nachricht vom Gemahl brachte, mit dem Ausruf: „er iſt todt!" in Krämpfe gefallen. Als er ihr darauf geſagt: „nichts weniger als das, hier iſt ein Brief von ihm", ſo habe ſie dies ſo wunderbar getröſtet, daß ſie die Wahrheit mit vieler Faſſung ertragen. Weiter erzählte er, daß Angleſea nicht lange vor dem Feldzug ſich habe malen laſſen, und dies Gemälde bis auf ein Bein fertig geweſen ſei. Angleſea habe darauf den Maler kommen laſſen und ihm geſagt, „es iſt beſſer, Sie vollenden das Bein jetzt, vielleicht möchte ich es nicht wieder mitbringen." Er verlor daſſelbe Bein."

Der Miniſter Lord Caſtlereagh. „Mittlerer Größe, höchſt bedeutendes und zugleich ſchönes Geſicht, ſein Benehmen hat etwas Angenehmes, Geſchmeidiges, dabei ſehr Natürliches. Es fehlt ihm an einer gewiſſen Bildung, die von einem Staatsmann ſeines Ranges zu erwarten wäre, er ſpricht ſchlecht, ja erbärmlich franzöſiſch**)

*) Lord Lauderdale † 1839, der Freund von Fox, unter den Torymiſterien ſeit 1807 eifriger Oppoſitionsmann.

**) Ein Freund theilt uns nach dem Bericht eines Augen- und Ohrenzeugen folgende Anecdote als Belag mit. Das diplomatiſche Hauptquartier der Verbündeten befand ſich Anfangs April 1814 in Dijon, als die Nachricht von dem Sturz Napoleon's eintraf. Zu Ehren des Ereigniſſes wurde ein großes Feſtmahl veranſtaltet. Lord Caſtlereagh, der die Geſundheit der Damen

und ein wenig gewähltes Engliſch *). Die Prinzeſſin zog ihn ſehr mit der Rolle auf, die er als ſchlechter Redner im Unterhaus gegenüber den glänzenden Oppoſitionsrednern ſpiele, worauf er denn recht ſpaßhaft und mit herzlichem Lachen einging. Ich bin überzeugt, daß in ihm ein gut Theil leichtſinniger Gleichgültigkeit **) iſt, die ihm ſchon zuweilen für die größte Staatsklugheit angerechnet worden."

Gräfin Lieven (nachherige Fürſtin, Gemahlin des ruſſiſchen Geſandten). „Unangenehm ſteife, ſtolze, vornehme Haltung. Es iſt wahr, ſie iſt voll Talent, ſpielt vortrefflich Klavier, ſpricht engliſch, franzöſiſch und deutſch perfect, allein ſie weiß das auch. Ihr Geſicht iſt eigentlich ſchön, doch zu mager, und die ſpitzige Naſe ſo wie der Mund, der faltenreich verzogen werden kann, zeigen ſchon von außen ihre geringe Neigung, Andere für ihres Gleichen zu halten. Der Oberkörper iſt ſkelettartig."

Die Gräfin Lieven mag die Ueberleitung zu dem Bilde des Großfürſten Nicolaus (nachmaligen Kaiſers) von Rußland bilden, der im November 1816, damals erſt zwanzigjährig, den Prinzen und die Prinzeſſin in Claremont beſuchte.

„Er war begleitet," ſagt das Tagebuch, „von General Kutuſoff

---

auszubringen hatte, that dies mit den Worten: „Le bel sexe partoutte dans le monde."

*) Lord Byron in ſeiner Vorrede zu dem ſechsten bis achten Geſang des Don Juan ſagt: „It is the first time since the Normans that England has been insulted by a Minister (at least) who could not speak English and that Parliament permitted itself to be dictated to in the language of Mrs. Malaprop." (Es iſt das erſte Mal ſeit den Normannen, daß England von einem Miniſter [wenigſtens] beſchimpft worden, der nicht Engliſch ſprechen kann, und daß das Parlament ſich dictatoriſche Reden in der Sprache der Mrs. Malaprop [in Sheridan's Comödie the Rivals] hat gefallen laſſen.)

**) Für den leichtſinnigen Scepticismus oder ſceptiſchen Leichtſinn Caſtlereagh's iſt ein claſſiſcher Beleg in ſeinem Memoire über den zweiten Pariſer Frieden gegeben, worin er ſagt: in Politics and in war security for seven or ten years is as much as human foresight can provide for.

und einem Staatsrath N. N. Nachdem er sich mit der Herzogin von York und der Prinzessin becomplimentirt hatte, stellte ihm der Prinz Gardiner als russischen Ordensritter vor, den er fragte, wo er das Kreuz bekommen, dann Addenbrooke und zuletzt mich. Nun ging's zu Tisch und der Großfürst saß zwischen der Prinzessin und der Herzogin von York, mir gerade gegenüber, so daß ich ihn recht beobachten konnte. Er ist ein außerordentlich schöner verführerischer Junge; größer als Leopold, ohne mager zu sein, gewachsen wie eine Tanne. Das Gesicht jugendlich wie er, äußerst regelmäßig, eine schöne freie Stirn, schön gebogene Augenbrauen, eine äußerst schöne Nase, schöner kleiner Mund und fein gezeichnetes Kinn. Er trägt einen jungen Schnurr- und Knebelbart, die Uniform der Jäger zu Pferde, ganz einfacher grüner Rock mit Roth, silberne Oberstenepaulettes, einen kleinen verblichenen Stern, eine weiße Kuppel und einen stählernen Säbel mit ledernem Portepee. Sein Betragen ist lebhaft, ohne alle Verlegenheit und Steifheit und doch sehr anständig. Er spricht sehr viel und vortrefflich französisch, dabei begleitet er seine Worte mit nicht üblen Gesten. Wenn auch nicht alles, was er sagte, durchaus gescheidt war, so war doch wenigstens alles höchst angenehm, und er scheint entschiedenes Talent für das Courmachen zu haben. Wenn er im Gespräch etwas besonders herausheben will, so zieht er die Achseln in die Höhe und wirft die Augen etwas affectirt gen Himmel. In allem zeigt er viel Zutrauen zu sich selbst, doch scheinbar ohne Prätension."

„Er machte nicht viel Wesens mit der Prinzeß, die sich mehr an ihn wendete, als er an sie. Er aß für sein Alter höchst mäßig, und trank dabei nichts als Wasser. Als nach Tisch Gräfin Lieven Klavier spielte, küßte er ihr die Hand, was den englischen Damen höchst sonderbar, aber entschieden wünschenswerth vorkam. Mrs. Campbell konnte seines Lobes nicht enden. „What an amiable creature! he is devilish handsome; he will be the handsomest man in Europe." Am folgenden Morgen verließen die Russen das

Haus. Es wurde mir erzählt, daß, als es ans Niederlegen gegangen, für den Großfürsten von seinen Leuten im Stall ein lederner Sack mit Heu gefüllt worden sei, worauf er immer schlafe. Unsere Engländer erklärten dies für affectirt."

Dieser lebhaften Schilderung fügen wir nur die Bemerkung hinzu, daß sich darin bereits eine Hindeutung auf das schauspielernde Talent des nachherigen Kaisers Nicolaus findet, das sich bei diesem später immer mehr entwickelte.

Drittes Capitel.

Prinzeß Charlotten's Tod. November 1817.

Das Jahr 1817 brachte dem prinzlichen Paar die erwünschte Aussicht auf einen Erben und erhöhte dadurch dessen Glück. Die ganze Nation nahm an diesen Hoffnungen freudigen Antheil. Der Zustand Englands war ein sehr unbehaglicher. Mißwachs und Stockung des Handels hatten nach dem Frieden große Noth in den unteren Classen hervorgebracht, deren Unzufriedenheit von radicalen Agitatoren geschürt wurde. Vielfache Zusammenrottungen, Excesse und aufrührerische Bewegungen schienen den Staat mit einer Umwälzung zu bedrohen. Der Blick auf den blinden und irrsinnigen König, auf den charakterlosen, in Trägheit und Nichtigkeit versunkenen Regenten, hatte wenig Tröstliches. Das hoffnungsbedürftige Volk setzte also seine Hoffnung auf die bessere Zeit, die mit Prinzeß Charlotte anbrechen würde, und der Gedanke, daß sie vielleicht dem Lande einen Thronfolger geben werde, trug zur Beruhigung aller Parteien bei. Am 26. August schreibt Stockmar: „Wetten werden schon seit längerer Zeit zu ungeheuren Summen auf das Geschlecht des zu erwartenden Kindes gemacht, und auf der Börse hat man bereits berechnet, daß eine Prinzessin die Fonds nur um $2^1/_2$ Proc.,

ein Prinz aber um 6 Proc. steigern wird. Um die sichere Nachricht von den Hoffnungen der Prinzeß möglichst früh zu erlangen, machten mir, einem armen Doctor, die Gesandten der größten Höfe die freundlichsten und verbindlichsten Besuche."

Die Schwangerschaft der Prinzessin verlief sehr glücklich und doch war der Ausgang, wie bekannt, der Tod.

Stockmar war nicht ihr Arzt und wollte nicht ihr Arzt sein, obschon es ihm nur ein einziges Wort gekostet haben würde, um zu einem ihrer Leibärzte ernannt zu werden. Ja er sträubte sich sogar beharrlich und consequent während der Schwangerschaft auch nur vorübergehend eine der Beihülfen, wie z. B. Aderlaß, zu geben, zu denen man ihn, als im Hause wohnenden Sachverständigen, zunächst aufzufordern geneigt war. Der Instinct und Scharfblick, mit dem er diesen Standpunkt der Zurückhaltung als den für ihn gebotenen erkannte, die Klarheit, mit der er sich davon Rechenschaft gab, die Festigkeit, mit der er allen Verführungen der Gelegenheit, der Gutmüthigkeit und der Eitelkeit davon abzuweichen widerstand, sind so charakteristisch für den Mann, daß wir nicht umhin können, etwas dabei zu verweilen.

„Ich kann nur Gott danken," schreibt er am 10. Februar 1818, „daß mich die Eitelkeit nie verblendete, sondern daß ich stets die Gefahr vor Augen hatte, die es nothwendig haben mußte, hätte ich mich, aufgeblasen und unvorsichtig, an einen Platz gedrängt, auf welchem ein Ausländer nie Ehre, wohl aber Schande genug ernten konnte. Ich kannte die Klippen zu genau und wußte zu wohl, daß der Stolz der Nation und ihre Verachtung des Auslandes mir im glücklichen Falle keinen Antheil und im unglücklichen alle Schuld geben würde. Diese Ansichten vermochten mich, weil ich wohl früher in Fällen, wo der Leibarzt nicht sogleich gerufen werden konnte, der Prinzessin hier und da verschrieben hatte, dem Prinzen zu erklären, daß ich von dem Augenblick der Schwangerschaft an allen und jeden Antheil an der Behandlung vermeiden müsse."

„Als ich aber nach Verlauf des ersten Drittels jener Periode als täglicher Beobachter Fehler in der Behandlung zu bemerken glaubte, hielt ich dem Prinzen eine lange Vorlesung und ersuchte ihn, diese meine Bemerkungen den Leibärzten der Prinzessin bekannt zu machen. Das Resultat gehört nicht hierher. Sie sehen aber, wie ruhig ich über den Ausgang sein kann. Ich konnte und wollte keinen Antheil an der Ehre haben, Arzt der Prinzessin zu sein, und ob ich gleich nie im Geringsten eine so schreckliche Wendung vorausgesehen, so war meine Ueberzeugung in jenem Punkte doch so fest, daß ich selbst den Antrag, die Prinzessin im Wochenbett ärztlich zu behandeln, da die Leibärzte nach der Niederkunft nicht länger in Claremont hätten verweilen können, standhaft ausschlug, so groß und verführerisch auch dieser Beweis des Zutrauens war. Ich konnte darum auch nur bewogen werden, die Prinzessin zu sehen, als die Aerzte ihren Zustand für höchst gefährlich erklärten und mich ausdrücklich dazu aufforderten — $2^1/_2$ Stunde vor ihrem Tode."

„Die genaue Befolgung dieses mir selbst vorgeschriebenen Betragens hatte zur Wirkung, daß meine Collegen immer sehr freundschaftlich gegen mich waren, und daß späterhin demjenigen alle Anklagen erspart blieben, der nicht unberufen nach Ehre und Gewinn gejagt hatte. Indem ich so nochmals die Verhältnisse überdenke, fühle ich nur zu lebhaft die Größe der Gefahr, welcher ich entronnen. Glauben Sie mir, Alle, Alle würden sich jetzt nur über meine Einmischung freuen, die nicht das geringste hätte helfen können, und die englischen Aerzte, unsere Hausgenossen, Freunde, Bekannte, die Nation, selbst der Prinz würden die Ursache dieses unmöglich scheinenden Unglücks nur in der Ungeschicklichkeit des deutschen Doctors finden. Und ich hätte vielleicht in meiner Hypochondrie selbst an die fremden Beschuldigungen geglaubt und den von außen andringenden Schmerz durch Selbstquälerei bis zur Unerträglichkeit gesteigert."

Die Fehler, welche Stockmar in der Behandlung der Prinzeß

während ihrer Schwangerschaft zu bemerken glaubte, kamen alle darauf hinaus, daß man damals in England (leider herrscht auch in solchen Dingen die Mode) es in der Gewohnheit hatte, den Organismus der Schwangeren durch Blutentziehung, abführende Mittel und eine nicht kräftige Diät herabzustimmen und dieses Verfahren seit Monaten befolgt hatte.

Der Leibarzt der Prinzessin war der berühmte Dr. Baillie, als Accoucheur war Sir Richard Croft zugezogen, welchen letzteren das Tagebuch, nach der ersten Begegnung, so beschreibt: „ein langer, dürrer, nicht ganz junger Mann — hastig, gutmüthig — scheint mehr Erfahrung als Gelehrsamkeit und Verstand zu besitzen."

Nach den noch vorliegenden Berichten der beiden Aerzte traten am Montag den 3. November 1817 Abends 7 Uhr (Stockmar giebt an $5^1/_4$ Uhr) die ersten Zeichen der herannahenden Geburt ein, die man (wie Stockmar hinzufügt) mit Grund schon zehn Tage zuvor hätte erwarten dürfen.

„Wiewohl die ersten Wehen ungewöhnlich schwach waren," berichtet Stockmar, „und daher die Geburt nur langsam vorwärts ging, so war doch schon in der Nacht vom dritten auf den vierten Alles glücklich soweit gediehen, daß man die günstige Beendigung innerhalb sechs Stunden vorhersehen und daher die zur Constatirung der Geburt nöthigen hohen Staatsbeamten (Minister, Erzbischof von Canterbury 2c.) herbeirufen mußte. Dies war gegen vier Uhr Morgens kaum geschehen, als die Wehen beinahe gänzlich aufhörten. Obgleich die Prinzeß bei Kräften blieb und kein einziges abnormes Symptom sich einstellte, so rückte doch die Geburt den nächsten Tag, als den vierten, nur sehr langsam vor. Ganz unter gleichen Umständen wurde die Nacht vom vierten auf den fünften hingebracht. Am fünften wurden gegen Mittag die Wehen stärker und endlich kam um neun Uhr Abends — (also nach fünfzig oder wenn Stockmar's Angabe die richtigere ist zweiundfünfzig Stunden) — ein schöner, sehr großer, todter Knabe zur Welt. Künstliche Hülfe war

nicht angewendet worden. Unmittelbar nach der Geburt befand ſich die Mutter ganz wohl. Die Nachricht vom Tode ihres Kindes hatte ſie nicht beſonders affizirt. Dies ſcheinbare Wohlbefinden dauerte jedoch nur bis Mitternacht."

„Da kam Croft," erzählt das Tagebuch, „an mein Bett, nahm mich bei der Hand, und ſagte: die Prinzeß ſei gefährlich krank, der Prinz allein, ich möge zu ihm gehen und ihn vom Stand der Dinge unterrichten. Der Prinz hatte ſeit drei Tagen ſeine Gemahlin nie einen Augenblick verlaſſen und ſich nun nach der Geburt ſoeben zur Ruhe begeben. Ich fand ihn gefaßt über den Tod des Kindes, auch ſchien er den Zuſtand der Prinzeſſin nicht ſehr ernſt zu nehmen. Nach einer Viertelſtunde ließ mir Baillie ſagen, er wünſche, ich möge die Prinzeß ſehen; ich zauderte, endlich ging ich mit ihm. Sie war, unter Bruſtkrämpfen und Athmungsbeſchwerden, in großer Angſt und Unruhe, warf ſich beſtändig von einer Seite zur anderen, ſprach bald mit Baillie, bald mit Croft. Baillie ſagte zu ihr: „Hier kommt ein alter Freund von Ihnen." Sie reichte mir haſtig die linke Hand und drückte die meine zweimal heftig. Ich fühlte den Puls; er ging ſehr raſch, die Schläge bald groß, bald klein, bald intermittirend. Baillie reichte ihr fortwährend Wein; ſie ſagte zu mir: „ſie haben mich betrunken gemacht" (they have made me tipsy). So ging ich ungefähr während einer Viertelſtunde ein paarmal aus und ein, dann wurde der Athem röchelnd. Ich war gerade aus dem Zimmer gegangen, als ſie ſehr heftig „Stocky, Stocky" rief. Ich kehrte zurück, ſie war ſtiller, röchelte fortwährend, legte ſich mehrmals auf den Leib, zog die Beine an, die Hände wurden kalt, um zwei Uhr am Morgen des 6. November 1817, alſo etwa fünf Stunden nach der Geburt, war ſie nicht mehr."

Der mechaniſche Vorgang der Geburt hatte den Tod nicht bewirkt, auch die Section gab über dieſen keinen Aufſchluß. Nach allem ſcheint es, daß die Prinzeß durch eine vorausgegangene, lang fortgeſetzte, die Kräfte herabſtimmende Behandlung geſchwächt, ein-

ſach an Erſchöpfung durch den fünfzigſtündigen Kampf ſtarb. Wahrſcheinlich hätte ſie gerettet werden können, wenn bei Zeiten künſtliche Hülfe gebracht worden wäre. Die engliſchen Aerzte lehnten dieſe ab, weil ſie das Princip hatten, damit zurückzuhalten, wenn die Natur allein die Entbindung bewirken könne. Thatſächlich war dies nun freilich der Fall, aber die Kräfte wurden dabei aufgezehrt. Und ſo kann man leider ſich des Gedankens nicht erwehren, die Prinzeß ſei einer Principienreiterei zum Opfer gefallen.

Stockmar hatte die Aufgabe, dem Prinzen dieſen Tod anzukündigen. „Ich that es," ſchreibt er, „in nicht ganz beſtimmten Ausdrücken. Er glaubte ſie ſei noch nicht todt, und auf dem Wege zu ihr fiel er in einen Stuhl; ich kniete neben ihn; er meinte, es ſei blos Traum, er könne es nicht glauben. Er ſendete mich nochmals nach ihr zu ſehen, ich kam wieder, und ſagte ihm, es ſei aus. Nun gingen wir nach dem Sterbezimmer; er küßte, am Bette knieend, die kalten Hände; dann ſich aufrichtend, drückte er mich an ſich, und ſagte: „ich bin nun ganz verlaſſen; verſprechen Sie mir, immer bei mir zu bleiben." Ich verſprach es. Gleich nachher erinnerte er mich wieder, ob ich wohl wiſſe, was ich verſprochen. Ich ſagte ja, ich würde ihn nicht verlaſſen, ſo lange ich erkennen könne, daß er mir vertraue, daß er mich liebe, daß ich ihm nützlich ſein könne. „Ich zauderte nicht zu verſprechen," ſchreibt Stockmar einige Tage darauf an ſeine Schweſter, „was er vielleicht für immer wünſchenswerth, vielleicht ſchon im nächſten Jahre für entbehrlich hält." Ein merkwürdiges Beiſpiel, wie bei Stockmar nach tiefer Ergriffenheit ſogleich wieder die ſkeptiſche Ader ſich geltend machte. Und doch hinderte dieſe Nüchternheit bei ihm nicht die redliche, volle Hingebung. Er fährt in jenem Briefe fort: „Meine Geſundheit iſt erträglich, denn obgleich ich erſtaunend angegriffen bin und es durch den Gram des Prinzen noch mehr werde, ſo fühle ich mich doch ſtark genug, ja ſtärker als vorher. Ich verlaſſe den Prinzen nur, wenn es dringende Geſchäfte fordern. Ich eſſe allein mit ihm und ſchlafe in ſeinem Zimmer. Sobald er

Nachts erwacht, ſtehe ich auf und ſitze plaudernd an ſeinem Bette, bis er wieder einſchläft. Ich fühle immer mehr, mein Lebenserbtheil ſind unerwartete Wendungen, und es werden derſelben noch mehrere kommen, bis es aus iſt. Ich ſcheine mehr da zu ſein, um für Andere zu ſorgen, als für mich ſelbſt, und bin mit dieſer Beſtimmung gar wohl zufrieden."

Der Schmerz des Prinzen um ſeinen Verluſt war ein tiefer. Als er im zweiundſiebenzigſten Jahre ſeine Erinnerungen für ſeine Nichte, die Königin Victoria, aufzeichnete, ſchrieb er von ſich: „Der November ſah den Ruin dieſer glücklichen Häuslichkeit und die Vernichtung mit einem Schlag jeder Hoffnung und jedes Glückes des Prinzen; er hat das Gefühl des Glückes, welches ſein kurzes Eheleben ſegnete, nie wiedererlangt."

Stockmar ſagt von ihm in einem Briefe vom 7. November 1817: „So lange ſein Schmerz ganz ſtumm war, fürchtete ich ſehr für ſeine Geſundheit, jetzt wird der Körper durch vieles Weinen und Klagen erleichtert."

Am 19. November ſchreibt er an den ehemaligen Erzieher des Prinzen: „Sie kennen den Prinzen genau und wiſſen was er verloren hat. Ohne ihn zu ſehen, kennen Sie den Zuſtand, in welchem er ſich gegenwärtig befindet. Er iſt zu gut, zu feſt, zu fromm, um ſich der Verzweiflung hinzugeben, wenn ſchon das Leben allen Werth für ihn verloren zu haben ſcheint, und er überzeugt iſt, daß nie wieder ein Gefühl des Glücks in ſeine Bruſt einziehen werde. Ich behandle ihn moraliſch und phyſiſch mit ziemlich gutem Erfolg, da ich ihn genau kenne, und weiß, daß gewöhnliche Hülfsmittel ihm zuwider ſein würden."

„Es iſt eine von den Naturen, denen ſich Empfindungen und Ueberzeugungen nicht äußerlich einflößen laſſen, die ſolche vielmehr aus ſich heraus entwickeln müſſen, und für die man alſo nicht mehr thun kann, als ihnen die Materialien dazu herbeizuſchaffen."

Einige Wochen ſpäter ſagt Stockmar in einem Briefe an ſeinen Schwager Opitz:

„Fürſtengunſt iſt im Allgemeinen nicht einen Pappenſtiel werth; er aber (der Prinz) iſt in jeder Beziehung ein ehrlicher, guter Mann und daher ein unvergleichlicher Fürſt."

Dann ſchreibt er wieder am 21. December. „Gut iſt er, alle Tage beſſer, ſein ganzes Unglück wendet er zum Guten an. Das Unglück hat mich ſchüchtern gemacht, viel von ſeiner Zukunft zu hoffen, aber daß ſeine Seele gedeihen wird, darauf kann ich ſchwören. Es gehört viel Herz dazu, ihn ſo zu lieben, wie er es verdient." Und am 10. Februar 1818: „Die Regſamkeit ſeines angeborenen, früh genährten wiſſenſchaftlichen Sinnes, iſt für ihn ein herrliches Mittel der Ablenkung vom träumeriſchen Verſinken in ſeinen Schmerz. Er ſtudirt recht anhaltend die engliſche Geſchichte, und zwar in ihren Quellen, und findet ſo zugleich die glaubwürdigſten und eindringlichſten Beweiſe, daß ſehr ſelten ein Menſch glücklich zu nennen iſt, daß es kein bleibendes Gut giebt, als ein freies Gewiſſen, und daß ſelbſt hierbei die Selbſttäuſchung großen Spielraum hat."

Wurde ſo der Prinz durch ſein Unglück zu trüben Betrachtungen über die menſchlichen Dinge angeregt, ſo hatte jene Cataſtrophe auf die Stimmung des mittrauernden Stockmar einen ähnlichen Einfluß. „Bei meiner Hierherkunft", ſchreibt er, „konnte es mich zwar nicht blenden, daß ich plötzlich das Leben in ſeinen größten Formen ſah, aber, daß ich mich durch die edlen Bilder der Liebe und Tugend, die ich vor mir hatte, zu dem kurzen Glauben verführen ließ, es könne, wie dem Laſter, ſo auch dem Verdienſte ſchon hier ſein natürlicher Lohn werden, das war denn doch nichts als leichtgläubige Verblendung. Ich bin kalt und bitter geworden, am meiſten gegen mich ſelbſt, und mit unnachſichtiger Strenge und dem beißendſten Spott verfolge ich jeden, auch noch ſo unſchuldigen Wunſch meines Herzens, als eine lächerliche Anmaßung. Man iſt ſo nicht glücklich,

das ist gewiß, aber man ist unverwundbar, und die Schläge des Schicksals sind uns gewiß."

Die treue Theilnahme an dem Schmerz des Prinzen brachte natürlich Stockmar seinem Herzen immer näher. Am 29. November 1817 erwähnt das Tagebuch: „Der Prinz giebt mir von seinen Briefen an Prinzeß Charlotte vor der Vermählung durchzulesen." Am 2. December heißt es: „Gestern gab ich dem Prinzen die Briefe zurück, in denen er wirklich von seltener Ehrlichkeit, Klugheit und Güte erscheint."

Im Januar 1818 begab sich der Prinz mit Stockmar an die Seeküste, um seine geschwächte Gesundheit zu stärken und sich durch Ortswechsel zu zerstreuen. Hier empfing er am 14. Februar die erschütternde Nachricht, daß Sir Richard Croft sich ums Leben gebracht habe.

Unter Stockmar's Papieren findet sich noch ein Brief Croft's an ihn, von Freitag dem 7. November, dem Tage nach dem Tode der Prinzessin, worin es heißt: „Mein Gemüth ist gegenwärtig in einem traurigen Zustand. Gebe Gott, daß weder Sie noch irgend jemand, der Ihnen nahe steht, je zu leiden habe, was ich in diesem Augenblick ausstehe." Die Verhandlungen vor dem Todtenbeschauergericht (coroners inquest) erwiesen, wie Croft sich seit dem Unglücksfall in Claremont fortwährend im Zustande der tiefsten, an Geisteszerrüttung gränzenden Beängstigung und Aufregung befunden, so daß er oft alle Fassung verloren hatte. Zu Anfang Februar übernachtete er im Hause einer Dame, um deren Schwester, der Frau eines Geistlichen, in ihrer Entbindung beizustehen. Da sich diese hinzog, gerieth er schon außer sich, und stieß die Worte aus: „wenn Sie in Angst sind, wie muß ich es erst sein!" Während der Nacht erschoß er sich mit einem Pistol, das er in dem ihm eingeräumten Zimmer gefunden. Die Frau des Geistlichen kam glücklich nieder.

„Armer Croft!" ruft ihm Stockmar's Tagebuch nach. „Sieht

nicht das Ganze aus, wie heimtückische Versuchung, der auch wohl ein Stärkerer als Du erlegen wäre? War doch das erste Glied in der Kette Deines Unglücks nichts als ein, nur besonders ehrenvoller und wünschenswerther, Fall in Deinem gewöhnlichen Beruf. Wenn Du auch vielleicht Dich in der Behandlung vergriffst, so ist ja individuelle Täuschung hier so leicht. Leichtsinn und übergroße Zuversicht zu Deiner Erfahrung, ließen Dich nicht zu tieferer Erwägung des von Dir einzuschlagenden Verfahrens gelangen. Als das Unglück geschehen war, erwachten gewiß Zweifel in Dir, ob Du es nicht habest anders machen sollen, und diese Zweifel mit der Unmöglichkeit, das Publikum, selbst wenn Du unschuldig warst, von Deiner Unschuld zu überzeugen, sie wurden Deine Hölle. Friede mit Deiner Asche, der Du keine Schuld auf Dir hast, als daß Du nicht ungewöhnlich klug oder nicht ungewöhnlich stark warst."

Die Verwandten und Freunde des Prinzen in Coburg hatten den natürlichen Wunsch, ihn nach dem großen Unglück, das ihn betroffen, bald dort zu sehen. Sein eigenes Gefühl zog ihn in einer Richtung ebendahin. Die alte vertraute Heimath hätte seinen Schmerz rascher eingeschläfert. Stockmar war der erste, der ihm abrieth, und ihn überzeugte, es sei das Richtige, zunächst in England zu bleiben.

Er muß in England trauern, meinte Stockmar, wo ein ganzes Volk in freier Regung, als wäre es Gewissenssache, mit ihm trauert, nachdem es ihm bereits so viel Wohlwollen und Vertrauen geschenkt hat. „Hier kommt es ihm zu, in einem Beispiele, wie ein Mann unverschuldetes und unerhörtes Unglück tragen soll, dem Gedächtniß der Verstorbenen ein würdiges Denkmal zu errichten." Thäte er es nicht, so würde man dies in England als Undank und Mangel an richtigem Gefühl empfinden, und der Prinz würde dadurch seine ganze dortige Stellung erschüttern und lockern*).

*) Bezeichnend für den Eindruck des Todes der Prinzessin und die Auffassung der nunmehrigen Stellung des Prinzen im englischen Volk ist folgende Stelle aus Bollmann's Briefen bei Varnhagen. Denkwürdigkeiten I, 126:

Ohnehin ſprachen alle Rückſichten dafür, daß er, wenn auch der Tod ſeine Ausſichten als Gemahl der künftigen Königin zerſtört hatte, doch ſeine in England begründeten Verhältniſſe behauptete und zur Baſis ſeiner ganzen Exiſtenz machte. Seine ökonomiſche Unabhängigkeit verdankte er vorzugsweiſe den 50,000 Lſtrl., welche das Parlament ihm auf Lebenszeit verwilligt hatte. Dieſes Geld im Auslande zu verzehren, wäre ſeiner nicht würdig geweſen, ja, wenn er es gethan hätte, ſo war in den damaligen aufgeregten Zeiten zu befürchten, daß er dadurch die ohnehin vorhandene Verſuchung, ihm ſein Jahrgeld ganz oder theilweiſe zu nehmen, bedenklich geſteigert hätte.

Für einen politiſchen Ehrgeiz war in England ſelbſt zwar nunmehr kein Spielraum und keine Handhabe, aber wenn er an irgend eine neue politiſche Rolle im Auslande denken wollte, ſo konnte er doch von nichts ſich dafür eine größere Förderung verſprechen, als ihm eine feſtgegründete, günſtige Stellung in England zu gewähren verhieß.

Er verſagte ſich alſo für jetzt eine Reiſe nach dem Continent, und die Folgezeit bewährte auch wieder in dieſem Punkte Stockmar's richtigen Blick, der ſich aus einer Verbindung von geſundem Gefühl und geradem Verſtand ergab.

„Der Tod der Prinzeß Charlotte hat viel ungeheuchelte Thränen fließen gemacht. Meine Töchter konnten viele Tage durch die gewohnte Herzensruhe nicht wiederfinden und dieſe Stimmung war allgemein. Das ſchöne Beiſpiel einer moraliſch reinen und höchſt glücklichen Exiſtenz hatte für die Prinzeſſin und den Prinzen ein ſehr großes allgemeines lebhaftes Intereſſe erweckt, dem viele, nun zerſtörte Hoffnungen ſich anſchloſſen. Prinz Coburg ſteht ſchön vor der Nation da. Wenn er in der öffentlichen Meinung die Aſſociation mit der geliebten Verſtorbenen nicht unterbricht und hervorſtechend der edle Mann von unbeſcholtenen Sitten bleibt, ſo können, meiner Meinung nach, weitere Ereigniſſe ſeine Tage ſehr bedeutend machen.“

Viertes Capitel.

Heirath des Herzogs von Kent, Geburt der Prinzeß Victoria, Tod des Herzogs.
1818 bis 1820.

Die lange Periode vom Tode der Prinzeß Charlotte bis zur Thronbesteigung des Prinzen Leopold in Belgien verfloß für Stockmar, obschon sie ihn social zu einer höheren Stufe emporführte und so sehr sie ihn auch in Bezug auf Welt-, Menschen- und Geschäftskenntniß, politische Bildung und Charakterentwicklung förderte, doch bis gegen ihr Ende ohne bemerkenswerthe äußere Erlebnisse.

Auch bieten für diesen Zeitraum seine Papiere verhältnißmäßig geringe Ausbeute. Wir theilen zunächst aus Stockmar's Aufzeichnungen ein Bruchstück mit, überschrieben:

Die Heirath des Herzogs von Kent, die Geburt der Prinzeß Victoria und der Tod des Herzogs.

Der Tod Prinzeß Charlotten's hatte den jüngeren Söhnen Georg's III. mit der Aussicht auf den Thron den Wunsch sich zu vermählen gegeben. Bereits vermählt waren damals nur der Herzog von York, dessen Ehe aber kinderlos blieb, und der Herzog von Cumberland, dem das erste lebende Kind erst 1819 geboren wurde.

Die übrigen drei Brüder heiratheten denn wirklich ſchon im folgenden Jahre, 1818, und zwar der Herzog von Cambridge am 7. Mai eine Prinzeſſin von Heſſen-Kaſſel, die Herzöge von Clarence und Kent an ein und demſelben Tage, dem 11. Juli, der erſtere eine Prinzeß von Meiningen, der zweite eine Schweſter des Prinzen Leopold, die verwittwete Fürſtin von Leiningen.

Der Herzog von Kent, damals einundfünfzig Jahre alt*), war ein großer ſtattlicher Mann, von militäriſcher Haltung, ſchon zu großer Corpulenz neigend. Trotz einer den ganzen oberen Theil des Kopfes einnehmenden Glatze und der gefärbten Haare, konnte er noch immer für einen ſchönen Mann gelten. Sein Anzug war einfach aber gut, und von geſuchter Reinlichkeit. Er hatte viel von Welt und Menſchen geſehen. Mit Anſtand und Leichtigkeit benahm er ſich in Geſellſchaft, war abſichtlich höflich und verbindlich, und, da er die Gabe der Rede in nicht geringem Grade beſaß, ſo drückte er ſich im Engliſchen und Franzöſiſchen mit einer gewiſſen Beredtſamkeit und Nettigkeit aus. Sein Mienenſpiel verrieth Berechnung. Er war nicht ohne Fähigkeit, nicht ohne Bildung, und von großem Thätigkeitstrieb. Seine Untergebenen klagten über ſeine Strenge und pedantiſche Ordnungsliebe. Die Regulirung ſeiner Finanzen, die Vervollkommnung deſſen, was die Engländer häuslichen Comfort und häusliches Syſtem nennen, und eine wahrhaft großartig ausgedehnte Betriebſamkeit der Protection Anderer und Verwendung in fremden Angelegenheiten — er empfing beinahe jedermann, der ihn ſehen und ſeine Hülfe in Anſpruch nehmen wollte — bildeten ſeine Beſchäftigung. Der Herzog war ſich wohl bewußt, nur geringen Einfluß zu beſitzen. Dies hielt ihn nicht ab, die an ihn gelangenden Geſuche, wenn nur irgend möglich, befürwortend an die Behörden gelangen zu laſſen, ſo daß ſein Name von den Beamten aller Departements mit Seufzen genannt wurde. Für dieſe Zwecke

*) Eduard, Herzog von Kent, der am 2. November 1767 geborene vierte Sohn Georg's III.

unterhielt er eine lebhafte und sehr ausgebreitete Correspondenz, die drei bis vier Privatsecretäre kaum im Stande waren zu bewältigen. Liberale politische Grundsätze waren damals in England in der Minorität, und wenn der Herzog sich dazu bekannte, so begreift sich, warum die ganze damals herrschende und mächtige Partei ihn hassen mußte. Auch das Verhältniß zu seinen Herren Brüdern war ein sehr unfreundliches.

Die verwittwete Fürstin von Leiningen*), mit der der Herzog sich vermählte, war von mittlerer Größe, stark und voll, doch gut gewachsen, mit schönen braunen Haaren und Augen, dazu von großer jugendlicher Frische, von natürlicher Heiterkeit und Freundlichkeit, alles in allem eine reizende und liebliche Erscheinung; auch liebte sie den Putz, und kleidete sich gut und mit Geschmack. Die Natur hatte sie mit warmem Gefühl begabt, und vom Gemüth aus war sie der Wahrheit, der Liebe und Freundschaft, der Uneigennützigkeit, dem Mitleiden, ja selbst der Großmuth natürlich zugewendet.

Der Herzog zeigte sich als ein gefälliger, höflicher, ja galanter Ehemann. Gleich nach der Vermählung schlug er seinen Wohnsitz in dem fürstlich Leiningenschen Residenzschloß zu Amorbach in Bayern auf. Er lebte des festen Vertrauens, daß er auf den Thron kommen und daß die Herzogin ihm Erben geben werde. „Meine Brüder," sagte er oft, „sind weniger gesund als ich, ich habe regelmäßig gelebt, ich überlebe sie alle; der Thron wird an mich und an meine Kinder kommen." Als sich die Herzogin guter Hoffnung befand, war demgemäß der sehnlichste Wunsch ihres Gemahls, daß sein Kind, in seinen Augen der künftige Thronerbe, in England selbst geboren werden möge. Finanzielle Gesichtspunkte ließen jedoch die Reise und den dortigen Aufenthalt schwierig erscheinen. Vergebens wurden die Herren Brüder angerufen, bis sich endlich helfende Freunde fan-

*) Victoria, Tochter des Herzogs Franz von Sachsen-Coburg, geboren 17. August 1786, vermählt in erster Ehe 1803 mit dem 1814 verstorbenen Fürsten von Leiningen.

den. So ging denn der Herzog mit seiner Gemahlin im Frühjahr 1819 nach England, und kurz nachher wurde ihm eine hübsche Prinzessin, rund wie ein gefülltes Täubchen, geboren. Er hatte große Freude an dem Kinde und zeigte es gern und häufig seinen Genossen und Vertrauten mit den Worten: „Nehmt sie in Acht, denn sie wird Königin von England.“ Gegen Ende desselben Jahres ging der Herzog mit seiner Familie an die Seeküste nach Sidmouth, um, wie er sich ausdrückte, den Winter zu betrügen. Es war ihm eine Vorausſagung zugekommen, daß im Jahre 1820 zwei seiner Familie sterben würden; er war weit entfernt dies auf sich zu deuten*). Auf einem Spaziergang zog er sich Ernässung und Erkältung zu, die Folge war eine heftige Lungenentzündung, die bald eine gefährliche Wendung nahm. Am Tage vor seinem Tode kam der General Wetherall, ein alter Diener und Freund des Herzogs, an. Er legte uns Aerzten die Frage vor, ob es nachtheilig sein könne, mit dem Herzog von der Unterzeichnung eines Testaments zu sprechen. Um diese Frage entscheiden zu helfen, führte mich die Herzogin um 5 Uhr Abends zu dem Kranken. Ich fand ihn halb im Delirium und erklärte der Herzogin, daß hier menschliche Hülfe vorbei sei und daß in Bezug auf das Testament die Frage nur die sein könne, ob es möglich sein werde, den Herzog so weit zu vollkommener Besinnung zu erwecken, daß jener Act legale Kraft bekomme. Hierauf ging Wetherall zum Herzog und die Gegenwart des Jugendfreundes hatte eine merkwürdig belebende Wirkung auf das sterbende Nervensystem. Wetherall hatte den Herzog kaum angeredet, als dieser vollkommen zu sich kam, sich nach verschiedenen Dingen und Personen erkundigte und sich sein Testament zweimal vorlesen ließ. Die letzten Kräfte zusammenraffend, schickte er sich an, es zu unterzeichnen. Mühsam malte er das „Edward“ darunter, betrachtete aufmerksam die einzelnen Buchstaben, und fragte, ob auch

*) Am 23. Januar 1820 starb der Herzog und am 29. Januar sein Vater Georg III.

die Unterschrift deutlich und leserlich sei. Dann sank er erschöpft zurück auf das Kissen. Am folgenden Morgen hatte er aufgehört zu leben.

Die arme Wittwe war, bei der großen Schuldenmasse des Herzogs im Augenblick seines Todes, in übler Lage. Ihr Bruder Leopold machte es ihr möglich, nach Kensington zurückzukehren, wo sie fortan der Erziehung ihres Kindes, der jetzigen Königin Victoria lebte.

Fünftes Capitel.

Die Candidatur Prinz Leopold's zum griechiſchen Thron.

Die Angelegenheit der Candidatur des Prinzen Leopold zum griechiſchen Thron erſtreckte ſich über die Jahre 1829 und 1830. In dieſer war Stockmar der hauptſächliche Vertraute ſeines Herrn*), und, wie ſich aus einzelnen Stellen der Briefe an ſeine Familie ergiebt, von den darauf bezüglichen Geſchäften oft ſtark in Anſpruch genommen. Ueber die fraglichen Verhandlungen ſelbſt, und ſein Eingreifen in den Gang derſelben, findet ſich in ſeinen Papieren wenig Material. Doch liegen Aufzeichnungen nach ſeinen Mittheilungen über die Stellung vor, die er zu einigen Hauptpunkten in jener Angelegenheit genommen. Das Verhalten des Prinzen in dieſer Sache und deren Ausgang iſt indeß der Gegenſtand ſo abweichender, oft ungünſtiger, großentheils auch unrichtiger Beurtheilungen geweſen und Stockmar iſt dabei ſo nahe betheiligt, daß wir nicht umhin können, die griechiſche Angelegenheit in jener Richtung zu erörtern. Die dem engliſchen Parlament vorgelegten Actenſtücke (Communications with H. R. H. Prince Leopold relating to the

*) Vergleiche Depeſche des Fürſten Lieven vom 28. Mai 1830: Recueil de documens relatifs à la Russie. Paris 1854, p. 627.

Sovereignty of Greece und Further communications relating to the Sovereignty of Greece in den State Papers Session 1830, vol. 32) bieten dabei eine ausreichende ſichere Grundlage und mündliche Aeußerungen Stockmar's gewähren zum Theil einen Anhalt.

Vorweg jedoch theilen wir aus dem uns vorliegenden Tagebuch von Stockmar's jüngerem Bruder Carl einiges bisher Unbekannte mit über die erſten Verhandlungen zwiſchen Leopold und Capodiſtrias, alſo über die Vorgeſchichte jener griechiſchen Candidatur.

Die erſten Eröffnungen in Betreff dieſer wurden dem Prinzen, wie er in ſeinen öfter angeführten Erinnerungen (The early years p. 393) ſelbſt erzählt, im Jahre 1825 gemacht. Zwei Griechen waren damals beauftragt, ſich mit ihm ins Einvernehmen zu ſetzen. Sie traten zugleich auch in Beziehung zu Canning, der jedoch dem Prinzen rieth, nicht näher auf die Sache einzugehen, weil er den Stand der Dinge in Griechenland noch zu verwirrt fand und der Meinung war, Leopold werde nützlicher in England ſein.

Auf dieſen verfehlte der ideale Nimbus, der damals Griechenland in den Augen der Welt umgab, nicht ſeine Wirkung, wobei die Phantaſie und ein gewiſſer romantiſcher Zug des Prinzen ſtark ins Spiel kamen.

Es war ihm deshalb nicht unerwünſcht, als das Jahr 1829 erneute Anregungen brachte.

Schon zu Ende 1828 oder Anfang 1829 ſcheinen die Geſandten der drei Mächte, Rußland, Frankreich und England bei der Pforte, welche Conſtantinopel nach der Schlacht von Navarin verlaſſen hatten, den Präſidenten Capodiſtrias befragt zu haben, wen er zum Fürſten Griechenlands empfehlen könne. Aller Wahrſcheinlichkeit nach geſchah dies bei ihren Conferenzen zu Poros, deren Ergebniß das Protocoll vom 12. December 1828 enthält, worin die Geſandten ein erbliches Regiment für Griechenland vorſchlagen. Gervinus VI, 469. Capodiſtrias bezeichnete den Prinzen Leopold, den er ſeit lange kannte. In der Zeit vom November 1828 bis März

1829 hielt sich sodann der Prinz in Neapel auf und hatte hier Gelegenheit, mit den Gesandten von jenem Vorschlag Capodistrias zu sprechen, die sich darüber auf eine günstige Weise äußerten. Er war bereits sanguinisch entschlossen, eventuell dem Rufe nach Griechenland zu folgen; hegte aber den natürlichen Wunsch, daß eine förmliche Aufforderung von dort aus an ihn ergehen möchte. In diesem Sinne sandte er Anfang Mai 1829 den Bruder seines Vertrauten, Carl Stockmar, mit einem Brief an den Präsidenten.

Zum gehörigen Verständniß des Folgenden muß man sich vergegenwärtigen, daß nicht lange vorher, am 22. März *), die drei Mächte auf der Londoner Conferenz folgende Beschlüsse gefaßt hatten:

1. Griechenland soll unter der Souveränität der Pforte, der es Tribut zu zahlen hat, von einem erblichen, christlichen Fürsten regiert werden; dieser darf kein Prinz aus den regierenden Familien der verbündeten Staaten sein und die erste Wahl soll durch Einverständniß der drei Höfe und der Pforte erfolgen.
2. Die Nordgrenze Griechenlands soll von dem Golf von Vola nach dem von Arta laufen; die Insel Euboea und die Cycladen gehören zu Griechenland.
3. Die Griechen haben zunächst die Feindseligkeiten einzustellen und ihre Truppen von jenseits des Isthmus zurückzuziehen.

Am 26. Mai langte der Abgesandte in Aegina an.

„Am 27.," schreibt er, „erhielt ich die Weisung, mich um 12 Uhr beim Präsidenten einzufinden. Ich gab meinen Brief ab. Nachdem er ihn gelesen hatte, sagte er mir:"

„„Ich halte was ich einmal versprochen habe. Die Gesandten waren verwundert, als ich ihnen den Prinzen vorschlug. Sie glaubten wahrscheinlich, ich würde einen Andern vorschlagen. Sie woll-

*) Protocoll vom 22. März 1829. Vgl. Mendelssohn Capodistrias S. 205 ff.

ten, daß ich mich ſchriftlich äußern ſollte, ich habe es aber abgelehnt. Mein Ehrgeiz iſt, dem Lande dauernde Inſtitutionen zu geben.""

„Ich ergriff darauf das Wort und ſagte folgendes:"

„„Der Prinz hat die Geſandten der drei Mächte in Neapel geſprochen. Die Geſandten haben Ihrem Vorſchlag Beifall gezollt und ſich auf eine für den Prinzen ſchmeichelhafte Weiſe darüber geäußert. Die Männer, von denen die Regierungen Vorſchläge erwarten, ſind mithin einig, und der Augenblick der Entſcheidung rückt heran.""

„„Der Prinz iſt entſchloſſen dem Rufe zu folgen, jedoch nur unter zwei Bedingungen. Die erſte iſt, daß man Griechenland die Grenzen gebe, die ihm nöthig ſind, um eine Stelle im europäiſchen Staatenverein einzunehmen und ſich dieſem nützlich zu machen. Die andere, daß er gegründete Hoffnung habe, den materiellen und geiſtigen Zuſtand eines Volkes zu heben, welches durch lange Sklaverei heruntergekommen zu ſein ſcheint. Aber ſelbſt wenn der Prinz über beide Punkte beruhigt wäre, könnte er auf die Mittheilung der Geſandten hin nicht zu den Mächten gehen und ſagen: „hier bin ich, ich will es unternehmen," ſondern Griechenland muß die nöthigen Schritte thun, um die Mächte zu veranlaſſen, ſich mit dem Prinzen zu verſtändigen, indem es ihn von denſelben zum Regenten verlangt. Der Prinz wünſcht, daß dies ſobald als möglich geſchehe. Fordern die Mächte den Prinzen alsdann zu einer Erklärung auf, ſo iſt es natürlich, daß er die Bedingungen ausſpricht, unter welchen er die Krone anzunehmen für gut finden wird. Der Prinz wird ſie im Intereſſe Griechenlands machen, und ich zweifle nicht, daß es ihm gelingen wird, die ſich entgegenſtehenden Meinungen der Mächte zu vereinigen.""

„Der Präſident erwiderte:"

„„Die Bemerkungen, welche Sie mir machen, ſind mir ſehr angenehm. Gern würde ich die Hand bieten, den Wunſch des Prinzen zu erfüllen, wäre nicht der Inhalt des Protocolls vom 22. März

ein unüberſteigliches Hinderniß. Nach demſelben läßt man Griechenland keine Stimme, weder bei der Wahl ſeines künftigen Regenten, noch bei der Beſtimmung des zu ſeiner Vertheidigung nöthigen Umfangs. Griechenland, wie deſſen Grenzen ausgeſprochen ſind, d. h. ohne Samos und Candia, kann nicht wohl beſtehen. Würde die Pforte in die verlangte Abtretung willigen und Samos und Candia nicht mit Griechenland vereinigt, ſo iſt mein Entſchluß eher abzutreten, als einen ſolchen Vertrag zu unterſchreiben, weil ich nicht Zeuge des Elends ſein will, welchem das Land unter dieſen Umſtänden ausgeſetzt ſein würde. Indeſſen wird die Pforte gutwillig nichts abtreten, und ich hoffe, daß ihre Weigerung die Mächte zu einem ihrer würdigeren Entſchluß bringen ſoll. Ich bitte den Prinzen, ſeinen Einfluß dahin zu verwenden, daß man zu dem, im Protocoll vom 22. März beſtimmten Gebiet, noch die Inſeln Samos und Candia füge. Gegen eine ſolche Conceſſion würde ſich Griechenland eine monarchiſche Form geben, und alsdann einen König mit Zuſtimmung der Mächte wählen.""

„Ich erwiderte:

Daß der Prinz ſeinen Einfluß gern gebrauchen würde, der griechiſchen Sache zu dienen, daß aber ohne eine beſtimmte Aufforderung von Seiten des Landes dies für ihn äußerſt ſchwierig ſein dürfte."

„Er beſann ſich einen Augenblick, und ſagte dann:

„„Ich kann nichts thun, als gegen den Inhalt des Protocolls vom 22. März proteſtiren.""

„Ich bat ihn, dem Prinzen ſeine Gedanken ſchriftlich mitzutheilen und empfahl mich."

Unter dem 30. Mai heißt es ſodann im Tagebuch:

„Abends 7 Uhr begab ich mich zum Präſidenten, um meine Depeſchen zu empfangen. Er las mir ſein Memorandum an den Prinzen vor, und ſtellte es mir dann zu. Der Präſident wiederholte, daß er den durch mich ausgeſprochenen Wunſch nicht erfüllen

könne, und ſetzte hinzu, daß der Prinz bei meiner Abreiſe den Inhalt des Protocolls vom 22. März wahrſcheinlich nicht gekannt habe. Ich verſicherte ihm das Gegentheil, und ſagte, daß ich nicht recht begreifen könne, warum Griechenland Anſtand nehmen ſollte, den Mächten den Wunſch auszudrücken, daß ſie ihm den Prinzen zum Regenten geben möchten, nachdem die Geſandten ſich ſchon dafür ausgeſprochen."

„Er antwortete:"

„„Ich könnte der bevorſtehenden Verſammlung in Argos unſtreitig den Vorſchlag machen, und ich zweifle nicht, daß ſie ihn unter der Bedingung annehmen würde, daß der Prinz Samos und Candia mitbringe, aber dieſes Verfahren würde zu entſchieden gegen den Inhalt des Protocolls vom 22. März und vielleicht für Griechenland von nachtheiligen Folgen ſein. Ich verwickle mich zu ſehr, wenn ich ohne dringende Noth dem Willen der Mächte entgegen handle (contrarie les Puissances).""

„Ich bat ihn, mir näher zu erklären, worin jener Nachtheil beſtehen könne. Er ließ ſich aber nicht darauf ein, ſondern fuhr fort:"

„„Sollte Samos und Candia nicht mit Griechenland vereinigt werden, ſo kann ich dem Prinzen auch nicht zur Annahme der Krone rathen. Die Griechen werden nicht gerne einen Prinzen an ihrer Spitze ſehen, der unter anderen Bedingungen kommt. Samos hat ſeit acht bis neun Jahren keinen Feind geſehen. Sollte dieſe Inſel wieder unter die Botmäßigkeit der Türken kommen, ſo müßte die Bevölkerung nothwendigerweiſe auswandern; ſie würde ſich nach dem Peloponnes begeben, die Seeräuberei aufs neue beginnen und ein immerwährender kleiner Krieg die Folge ſein. In Bezug auf Candia würden ungefähr die gleichen Umſtände eintreten. Hat die Vorſehung den Prinzen zum Regenten des Landes beſtimmt, ſo wünſche ich, daß er nicht ſogleich eine Conſtitution geben, ſondern eine ſolche verſprechen möge. Augenblicklich ſind die Griechen nicht reif dazu;

ich zweifle aber nicht, daß man nach Verlauf von fünf bis zehn Jahren mit der Nation darüber wird sprechen können.""

Das Vorstehende ist Alles was Carl Stockmar's Tagebuch über seine Sendung an Capodistrias ergiebt. So weit es reicht, ist es jedoch in mehrfacher Hinsicht von Belang.

Erstens zeigt jener Bericht, daß Capodistrias selbst schon Ende 1828 oder Anfang 1829 (wahrscheinlich schon bei den Conferenzen in Poros), den Mächten den Prinzen Leopold als Candidaten empfohlen hatte. Dadurch und durch den sonstigen Inhalt der Relation ergänzt und berichtigt sich, was Mendelssohn in seinem Buche über Capodistrias S. 267 in Betreff der Anknüpfung mit diesem durch Stockmar's Bruder erzählt.

Der Brief des Prinzen vom 24. März, den Carl Stockmar überbrachte*), beschränkte sich, der Vorsicht wegen, darauf, „um Aufklärung über Griechenlands Zukunft" zu bitten und eine zarte Besorgniß für die Gesundheit des Präsidenten auszudrücken und Capodistrias' Antwort vom 30. Mai sprach sich aus dem gleichen Grunde über den künftigen Monarchen Griechenlands und die Anforderungen an ihn nur hypothetisch und allgemein aus. Alles dies war aber blos Hülle. Der in den mündlichen Verhandlungen zu Tage kommende Kern war ein ganz anderer als blos behutsames Tasten von Leopold's Seite und vorsichtiges prophylactisches Verfahren Capodistrias' gegen einen von ihm gewitterten Nebenbuhler. Die Situation war schon weiter vorgeschritten. Der Präsident selbst hatte Leopold bereits als Candidaten empfohlen, Leopold war zur Annahme bereit und wünschte nur eine Demonstration zu seinen Gunsten von Griechenland aus zu bewerkstelligen, worauf der Präsident nicht eingehen wollte — das ist kurz das Ergebniß des Berichts von Carl Stockmar.

Die Art nun, wie Capodistrias sich dem vom Prinzen ihm ge-

*) S. Bétant Corresp. du Comte Capodistrias III, p. 152.

äußerten Wunsch entzieht, giebt zu manchen Betrachtungen Anlaß. Ueberblickt man die von Gervinus VI, S. 545 ff. und von Mendelssohn S. 272 zusammengestellten Thatsachen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Capodistrias in seinem Verhältniß zu Leopold durchaus zweideutig, doppelzüngig und hinterhaltig war. Das diplomatische Gespinnst des Präsidenten erscheint durch die in Carl Stockmar's Bericht aufbewahrte Thatsache nur noch verworrener, daß Capodistrias selbst den Mächten Prinz Leopold empfohlen hatte. Capodistrias' geheimer Ehrgeiz und sein Selbstgefühl reagirten beständig unter der Hand gegen den fremden Prinzen, den er selbst zum Regenten Griechenlands vorgeschlagen. Diesen geheimen Empfindungen mußte es denn auch durchaus widerstreben, ein offenes Aussprechen der Volksvertretung für Leopold hervorzurufen, von der er, wie seine Einwirkung auf die Wahlen und die Manöver seiner Anhänger auf dem Nationalcongreß nachmals bewiesen (Mendelssohn S. 213 ff. Prokesch v. Osten II, 368), selbst auf den Schild gehoben zu sein wünschte. Besonders charakteristisch ist es dabei, daß er dem Prinzen räth, die griechische Krone nicht ohne Samos und Candia anzunehmen, welche zu erlangen er doch selbst keine Hoffnung sah. Vergl. Gervinus S. 550. Vom rein objectiven Standpunkte des griechischen Interesses hätte sich damals vielleicht geltend machen lassen, daß ein sofortiges Aussprechen zu Gunsten der Candidatur des Prinzen Leopold's keinen Nutzen habe. Für das Land war das Erste und Wichtigste, wie, in welchen Grenzen und unter welchen Modalitäten der Türkei gegenüber es constituirt werden sollte; die Frage nach der Person des Herrschers, so lange man noch nicht wußte, worüber und mit welcher Machtbefugniß er herrschen sollte, erst ein Zweites. Die in dem Protocoll vom 22. März aufgestellten sachlichen Bedingungen der Constituirung Griechenlands waren oder schienen den Griechen nach manchen Seiten nicht günstig genug. In einem Zeitpunkt nun, wo die Großmächte noch auf jenem Protocoll standen, sich über die Personenfrage auszusprechen,

konnte um so mehr verfrüht erscheinen, als sich doch schon vorhersehen ließ, daß das Protocoll, das sich selbst nicht als Ultimatum darstellte, nicht das letzte Wort der Mächte bleiben würde, die Griechen vielmehr eine neue Wendung vom Fortgang des russisch-türkischen Krieges erwarten durften.

Auf der anderen Seite ließ sich sagen, daß Leopold nicht nur von allen Bewerbern (siehe deren Verzeichniß bei Gervinus VI, 533) ohne Zweifel der Tüchtigste*), sondern auch vermöge seiner Stellung zu der den Griechen am meisten abgeneigten Macht, England, am meisten in der Lage war, in den ferneren Verhandlungen für Griechenland die verhältnißmäßig günstigsten Bedingungen zu erlangen. Wer aber dies auf griechischer Seite einsah, der mußte auch consequenter Weise dem natürlichen Wunsch des Prinzen förderlich sein, durch ein baldiges Aussprechen des griechischen Volkes für ihn seinen Concurrenten den Rang abzulaufen. Daß ein solches Aussprechen den Interessen Griechenlands nachtheilig werden könne, war eine leere Ausflucht Capodistrias'. Wenn er gegen Carl Stockmar vorgiebt, eine Erklärung der Nationalversammlung für die Candidatur des Prinzen unter der Bedingung, daß er Samos und Candia mitbringe, würde als zu sehr abweichend vom Protocoll vom 22. März die Mächte vor den Kopf stoßen (contrarier), so könnte das Anstößige doch nur in den geforderten Grenzen gelegen haben. Aber was that Capodistrias bald darauf? Er ließ die von ihm völlig abhängige, ganz seinen Eingebungen gehorsame Nationalversammlung von Argos, die vom 23. Juli bis 18. August tagte, gegen die Be-

*) „Die Wahl Ew. K. H.," schreibt nachmals Stein an den Prinzen, „hat den Wünschen aller Freunde Griechenlands entsprochen, weil sie einen Fürsten traf, der mit hoher Geburt ruhige, ernste Besonnenheit, eine durch Theilnahme an den Zeitbegebenheiten gebildete Geschäftserfahrung verbindet, der eine die Gemüther gewinnende, die Leidenschaften besänftigende Milde besitzt, der mit den politischen Institutionen constitutioneller Länder bekannt ist, der endlich von Fremden unabhängig ist und daher die Interessen seines Landes ausschließlich zu berücksichtigen sich im Stande sieht." Pertz Leben Stein's VI, 2, S. 860.

stimmungen des Protocolls vom 22. März Einsprache thun und das von der Nationalversammlung von Epidauros im Jahre 1826 geforderte Gebiet verlangen, nämlich, außer dem Peloponnes und dem Festlande, auch Euboea, Candia, den Archipel und alle Provinzen, welche die Waffen ergriffen und sich der griechischen Regierung unterworfen hatten. So ist denn die Relation von Carl Stockmar ein neuer Belag dafür, daß Capodistrias ein falsches Spiel gegen den Prinzen spielte.

Einige Monate später (14. September 1829) sicherte der Friede von Adrianopel die Existenz Griechenlands, indem der Sultan darin dem Londoner Tractat von 1827 und dem Protocoll vom 22. März beitrat. Die Londoner Conferenz begann nun von Neuem ihre Thätigkeit, um die Bedingungen, unter denen Griechenland bestehen sollte, definitiv festzusetzen. Das Resultat der monatelangen Verhandlungen war das Protocoll vom 3. Februar 1830, welches gegenüber dem Märzprotocoll für Griechenland einerseits günstiger war, insofern es ihm die volle Unabhängigkeit unter einem christlichen Erbfürsten gewährte, anderseits ungünstiger, sofern es die Grenzlinie ungefähr diagonal, von der Mündung des Aspropotamos nach der des Sperchius, durch Livadien legte und etwa ein Drittheil dieser Provinz der Türkei ließ. In einem zweiten Protocoll, von demselben Tage, boten die Mächte den griechischen Thron dem Prinzen Leopold an und wir haben nun zunächst rückgreifend die Hauptmomente in der weiteren Entwicklung seiner Candidatur seit dem Frieden von Adrianopel vorzuführen.

Rußland erwies sich dem Prinzen früh günstig, am 20. November 1829 erlangte er auch (s. Brief von Aberdeen vom 31. Januar 1830 in den dem Parlament vorgelegten Communications with H. R. H. Prince Leopold) die Zustimmung des Königs von Frankreich. Größere Schwierigkeiten bestanden in England.

König Georg IV., erzählt Leopold selbst in seinen Erinnerungen, war damals bedeutend unter dem Einfluß seines Bruders, des

Herzogs von Cumberland (des ſpäteren Königs Ernſt Auguſt von Hannover), welcher gegen das Miniſterium des Herzogs von Wellington die bitterſte Oppoſition unterhielt. Er hatte in der griechiſchen Sache ſeinen eigenen Candidaten, den Herzog Carl von Mecklenburg, Bruder der Herzogin von Cumberland, den er durch den König Georg IV. nachdrücklich unterſtützen ließ, während das engliſche Miniſterium anfangs den Prinzen der Niederlande vorſchlug. Im Januar 1830 jedoch machte es die Candidatur des Prinzen Leopold zu der ſeinigen und zwang den König, ſie zu genehmigen, indem es andernfalls ſeine Entlaſſung zu nehmen drohte. Dies war, wie Leopold ſelbſt ſagt, ein Unglück für die griechiſche Angelegenheit, da es dem Prinzen unmöglich machte, einem Cabinet, das ſeine Exiſtenz um deſſen Candidatur gewagt hatte, diejenigen Bedingungen mit rückſichtsloſer Energie abzudringen, welche das Intereſſe Griechenlands erfordert haben würde.

Aber, es läßt ſich nicht läugnen, dieſes ungünſtige Verhältniß hing mit dem allgemeineren Uebelſtand zuſammen, daß Leopold, gegen den entſchiedenen Rath Stockmar's, zu der griechiſchen Sache nicht von vornherein eine ganz correcte Stellung eingenommen hatte.

Für ihn ſcheint die Ausſicht auf den griechiſchen Thron einen ſolchen Zauber gehabt zu haben, daß er damit anfing, ſich lebhaft und betriebſam um denſelben zu bewerben, daß er dem engliſchen Miniſterium geſtattete, ſich für ſeine Candidatur zu compromittiren und erſt dann, nachträglich, die Schwierigkeiten des Unternehmens gründlich erwog, erſt dann, nachträglich diejenigen Bedingungen von den Mächten zu erlangen ſtrebte, von denen er, wie ihm Stockmar gerathen hatte, gleich anfangs ſeine Candidatur hätte abhängig machen müſſen.

Dieſe Schiefheit der Stellung zeigte ſich ſchon im Januar 1830, ehe noch dem Prinzen der griechiſche Thron von den Mächten officiell angeboten und der Inhalt des Protocolls vom 3. Februar formell feſtgeſtellt war. Der Sache nach war man jedoch in bei-

derlei Hinſicht bereits einig. Da, am 30. Januar, äußerte der Prinz mündlich gegen Lord Aberdeen, er ſei nicht geneigt anzunehmen, wenn nicht dem von den Mächten zugeſtandenen Gebietsumfang noch Candia zugelegt würde. Die ſehr derbe Antwort Aberdeen's vom 31. Januar (Communications p. 1) iſt bezeichnend für die Situation. „Von Candia, ſagte der Lord, iſt bisher nie und nirgends die Rede geweſen. Trotz Alles deſſen was bisher verhandelt worden iſt, ſteht Ihnen zwar noch frei abzulehnen, aber die Verweigerung Candias könnte dieſen Entſchluß nicht erklären. Erwägen Sie, wie ein ſolches Verfahren mit Ihrer Würde und dem Ruf der Conſequenz vereinbar iſt. Die Mächte haben nicht die Abſicht mit Ihnen zu verhandeln. Sie erwarten eine einfache Annahme ihres Antrags und würden eine bedingte Annahme als Ablehnung betrachten."

Die richtige Antwort hierauf wäre geweſen, mit aller Entſchiedenheit und Schärfe zu ſagen: „Sie erkennen ſelbſt an, daß ich noch nicht gebunden bin; ich werde alſo den eventuellen Antrag der Mächte beantworten, wie ich es für recht finde und wenn meine Antwort in einer nur bedingten Annahme beſtehen ſollte, ſo muß ich es den Mächten überlaſſen, dies für eine Ablehnung zu erklären."

Allein der Gedanke einer eventuellen Ablehnung ſcheint dem Prinzen damals noch ganz fern gelegen zu haben und ſo antwortete er denn am 3. Februar, unſeres Erachtens nicht entſchieden genug, alles Vorangegangene habe ihn bis jetzt zu der Erwartung berechtigt gehabt, daß er ſchließlich diejenige, ſei es bedingte, ſei es unbedingte, Antwort würde ertheilen können, die ihm nach reiflicher Ueberlegung zweckmäßig dünke und er könne nicht glauben, daß es die Abſicht der Mächte ſei, den künftigen Beherrſcher Griechenlands mit unbedingter Preisgebung nicht nur ſeiner ſelbſt, ſondern auch ſeiner Pflichten gegen Griechenland unter ihre Gebote, beginnen zu laſſen.

Auffallen muß der gereizte Ton Lord Aberdeen's in der Correſpondenz mit Leopold. Er hängt mit folgenden Umſtänden zuſammen. Unter den politiſchen Männern hatte der Prinz nämlich nähere

persönliche, übrigens von seiner verstorbenen Gemahlin ererbte Beziehungen, gerade mit hervorragenden Mitgliedern der Opposition, namentlich mit den Lords Durham, Dover, Palmerston, Brougham, Lansdowne und mit Mr. Ellice und Mr. Abercromby, dem nachmaligen Lord Dunfermline. Es war kein Geheimniß, daß er besonders Durham in allen wichtigen Dingen zu Rathe zog; ja aus den „Erinnerungen des Königs Leopold" im Buch der Königin Victoria*) scheint hervorzugehen, daß er für die griechische Sache auch von dem Wirken der Opposition im Parlament Hülfe erwartete. Das Tory-Ministerium, dem Prinzen ohnehin nicht besonders günstig gesinnt, wurde durch dessen Zusammenhang mit der Opposition, wie sich leicht begreift, empfindlich und mißtrauisch. In seinem Briefe vom 31. Januar 1830 giebt daher Lord Aberdeen deutlich zu verstehen, daß Leopold sich von Gegnern des Ministeriums berathen lasse**).

Noch immer war es möglich, daß der Prinz seine Annahme von bestimmten Bedingungen abhängig machte und in der That versuchte er dies, als ihm die Protocolle vom 3. Februar mit dem Anerbieten der griechischen Fürstenkrone officiell mitgetheilt wurden.

Am 11. Februar richtet er an die Bevollmächtigten der Conferenz ein Schreiben (Communications p. 12), worin es heißt:

„Il s'empresse d'accepter la carrière utile et honorable que les Hautes Puissances lui offrent. Cependant ce serait mal répondre à la confiance qu' Elles daignent placer en lui et se rendre coupable des suites que la non-réussite de l'oeuvre . . . pourrait entraîner, s'il donnait son adhésion sans les conditions qui lui paraissent indispensables pour

*) Early Years p. 395.

**) British and foreign Shate Papers 1829 — 1830, p. 455: „However these sentiments may accord with the political objects [illegible]s in this country by whom Y. R. H. may have been ad-

le succès de la cause qu'il doit entreprendre .... Il doit stipuler qu'il soit arrêté dans le Traité qui doit être définitivement conclu à Londres ou dans les Articles additionels de ce Traité ce qui suit."

Es folgen dann fünf Bedingungen:

1. Vollkommene Garantie für den griechischen Staat, sowie Versprechen des Schutzes im Fall feindlichen Angriffs,
2. Sicherung der Bewohner von Creta und Samos gegen Bedrückung und reactionäre Maßregeln Seitens der Türkei nach der Rückkehr unter deren Herrschaft,
3. Eine bessere Grenze im Norden,
4. Zusicherung von pecuniärer Beihülfe, bis Griechenlands eigene Hülfsquellen erstarkt seien,
5. Beistand alliirter Truppen, bis er selbst im Stande sei, die Armee zu organisiren.

Zum Schluß sagt der Prinz, es werde ihm zu lebhafter Befriedigung gereichen, wenn die Mächte den Griechen das Recht einräumen wollten, d'objecter contre sa personne s'ils le jugent à-propos.

Die Conferenz wollte aber nichts von Bedingungen wissen und der Prinz ließ sich bewegen, seinen Brief zurückzunehmen. Am 15. Februar fand darauf eine mündliche Besprechung zwischen ihm und den Bevollmächtigten statt und am 16. richtete er an diese eine Note (Communications p. 15), worin er sagt, nach den ihm gegebenen mündlichen Erläuterungen betrachte er

1. Den ersten seiner fünf Punkte le point I concernant la garantie comme assuré
2. le point II (Garantien für die Bewohner von Candia und Samos) comme amplement accordé
3. le point III concernant la frontière à l'ouest il remet entièrement à la considération généreuse des Hautes Puissances; in Betreff der Punkte

4. und 5. aber erklärt, daß er entschlossen sei, das ihm gewordene Anerbieten nur dann anzunehmen, wenn ihm Unterstützung an Geld und Truppen gesichert sei.

Auch diese Note ließ sich der Prinz bestimmen zurückzuziehen.

Am 22. Februar legt ihm Lord Aberdeen eine veränderte Fassung seines ersten Briefes vom 11. Februar als eine solche vor, welche der Conferenz genehm sein würde und der Prinz nimmt diese durch einen Brief an Lord Aberdeen vom 23. Februar mit der diplomatischen Wendung an, „sollten die Bevollmächtigten auf diese Modificationen viel Gewicht legen, so würde ich aus Höflichkeit (courtesy) für jene bereit sein sie anzunehmen."

Diese modificirte Fassung, welche als definitive Antwort des Prinzen, zurückdatirt auf den 11. Februar, dem Protocoll vom 20. Februar*) als Anlage folgt, unterscheidet sich von der ursprünglichen in zwei kleinen aber wesentlichen Punkten, indem

1. dasjenige, was ursprünglich als condition oder stipulation von Seiten des Prinzen bezeichnet war, jetzt bescheiden als observation auftritt und
2. der Schlußpassus über die den Griechen zu gestattenden Einwendungen gegen seine Wahl ganz weggeblieben ist.

Somit hatte sich denn der Prinz von dem richtigen Verfahren, welches darin bestehen mußte, die griechische Krone nur unter bestimmten Bedingungen anzunehmen, ganz abdrängen lassen. Er hatte formell unbedingt angenommen, und aus Bedingungen „Bemerkungen" gemacht, deren Berücksichtigung, namentlich auch im Punkte der Grenzlinie, ganz der Gnade der Mächte anheim gestellt blieb. Und die Conferenz beantwortete die „Bemerkung" des Prinzen über die Grenzbestimmung in dem Protocoll vom 20. Februar dahin: „la conférence a reconnu qu'il existait des obstacles

*) Das Protocoll vom 20. Februar muß ebenfalls zurückdatirt sein, da dessen Entwurf dem Prinzen von Lord Aberdeen erst am 22. Februar mitgetheilt wird. S. Communications p 19.

insurmontables à revenir sur les décisions relatives à la démarcation des limites du nouvel état."

In einem Briefe vom 28. Februar an Capodistrias (Further communications relating to the Sovereignty of Greece) rechtfertigt sich Leopold mit folgender Betrachtung: „Si je n'avais pris en considération que ma position personelle j'aurais insisté sur des conditions plus favorables ou je n'aurais pas accepté. Mais la crainte de rejeter toute la question grecque dans le chaos dont elle sortait m'a fait faire le sacrifice de mes vues personelles."

Allein bald scheint ihn die übereilte Annahme des Februarprotocolls gereut zu haben.

Jeder nachträgliche Versuch des Prinzen, den verlorenen Standpunkt der Conferenz gegenüber wieder zu gewinnen, mußte indeß vergeblich sein. Einen solchen machte er am 7. März, indem er an Lord Aberdeen schrieb *), obgleich er aus Höflichkeit die von der Conferenz modificirte Fassung seiner Antwort angenommen habe, so sei seine Zustimmung zu dem Protocoll doch nur nach dem Wortlaut und Geist seiner ursprünglichen Note vom 11. Februar zu verstehen, und jede Abweichung hiervon würde ihn von allen Verpflichtungen befreien. Er drang zugleich von Neuem auf eine bessere Grenze im Norden. Lord Aberdeen's Einwand, es sei unmöglich von einem unterzeichneten und officiell dem Protocoll beigefügten Brief an einen zurückgezogenen zu appelliren, blieb unwiderleglich und Leopold mußte sich wiederum bequemen, seine letzte Zuschrift an den Lord zurückzunehmen und am 15. März eine andere, betreffend ein von den Mächten zu garantirendes Anlehen, an deren Stelle zu setzen.

Er verlangte von den Mächten ihre Bürgschaft für ein Anlehen von 60 Millionen Francs. Auch hier wieder kamen die Schwierig-

*) Communications p. 24.

keiten vorzüglich von England, das seinerseits nur eine Garantie für die Summe von 500 000 Lstrl., also 12½ Millionen Francs, leisten wollte. Am 25. März erklärte der Prinz, wenn seine Vorschläge wegen der Anleihe-Garantie nicht angenommen würden, so müsse er entsagen. Noch während der verdrießlichen Verhandlungen über diesen Gegenstand reiste er, Anfang April, nach Paris ab und bestellte für die Zeit seiner Abwesenheit Stockmar zu seinem Geschäftsträger bei der Conferenz *).

Der Pariser Aufenthalt hatte zunächst zum Zweck für die Anleihe zu wirken. Daneben, scheint es (unser Material ergiebt darüber nichts), daß der Prinz die Hand einer Prinzessin von Orleans zu erlangen wünschte. Sie wurde ihm, nach dem Bericht des Fürsten Lieven in seiner obenangeführten Depesche vom 28. Mai, von dem französischen Hof verweigert. Wie dem auch sei, die Schwierigkeiten, mit denen er bis dahin zu kämpfen gehabt hatte, hatten ihn bereits bedeutend abgekühlt und ernüchtert. Von dieser Stimmung zeugt sein Brief vom 10. April an Stein (Pertz VI, 2, S. 866). Er spricht darin von dem seit Monaten bestandenen „harten Kampf mit bösem Willen und falsch verstandener Politik, so daß einem die Seele ordentlich verkältet wird," von den „eitelen und eigensinnigen Menschen," mit denen er zu verhandeln gehabt, von der „traurigen Weise," wie man die Grenzen bestimmt habe, von seinen Discussionen mit den Mächten über das zu garantirende Anlehen, welches „der traurige Zustand Griechenlands nöthig mache, wenn überhaupt etwas aus der Sache werden solle." Es ist möglich, sagt er, daß es hierüber zum Bruch kommt.

Ende des Monats April kehrte er auf die Nachricht von der

*) Schreiben des Prinzen an die Conferenzbevollmächtigten vom 4. April 1830 (Communications p. 30): „Le soussigné à l'honneur d'informer les P. P. . . . . qu'il a fait choix du Baron de Stockmar, gentilhomme de sa maison, pour être, en cas de besoin, son chargé d'affaires pendant son absence de Londres."

bedenklichen Erkrankung des Königs Georg IV. nach England zurück. Jetzt endlich ward ihm die Anzeige, daß die verbündeten Mächte beschlossen, ein griechisches Anlehen in dem von ihm geforderten Betrag zu garantiren. Bald darauf langte eine umfangreiche Expedition des Grafen Capodistrias an den Prinzen nebst sonstigen Briefen und Nachrichten aus Griechenland an, sämmtlich bezüglich auf die Art und Weise, wie man dort das Februarprotocoll aufgenommen. Ueberblickt man die in den Communications und Further Communications (State Papers — Affairs of Greece — vol. 32, 1830) abgedruckten Mittheilungen des griechischen Präsidenten und die Zusammenstellung der sämmtlichen damals eingetroffenen Nachrichten, wie sie Prokesch von Osten (Abfall der Griechen II, S. 397 und Mendelssohn S. 272 bis 292) geben, so läßt sich der Inhalt von dem Allen kurz dahin angeben: Laute Klagen über das Februarprotocoll, dessen Bestimmungen die Griechen nicht frei annehmen, dem sie sich nur gezwungen unterwerfen wollen — die Aufregung sei heftig, sogar ein Aufstand zu befürchten — Beschwerden, daß man den Griechen bei Feststellung ihres Schicksals keine Stimme eingeräumt, manche feindselige Aeußerungen gegen die Person des Prinzen — Seitens Capodistrias und des Senats zwar Ausdruck der Freude über seine Wahl und Annahme, aber unter gleichzeitigem Hinweis auf die „fast unübersteiglichen Schwierigkeiten," die er werde vorfinden, und mit dem Bedeuten, man könne für eine günstige Aufnahme nicht stehen, wenn er nicht unter anderem zur griechischen Religion übertrete — die Grenzbestimmungen des Protocolls und die Stipulationen über die Auseinandersetzung zwischen Türken und Griechen seien unheilvoll, nicht ohne Gewalt auszuführen — Griechenland sei beim letzten Thaler angelangt — Armuth, Elend, Entbehrung, Verzweiflung, das sei es, was der Prinz bei seiner Ankunft finden werde.

Daß dieses Gesammtbild abschreckend auf den Prinzen wirken mußte, begreift sich. Daß es auch nicht unwahr zu nennen, darüber

ſtimmen, bei ſonſt abweichenden Anſichten, namentlich über Capodiſtrias, Prokeſch von Oſten II, 410 bis 412 und Gervinus VI, 549 überein. Die nachfolgenden beinahe vierzig Jahre haben gezeigt, daß Griechenland, ſelbſt unter günſtigeren Bedingungen als damals Leopold erlangt hatte, in ſeinen inneren Zuſtänden keine glänzenden Reſultate hervorgebracht hat und bis auf den heutigen Tag muß ſeine Entwicklungsfähigkeit zweifelhaft erſcheinen.

Am 15. Mai theilte der Prinz den Conferenzbevollmächtigten die von Capodiſtrias erhaltenen Schriftſtücke mit, indem er die daraus ſich ergebenden Hauptbedenken: die in der Nichtbefragung der Griechen über ihr Geſchick und in den Grenzbeſtimmungen begründeten Gefahren hervorhob und auf die unerfüllbaren Bedingungen, von denen Capodiſtrias einen ihm günſtigen Empfang abhängig mache, ſowie auf das Gehäſſige der Aufgabe hinwies, die Griechen zu einem Arrangement zu zwingen, wogegen ſie ſich entſchieden ablehnend, ja feindſelig verhielten. Er bat ſchließlich die Conferenz, zu erwägen, ob die von ihr getroffenen Beſtimmungen, ohne große Abänderungen zu erleiden, den wahren Intereſſen der Mächte ſowohl als Griechenlands zuträglich ſein könnten und bereitete ſie darauf vor, daß er der von ihm übernommenen Miſſion entſagen werde.

Vergebens ſuchten die Bevollmächtigten Leopold zu beſchwichtigen. In einem Schreiben an die Conferenz vom 21. Mai*) lehnte

*) Communications p. 56. Bemerkenswerth iſt, daß der ruſſiſche Geſandte, Fürſt Lieven, in ſeinem Bericht vom 28. Mai 1830 (Recueil p. 619) ſagt: jusqu'ici toute la correspondance du prince avait été rédigée en français, et probablement par lui-même ou tout au plus avec l'aide de son médecin et conseiller intime, M. Stockmar (Sic! Stockmar war übrigens, wie Lieven recht gut wußte, da er häufig beim Prinzen verkehrte, ſchon ſeit zehn Jahren nicht mehr deſſen Arzt). Mais sa dernière note rédigée en Anglais, et par une plume évidemment plus exercée, démontre que ses vues en Angleterre l'ayant fait dès longtems renoncer à la Grèce, il a déjà en cette occasion pris conseil de ses nouveaux alliés. Anſpielung auf die Beziehungen des Prinzen zu den Männern der engliſchen Oppoſition!

er definitiv ab, indem er nochmals ausführte, das griechische Volk sei den Bestimmungen der Mächte entschieden und unwiderruflich feindlich, sich einem abgeneigten Volk aufzudrängen, sich zum Werkzeug der Ausführung eines Arrangements herzugeben, dem die Griechen widerstrebten und zu dem sie gezwungen werden müßten, das vermöge er nicht *).

Mit dem Schreiben an die Conferenz ist zu vergleichen, was Leopold unter dem 10. Juni an Stein schreibt (Pertz VI, 2, 870):

„Alles ist verdorben worden und man wird wahrscheinlich doch gezwungen sein die Grenzen zu ändern. Denn wer, wenn er ein Mann von Ehre ist, wird die Souveränetät mit der Verbindlichkeit übernehmen wollen, die Griechen aus Acarnania und Etolia zu vertreiben, in dessen ruhigem und vollständigem Besitz sie sich befinden? Von dem Augenblick an, wo sie das Arrangement als ihren besten Interessen verderblich ansahen und die Mächte nichts ändern wollten, ward es schwer, wenn nicht unmöglich, Succeß zu erwarten; man würde in der traurigen Lage gewesen sein, es keiner Partei recht zu machen, während beide versucht haben würden, die Schuld auf den Souverän zu bürden und ihn der Unfähigkeit anzuklagen. Sie haben mir dies wohl gepredigt, als wir zum letzten Mal über diesen Gegenstand sprachen, ohne hinlängliche Mittel zum Gelingen die Sache nicht zu übernehmen. Ich fälle kein Urtheil über die, die mir die Mittel unverständig abgeschnitten haben, die Plage fällt nun auf sie selbst zurück."

Der Entschluß des Prinzen ist meistens sehr herbe getadelt worden. Man hat ihn theils auf die von ihm selbst angegebenen Mo-

*) In seinem Schreiben an die Conferenz vom 21. Mai hebt der Prinz noch besonders hervor, daß er nie seinen Uebertritt zur griechischen Religion in Aussicht gestellt habe. Nach dem mündlichen Zeugniß Stockmar's hat Leopold den Griechen immer nur verhießen, daß er seine Kinder in jenem Glauben würde erziehen lassen, während er bei seiner Confession beharren werde. Ganz dasselbe Princip, nach dem er später in Belgien verfuhr.

tive hin verurtheilt, theils ihm verſteckte Motive perſönlichen Ehrgeizes untergeſchoben.

Le prince Léopold, ſchreibt der ruſſiſche Diplomat Graf Matuszewicz (Recueil p. 610) a montré tant d'arrière pensées tant de mauvaise foi, tant d'irrésolution que je suis de ceux qui se félicitent de ne pas le voir chargé du gouvernement d'un pays où il aurait trahi la confiance des trois cours ... puisqu'il n'est pas de difficulté qui ne l'effraie, pas d'obstacle qui ne l'arrête, pas de démarche qui ne prouve qu'il eut apporté en Grèce du dégoût, de la pusillanimité et le perpétuel regret d'avoir abandonné ses prétendues chances au poste éminent de Régent d'Angleterre. ..... C'est cette Régence qu'il n'obtiendra jamais, surtout après avoir ainsi consommé sa honte. ..... Un pareil souverain aurait fait injure à la royauté.

Der Fürſt Lieven (Recueil p. 619) ſetzt ſeinem Cabinet, nur in gemäßigterer Sprache, auseinander, daß das Ablehnungsſchreiben des Prinzen an die Conferenz, „cette inconcevable pièce", nur leere und leicht widerlegbare Vorwände enthalte. Der Prinz habe die Beſtimmungen der Conferenz unbedingt angenommen und auf alle ſeine urſprünglichen Einwendungen gegen dieſelbe nachträglich verzichtet. Er könne ſich nicht auf das angebliche Widerſtreben der Griechen gegen das Protocoll berufen, da er dieſem Protocoll zugeſtimmt, und dieſes ſelbſt ſich ausdrücklich als ein ſolches zu erkennen gebe, wogegen kein Widerſpruch, ſei es der Türken, ſei es der Griechen, angenommen werde. Es ſei ihm auch nicht geſtattet zu ſagen, daß er ſich den Griechen nicht aufdrängen laſſen könne, denn nach dem von ihm angenommenen Protocoll ſei er eben ein denſelben nöthigenfalls von höherer Gewalt auferlegter Souverain. In der ganzen Argumentation jener Note ſieht Lieven nichts als „mauvaise foi", er findet darin „le cachet d'une intention cou-

pable", und zweifelt nicht, daß das wahre Motiv des Verzichts bei Leopold in dessen Hoffnung auf die englische Regentschaft liege.

Stein*) antwortet auf den Brief, wodurch ihm Leopold seinen Entschluß der Entsagung mitgetheilt:

„Als Kaiser Alexander 1812 den Kampf mit Napoleon begann, nahm er zum Wahlspruch: confiance en Dieu, courage, persévérance, union und mit

„dem gläubigen Auge, das fest und kühn zum Himmel
„empor sich rafft"

überließ er sich denen Eingebungen seines hochherzigen, edlen Gemüths, und streckte den Riesen zu Boden. Die menschliche Vernunft vermag das zunächstliegende zu erkennen, nicht das Dunkel entfernter Zukunft zu durchschauen. Hier leitet Pflichtgefühl, Vertrauen auf Gott, Entfernung von aller Selbstsucht."

Gegen Andere sprach Stein seine Unzufriedenheit mit dem Prinzen noch stärker aus.

An den Erzbischof von Cöln schreibt er (Pertz a. a. O. 932):

„Was sagen E. E. G. zu dem Betragen des Prinzen Leopold? — es ist ganz im Charakter des Marquis Peu-à-peu, wie ihn König Georg IV. nannte — statt die Schwierigkeiten zu beseitigen, statt das von ihm begonnene Unternehmen zu vollenden, zieht er feige die Hand vom Pflug, indem er die durch den nahen Tod des Königs Georg IV. sich entwickelnden Veränderungen berechnet. Ein Mann von diesem unkräftigen Charakter ist durchaus nicht geeignet, in das Leben kräftig einzugreifen. Er hat keine Farbe."

Und dann wieder an Gagern (Pertz a. a. O. 946):

„Er hatte das Gefühl, dies Unternehmen nicht bestehen zu können und warf einen Seitenblick auf seinen wahrscheinlichen Einfluß in England, den er aber wegen seiner Charakterschwäche nicht er-

*) Pertz VI, 2, S. 871.

langen, und sobald die Prinzessin Victoria heranwächst, also innerhalb sechs bis sieben Jahren, verlieren wird."

Gervinus im 6. Band seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts S. 538 pflichtet den vom Prinzen Leopold öffentlich angegebenen Gründen seines Rücktritts bei, meint aber, die wahren Motive seien dies gleichwohl nicht gewesen und sucht diese ebenfalls in der Aussicht auf eine Regentschaft in England. In einem Nachtrag zum 7. Band erklärt er, es seien ihm später Berichtigungen aus so achtunggebietender Quelle zugegangen, daß er sich vorbehalten müsse, bei einer neuen Auflage das Verhalten des Prinzen mehr aus gegenständlichen als persönlichen Gründen zu erklären. Daneben bleibt aber das bestehen, was er Bd. VI, S. 540 gesagt hatte, daß, wenn der Prinz mehr Gesundheit und Körperkraft, Jugendfrische, Selbstverläugnung und Seelengröße besessen hätte, ihn nichts in seinem ersten Entschluß wankend gemacht hätte, ihn die Schwierigkeiten und Mühsale seiner Aufgabe und das Dunkel der Zukunft nicht zurückgeschreckt, sondern nur angereizt haben würden.

Mendelssohn S. 299 urtheilt so:

Der Prinz habe, wenn er von der Verderblichkeit der von den Mächten getroffenen Bestimmungen durchdrungen war, die an solche Bedingungen geknüpfte Krone auch nicht annehmen dürfen; sein Rücktritt nach der Annahme sei nicht zu rechtfertigen. „Noch im letzten Augenblick konnte Prinz Leopold einen mannhaft großen Entschluß fassen, die Krone, weil sie eine Dornenkrone war, annehmen, und so zugleich das Netz der Ränke zerreißen, die man gesponnen hatte, um ihn von seiner Bahn zurückzuschrecken. Statt aber die Intriguen der Gegner zu vernichten, benutzte er sie, um den eigenen Wankelmuth und die plötzlich veränderten Ziele seines Ehrgeizes zu verbergen; statt die harte, doch begeisternde Aufgabe schnell und kräftig zu ergreifen, spielte er monatelang mit den Hoffnungen einer in Verzweiflung ringenden Nation, und stellte sich an, als deren wahres Organ den Präsidenten Capodistrias zu betrachten, über

deſſen Syſtem die öffentliche Meinung Griechenlands ſchon gerichtet hatte."

Verſuchen wir unſererſeits die Handlungsweiſe des Prinzen auf Grund der beglaubigten Thatſachen gerecht zu würdigen, ſo müſſen wir damit beginnen, einzuräumen, daß ſie von Inconſequenz nicht freizuſprechen iſt. Darin liegt denn, daß er ſich zu einem Zeitpunkt geirrt haben muß, es bleibt nur zunächſt fraglich, ob am Anfang oder am Ende der Sache, bei der Annahme oder bei der Ablehnung der griechiſchen Miſſion. Andererſeits liegt in der Inconſequenz nicht nothwendig ein ſittlicher Tadel. Die unbeugſame Conſequenz kann unter Umſtänden Donquixoterie oder Tollheit ſein.

Vorerſt fragt ſich, welches denn die eigentlichen und wahren Motive der Entſagung des Prinzen waren.

Hier können wir nun zuvörderſt zuverſichtlich auf Grund der wiederholten und eingehenden Aeußerungen Stockmar's, über welche Aufzeichnungen vorliegen, behaupten, daß der Hinblick auf eine engliſche Regentſchaft für den Prinzen kein beſtimmender Beweggrund war.

Als der 6. Band von Gervinus erſchien, ſprach ſich Stockmar im vertrauten Kreiſe lebhaft in dem Sinne aus, daß ſachliche Gründe, nicht jene ehrgeizige Hoffnung damals bei ſeinem Herrn das Entſcheidende geweſen. Es war ihm ein Anliegen, daß die Wahrheit in dieſem Punkt hergeſtellt werde und es iſt zu vermuthen, daß er die von Gervinus im 7. Band erwähnte Berichtigung angeregt habe.

Dem directen und ausdrücklichen Zeugniß Stockmar's in ſeinen letzten Jahren ſteht das indirecte Zeugniß zur Seite, welches ſich aus ſeiner Correſpondenz von 1829 und 1830 an ſeine Frau und an ſeinen Schwager, den Coburgiſchen nachmaligen Conferenzrath Opitz ergiebt.

Seiner Frau gegenüber ſprach ſich Stockmar in ſeinen Briefen zwar über den inneren Zuſammenhang nicht aus, wenn er der griechiſchen Sache erwähnte. Für ſie hatte dieſe Angelegenheit nur

insofern Interesse, als der Ausgang eine entscheidende Wirkung auf das Geschick ihres Mannes haben mußte. So schrieb er ihr denn nur kurz: es ist wahrscheinlich oder nicht, daß der Prinz Herrscher von Griechenland wird. Diese kurzen brieflichen Aeußerungen sind bezeichnend für das Auf- und Abschwanken der Wagschale der griechischen Candidatur. Am 26. November 1829 heißt es: „Der Herr glaubt an die Wahrscheinlichkeit, ich nicht" — am 18. und 25. December und am 2. Januar darauf: Die Sache sei „wahrscheinlich", am 14. Februar „höchst wahrscheinlich", am 25. Februar „der Prinz geht wirklich nach Griechenland", am 19. März ist von Schwierigkeiten die Rede, die schon zweimal den Plan scheitern zu machen drohten, und ausführlicher heißt es in einem Briefe an den Schwager Opitz vom 23 März:

„Die Bedingungen, welche der Prinz bei der Annahme der Souveraineté über Griechenland gemacht, erfahren bei ihrer praktischen Auseinandersetzung und Anwendung solche Schwierigkeiten, daß es zwar nicht wahrscheinlich, aber möglich ist, er werde am Ende sich bewogen fühlen, die Sache aufzugeben."

Vom 1. April an schreibt er dann seiner Frau mehrmals, die Sache sei ungewiß geworden, am 20. Mai, der Rücktritt des Prinzen sei wahrscheinlich, am 25. Mai, jener sei seit einigen Tagen ausgemacht.

Das Entscheidende ist, daß Stockmar schon bald nach der Mitte des März, also einen Monat vor der Erkrankung des Königs, welche Regentschaftshoffnungen erwecken konnte, von einem möglichen Scheitern wegen sachlicher Schwierigkeiten spricht. Und damit stimmt vollkommen der Brief Leopold's an Stein vom 10. April (also geschrieben vor dem gefährlichen Erkranken Georg's IV.) und worin er von der Möglichkeit spricht, daß es über die Frage der Grenzen und des Anlehens zum Bruch komme.

Und, zum Schluß, welcher Art waren denn diese Regentschaftshoffnungen?

Es war ſehr unſicher, ob überhaupt eine Regentſchaft eintreten würde, wie ſie in der That nicht eingetreten iſt, höchſt wahrſcheinlich, daß ſie äußerſtenfalls nur ein paar Jahre dauern und ganz ungewiß, ob ſie dem Prinzen zufallen würde.

Starb Georg IV., ſo kam die Succeſſion an den damals fünfundſechzigjährigen Herzog von Clarence, der ſehr gut noch zehn Jahre leben konnte und wirklich noch ſieben lebte. Sieben Jahre fehlten der damals elfjährigen Prinzeß Victoria an ihrer Majorität, es war alſo die Wahrſcheinlichkeit, daß ſie dieſe (wie auch geſchah) noch bei Lebzeiten des Herzogs von Clarence (Wilhelm's IV.) erreichte oder daß anderenfalls die Regentſchaft nur kurze Zeit dauern konnte. Und für dieſe Regentſchaft gab es nähere Candidaten als Leopold, nämlich die Mutter der künftigen Königin, die Herzogin von Kent, und zwei engliſche Prinzen, Oheime der Prinzeß, die Herzöge von Suſſex und Cambridge*).

Alſo für die unſichere, ja unwahrſcheinliche Ausſicht einer Regentſchaft auf höchſtens ein paar Jahre, und mit dem ſehr precären Einfluß, den eine ſolche, namentlich in England und vollends einem Ausländer geben konnte — für eine ſolche Ausſicht ſoll der Prinz Leopold, dem doch Niemand Einſicht und Kenntniß der Verhältniſſe abſpricht, den griechiſchen Thron aufgegeben haben!! Und das wird noch dazu von Perſonen behauptet, die die Unſicherheit, Unwahrſcheinlichkeit und Dürftigkeit jener Ausſicht ausdrücklich hervorheben (ſ. die oben angeführten Aeußerungen von Lieven, Matuszewicz und Stein), und welchen die romantiſche Leidenſchaft wohl bekannt war, mit der der Prinz den griechiſchen Plan ſeit zwei Jahren verfolgt hatte. Es wäre ſo etwas gar nicht zu verſtehen, wenn nicht die Erfahrung zeigte, daß die Neigung der Menſchen, die Handlungen Anderer möglichſt ungünſtig auszulegen, überwiegend iſt. Um dieſe Neigung zu befriedigen, ſtehen ſie nicht an, anerkannt ver-

*) Der Herzog von Cumberland kam als für den hannöveriſchen Thron beſtimmt nicht in Betracht.

ständigen Personen ganz unverständige Berechnungen unterzuschieben. Im vorliegenden Falle kommt noch hinzu, daß der Natur der Sache nach Diplomaten die Quelle jener Erklärung der Motive von Leopold's Abdankung waren. Diplomaten, d. h. Menschen, deren Beruf die Krankheit erzeugt, nichts einfach zu nehmen, wie es sich darbietet, hinter Allem ein verstecktes Motiv und besonders ein solches des persönlichen Ehrgeizes zu vermuthen, deren Aufgabe die Prätension erweckt, alles zu durchschauen, alles zu wissen. Wer aber in irgend einem Falle hinter den Coulissen gestanden hat und dann später die landläufigen, diplomatischen Berichte liest, wird über die darin enthaltenen raffinirten Ueberklugheiten, die doch nur als Thatsache vorgetragene Hypothesen sind, oft lachen müssen.

Also die Speculation auf die englische Regentschaft war nicht der Beweggrund des Prinzen.

Eine natürliche ungezwungene Auslegung der Thatsachen scheint uns vielmehr auf folgendes Resultat zu führen.

Der Prinz mag anfangs die in den griechischen Verhältnissen selbst und in der Politik der Großmächte liegenden Schwierigkeiten unterschätzt haben und ging zu sanguinisch auf jene Hoffnungen ein. Da er sich um den griechischen Thron bewarb, da er dem englischen Ministerium für die Unterstützung seiner Bewerbung besonderen Dank schuldete, so befand er sich den Mächten gegenüber, wo es darauf ankam von vornherein seine durch die Sache geforderten Bedingungen aufzustellen und dabei standhaft zu beharren, in einer ungünstigen schwachen Stellung. Um deren Nachtheile zu überwinden, hätte es einer ungewöhnlich festen und correcten Haltung bedurft. Der Prinz ließ sich aber, Stockmar's Warnung überhörend, durch die Diplomaten aus der rechten Position herausmanövriren. Die Diplomaten sind meist leichtsinnige, oberflächliche, ziemlich unwissende Leute, deren erstes Augenmerk dahin geht, die Fragen für eine Reihe von Jahren zur Ruhe zu bringen, die Dinge für eine Zeit leidlich zu flicken. Die fernere Zukunft kümmert sie wenig. Sie trösten sich darüber

mit den Sprüchen „alors comme alors — kommt Zeit kommt Rath." Mit solchen Staatsmännern ist nicht gut über die Bedingungen einer unter schwierigen Verhältnissen vorzunehmenden staatlichen Neugründung zu verhandeln. Sie haben von dieser gar keine rechte Vorstellung, demjenigen, der ihnen die Schwierigkeiten vorführt, antworten sie: „es wird schon gehen" und suchen ihn nöthigenfalls mit vagen Versprechungen zu beschwichtigen. Die schwierige Lage des Prinzen gegenüber den Conferenzbevollmächtigten war aber durch einen von demselben, wiederum gegen Stockmar's Rath, begangenen Fehler in der Methode noch erschwert. Ein Fürst sollte nie persönlich, sondern stets durch einen Bevollmächtigten, der für ihn einen Schild bildet, den er nöthigenfalls desavouiren kann, verhandeln, während der Prinz sich auf mündliche Besprechungen mit der Conferenz einließ. Den Nachtheil, den dies ihm brachte, sah er im weiteren Verlauf selbst ein. Als Lord Aberdeen ihm am 1. Mai ankündigt, die Mächte hätten beschlossen, das Anlehen von 60 Millionen Francs zu garantiren und die Bevollmächtigten wünschten ihm dies mündlich mitzutheilen, weigert er sich sie zu empfangen und bittet um schriftliche Mittheilung, indem er sagt (Br. vom 2. Mai. Communications p. 31): „les désavantages provenant d'un semblable mode de communication sont en vérité trop majeurs et sont retombés jusqu'ici exclusivement et, je dois ajouter aussi, sévèrement sur moi."

In diesen persönlichen Verhandlungen gelang es nun der Diplomatie, Leopold von dem ihr unbequemen, aber allein richtigen Standpunkt abzudrängen, den er anfangs Miene machte zu behaupten, seine Annahme des griechischen Throns nämlich an bestimmte Bedingungen, besonders hinsichts der Grenzen, zu knüpfen. Wahrscheinlich werden die Bevollmächtigten ihm gesagt haben, Bedingungen könnten die Mächte sich nicht vorschreiben lassen, er möge nur annehmen und der Zukunft einiges überlassen, nehme er nicht an, so falle die ganze griechische Sache (wie sich Leopold in seinem Briefe

an Capodistrias ausdrückt) wieder ins Chaos zurück. Vielleicht glaubte Leopold, er werde in den ferneren Verhandlungen die aufgegebene Position noch thatsächlich zum Theil zurückgewinnen können und gewiß erkannte er damals noch nicht die ganze Größe der Nachtheile, die das Februarprotocoll in den Augen der Griechen selbst haben mußte.

Die verlorene Stellung ließ sich aber nicht wiedererobern. Bedaurend schreibt Leopold an Stein (Pertz a. a. O. S. 870), es würde wohl ein günstigeres Resultat erreicht worden sein, „hätte man mich nicht aus meinen Ansichten vom Januar herausgebeten und bestürmt."

Es folgten nun Monate durch verdrießliche Verhandlungen mit den Mächten über die Ausführung der Bedingungen, die sie dem Prinzen gewähren wollten, Verhandlungen, die diesem, wie er an Stein schreibt, „die Seele verkälteten", ihn ernüchterten, entmuthigten. Mit Mühe mußte er sich die Mittel zur Erfüllung seiner Aufgabe erringen und doch hatte er mehr und mehr die Zuversicht verloren, daß sie zu deren Erfüllung genügen würden. Da kamen dann die Nachrichten aus Griechenland hinzu, welche die dortigen Zustände noch schwieriger, die vorhandenen Mittel noch ungenügender, das Gelingen noch zweifelhafter erscheinen ließen. Daß der Prinz unter solchen Umständen entsagte, scheint uns ein großer Beweis seines überlegenen Verstandes, seiner Voraussicht, seiner Weisheit. Er hatte in der Annahme des Februarprotocolls einen Fehler begangen, er fügte nicht den noch größeren hinzu, auf einem falschen Weg zu beharren, nachdem er zu der Einsicht gekommen war, daß derselbe nicht zum Ziele führen könne.

Den Diplomaten, welche dem Prinzen „die Mittel des Gelingens unverständig abgeschnitten hatten", ihnen stand es übel an, nun zu sagen, er habe ja doch die Bedingungen der Mächte gekannt, und über Wankelmuth und Treulosigkeit zu schreien. In einer Sache von großer Verantwortlichkeit einen Anderen bei einer übereilten

Zusage festhalten zu wollen, ziemt denen am wenigsten, die an der Uebereilung mitschuldig sind. Und die Diplomatie hat doch sogar später die Unzulänglichkeit des Februarprotocolls selbst eingestehen müssen, indem sie die Leopold verweigerten Bedingungen einem anderen Prinzen zugestand.

Stein's Anklage gegen den Prinzen auf Mangel an Pflichtgefühl, Gottvertrauen, Selbstlosigkeit und Muth wird so ziemlich durch das aufgehoben, was derselbe anderweit sagt: Leopold habe das Gefühl gehabt, das Unternehmen nicht bestehen zu können.

Eine unbedingte Pflicht, König von Griechenland zu werden, war doch nicht vorhanden. Dies aber zu unternehmen ohne das Gefühl, ohne die Hoffnung des Gelingens, war das wahres Gottvertrauen, wahrer Muth? Oder soll etwa das dem Prinzen zum Vorwurf gereichen, daß er die Hoffnung des Gelingens nicht hatte? Damit wäre jedes Abenteuer, jede Donquixoterie zur Pflicht erhoben. Wie unzutreffend Stein's Vergleich mit dem Kaiser Alexander ist, bedarf der Ausführung nicht.

Gar wunderlich ist auch Mendelssohn's Verlangen, der Prinz hätte die griechische Krone annehmen sollen, „weil sie eine Dornenkrone war", also gewissermaßen aus ascetischen Rücksichten.

Wenn endlich Jemand mit Gervinus der Ansicht ist, der Prinz würde gar nicht der rechte Mann von naturwüchsiger Kraft für Griechenland gewesen sein und sein eigener civilisirter Instinct habe ihn von dieser Aufgabe abgeschreckt*), so kann auch hieraus ein Tadel nicht abgeleitet werden.

Welcher Aufgabe ein ernster Mann sich gewachsen glaubt, muß seinem Gefühl überlassen bleiben und wenn er von einer Aufgabe zurücktritt, zu deren Erfüllung er nicht die hinlänglichen Mittel in oder außer sich gegeben glaubt, so handelt er weise und lobenswerth. Thut er dabei einen früheren übereilten Schritt zurück, so bekundet

*) Das gleiche Ziel haben die etwas boshaften Bemerkungen eines Artikels des Quarterly Review (October 1830): The Greek question.

er sich eben dadurch als ein Besonnener gegenüber dem Abenteurer, dem Schwärmer und dem Thoren, der sich einer übelverstandenen Consequenz opfert, ohne der Sache, der er dienen will, zu nützen.

Welche tiefe Anziehungskraft übrigens die griechische Sache wirklich für Leopold hatte, das zeigte sich öfter in späteren Jahren. Nicht nur in der ersten Zeit, nachdem er König von Belgien geworden und wo ihn begreiflicherweise zuweilen das Gefühl übermannte, daß er mit aller Mühe und Arbeit sich doch nur eine precäre Stellung errungen, sondern auch nachdem seine Lage gesichert erschien und große politische Erfolge gewonnen waren, überkam Leopold zeitweise das Gefühl des Bedauerns, daß der griechische Plan sich nicht verwirklicht habe. Griechenland, meinte er dann, würde seine Phantasie, sein poetisches Bedürfniß mehr befriedigt haben, als die immerhin doch nüchternen belgischen Zustände. Wiederholt sprach er solche Stimmungen gegen Stockmar aus, der ihm einmal in einem uns vorliegenden Briefe Folgendes entgegnet:

„Für die Poesie, die Griechenland gewährt haben würde, gebe ich nicht viel. Die Sterblichen sehen an den Dingen, die sie haben, nur die schlimmen, an den Dingen, die sie nicht haben, nur die guten Seiten. Das ist der ganze Unterschied zwischen Griechenland und Belgien — obgleich nicht zu läugnen, daß wenn der erste griechische König nach vielen Drangsalen umgekommen sein wird, sein Leben dem Poeten einen reichen Stoff zu einem epischen Gedicht liefern könne."

Sechstes Capitel.

Wellington 1829 bis 1852.

Die griechiſche Candidatur des Prinzen Leopold fiel in die Zeit des Miniſteriums Wellington. So war denn die Beſchäftigung mit jenem Anliegen für Stockmar zugleich ein vermehrter Antrieb, den Herzog von Wellington, dem er, wie wir in dem Abſchnitt Claremont ſahen, mit günſtigem Vorurtheil entgegenkam, und deſſen Perſönlichkeit ihm Intereſſe einflößte, auch nach der Seite ſeiner ſtaatsmänniſchen Befähigung und Wirkſamkeit genauer zu ſtudiren.

Verſchiedene Bruchſtücke in ſeinen Papieren zeigen, daß er ſich zu Anfang der dreißiger Jahre mit der Abfaſſung einer längeren Charakteriſtik Wellington's beſchäftigte. Seine Meinung von demſelben war mehr und mehr herabgeſtimmt worden. Wir theilen einige Stellen aus einem jener Bruchſtücke mit.

Ueber Wellington.

„Wie ein Wellington den Lohn des eigenen Verdienſtes und die Gaben des Glücks bewahren und verwalten würde, ſollte mir der Maaßſtab für die höheren Fähigkeiten ſeiner Seele werden. Es brauchte indeß nicht lange Zeit, nicht große Anſtrengung, um zu

bemerken, daß die ihm natürliche Nüchternheit, auf angeborene Unempfindlichkeit gegründet, der berauschenden Einwirkung der ihn umgebenden Schmeichelei nicht widerstanden habe. Sichtlich trübte sich in ihm mehr und mehr die Kenntniß seiner selbst. Täglich wurden sein Thätigkeitstrieb, seine natürliche Herrschsucht ungestümer. Von der Sprache seiner Bewunderer bethört, zu trunken zur Schätzung der eigenen Kräfte, verließ er mit Ungeduld und freiwillig die stolze Stellung des Feldherrn, um sich in die peinlichste der menschlichen Lagen zu versetzen, die Führung der großen Angelegenheiten eines großen Volkes mit den unzulänglichsten Seelenkräften und Kenntnissen zu übernehmen. Kaum hatte er sich dem Staate als erster Minister*) in der Absicht aufgedrängt, zum Ruhme des Kriegers auch noch den des Staatsmannes zu erhalten, als es ihm gelang, durch seine eigene Amtsführung den Glauben der Menge zu erschüttern. Mit lächerlicher Verblendung benutzte er eifrig jede Gelegenheit, um der Welt jene klägliche Unfähigkeit zu beweisen, die es ihm unmöglich machte, den natürlichen Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung zu erkennen. Mit einer seltenen Unbefangenheit bekannte er sich bei der Leitung der wichtigsten Staatsangelegenheiten öffentlich und ohne alles Bedenken zu Fehlschlüssen, die der gewöhnlichste Verstand entdecken konnte, die den Unparteiischen in mitleidiges Erstaunen versetzten, und unter dem Heere der Schmeichler und Parteigänger Bestürzung und Schrecken verursachten. Doch so groß, so befestigt war die vorgefaßte Meinung der Menge zu seinen Gunsten, daß nur die schlagende Beweiskraft der eigenen Handlungen des Mannes sie allmälig erschüttern konnte. Es bedurfte der ganzen Stärke und Hartnäckigkeit jener seltenen Verblendung Wellington's, es bedurfte seiner ganzen Thätigkeit und eisernen Beharrlichkeit, um endlich durch unaufhörliche Wiederholung seiner Irrthümer und Fehler im Volke die gediegene Ueberzeugung schaffen

*) Wellington war vom Januar 1828 bis November 1830 erster Minister.

zu können, Wellington sei einer der ungeschicktesten und verderblichsten Minister die England je gehabt habe."

Zu den größten und folgenreichsten Kurzsichtigkeiten Wellington's gehörte es, daß er den Eintritt des Ministeriums Polignac in Frankreich beförderte und begünstigte. Unter Stockmar's Papieren findet sich darüber eine Niederschrift desselben, die man vielleicht nicht ohne Interesse lesen wird.

Wellington und Polignac.

4. August 1830.

„Für den Geschichtschreiber ist es interessant zu wissen, wie viel Einfluß Wellington auf die jetzigen Ereignisse in Frankreich hatte.

Im Juli 1829*) kam die alte Herzogin D'Escars, eine Ultra-Ultra, alte Bekannte Georg's IV., nach London. Madame du Cayla war mit ihr. Die Herzogin wurde vom König empfangen. Man sprach sogleich in gewissen Kreisen von einem beabsichtigten Ministerwechsel in Frankreich und nannte Polignac als den künftigen Premier. Lord Holland wollte dies damals unmöglich finden. Es wurde jedoch einige Tage darauf wirklich**).

Das Ministerium Martignac war Wellington durch seinen Liberalismus, namentlich in der auswärtigen Politik, unbequem. Er wünschte in Bezug auf die Angelegenheiten Rußlands, der Türkei, Griechenlands gleichgesinnte Männer im französischen Cabinet zu sehen. Er benutzte daher seinen bedeutenden Einfluß auf den König Carl, der Polignac ohnehin äußerst geneigt war, zur Herbeiführung des Ministerwechsels. Er hoffte, Polignac werde in der auswärtigen

*) Nach Lord Palmerston's Journal (Sir H. Bulwer Life of Palm. I, p. 330) hatte Wellington schon im December 1828 den König Carl X. schriftlich aufgefordert, sich von Polignac einen Vortrag über die Gefahren seiner (des Königs) Lage erstatten zu lassen, mit anderen Worten, Polignac zum Minister empfohlen.

**) Polignac übernahm das Ministerium am 8. August 1829.

Politik überall mit ihm übereinstimmen. Er täuschte sich aber völlig über dessen innere Gesinnung und, wäre auch diese eine andere gewesen, so sah ganz Frankreich in Polignac eine Creatur Wellington's und dies allein würde schon Polignac gezwungen haben, den Schein der Unabhängigkeit vom englischen Cabinet möglichst zu bewahren. So fand denn Wellington, daß Polignac sich mehr als er erwartet und gewünscht hatte, zu Rußland hinneigte.

In den inneren Angelegenheiten Frankreichs befolgte Polignac seine eigene wahnsinnige Politik. Daß Wellington dem französischen Cabinet je förmliche Rathschläge gegeben haben sollte, in deren Folge die Schritte geschehen, die zu den jetzigen Ereignissen (der Julirevolution) führten, glaube ich nicht. Daß aber der König Georg IV. und sein Minister Wellington diese Schritte voraussahen und billigten*), daß der König Carl und seine Minister dies wußten und dadurch in ihren Absichten bestärkt und ermuthigt wurden, glaube ich fest. Für diese Meinung spricht die merkwürdige Aeußerung, die Georg IV. Ende März 1830 gegen eine vornehme Person that:

„Wenn", sagte er mit Thränen in den Augen, „der König Carl X. auf dem einmal eingeschlagenen Wege nicht fest beharrt, so ist er verloren; und ich muß dies fürchten, weil ich schon Anzeichen sehe, daß mehrere seiner eigenen Höflinge ihm davon abzugehen rathen."

Diese meine Meinung wird durch die Thatsache bestärkt, daß Carl X. noch Ende April 1830 nichts mehr fürchtete, als daß Wellington's Cabinet umwerfen, und er dadurch dieser moralischen Stütze bei Ausführung seiner Pläne beraubt werden könnte.

Wellington ist der kurzsichtigste Staatsmann, der in langer Zeit existirte. Er hat den ganzen Stand der europäischen Politik durch diese unglaubliche Kurzsichtigkeit verändert und durch seine

*) Vergleiche die vorletzte Anmerkung.

Maaßregeln in allem gerade das Entgegengeſetzte von dem hervorgebracht, was er beabſichtigte."

Es liegt auf der Hand, wie die franzöſiſche Revolution von 1830 „den ganzen Stand der europäiſchen Politik veränderte", wie alſo Wellington durch die Beförderung der Bildung von Polignac's Miniſterium „das Entgegengeſetzte von dem hervorbrachte, was er beabſichtigte." Daß er aber auch in der innerſten Geſinnung Polignac's in Bezug auf England und die auswärtige Politik überhaupt, ſich mächtig täuſchte, davon enthält das nachfolgende merkwürdige Schriftſtück den vollgültigen Beweis.

Ehe wir jedoch daſſelbe mittheilen, müſſen wir, da ſich ſpäter keine Gelegenheit finden wird, im Zuſammenhang auf Wellington zurückzukommen, vorausgreifend erwähnen, daß Stockmar ſeit den vierziger Jahren die Lichtſeiten des Mannes mehr ins Auge fielen. In dieſer letzten Periode ſeines Lebens war Wellington nicht mehr der einſeitige, verrannte Parteimann, er trat überhaupt von der Rolle des Führers und des regelmäßigen thätigen Mitſpielers in den politiſchen Angelegenheiten des Tages zurück in die des Vermittlers und Schiedsrichters, der in wichtigen, beſonders den mehr perſönlichen und ſocialen Streitfällen von allen Parteien angerufen wurde. Zu dieſem Amt befähigte ihn ſeine große Stellung, ſeine Erfahrung, und ſein geſunder nüchterner Verſtand. An Weite des Blicks, an Tiefe der Einſicht fehlte es ihm ja offenbar, und dieſe Seite iſt in dem Fragment Stockmar's ſtark genug hervorgehoben, aber für praktiſche, naheliegende Verhältniſſe hatte er ein ſcharfes Auge, das im höheren Alter nicht mehr von der Leidenſchaft und dem Rauſch des Selbſtgefühls geblendet wurde. Stockmar war in dem bezeichneten Zeitraum wiederholt in der Lage, Wellington's Hülfe bei manchen Verwicklungen anzurufen und Wellington gewährte ſeinen Beiſtand mit der ihm eigenen Entſchiedenheit und

Furchtlosigkeit. Er scheute sich nie ein Odium auf sich zu nehmen. Freilich brauchte er sich in England vor niemand zu fürchten und er fühlte das mit Selbstbehagen. „Mein Rücken", sagte er oft, „ist breit genug, um ein gut Theil zu tragen." Als Wellington im Jahre 1852 starb, so beklagte Stockmar den Verlust einer allgemein anerkannten Autorität, die sich neuerdings als feste Stütze des Königthums bewährt hatte.

Vergleichen wir die zu drei verschiedenen Zeitpunkten von Stockmar über Wellington gefällten Urtheile, so finden sie ihre Vereinigung in der Umkehrung eines bekannten Sprüchworts, in dem Satz: Alles schickt sich nicht für Einen. Wellington erschien groß in seiner ersten Periode als Feldherr; in seiner zweiten als leitender Staatsmann war er der Aufgabe durchaus nicht gewachsen, und in seiner letzten hatte er wieder einen bedeutenden, nützlichen, ihm angemessenen Wirkungskreis gefunden.

Siebentes Capitel.

Polignac's Plan zur Umgestaltung der Karte Europas. September 1829.

Vorbemerkung.

Das Nachstehende ist ein in unseren Papieren befindlicher Auszug aus folgenden Actenstücken, die Stockmar in Abschrift vorlagen:

1. einem aus dem französischen Ministerium des Auswärtigen stammenden historischen Exposé,
2. einem Mémoire du Prince Polignac, présenté au conseil, September 1829,
3. einer Note pour le conseil von eben demselben über den relativen Werth Belgiens und der Rheinprovinzen für Frankreich,
4. dem Entwurf einer Depesche Polignac's an den französischen Gesandten in Petersburg, Herzog von Mortemart.

Im August 1829 glaubte man allgemein an den Sturz des Ottomanischen Reiches. So auch Wellington und Aberdeen. Zwar England und Oesterreich hätten die Catastrophe gern zu verhindern gewünscht, aber wie sollten sie Frankreich und Preußen zu einem

Bunde gegen Rußland bewegen? „Nous avous garanti, ſagt das Exposé, à cette puissance (Rußland), sous des conditions données, sa liberté d'action, comme elle avait garanti la nôtre en 1823“ (Intervention in Spanien).

Unter dieſen Umſtänden ſchlug Metternich eine neue Taktik ein. Er legte in Berlin und Petersburg einen Theilungsplan vor, in dem Frankreich nicht bedacht war.

Die Preußen (Bernſtorff, Ancillon) hoben in ihrer Antwort die Schwierigkeiten einer Theilung hervor, die durch die widerſtreitenden Anſprüche der vielen Liebhaber entſtehen müßten, welche ſich finden würden. Sie meinten, man müſſe das Phantom des türkiſchen Reiches ſo lange als möglich erhalten.

Rußland dagegen wandte ſich an Frankreich und forderte es auf, ihm ſeine Meinung auszuſprechen. Er wünſche den Sturz der Türkei nicht, ſagte Kaiſer Nicolaus, derſelbe ſei aber vorherzuſehen; könnten Frankreich und Rußland ſich verſtändigen, ſo würden ſie die Lage beherrſchen *).

Der Fürſt Polignac rieth auf die ruſſiſche Einleitung einzugehen. Seine Grundgedanken waren die folgenden. Bei jeder an den Fall des türkiſchen Reiches geknüpften Berechnung müſſe man das Ziel, Englands Seeherrſchaft zu brechen, ins Auge faſſen. Der Wiener Congreß habe den Fehler begangen, um die Unabhängigkeit des Continents zu retten, die engliſche Seeherrſchaft neu zu beſtätigen und befeſtigen. Jetzt müſſe, im Gegenſatz dazu, Frankreich ſeine alte traditionale Politik | für das Princip der Freiheit der Meere wieder aufnehmen. England ſchrecke den Continent mit dem ruſſiſchen Geſpenſt und doch habe ſich die ruſſiſche Offenſivkraft verhältnißmäßig nicht bedeutend gezeigt, während die Kriegsmarine der ganzen Welt der engliſchen nicht gewachſen ſei. Der Wiener Con-

*) Dieſelben Redensarten, die in unſeren Tagen derſelbe Kaiſer bei ſeiner berühmten Unterredung mit Sir Hamilton Seymour, nur in anderer Richtung, gebrauchte.

greß habe aber noch einen Fehler begangen, den, Europa gegen Rußlands Angriff offen, Preußen zu schwach zu lassen, während man dieses stärken, Rußland nach Asien hindrängen müsse. Sodann enthielten die Verträge von 1815 bitteres Unrecht gegen Frankreich, dem nicht nur Herstellung der Grenze von 1789, sondern darüber hinaus territoriale Vergrößerung gebühre.

Auf diesen von Carl X. gebilligten Grundanschauungen ruhte das von Polignac im September 1829 dem Conseil vorgelesene Memoire.

Polignac verlangt darin für Frankreich: Belgien bis zur Maas, zu den Scheldemündungen und zum Meer. Belgiens Besitz sei Frankreich nothwendig, um Paris gegen eine Invasion zu decken, nachdem einmal in Folge der Centralisation Frankreichs durch die Revolution, das Schicksal von Paris für das von Frankreich entscheidend geworden.

Der Dauphin entgegnete hierauf in der ersten Conseilsitzung, England werde nie zugeben, daß Antwerpen in Frankreichs Hände komme, und schlug deswegen vor, statt Belgiens sich die Rheinprovinzen beizulegen.

Polignac erwiderte: „Das beweist eben nur, daß wir Antwerpen haben müssen. Entweder wir lassen uns auf ewig die Verträge von 1815 gefallen oder wir entschließen uns, die Feindschaft Englands auf uns zu nehmen. Mit Rußland, Preußen, Bayern und dem größeren Theil des übrigen Deutschlands im Bunde, können wir England zwingen."

Nachdem die erste Conseilsitzung ohne Resultat verlaufen war, las Polignac zur Widerlegung des Dauphin in der zweiten ein Memoire über den relativen Werth Belgiens und der Rheinprovinzen. Er sagt darin, die letzteren liegen geographisch nicht so bequem, seien nicht so leicht zu vertheidigen und administriren. Belgien dagegen stärke Frankreichs maritime Kraft, aber der Continent könne es ruhig in Frankreichs Händen sehen, das er an der Spitze eines

Bundes für die Freiheit der Meere erblicke. Der Erwerb der Rheinprovinzen würde dagegen eine aggressive Stellung gegen Deutschland nach sich ziehen. Und wiederum, begnüge sich Frankreich mit den Rheinprovinzen, so werde man ihm dies als Furcht vor England auslegen, und es schade damit seinem Ansehen.

Hierauf zog der Dauphin seinen Gegenvorschlag zurück.

Rußland sollte nach Polignac's großem Memoire nach Asien hingeschoben werden. Er überwies ihm die Moldau und Wallachei, Armenien und von Anatolien so viel es wolle. Möge es sich einen Weg nach Indien bahnen, möge es eine maritime Position am Mittelmeer gegen England einnehmen.

Oestreich erhielt nach Polignac's Plan zur Verstärkung seiner maritimen Stellung Bosnien und Serbien.

Der Rest der Europäischen Türkei sollte ein christliches Reich unter dem König der Niederlande bilden, womit ein bedeutendes maritimes Gegengewicht gegen England geschaffen wäre; Egypten, Syrien, Arabien, die Barbaresken, ein mohamedanisches unter Mehemet Ali.

Auch der Norden Europas wird nach Polignac's Denkschrift mit Rücksicht auf die Stärkung desselben in maritimer Beziehung reorganisirt, und zu dem Ende Holland mit Preußen vereinigt. Die Verbindung Hollands mit Belgien, heißt es, war von England nur ersonnen, um Hollands maritimes Genie zu ersticken, Holland von Belgien absorbiren zu lassen.

Auf der anderen Seite wird das Centrum der Preußischen Monarchie durch das Königreich Sachsen verstärkt.

Der König von Sachsen wird als König von Austrasien nach Aachen verpflanzt und erhält das Preußische Land zwischen Rhein und Maas.

Preußen behält jedoch den nördlichen Theil seiner Rheinprovinzen, behufs der Verbindung mit Holland. Der südliche Theil kommt an Bayern, zur Herstellung der Contiguität beider Theile

dieſer Monarchie. Für den Fall, daß im etwaigen Krieg gegen Oeſterreich Bayern ſich Frankreich anſchlöſſe, würden demſelben das Innviertel, der Hausrück und Salzburg in Ausſicht zu ſtellen ſein.

Englands Zuſtimmung zum ganzen Plan wäre mittelſt der Holländiſchen Colonien zu erkaufen.

Dieſes Projekt beſchloß das Conſeil an Mortemart nach Petersburg zu ſchicken. Die an denſelben aufgeſetzten Inſtructionen beſagen:

„Das Memoire iſt der Ausdruck unſerer Wünſche, wir beſtehen jedoch nicht auf allen Einzelnheiten. Das Mittel der Ausführung könnte ein Congreß ſein, auf dieſen würden wir jedoch nur eingehen, wenn uns Rußland Belgien vorher beſtimmt zuſagte. Der beſſere Weg ſcheint uns ein geheimes Einverſtändniß der beiden Cabinette, in das man dann Preußen und Bayern hineinzöge. Oeſtreich hätte man dann in der Hand und England wäre iſolirt. Der Beitritt Preußens wäre unerläßliche Bedingung eines Abſchluſſes mit Rußland. Sollte übrigens der Friede Rußlands mit der Türkei bereits unterzeichnet ſein, ehe der Geſandte von ſeinen Inſtructionen Gebrauch gemacht, ſo hat er ſie als nicht ergangen anzuſehen."

In der That wurde der Friede von Adrianopel unterzeichnet (14. September), ehe die Inſtruction nur nach Petersburg abgegangen war und ſomit blieb das ganze große Project auf ſich beruhen.

Es iſt ein merkwürdiges Zeugniß dafür, wie gewiſſe Gelüſte in Frankreich zu allen Zeiten und unter allen Regierungen beſtanden haben.

Achtes Capitel.

Die belgiſche Sache bis zum Vertrag vom 15. November 1831.

Es war ein eigenes Geſchick, daß der Prinz Leopold, nachdem er im Mai 1830 die griechiſche Krone abgelehnt, ſchon ein Jahr darauf von einem anderen Volke zum König begehrt ward.

Die belgiſche Revolution hatte ſich Ende September 1830 in Folge des mißglückten Angriffes des Prinzen Friedrich der Niederlande auf Brüſſel vollendet*). Ein Brief der Fürſtin Lieven an den Prinzen ſchildert lebhaft den erſten Eindruck, den die Nachricht davon in England hervorbrachte. Sie ſchreibt:

---

*) Man wird eine Stelle aus einem Briefe des Fürſten Metternich an einen guten Bekannten Stockmar's, Sir Robert Adair, über die belgiſche Revolution nicht ohne Intereſſe leſen. „Le peuple belge est facile à conduire pour ceux qui savent comment il doit être conduit. Il tient de l'esprit de calcul des Hollandais, du mouvement français et du cagotisme espagnol. Si le Roi Guillaume avait su gouverner la Belgique il la posséderait aujourd'hui. Ce collège philosophique de Louvain et le refuge des carbonaris français ont été pour lui de mauvais éléments de puissance. L'empereur Joseph a aussi voulu faire de la philosophie, et elle lui a bien mal réussi. Il est inconcevable qu'après un exemple aussi frappant le roi Guillaume ne se soit pas pris pour averti. Mais ce roi est aussi de ces hommes qui n'oublient et n'apprennent rien, et avec ce défaut on perd des trônes.“

Brighton 1. October 1830.

„Ah, monseigneur, que de mauvaises nouvelles depuis la dernière lettre que j'eus l'honneur d'écrire à V. A. R.! Je dinais avant hier au Pavillon*). Le Duc de Wellington y vint, très-calme, très-assuré que les affaires Belges devaient être terminées, que Bruxelles devait s'être soumis. Après le diner arriva un courrier de Londres, portant la nouvelle que l'armée du roi s'était retirée. Il en fut accablé, atterré, „diablement mauvaise affaire!“. Les mêmes nouvelles portaient qu'un grand nombre de militaires français avait dirigé la défense de Bruxelles. Sans voir trop noir dans l'avenir, on peut se dire qu'une guerre générale sera la conséquence inévitable de cet état de choses; et par quoi et quand finira-t-elle? En vérité il y a de quoi confondre les meilleures têtes; que vont devenir celles, qu'assez d'expérieuce nous a appris à regarder comme bien médiocres?

Le Duc de Wellington me paraît très-engoué de Mr. de Talleyrand; il dit de lui que c'est un très-honnête homme. La probité de Mr. de Talleyrand me rappelle l'esprit de Mr. de Polignac**).“

Günſtige Umſtände vereinigten ſich indeß, um die Befürchtungen, die belgiſche Revolution werde den Frieden Europas ſtören, nicht zur Wahrheit werden zu laſſen. Wir nennen hier nur drei Hauptmomente: die liberale Strömung in England, die Wellington erſt lähmte und dann die Whigs ans Ruder brachte, der polniſche Aufſtand, der Rußland in Anſpruch nahm, die Friedensliebe des Königs von Preußen. Gewiß iſt, daß Rußland im erſten Moment zum bewaffneten Einſchreiten getrieben, ſich zur Stellung von 60,000 Mann

*) Nämlich in Brighton, beim König.

**) Den Wellington 1829 auch geprieſen hatte.

nach den geheimen Verträgen von 1815*) erboten und England zur Mitwirkung aufgefordert, daß aber das Toryministerium solche abgelehnt hatte, weil der Geist der Zeit sie einem jeden englischen Ministerium unmöglich machte.

Nachdem der König Wilhelm Anfangs October die fünf Großmächte als Unterzeichner der Verträge von Paris und Wien, welche das Königreich der Niederlande begründet hatten, angerufen, traten deren Bevollmächtigte in London zu einer Conferenz zusammen. Das erste Conferenzprotocoll vom 4. November schlug Holland und Belgien einen Waffenstillstand vor, den beide Theile annahmen. Am 10. November versammelte sich der belgische Nationalcongreß, der am 18. die Unabhängigkeit Belgiens, am 22. die Monarchie als Regierungsform, am 23. die Ausschließung des oranisch-nassauischen Hauses aussprach. Am 20. December erkannte die Londoner Conferenz die Unabhängigkeit Belgiens im Princip an und am 20. resp. 27. Januar 1831 stellte sie die sogenannten Bases de séparation fest, d. h. den Entwurf von Präliminarien zu einem Abkommen über die Trennung und Auseinandersetzung zwischen Holland und Belgien. Diese Präliminarien wurden von Holland angenommen, von Belgien verworfen, welches die Bestimmungen über die Theilung des Gebiets und der Schulden seinen Interessen zu nachtheilig fand. Die Bases nämlich wiesen Holland den alten Besitzstand der Republik

*) In den Frieden von Chaumont vom 1. März 1814 (Art. 7) hatten Oestreich, Rußland, England und Preußen sich gegenseitig für den Fall eines neuen Angriffs Frankreichs nach dem von ihnen bezweckten Frieden versprochen, dem Angegriffenen mit je 60,000 Mann zu Hülfe zu kommen. Der Tractat von Chaumont wurde zunächst nach der Rückkehr Napoleon's von Elba in einem Allianzvertrage zu Wien am 25. März 1815 erneuert (Klüber, Acten des Wiener Congr. I. Heft 4, S. 59). In dem gleichzeitig mit dem zweiten Pariser Frieden geschlossenen Quadrupelallianztractat vom 20. November 1815 (Martens N. Rec. II, 736) wurden die angeführten Bestimmungen des Vertrages von Chaumont wiederholt und auf dem Aachner Congreß 1818 erklärten die vier Mächte in geheimer Conferenz die Verpflichtungen vom 20. November 1815 unter sich aufrecht zu halten (Vergl. Gervinus Geschichte des 19. Jahrhunderts Bd. II, S. 279).

der Vereinigten Niederlande vom Jahre 1790 zu und gewährten Belgien das übrige Gebiet des 1815 gebildeten Vereinigten Königreichs, ſprachen aber Luxemburg ihm völlig und ohne Weiteres ab; ſie legten ihm ferner $^{16}/_{31}$ der Geſammtſchuld des bisherigen Vereinigten Königreichs auf.

Die Belgier verſuchten nun eine Zeit lang im Vertrauen auf die Unterſtützung Frankreichs, welches der Conferenz gegenüber eine doppelte Rolle ſpielte, ihren eigenen Weg zu gehen*) und Europa den Rücken zu kehren. Der Congreß ſchloß die Conſtitution ab und wählte am 3. Februar 1831 den Herzog von Nemours zum König. Louis Philipp wagte indeß den übrigen Mächten nicht Trotz zu bieten und ſchlug am 17. Februar die Krone für ſeinen Sohn aus. Zu dieſem erſten Mißerfolg geſellten ſich im Laufe der Monate März und April manche andere gewichtige Umſtände, welche den Verſtändigen unter den Belgiern die doppelte Ueberzeugung beibringen mußten:

1. Daß Belgien ohne Verſtändigung mit der Londoner Conferenz nicht von der Stelle kommen konnte
2. Daß zugleich die Fortdauer des Proviſoriums für daſſelbe höchſt gefahrvoll war.

Die Verzögerung einer definitiven Geſtaltung Belgiens mußte namentlich das Wuchern aller extremen, heftigen Elemente und der anarchiſchen Zuſtände im Innern begünſtigen und den bereits wiederholt aufgetauchten Plänen, die belgiſche Verwicklung durch eine Theilung des Landes unter die Großmächte zu löſen, förderlich ſein.

Es war das Verdienſt des Miniſteriums Lebeau-Devaux**), dieſe Gefahren ſcharf ins Auge zu faſſen und die Errettung des

*) Das Nähere über das doppelte Spiel Frankreichs ſiehe bei Bulwer: Life of Lord Palmerston I, p. 27 — 135.

**) Nachdem Louis Philipp die Krone für ſeinen Sohn ausgeſchlagen, hatte der belgiſche Congreß den Baron Surlet de Chokier zum Regenten (Reichsverweſer) gewählt, deſſen zweites am 28. März eingetretenes Miniſterium das obengenannte war.

Landes vor denſelben mit Energie und Geſchick anzugreifen. Der Gedanke des Miniſteriums war, die Revolution durch die Wahl des Prinzen Leopold zum König und durch neue Verhandlungen mit der Conferenz, wodurch günſtige Modificationen der Baſen vom 20. bis 27. Januar zu erlangen wären, zum Abſchluß zu bringen.

Leopold's Name war ſchon im November 1830 in der erſten Zeit nach dem Zuſammentritt des belgiſchen Nationalcongreſſes von einzelnen Belgiern, wie namentlich von Van de Weyer, genannt worden. Damals aber war in Belgien die Tendenz, ſich auf Frankreich zu ſtützen, noch vorherrſchend. Auch nicht einmal in England konnte zur Zeit noch jener Name Anklang finden. Das Miniſterium Wellington, bei dem Leopold ſeit der griechiſchen Sache in der höchſten Ungnade ſtand, wollte nichts von der Unabhängigkeit Belgiens wiſſen, und auch das am 16. November an deſſen Stelle getretene Miniſterium Grey fand ſich nur allmälig in dieſen Gedanken, und wurde noch ſpäter erſt der am Hofe nicht gern geſehenen Candidatur des Prinzen geneigt, während es anfänglich die des Prinzen von Oranien begünſtigt hatte. Frankreich hätte nur gar zu gern die belgiſche Krone für den Herzog von Nemours angenommen. Als Anfang Januar 1831 das Mitglied der proviſoriſchen Regierung, Mr. Geudebien, den König Louis Philipp über die eventuelle Wahl des Prinzen Leopold und eine Verbindung deſſelben mit einer der Prinzeſſinnen von Orleans ſondirte, lobte der König den Prinzen gar ſehr, machte aber keine Hoffnung auf Verwirklichung dieſer Projecte*). Der Miniſter, Graf Sebaſtiani, aber ſagte voll Zorn zu

*) Geudebien in ſeinen Révélations historiques sur la révolution de 1830, erzählt Folgendes: Je dis au Roi que le second objet de ma mission était de demander son agrément pour l'élection du Prince Léopold de Saxe-Cobourg et une alliance avec une Princesse d'Orléans. Le Roi me répondit: „je connais depuis longtemps le Prince Léopold; c'est un beau cavalier, un parfait gentilhomme, très-instruit, très-bien élevé; la Reine le connait aussi, et apprécie les avantages de sa personne. Mais . . . il y a un mais, qui n'a rien de déso-

Goudebien: „si Saxe-Cobourg met un pied en Belgique, nous lui tirerons des coups de canon.“

Nachdem jedoch die Candidatur von Nemours definitiv beſeitigt war, befreundeten ſich England und Frankreich mehr und mehr mit dem Gedanken, Leopold auf dem belgiſchen Thron zu ſehen. Gegen Mitte April gaben ſie vertraulich zu erkennen, daß ſie dem Prinzen nicht abgeneigt ſeien, und von franzöſiſcher Seite eröffnete man gleichzeitig die Ausſicht, daß die gewünſchte Verbindung etwa ein Jahr nach der Thronbeſteigung Leopold's zugeſtanden werden dürfte*).

So ſandte denn das Miniſterium Lebeau eine Deputation von vier Mitgliedern des Congreſſes nach London, um die Abſichten des Prinzen für den Fall vertraulich zu erforſchen, daß der belgiſche Congreß ihm die Krone anbieten würde. Die Abgeſandten kamen am 20. April an, und wurden, nach einer vorläufigen Conferenz mit Stockmar, am 22. in Marlborough-Houſe von dem Prinzen empfangen.

Lebeau war von dem Wunſche und der Hoffnung ausgegangen, Leopold zu einer einfachen und unbedingten Annahme der Krone bewegen zu können, um dann, unter deſſen Schutz und Einfluß, die mit der Conferenz zu eröffnenden Verhandlungen zum günſtigen Ziele führen zu können. Die Deputirten mußten ſich aber ſofort in der erſten Unterredung mit dem Prinzen überzeugen, daß dieſer die Annahme der Krone durchaus von dem vorgängigen Zuſtandekommen einer Vereinbarung mit der Conferenz über die weſentlichen Bedingungen der Conſtituirung Belgiens, alſo beſonders die Frage der Grenzen und der Staatsſchulden, abhängig machen werde. Die Erfahrungen, welche der Prinz in der griechiſchen Sache gemacht hatte, führten ihn dazu, diesmal unerſchütterlich auf dem richtigen

bligeant pour la personne et les qualités du Prince; il y a des répugnances de famille, des préjugés peut-être, qui s'opposent à l'union projetée.“

*) Schon am 24. Februar hatte ſich Frankreich in dieſem Sinne gegen England geäußert. Bulwer, Life of Palmerston II, 43, Note.

Standpunkt zu beharren, daß er eine ihm angetragene Krone nicht ohne Weiteres annehmen und die Erlangung günstiger Existenzbedingungen für den sich ihm darbietenden Staat von der Zukunft erwarten dürfe, daß er vielmehr es sich selbst, wie den Belgiern, schuldig sei, die Sicherung einer annehmbaren Gestaltung des ihm Angebotenen, zur Vorbedingung seiner Annahme zu machen.

„Damit meine Wahl möglich, und damit sie der belgischen Sache nützlich sei," so lautete seine Antwort an die Deputation, „muß sich gleichzeitig die Lösung der territorialen und finanziellen Schwierigkeiten damit verknüpfen, müssen Belgien und sein König von Europa anerkannt werden können. Ich kann nicht die Souveränetät über einen Staat annehmen, dessen Gebiet von allen Mächten bestritten wird. Das hieße mich, indem ich den belgischen Boden betrete, ohne Nutzen für Euch, gegen die ganze Welt in Kriegszustand versetzen."

Vergeblich war alles Andringen der belgischen Commissare auf eine sofortige und unbedingte Annahme, zu welcher Lebeau von Brüssel aus beständig in der lebhaftesten Weise aufforderte. „Bemerken sie dem Prinzen," schreibt er an die Deputirten am 24. April, „daß das Land, dessen Geduld erschöpft ist, wohl berechtigt ist, eine rasche Lösung herbeizuwünschen." Dann wieder am 28. April: „Die Wahl muß den Eingang und nicht den Schluß der Verhandlungen bilden," und am 8. Mai: „Ich weiß nicht, ob der Krieg noch im Stande ist, die Anarchie abzuwehren. Gewiß aber ist, daß sie nur, entweder durch eine baldige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten oder durch die Anzeige der Annahme des Prinzen Leopold zu vermeiden ist."

„Wir stehen im Begriff, den Congreß auf den 15. oder spätestens 18. zu berufen. Können wir bei seinem Zusammentritt nicht die Wahl des Prinzen durchsetzen, so steht uns das größte Unheil bevor.

ist aber nicht zu denken, ohne das ausdrückliche Verinnahme sonder Vorbehalt und Einschränkung. Ich

übertreibe nicht. Wir ſind von einem furchtbaren Umſturz bedroht; Franzoſenfreunde, Republikaner, Orangiſten reichen ſich die Hand. Die ſofortige Wahl kann allein das Gewitter beſchwören."

Der Prinz blieb bei ſeinem Entſchluß.

In einem anderen Punkte, der gleich in den erſten Verhandlungen mit den belgiſchen Commiſſaren zur Sprache kam, zeigte Leopold ſich jedoch den Wünſchen des belgiſchen Miniſteriums geneigt. Er verſprach die Conſtitution eventuell ohne Einſchränkung und Vorbehalt anzunehmen.

Welchen Einfluß in dieſer Beziehung Stockmar auf ihn geübt; darüber hat nach deſſen mündlicher Erzählung der Münchener Karl Friedrich Neumann in den „Deutſchen Jahrbüchern für Politik und Literatur", Bd. 8, S. 315, einen nach unſeren Erinnerungen durchaus getreuen und charakteriſtiſchen Bericht veröffentlicht.

„Einſtens ſprachen wir, erzählt Profeſſor Neumann, bei einem freundlichen Mittagsmahl zu München über die Regierung des Königs Louis Philipp und das gewiſſenloſe Spiel ſeiner Rathgeber, wie ſie die Verfaſſung fälſchten, und höchſt wahrſcheinlich eine neue Revolution heraufbeſchwören würden. Es war dies mehrere Jahre vor den Februarereigniſſen*). „Ich habe großes Vertrauen zu den Völkern," ſprach Stockmar, „ſie fühlen, wenn auch nicht alsbald, doch nach einiger Zeit es durch, wer ehrlich mit ihnen verfährt und wer ſie blos mittelſt nichtigen Scheins blenden will. Ich halte es mit unſerem altväterlichen, deutſchen Sprüchwort: ehrlich währt am längſten, oder, wie die Engländer ſagen, honesty is the best policy. In dieſem Sinne lauteten alle meine Aeußerungen, wenn Leopold über dies und jenes meine Meinung zu hören wünſchte. Ich will Ihnen, Herr Profeſſor, ein Beiſpiel erzählen, welches für Jemanden, der an der Univerſität über neueſte Geſchichte lieſt, von Intereſſe ſein kann."

*) Es war im Winter 1844 bis 1845.

„Nach einer sorgfältigen Prüfung der belgischen Verfassung zweifelte mein Herr, ob mittelst solcher Gesetze ein Staat regiert, Freiheit und Ordnung, die zwei untrennbaren Bedingnisse eines fortgeschrittenen menschlichen Gemeinwesens erhalten werden könnten. „„Lieber Stockmar,““ sprach Leopold, „„lesen Sie doch einmal die Constitution und sagen Sie mir Ihre Meinung.““ Ich habe das neue belgische Grundgesetz, fuhr der Baron fort, mit großer Aufmerksamkeit durchgegangen, die verschiedenen Artikel mit einander verglichen, und in der That gefunden, daß die Macht der Regierung gewaltig beschränkt ist. Da hat mir mein festes Vertrauen zum Volke durchgeholfen. „„Wahr,““ so ungefähr sprach ich zu meinem einsichtsvollen Herrn, „„vollkommen wahr, die Macht des Königs und seiner Minister ist durch diese Constitution gar sehr beschränkt. Versuchen Sie es, ob sich alle diese Freiheiten mit der Ordnung vereinigen lassen, versuchen Sie es, nach dem Geiste dieser Constitution, und zwar mit der größten Gewissenhaftigkeit, zu regieren. Finden Sie dann, daß mit diesem Grundgesetz eine gute Regierung unmöglich ist, so erlassen Sie nach einiger Zeit eine Botschaft an die Kammern, worin Sie Ihre Erfahrungen offen darlegen, und die Mängel der Constitution nachweisen. Haben Sie in der That nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, dann wird Ihnen das Volk sicherlich zur Seite stehen, und gern alle Aenderungen vornehmen, deren Nothwendigkeit erweislich ist.““

„König Leopold befolgte meinen Rath. Sie wissen, Herr Professor, es haben sich keine bedeutenden Mißstände gezeigt; Sie wissen, Belgien steht in vielen Beziehungen als Muster da unter den europäischen Staaten.“

Da aber der Prinz in Bezug auf die Annahme der Krone, nicht, wie in Hinsicht der Verfassung, den Wünschen des belgischen Ministeriums nachgeben konnte, so ergab sich denn für dieses die Nothwendigkeit, die Wahl Leopold's einigermaßen aufs Ungewisse

veranlassen, allerdings mit der sicheren Aussicht auf dessen

Annahme unter gewiſſen Bedingungen, aber einer eben doch durch die Vorausſetzung bedingten Ausſicht, daß die noch gar nicht angeknüpften Verhandlungen mit der Conferenz ein günſtiges, d. h. mindeſtens den Großmächten, dem belgiſchen Congreß und dem Prinzen annehmbares Reſultat erzielt haben würden.

Am 4. Juni ging nach heftigen parlamentariſchen Stürmen die Wahl Leopold's im Congreß durch, dieſer entſandte eine Deputation nach London, um den Beſchluß zu des Prinzen Kenntniß zu bringen. Zugleich aber ſchickte das Miniſterium zwei Commiſſäre, die Herren Devaux und Rothomb, über den Canal, um die Verhandlungen mit der Conferenz zu eröffnen, von denen jeder weitere Fortſchritt der belgiſchen Angelegenheit abhängen mußte. Die Deputation und die Commiſſäre ſtiegen in London in einem und demſelben Hôtel ab.

Beide befanden ſich durch die Umſtände in einem gegenſeitigen Verhältniß, das ſeine komiſche Seite hatte. Die Deputirten des Congreſſes konnten von dem Prinzen erſt nach der Beendigung der den Commiſſären aufgetragenen Verhandlungen officiell empfangen werden, weil der Prinz, nach dem von ihm behaupteten Standpunkt, vorher auf die ihm von den Abgeſandten des Congreſſes zu machende Mittheilung überhaupt gar keine beſtimmte Antwort ertheilen konnte. Sie erwarteten dieſen Augenblick mit begreiflicher Ungeduld vom 8. bis 26. Juni und fragten von Zeit zu Zeit die Commiſſäre etwas eiferſüchtig: wann werdet ihr uns denn die Thüren aufmachen? -

Während dieſer Wochen gelang es jedoch den Commiſſären unter der fortdauernden eifrigen officiöſen Mitwirkung des Prinzen, von der Conferenz diejenigen für Belgien wichtigen und vortheilhaften Modificationen der Bases de séparation vom Januar zu erlangen, welche in den dem Conferenzprotocoll vom 27. Juni angehängten ſogenannten 18 Artikeln enthalten ſind.

In Bezug auf das Gebiet beſtand der Gewinn, welchen die

18 Artikel für Belgien boten, zunächſt darin, daß ſie die luxemburgiſche Frage ausſchieden und offen ließen und die Aufrechthaltung des Belgien günſtigen Status quo in Luxemburg während der Separatverhandlung verhießen, welche über dieſes Land zwiſchen Belgien einer- und Holland reſp. dem deutſchen Bund anderſeits zu eröffnen ſei. Sodann wurden Belgien die nöthigen Garantien wegen der Schifffahrt auf der Schelde, des Gebrauchs des Canals von Terneuſe und der Regulirung des Waſſerablaufs der beiden flandriſchen Provinzen gegeben. Endlich erkannten die 18 Artikel im Princip den Anſpruch Belgiens auf die nach dem Beſitzſtand von 1790 in dem Gebiet der holländiſchen Republik enclavirt geweſenen fremden Territorien an und eröffneten den Belgiern damit die Möglichkeit, gegen dieſe Enclaven von Holland die Provinz Limburg ganz oder theilweiſe einzutauſchen.

Hinſichts der Theilung der Staatsſchulden aber ſtellten die 18 Artikel den gerechten und für Belgien vortheilhaften Grundſatz auf: daß jedes der beiden Länder die Schulden zu tragen habe, die es in die Gemeinſchaft eingebracht, und die während der Gemeinſchaft contrahirten nach einem billigen Verhältniß getheilt werden ſollten.

Die 18 Artikel wurden am 26. Juni unterzeichnet und noch an demſelben Tage empfing Leopold in Marlborough-Houſe die Deputation des Congreſſes, welche ihm den Beſchluß, der ihn auf den Thron berief, überreichte. Er nahm die belgiſche Krone mit den Worten an:

„Ich nehme das Anerbieten, das Sie mir machen, an, wohl verſtanden unter der Vorausſetzung, daß es an dem Congreß ſein wird, die Maaßregeln zu ergreifen, welche allein den neuen Staat conſtituiren und dadurch ihm die Anerkennung der europäiſchen Staaten ſichern können."

Noch präciſer drückte er daſſelbe in einem Briefe von demſelben Tage an den belgiſchen Regenten aus: „Sobald der Congreß die

ihm von der Londoner Conferenz vorgeſchlagenen Artikel angenommen haben wird, ſo werde ich die Schwierigkeiten als für mich gehoben anſehen und mich unverzüglich nach Belgien begeben können."

Am 29. Juni wurden dem belgiſchen Congreß die Antwort des Prinzen und die 18 Artikel mitgetheilt. Die am 1. Juli eröffnete Discuſſion dauerte unter den heftigſten Redeſtürmen bis zum 9., wo die Annahme der 18 Artikel erfolgte. Am 11. langte eine vom Congreß ernannte Deputation in London an, um dem erwählten König die Annahme der 18 Artikel anzuzeigen und ihn nach Belgien zu geleiten.

Die von Leopold geſtellte Bedingung war alſo eingetroffen und der Prinz mithin nun durch ſein Wort gebunden, ſich den Belgiern nicht zu entziehen. Indem er ſich zur Abreiſe rüſtete, konnte er ſich jedoch nicht verhehlen, wie precär immerhin ſeine Lage war. Die 18 Artikel waren ein von den Großmächten aufgeſtellter Entwurf zu Präliminarien für einen zwiſchen Belgien und Holland abzuſchließenden Vertrag. Sie waren von belgiſcher Seite angenommen, ließ ſich aber erwarten, daß Holland ſie gleichfalls annehmen werde? Die Conferenz hatte am 27. Juni beſchloſſen, ſie durch den öſtreichiſchen Bevollmächtigten, Baron Weſſenberg, nach dem Haag überbringen zu laſſen, der die nöthigen Erläuterungen darüber zu geben, angewieſen war, um deren Annahme herbei zu führen. Aber nach der vorausgegangenen Sprache Hollands ließ ſich nicht hoffen, daß dieſer Schritt von Erfolg ſein werde. Wie nun, wenn Holland ablehnte? In welcher Lage befand ſich dann Leopold? Die Conferenzmächte hatten ihn zwar ſeit ſeiner Wahl in jeder Weiſe thatſächlich zur Annahme der ihm gebotenen Krone ermuthigt, ja gedrängt, aber es lag kein officieller Act derſelben vor, kein förmliches Verſprechen, daß ſie ihn anerkennen, noch weniger, daß ſie ihn im Beſitz ſchützen würden. Unter dieſen Umſtänden mußte dem Prinzen alles darauf ankommen, wenigſtens von den Conferenzbevollmächtigten möglichſt beſtimmte mündliche Zuſicherungen zu erlangen. Er empfing dieſelben

am 12. Juli, und legte ihnen unumwunden die Frage vor: „werden die sämmtlichen Mächte mich auf der Stelle anerkennen, wenn ich, ohne die Antwort des Königs von Holland abzuwarten, nach Brüssel gehe?“ „Ja, auch dann (oui, quand même), antwortete der russische Bevollmächtigte Graf Matuszewic, denn in diesem Falle werden wir die Mittel finden, den König von Holland zur Annahme zu nöthigen.“ Erst hierauf empfing der Prinz die Deputirten des Congresses und setzte die Zeit seiner Abreise nach Brüssel fest. Zwei Tage zuvor traf die Nachricht ein, daß König Wilhelm von Holland die Annahme der 18 Artikel verweigere, und nun erklärten die russischen, preußischen und östreichischen Bevollmächtigten, daß ihre Staaten die Anerkennung des Prinzen als König von Belgien einstweilen verschieben müßten. England und Frankreich ihrerseits verhießen das Versprechen der Anerkennung halten zu wollen. So kam der Prinz in die unangenehme Lage, sich darüber entscheiden zu müssen, ob er das von ihnen gegebene Wort wegen der einstweiligen Verweigerung seiner formellen Anerkennung von Seiten Rußlands, Preußens und Oestreichs, nach allem was vorher gegangen war, zurücknehmen könne und dürfe und ob für ihn die gehoffte Unterstützung Englands und Frankreichs thatsächlich schwerer ins Gewicht fallen werden, als die vom Uebelwollen nicht weit entfernte passive Haltung der drei anderen Mächte. Er entschied sich für die Heilighaltung seines gegebenen Worts und ging seinem neuen Beruf mit muthiger Entschlossenheit entgegen, ohne sich die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung desselben entgegenstellen würden, zu verbergen.

An dem Tage, wo der Prinz London verließ, am 16. Juli, vollzog er noch einen Act, wodurch er bedeutende pecuniäre Interessen zum Opfer brachte. Er verzichtete auf sein englisches Jahrgeld von 50 000 Lstrl., das ihm formell durch seinen Heirathsvertrag und die zu dessen Ausführung ergangene Parlamentsacte auf Lebenszeit, also auch nach dem Tode der Prinzeß Charlotte, also auch wenn er

König von Belgien würde, geſichert war. Entſcheidende Gründe hierfür lagen in politiſchen Erwägungen. Der König von Belgien als engliſcher Penſionär hätte nie das rechte Anſehen, die rechte Achtung, die rechte unabhängige Stellung, weder ſeinem Lande, noch England, noch den übrigen Mächten gegenüber, gehabt. Der große politiſche Succeß, den Leopold erlangt hat, wäre ihm, als engliſchem Penſionär, geradezu unmöglich geweſen. Es war Stockmar, der dieſen Geſichtspunkt bei ſeinem Herrn auf das nachdrücklichſte geltend machte und den Entſchluß des Verzichts durchſetzte, wie er denn überhaupt nie anſtand, den Fürſten, die er berieth, für höhere, wenn auch nicht in nächſter Nähe ſich geltend machende Zwecke, große, oft im Augenblick ſchmerzliche oder läſtige Opfer zuzumuthen.

Vom engliſchen Standpunkt überdies war ſoviel gewiß, daß der Tod der Prinzeß Charlotte und die Thronbeſteigung ihres Wittwers, der zudem eine neue Heirath im Auge hatte, der Fortdauer der Annuity Leopold's materiell und moraliſch die wahre Baſis, die der Zweckmäßigkeit entziehen mußte. Eine andere Frage blieb, ob das formelle Recht, welches der Prinz unzweifelhaft auf ſein Jahrgeld hatte, als ein thatſächlich geſichertes anzuſehen war. Stockmar's Anſicht ging, wie zahlreiche ſchriftliche Aeußerungen deſſelben beweiſen, dahin, daß man engliſcherſeits den König der Belgier nicht im ruhigen Beſitz des engliſchen Einkommens gelaſſen haben würde.

„Man wartete nur," ſchreibt er, Brief vom 14. Februar 1832, „auf die Abreiſe nach Brüſſel, um in beiden Häuſern Anträge über die Inexpediency (Unzweckmäßigkeit) der Fortbeziehung dieſer Annuity zu ſtellen. Der Antrag im Haus der Gemeinen war ſchon eingebracht, und wurde erſt nach der Vorleſung des Briefes des Prinzen an Lord Grey zurückgenommen, welcher den Verzicht auf das Jahrgeld enthielt. Welches wären die wahrſcheinlichen Folgen dieſer Anträge geweſen? Ich unterſcheide den damit unzertrennlich verbundenen Skandal und das unmittelbare Reſultat. Ich will die Bedeutung des Skandals nicht zu hoch anſchlagen; auf jeden Fall

würde er ein unwillkommener Begleiter für das erste Auftreten eines neuen Regenten in seinem Lande gewesen sein. Was das Resultat der Anträge selbst betrifft, so war die Absicht, erst die Unthunlichkeit des Fortbezugs jener Gelder für einen fremden Souverän zu diskutiren und dann vom Parlament aus eine Bitte an den Empfänger zu stellen, die Annuity mit Rücksicht auf den bedrängten finanziellen Zustand der Nation (on the score of the distressed state of the Nation) aufzugeben. Es würde unmöglich gewesen sein, der Bitte des Parlaments nicht nachzugeben, und wie ganz verschieden würde diese abgezwungene Concession auf alle persönlichen Verhältnisse des Prinzen gewirkt haben, als der freiwillige Verzicht!"

Es wäre thöricht, jetzt, nach mehr als einem Menschenalter, mit Bestimmtheit behaupten zu wollen, daß jene Anträge vom Parlament würden angenommen worden sein oder nicht.

Eine direkte Entziehung der Annuity durch das Parlament wäre wohl, bei der in England vor dem erworbenen Recht herrschenden Achtung, nicht zu erwarten gewesen. Allerdings aber war eine moralische Nöthigung des Prinzen zum Verzicht, wie sie jene Anträge beabsichtigten, ganz etwas anderes, und da die allgemeine Meinung in England, auch bei den Whigs, dahin ging, daß der Prinz sein Jahrgeld beizubehalten selbst nicht wünschen dürfe, so war die Annahme jener Anträge nicht außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeit. Die in jener Epoche der Parlamentsreform herrschende politische Aufregung, die demokratische und auf Ersparnisse im Staatshaushalt gerichtete Strömung der Zeit, die schonende Rücksicht, welche das Reformministerium hierauf zu nehmen hatte, mußten jene Wahrscheinlichkeit verstärken.

Unter diesen Umständen verlor der Entschluß des Prinzen freilich das Verdienst, rein aus höherer politischer Weisheit hervorgegangen zu sein, und es blieb ihm vor der Welt nicht viel mehr als der Ruhm, zu rechter Zeit, aus Klugheit, freiwillig, mit Anstand

und guter Miene auf das verzichtet zu haben, was er doch in kurzer Zeit aufzugeben genöthigt geweſen ſein würde.

„Die Entſcheidung des Prinzen wurde dadurch beſchleunigt," erzählt Stockmar in einer Niederſchrift, „daß er erfuhr, der Tory Lord Londonderry werde am 15. Juli Abends im Oberhauſe das Miniſterium interpelliren, welches Uebereinkommen es mit dem Prinzen über den Fortbezug der engliſchen Apanage getroffen habe. Der Prinz begab ſich am Morgen deſſelben Tages zu Lord Grey, um dieſem zu erklären, daß er als König von Belgien nichts von ſeinem engliſchen Einkommen nach jenem Lande beziehen werde. Lord Grey lobte den Prinzen, daß er zu dieſem ſo paſſenden Entſchluß gekommen ſei, und bat, ihm das mündlich Erklärte brieflich wiederholen zu wollen, damit er die ihm im Parlament bevorſtehenden Fragen auf Grund eines Dokuments beantworten könne. Nachmittags wurde Stockmar zum Prinzen 'gerufen, der ihm den Inhalt ſeiner Unterredung mit Lord Grey mittheilte, und ihn dann beauftragte, den dieſem verſprochenen Brief zu entwerfen. Am Abend richtete Lord Londonderry im Oberhaus an den Miniſter Grey die Frage, ob es die Abſicht der Regierung ſei, dem Prinzen den Fortbezug ſeiner engliſchen Penſion nach Belgien zu geſtatten. Lord Grey antwortete, daß eine Diskuſſion über den fraglichen Punkt unpaſſend ſein würde, da das Jahrgeld des Prinzen auf einer Parlamentsacte beruhe und der Regierung keinerlei Macht oder Recht der Einmiſchung in Bezug darauf zuſtehe.

Noch ſpät an demſelben Abend entwarf Stockmar den Brief an Lord Grey. Am 16. Juli Morgens legte er das Concept ſeinem Herrn vor, der einige Aenderungen daran vornahm, es dann abſchrieb und den auf den 15. zurückdatirten Brief dem Miniſter zuſchickte. Derſelbe lautete:

(Ueberſetzung.)

Juli 15. 1831.

Mein lieber Lord Grey!

Ehe ich das Land verlaſſe, wünſche ich Ihnen ſchriftlich die An- und Abſichten auszuſprechen, welche ich heute Morgen das Vergnügen hatte Ihnen mündlich hinſichts meines engliſchen Jahrgelds mitzutheilen.

Es iſt nicht meine Abſicht, als Souverän Belgiens von England irgend einen Theil des Einkommens zu beziehen, welches zur Zeit meiner Vermählung mir durch Parlamentsacte ausgeſetzt wurde. Ew. Herrlichkeit iſt jedoch wohl bekannt, daß ich bis zu dem Augenblicke, wo ich England verlaſſe, meine hieſige Hofhaltung auf dem bisherigen Fuß erhalten habe, und daß folglich für mich pecuniäre Verpflichtungen zu erfüllen und ausſtehende Schulden zu berichtigen bleiben, deren Betrag ich im gegenwärtigen Augenblick mit Genauigkeit anzugeben außer Stande bin. Sobald die Bezahlung aller dieſer Forderungen beendet ſein wird, gedenke ich mein ganzes engliſches Jahrgeld einem unverzüglich zu ernennenden Curatorium (Trustees) zu den folgenden Zwecken zu überweiſen.

Die Curatoren ſollen das Haus, den Garten und den Park von Claremont in gutem Stand erhalten, ferner alle Gehalte, Penſionen und Verwilligungen bezahlen, welche mir als angemeſſene Belohnung derjenigen Perſonen erſcheinen werden, die wegen ihrer getreuen Dienſte während meines Aufenthaltes in dieſem Lande, Anſprüche an mich haben. Die Curatoren ſollen überdies alle, ſei es von Prinzeß Charlotte, ſei es von mir bis zum gegenwärtigen Augenblick gemachten Verwilligungen zu wohlthätigen Zwecken fortentrichten. Wenn allen dieſen Auflagen genügt iſt, ſo iſt es dann mein Wunſch, daß der Reſt des Jahrgeldes in die brittiſche Staatscaſſe gezahlt werde.

Ich verbleibe ꝛc. (gez.)

Leopold.

Mit dem Briefe des Prinzen in der Hand erinnerte Lord Grey am 18. Juli das Haus der Lords an die Frage, die ihm der Marquis von Londonderry am 15. geſtellt, ſowie an ſeine Antwort darauf. Seiner Meinung nach ſei in dieſer Angelegenheit niemand berechtigt geweſen, dem Prinzen auch nur einen Wink zu geben, indeß habe er doch nie einen Augenblick an der Entſchließung gezweifelt, zu welcher Leopold aus eigenem Antrieb gelangen würde. Dieſe Entſchließung habe ihm nun derſelbe nicht nur mündlich mitgetheilt, ſondern auch ſpäter brieflich wiederholt, und die mündliche Mittheilung ſei ſchon erfolgt geweſen, ehe noch der edle Marquis ſeine Interpellation vorgebracht habe. Der Brief des Prinzen ſei zwar eine Privatmittheilung, da aber bereits ſo viel über dieſen Gegenſtand geſprochen worden ſei, und man ſich bereits darüber anderwärts ſo ſtark geäußert, ſo habe er beſchloſſen, den Brief zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, auch aus dem Grunde, um den gehäſſigen und ungerechten Beſchuldigungen vorzubeugen, zu welchen Unkenntniß der Abſichten des Prinzen Anlaß geben möchte. Nach Verleſung des Briefes ſchloß Lord Grey, indem er ſagte*): dies ſei alſo ein freiwilliger Act des erlauchten Prinzen, und er hoffe zuverſichtlich, daß ein hochherziges Volk die gerechten und liberalen Vorbehalte nicht tadeln werde, wodurch der Verzicht beſchränkt ſei.

Der Herzog von Wellington bemerkte darauf, der Titel des Prinzen an ſeinem Jahrgeld ſei gerade ſo gut, als der eines jeden Lords an ſeinem Vermögen, er beruhe auf dem Recht und Geſetz des Landes; wolle der Prinz ſeine Penſion aufgeben, ſo müſſen allerdings darauf die von Sr. Königl. Hoheit in ſeinem Brief bezeichneten Laſten haften; er wünſche dem Hauſe und dem Lande zu dem von Sr. Königl. Hoheit gefaßten Entſchluß Glück, denn er werde für

*) Dieſe ſchmeichleriſchen und unterwürfigen Redensarten, die ein Mann wie Lord Grey für nöthig hielt, um die öffentliche Meinung zu begütigen, ſind ſehr bezeichnend für die Tendenz der Zeit, die Stellung des Miniſteriums dazu und die precäre Natur der engliſchen Penſion Leopolds.

das Volk, über welches der Prinz regieren ſolle, den Beweis liefern, daß ſein Souverän über jeden Verdacht der Abhängigkeit von einem fremden Lande erhaben ſei.

Dem Unterhaus machte an demſelben Tage der Miniſter Lord Althorp Mittheilung von dem Brief des Prinzen, indem er ausſprach, das Jahrgeld ſei deſſen unzweifelhaftes Eigenthum, worüber er frei zu verfügen habe, das Haus werde demnach dem Edelſinn (liberality) des Prinzen Gerechtigkeit widerfahren laſſen. Mr. Robinſon, der eine Interpellation wegen des Gegenſtandes angekündigt hatte, erklärte dieſelbe nunmehr zu unterlaſſen und äußerte, der Verzicht des Prinzen werde mit „Ehrfurcht und Bewunderung" aufgenommen werden. Sir Robert Peel fand in dem Aufgeben einer Penſion, „worauf Sr. Königl. Hoheit ein ebenſo klares und zweifelloſes Recht habe als irgend ein Mitglied auf ſein Privatvermögen" einen „außerordentlichen Edelmuth" (extreme liberality). Den Prinzen zum Verzicht zu zwingen, davon habe nicht die Rede ſein können, das freiwillige Aufgeben ſei aber ein Act der Weisheit.

Alſo ſchöne und gerechte Worte von allen Seiten! Ohne Zweifel aber werden die Radikalen und die Tories im Herzen erboſt geweſen ſein, daß ihnen eine herrliche Gelegenheit zu Angriffen gegen den Prinzen über einen dem Volke ſehr einleuchtenden Punkt entgangen.

Am 21. Juli hielt Leopold ſeinen Einzug in Brüſſel; Stockmar begleitete ihn. An den politiſchen Angelegenheiten in gewohnter Weiſe als Vertrauter theilnehmend, war er zunächſt damit beſchäftigt, Haus und Hof des neuen Königs zu organiſiren. Alles war hier von Grund auf neu zu ſchaffen, ebenſo wie die Gewohnheiten des conſtitutionellen Königthums zu begründen waren, und ſo mußte denn oft auf die Principien zurückgegangen werden. Wir theilen aus Stockmar's Briefen an den König, der im Lande herumreiſte, einige charakteriſtiſche Stellen mit.

Am 28. Juli ſchreibt er:

„Euer Majeſtät erlauben mir zu erinnern, daß die Errichtung einer lutheriſchen Capelle für den regelmäßigen Gottesdienſt Euer Majeſtät unerläßlich iſt. Man ſagt: „„wir fragen nicht danach, ob er lutheriſch ſei, vorausgeſetzt, daß er auf ſeine Weiſe in ſeine Kirche gehe.““

Am 1. Auguſt erörtert er die vom Könige bei Beantwortung von Anreden einzuhaltende Praxis.

„Das Syſtem, auf niedergeſchriebene Anreden Antworten aus dem Stegreif zu geben, hat ſeine Nachtheile. Die Antworten können nicht mit den ſchon in ähnlichen Fällen vorher ergangenen verglichen werden, und fallen daher zu monoton aus; auch wird leicht etwas vergeſſen, überſehen oder nicht gehörig behandelt. Euer Majeſtät ſollten auf Reiſen immer Jemand mit ſich haben, der mit der ſchriftlichen Abfaſſung der Antworten auf Anreden beſonders beauftragt und dazu geeignet wäre.“

Aber die Arbeit des Aufbaues des neuen Königthums wurde ſchon nach wenigen Tagen durch eine heftige Criſis unterbrochen, die die ganze Exiſtenz Belgiens in Frage ſtellte.

Am 1. Auguſt kündigte der holländiſche Commandant von Antwerpen, General Chaſſé, die Wiederaufnahme der Feindſeligkeiten für den 4. d. M. an. 50,000 Holländer näherten ſich der Grenze. Durfte Leopold hoffen, ihnen mit den der Zahl nach ungenügenden, unerfahrenen, undisciplinirten, ſeit der Revolution desorganiſirten belgiſchen Truppen die Spitze bieten zu können? Er mußte es natürlich wünſchen, aber er machte ſich keine Illuſion über die Möglichkeit. Der König befand ſich in Lüttich, getrennt von ſeinem Miniſterium, das in Brüſſel geblieben war. Er zog den ehemaligen Miniſter Lebeau zu Rathe*) und nahm es über ſich, ſofort in Paris und London unter Berufung auf die in den 18 Artikeln garantirte

*) S. J. Lebeau: par Th. Juste p. 55 ff.

Neutralität und Unverletzlichkeit Belgiens die bewaffnete Intervention der beiden Mächte anzurufen. Inzwischen hatten die Minister in Brüssel aus constitutionellen Bedenken (Art. 121 der Verfassung verlangte für den Einmarsch fremder Truppen die Sanction eines besonderen Gesetzes) sich damit begnügt, den bevorstehenden holländischen Angriff dem französischen und englischen Cabinet zu notificiren. Leopold, der später im Verlauf einer langen Regierung ein Musterbild constitutionellen Königthums aufzustellen berufen war, ihm war es beschieden, gleich am Anfang seiner Laufbahn der schwierigen Entscheidung gegenüber zu stehen, wo es sich darum handelte, den Buchstaben einer noch jungen und deshalb von um so größerer Eifersucht bewachten Verfassung zu verletzen, um den Staat zu retten. Daß er das Rechte getroffen, wird wohl jetzt Niemand bezweifeln. Die fremde Intervention verhinderte die Holländer, sich Brüssels zu bemächtigen und damit die Unabhängigkeit Belgiens ins Herz zu treffen.

Am 4. August war der Hülferuf des Königs in Paris und London eingetroffen. Louis Philipp sagte seine Hülfe sofort zu. Das englische Ministerium hatte sich begnügt, die Flotte des Admirals Codrington von Plymouth nach Dover zu beordern und blieb gegen das belgische Andringen, sie in die Schelde einlaufen zu lassen, taub. Am 10. rückte Marschall Gérard in Belgien ein. Es war die höchste Zeit. Denn an demselben Tage langte die Nachricht an, daß die belgische Maasarmee unter General Daine sich ohne zu fechten in Unordnung aufgelöst hatte. Am 12. mußte Leopold mit der kleinen Scheldearmee, bei der er sich befand, sich auf Louvain zurückziehen. Er war von den Holländern umringt und hätte sich mit seinen Truppen ergeben müssen, hätten nicht die Holländer auf die Kunde vom Einrücken der Franzosen sich durch den englischen Botschafter Sir Robert Adair zu einer Waffenruhe bestimmen lassen. Schon am 13. begannen sie ihren Rückzug. Am 23. schlug die Londoner Conferenz Holland und Belgien einen Waffenstillstand bis zum 10. October vor, der auch beiderseits angenommen wurde.

Stockmar war erſt nach längerem Umherfahren im Stande, den Aufenthalt ſeines Königs nach der Cataſtrophe vom 12. auf einem Dorfe zu entdecken, wo Leopold von einer geringen Truppenzahl umgeben war. Stockmar fand ihn in einer Bauernſtube, auf einem Bund Stroh liegend, aber ganz munter ein Liedchen vor ſich hin pfeifend. Alle Berichte ſtimmen darin überein, daß er mit Muth und Kaltblütigkeit ſo lange als möglich die Armee zuſammenzuhalten verſucht hatte, und nun wußte der Marquis Peu-à-peu Niederlage und Mißgeſchick mit Faſſung und Heiterkeit zu beſtehen.

Belgien war überraſcht worden. Man fragt natürlich, ob es ſich hätte überraſchen laſſen dürfen, ob der holländiſche Angriff nicht vorherzuſehen war. Es läßt ſich nicht läugnen, daß Holland der Wiedereröffnung der Feindſeligkeiten verſchiedene darauf hinweiſende Erklärungen vorausgeſchickt hatte. Am 21. Juli hatte der König Wilhelm bei der Conferenz gegen die 18 Artikel proteſtirt, indem er erklärte, wenn der Prinz Leopold vom Thron Beſitz ergreife, ſo könne er ihn nur als ſeinen Feind betrachten. Und am 1. Auguſt hatte die holländiſche Regierung ſich zwar zur Eröffnung einer neuen Unterhandlung bereit erklärt, gleichzeitig aber hinzugefügt, daß der König entſchloſſen ſei, der Verhandlung durch militäriſche Mittel Nachdruck zu verleihen. Zudem wird man ſich ſchwer überzeugen, daß es den Belgiern unmöglich geweſen ſei, von denjenigen Rüſtungen und Truppendislocationen vorher Kenntniß zu erlangen, die die Holländer in den Stand ſetzten, mit 50,000 Mann über die Grenze zu rücken.

Andererſeits wird man einräumen müſſen, daß, wenn Belgien am 21. Juli, wo Leopold in Brüſſel einzog, nicht vorbereitet war, den Angriff abzuwehren, der neue König auch durch keine möglichen Maaßregeln bis zum 4. Auguſt das vorher Verſäumte nachholen konnte.

Für Stockmar war es ein Gegenſtand beſonderen Intereſſes, ob und wie weit die Conferenzmächte, oder einige derſelben, von

den Absichten Hollands im Voraus positiv unterrichtet gewesen. Schon am 1. August fragt er in einem Briefe an den König: „Wie kommt Palmerston zu der Aeußerung im Haus der Gemeinen, daß er nicht wisse, ob es nicht doch endlich zwischen Holland und Belgien zum Krieg kommen werde." Am 6. August schreibt er: „mein Glaube ist, daß Rußland uns den holländischen Angriff als eine Diversion zugezogen und daß Madame Lieven großen Theil daran hat. Preußen wird wahrscheinlich connivirt haben."

Ende August hatte er Gelegenheit, in England weitere Forschungen über diesen Punkt anzustellen. Er wurde von seinem König dahin gesandt, um die bedenkliche Wendung zu überwachen, die in der belgischen Angelegenheit zu Folge der von Belgien bewiesenen Unfähigkeit, seine Selbständigkeit gegen Holland mit eigener Kraft zu behaupten, nothwendigerweise eintreten mußte. Er blieb in England als intimer Agent des Königs bis zu Anfang des Jahres 1833. Seine genaue Bekanntschaft mit den englischen Dingen, der Umstand, daß er mit den meisten der dort maaßgebenden Personen schon länger bekannt und als Vertrauter des Königs bei ihnen accreditirt war, machte ihn in mancher Beziehung vorzugsweise geeignet, die wahre Wahrheit zu erforschen und auf die entscheidenden Männer einzuwirken. Uebrigens stand Stockmar mit dem officiellen Vertreter Belgiens, dem sehr tüchtigen, talent- und geistvollen, sowie zuverlässigen und muthigen Van de Weyer, im besten freundschaftlichen Vernehmen. Sie beriethen unausgesetzt jedes Vorkommniß zusammen und handelten im vollkommensten Einverständniß*). Gleich am Tage seiner Ankunft hatte er eine Unterredung mit dem Mi-

*) Als Stockmar zu Anfang 1833 England verlassen hatte, schrieb Van de Weyer an König Leopold: „Vous avez eu la bonté, Sire, de remarquer combien je dois regretter l'absence de M. le Baron Stockmar; son départ laisse, en effet, un grand vide. Il a eu pour moi toute l'affection et la sollicitude d'un père, comme j'ai pour lui tout l'attachement d'un fils. Je n'oublierai jamais les sages conseils que je dois à son amitié." Juste: V. d. Weyer I, p. 252.

niſter des Auswärtigen, Lord Palmerſton. Er berichtet darüber bezüglich jener vorerwähnten Frage am 31. Auguſt Folgendes:

„Ich griff ihn ſogleich an, indem ich ihm bekannte, daß wir, in unſerem Vertrauen auf Schutz und Hülfe von England aus, ſehr geſchwächt ſeien. Ich ſagte ihm, im Augenblick des plötzlichen Ueberfalls der Holländer hätten wir uns kaum überzeugen können, daß man deren Abſicht nicht im Voraus in London gekannt, und dadurch, daß England an der Vertreibung der Holländer gar keinen directen Antheil genommen, ſeien wir in der Meinung beſtärkt worden, es werde von nun an Holland gegen Belgien begünſtigen. Palmerſton vertheidigte ſich gegen den Vorwurf, daß er um das Vorhaben der Holländer gewußt haben müſſe, auf eine Art, die mich ſehen ließ, daß er entweder wirklich nichts gewußt habe und angeführt worden ſei, oder daß er den Nachrichten, die man ihm von dem bevorſtehenden Bruch des Waffenſtillſtandes gegeben, keinen Glauben beigemeſſen habe."

Uebrigens trat Stockmar gleich in den erſten Beſprechungen mit den engliſchen Miniſtern die Thatſache entgegen, wie die Lage zu Ungunſten Belgiens durch den unglücklichen Feldzug vom 4. bis 13. Auguſt modificirt war.

Erinnern wir uns des Vorangegangenen.

Holland hatte die 18 Artikel verworfen, Belgien ſie angenommen. Die Conferenz hatte ſich keineswegs formell verpflichtet, jene Beſtimmungen zwangsweiſe durchzuführen. Zwar hatten die Mächte Leopold unter der Hand ermuthigt, den Thron im Vertrauen auf die 18 Artikel zu beſteigen. Aber kaum war er in Brüſſel inſtallirt, ſo erließ die Conferenz am 25. Juli, in Folge der holländiſchen Ablehnung der Präliminarien vom 26. Juni, an beide ſtreitende Theile die Aufforderung zu „neuen Verhandlungen". Das Mißgeſchick des Monats Auguſt machte es Belgien unmöglich, ſich des Eingehens auf dieſe zu weigern und formell auf die 18 Artikel zu ſteifen. Es zeigte ſich aber auch ſofort, daß Belgien materiell

nicht mehr erwarten durfte, alle Vortheile, welche ihm die Juniprä-liminarien in Aussicht gestellt hatten, namentlich die günstigen Bestimmungen in Bezug auf Limburg und Luxemburg, definitiv zu behaupten. Lassen wir nun Stockmar's Briefe reden.

Er fährt in dem Berichte vom 31. August fort:

„Palmerston kam dann auf die Lage im Allgemeinen. Ich hielt folgende Aeußerungen desselben fest, und nahm sie für den Sinn, in welchem die Conferenz die neuesten Ereignisse zwischen Holländern und Belgiern auffaßt, und nach welchem sie wahrscheinlich den Streit zu schlichten gedenkt. „„Die Belgier," sagte er, „haben augenscheinlich gezeigt, daß sie durch sich selbst den Holländern nicht widerstehen können. Sie würden ohne französische Hülfe vollkommen unterworfen worden sein. Die Belgier sowohl als die Holländer müssen daher beide, um endlich zur Ruhe zu kommen, von ihren gegenseitigen Prätentionen etwas nachlassen. Weder die Belgier können die 18 Artikel vollständig erlangen, noch die Holländer das alte Protokoll vom Januar, dem sie gleich anfänglich beigetreten sind. Wollen die Belgier in nichts nachgeben, so hat die Conferenz nichts besseres zu thun, als gänzlich zurückzutreten und zu sagen: gut! wir erlauben nun den Holländern, ihren Zwist mit den Belgiern allein auszufechten.""

„Ich erwiderte Palmerston auf diesen Schreckschuß kein Wort. Im Stillen aber sagte ich zu mir selbst, daß wenn auch vier von den Conferenzmächten in der Lage seien, so etwas wünschen und thun zu können, doch Frankreich unmöglich die Eroberung Belgiens durch Holland zugeben werde."

„Auf meine Frage: und wie gedenkt denn die Conferenz unter diesen veränderten Umständen die Territorialfrage zwischen Belgien und Holland zu reguliren? antwortete er: „„darüber sind wir noch nicht vollkommen im Klaren,"" deutete aber sodann auf eine Theilung von Limburg und Abtretung des linken Maasufers an Holland hin.

„Palmerſton legte beſonderes Gewicht auf folgende Punkte: 1. auf die baldige gänzliche Räumung Belgiens von allen Franzoſen, 2. auf die Unmöglichkeit, einen Separatvertrag zwiſchen Frankreich und Belgien über die belgiſchen Feſtungen zuzulaſſen*), und endlich 3. auf die Unmöglichkeit, den Frieden zu erhalten, wenn ſich Belgien zu ſehr franzöſiſch zeige.“

Die Eiferſucht, welche die franzöſiſche Intervention bei den Engländern erregte, trat noch ſtärker in einer Unterredung hervor, die Stockmar am folgenden Tage mit dem Premierminiſter Lord Grey hatte.

„Ich begann,“ ſchreibt er, „mit der Frage: ob ſich ſeit dem Ueberfall der Holländer die allgemeine Politik Englands gegen Belgien vielleicht geändert habe, und ſchloß damit, daß in dieſem Falle wir wenigſtens ein Recht hätten zu fragen und zu erfahren, welches denn von nun an Englands Politik gegen Belgien ſein werde. Er antwortete, die Politik Englands habe ſich nicht geändert, und man werde fortdauernd dahin trachten, Belgien neutral und unabhängig zu erhalten. Er hob mir dann vorzüglich drei Punkte heraus: 1. in der neueſten Zeit habe das Gefühl, daß Holland einer der älteſten und nöthigſten Alliirten ſei, ſich erneuert und geſtärkt und es könne daher keine engliſche Regierung etwas unternehmen, was dieſen Verbündeten beſonders ſchwäche; 2. die gänzliche Räumung Belgiens von allen franzöſiſchen Truppen ſei das einzige Mittel, wirkliche Harmonie zwiſchen Frankreich und England zu erhalten; 3. England werde *nie* zugeben, daß Frankreich über einen Gegenſtand, der es gar nichts angehe (nämlich über die belgiſchen Feſtungen), einen Separattraktat mit Belgien ſchließe. Ich konnte aus der ganzen Unterredung merken, daß Grey glaubte, wir hätten uns *mehr als nöthig* unſerem Nachbar in die Arme geworfen — ein Glaube, der uns hier viel ſchaden mag. Der Umſtand, daß unſere

*) Wir werden die Frage der belgiſchen Feſtungen in einem beſonderen Abſchnitt im Zuſammenhang zu behandeln haben.

Trüppen blos von französischen Offizieren organisirt und befehligt werden sollen, gefiel ihm auch gar nicht. Er meinte, dies allein reiche hin, uns zur bloßen Provinz Frankreichs zu stempeln."

Von großem Interesse zur Bezeichnung der ganzen Lage der belgischen Angelegenheit um diese Zeit ist der Bericht vom 2. September.

„Soeben," heißt es darin, „komme ich von Bülow (dem preußischen Gesandten). Folgendes ist das Wesentliche seiner Aeußerungen."

„1. Talleyrand spreche ihm Tag und Nacht von einer Theilung Belgiens *) vor, und suche ihn zu überzeugen, daß, wenn nur Frankreich, Preußen und Holland sich darüber verständen, die Einwilligung Englands dadurch zu erlangen sei, daß man Ostende und Antwerpen zu Freihäfen erkläre. Er (Bülow) habe jedoch bis jetzt stets erwidert, daß Preußen nicht darauf eingehen könne, weil es die Combination eines unabhängigen und neutralen Belgiens für die bessere Politik halte. (In der That sagte mir Lord Grey, daß ihm Bülow die Depesche, die er deshalb nach Berlin geschrieben, gezeigt habe, und sie sei allerdings so bestimmt gegen die Theilung gewesen, daß Grey selbst sie nicht besser hätte schreiben können.)"

„Zweitens, sagte Bülow, er rathe den Friedenstractat zwischen Holland und Belgien sobald als möglich zu Stande zu bringen, weil, so lange solches noch nicht geschehen, allgemeiner Krieg wahrscheinlich und alle Combinationen offen seien. So weit Bülow."

„Was die Stimmung in England betrifft, so bin ich geneigt zu glauben, daß man eigentlich, mit den inneren Angelegenheiten beschäftigt, sich das Schicksal der Holländer nicht so sehr zu Herzen nimmt. Allein die Opposition ist à cheval auf dieser Frage und keineswegs zu verachten. Auch hat alles, was Wellington über die militärische Seite der Dinge vorbringt, nicht nur im Lande über-

*) Vergl. Bulwer: Life of Lord Palmerston II, p. 102, 114, 123.

haupt, ſondern auch bei Lord Grey ſehr großes Gewicht. Hierzu kommt noch ſonderbarerweiſe, daß Talleyrand Wellington auf alle Weiſe ſchmeichelt, und, wie man ſagt, einen großen Einfluß auf ihn übt. Daß Falk die Times beeinflußt oder gekauft hat, darüber iſt kein Zweifel. Ebenſowenig, daß die Tories Falk und den König von Holland auf alle nur mögliche Weiſe beſchützen und ihm Nachrichten aller Art zutragen."

„Ich werde mir nun erlauben, meine eigenen allgemeinen Anſichten über den gegenwärtigen Stand der Dinge und die ſich daraus ergebenden wichtigſten praktiſchen Conſequenzen vorzutragen."

„Erſtens, die Hauptſache ſcheint mir die baldige und gänzliche Räumung Belgiens Seitens der Franzoſen."

„Ohne ſie iſt der Beſtand des Miniſteriums Grey nicht ſicher, der Friede höchſt ungewiß, die Conſtituirung Belgiens als Staat unmöglich. Die Holländer wünſchen in dieſem Augenblick nichts eifriger, als das Stehenbleiben der Franzoſen, und zwar, weil ſie dadurch 1. den Sturz des Miniſteriums Grey, 2. den allgemeinen Krieg, 3. die Theilung Belgiens herbeizuführen hoffen."

„Wollen wir nur ja nicht die Franzoſen als ein Mittel gebrauchen, um die Conferenz einzuſchüchtern! das hilft nichts, erbittert gegen die Perſon des Königs und zwingt die vier Mächte, ſich deſto mehr auf die Seite Hollands zu neigen."

„Zweitens, der Friedenstractat zwiſchen Holland und Belgien kann nicht ſchnell genug zu Stande kommen. Dies wird nur möglich ſein, wenn die Belgier das Unwichtige dem Wichtigen zu opfern verſtehen. Die Baſis unſeres Rechts ſind die 18 Artikel. Wir können viel oder alles verlieren, ſollten wir uns vermeſſen, jetzt noch mehr erlangen zu wollen. Und auch in den 18 Artikeln dürfen wir nur das feſthalten wollen, was für die unabhängige Exiſtenz Belgiens abſolut erforderlich iſt."

„Drittens bin ich der feſten Meinung, daß wir den franzöſiſchen Intriguen, die in dieſem Augenblick gegen uns hier, in Bel-

gien selbst und in Frankreich gespielt werden, nur eines entgegenzusetzen haben. Es ist das unmittelbare Versprechen Louis Philipp's, in die Heirath zu willigen. Nur hierdurch können wir Intriguen entkräften, die uns in kurzer Zeit umwerfen können. Auch wird Holland nicht eher aufhören, Frankreich zur Theilung einzuladen, als bis diese Heirath erklärt ist. Glauben Sie mir, sie ist jetzt wichtiger als alles, sie muß betrieben werden, je schneller je besser; es ist auch kein Augenblick zu verlieren."

So precär aber auch in dieser Zeit die belgische Sache lag, Stockmar behielt frischen Muth und den freien Blick über die nächsten Nöthen und Plagen des Tages hinaus. Die großen wichtigen Hauptsachen immer im Auge zu behalten, in Hinsicht auf diese das Moralische der Fürsten, denen er zur Seite stand, anzuregen und zu stärken, das war stets seine Virtuosität.

In diesem Sinne schreibt er an den König am 10. September: „Euer Majestät rufe ich einstweilen nur Folgendes zu:

1. Nie den Muth zu verlieren
2. Nie an Thätigkeit nachzulassen, worauf Ihre Feinde hoffen!!!
3. Ueber der militärischen Organisation die Civilorganisation nicht zu vergessen. Die Nation muß sehen, man betreibe mitten im Sturme die Geschäfte des Friedens. Daß Hoffnungen auf den Frieden erregt werden, wenn sie auch später nicht in Erfüllung gehen sollten, ist von höchster Wichtigkeit."

Inzwischen konnte Stockmar schon in den nächsten Tagen verschiedenes Tröstliches melden. Am 12. September schreibt er:

„Baudrand *) hat mir vorgestern Abend gesagt, daß die französische Regierung entschlossen sei, ganz Belgien zu räumen, indem sie in diesem Augenblick stark genug dazu zu sein glaube. Ich

*) neral Baudrand, erster Adjutant des Herzogs von Orleans.

habe dies geſtern Palmerſton mitgetheilt, der es noch nicht wußte und außerordentlich erfreut war."

„Daß Oeſtreich die Theilung Belgiens nicht will, betrachte ich als gewiß."

Auch die Unterredungen, die Stockmar am 11. September mit Palmerſton und dem König Wilhelm IV. hatte, konnten für den belgiſchen Standpunkt zur Beruhigung gereichen.

„Ich ſprach Palmerſton," ſo berichtet er, „über die Kälte, mit der ſich, nach den Zeugniſſen zweier Geſchäftsträger, die mich damit zu ſchrecken ſuchten, die engliſchen Miniſter über Belgien ausgedrückt haben ſollten, und vorzüglich über eine Phraſe, die ihnen entſchlüpft ſein ſollte, nämlich, daß es ihnen ganz gleichgültig ſei, ob wir uns würden halten können oder nicht. Er erklärte ſich ſehr verſtändig hierüber, gab mir Verſicherungen, die ich für wahr halten muß, weil ſie dem Intereſſe Englands entſprechen, und ſchloß mit den Worten: „ſagen Sie mir nur, was wir thun können, um dem König unſere Freundſchaft zu beweiſen und es ſoll geſchehen."

„Ich erwähnte ſodann die Nothwendigkeit, franzöſiſche Offiziere in der belgiſchen Armee zu gebrauchen. Er ſagte, er für ſich ſelbſt habe nichts dagegen. Indeß könne er nicht läugnen, daß es Eiferſucht errege. Vorzüglich ſei der Herr Onkel (der König von England) außerordentlich dagegen. Hierauf bemerkte ich, ob man nicht als Gegengift vielleicht auch einige engliſche Offiziere verwenden könne. Er meinte, das möchte an ſich wohl gut ſein, vielleicht werde es aber in Belgien ſelbſt Schwierigkeiten haben. Ehe ich wegging, ſagte er noch, daß er geſtern Depeſchen von Petersburg erhalten, wonach der Kaiſer über den Angriff der Holländer ſehr erſtaunt geweſen, und geſagt habe, es ſei ein tolles Unternehmen."

„Ueber den Einmarſch der Franzoſen habe er geäußert: man muß abwarten, was ſie thun werden; ſie nicht beläſtigen, ſo lange ſie nur den Rückzug der Holländer erzwingen wollen, aber ſie herausſtreiben, ſobald ſie mehr wollen."

„Zwei Stunden später gab mir König Wilhelm eine Audienz. Ich wußte, daß er mir eine Vorlesung zugedacht hatte. Ich machte daher beim Eintreten ein sehr ernsthaftes Gesicht, welches seine Gutmüthigkeit außerordentlich genirte, ja in wirkliche Verlegenheit setzte. Er suchte lange, ehe er den rechten Text finden konnte. Endlich fand er ihn. Er war, daß wir als neutraler Staat eigentlich gar keine Armee brauchten und daß unsere Politik ebenso neutral und weder französisch noch englisch sein sollte. Er betonte besonders die Phrase, „ich selbst würde Leopold abrathen, sich auf die englische Seite zu neigen, wenn er es thun wollte." Er sagte hierüber viel Gutes, was ich sehr loben mußte, welches ihn denn auf der Stelle wieder ganz freundlich machte. Er wiederholte stets, daß sein ganzes Herz an der Erhaltung des Friedens hänge und daß dabei auf diese belgische Frage so viel ankomme. Die Anstellung der französischen Offiziere, äußerte er, sei ihm besonders unangenehm. Ich erwiderte hierauf, was ich schon zu Palmerston wegen der englischen Offiziere gesagt. Er sagte mit Eifer: „über diesen Gegenstand werde ich ein andermal mit Ihnen sprechen; überhaupt wünsche ich, daß Sie nicht weggehen, ohne noch einmal zu mir zu kommen. Sagen Sie dem König viel Schönes und wie eifrig ich sein Wohl und seinen Erfolg wünsche.""

Belgien hatte eine schwierige Stellung zwischen den Großmächten. Thätige Hülfe war, wie sich gezeigt hatte, nur von Frankreich zu erwarten; und doch war es unmöglich, Frankreich ganz zu vertrauen, denn nur zu oft ließ es bedenkliche Velleitäten und Hintergedanken durchblicken.

Jedes thätige Vorgehen Frankreichs drohte aber wieder die Eifersucht und das Mißtrauen der anderen Mächte zu erregen, zuvörderst der absolutistischen, die theils aus Princip, theils aus Verwandtschaftsrücksichten Belgien abgeneigt waren, und sodann Englands, von dem unter diesen Umständen auch nicht mehr zu erwarten war, als ein laues, ziemlich passives Wohlwollen.

London, der Ort der Conferenz und in der Zeit nach dem franzöſiſchen Einmarſch war beſonders geeignet, die Unbefangenheit des Blicks zu trüben. Dort beherrſchte alle die Beſorgniß vor dem überwiegenden Einfluß oder rückliegenden Gedanken Frankreichs in der belgiſchen Sache. Stockmar ließ ſich indeß durch das Geſchrei, „ihr Belgier ſeid zu franzöſiſch! — ihr habt euch ganz in Frankreichs Arme geworfen.“ — obſchon er keinerlei Sympathie für Frankreich hatte, nicht beirren. Er erkannte einerſeits, daß es zwar wünſchenswerth ſei, den Anſtoß, welchen die fortdauernde franzöſiſche Occupation Belgiens den übrigen Mächten gab, zu beſeitigen, andererſeits aber, daß Frankreich die einzige wirkſame Stütze und Förderung für die belgiſche Sache bot. In dieſem Sinne ſchreibt er am 15. September 1831, nachdem Leopold kurz zuvor die Räumung Belgiens brieflich bei Louis Philipp angeregt hatte:

„Der Brief des Königs iſt gut, verſtändig, ehrlich, politiſch richtig — kurz ein Brief, wie ihn ein Fürſt ſchreiben ſollte — und der ihn ſchrieb, iſt würdig ein König zu ſein. In dieſem Sinne habe ich ſtets die Räumung Belgiens von allen Franzoſen gepredigt. Die Anweſenheit dieſer hatte der engliſchen Regierung eine falſche Stellung gegeben. So lange dieſe Stellung dauerte, konnte man nie wiſſen: wollen die Engländer uns feindlich ſein oder müſſen ſie es ſein? Jetzt werden wir bald ſehen, was wir eigentlich von ihnen zu erwarten haben.“

„Die Furcht, die mir in vielen Briefen ausgedrückt worden, daß, ſobald die Franzoſen Belgien geräumt, die Conferenz, im Fall eines zweiten Angriffs von Holland*), Frankreich verhindern werde, Belgien wieder Hülfe zu leiſten, theile ich nicht und zwar deswegen nicht, weil Frankreich gegenwärtig ſo geſtellt iſt, daß, was auch die Conferenz ſagen möchte, es genöthigt ſein wird, Belgien ebenſo ſchnell zur Hülfe zu kommen, als das erſte Mal. Die bel-

*) Es war, wie wir ſahen, nur ein Waffenſtillſtand geſchloſſen, der mit dem 10. October ablief.

gische Politik muß daher in diesem Augenblick mehr nach Frankreich sich hinneigen, das verlangen die Umstände gebieterisch."

„Greifen die Holländer an, so müssen die Belgier sich wehren, so gut sie können, allein, allen Conferenzen der Welt zum Trotz, nicht einen Augenblick anstehen, die Franzosen ein zweites Mal, und zwar so schnell als möglich, zu Hülfe zu rufen. Daher bedarf es jetzt großer Wachsamkeit von Seiten der belgischen Regierung, guter Spione, die die militärischen Bewegungen der Holländer gleich anzeigen und sofortiger Mittheilung jeder dieser Bewegungen nach Paris. Aber, obgleich ich fest überzeugt bin, daß, im Fall eines zweiten holländischen Angriffs, die Franzosen auch ein zweites Mal Hülfe leisten werden, so wäre doch im belgischen Interesse dieser zweite Angriff sowohl als die zweite Hülfe aus allen Kräften zu depreciren. Denn diese zweite Hülfe würde, fürchte ich, zu ganz anderen Consequenzen führen, als die erste. Preußen würde sich wahrscheinlich darein mischen und dann halte ich einen allgemeinen Krieg für unvermeidlich."

„Für die Verhandlung über den Friedenstractat mit Holland lege ich zwei Grundsätze nieder, die ich unverrückt im Auge zu behalten dringend empfehle. Sie sind:

1. handeln Sie stets so, als sei Frankreich wirklich de bonne foi gegen Belgien,

2. glauben Sie, daß für Belgien alle Vertheidigung, alle Hülfe in der Conferenz blos durch Frankreich kommen könne. Suchen Sie daher diese Hülfe so viel nur immer möglich durch Ihre Privatcorrespondenz mit Ihrem Herrn Bruder in Paris (Louis Philipp) zu erlangen. Ruhen und rasten Sie in dieser Hinsicht keinen Augenblick. Irren ist menschlich, allein, wie ich die Dinge hier ansehe, so wird England positiv nicht viel für uns thun. England kann uns nur negativ fördern, d. h., es kann den Forderungen nachgeben, auf welchen Frankreich zu unseren Gunsten besteht. Daß diese Forderungen für uns und mit Festigkeit von Frankreich gemacht

werden, dem ſteht Talleyrand im Wege. Es hilft zu nichts, ausfinden zu wollen, warum er Belgien nicht beſonders günſtig oder was er im Sinn habe. Begnügen wir uns zu wiſſen, daß es einmal ſo ſei und ſuchen wir ihm zum Trotze unſere Sache glücklich durchzuführen. Deswegen bombardiren Sie täglich und ſtündlich nach Paris. Bieten Sie alles auf, zu erlangen, daß er geſchärfte Inſtructionen erhalte, daß er uns vertrete, daß er in Bezug auf uns in der Conferenz nicht nachgebe, ohne vorher bei ſeiner Regierung anzufragen."

In einem Briefe vom 23. September kommt Stockmar nochmals auf die Eventualität eines zweiten Angriffs der Holländer zurück.

„Die Meinung," ſchreibt er, „daß England allein einen zweiten Anfall der Holländer und dadurch den allgemeinen Krieg verhindern ſollte theile ich vollkommen. Ich frage mich aber, hat England, ſelbſt wenn es den Willen hat, die Mittel dazu? — welche Mittel hat es? — Drohungen? Eine Macht wie England ſollte niemals drohen, ohne vorher entſchloſſen zu ſein, die Drohungen zu erfüllen."

„Eine ernſthafte Sprache, ſelbſt wenn ſie geführt wird, wird daher bei den Holländern nicht viel helfen. Sie wiſſen zu gut, daß das engliſche Gouvernement ſeine Drohungen nicht erfüllen könnte. So lange Holland oder vielmehr die Familie Naſſau glaubt, nur durch Krieg gewinnen zu können, ſo lange muß der Beſtand des Friedens höchſt zweifelhaft bleiben. Wenn man den engliſchen Miniſtern von einem zweiten holländiſchen Angriff ſpricht, ſo lächeln ſie, als ſei die Sache unmöglich. Doch fügen ſie hinzu, wenn man freilich in den Verhandlungen bis zum 10. October keine Fortſchritte gemacht habe, ſo würden ſie auch nicht in der Lage ſein, den Ausbruch neuer Feindſeligkeiten zu verhindern."

„Dies ſoll, meiner Meinung nach, als ein Keil auf die belgiſche Bereitwilligkeit wirken. Die Engländer klagen, daß Belgien ſich in den Verhandlungen ſaumſelig und übelgeſinnt und de mauvaise foi zeige."

In einer Nachschrift sagt er, Palmerston habe soeben gegen ihn geäußert, es seien nun die holländischen sowohl als die belgischen Projecte für den Friedensvertrag bei der Conferenz eingegangen. Beide seien extravagant; die Belgier seien weit über die 18 Artikel hinausgegangen. Stockmar bemerkt dazu:

„Ich denke, das, was ich vor vier Wochen gleich in den ersten 24 Stunden nach meiner Ankunft hier nach Brüssel schrieb, wird statt haben. Die Conferenz wird sagen, die Ansprüche beider Theile sind himmelweit auseinander, sind beide von solcher Leidenschaftlichkeit, daß an eine Vereinigung nicht zu denken. Deswegen wollen wir, Conferenz, im Interesse Europas, das den Skandal nicht länger mit ansehen kann, den Handel schlichten."

Inzwischen hatten sich die Aussichten Belgiens noch insofern verdüstert, als Rußland, die der belgischen Sache wenig günstige Großmacht, durch den Fall Warschau's und das allmälige Verlöschen des polnischen Aufstandes die volle Freiheit der Action wieder gewonnen hatte, und mitunter beschlich Entmuthigung auch den König Leopold. Auf einen in solcher Stimmung geschriebenen Brief antwortet Stockmar am 26. September:

„Die Hauptsache jetzt ist, Muth zu behalten. Es wird nicht so schlimm werden wie wir fürchten, aber auch nicht so gut wie wir wünschen. Mein entschiedener Eindruck ist, daß England, Preußen und Rußland keinen Krieg wollen und daß die Holländer uns am 10. künftigen Monats nicht angreifen werden. Die Mächte werden es verhindern, nicht Belgiens wegen, sondern weil sie nicht Krieg wollen."

„Unmittelbar nach dem Fall von Warschau hat Zuylen (der holländische Conferenzbevollmächtigte) Bülow besucht und ihm die Hoffnung ausgedrückt, daß Preußen nunmehr eine ganz andere Sprache zu Gunsten Hollands führen werde. Bülow hatte ihm geantwortet, er werde nach wie vor Holland in allen seinen gerechten Forderungen unterstützen. Mehr werde er aber auch jetzt nicht thun;

denn ſein Herr wolle Gerechtigkeit und Friede und der König von Holland müſſe ſich daher auch darauf vorbereiten, daß in der nämlichen Stunde, in der die luxemburgiſche Angelegenheit mit dem deutſchen Bund regulirt ſein werde, Preußen den König der Belgier anerkenne."

Derſelbe Brief erzählt eine Thatſache, die inſofern nicht unintereſſant iſt, als ſie zeigt, wie auch die älteren Bourbonen auf die aus der belgiſchen Sache hervorgehenden Verwickelungen ſpeculirten.

„Damas*), der Bülow fleißig beſucht, iſt ganz in Verzweiflung, daß es nicht zum allgemeinen Krieg kommen will. Zu der Zeit, wo die Räumung Belgiens von den Franzoſen noch nicht gewiß war und wo die Carliſten hofften, es werde über dieſen Punkt zum Bruch kommen, hatte er mehrere Häuſer in der City (durch welche Mittel, weiß ich nicht) vermocht, ſich von ſelbſt an Bülow und den ruſſiſchen Geſandten Lieven zu wenden, um ihnen, auf den Kriegsfall, Geld für ihre Regierungen anzubieten."

Die Vorherſagungen Stockmar's bewahrheiteten ſich. Der 10. October verging ohne Wiederanfang der Feindſeligkeiten und der 14. October brachte den ſchiedsrichterlichen Spruch der Conferenz, welche durch die 24 Artikel die Exiſtenz Belgiens unter Bedingungen feſtſtellte, die die Erfahrung doch als nicht ungünſtig erwieſen hat.

Schon am 29. September ſchreibt Stockmar:

„Ich begegnete ſoeben Palmerſton. Er ſagte mir im Geſpräch, daß er van Zuylen nicht als Mitglied der Conferenz, ſondern als engliſcher Miniſter mitgetheilt, daß England als ſolches den Wiederanfang der Feindſeligkeiten nach dem 10. October nicht dulden werde."

Am 10. October ſchreibt er:

„Ich komme von Lord William Ruſſell zurück, der aus Brüſſel hier angelangt iſt**). Er hat mich durch eine kurze Unterhaltung

*) Baron Damas, der Erzieher des Herzogs von Bordeaux, zu dem Hofe von Carl X. gehörig.

**) Wo er in diplomatiſcher Miſſion geweſen war.

ſehr erfreut und erquickt. Seine Worte wiegen für mich um ſo ſchwerer, je weniger er deren zu machen pflegt. Er ſagte mir: „I admire the King. I never gave him credit for what there is really in him. It seems it wants only external causes to rouse his faculties into action. The whole government rests upon him, he does every thing, and it is wonderful how much he does. It is astonishing how popular he is with every body and I believe he can do at this moment with the Chambers and the whole Nation just what he pleases.“ Er fügte noch eins hinzu, was für hier von der größten Wichtigkeit: „My conviction is that Leopold is not at all french *).“ Ich ſagte: „Lord William, Sie können unendlich viel Gutes thun, wenn Sie die wenigen Worte, die Sie mir geſagt, hier den Miniſtern und Ihren Freunden wiederholen. Jedermann weiß, daß Sie nicht ſagen, was Sie nicht glauben.“

Es iſt hier nicht der Ort, auf den Inhalt der am 14. October von der Conferenz feſtgeſtellten 24 Artikel des Näheren einzugehen. Es genügt, an folgende Hauptpunkte zu erinnern:

1. daß ſie Limburg rechts von der Maas Holland und dagegen den walloniſchen Theil von Luxemburg Belgien zuweiſen,

2. daß ſie von den Schulden des früheren vereinigten Königreichs der Niederlande Belgien eine jährliche Rente von 8,400,000 fl. als Antheil auferlegen,

3. daß ſie Belgien den freien Tranſit durch Limburg und die

*) Lord William Ruſſell's Worte lauten auf deutſch: „Ich bewundere den König. Ich hatte nie das in ihm geſucht, was wirklich in ihm iſt. Es ſcheint, daß es nur äußere Anläſſe bedarf, um ſeine Kraft zur That wachzurufen. Die ganze Regierung ruht auf ſeinen Schultern, er thut Alles und es iſt bewundernswerth, wie viel er thut. Es iſt erſtaunlich, wie beliebt er bei Jedermann iſt und ich glaube, er kann in dieſem Augenblick mit den Kammern und der ganzen Nation machen was ihm beliebt. Meiner Ueberzeugung nach iſt Leopold durchaus nicht franzöſiſch geſinnt.“

Freiheit der Schifffahrt auf der Schelde und den Gewäſſern zwiſchen Schelde und Rhein, ausbedingen, und

4. daß die Conferenz gleichzeitig beiden ſtreitenden Theilen erklärte: die fünf Mächte garantirten die Ausführung dieſer Artikel, als welche ihre unwiderruflichen Entſcheidungen enthielten und ſeien entſchloſſen, deren vollſtändige Annahme Seitens beider Theile zu erzwingen.

Stockmar ſchreibt darüber am 14. October:

„Da mir die Kenntniß verſchiedener Details fehlt, die zu der Beurtheilung nöthig iſt, ob das von der Conferenz kommende Friedensproject die materiellen Intereſſen Belgiens wirklich verletze oder nicht, ſo habe ich auf einem indirecten Wege zu einem Urtheil zu kommen geſucht. Ich habe ermittelt, was die Holländer von dem Friedensproject denken. Falk (der holländiſche Bevollmächtigte), der ſtets einſichtsvoll, ruhig und vernünftig, ſagt Folgendes:

„„Die Intereſſen Hollands ſind durch die Stipulationen der freien Schifffahrt auf den Flüſſen und der Servitut, nach welcher die Belgier eine Eiſenbahn von Antwerpen nach Sittard errichten können*), dergeſtalt verletzt, daß ich nicht glaube, der König von Holland werde den Tractat ratificiren.““

„Wenn dies der Fall iſt, ſo leuchtet mir auch indirecterweiſe ein, daß unſer Intereſſe nicht ſehr verletzt ſein könne, und daß es daher, alles zuſammengenommen, rathſam ſein dürfte, den Tractat belgiſcherſeits anzunehmen.“

*) Art. 12. Dans le cas, où il aurait été construit la Belgique une nouvelle route, ou creusé un nouveau Canal qui aboutirait à la Meuse vis-à-vis le Canton hollandais de Sittard, alors il serait loisible à la Belgique de demander à la Hollande, qui ne s'y refuserait pas dans cette supposition, que la dite route, ou le dit Canal fussent prolongés d'après le même plan entièrement aux frais et dépens de la Belgique, par le Canton de Sittard jusqu'aux frontières de l'Allemagne.

„Was man auch in Belgien gegen denſelben und gegen die Conferenz ſagen möge, ſo ſind doch zwei Dinge gewiß:

1. die Schwierigkeiten für die Conferenz, die Sache auf die eine oder andere Art zu ſchlichten, ſind groß,

2. die Ungeduld der großen Mächte iſt gerecht, endlich Differenzen beendet zu ſehen, die an und für ſich Kleinigkeiten betreffen und doch ganz Europa in kriegsähnlicher Spannung erhalten."

„Um zu erforſchen, ob ich in Bezug auf die von den einzelnen Mitgliedern der Conferenz geſpielte Rolle recht geſehen, machte ich heute Morgen in meiner Unterredung mit einem derſelben abſichtlich einen Ausfall auf Palmerſton, indem ich ſagte, er ſei im Ganzen mehr den Holländern als den Belgiern geneigt. Dabei kam denn aufs Klarſte heraus, daß Palmerſton der einzige war, der die belgiſche Sache eifrig in der Conferenz vertheidigt hatte."

„Die Stipulation der Eiſenſtraße von Antwerpen nach der preußiſchen Grenze, die freie Schifffahrt auf den Flüſſen haben wir allein ihm zu verdanken. Talleyrand dagegen hat auch gar nichts gethan, als ſogleich auf alle Punkte, die rein belgiſches Intereſſe ſind, nachzugeben und nur auf ſolchen Punkten zu beſtehen, wo das franzöſiſche Intereſſe vorwaltete."

„Ueber die Heirath habe ich zwei Briefe aus Paris geſehen. Danach ſcheint mir kein Hinderniß, als die Ungewißheit der belgiſchen Dinge. Sobald der König Friede gemacht hat und derſelbe allgemein anerkannt iſt, ſcheint man vollkommen geneigt, die Prinzeß Louiſe zu geben."

Am folgenden Tage, den 16. October, räth Stockmar nochmals zur Annahme der 24 Artikel. Die Differenz zwiſchen den belgiſchen Forderungen und dem von der Conferenz Zugeſtandenen in Betreff des Gebiets und der Schuldenfrage ſei nicht ſo bedeutend, daß davon das Wohl Belgiens abhängen könne.

„Das wahre Wohl Belgiens," ſagt er, „hängt jetzt ab vom ſchleunigen Frieden, Herſtellung einer guten Adminiſtration, Ver-

nichtung der Parteien im Innern, die hauptſächlich durch die baldigſte Anerkennung der Unabhängigkeit Belgiens von ganz Europa bedingt iſt. Sie iſt das ſicherſte Mittel gegen die franzöſiſche wie gegen die holländiſche Partei im Lande. Zudem, welches Mittel hätte der König perſönlich, um Belgien gegen die Nachtheile, welche der Ausſpruch der Conferenz etwa mit ſich bringen mag, zu ſchützen? Etwa die Abdication? Sie würde für Belgien ſelbſt nicht nur nicht den geringſten Vortheil, ſondern die allergrößten Nachtheile haben. Sie würde entweder allgemeinen Krieg, und in deſſen Folge die Reſtauration, oder die Vereinigung mit Frankreich, oder vielleicht die Theilung hervorbringen. Für den König aber würde die Abdankung keinen einzigen wirklichen Vortheil bringen, obſchon es der gereizten Stimmung anders erſcheinen mag. Allerdings kann der König von der Annahme der 24 Artikel einen vorübergehenden Nachtheil erleiden, d. h., er kann dadurch bei der unverſtändigen, unbeſtändigen Maſſe auf kurze Zeit weniger populär werden. Dagegen aber giebt es ein ſouveränes Mittel. Er ſei ein gerechter, feſter, thätiger, verſtändiger König und wir wollen ſehen, ob er nicht in kurzer Zeit wieder der populärſte König in Europa ſein wird."

„Auf der andern Seite würde die Abdication ihn in den Augen Europas ruiniren. Er würde ſchwach, unbeſtändig, kurzſichtig erſcheinen, als der von ihm unternommenen Sache nicht gewachſen daſtehen. Der König ging nach Belgien, um Europa den Frieden zu erhalten, um dort die Sache der conſtitutionellen Monarchie zu retten. Das iſt die Miſſion, die er Europa, den Mächten, Belgien gegenüber übernommen hat. Daß ſich dabei Schwierigkeiten finden, iſt keine Entſchuldigung, die Flinte ins Korn zu werfen. Der König hat eine ſchöne Aufgabe, er zeige ſich ihrer würdig."

„Er verliere keinen Augenblick, ſeine Miniſter zu einer Erklärung zu zwingen, ob ſie bleiben wollen, wenn er die 24 Artikel annimmt! Wo nicht, ſo bilde er auf der Stelle ein neues Miniſterium."

„Trotzdem aber, daß ich also dem König rathe, alles mögliche zu thun, damit das Friedensproject so schnell als möglich angenommen werde, so rathe ich ihm doch auch zugleich, von seiner persönlichen Stellung gegenüber der Conferenz allen möglichen Vortheil zu ziehen."

„Er schreie daher gegen die Ungerechtigkeit, die die Conferenz an ihm begangen*). Er schimpfe sie; sie ist darauf gefaßt. Er zeige auf das klarste, daß er unter ganz anderen Voraussetzungen nach Belgien gegangen und daß er mit den späteren und jetzigen Beschlüssen der Conferenz nicht das geringste zu thun gehabt. Er beweise den Belgiern auf das Bündigste, daß er alles mögliche gethan, um für sie die vortheilhafteste Lösung herbeizuführen. Ebenso schreie das Ministerium."

„Dabei geschehe jedoch zugleich alles, damit die Kammern das Friedensproject annehmen mögen.""

Der Ernst, mit dem Stockmar in dem vorstehenden Briefe die Möglichkeit einer Abdication des Königs erörtert, beweist, daß Leopold wirklich den Gedanken an eine solche ausgesprochen hatte. Ihm fiel die Annahme der 24 Artikel sehr schwer, sowohl vom belgischen als vom rein persönlichen Standpunkt. Auf Grund der 18 Artikel zum Thron berufen, sollte er nun dem Lande den Verzicht auf einen Theil dessen zumuthen, was es bis dahin als die Basis seiner Existenz, was er selbst als die Grundlage seiner Königlichen Stellung betrachtet hatte. Er hatte die Verfassung beschworen, welche Luxemburg und Limburg als Provinzen bezeichnete, und noch besonders eidlich gelobt, die Integrität des Territoriums aufrecht zu halten. War die Annahme des Londoner Projects unter solchen Umständen mit seiner persönlichen Ehre verträglich?

*) Sofern sie nämlich ihn vermocht, die Krone auf Grund der 18 Artikel anzunehmen und ihm dann nachträglich die Bedingungen der 18 Artikel nicht gewährt.

Stockmar, der von London aus der vom König zu faſſenden Entſchließung offenbar mit großer Sorge entgegenſah, ſuchte inzwiſchen das Möglichſte für die Beſeitigung der perſönlichen Bedenken ſeines Herrn zu thun.

„Ich ſprach Grey," berichtet er. „Dieſer ſieht nichts in der perſönlichen Stellung des Königs, in dem geleiſteten Schwur deſſelben, in der belgiſchen Conſtitution, was ihn verhindern könnte, den Tractat auf der Stelle anzunehmen. Ich empfehle der Aufmerkſamkeit des Königs dieſe Worte eines Mannes, der auf den Punkt der Ehre, des Eides, ſo ſcrupulös iſt, als der König ſelbſt. Es ſind die Worte eines Staatsmanns, der Verfaſſungen und verfaſſungsmäßige Verantwortlichkeit wohl kennt. Lord Grey ſieht in der Nichtannahme des Königs große Verlegenheiten, in der Abdication das größte Unheil für Europa, die größten Nachtheile für den Charakter und die perſönliche Lage König Leopolds. Er verſichert mich, ſo wie man nicht zweifeln könne, daß die Conferenz die Mittel habe, ihre Entſcheidung mit Gewalt auszuführen, ſo wenig dürfe man auch zweifeln, daß ſie dieſe Mittel im Nothfall anwenden werde. Er wenigſtens ſei durchaus für ihre Anwendung, das Intereſſe Europas verlange ſie."

„Ich fragte Bülow geſtern, wie die Conferenz ihre Entſcheidung durchzuführen gedenke, im Fall ſich Holland oder Belgien widerſetzten. Er antwortete: „„will Holland Belgien angreifen, ſo hat es mit den fünf Mächten zu thun. Falls Belgien die Bedingungen nicht annehmen und erfüllen will, die die Conferenz ihm auflegt, ſo laſſen wir eine aus Franzoſen, Preußen und Engländern beſtehende Executionsarmee einrücken."" Als ich dieſer Bülow'ſchen Aeußerungen heute gegen Lord Grey erwähnte, ſagte er, daß falls Belgien Holland oder Holland Belgien angreife, ganz gewiß das eintreten würde, was Bülow mir mitgetheilt. Den zweiten Fall, wo Belgien nicht angreifen, ſondern blos ſich weigern würde, das

ihm Auferlegte zu leisten, wollte er nicht direct beantworten, sondern sagte nur, dieser Fall würde zu neuen großen Schwierigkeiten führen."

Wahrscheinlich, um dem geschriebenen Wort durch mündliche Vorstellungen mehr Nachdruck zu geben, ging Stockmar noch im October nach Brüssel. Der König und sein Ministerium entschlossen sich, die 24 Artikel den Kammern zur Annahme vorzulegen. Juste in seinem Leben des Königs Leopold berichtet (Seite 163), daß dieser entschlossen war, die Kammer, wenn sie die 24 Artikel verwürfe, aufzulösen, und, wenn die neue Kammer in der Ablehnung beharrte, abzudanken. Eine solche Abdankung würde dann allerdings einen ganz andern Sinn gehabt haben, als die Abdankung, um den 24 Artikeln zu entgehen.

Am 1. und 3. November ermächtigten die Kammern den König zum Abschluß des definitiven Vertrags über die Trennung von Holland und Belgien auf Grund der 24 Artikel. Das Ministerium hatte sich vorher den Kammern gegenüber verpflichtet, dem Vertrag seine definitive Zustimmung erst dann zu geben, wenn es 1. einige Modificationen desselben zu erlangen versucht und 2. die Gewißheit gewonnen hätte, daß der König von den Mächten sofort anerkannt werden würde. Die Conferenz erwiderte auf die demgemäß an sie gerichteten Noten, 1. daß die Mächte nicht eine einzige Modification der 24 Artikel zugestehen könnten, 2. daß nichts im Wege stehe, den 24 Artikeln die Sanction eines Vertrags zwischen den fünf Mächten und Belgien zu verleihen, in welchem dann die Anerkennung des Königs schon implicite liegen mußte. Der Vertrag wurde in der That am 15. November 1831 unterzeichnet. Er war eine Wiederholung der 24 Artikel, zu denen in drei weiteren Artikeln noch folgende Bestimmungen traten.

Art. 25. Die fünf Mächte garantiren dem König der Belgier die Ausführung der vorhergehenden Artikel.

Art. 26. Friede und Freundſchaft zwiſchen Belgien einer- und den fünf Mächten andererſeits, d. h. Anerkennung des Königs der Belgier.

Art. 27. Die Ratificationen ſollen ſpäteſtens in zwei Monaten ausgewechſelt werden.

Neuntes Capitel.

Die belgiſchen Feſtungen.

In der Zeit zwiſchen dem Abſchluß und der Ratification des Vertrags vom 15. November wurde eine von uns früher ſchon vorübergehend berührte Frage, die ſogenannte Frage der belgiſchen Feſtungen*), der Anlaß heftiger Verwickelungen. Es iſt für das Verſtändniß nöthig, die Vorgeſchichte derſelben dem Leſer zu vergegenwärtigen.

Am 17. April 1831 hatten vier der Conferenzmächte, Oeſtreich, England, Preußen und Rußland in London ein Protokoll unterzeichnet, wodurch ſie, alſo mit Ausſchluß Frankreichs, für den Fall der definitiven Trennung Belgiens von Holland, ſich über künftige Maaßregeln in Betreff der auf Koſten der vier Höfe ſeit 1813 im vereinigten Königreich der Niederlande erbauten Feſtungen im Princip einigten.

Sie erklären darin, daß die neue Lage, in welche Belgien vorausſichtlich verſetzt werden würde, und ſeine von Frankreich anerkannte und garantirte Neutralität eine Aenderung des für die Niederlande

*) Die ausführliche Geſchichte der Feſtungsfrage findet ſich in der Schrift des damaligen belgiſchen Bevollmächtigten General Goblet: Des cinq grandes puissances de l'Europe dans leur rapports avec la Belgique par le Lieut. Gén. Comte Goblet d'Alviella. 1863.

angenommenen Defenſivſyſtem's zur Folge haben, daß die fraglichen Feſtungen zu zahlreich ſeien, als daß nicht deren Unterhaltung und Vertheidigung Belgien ſchwer fallen müſſe, daß übrigens die allgemeine zugeſtandene Unverletzlichkeit des belgiſchen Gebiets eine in früherer Zeit nicht vorhanden geweſene Sicherheit gewähre, daß endlich ein Theil jener, unter andern Umſtänden erbauten Feſtungen nunmehr geſchleift werden könne, und daß die vier Höfe ſich vorbehalten, über die Beſtimmung der zu ſchleifenden Feſtungen mit Belgien in Verhandlungen zu treten, ſobald daſſelbe eine von den Mächten anerkannte Regierung beſitzen wird. —

Stockmar commentirt in einem Briefe vom 22. December 1831 jenes Protokoll in folgender Weiſe:

„Die Meinung, daß die Schleifung der Feſtungen nur als ein Compliment für Frankreich von den Mächten beſchloſſen war, iſt unrichtig. Schon im Jahre 1815 war ein Theil der verbündeten Mächte, nämlich Oeſtreich und Preußen, zweifelhaft, ob die Art der Vertheidigung der Niederlande, wie Wellington ſie wünſchte und durchſetzte, die Zweckmäßigſte ſei. Jetzt, wo Belgien, von Holland getrennt, für ſich allein offenbar weder Leute noch Geld genug hat, die ganze Menge der Feſtungen zu vertheidigen, wurden jene Zweifel von 1815 nur lebendiger; und da Wellington nicht im Cabinet iſt, ſo mußte die Anſicht der übrigen Mächte das Uebergewicht bekommen."

„Es war zu befürchten, daß die von Belgien mangelhaft unterhaltenen und vertheidigten Feſtungen nur dazu da ſein würden, um bei erſter Gelegenheit in die Hände der Franzoſen zu fallen. So beſchloß man die Schleifung. Es traf ſich, daß Talleyrand, der von Allem Vortheil zu ziehen ſucht, dieſen Gegenſtand ergriff, um ſeiner Regierung glauben zu machen, der Beſchluß der Schleifung ſei ein Compliment für Frankreich, das er hauptſächlich aus den vier Mächten herausdiplomatiſirt habe. Da dieſer Wahn den vier Mächten nichts ſchaden konnte, ſo hatten ſie auch keinen Grund, die Franzoſen darin zu ſtören."

Das Protocoll vom 17. April wurde dem französischen Bevollmächtigten in London am 14. Juli officiell mitgetheilt, und am 23. verkündete Louis Philipp in seiner Thronrede bei Eröffnung der französischen Kammern mit stolzen Worten, „daß die zur Bedrohung Frankreichs und nicht zum Schutze Belgiens angelegten festen Plätze geschleift werden sollten.*)

Noch während der französischen Occupation versuchte die Regierung Louis Philipp's direct mit Belgien ein Separatabkommen über die Festungsfrage zu schließen. Der Gedanke war offenbar, daß man Belgien zu einer dem französischen Interesse gemäßen Bestimmung der zu schleifenden Plätze vermögen, und dann mit einem solchen Vertrag in der Hand die Zustimmung der vier Mächte leichter werde erlangen können. Wir sahen bereits, wie die englischen Minister Ende August in den ersten Unterredungen mit Stockmar entschieden erklärten, England werde eine Separatconvention über die Festungen nie zugeben. Den Gedanken hieran mußte also Frankreich fahren lassen. Es versuchte noch einen andern Weg. Es stellte in London den Antrag, daß der englische Gesandte in Brüssel von den vier Höfen ermächtigt werden möge, mit der belgischen Regierung und einem französischen Bevollmächtigten über die Schleifung von einigen der belgischen Festungen zu unterhandeln. Die Bevollmächtigten der vier Mächte erklärten hierauf in einem Protocoll vom 29. August: Dieser Antrag könne nicht angenommen werden, in Erwägung, daß die fraglichen Festungen großentheils auf Kosten der vier Mächte, ohne irgend eine feindliche Absicht gegen Frankreich, lediglich zum Zweck der gemeinsamen Sicherheit errichtet seien, daß die vier Höfe mit

*) Das Journal des Débats stimmte gleichzeitig folgenden Triumphgesang an: „La démolition des forteresses de la Belgique est le premier avantage que nous fait l'Europe. C'est le premier aveu de l'ascendant et de la prépondérance que la France a acquis depuis sa révolution. L'Europe sentira de plus en plus que la France de 1830, libre, ardente, regorgeant de force et d'activité, ne peut être traitée comme la France de 1815."

dem Souverän der Gebiete, auf denen jene belegen, beſondere Vereinbarungen getroffen, daß der neue Souverän Belgiens in dieſer Beziehung in die Stellung getreten iſt, in der ſich S. M. der König der Niederlande befand und daß folglich es den vier Höfen unmöglich ſein würde, eine dritte Macht an den Verhandlungen über jene Feſtung Antheil nehmen zu laſſen.

Nachdem auch dieſer Verſuch Frankreichs geſcheitert war, ließ ſich jedoch Belgien, um den mächtigen Nachbar, dem man Dankbarkeit ſchuldete, deſſen Hülfe man noch ferner brauchte, einigermaßen zufrieden zu ſtellen, zu einem den franzöſiſchen Wünſchen möglichſt entgegenkommenden Schritt bewegen. Das Miniſterium gab am 8. September dem franzöſiſchen Abgeſandten Latour-Maubourg die förmliche Erklärung ab, „daß der König Leopold darein willige und ſich damit beſchäftige, im Einverſtändniß mit den vier Mächten, auf deren Koſten die Feſtungen großentheils erbaut ſeien, Maaßregeln zur ſchleunigen Schleifung von Charleroi, Mons, Tournai, Ath und Menin zu ergreifen.“

Stockmar hat dieſe Erklärung immer als einen Fehler betrachtet. Belgien bürdete ſich damit eine falſche Rolle auf. Die wahren Parteien in der Feſtungsfrage waren Frankreich einerſeits und die vier Mächte andrerſeits.

Nicht dem ſchwachen Belgien kam es zu, zwiſchen den großen Mächten zu vermitteln. Es konnte dabei nur das Schickſal des irdenen Topfes erwarten, „le pot de terre en souffre.“ Sein Vortheil gebot ihm vielmehr, ſich möglichſt aus der Feſtungsfrage herauszuhalten, und Frankreich zu rathen, daß es ſeine Wünſche und Intereſſen direct bei den vier Mächten betreibe. Die Alternative, die Stockmar in einem Briefe vom 21. December aufſtellt, iſt unwiderleglich. „Entweder waren die Belgier mit den Mächten über die Wahl der Feſtungen einverſtanden, — dann brauchten die Franzoſen ein Verſprechen von unſerer Seite nicht. Oder, wir waren

mit den vier Mächten nicht einig — dann konnte unser Versprechen den Franzosen nichts helfen."

Der König Leopold sandte darauf noch im September den General Goblet nach London, welcher 1. die Mächte über die von Belgien an Frankreich gegebene Erklärung beruhigen, 2. im Sinne dieser auf die Conferenz wirken sollte. Trotz aller belgischen Anstrengungen bestanden die Mächte darauf, die Festungen Philippeville und Marienbourg an die Stelle von Charleroi und Tournai zu setzen, deren Schleifung Frankreich gewünscht hatte.

Am 14. December sah sich General Goblet genöthigt, eine Convention mit den vier Mächten zu unterzeichnen, welche die Schleifung von Menin, Ath, Mons, Philippeville und Marienbourg bestimmte. Ein geheimer Artikel besagte, daß der König der Belgier, für den Fall, wo die Sicherheit der beizubehaltenden Festungen gefährdet sei, sich über die Maaßregeln zu deren Erhaltung mit den vier Mächten verständigen werde.

Ein Artikel, der dem König selbst, wie er am 17. December an General Goblet schreibt*), sehr harmlos (nämlich für Frankreich) vorkam, da er eben nichts besage, als: ruft unsere Hülfe an, wenn eure Festungen in Gefahr sind, so daß Frankreich Belgien eben blos in Ruhe zu lassen braucht, um den Artikel ganz wirkungslos zu lassen. Gleichwohl war damals die Geheimhaltung dieses Artikels, wie Stockmar's Correspondenz ergiebt, ein Gegenstand der ängstlichsten Fürsorge.

In der That brachte schon der offene Vertrag, die Ersetzung von Charleroi und Tournai durch Philippeville und Marienbourg, einen heftigen Sturm von Seiten Frankreichs hervor.

Derselbe wäre in der That nicht zu begreifen, wenn man davon ausginge, daß der ostensibel im Vordergrund stehende Differenzpunkt, ob Philippeville und Marienbourg (wie die vier Mächte wollten)

*) Juste, Leopold I., 1re partie, pag. 234.

oder Charleroi und Tournai (wie Frankreich wollte) geſchleift werden ſollten, den wahren inneren Grund der großen Aufregung auf franzöſiſcher Seite enthielt. Der Herzog von Wellington, deſſen Stimme in London am meiſten in's Gewicht fiel, war der Anſicht, daß Charleroi und Tornai zur Vertheidigung Belgiens gegen einen franzöſiſchen Angriff von größerer Bedeutung ſeien, als Philippeville und Marienbourg, und wahrſcheinlich wird man aus demſelben Grunde von franzöſiſcher Seite die Schleifung der beiden erſten Plätze mehr gewünſcht haben, als die der beiden letzten*). Indeß läßt ſich doch nicht annehmen, daß Frankreich durch die Nichtſchleifung von Tournai und Charleroi eines ſeiner Lebensintereſſen verletzt ſah, es würde dieſelbe ſonſt nicht ſchließlich ſich haben gefallen laſſen. Anderſeits war die Regierung Louis Philipps im Jahre 1831 beſtimmt der Erhaltung des Friedens aufrichtig geneigt. Das heftige Aufbrauſen und endliche Nachgeben Frankreichs erklärt ſich alſo nur unter der Annahme, daß durch irgend einen Umſtand die franzöſiſche Empfindlichkeit gereizt war, die Friedensliebe aber doch zuletzt die Oberhand behielt. Und ſo war es in der That.

Aber was das franzöſiſche Selbſtgefühl verletzte, war nicht ſo ſehr der Beſchluß, daß die Befeſtigungen von Tournai und Charleroi erhalten bleiben ſollten, als vielmehr das Princip des Feſtungsvertrags überhaupt, d. h. der Umſtand, daß die vier Mächte mit Ausſchluß Frankreichs allein über die zu ſchleifenden oder zu

*) General Goblet in ſeinem Buch über die Feſtungsfrage S. 129, bemerkt, er verſtehe nicht, warum Frankreich grade auf Tournai und Charleroi beſtanden, car ces deux places fesaient partie du système également favorable aux défenseurs, quels qu'ils fussent, de la neutralité belgique; d. h. ſie dienten eben ſo gut zur Vertheidigung Belgiens im franzöſiſchen Intereſſe gegen einen anders woher kommenden Angriff. Wenn dies richtig iſt (wir enthalten uns des Urtheils über die techniſche Frage), ſo läge darin eben nur ein Beweis, daß man in Frankreich einen ſolchen Angriff von andrer Seite als praktiſch gar nicht in Betracht kommend anſah.

erhaltenden Festungen Belgiens und zwar aus dem Gesichtspunkt der Verträge von 1815 heraus entscheiden wollten. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Vertrag über die belgischen Festungen ein Ausfluß der Quadrupelallianz von 1814 und 1815 gegen Frankreich war und daß ein gewisser Widerspruch zwischen demselben und dem Vertrage vom 15. November 1831 vorlag. In dem Augenblick, wo die vier Mächte mit Frankreich die Neutralität Belgiens garantirten, schlossen sie unter sich einen besondern, doch wesentlich auf die Vertheidigung dieser Neutralität gegen Frankreich bezüglichen Vertrag und sicherten sich dadurch besondere Rechte hinsichtlich der belgischen Festungen. Hier war also ein neutraler Staat von den fünf Mächten garantirt, aber durch besondere, aus den Kriegen gegen Frankreich herrührende und gegen Frankreich gerichtete Bande an die vier übrigen geknüpft.

Frankreich „verabscheut" bekanntlich die Verträge von 1815, welche das Resultat der Reaction Europa's gegen seinen maßlosen Ehrgeiz waren. Es sieht in der legitimen Gegenwirkung gegen die von ihm begangenen Excesse, in dem Mißtrauen, welches sich durch deren Andenken erhält, ein Unrecht, eine Beleidigung, und in dieser Beziehung unterschied sich das Frankreich von Louis Philipp nicht von dem früheren oder späteren. Das Charakteristische des Juli-Frankreichs war nur der wirkliche, ernste Wille, den Frieden zu erhalten. Es war also zwischen zwei sich eigentlich widersprechenden Empfindungen getheilt, von welchen allerdings die Friedensliebe überwog. Das natürliche Resultat in der Festungsfrage mußte ein inconsequentes Benehmen sein.

Das Protocoll vom 17. April 1831 wurde dem französischen Bevollmächtigten in London am 14. Juli officiell mitgetheilt. Die französische Regierung täuschte sich natürlich so wenig damals, wie später, über den wirklichen Sinn des Acts, aber, im Interesse der Erhaltung des Friedens, suchte sie die nationale Empfindlichkeit zu täuschen. Sie stellte das Festungsprotocoll als einen von Frankreich

errungenen Sieg dar, wonach die früher vom europäiſchen Mißtrauen an der belgiſchen Grenze errichteten Bollwerke von Europa ſelbſt wieder niedergeriſſen würden, das ſich vor Frankreichs Uebergewicht beuge.

Den Mächten gegenüber mußte folgeweiſe die Regierung Louis Philipp's ſich gleichzeitig jeder Einwendung gegen das Feſtungsprotocoll enthalten; ſie nahm es in vollkommenem Schweigen entgegen.

Aber jener ächt franzöſiſche Kunſtgriff *) konnte doch auf die Dauer nicht vorhalten. Der wahre Gehalt des Feſtungsprotocolls blieb nicht verborgen, es ließ ſich auch nicht verhehlen, daß die vier Mächte ſich die Auswahl der zu ſchleifenden Feſtungen noch vorbehalten hatten und dabei Frankreich durchaus keine Stimme zuſtehen ſollte.

Nun befand ſich die franzöſiſche Regierung in einer vollkommen ſchiefen Lage. Wollte ſie gegen die weiteren Vereinbarungen der Mächte über die Feſtungen, als gegen einen Ausfluß der Verträge von 1815, proteſtiren, ſo war dies zu ſpät, nachdem ſie das Protocoll ruhig und ſogar mit erheuchelter Befriedigung hingenommen, in dem das Princip jener Vereinbarungen enthalten war. Sie konnte auch nicht verkennen, daß ſie durch einen Streit über das Princip ſich einem gefährlichen Conflict mit den vier Mächten ausſetzte, den ſie nicht wollte. Und doch war in den Regierungskreiſen die „galliſche Fiber" heftig erregt. Was war zu thun? Das Nächſtliegende war der Verſuch, eine dem Intereſſe Frankreichs möglichſt entſprechende Wahl der zu ſchleifenden Feſtungen zu erreichen. Das Scheitern dieſes Verſuchs ſteigerte natürlich die üble Laune. Da man mit den vier Mächten ernſtlich anzubinden ſich ſcheute, ſo ließ

*) Schon im ſiebenjährigen Krieg entſtand das Epigramm:

Le coq français est le coq de la gloire,
Par le revers il n'est point abattu.
Il chante fort, s'il gagne la victoire,
Encor plus fort, quand il est bien battu.

man den Zorn hauptsächlich an dem armen Sündenbock Belgien aus. Die Drohungen, mit denen man dieses bedrängte, hatten aber außer der Befriedigung des Gemüthsbedürfnisses noch einen andern Zweck, die vier Mächte einzuschüchtern, damit diese sich in der Ausführung des Princips des Festungsprotocolls zu einigen, die französische Eigenliebe beschwichtigenden Zugeständnissen vermögen ließen.

Dabei machte sich nun freilich die Inconsequenz, in der man sich bewegte, wieder zum Nachtheil Frankreichs geltend; denn nachdem man einmal zu dem Festungsprotocoll geschwiegen, konnte man zwar gegen Belgien den ganzen Verdruß über das darin ausgesprochene Princip ausschütten, allein man war den Mächten gegenüber darauf reducirt, als der Festungsvertrag das Protocoll zur Ausführung gebracht hatte, statt über das Princip desselben, blos deswegen Lärm zu schlagen, weil nicht Tournai und Charleroi, sondern nur Philippeville und Marienbourg geschleift werden sollten. Offenbar konnte aber die über diesen untergeordneten Punkt geführte, polternde Sprache nicht schrecken, die Mächte konnten keinen Ernst dahinter sehen, nachdem Frankreich gegen das Princip des Festungsvertrags keinen Widerspruch erhoben hatte.

Dies vorausgeschickt, lassen wir die Erzählung des weitern Verlaufs nach Anleitung von Stockmar's Correspondenz folgen.

Merkwürdigerweise war es Talleyrand gewesen, der die Namen Philippeville und Marienbourg zuerst erwähnt und ursprünglich den Anlaß zu dem Gedanken der Schleifung dieser Festungen gegeben hatte. „Als er," schreibt Stockmar am 20. December, „vor einiger Zeit, noch vor der belgischen Erklärung vom 8. September, erst bei Bülow, und dann bei Palmerston anklopfte, und die Retrocession*) der abgetretenen Cantons mit Marienbourg und Philippeville wünschte, antwortete ihm Palmerston, daß man lieber Krieg machen werde; daß aber, wenn jene beiden Festungen Frankreichs Mißfallen erregten,

*) Die beiden Festungen mit Gebiet gehörten früher zu Frankreich und waren erst durch den zweiten Pariser Frieden an die Niederlande gekommen.

man ſich wohl zu deren Schleifung verſtehen würde. Sobald Talleyrand," fährt Stockmar am 21. December fort, „einſah, welchen Fehler er gemacht, ſprach er nie mehr ein Wort von Marienbourg und Philippeville. Wahrſcheinlich aber iſt es, daß er in der Abſicht, ſeinen Fehler wieder gut zu machen, bei ſeiner Regierung auf die Erlangung der Erklärung vom 8. September gedrungen, um am Ende, wenn es zur Schleifung dieſer Feſtungen käme, die Schuld auf uns wälzen zu können. Daher hat er auch hier und in Paris ſich geſtellt, als ob er nie ein Wort davon erfahren, daß die Rede von Philippeville und Marienbourg ſei, er, der überall 150 Spione hat, und gewöhnlich die Dinge früher als jeder andere weiß *)."

Die verletzte franzöſiſche Eigenliebe äußerte ſich nun in den inſolenteſten Fanfaronaden gegen das arme Belgien.

Am 17. December ſchrieb Louis Philipp **) an Leopold:

„Ich erhalte mit ebenſoviel Erſtaunen als Bedauern die Nachricht, daß der Bevollmächtigte Eurer Majeſtät ſich erlaubt hat, einen Vertrag zu unterzeichnen, der im directen Widerſpruch mit den gegen mich eingegangenen Verpflichtungen ſteht. Ich erwarte demnach

*) Durch die vorſtehend nach Stockmar's Briefen gegebene Darſtellung werden die Thatſachen, die bereits Juſte in dem Leben Leopold's, I. S. 173 anführt, in ein anderes Licht geſtellt. Juſte ſagt: „le prince de Talleyrand imagina un singulier expédient, pour mettre un terme aux débats; il proposa à la conférence de faire la cession de Philippeville et de Marienbourg à la France." Hiernach erſcheint es als ob Talleyrand ſeinen Vorſchlag erſt gemacht hätte, nachdem die vier Mächte die Schleifung von Philippeville und Marienbourg zur Sprache gebracht, und erſt in dem ſpätern Stadium der Verhandlungen im October oder November, während die Wahrheit iſt, daß Talleyrand die Abtretung von Philippeville und Marienbourg ganz von ſelbſt, und zwar bereits zu einer Zeit angeregt hatte, wo in London von Philippeville und Marienbourg noch nicht die Rede war. Jetzt läßt ſich nach Bulwer's Life of Palmerston, II. 28 der Zeitpunkt, wo jenes geſchah, ganz beſtimmt angeben. Am 7. Januar 1831 ſchreibt Palmerſton an Lord Granville: „Heute ſchlug mir Talleyrand vor, daß Frankreich Philippeville und Marienbourg als Entgelt dafür bekommen ſollte, daß es ſeinen Einfluß für die Wahl Leopold's geltend mache."

**) Der Brief ſteht bei Juste, Léopold I., pag. 235.

zuversichtlich, daß dieser Vertrag Ihre Ratification nicht erhalten wird, denn ich muß mich auf Ihre Zusagen verlassen*)."

„Talleyrand," berichtet Stockmar am 16. December, „speit Feuer und Flammen, daß anstatt Tournai und Charleroi, Philippeville und Marienbourg rasirt werden sollen. Er sagt, daß die Belgier ihre vertragsmäßige Verpflichtung gegen Frankreich nicht erfüllt haben. Er behauptet, man habe ihm von Paris aus geschrieben, dieses Resultat sei die Folge einer in Brüssel gesponnenen Intrigue. Bülow hat ihm offen gesagt, daß die Beibehaltung von Tournai eine Lebensfrage für die englischen Minister gegenüber dem Parlament sei, und daß wahrscheinlich Talleyrand selbst nicht wünsche, daß diese Frage Lord Grey über den Haufen werfe.

Talleyrand spielt gern Comödie. Wenn das französische Ministerium klug ist, so stellt es sich als hätte es die Schleifung von Philippeville und Marienbourg selbst gewünscht."

In Paris indeß sprach der französische Minister Sebastiani**) von Rückkehr zum feindseligen System von 1815 gegen Frankreich, das den Krieg der Demüthigung vorziehe, von belgischem Vasallenthum, von der Unredlichkeit Belgiens, welches, im Widerspruch mit seiner Erklärung vom September, hinter dem Rücken Frankreichs den Mächten den Vertrag in seiner jetzigen Fassung vorgeschlagen***)

*) Der Brief schloß mit der drohenden Wendung: „Ich kann nicht zweifeln, daß Sie Ihre Bemühungen mit den meinigen vereinigen werden, um Frankreich, Belgien und Europa vor den Uebeln zu bewahren, die daraus entspringen könnten."

**) Ueber Sebastiani's Sprache siehe Goblet a. a. O. S. 175—191. Man erinnert sich aus dem vorigen Capitel, wie Sebastiani bei der ersten Erwähnung von Leopold's Candidatur zum belgischen Thron gleich mit Kanonenschüssen drohte. Guizot in seinen mémoires Vol. II. pag. 183 preist an demselben Mann: un jugement libre et ferme, une sagacité froide, une prudence hardie, un courage tranquille. Die Franzosen haben eben für solche Dinge einen eignen Maaßstab.

***) Während im Gegentheil Belgien nur einem starken Drucke der Mächte widerstrebend nachgegeben hatte.

habe, und er drohte den Hauptvertrag vom 15. November nicht zu ratificiren, wenn Belgien den „infamen“ Feſtungsvertrag ratificire, er drohte, Frankreich werde die Koſten der Expedition vom Auguſt einfordern, und ſeine Hülfe ein zweites Mal verweigern, Belgien ſeinem Schickſal überlaſſen.

Belgien befand ſich in einer ſehr üblen Lage. Die ſchleunige Ratification des Feſtungsvertrages war offenbar in ſeinem Intereſſe. „Denn,“ ſagt Stockmar in einem Briefe vom 14. December, „der Feſtungsvertrag iſt ein aus dem noch nicht ratificirten Hauptvertrag vom 15. November hervorgegangener Nebenvertrag. Wird dieſer ratificirt, ſo liegt darin eine Beſtätigung des Hauptvertrags, deſſen Nichtratification darnach um ſo weniger möglich erſcheint.“

Wollte Belgien den Feſtungsvertrag nicht genehm halten, ſo konnte dies den drei ſogenannten Nordmächten zum Vorwand dienen, die Ratification des Hauptvertrags zu verweigern; hatten ſie doch in einem früheren Stadium der Verhandlungen, am 14. November, die belgiſche Annahme der Grundlagen des Feſtungsvertrags gradezu zur Bedingung sine qua non ihrer Unterzeichnung des Tractats vom 15. November gemacht. Auch Palmerſton drängte zur ſchleunigen Ratification, die Stockmar wiederholt (Brief vom 14. und 20. December) eifrig empfahl.

„Palmerſton und Grey“ ſchreibt er, „halten übrigens das ganze Getöſe für ein abgekartetes Spiel zwiſchen Talleyrand *) und Sebaſtiani, und glauben, daß ſich die Franzoſen beruhigen würden, ſobald ſie ſich überzeugt hätten, daß mit ihren großen Worten nichts mehr auszurichten. Die Drohungen der Franzoſen gegen Belgien verlacht man hier. Man ſagt mit Recht: die Franzoſen haben euch das erſte Mal nicht um eurer ſelbſtwillen gegen die Holländer ge-

*) Den Beweis hierfür ſieht Stockmar (Br. v. 3. Jan. 1832) darin, daß man in Paris die beabſichtigte Schleifung von Philippeville und Marienbourg ſeit dem 6. December kannte, aber erſt nach einer Depeſche Talleyrand's vom 13. December, nämlich am 15., dort zu ſchreien anfing.

holfen, ſondern ſie ſind gekommen, weil ſie es ihrer eigenen Convenienz nach mußten. Was ſie auch heute ſagen mögen, ſo marſchieren ſie morgen wieder nach Belgien, wenn die Holländer es angreifen."

„Die Drohungen, den Novembervertrag nicht ratificiren zu wollen, können ſie gar nicht ausführen, weil ſie ſich dadurch ſelbſt am meiſten ſchaden würden. Und wenn ſie davon ſprechen, uns für die Hülfe im Auguſt die Koſten zahlen zu laſſen, ſo antwortet man hier darauf: die Franzoſen ſind auf den Wunſch der Conferenz einmarſchirt, und müſſen ſich daher, wenn ſie bezahlt ſein wollen, mit der Conferenz berechnen."

In Brüſſel gab man jedoch dem franzöſiſchen Wüthen ſo weit nach, daß man zuvörderſt die Ratification des Feſtungsvertrags verſchob, und ſodann Modificationen dieſes Vertrags von den Mächten zu erlangen ſuchte; ſei es Weglaſſung der Beſtimmung über Philippeville und Marienbourg, ſei es Annahme eines Zuſatzartikels, wonach deren Schleifung vorläufig ſuſpendirt bleiben ſolle.

Stockmar war gegen jede Modification des Feſtungsvertrags.

„Lord Grey," ſchreibt er (20. December), „hält es für höchſt gefährlich, durch die geringſte Aenderung an dem Feſtungstractat den Ruſſen einen ſcheinbaren Grund zur Nichtratification des Hauptvertrags zu geben." „Selbſt wenn die Conferenz (Brief vom 21. December), die verlangte, die Schleifung ſuſpendirende Klauſel gewährt, ſehe ich gar keinen Nutzen davon. Sie würde am Princip nichts ändern, und kann daher den Franzoſen weder gefallen noch etwas helfen. Im Gegentheil, ſie ſchadet nur. Die Sache würde doch bekannt, und der zugeſtandene Aufſchub würde an der Demüthigung, von der Frankreich ſpricht, nichts ändern. Man würde nur noch mehr mauvaise foi darin finden als in der unmittelbaren Ausführung."

„Und wollte Belgien' ſpäter demoliren, ſo würde das Geſchrei

und der Nachtheil wieder eben ſo groß wie jetzt ſein. Das einzige durchgreifende Mittel wäre, Philippeville und Marienbourg ganz und gar aus dem Tractat herauszulaſſen. Dann wird es aber ein neuer Tractat; und unſere Nichtratification des alten Tractats könnte von einigen Mächten als ein acte de mauvaise foi aufgefaßt werden und die ſchwerſten Folgen nach ſich ziehen. Uebrigens glaube ich kaum, daß Belgien die Mächte wird bewegen können, etwas an dem Tractat zu ändern."

„Will die franzöſiſche Regierung eine Aenderung, ſo genügt es nicht, daß Sebaſtiani, Belliard*) und Talleyrand die belgiſche Regierung ſchimpfen, mißhandeln und verläumden. Dadurch gewinnen die Franzoſen nichts. Wollen ſie etwas durchſetzen, ſo müſſen ſie officielle Schritte bei den Mächten thun. Sie müſſen den Mächten beweiſen, daß Marienbourg und Philippeville nicht innerhalb des Wortes und des Sinnes des Protocolls vom 17. April liegen. Sie müſſen ihnen beweiſen, daß die franzöſiſche Regierung durch dieſe Schleifung leiden würde. Dann und nur dann werden die Mächte hören. Alles dies ſollte der König offen und furchtlos dem Louis Philipp als ſeine Meinung mittheilen laſſen." —

In einem Briefe vom 24. December hebt Stockmar nochmals die vitale Wichtigkeit der Feſtungsfrage für den Beſtand des Miniſteriums Grey hervor, welches der Oppoſition gegenüber, der die gewichtige Autorität Wellington's zur Seite ſtand, ohnehin einen ſchwierigen Stand hatte, inſofern man die öffentliche Meinung mit dem plauſiblen Argument leicht aufregen konnte, daß das Miniſterium zu Gunſten Frankreichs und ſeines Vaſallen Belgiens Feſtungen ſchleifen laſſe, die, nach Wellington wenigſtens, zur Vertheidigung des europäiſchen Gleichgewichts nöthig ſeien, und über vier Millionen Pfund Sterling gekoſtet hätten.

Stockmar war um ſo weniger geneigt, ſich von den franzöſiſchen

*) Der franzöſiſche Geſandte in Brüſſel.

Klagen schrecken zu lassen, als er, gleich den englischen Ministern, sie von vornherein für eine berechnete Comödie hielt. Er fand sich in dieser Annahme durch das Benehmen der Franzosen seit der Suspension der Ratification von belgischer Seite bestärkt. „Um ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, bei den Mächten Gegenvorstellungen gegen den Festungstractat zu machen," schreibt er am 30. December, „hat Belgien, auf die Gefahr sich selbst zu schaden, die Ratification suspendirt. Haben nun die Franzosen den Mächten gegenüber irgend welche directe Schritte gethan? Nein. Sie haben nichts gethan, als uns maltraitirt und uns angetrieben, durch uns selbst compromittirende Schritte ihr Spiel zu spielen. Sobald aber die Franzosen zeigen, daß sie blos durch die Belgier manövriren, selbst aber nichts thun wollen, so zeigen sie auch, daß ihre Klage über unsere mauvaise foi eine elende Ausflucht und ihr ganzes Geschrei ein unwürdiger Versuch, eine jämmerliche Intrigue ist."

In der That, da die Franzosen sahen, daß sie nichts ausrichten würden, änderten sie ihre Sprache. Man wird darüber nachstehenden Brief Palmerston's an Stockmar vom 1. Januar 1832 nicht ohne Interesse lesen.

(Uebersetzung.)

Mein lieber Baron!

Ich muß mich vielmals entschuldigen, daß ich Ihnen die Einlage nicht früher zurückgestellt. Ich hoffe zuversichtlich, daß diese Kabbelei jetzt als beendet anzusehen ist. Wir haben der französischen Regierung begreiflich gemacht, daß wir weder in Bezug auf die Bestimmung der zu rasirenden Festungen, noch in Bezug auf den Artikel nachgeben können, welcher die Erhaltung der übrigen Festungen stipulirt; und da die Franzosen in der ganzen Sache vollkommen Unrecht haben, und überdies kein Mittel besitzen, uns zur Aufhebung oder Abänderung unserer Convention zu zwingen, außer hochfahrenden Redensarten, woraus wir uns nichts machen, so werden sie sich

zufrieden geben, und wir werden bald von der Sache nichts mehr hören. Als Talleyrand fand, daß er ſich in der Annahme, wir würden nachgeben, geirrt hatte, ſo gerieth er ſelbſt in Angſt über den Sturm, den er in Paris erregt hatte, indem er fühlte, daß, wenn ſeine Regierung ihre Forderung nicht durchſetzen könne, ſie ſich durch eine ſo anmaßende Sprache ſelbſt viel Schaden zufüge, und er hat neuerdings gethan was er konnte, um ſie zu beſchwichtigen.

Das Ganze war ein Stückchen perſönlicher Eitelkeit auf Seiten des Königs, Sebaſtiani's und Talleyrand's, und ſie zogen dann Périer*) herein, der die Sache mit Wärme aufnahm, aber wir konnten nicht dauernde Intereſſen Preis geben, um ihrer Eitelkeit zu ſchmeicheln, oder ſelbſt um ihre Stellung im Innern zeitweilig zu ſtärken.

Mein lieber Baron

aufrichtig der Ihrige

Palmerſton.

Und ſchließlich — tant de bruit pour une omelette! — ließ ſich Frankreich durch die von Belgien vorgeſchlagene Note der vier Mächte vom 23. Januar 1832 beruhigen, welche nichts beſagte, als daß die Beſtimmungen der Convention vom 14. December mit der Souveränetät, Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens im Einklang und die fünf garantirenden Mächte als ſolche zu Belgien in völlig gleichem Verhältniß ſtehen. Warum hatte man geſtritten? Um Charleroi und Tournai? Aber durch die Erklärung vom 23. Januar war in dieſem Punkte nichts geändert! Oder darum, daß, nach Frankreichs Meinung, der Feſtungsvertrag Belgien in ein beſonderes, gegen deſſen Unabhängigkeit, Souveränetät und Neutralität verſtoßendes Verhältniß zu den vier Mächten verſetzte? Dann

*) Der Premierminiſter Caſimir Périer.

beſtand alſo die Genugthuung für Frankreich darin, daß dieſe Mächte ihm erklärten, es befinde ſich in dieſer Beziehung im Irrthum!

In Paris war man aber von dieſer Erklärung ſo befriedigt, daß das dortige Cabinet dem belgiſchen Geſandten in London, Mr. Van de Weyer, der jene Note entworfen hatte, ſeinen beſondern Dank ausſprechen ließ!

Zehntes Capitel.

Ratification des Vertrags vom 15. November 1831.

Der Termin zur Ratification des Vertrags vom 15. November lief mit dem 15. Januar ab. Er wurde durch das Protokoll der Londoner Conferenz Nr. 54 vom 11. Januar 1832 bis zum 31. Januar verlängert. An diesem Tage fand der Austausch der Ratificationen von Seiten Frankreichs und Englands einestheils, und Belgiens anderntheils, statt. Die Bevollmächtigten der anderen Mächte beantragten, daß ihnen das Protokoll offen gelassen werde. Endlich, am 18. April, wechselten Oestreich und Preußen die Ratificationen mit Belgien aus. Die östreichische Ratification enthielt gewisse Vorbehalte; die preußische war unbedingt und ohne Vorbehalt; der Bevollmächtigte sprach jedoch dieselben Vorbehalte wie Oestreich in einer besonderen Erklärung aus. Am 4. Mai endlich erfolgte die russische Ratification, ebenfalls unter Vorbehalten. Auf den Inhalt und die Bedeutung aller dieser Vorbehalte werden wir unten des Näheren einzugehen haben.

In wunderlichen Inconsequenzen entwickelte sich also die Politik der drei absoluten Mächte hinsichts der belgischen Sache, Inconsequenzen, die sich freilich aus den folgenden Factoren einfach erklären, daß diese Mächte 1. den Frieden und die Ruhe Europas wollten, ohne doch zu irgend einer Zeit ein bestimmtes positives Ziel zu

verfolgen, ſo daß alſo ihre Politik eine abwartende, den Umſtänden nachgebende war; 2. daß ſie aus legitimiſtiſchen Gründen, Preußen und Rußland überdies aus verwandtſchaftlichen Rückſichten*), dem neuen, aus einer Revolution entſprungenen Königreich abgeneigt waren; 3. daß die Formen der Politik der abſoluten Höfe naturgemäß immer mehr höfiſch nüancirt, nach Sympathie und Antipathie mannigfach abgeſtuft ſind. So redeten denn die abſoluten Höfe aus Friedensbedürfniß, aus dem Wunſch, franzöſiſche Velleitäten und republikaniſche Beſtrebungen abzuſchneiden und die belgiſche Verwicklung, da die Trennung einmal nicht rückgängig zu machen war, zu beenden, ſie redeten dem Prinzen Leopold zu, die Krone anzunehmen — damit genügten ſie den realen politiſchen Staatsintereſſen. Dann weigerten ſie die Anerkennung des neuen Königs — damit genügten ſie ihren legitimiſtiſchen dynaſtiſchen Tendenzen. Dann wieder ſchloſſen ſie durch ihre Bevollmächtigten den Vertrag vom 15. November, wodurch ſie Belgien anerkannten, und demſelben die darin enthaltenen Beſtimmungen garantirten und nun zögerten ſie erſt mit der Ratification über den verabredeten Termin hinaus und ratificirten nächſtdem in einer mit Vorbehalten verclauſulirten Weiſe. Und ſpäter werden wir ſehen, wie ſie anfangs die zwangsweiſe Ausführung des ratificirten Vertrags hinauszuzögern ſtreben, ſodann die Nothwendigkeit von Zwangsmaaßregeln im Princip anerkennen, endlich aber an dem Einſchreiten der Weſtmächte zwar nicht Theil nehmen, es jedoch paſſiv zulaſſen. Stockmar erfreute ſich ſpäter an dem, was Guizot Hist. de mon Temps chap. XXII. über die Politik der öſtlichen Mächte in der belgiſchen Sache ſagt: En reconnaissant la nécessité, elles la subissaient avec cette

*) Wilhelm I. von Holland, Sohn einer Schweſter Friedrich Wilhelm II. von Preußen, war mit einer Tochter deſſelben vermählt; ſein zweiter Sohn Friedrich mit einer Tochter Friedrich Wilhelm III., ſeine Tochter Marianne mit dem Prinzen Albrecht, Sohn des preußiſchen Königs, ſein älteſter Sohn und Kronprinz mit einer Schweſter des Kaiſers von Rußland.

hésitation et cette humeur qui enlèvent à la modération son mérite et détruisent la confiance qu'elle devrait inspirer . . . Leur politique aurait pu et dû être nette, uniforme, exempte de contradictions et d'arrière pensées. Il n'en fut rien. Les gouvernements absolus, quand ils n'ont pas un grand homme à leur tête, sont plus courbés sons leurs préjugés et plus incertains dans leurs actes que les gouvernements libres; malgré leur fastueuse irresponsabilité, le fardeau du pouvoir leur pèse et pour l'alléger ils se réfugient volontiers dans l'inconséquence et l'inertie. Tout en acceptant ce qui se passait, depuis 1830, en France et autour de la France, le bon sens des puissances continentales fut étroit et court, sans hardiesse et sans grandeur.

Wir geben aus der Correſpondenz Stockmar's das Intereſſanteſte über die Geſchichte jener Ratificationen.

Anfangs December glaubte man in London, die ſämmtlichen Mächte würden in der beſtimmten Friſt ratificiren. Nichts konnte auch natürlicher ſcheinen. War doch der Vertrag vom 15. November weſentlich daſſelbe, wie die 24 Artikel und dieſe hatte man in Berlin und Wien ſehr günſtig aufgenommen.

Aus Berlin hatte der engliſche Geſandte Mr. Chad am 24. October berichtet: „Mr. Ancillon ſagte, er ſei mit dem Vertrag zufrieden (und er ſcheint es in der That zu ſein); er hält die Territorialbeſtimmungen für Holland gerecht und billig.“ Und am 7. November hatte Mr. Chad weiter gemeldet: „Mr. Ancillon las mir geſtern die Inſtruction vor, welche er den 24. v. M. Herrn von Truchſeß*) ertheilt hatte und worin zahlreiche und gewichtige Gründe aus der gegenwärtigen politiſchen Lage hergenommen, dringlich geltend gemacht werden, um den König von Holland zur Annahme des Friedenstractats zu bewegen. Auch wird darin geſagt, daß,

*) Dem preußiſchen Geſandten im Haag.

wenn der König die Annahme verweigerte, er sich gefaßt halten möge, eine englische Flotte an seiner Küste erscheinen zu sehen, um ihn zur Annahme zu zwingen. Grade so wie Belgien wahrscheinlich von einer aus französischen, englischen und preußischen Truppen zusammengesetzten Armee besetzt worden sein würde, wenn die Weigerung von dort gekommen wäre."

Aus Wien berichtete der englische Minister Mr. Forbes unter dem 1. November 1831: „Fürst Metternich sagte mir, daß er den Vertrag höchlich billige als billig und ehrenvoll für beide Theile. Er sei von der Art, daß kein Theil daran denken könne, ihn auszuschlagen, und er freue sich, daß diese Angelegenheit nun beendet sei."

Gegen die Mitte des Monats December mehrten sich indeß die Anzeichen, welche Zweifel erregten, ob Rußland den Vertrag genehm halten werde. Ein Bericht Stockmar's vom 20. December erzählt das bis dahin von Seiten Preußens und Oestreichs in Betreff der Ratification Geschehene, welches charakteristisch genug für das Schwanken der Anschauungen in Berlin und Wien ist.

„Die erste Weisung, die Bülow von dem Minister Ancillon erhielt, war vom 24. November datirt und besagte: daß der König zwar glaube, Bülow sei etwas rasch zu Werke gegangen, daß man aber dennoch ratificiren und ihm die Ratification in wenigen Tagen zur Auswechslung übersenden werde. Bald hernach erhielt Bülow eine zweite Mittheilung Ancillon's vom 26. November, des Inhalts: daß, gleich nach Abgang der ersten Zuschrift vom 24. an Bülow, Perponcher*) mit Briefen seines Herrn zu Ancillon gekommen und diesem die heftigsten Vorwürfe darüber gemacht, daß der preußische Gesandte zu London den Vertrag vom 15. November so schnell unterzeichnet. Die Briefe des Königs von Holland an den König von Preußen, enthielten die inständigste Bitte nicht zu ratificiren."

„Hierauf ließ das berliner Cabinet im Haag durch seinen Ge-

*) Der niederländische Gesandte in Berlin.

ſandten Truchſeß erklären: daß es zwar auf jeden Fall innerhalb der beſtimmten Zeit ratificiren werde, daß es aber durch möglichſt lange Zurückhaltung der Ratification dem König von Holland nochmals Zeit geben wolle, ſich vorher mit der Conferenz zu arrangiren. Dieſe Antwort wurde von Berlin nach Wien mitgetheilt, und kreuzte ſich mit Depeſchen von dort, in welchen Metternich äußerte: ſeiner Meinung nach hätten die Bevollmächtigten in London eigentlich ihre Vollmachten überſchritten. Die Conferenz hätte dem König von Holland eine Friſt ſetzen und erklären müſſen, daß, wenn er in der gegebenen Zeit die 24 Artikel nicht annehme, man dann ohne Verzug einen Tractat mit Belgien abſchließen werde."

„Als jedoch in Wien die Nachricht von dem im Haag preußiſcherſeits geſchehenen Schritte eintraf, that das Wiener Cabinet dem Berliner zu wiſſen, daß Oeſtreich jener Erklärung beitrete und ſchließlich gleich Preußen in der beſtimmten Friſt ratificiren werde."

„Von Rußland," ſetzt Stockmar hinzu, „fehlt noch ſichere Nachricht. Madame Lieven ſoll geſagt haben: die ruſſiſche Ratification werde nicht vor dem letzten Tag der Friſt ankommen, wenn ſie überhaupt ankomme. Matuscewicz hat geäußert, er ſehe das Schickſal Oubril's *) (d. h. Desavouirung und Nichtratification) voraus". Schon acht Tage darauf hatten ſich aber die Aſpecten weſentlich verändert.

„Bülow ſagte mir," berichtet Stockmar am 27. December, „der König von Holland ſende unabläſſig Couriere nach Berlin, Petersburg und Wien, und ließ durchblicken, daß dieſe Sendungen bereits auf die Standhaftigkeit der Höfe zu wirken anfangen." Anfang Januar wußte man, daß der Kaiſer von Rußland dem

*) Der ruſſiſche Staatsrath Fr. v. Oubril erſchien im Juli 1806 in Paris, um einen Frieden mit Napoleon zu unterhandeln. Ein Vertrag wurde am 20. Juli unterzeichnet, aber der Kaiſer Alexander verweigerte die Ratification, da inzwiſchen in der ruſſiſchen Politik ein Umſchwung gegen Frankreich eingetreten war.

König von Holland mitgetheilt, er werde vorläufig nicht ratificiren, er rathe ihm jedoch, sich mit der Conferenz zu verständigen, da, wenn Preußen nicht gewillt sei, Holland durch materielle Mittel zu unterstützen, Rußland wegen größerer Entfernung und geringeren Interesses dies noch weniger thun könne. Ebenso schien es zu dieser Zeit bereits festzustehen, daß Preußen aus Deferenz gegen Rußland die Ratification so lange als möglich verschieben würde.

Offenbar lag in den bekannt gewordenen Thatsachen für die Belgier kein Grund zu verzweifeln, sondern nur dazu, sich in Geduld zu fassen. Denn nichts deutete auf einen festen Entschluß der drei Mächte nicht zu ratificiren, alles nur auf einen Aufschub der Ratification. Die Hoffnungen der Belgier mußten noch wachsen, nachdem am 31. Januar die Westmächte wirklich ratificirt hatten; und am 9. Februar schreibt Stockmar: Bülow, der preußische Gesandte, selbst und die englischen Minister glaubten an baldige Ratification Seitens der übrigen drei Mächte. Es zeigte sich nun zwar, daß die Sache nicht so rasch vorwärts ging, indeß ging sie doch eben vorwärts, nicht rückwärts. Um die Mitte Februar erfuhr man, daß der Kaiser Nicolaus den Grafen Alexis Orloff nach dem Haag zu schicken gedenke, um einen letzten Versuch zu machen, den König von Holland zu einem gütlichen Abkommen zu bewegen. Diese Mission hielt die diplomatische Welt während des Februar und März in Athem. Sie endigte damit, daß Orloff am 22. März 1832 im Haag eine feierliche Erklärung abgab, welche die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen constatirte, Holland die Verantwortlichkeit für die Folgen überließ und unumwunden aussprach, daß Rußland zwar an den Zwangsmaaßregeln zur Ausführung der 24 Artikel keinen Theil nehmen, aber ebensowenig Holland, wenn es die Feindseligkeiten wieder eröffne, gegen die Maaßregeln der Conferenz zur Vertheidigung der belgischen Neutralität schützen werde.

Die Mission Orloff's hatte also zum Ergebniß einen neuen Fortschritt in der Belgien günstigen Richtung. Aber in Belgien fand

man das lange Provisorium unerträglich, man verzweifelte am friedlichen Ausgang, und gab sich in Folge davon kriegerischen Tendenzen hin, man rüstete, man zog fremde, namentlich polnische, Officiere in die belgische Armee. Stockmar remonstrirte beharrlich, ja leidenschaftlich gegen alle kriegerische Gelüste.

Am 9. Februar schreibt er: „Ich empfehle ruhiges Abwarten, bis wir die übrigen Ratificationen erhalten haben. Belgien ist Holland gegenüber in einer Lage, in welcher eine passive Haltung sehr zu seinen Gunsten wirken wird. Holland hat durch die Ausführung des Friedensschlusses Land und Geld zu empfangen, die es also bis dahin entbehren muß; Belgien leidet nur durch Antwerpen und die Nichtfreiheit der Maas und Schelde."

„Ich verwahre mich," fährt er am 17. Februar fort, „gegen kriegerische Unternehmungen von unserer Seite aus allen Kräften. Die Sache ist klar: wir halten die uns vom Friedensvertrag auferlegten Leistungen zurück und bleiben ruhig. Greifen uns die Holländer an, so jagen wir sie mit oder ohne Hülfe der Franzosen aus dem Lande. Der jetzige Zustand der Politik ist das Pulverfaß neben der Pechtonne; ein einziger Funken sprengt das Ganze in die Luft. Ich möchte der nicht sein, der den Funken hineinwirft. Die Verantwortlichkeit würde eine europäische sein."

Dann wieder am 20. Februar:

„Ich warne dringend gegen alle übereilten Schritte. Niemand, am wenigsten die Engländer, würde gern wegen des Streits zwischen Holland und Belgien Krieg anfangen. Obgleich die Franzosen und Engländer durch die Ratification zur wirklichen Ausführung der 24 Artikel verbunden sind, so hielte ich doch das Drängen zu dieser Ausführung von belgischer Seite für einen großen politischen Fehler. Ich bitte daher was ich nur bitten kann, sich dieses Fehlers nicht schuldig machen zu wollen. Die Maaßregeln zur Ausführung der 24 Artikel können vertragsmäßig nur im vorher gewonnenen

Einverständniß mit Frankreich und England betrieben werden. Belgien darf nicht vorschnell und einseitig damit vorgehen. Werden wir angegriffen, so haben wir ein Recht, auf der Stelle Beistand zu verlangen; greifen wir an, so fragt sich erst noch, ob England nicht einen Unterschied zwischen Offensive und Defensive machen und behaupten wird, man sei im Fall der Offensive zum Beistand nicht verbunden.

Das Verlangen nach polnischen Officieren gefällt mir auch gar nicht. Wird kein Krieg, so sind die fremden Officiere nur eine Last, und einstweilen kann es nicht fehlen, daß das Annehmen so vieler Fremden die Einheimischen kränkt. Ich warne; ich bin schon oft Cassandra gewesen."

„Was auch unsere Zukunft sein möge," sagt er ferner am 2. März, „so befinden wir uns offenbar diesen Augenblick in einer Krisis. Kein vorsichtiger Arzt stört eine solche durch heftige Mittel. Ich protestire also nochmals feierlich gegen alle kriegerischen Absichten und bestehe darauf, daß die nächsten sechs Wochen ganz allein der Diplomatie überlassen werden. Seit vielen Monaten habe ich allen meinen Freunden hier eine Veränderung in der Temperatur des holländischen Patriotismus und Enthusiasmus vorhergesagt. Die Belgier werden diese erleben, wenn sie warten können und sich vernünftig benehmen. Also nochmals nichts übereilt! ce serait tout gâter. Darüber ist hier nur eine Stimme. Auf die wiederholten Befürchtungen, daß die Holländer die Belgier angreifen würden, halte ich nicht mehr für nöthig zu antworten. Die Angriffe, die man vorher ausposaunt, sind wohl schwerlich ernstlich gemeint."

Am 1. April schreibt er:

„England und Frankreich wollen durchaus keinen Krieg. Wer zum Krieg Anlaß giebt, ist eo ipso der directe Feind Lord Grey's und Casimir Périer's. Man zweifle daher keinen Augenblick, daß Grey den Belgiern ebensowenig den Angriff auf die Holländer erlauben würde, als umgekehrt. Für den König der Belgier ist das

erſte Ziel der Politik, zu verhindern, daß Belgien getheilt werde. Vermeidet er Krieg, ſo ſehe ich nicht, wie die Holländer dieſe Theilung möglich machen wollen. Fängt er aber ſelbſt Krieg an, ſo öffnet er die Büchſe Pandora's, aus der alle möglichen neuen Combinationen hervorgehen können. Er giebt dann ſelbſt vielleicht Frankreich die Mittel, ſich von den Verträgen loszuſagen und eine neue Politik zu befolgen, von der die Theilung das Ende ſein kann. Ich lege daher nochmals gegen alle kriegeriſchen Abſichten die feierlichſte Proteſtation ein. Gefahr von außen kann uns in dieſem Augenblick nicht mehr drohen; nachdem wir dies erlangt, warum ſollten wir ſie durch ein unvorſichtiges Benehmen wieder herbeiführen? Denn was können wir durch Krieg erreichen? Es ſind nur zwei Fälle möglich. Erſtens: Glücklicher Erfolg. Er ſelbſt, hätte ſeine Gefahr. Eine Menge unverſtändiger Prätenſionen würden bei uns wieder aufwachen, die Leidenſchaftlichkeit der kämpfenden Parteien würde ſich vermehren und dadurch allein ſchon würde der Friede weiter hinausgeſchoben und erſchwert werden. Würden anderſeits die Mächte von unſerm Succeß nicht Gelegenheit hernehmen einzuſchreiten oder Urſache, ihre politiſchen Anſichten, aufs neue zu ändern?

Zweitens: Niederlage. Ich brauche nicht zu beſchreiben, in welcher Lage der König ſich befinden würde, wenn er ſich ſelbſt ſagen müßte, er habe eine zweite déconfiture ſelbſt muthwillig herbeigeführt."

„Die Hinderniſſe, die aus dem gegenwärtigen Zuſtand der Dinge für die innere Adminiſtration, für Handel und Gewerbe hervorgehen, die ſchädliche Wirkung, die ſie auf die politiſche Stimmung der Belgier, ſelbſt auf das perſönliche Anſehen des Königs ausüben, verſchwinden wie Maulwurfshügel gegen die Berge, die in einer Nacht aus einem Kriege erwachſen können."

„Von Einem bin ich auf das innigſte überzeugt: ſobald nämlich die fünf Mächte ratificirt haben, ſchadet König Wilhelm durch

jeden Augenblick, um welchen er den Friedensschluß verzögert, Holland doppelt so viel, als Belgien unter dem Aufschub leidet. Denn wenn es gleich wahr ist, daß die fünf Mächte coercitive Maaßregeln gegen Holland vermeiden möchten, so ist es doch ebenso gewiß, daß sie Zwangsmaaßregeln gegen Belgien nicht vornehmen wollen, noch können."

„Untersuchen wir nun die Gefahr, die uns von innen drohen kann. Sie kann nur von Unzufriedenen, z. B. in Lüttich, Antwerpen und Gent kommen. Sobald daher wirklich ernsthafte Unruhen ausbrächen, so ließe man den Orangisten unter Sanction der Kammern für Feinde des Vaterlandes erklären und als solche behandeln. Dazu hat man eine Armee. Zeigte sich diese nicht treu, so ist deswegen auch nicht das Geringste verloren. Man schließe dann mit Frankreich einen Tractat, stipulire ein Hülfscorps, versammle die Kammern, lasse den Vertrag sanctioniren und halte so Constitution und Gesetze aufrecht und schaffe die Möglichkeit, die Landesverräther und Orangisten gesetzlich zu bestrafen."

„So würde ich an des Königs Stelle handeln und die Zukunft mit Ruhe erwarten."

Diese Ermahnungen zur friedlichen, abwartenden Haltung wurden auch durch die Rathschläge des Königs von England unterstützt, welcher Stockmar am 3. April zu sich rufen ließ.

„Ich fand ihn," berichtet dieser, „wohl und sehr gnädig. Er erkundigte sich erst nach dem Befinden Sr. Majestät, und dann nach dem Zustand, in welchem sich gegenwärtig die innern Angelegenheiten Belgiens befänden. Hierauf hielt er dem König Leopold eine Lobrede. Er sagte ausdrücklich, dieser habe alles gethan, was ein ehrlicher und kluger Mann thun könne, und daß er vollkommen auf dem rechten Weg. Sein hauptsächlicher Wunsch sei nun, daß Leopold auf diesem rechten Weg verharre, und sich weder durch den König von Holland, noch durch eigene Ungeduld irre machen lasse. Die große Sache sei, den Frieden zu erhalten; und deswegen bitte er

Leopold so sehr er nur könne, sich durch nichts reizen zu lassen. Werde Leopold angegriffen (was er nicht glaube), so verstehe es sich von selbst, daß er alles aufbiete, um Gewalt mit Gewalt zurückzutreiben. Seine Bitte sei nur, daß Leopold auf keine Weise der Angreifer sein wolle.

Er halte übrigens den König von Holland, der vollständig im Unrecht (completely in the wrong) sei, für verrückt (mad) und glaube, daß Holland unmöglich noch auf eine lange Zeit den gegenwärtigen Kriegsfuß erhalten könne. Er sei überzeugt, die Holländer würden nunmehr anfangen zu berechnen, daß das Ding zu viel koste, und am Ende doch nichts helfen werde. Er warne um so mehr, recht vorsichtig zu sein, weil er überzeugt sei, daß die Holländer nur einen Vorwand wünschten, um Antwerpen zu zerstören.

Er habe übrigens erst gestern wieder die Versicherung von allen Mächten erhalten, daß sie ratificiren würden. Er bitte daher nochmals um etwas Geduld und lasse zugleich Sr. Majestät alle Freundschaft und Zuneigung ausdrücken."

Die Rathschläge abwartender Politik wurden denn auch am 18. April durch einen weiteren Fortschritt der belgischen Sache gerechtfertigt. Oestreich und Preußen ratificirten an diesem Tage. Die Vorbehalte, die sie an die Ratification knüpften, bezogen sich auf die Rechte des deutschen Bundes, hinsichts der Artikel des Vertrags vom 15. November, welche die Abtretung oder den Austausch eines Theils des zum deutschen Bund gehörigen Großherzogthums Luxemburg betreffen.

Nachdem nämlich der Vertrag in Artikel 2 bis 4 die Abtretung eines Theils von Luxemburg an Belgien gegen Gebietsentschädigung in der Provinz Limburg festgesetzt, so bestimmt Artikel 5:

„S. M. le Roi des Pays-bas, Grand duc de Luxembourg, s'entendra, avec la Confédération Germanique et les agnats de la maison de Nassau, sur l'application des stipulations

renfermées dans les Articles 3 et 4, ainsi que sur tous les arrangements que les dits Articles pourraient rendre nécessaires, soit avec les agnats ci-dessus nommés de la maison de Nassau, soit avec la Confédération Germanique."

Der deutsche Bund verlangte natürlich, wenn ihm ein Theil des luxemburgischen Gebiets entzogen werden sollte, einen territorialen Ersatz, der ihm bekanntlich auch später durch den holländischen Antheil von Limburg gewährt ward. Ein Abkommen über diese Entschädigung war aber so lange nicht möglich, als nicht Holland mit Belgien Frieden geschlossen und die territorialen Bestimmungen des Novembervertrags anerkannt hatte. Inzwischen blieb also nichts übrig, als die Ansprüche des deutschen Bundes vorzubehalten, wie dies durch die vollkommen berechtigten Erklärungen Oestreichs und Preußens geschah. Der belgische Bevollmächtigte konnte sich seinerseits in Bezug auf diese Vorbehalte auf die Gegenerklärung beschränken, „daß er sich einfach auf die Belgien von den fünf Mächten gegebene Garantie beziehe, in welche er ein vollkommenes auf den Vertrag vom 15. November gegründetes Vertrauen setze." Denn nach diesem hatten die Mächte (Artikel 25) dem König der Belgier die Ausführung aller vorhergehenden Artikel, also vor allen Dingen der Artikel 2 bis 4 garantirt. Gleichzeitig gaben der östreichische und der preußische Bevollmächtigte jeder für sich Erklärungen wesentlich gleichen Inhalts dahin gehend ab: daß es nunmehr die Aufgabe der Conferenz sei, diejenigen Modificationen der 24 Artikel in Betracht zu ziehen, welche, ohne Beeinträchtigung der Hauptbestimmungen, zu Gunsten Hollands zulässig sein und von Belgien angenommen werden möchten.

Am 4. Mai endlich erklärte sich auch Rußland zur Auswechslung der Ratificationen bereit. Die russische Urkunde enthielt jedoch die Klausel: „sauf les modifications et amendements à apporter, dans un arrangement définitif entre la Hollande et la Bel-

gique, aux Articles IX, XII et XIII*). Eine besondere Erklärung der russischen Bevollmächtigten besagte, daß das in der Ratificationsacte in Bezug genommene definitive Abkommen zwischen Holland und Belgien, nach der Meinung ihres Kaisers, ein auf gegenseitiger, freier Uebereinstimmung beruhendes (un arrangement de gré à gré) sein solle. Der belgische Bevollmächtigte Van de Weyer nahm die russische Ratification an, indem er auf den Vorbehalt erklärte, „daß er, ohne zu bestreiten, daß die 24 Artikel Punkte enthalten, über deren Ausführung Belgien und Holland in gegenseitiger freier Uebereinstimmung sich verständigen können, sich nichts destoweniger und für alle Fälle auf die von den fünf Mächten gegen Belgien eingegangenen Verpflichtungen beziehe."

Man konnte 1. über den Sinn, 2. über die praktische Bedeutung und Tragweite des russischen Vorbehalts zweifelhaft sein.

Sollte er nur den Sinn haben, daß Belgien und Holland die Möglichkeit, Modificationen der Artikel IX, XII und XIII unter sich zu vereinbaren, zugestanden sein sollte, so war dies offenbar für Belgien ohne allen Nachtheil. Sollte aber der Sinn sein, daß Rußland für die Ausführung der angeführten Artikel keine Garantie übernehmen, von seiner Garantie der 24 Artikel diese drei ausnehmen wolle, so erschien dies in der Theorie allerdings als eine für Belgien erhebliche Beschränkung der ihm geleisteten Garantie. Die praktische Bedeutung dieser Beschränkung hing aber zunächst davon ab, welche Rechnung man sich überhaupt auf Rußlands thätige Mitwirkung zur Ausführung der 24 Artikel machen konnte. In der That machte man sich keine, und konnte sich keine machen, und

*) Artikel IX bezieht sich auf die freie Flußschifffahrt; Artikel XII auf die Fortsetzung einer bis an die Maas auf belgischem Gebiet gebauten Land- oder Wasserstraße durch das holländische Limburg bis an die deutsche Grenze; Artikel XIII auf die Bestimmung des belgischen Antheils an der niederländischen Gesammtschuld.

ſomit war der ruſſiſche Vorbehalt nach dieſer Seite thatſächlich unerheblich.

Eine andere große Vorfrage für die Beurtheilung von deſſen reeller Tragweite war die, welche Wirkung die Unvollkommenheit der ruſſiſchen Ratification auf den Beſtand des ganzen Vertrags, insbeſondere auf den Beſtand der von den übrigen Mächten eingegangenen Verbindlichkeiten übe. War der Tractat ein Complex von fünf ſelbſtändigen, je von einer Conferenzmacht mit Belgien abgeſchloſſenen, nur eben in einer Urkunde zuſammengefaßten Verträgen, ſo daß jede Macht als ſelbſtändig verpflichtet Belgien gegenüberſtand, oder bildeten ihm gegenüber die fünf Mächte in der Art eine Einheit, daß keine derſelben verpflichtet erſchien, wenn und ſo weit nicht Alle verpflichtet waren? Wurde jede Macht durch ihre eigne oder wurde ſie nur durch die Ratification aller übrigen definitiv verpflichtet? Fand das letztere ſtatt, ſo machte die ruſſiſche Beſchränkung der Ratification den Vertrag jedenfalls theilweiſe ungültig, ja man konnte behaupten, daß ſie ihn, da er ein untrennbares Ganzes ſei, auch überhaupt gar nicht gültig werden, die Verbindlichkeit aller andern Mächte gar nicht zur Exiſtenz kommen laſſe. Beide Anſichten waren an ſich möglich. Es iſt allerdings wahrſcheinlich, daß keine der fünf Mächte für ſich allein den Vertrag vom 15. November mit Belgien geſchloſſen haben würde, daß keine ihn geſchloſſen haben würde, wenn ſie nicht gewußt hätte, daß die andern vier ihn gleichzeitig unterzeichnen wollten, allein daraus folgte nicht, daß eine jede das Beſtehen ihrer übernommenen und ratificirten Verpflichtungen davon abhängig machen wollte, daß alle übrigen den Vertrag ohne Vorbehalt und Beſchränkung ratificirten.

Der belgiſche Bevollmächtigte Van de Weyer und Stockmar, der mit ihm das gegenüber der ruſſiſchen Ratification einzuſchlagende Verfahren berieth, hielten beide die erſte der zwei oben bezeichneten Auffaſſungen in Betreff des Vertrags vom 15. November für die richtige. Zugleich wußten ſie, daß dieſe Auffaſſung bei der engliſchen

und französischen Regierung bestand, daß diese trotz der Mängel der russischen Ratification sich ihrerseits für völlig gebunden achteten. Die Rechnung stellte sich also so. An sich war die russische Ratification, wie auch immer beschaffen, ein Fortschritt im belgischen Sinn, sie involvirte mindestens die russische Anerkennung der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens und des belgischen Königthums. Anderseits blieb der Vorbehalt wenigstens verschiedener Auslegung fähig. Was Rußland aus diesem machen wolle und könne, vermochte nur die Zukunft zu zeigen. Ein praktischer Nachtheil war aber nach damaliger Lage der Dinge nicht zu befürchten. Von Rußland ließ sich ein thätiges Eingreifen weder für noch gegen Belgien erwarten. Und diejenigen, von denen allein Belgien thätigen Beistand sich versprechen konnte, England und Frankreich, legten dem russischen Vorbehalt nicht die Bedeutung bei, als ob er sie von ihrer Verpflichtung aus dem Tractat entbinden könne. Also sprachen überwiegende Gründe für die Annahme der russischen Ratification. War eine andere Ansicht von derselben denkbar, so lag es jedenfalls nicht im belgischen Interesse sie geltend zu machen.

Zu diesen Erwägungen, die sich Van de Weyer und Stockmar aufdrängten *), kam noch eine andere, aus der Lage des Ministeriums Grey abzuleitende. Dasselbe befand sich mitten im Kampf um die Reformbill und es war höchst zweifelhaft, ob es Sieger bleiben würde.

Am 4. Mai fand die russische Ratification statt, am 7. erlitt das Ministerium im Oberhaus eine Niederlage, in Folge deren der Herzog von Wellington zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen ward, das er freilich nicht zu Stande zu bringen vermochte, so daß schließlich Grey im Amt blieb. Hören wir nun Stockmar selbst weiter (Brief vom 13. Mai):

„Am Freitag haben wir ratificirt, am Montag wurde Grey's

*) Wir fassen in dem Vorhergehenden den Inhalt vieler und langer Briefe Stockmar's zusammen.

Miniſterium umgeworfen. Wellington iſt Premier und Aberdeen Miniſter des Auswärtigen. Wellington und Aberdeen hatten aber früher erklärt: daß ſie ihrerſeits die 24 Artikel nicht eher für bindend anerkennen könnten, als bis ſämmtliche Mächte ſie ratificirt hätten, indem ein von den fünf Mächten gemeinſam abgeſchloſſener Vertrag durch den Zurücktritt einer einzigen aufgehoben werde.

Ancillon hatte dieſelbe Meinung geäußert, Palmerſton jedoch ihm gegenüber die entgegengeſetzte verfochten. Am Sonnabend aber war die Gefahr, in der das Miniſterium Grey ſich befand, ſchon ſo deutlich, daß mir nothwendigerweiſe Wellington's frühere Behauptung vor die Seele trat und ich darin nur einen Grund mehr zur Auswechslung ſah. Ein paar Tage ſpäter, nach dem Sturz Grey's, hätten die Ruſſen vielleicht gar nicht mehr ratificirt."

Die Annahme der ruſſiſchen Ratification begegnete indeß in Brüſſel entſchiedener Mißbilligung. Man klagte im erſten Augenblick, es liege in jener die Vernichtung des Vertrags. Man ſprach davon, Van de Weyer abzuberufen, man rief ihn wirklich nach Brüſſel, um ſich zu rechtfertigen. Der Miniſter des Auswärtigen Muelenaere gab in ſeinem gedruckten Bericht an die Kammern, vom 12. Mai, ſeine Unzufriedenheit deutlich genug zu erkennen. „Der belgiſche Bevollmächtigte," ſagt er darin, „war nicht befugt, eine theilweiſe Ratification anzunehmen; ich bedaure, daß er nicht auf die Gefahr eines neuen Verzugs hin ſich entſchloß, vorerſt die Weiſungen ſeiner Regierung einzuholen; ohne Zweifel war er von dem Gedanken beherrſcht, daß es darauf ankomme, den Vertrag vom 15. November ſobald als möglich gegen den Einfluß jedes etwaigen Miniſterwechſels ſicher zu ſtellen, und er hat einem Zwang der Umſtände nachgegeben, den er an Ort und Stelle beſſer als ſeine Regierung beurtheilen zu können glaubte."

Man tadelte alſo in Brüſſel Van de Weyer's Verfahren, aber
n nicht dazu ihn abzuberufen, denn ſchließlich konnte man

doch nicht an der selbstmörderischen Ansicht festhalten, daß die russische Ratification den Vertrag vernichte; einer Ansicht, die am besten durch eine von Stockmar am 14. Mai berichtete Aeußerung Talleyrand's charakterisirt wird.

„Talleyrand sagte heute zu Palmerston: wir haben bisher immer geglaubt, daß ein Belgien und eine belgische Regierung existire, aber, wahrhaftig, nach dem, was ich über die dortigen Ansichten von der russischen Ratification lese, sollte man meinen, die belgischen Minister wollten weder an ihre eigene Existenz, noch an die Belgiens glauben; die Folge von alledem kann am Ende doch nichts als eine Theilung sein."

In der That zeigt auch der angeführte Bericht des Ministers Muelenaere, daß dort zwar der Unmuth fortdauerte, man aber doch dem Lande gegenüber es nicht wagte, Ansichten zu verkünden, wodurch man sich selbst den Boden unter den Füßen weggezogen hätte. „Tout en déplorant," sagt er, „que la ratification russe ne soit pas pure et simple, il y aurait mauvaise foi, je dirais presque déraison à méconnaitre les grandes conséquences politiques de cet acte. Pour la Russie surtout, la question belge n'était, ni dans la dette, ni même dans les limites; elle était placeé plus haut. Il s'agissait de savoir si la destruction du royaume des Pays-bas érigé par les traités de 1815 serait sanctionnée, si l'indépendance et la Royauté belges seraient reconnues; et ces questions, il faut bien l'avouer, se trouvent irrévocablement et unanimement résolues au profit de notre cause. Quant aux autres questions, il ne faut pas s'exagérer la portée des réserves; les puissances qui ont ratifié purement et simplement n'en restent pas moins liées."

Elftes Capitel.

Ausführung des Vertrags vom 15. November 1831.

Am 4. Mai, dem Tage, an welchem die ruſſiſche Ratification ausgewechſelt wurde, verfaßte die Conferenz ein Protocoll, worin ſie erklärte, daß ſie den Vertrag vom 15. November als „die unveränderliche Grundlage der Trennung, der Selbſtändigkeit der Neutralität und des Territorialbeſitzſtandes von Belgien betrachte," daß es aber nun ihre Aufgabe ſei, zwiſchen Holland und Belgien ein definitives gegenſeitiges Uebereinkommen (une transaction définitive) herbeizuführen, wobei ſich die Mächte bemühen würden, alle Schwierigkeiten der Ausführung des Vertrags vom 15. November mittels Vereinbarungen unter den Betheiligten (par des arrangements de gré à gré entre les deux parties) zu ebnen, und daß ſie inzwiſchen eine Erneuerung der Feindſeligkeiten nicht dulden würde. Gleichzeitig forderte die Conferenz die holländiſchen und belgiſchen Bevollmächtigten auf, zu erklären, ob ſie mit Vollmacht und Inſtruction zum Abſchluß einer „Transaction définitive" verſehen ſeien.

In dem Protocoll vom 4. Mai war mithin unter den Beſtimmungen des Vertrags vom 15. November eine Unterſcheidung

gemacht. Unveränderlich sollten diejenigen über die Trennung, die Unabhängigkeit, die Neutralität und den Besitzstand Belgiens sein; die übrigen dagegen sollten der Modification durch freie Vereinbarung der Betheiligten unterliegen, welche die Conferenz zur Eröffnung directer Verhandlungen darüber aufforderte. Es lag hierin ein Nachgeben der Westmächte gegen die von Oestreich, Preußen und Rußland am 18. April und 4. Mai bei Gelegenheit des Austausches der Ratificationen über den ferneren Gang der Verhandlungen ausgesprochenen Ansichten resp. Vorbehalte.

Den Aufforderungen der Conferenz gegenüber stellte das belgische Ministerium das Princip auf, daß einer jeden Verhandlung mit Holland über die einer Modification fähigen Punkte des Vertrags vom 15. November ein Anfang der Ausführung in Betreff der einer Modification nicht unterliegenden, nämlich der Territorialbestimmungen, durch die Räumung des belgischen Gebiets Seitens der Holländer vorhergehen müsse. Auf diesem Standpunkt verharrte Belgien, welches nach der Abreise Van de Weyer's und seit dem 30. Mai bei der Londoner Conferenz durch den General Goblet vertreten war, unbeweglich bis zum September, während die Conferenz sich inzwischen abmühte, die Angelegenheit durch verschiedene an Holland gemachte Vorschläge zu fördern, das jedoch keinen derselben annahm.

Ueber diese Periode unfruchtbarer Discussionen, welche die belgische Sache nicht um einen Schritt vorwärts brachten, geben wir aus der Correspondenz Stockmar's solche Auszüge, die sich nicht auf die Einzelheiten der diplomatischen Vorgänge, sondern auf die Charakterisirung der Politik der Mächte im Großen und Ganzen beziehen.

„Preußen, Rußland und Oestreich (schreibt er am 3. Juni) scheinen mir mit geringen Verschiedenheiten auf einer Linie zu stehen. Der Zustand in Polen, in Italien, am Rhein und in andern Theilen Deutschlands giebt ihnen ein gemeinsames Interesse und macht

ihre Verbindung noch feſter als ſie es vielleicht vor einiger Zeit war. Selbſt in Wien traut man dem Zuſtand Deutſchlands nicht. Die drei Mächte haben fortwährend die größte Abneigung, den König von Holland mit gewaffneter Hand zur Annahme der 24 Artikel zu zwingen. Die Gründe, die ſie angeben, ſind die alten, nämlich ein gerechter Widerwille, das Princip der Revolution mit ihren Wirkungen, der Wahl eines Königs und der Beraubung eines legitimen Fürſten, durch ihre Handlungen zu ſanctioniren. Sie halten daher dafür, daß es ihrer Politik gemäß ſei, nur Schritt für Schritt nachzugeben und alles was zu Gunſten Belgiens iſt, nur in ſo weit zuzugeſtehen, als ſie dadurch größern Uebeln für ſich ſelbſt vorzubeugen hoffen. Dieſe Mächte glauben ferner, die beſte Politik für ſie mit Rückſicht auf den allgemeinen Zuſtand Europas ſei das Abwarten. Sie glauben durch dieſes nur gewinnen, nichts verlieren zu können. Sie haben dabei den Zuſtand Frankreichs im Auge. Die auswärtigen Geſandten in Paris ſind beinahe alle Ultras, zum Theil bornirte Menſchen. Dieſe hängen feſt mit den Carliſten zuſammen, hegen und nähren dieſelben Wünſche und Hoffnungen und berichten ihren reſpectiven Höfen im nämlichen Sinn. Ich glaube nicht, daß die drei Mächte in dieſem Augenblick Krieg wünſchen, glaube nicht, daß ſie der belgiſchen Sache wegen Krieg anfangen werden, ſie werden es aber thun, ſobald ihnen der Krieg als das geringere Uebel gegenüber einem möglichen Erfolg der Demagogie in Europa erſcheinen wird."

Ueber die preußiſche Politik enthält ein Brief vom 12. Juli folgendes:

„Ich habe heute einen Bericht über die Abſchiedsaudienz geleſen, welche der König von Preußen dem Prinzen Friedrich der Niederlande ertheilte. Danach will der König ſicherlich den Frieden und die Aufrechterhaltung des Tractats vom 15. November. Er ſagte dem Prinzen mit Beſtimmtheit, daß das Geſchehene durchaus nicht rückgängig zu machen ſei, daß der König von Holland nachgeben

müſſe und daß er als König von Preußen zu Gunſten Hollands durchaus keinen Krieg machen werde.

Eine Depeſche Ancillon's an den preußiſchen Geſandten unterſcheidet vier mögliche Arten, den König von Holland zu zwingen: 1. Zwang durch Erlaß an den von Belgien zu leiſtenden Zahlungen. 2. Zwangsmaaßregeln gegen die holländiſche Handelsmarine. 3. Blockade der holländiſchen Häfen. 4. Einrücken einer franzöſiſchen Armee. Indem er Bülow aufträgt, ſich über dieſe verſchiedenen Methoden mit Palmerſton zu beſprechen, ſagt Ancillon, Preußen werde die drei erſten zulaſſen, der vierten aber ſich aus allen Kräften widerſetzen und weiſt den Geſandten an, dies Letztere Palmerſton auf das Beſtimmteſte zu erklären. Marſchiren die Franzoſen, heißt es in der Depeſche, ſo marſchiren wir Preußen auf das rechte Maasufer und Palmerſton wird einſehen, daß in ſolchem Fall, wenn auch Franzoſen und Preußen die gute Abſicht haben können, den Frieden zu erhalten, doch niemand für die Folgen ſtehen könne."

Es hat ſich freilich ſpäter gezeigt, daß dieſe energiſche Sprache nur eine Velleität war, dergleichen auf preußiſcher Seite noch öfter vorkamen, während die Friedensliebe und Mäßigung des Königs die unverrückte feſte Grundlage inmitten aller Schwankungen des Berliner Cabinets bildete.

Die ruſſiſche Politik charakteriſirt ſich, nach Stockmar's Correſpondenz, durch zwei Worte: Intrigue und Inſolenz der Sprache. Und gleichwohl hatte ſich Rußland in Bezug auf die belgiſche Angelegenheit die Hände gegenüber England in eigenthümlicher Weiſe gebunden. Da dieſe Vorgänge den meiſten Leſern nicht gegenwärtig ſein dürften, ſo müſſen wir kurz daran erinnern.

Durch eine Convention vom 19. Mai 1815 zwiſchen England, Rußland und den Niederlanden, hatten England und die Niederlande, jedes zur Hälfte, die Verzinſung und Tilgung einer Anleihe übernommen, welche Rußland ſchon vor längerer Zeit in Betrag

von 50 Millionen Gulden in Holland contrahirt hatte. Diese Rußland gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten waren jedoch mit dem Vorbehalt verknüpft, daß die Zahlungen aufhören sollten,

„wenn der Besitz und die Souveränetät der belgischen Provinzen zu irgend einer Zeit vor der gänzlichen Liquidation der Schuld der Herrschaft S. M. des Königs der Niederlande entzogen würden."

Dem Wortlaut nach konnte mithin durch die Lostrennung Belgiens die Verpflichtung Englands aus dem Vertrag nunmehr erloschen erscheinen, indessen die englischen Minister ließen sich bewegen, jene Verbindlichkeiten durch einen neuen Vertrag vom 16. November 1831 als fortbestehend anzuerkennen. Sie waren der Meinung, daß der Vorbehalt des Vertrags von 1815, seinem wahren Sinn nach, sich nur auf eine Lostrennung Belgiens durch Eroberung, Gewalt von außen, nicht auf eine Lostrennung durch innere Vorgänge beziehe. England, so dachten sie, könne sich von jenem Vertrag um so weniger entbunden achten, als Rußland die Trennung Belgiens nicht verschuldet, vielmehr bereit gewesen, sie zu hindern und zu diesem Zweck für alle Eventualitäten 60,000 Mann zu stellen, sodann aber das bewaffnete Einschreiten auf Englands Wunsch unterlassen, und aus der gleichen Rücksicht sich an den Conferenzbeschlüssen über die Unabhängigkeit Belgiens betheiligt habe.

Zur Ausführung des neuen Vertrags vom 16. November 1831 bedurfte es natürlich, als zu einer Geldsache, der Zustimmung des Parlaments. Das Ministerium hatte hier einen harten Kampf zu bestehen, trug jedoch am 12. Juli den Sieg im Unterhaus davon. „Dadurch, daß das Ministerium, schreibt Stockmar am 13., gestern so glücklich über die russisch-holländische Anleihe hinübergekommen ist, hat die belgische Sache gewonnen. Die Reden und Argumente auf Seiten der Minister sind vortrefflich, die der Opposition jämmerlich. Ich dächte, daß der zweite Artikel der englisch-russischen

Convention klar ist. „„Par suite des mêmes considérations S. M. l'Empereur de toutes les Russies s'engage si (ce qu'à Dieu ne plaise), les arrangements arrêtés pour l'indépendance et la neutralité de la Belgique, et au maintien desquels les deux Hautes Puissances sont également liées, venaient à être compromis, par les événements, à ne se prêter à aucun arrangement nouveau, sans concert préalable avec S. M. Britannique et sans son assentiment formel.““ Ich sollte meinen, dieser Artikel müßte den Holländern die Augen in Bezug auf Rußland vollkommen öffnen."

Bemerkenswerth ist nur, was Stockmar in einem Briefe vom 23. Juli hervorhebt, „daß von dem Augenblick an, wo England, wie angegeben, seine Verbindlichkeiten gegen Rußland mehr als zur Genüge erfüllt hatte, indem es den früheren Tractat dem Sinn nach festhielt, obschon der Wortlaut gegen Rußland sprach, daß von diesem Augenblick an, und nicht früher, Rußland mit Vorbehalten zu Gunsten Hollands hervortrat."

In Betreff der östreichischen Politik schreibt Stockmar am 12. Juli: „Metternich, der den Grundsatz hat, eine Sache nach der andern zu betreiben und die eine zu endigen, ehe er die andere anfange, scheint über den Zustand der Dinge in Deutschland besorgt zu sein. Sie beschäftigen ihn in diesem Augenblick ausschließlich und ich glaube daher, daß er wirklich wünsche, unsere belgischen Angelegenheiten definitiv geordnet zu sehen."

Um sichere Bürgschaften für die Politik Frankreichs zu gewinnen, hatte Stockmar unaufhörlich gemahnt, die Heirath mit der Prinzeß von Orleans zu beschleunigen. Endlich hatte der König Leopold bei seinem persönlichen Besuch in Compiegne Ende Mai eine definitive Zusage von Louis Philipp erlangt, obschon die Vermählung in Folge wiederholten Aufschubs erst am 9. August stattfand. Immer aber erschien Stockmar die französische Politik in dem Zeit-

raum, von dem wir handeln, als eine ſchwankende und zaudernde, vielleicht ſogar hinterhaltige.

„Ich überſehe die Möglichkeit nicht," ſchreibt er am 3. Juni, „daß der König Louis Philipp und ſein Cabinet vielleicht ſelbſt keinen feſten Plan, kein Syſtem haben und befolgen. Périer's Tod (16. Mai 1832) muß dieſen ſchwankenden Zuſtand nur vermehrt haben." Anderſeits maß Stockmar den unſichern Gang der franzöſiſchen Politik beſonders dem Einfluß Talleyrand's auf Louis Philipp bei. Noch am 18. Juli erkennt Stockmar in der Haltung der franzöſiſchen Regierung drei Elemente: 1. ungeheure Furcht, es über Belgien mit den abſolutiſtiſchen Höfen zu verderben; 2. Gleichgültigkeit gegen Belgien, erſtens, weil ſie wähnen, es ſei ihnen aus der Taſche geſtohlen und dann weil ſie glauben, ſein Gedeihen müſſe Frankreich beeinträchtigen; 3. eine verdächtige Hinneigung zu den Holländern."

Ueber Talleyrand's Verhältniß zum König Louis Philipp und ſeine, Talleyrand's, Haltung in London heißt es in einem Brief vom 4. Juli:

„Talleyrand hat von Anfang an in den belgiſchen Angelegenheiten ſeinen eigenen Plan gehabt. Welches dieſer ſei, weiß ich nicht. Das aber weiß ich gewiß, daß, was auch Louis Philipp und Sebaſtiani von Paris aus in der belgiſchen Sache verſprechen mochten, die franzöſiſche Regierung Talleyrand doch niemals verhindert habe, genau ſo zu verfahren, wie er ſich vorgenommen hatte. Mir iſt es höchſt wahrſcheinlich, daß, wenn wir die Briefe von Paris an Talleyrand leſen könnten, wir finden würden, daß man ſtets etwas ganz anderes nach Brüſſel als nach London geſchrieben hat. Ich glaube, daß Talleyrand die belgiſche Frage von vornherein als eine höchſt gefährliche geſchildert und ſeiner Regierung geſagt habe: wenn ihr mich nicht machen laßt, ſo werdet ihr ſehen, wohin euch ein liberales Betreiben dieſer Sache führen werde. Louis Philipp, der unendliches Vertrauen in die finesse und das savoir-faire Talleyrand's hat und ſich ihm gegenüber als Schüler fühlt, wird ihm von

Anfang an geſchrieben haben: „ſeien Sie zufrieden, ich werde Sie gewähren laſſen; zwei Perſonen geniren mich mit ihrer Ungeduld, die eine iſt Leopold, die andere Périer; ich werde ſie Beide ſtets zufrieden reden, ſagen, daß man Ihnen die ſchärfſten Inſtructionen geben muß, Ihnen aber überlaſſe zu thun was Ihnen gut dünkt.““

„Ich ſage nochmals, ich kenne den eigentlichen Plan Talleyrand's nicht. Was er aber zu deſſen Ausführung unumgänglich nöthig hielt, war ein oſtenſibel ſehr gutes Vernehmen mit den Holländern. Bei all ſeinem großen Tact und ſeiner Menſchenkenntniß konnte er doch nicht vermeiden, daß dieſe Freundſchaft vielen ſehr verdächtig vorkam und vorzüglich die engliſchen Miniſter hier und da argwöhniſch machte. Mareuil (franzöſiſcher Geſandter im Haag, der im Juni zeitweiſe an Talleyrand's Stelle trat), der wenigſtens ſein Schüler iſt, wenn er ihm nicht noch näher ſteht, will ſich natürlich des Meiſters nicht unwürdig zeigen. Er übertreibt aber noch das ihm von Talleyrand vorgeſchriebene Betragen, er iſt zu freundlich mit den Holländern, zu feindlich gegen die Belgier. Hat man je etwas Unpaſſenderes gehört, als daß ein franzöſiſcher Geſandter, wie er neulich, zum Lever des Königs im Wagen eines holländiſchen Chargé d'affaires kam? Aus einem Brief der Königin von Frankreich geht hervor, daß König Wilhelm von Holland Talleyrand eifrig nach London zurückbegehrt. Gewiß iſt dies auf Anſtiften von Madame Lieven und Wellington geſchehen, die beide wiſſen, daß Talleyrand die Holländer wie ſeine beſten Freunde behandelt.“

Was alſo der eigentliche Hintergedanke Talleyrand's war, das wollte Stockmar nicht mit Beſtimmtheit behaupten. Anderſeits deutete Verſchiedenes darauf, daß er ſich auf eine Theilung Belgiens bezog.

In dem ſchon angeführten Briefe vom 3. Juni leſen wir: „Schon längſt hat mir jemand verſichert, es beſtehe zwiſchen Frankreich und Holland ein geheimer Tractat, die Theilung Belgiens betreffend und dieſer Tractat ſei das Werk Talleyrand's.“

Dann wieder heißt es in einem Brief vom 3. Juli: „In dem Messager des Chambres, dimanche 1. Juillet, 2me édition, findet sich ein Artikel aus dem Haag, worin König Wilhelm die Katze aus dem Sack läßt. Es wird darin gesagt, daß er Frankreich die Theilung angeboten, und es wird die Kurzsichtigkeit der Franzosen und Belgier beklagt, daß sie nicht die Theilung der Unabhängigkeit Belgiens vorziehen."

Ueber die englischen Verhältnisse in ihrer Beziehung zu der belgischen Angelegenheit verbreitet sich der angeführte Brief vom 3. Juni.

„John Bull," schreibt Stockmar, „hat Lord Grey wieder auf das Pferd gesetzt. Wie lange er darauf bleiben werde, ist eine andere Frage."

„Die Umstände von Grey's Abdankung *) mußten an sich schon dazu beitragen, den König sehr unpopulär zu machen. Nach den Anstrengungen, die er persönlich zu Gunsten Wellington's gemacht, kann er keine aufrichtige Neigung mehr für Grey haben, er muß dieses Ministerium als ein von der öffentlichen Meinung ihm aufgedrungenes ansehen und wird daher die erste Gelegenheit ergreifen, es wieder los zu werden. Dazu kommt, daß durch die Königin, die Fitz Clarences, die Hofdamen, Salisbury, Howe, der Zusammenhang mit Wellington fortwährend erhalten wird **)."

*) Das Ministerium Grey hatte abgedankt, weil der König sich weigerte, einen Pärsschub zur Sicherung der Reformbill im Oberhaus vorzunehmen, war aber wieder eingetreten, nachdem Wellington vergeblich versucht, ein Ministerium zu bilden.

**) Die Königin Adelheid, Tochter des Herzogs Georg von Meiningen, Schwester der Gemahlin des in holländischen Diensten stehenden Herzogs Bernhard von Weimar, neigte zur toryistischen Politik, und war, als Meiningische Prinzeß und vermöge ihrer Verwandtschaft mit dem Herzog Bernhard, dem Coburger Leopold und der belgischen Sache wenig günstig. Die Fitz Clarences sind die unehelichen aber anerkannten Kinder des Königs Wilhelm IV., vordem Herzogs von Clarence, aus seiner früheren Verbindung mit der Schauspielerin Mrs. Jordans. Lord Howe war Oberkammerherr Königin Adelheid.

„Diesem kann es nicht schwer werden, sobald die Reformfrage erledigt ist, die Minister bei irgend einer andern Frage im Hause der Lords zu schlagen und hierauf einen zweiten Versuch zum Sturze Grey's zu bauen."

„Ich habe nie Ursache gehabt zu glauben, daß der König Wilhelm persönlich einen ernsthaften Antheil an der auswärtigen Politik nehme. Seiner Natur nach nimmt er einen solchen nur vorübergehend, ruck- und sprungweise. Schon vor dem Rücktritt Grey's scheint Wellington dem König insinuirt zu haben, daß das Grey'sche Ministerium sich zu sehr von Frankreich leiten lasse. Schon damals hatte Grey mit dem König einige Unannehmlichkeiten über diesen Gegenstand, und so ist es wahrscheinlich, daß der Monarch den Minister jetzt noch mehr in Bezug auf auswärtige Angelegenheiten chicaniren werde. Ich glaube zwar, daß Wilhelm die Beendigung der belgisch-holländischen Frage wünsche. Ich glaube, daß er persönlich nicht feindselig gegen Leopold gesinnt sei und auch keine Vorliebe für den König von Holland habe. Allein ich habe doch Grund zu glauben, daß, wenn ihm die ihn umgebenden Tories von seinem ancient Ally sprechen und sagen, daß er diesen unterstützen müsse, er doch stets bereit sein werde, mehr für Holland als für Belgien zu thun."

„Das englische Publikum nimmt nicht den geringsten Antheil an uns. Daß die Belgier im August v. J. sich nicht gehörig geschlagen haben, hat alle Theilnahme selbst bei den Liberalen vernichtet. Die Gewohnheit, die Holländer als Alliirte zu betrachten und zu behandeln, macht den größten Theil der Nation holländisch gesinnt. Ich bin überzeugt, daß das Ministerium vom Haus der Gemeinen im Stich gelassen würde, wenn es morgen ein Opfer zu Gunsten der Belgier von ihm verlangte."

„Dieser letzte Umstand macht hauptsächlich Grey so vorsichtig. Grey und Palmerston wünschen gewiß aus politischen und persönlichen Gründen der Halsstarrigkeit des Königs von Holland ein

Ende zu machen. Ich bin überzeugt, daß, wenn sie glaubten, vom Parlament in ihren Maaßregeln unterstützt zu werden, sie morgen die Häfen Hollands in Blockadezustand versetzen würden. Allein sie fürchten, daß die Holländer sich wehren könnten, daß die Blockade sie nöthigen möchte, Krieg zu machen und daß das Parlament sich weigern würde, ihnen einen Schilling für diesen Zweck zu verwilligen. Uebrigens ist Palmerston überzeugt, daß ferneres Zaudern nicht mehr an der Zeit sei, zu nichts führen könne und die Sache vielleicht nur schlimmer mache."

„Ein zweiter Umstand, der Grey's Unentschlossenheit vermehrt, ist der Tod Périer's. Er hat mir selbst vor Monaten gesagt, daß er in dessen Persönlichkeit großes Vertrauen setze und von Périer's Amtsführung den Frieden Europas abhängig glaube."

„Seit Grey nicht mehr weiß, auf wen er sich im französischen Cabinet verlassen kann, ist er doppelt vorsichtig und muß im gegenwärtigen Augenblick die drei absoluten Mächte wie rohe Eier behandeln. Nur Frankreichs aufrichtige Mitwirkung, sein aufrichtiger Wille, die belgischen Angelegenheiten auf Grund der 24 Artikel zu Ende zu bringen, wird Grey den Muth zum Handeln geben. Allein Frankreich bleibt jedesmal im entscheidenden Augenblick zurück, erregt Englands Verdacht und macht dadurch das Ende unmöglich."

Wie früh übrigens Palmerston von der Nothwendigkeit von Zwangsmaaßregeln gegen Holland überzeugt und zu deren eventueller Anwendung entschlossen war, zeigt ein Brief vom 18. Juli.

„Palmerston hat mir eine Unterredung erzählt, die er vor einigen Tagen mit Van Zuylen gehabt. Er erklärte diesem, daß England und Frankreich entschlossen seien, im Nothfall coercitive Maaßregeln zu ergreifen und daß sie selbst dann dazu schreiten würden, wenn die übrigen drei Mächte nicht gemeinschaftliche Sache mit ihnen machten. Er halte es für Recht, den König von Holland hiervon in Kenntniß zu setzen, um so mehr, als er wisse, daß dieser sich [illegible]schmeichle, die Zwangsmaaßregeln gegen Holland seien in

England unpopulär und die Regierung werde daher den Muth nicht haben, sie zu ergreifen. Er erkläre deswegen auf das ausdrücklichste, daß das Ministerium in einer Lage sei, wo es glaube, diese Maaßregeln im Interesse Englands anwenden zu müssen, und es werde sie daher anwenden, sie möchten populär sein oder nicht."

Freilich war dieser Entschluß zu Coercitivmaaßregeln ein nur eventueller und es dauerte in der That noch fast vier Monate, ehe er zur Ausführung kam. Er wäre auch dann noch nicht zur Verwirklichung gelangt, wenn Belgien auf dem bisherigen Standpunkt beharrt hätte, sich zu keiner Verhandlung mit Holland über die einer Modification fähigen Bestimmungen des Novembervertrags herbeizulassen, bevor das belgische Gebiet, also namentlich Antwerpen, von der andern Seite geräumt sei. Auf dieses Princip hatte sich das Ministerium Muelenaere den Kammern gegenüber förmlich verpflichtet, auch der König hatte sich für jenes öffentlich mit Nachdruck ausgesprochen. Indeß zeigte sich Anfangs August dem unbefangenen Beobachter in London, daß Belgien mit diesem System nicht nur nicht von der Stelle rückte, nicht seinem Ziel die zwangsweise Ausführung des Novembervertrags Seitens der Mächte zu erlangen sich näherte, sondern sich vielmehr davon entfernte, indem es den Schein unverständiger Hartnäckigkeit und unpraktischer Rechthaberei auf sich lud. Zu Anfang August nämlich hatte Holland zwar alle von der Conferenz gemachten Vorschläge verworfen, aber der holländische Bevollmächtigte erklärte sich zu Verhandlungen mit Belgien ermächtigt und seine Sprache ließ die Conferenz glauben oder konnte doch wenigstens den Anschein erwecken, als würde Holland sich zu wesentlichen Concessionen verstehen, wonach Belgien die reellen Vortheile des Vertrags, wenn auch unter andern Ausdrücken, Formen und Modalitäten behalten oder für reelle Zugeständnisse durch gleichwichtige Compensationen entschädigt werden würde. Bei den oben geschilderten Dispositionen der Conferenzmächte war mit Sicherheit vorherzusehen, daß nicht eine

einzige derſelben zu Zwangsmaaßregeln gegen Holland geneigt ſein werde, ſo lange nicht ein letzter Verſuch einer gütlichen Löſung gemacht war, für deſſen Gelingen die Haltung des holländiſchen Bevollmächtigten doch einige Hoffnung oder einen Vorwand dazu gewährte. Unter dieſen Umſtänden ſchien Stockmar jeder weitere Fortſchritt der belgiſchen Sache dadurch bedingt, daß das bisherige Syſtem: keine Verhandlung vor der Räumung! ein Syſtem, das zur Sackgaſſe geworden war, aufgegeben und die Verhandlung in London wieder in Fluß gebracht würde. Um den Miniſter Muelenaere zu dieſer Anſicht zu bekehren, begab er ſich im Einverſtändniß mit einigen Conferenzbevollmächtigten Anfangs Auguſt nach Brüſſel.

Ueber dieſe von ihm übernommene Miſſion äußert er ſich ſelbſt in einer nicht datirten Niederſchrift.

„Die Conferenz wünſchte unter der Hand von den Belgiern ſelbſt zu erfahren, welches die Punkte ſeien, auf die ſie nicht nachgeben könnten, damit man in London nicht wieder einen vergeblichen, weil den Belgiern unannehmbaren Vorſchlag mache. Die Schwierigkeiten, die der König und ſein Miniſterium hatten, ſich in irgend etwas einzulaſſen, was wie eine neue Unterhandlung, wie eine Modification des Novembervertrags ausſehen könne, kannte die Conferenz recht gut. Goblet hat es in den letzten drei Monaten an nichts fehlen laſſen, ſie eindringlich hervorzuheben; allein die Conferenz, die allerdings geſchäftsgewandter iſt, als das belgiſche Miniſterium, die da weiß, daß Hinderniſſe nicht nothwendig unüberſteiglich ſind, daß man durch Erfindung einer geſchickten Form viel vermag, hoffte, daß Belgien ſich ſchon aus der Schwierigkeit zu ziehen wiſſen werde. Sie hoffte dies um ſo mehr, weil ſie weiß, daß Belgien der Friede höchſt nöthig iſt und weil ſie der feſten Ueberzeugung, die belgiſche Armee würde abermals geſchlagen werden, wenn es wieder zu Feindſeligkeiten kommen ſollte. Sie wünſchte daher, daß es die belgiſche Regierung durch die Zurückſendung Van de Weyer's nach London möglich mache, die Verhandlungen unter

der Hand so weit wieder anzuspinnen, daß sie zu einem Resultat gelangen möchten, welches die Belgier dann später öffentlich annehmen könnten. In diesem Sinn und hauptsächlich um Van de Weyer's Zurücksendung zu betreiben, wurde ich officieusement nach Brüssel geschickt. Als ich dort ankam, fand ich jedermann mit Revuen, mit der bevorstehenden Vermählung u. s. w. beschäftigt. Für das Hauptgeschäft, vorzüglich für meine Sendung, hatte niemand weder Zeit noch Ohren, noch Willen. Ich sprach mit Muelenaere und sah in ihm die entschiedenste Abneigung, Van de Weyer zurückzusenden. Er war wie ein Stock und ich mußte mich überzeugen, daß seine Furcht vor Kammern und Journalen das Uebergewicht hatte, daß er bereit war, dieser Furcht das Wohl des Landes, den allgemeinen Frieden aufzuopfern und entschlossen, auf dem System des Nichtsthuns zu beharren und deshalb dem Bevollmächtigten in London durchaus keine neue Instruction zu ertheilen."

Stockmar kehrte Mitte August nach London zurück, in der Hauptsache ohne Erfolg, indeß gab man in Brüssel insoweit nach, daß man Van de Weyer nach London zurück sandte, der daselbst am 18. August wieder eintraf, freilich ohne neue Instructionen.

Inzwischen hatte Stockmar den Versuch, Muelenaere auf andere Gedanken zu bringen, noch nicht aufgegeben. Von London aus richtete er sofort an den Minister einen langen Brief, indem er das Thema der früheren mündlichen Besprechung nochmals ausführlich und methodisch bearbeitete. Dieser Brief scheint den belgischen Staatsmännern jener Zeit so bemerkenswerth erschienen zu sein, daß in mehreren neueren Werken über die damaligen politischen Verhandlungen längere Stellen daraus citirt werden. S. Th. Juste: Lebeau p. 80. Goblet: Mémoires Historiques I, p. 145.

Stockmar's Gedankengang war folgender:

1. Belgien verlangt, daß Holland vorerst die 24 Artikel anerkenne und das belgische Gebiet räume und will dann über die Ausführung resp. Modification der noch der Ausführung bedürftigen

resp. modificabeln Bestimmungen unterhandle. Belgien ficht damit gegen sein eignes Interesse, Holland könnte ihm keinen schlimmeren Streich spielen, als jenem Verlangen einfach nachzukommen. Denn Belgien hätte gegen Räumung von Antwerpen ein bedeutenderes Gebiet an der Maas aufzugeben und würde übrigens durch die bloße Räumung vor der Schlichtung aller Streitfragen von dem so drückenden Kriegszustand gar nicht befreit, der König von Holland würde es dann immer noch in der Hand haben, gegen die von Belgien zu wünschende Regelung der Streitpunkte, insbesondere der Schifffahrt der Schelde, Maas und der Gewässer zwischen Schelde und Rhein, unabsehbar Widerstand leisten.

2. Viel vortheilhafter für Belgien würde die einfache Fortdauer des Status quo sein. Belgien würde in Bezug auf die materiellen Interessen nicht so sehr darunter leiden als Holland und es ließe sich hoffen, daß auf diesem Wege das letztere durch Ermüdung und Erschöpfung schließlich zum Nachgeben gezwungen würde.

3. Aber freilich wäre der Weg ein langsamer und würde von dem Lande einen Grad von Ueberlegung, kalter Ruhe, Geduld und Festigkeit verlangen, der von ihm kaum zu erwarten sei. Dieser Weg empfiehlt sich also aus moralischen Gründen nicht.

4. Anderseits, beim Kriege gegen Holland könnte Belgien viel verlieren, wenig gewinnen, auch würden die Mächte Feindseligkeiten nicht zulassen.

5. So bleibt denn in der That nichts übrig, als die Sache durch die Conferenz weiter zu fördern, folglich auf die von dieser gewünschten Verhandlung mit Holland einzugehen. Dies ist auch für Belgien unnachtheilig. Das Ministerium hat sich zwar der Kammer gegenüber positiv verpflichtet, auf der vorhergehenden Räumung zu bestehen, allein es kann die Unmöglichkeit, diese ohne Krieg durchzusetzen, und die Unräthlichkeit des Krieges beweisen.

6. Allen sachlichen Bedenken ist durch eine förmliche Verwah-

rung folgenden Inhalts vorzubeugen, die das Miniſterium gegenüber der Conferenz wie gegenüber den Kammern einzulegen hätte. Es erkläre:

„Durch den ſchiedsrichterlichen Spruch der Conferenz und deſſen Annahme von Seiten Belgiens ſind die 24 Artikel deſſen öffentliches Recht geworden. Es muß auf dieſem beſtehen und iſt befugt von der Conferenz die Ausführung der 24 Artikel zu verlangen, es hat ſie gefordert und wird nicht aufhören ſie zu fordern. Die Schiedsrichter antworten auf dieſes wiederholte Verlangen, daß ſie die Ausführung durch Gewalt nicht eher herbeiführen können und dürfen, bis ſie alle Hoffnung verloren haben, ſie auf gütlichem Wege zu erlangen. Die Art und Weiſe, in der Belgien die 24 Artikel auferlegt worden ſind, macht es ihm unmöglich, der Conferenz ferner in dem Beſtreben die Ausführung auf dem Wege der Güte zu erreichen, behülflich zu ſein. Hält die Conferenz dieſen Weg gleichwohl noch immer für möglich, ſo muß ſie ihn allein verſuchen. Kann ſie Belgien beweiſen, daß die Mittel zur Erreichung ihres Zwecks ihm nicht nur nicht ſchädlich, ſondern vielleicht ſogar vortheilhaft ſeien, ſo wird ſich Belgien nicht weigern, dieſe Mittel in Betracht zu ziehen und eventuell anzunehmen. Bis dahin erklärt es auf das feierlichſte, das alles, was die Conferenz in der Abſicht, eine endliche Entſcheidung auf dem friedlichen Wege herbeizuführen, thun wird, dem Rechte Belgiens, wie es ihm die 24 Artikel ſichern, auf keine Weiſe präjudicirlich werden könne."

Dieſe Gedankenreihe führte mithin noch nicht auf förmliche officielle Verhandlungen mit Holland, ſondern nur auf einen durch die Conferenzbevollmächtigten vermittelten Austauſch der Anſichten beider Parteien in London. Gleichwohl blieb der Miniſter Muelenaere unerſchütterlich auf ſeinem Standpunkt. Er ſandte zwar, wie wir ſahen, Van de Weyer nach London zurück, aber ohne neue Weiſungen.

Indeß auch Stockmar blieb auf ſeinem Sinn und ſetzte ſeine

Bemühungen für das Eingehen Belgiens auf Verhandlungen vor der Räumung in dem Gedanken fort, daß auf diesem Wege entweder ein billiges Abkommen mit Holland oder die Zwangsmaaßregeln gegen dieses zu erreichen seien. Da er die für Belgien günstigen Gesinnungen Lord Palmerston's und Lord Grey's und zugleich die von den englischen Ministern zu nehmenden Rücksichten kannte, so mußte er in engem Einverständniß mit diesen handeln. Sie konnten sich zur zwangsweisen Ausführung der 24 Artikel nicht entschließen, bevor noch ein Güteversuch gemacht sei. Zu dem Ende verfaßte Lord Palmerston nach mehreren getrennten Unterredungen theils mit dem holländischen, theils mit dem belgischen Bevollmächtigten, theils mit den Conferenzmitgliedern einen neuen Vergleichsvorschlag über die streitigen Punkte, den er erst dem Vertreter Hollands, dann Anfang September denen Belgiens vertraulich mittheilte. Dieses sogenannte Thème de Lord Palmerston war im Wesentlichen für Belgien annehmbar und wenn Belgien es als Basis einer mit Holland zu eröffnenden Unterhandlung annahm, so gewährte es den großen Vortheil, ein von der Conferenz selbst gebilligtes Ultimatum darzustellen. Für Stockmar kam also nun Alles darauf an zu erlangen, daß Belgien sich zu einer auf jener Basis mit Holland in London zu eröffnenden Unterhandlung verstand. Es waren dabei persönliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die beiden belgischen Bevollmächtigten, General Goblet und Mr. Van de Weyer, schlossen sich Stockmar's Ansichten vollständig an und er hielt diese Männer von eminenter Begabung für unentbehrlich zur Ausführung derselben. Sie waren aber unter sich verfeindet und Stockmar erwuchs daher die erste Aufgabe, den Frieden zwischen ihnen herzustellen, was ihm nicht ohne Mühe gelang. Hierauf wurde in Stockmar's Zimmer in London der Feldzugsplan festgestellt. Goblet übernahm es mit dem Thème de Lord Palmerston nach Brüssel zu gehen und den König, der schon seit längerer Zeit in seiner Anhänglichkeit für das System von Muelenaere wankend geworden, zur definitiven Annahme

des Princips der Unterhandlung mit Holland vor der Räumung und auf der Basis der Vorschläge Lord Palmerston's zu bewegen. Würde der Minister Muelenaere sich dem widersetzen oder sich der Ausführung nicht unterziehen wollen, so war vorgesehen, daß Goblet das Ministerium des Auswärtigen übernehmen solle.

Der Plan gelang vollständig. Am 9. September traf Goblet in Brüssel ein. Der König war bald gewonnen und nahm nun die weitere Ausführung mit großer Festigkeit in die Hand. Die Minister gaben ihre Entlassung, weil sie sich durch ihre früheren Erklärungen gegen Kammer und Land gebunden glaubten, diesen neuen Weg nicht zu betreten. Am 15. wurde Goblet interimistisch mit dem Ministerium des Auswärtigen betraut. Am 20. erklärte Van de Weyer in London, er sei mit Vollmacht zur directen Verhandlung mit Holland versehen, unbeschadet der Rechte Belgiens aus dem Novembervertrag, auf welchen sich der König bei etwa ihm gutdünkenden Abbruch der Verhandlungen mit Holland jederzeit zurückzukommen vorbehalte.

Und nun entwickelten sich die Dinge bei der Conferenz rasch in der Art, daß die belgische Sache wieder einen bedeutenden Schritt vorwärts that. Die Verhandlungen der Conferenz mit dem holländischen Bevollmächtigten stellten sofort heraus, daß dieser nicht einmal Vollmachten zu Unterhandlungen auf Grund des Palmerston'schen Themas hatte. Das ganze Gebäude, das man auf die holländische Friedensbereitwilligkeit gebaut hatte, stürzte zusammen und für das englische Ministerium war nun der Beweis der Fruchtlosigkeit aller Güteversuche hergestellt, den es der öffentlichen Meinung gegenüber bedurfte, um sich zu Zwangsmaaßregeln entschließen zu können.

In der Conferenzsitzung vom 1. October wurde die eventuelle Anwendung von Zwangsmaaßregeln gegen Holland im Princip allseitig anerkannt. Die drei östlichen Mächte erklärten indeß, sich nicht an Maaßregeln materieller Gewalt, sondern nur eventuell an pecuniären Zwangsmaaßregeln, betheiligen zu wollen, wonach Belgien

zu Abzügen an seinem Antheil der Schulden befugt anerkannt würde und sie suchten auch in dieser Beziehung noch Aufschub, um einer letzten, durch das preußische Cabinet an Holland zu ertheilenden Vermahnung Raum zu lassen. England und Frankreich weigerten sich, auf diese Vorschläge einzugehen und damit war die Conferenz an ihrem Ende angelangt. Es ließ sich nun vorhersehen, daß die Westmächte allein mit coercitiven Maaßregeln gegen Holland vorgehen und die Ostmächte sich dabei passiv verhalten würden. Es vergingen indeß noch mehrere Wochen, ehe Frankreich und England sich definitiv über die Anwendung von Gewaltmaaßregeln einigten. Die Gründe der Verzögerung lagen theils in Frankreich, theils in England. In Frankreich begab sich zu Anfang October eine Aenderung des Ministeriums. In England hegte der König Wilhelm große Bedenken gegen die Verwendung einer französischen Armee, um den Widerstand Hollands zu überwinden. Es wird dies die geeignete Stelle sein, um den auf die belgische Frage bezüglichen Theil einer Denkschrift vom 14. Januar 1835 dem Leser vorzulegen, worin der König selbst sich über seine Politik ausspricht*).

„Der Wechsel der Dinge in Frankreich war von den Vorgängern Lord Grey's (Ministerium Wellington) sofort und ohne Zaudern anerkannt worden und es hatte keine Einmischung in den Kampf zwischen dem König der Niederlande und seinen empörten belgischen Unterthanen stattgefunden. Aber das Bestreben, die Folgen desselben für das Haus Oranien weniger verderblich zu machen, welches die englischen Ministerien nach einander festhielten, wurde durch den Eigensinn des Königs der Niederlande, und dessen Eifersucht gegen seinen Sohn, den Prinzen von Oranien, vereitelt, zu dessen Gunsten sich eine erfolgreiche Reaction mit Grund erwarten ließ. Erst nachdem jede Hoffnung auf eine wünschenswerthere Combination zerstört war, begünstigte die Regierung Seiner Majestät die

*) Er redet dabei, wie es in England für solche Schriftstücke üblich, in der dritten Person.

Absichten des Prinzen Leopold auf die belgische Krone. Dies geschah zum Theil zu dem Zweck, um den Plänen des Königs der Franzosen entgegenzuwirken, welcher die Krone Belgiens auf das Haupt eines seiner eigenen Söhne zu setzen und dadurch die Annexion an Frankreich anzubahnen suchte.

Es ist nicht die Absicht des Königs, die belgische Frage durch ihre verschiedenen Stadien und endlosen Wirrsale und Hemmnisse zu verfolgen. Aber er fühlt sich verpflichtet auszusprechen, daß die Verzögerungen und Hindernisse, die sich ihrer Lösung entgegenstellten, hauptsächlich der fortgesetzten Hartnäckigkeit und den Winkelzügen des Königs der Niederlande zuzuschreiben sind. Um diese zu überwinden, wurden verschiedene Wege theils mit, theils ohne Mitwirkung der Nordmächte eingeschlagen. Diejenigen, welchen die letzteren sich nicht anschlossen, waren die Blockade der holländischen Häfen und die Belagerung Antwerpens.

Der König läugnet nicht, daß er das erste dieser Mittel bereitwillig genehmigte und daß er ebenso bereitwillig seine Zustimmung zu Maaßregeln gegeben haben würde, die noch mehr geeignet gewesen wären, einen Druck auf die finanziellen Hülfsquellen Hollands zu üben, da er der Ueberzeugung war, daß solche mehr Aussicht böten, die Frage zu einem baldigen Austrag zu bringen, ohne die Gefahr eines allgemeinen Zusammenstoßes auf dem Continent zu steigern.

Aber Seine Majestät hatte von Anfang bis zu Ende Bedenken, gegen einen Angriff auf Antwerpen durch eine große französische Armee, von der er eine fortgesetzte Occupation Belgiens befürchtete, und deren Gegenwart und Action diejenigen Collisionen auf dem Continent hervorrufen konnte, welche Seine Majestät so sehr abzuwenden wünschte. Nicht nur aus Eifer für die Erhaltung des Friedens, sondern auch weil er sich die zweideutige Stellung vergegenwärtigte, in die sie England versetzen konnten. Seine Majestät war auch aus dem Grunde gegen jene Maaßregel, weil dieselbe von

nur localer Wirkung und mehr geeignet war, das Nationalgefühl der Holländer aufzustacheln als zu beschwichtigen, welches so sehr durch Berechnungen von Gewinn und Verlust bestimmt wird, während der Besitz von Antwerpen in dieser Beziehung gleichgültig erschien."

So weit König Wilhelm. Derselbe gab jedoch schließlich dem Andrängen seines Ministeriums nach und willigte in die französische Expedition gegen Antwerpen. Das englische Ministerium wurde wesentlich durch die Rücksicht auf Frankreich bestimmt. Dort war am 11. October*) das Ministerium Soult, Broglie, Thiers, Guizot ans Ruder gekommen, welches der Opposition gegenüber das dringende Bedürfniß empfand, sich in der öffentlichen Meinung durch eine energische Action nach Außen zu stärken. Le ministère Broglie était mort sans Anvers, schreibt König Leopold an General Goblet (Juste II, p. 36), et le ministère anglais a jugé plus sage de laisser faire que d'avoir un ministère de l'extrême gauche qui menait à la guerre générale.

Am 22. October endlich schlossen England und Frankreich einen Vertrag über das von ihnen einzuschlagende Verfahren. Sie verabredeten, von dem König von Holland zunächst eine bis zum 2. November zu ertheilende Zusage zu fordern, daß er das belgische Gebiet am 12. räumen werde. Bei deren Verweigerung wollten sie in ihren resp. Häfen Embargo auf die holländischen Schiffe legen und diese auf der See durch ihre Kreuzer aufbringen lassen. Wäre aber das belgische Gebiet am 15. November noch nicht geräumt, so sollte eine französische Armee einrücken und die Räumung erzwingen.

Der König von Holland blieb taub gegen die Sommation der Westmächte. So wurde denn am 5. November der Embargo ver-

*) Nach Périer's Tod (Mai 1832) war das Ministerium unter Soult als Präsidenten im Amt verblieben. Am 11. October wurde es durch den Eintritt von Broglie (Aeußeres), Thiers (Inneres) und Guizot (Unterricht) wesentlich umgestaltet, so daß es, obschon Soult Präsident blieb, als ein *neues* Ministerium erschien, das man in Frankreich le ministère du 11. octobre nennt.

hängt, am 15. rückte die französische Armee ein, am 19. begann die Belagerung Antwerpens, welches am 23. December capitulirte. Das Endergebniß der englisch-französischen Intervention war dann die zwischen den Westmächten und Holland abgeschlossene Convention vom 21. Mai 1833, welche Belgien eine bis zum Abschluß eines definitiven Vertrags mit Holland verbürgte Waffenruhe, Freiheit der Schifffahrt auf Maas und Schelde, Fortdauer des Status quo in Luxemburg und Limburg, also ein vortheilhaftes Provisorium sicherte, in dessen Genuß es auch bis zum Jahre 1838 ungestört verblieb. Endlich am 14. März 1838 erklärte Holland sich bereit, den Vertrag vom 15. November 1831 anzunehmen. An Belgien war es also nun, die bis dahin provisorisch in seinem Besitz verbliebenen, nach jenem Vertrag Holland zufallenden Theile von Luxemburg und Limburg herauszugeben. Es sträubte sich heftig dawider, mußte aber gegenüber der Einstimmigkeit der Großmächte nachgeben, die nicht an den Territorialbestimmungen des Novembervertrags, sondern nur an denen über Belgiens Antheil an der Schuld etwas zu ändern geneigt waren. So mußte denn Belgien sich bequemen, am 19. April 1839 den Definitivvertrag zu unterzeichnen, wodurch ihm immerhin die Rückstände der Schuld bis zum 1. Januar 1839 und 3,400000 Gulden von der jährlich zu zahlenden Rente erlassen wurden.

Zwölftes Capitel.

Regelung der Frage der Englischen Annuity Leopold's. 1834.

Stockmar hatte es übernommen, nach der Abreise Leopolds die Regelung der Angelegenheit der Annuity zu besorgen. Nach dem Briefe an Lord Grey, welcher die Grundlage für dieses Geschäft bilden mußte, handelte es sich darum: 1. zuvörderst „die pecuniären Verpflichtungen und ausstehenden Schulden" zu liquidiren, die der Prinz in England hinterließ, 2. wenn dies geschehen, sodann das Jahrgeld einem Curatorium (Trustees) zu überweisen, welches regelmäßig nach Erfüllung gewisser Auflagen (Instandhaltung von Claremont, Entrichtung von Gehalten und Pensionen an das zur englischen Hof- und Haushaltung gehörig gewesene Personal, Leistung gewisser Verwilligungen für wohlthätige Zwecke) den Ueberrest der 50,000 Lstrl. in die Staatscasse zurückzuzahlen hätte.

Diese Angelegenheit war für Stockmar bis in das Jahr 1834 hinein, eine Quelle beständiger Mühe, Sorge und Unannehmlichkeit. Wir verschonen den Leser mit den Details, die kein historisches Interesse beanspruchen können, und beschränken uns auf Hervorhebung solcher Thatsachen, die für den damaligen Zustand Englands bezeichnend sind.

Im Moment der Abreise konnte Leopold den Betrag seiner Verbindlichkeiten in England nicht übersehen. Es stellte sich allmählig heraus, daß sie sich auf ungefähr 83,000 Lstrl. beliefen. Darunter befanden sich allerdings 16,000 Lstrl., die der König für seine Schwester, die Herzogin von Kent, hatte übernehmen zu müssen geglaubt.

Da überdies die laufenden englischen Ausgaben (dieselben, welche künftig von den Trustees aus dem Jahrgeld bestritten werden sollten) 20,000 Lstrl. betrugen, so begreift sich, daß sich die Liquidation bis 1834 hinzog. Ebenso begreift sich aber auch, daß dies in der damaligen Zeit und unter den damaligen Verhältnissen Anlaß zu ungünstigen Gerüchten und zu Angriffen gegen den König gab.

Der König stand überhaupt im Ruf großer Sparsamkeit, was auf gehässiger Ausbeutung und Verdrehung von untergeordneten Kleinigkeiten beruhte. „Was die Engländer am besten handhaben," sagt Leopold selbst in einem Briefe vom 14. März 1840, „ist Verläumdung. Da nun a character (der gute Ruf) in England als etwas Positives betrachtet wird, so geht alle Anstrengung dahin, ihn zu zerstören. Da man z. B. mir nicht viel anhaben konnte, so ward mein Geiz das Thema mir zu schaden. Mißgriffe des ersten Hofmarschalls Baron Hardenbrock und einige Unvorsichtigkeiten, z. B. Verkauf von Obst von meinen Farms, wurden mit einer Consequenz verarbeitet, daß man mir nach und nach damit den größten Schaden that." Nach der Thronbesteigung Leopold's tauchten nun wiederholt Gerüchte auf, daß er große Summen aus England nach Belgien beziehe, und da während der nächsten Jahre keine Rückzahlung aus der Pension an die Schatzkammer erfolgte, so machte sich hier und da die Meinung geltend, der Brief des Prinzen an Lord Grey mit dem in Aussicht gestellten Curatorium über die Annuity, sei auf Täuschung berechnet, eine bloße Comödie gewesen. Die Reformbewegung hatte radicale, demagogische Elemente an die Oberfläche gefördert, die aus dem Geschrei von der Noth des Volks, von der Dringlichkeit von Ersparnissen, aus gemeinen und gehässigen An-

feindungen und Verläumdungen der Hochstehenden, Capital machten. Die Radicalen bemächtigten sich dann der Frage: was bisher mit den Geldern der Annuity geschehen sei, was ferner damit werden sollte, als eines willkommenen Thema's für Declamationen, womit sie ihrem Publikum schmeicheln konnten.

Schon am 16. August 1832 kündigte im Haus der Gemeinen Mr. Hughes seine Absicht an, wenn ihm die Ehre eines Sitzes im nächsten Parlament zu Theil werde, die Vorlage eines Ausweises über die von dem Curatorium aus der Annuity an die Staatskasse zurückgezahlten Summen zu beantragen.

Bald nach Beginn der Session von 1833 stellte Mr. Hall im Unterhaus den Antrag auf Vorlegung eines Ausweises über die seit dem Juli 1831 aus der Annuity an den Staat zurückgezahlten Summen. Der Schatzkanzler konnte nur erwidern, daß solche Zahlungen nicht erfolgt seien, und Mr. Hall zog demgemäß seinen Antrag zurück. Aber Mr. Robinson konnte sich nicht enthalten zu bemerken, das Volk habe das Recht gehabt, zu erwarten, daß bereits eine bedeutende Summe in die Schatzkammer zurückgezahlt worden sei; es sei übrigens eine große Frage, ob der Prinz noch ein wirkliches Recht auf irgend eine weitere Zahlung Seitens des Staates besitze.

Zu Ende 1833 berichtete die Brüsseler geheime Polizei, daß das radicale Unterhausmitglied Mr. Gronow, der sich seit einiger Zeit in Brüssel aufhielt, in der nächsten Parlamentssession 1. eine Untersuchung über die vom König aus seiner Pension zurückgezahlten Summen, und 2. die gänzliche Entziehung dieser Pension zu beantragen beabsichtige. Mr. Gronow sei gegenwärtig in Brüssel damit beschäftigt, geheime Ermittlungen über eine Summe von 35,000 Lstrl. anzustellen, welche dem König angeblich von London nach Belgien gesandt worden; und er wünsche besonders festzustellen, ob diese Summe in Brüssel verwandt, oder behufs eines Gutsankaufs nach Deutschland weiter verschickt worden sei. Er hoffe die Resultate seiner Nachforschungen bei verschiedenen Bankiers und Finanzmännern für

eine niederſchmetternde Parlamentsrede gegen Leopold verwerthen zu können.

Dem zu erwartenden Sturm gegenüber ſah ſich Stockmar von den ſogenannten politiſchen Freunden des Königs, ſämmtlich Liberalen, ſo ziemlich verlaſſen. „Es iſt natürlich," ſchreibt er am 11. Februar 1834, „daß ſie nur wenig geneigt ſind, uns in einer Geldangelegenheit zu vertreten, bei der ſie ſelbſt ſich unpopulär machen könnten. Mit wenig Ausnahmen ſuchen ſie mir alle den Caſus als desperat hinzuſtellen, und mir bange zu machen. Man ſagt mir, daß es eine gewiſſe Ultrapartei durchaus auf Wegnahme der ganzen Penſion abgeſehen habe, daß es am Ende dazu kommen werde, was ich auch thun möge, weil der König denn doch eigentlich in dieſem Lande nichts mehr zu ſuchen habe, und weil das Haus omnipotent ſei. Meine Antwort iſt folgende: So lange dem König gegenüber in dieſem Lande Recht beobachtet wird, ruht daſſelbe auf dem Brief an Lord Grey. Dieſes Recht werde ich vertheidigen, ohne ein Titelchen davon freiwillig aufzugeben. Gegen Gewalt und Ungerechtigkeit vermag ich nichts; — aber ehe es dahin kommt, habe ich doch vorher in der Vertheidigung noch eine Chance. Von einigen Seiten iſt uns gerathen worden, dem Parlament oder dem Publikum eine ſpecificirte Berechnung der Schulden vorzulegen. Allein meine Pflicht bleibt, daß ich dem Princip, auf welchem der an Lord Grey gerichtete Brief Sr. Majeſtät ruht, nichts vergebe. Dieſes Princip iſt folgendes: Prinz Leopold verzichtet zu Gunſten des Staates auf den Genuß ſeiner Penſion unter gewiſſen Vorausſetzungen und Bedingungen. Der Brief ſagt nicht: „ich habe Schulden, ich werde ſie dem Parlament vorlegen, und wenn dieſes für gut findet, daß ſie liquidirt werden, ſo ſoll nach deren Liquidation der größere Theil meiner Penſion, nach Berichtigung gewiſſer Auflagen, an den öffentlichen Schatz zurückfallen."" Nein, der Brief ſagt: „Ich habe Schulden; ſobald ich dieſe liquidirt, ſo ſoll u. ſ. w. Auf dieſen Unterſchied

kommt alles an. Es folgt daraus, daß ich dem Parlament oder Publikum eine Specification der Schulden nicht vorlegen kann. Denn wollte ich einräumen, daß irgend jemand das Recht habe, sich um die Natur der Schulden zu bekümmern, so müßte ich ihm auch nothwendig das Recht einräumen, über die Zulässigkeit der Liquidation abzusprechen. Diese Einräumung würde aber nicht nur die Liquidation der Schulden tangiren, sondern das ganze Princip; und jenes Recht der Einmischung und Entscheidung würde sich dann auch auf die Bestimmung erstrecken, welche Summen aus der Annuity für Pensionen, wohlthätige Zwecke und Instandhaltung von Claremont verwandt werden dürfen. In der Aufrechthaltung dessen, was ich das Princip des Briefs nenne, liegt aber nicht nur das Gesagte, sondern noch viel mehr und wichtigeres. Der König macht in dem Briefe dem Staate ein großmüthiges Anerbieten unter gewissen Bedingungen. Bis jetzt haben Regierung und Parlament diese Bedingungen stillschweigend acceptirt. Zeigt es sich jedoch, daß man mit den Bedingungen nicht länger zufrieden ist, so steht meinem Herrn, so lange noch Recht im Lande, die Befugniß zu, sein Anerbieten und mithin den ganzen Brief an Lord Grey zu revociren."

Auf dieser principiellen Basis fest fußend, sah Stockmar den Angriffen im Hause der Gemeinen mit Fassung entgegen. Ueberdies hatte sich auch die Lage thatsächlich vortheilhafter gestaltet. Schon im Januar ließ sich mit Gewißheit vorhersehen, daß es im folgenden April nach Eingang des nächsten Quartals der Pension möglich sein werde, den Rest der vorhandenen Schulden zu tilgen, und zum erstenmal einen bedeutenden Ueberschuß an den Staat zurück zu zahlen. Hiermit war den von radicaler Seite drohenden Angriffen der giftigste Stachel genommen. Das Parlament und die öffentliche Meinung hatten Leopold's Brief an Lord Grey mit Beifall aufgenommen, daß derselbe zur Ausführung gelange, daran allein nahm man überwiegend ein Interesse. Die Neigung Leopold's Jahr-

geld einzuziehn blieb auf den Radicalismus beschränkt, der mehr laute Stimmen als reelles Gewicht besaß. Die Zögerung in der Ausführung jenes Briefs war es, die Unzufriedenheit und Mißtrauen hervorgerufen hatte. War das Publikum erst zu überzeugen, daß die Beendung der Liquidation von Leopold's Schulden, und daß Rückzahlungen an die Staatscasse zu einem bestimmten und nicht fernen Termin bevorstanden, daß dann das im Briefe an Grey verhießene Curatorium seine Wirksamkeit beginnen konnte, so war auch die vorhandene Mißstimmung zu heben oder wenigstens in der Art abzustumpfen, daß keine gefährlichen Folgen zu besorgen blieben. In diesem Sinne beeilte sich denn Stockmar schon Anfangs Februar durch schriftliche Mittheilungen an den Schatzkanzler, deren öffentlichen Gebrauch er ihm anheimstellte, zu constatiren, daß die Liquidation der Schulden im Laufe des Monats April gänzlich beendet sein, und dann ein beträchtlicher Ueberschuß in die Schatzkammer zurückfließen werde.

Der unermüdliche Mr. Robinson hatte auf den 11. des Monats einen Antrag auf Vorlegung einer Rechnung über die seit der Thronbesteigung Leopold's aus dessen Pension an den Staat zurückgezahlten Summen angekündigt. Vergeblich versuchten die Minister ihn unter der Hand durch Mittheilung der in Stockmar's Brief an den Schatzkanzler enthaltenen Thatsachen zur Zurücknahme seines Antrags zu bewegen. Er brachte denselben am 11. Februar vor. In seiner zu dessen Begründung gehaltenen Rede kommen folgende bemerkenswerthe Stellen vor. Es sei seine entschiedene Ueberzeugung, daß König Leopold, wenn er ein Ehrenmann sei, das Jahrgeld nicht länger empfangen könne. Es sei monströs zu behaupten, daß Leopold seine 50,000 jährlich behalten könne, nachdem er aufgehört englischer Unterthan zu sein, und Souverän eines unabhängigen Staats geworden.

Ueber die vom König an das Aufgeben seines Jahrgeldes ge-

knüpften Vorbehalte wegen Zahlung gewiſſer Penſionen an ſeine bisherigen Diener, Inſtandhaltung von Claremont u. ſ. w. bemerkte Mr. Robinſon: der König hätte ja ſeine Diener nach Belgien mitnehmen, und ſie dort verſorgen können, und was heiße Inſtandhaltung? Unter dieſer Firma könne man die ganze Penſion aufzehren. Die Angabe, daß der Prinz Schulden über den Jahresbetrag ſeiner Penſion hinaus gemacht habe, müſſe in Erſtaunen ſetzen; denn er gelte allgemein für ſehr ſparſam. Nachdem Mr. Hall den Antrag unterſtützt, erhob ſich der Schatzkanzler Lord Althorp. Er verlas die an ihn gerichteten Mittheilungen Stockmar's vom 2. Februar, erklärte die Gerüchte, daß ein Theil der Penſion für Privatzwecke des Königs und Bezahlung von deſſen Dienerſchaft in's Ausland gegangen ſei, für unbegründet, zeigte ſich übrigens in der Abwehr der gegen den König gerichteten Angriffe ſehr läſſig, matt und oberflächlich. Anſtatt zu ſagen: der Prinz hat ein unbeſtreitbares Recht auf ſeine Penſion, ſie kann ihm ohne einen flagranten Rechtsbruch nicht genommen werden, ſein Verzicht darauf iſt eine reine Handlung der Großmuth, und es iſt folglich unanſtändig und kleinlich, die Art wie er denſelben ausführt, und die Bedingungen, die er daran knüpft, zu bemängeln — anſtatt dies zu ſagen, äußerte er faſt im Ton der Bitte, er könne ſich nicht denken, daß das Haus dem Prinzen die Mittel entziehen werde, den in ſeinem Briefe an Lord Grey bezeichneten Zwecken zu genügen. Dem Schatzkanzler folgte der bekannte Demagog Cobblett. Er bemerkte unter Hinweiſung auf den Steuerdruck, die Zahlung der Penſion ſei fortan weder dem Recht noch der Billigkeit nach begründet. Man müſſe ſie gänzlich aufheben. — Ihm ſtimmte der radicale Oberſt Evans bei, und deſſen Geſinnungsgenoſſe Sir Samuel Whalley, ein Irrenarzt, beantragte im Wege des Amendements die Niederſetzung eines Ausſchuſſes zur Unterſuchung der Verwendung des Jahrgeldes, auf welches der König verzichtet habe. Auch er ſprach ſeine Verwunderung aus, woher die großen Schulden kämen? denn der Prinz ſei ja, wie die Schotten ſich aus-

drückten, ſtets ein „vorſichtiger“ (prudent) Mann geweſen. Der Sprecher erklärte das Amendement für unzuläſſig.

Nachdem hierauf Mr. Hume ſeinen Zweifel, ob der König als Nichtunterthan zum Fortbezug der Penſion berechtigt ſei, und ſeine Meinung ausgeſprochen, daß das Haus die ganze Frage der Penſion nochmals in Erwägung ziehen müſſe, und von der andern Seite Lord John Ruſſell es für unanſtändig erklärt, den König wegen der an ſeinen Verzicht geknüpften Vorbehalte zu chicaniren, fragte der Antragſteller Mr. Robinſon, wohin denn die 135,000 Lſtrl. gekommen ſeien, die noch ſeit des Königs Thronbeſteigung als Penſionszahlung entrichtet worden, jener möge das Geld wohl in die Taſche geſteckt haben; — und ſchließlich wurde der Antrag, da Niemand ihm widerſprach, angenommen.

Trotzdem war die Heftigkeit des Angriffs gebrochen. Zwar ließen die Radicalen noch nicht nach. Sir Samuel Whalley hatte bereits wieder einen ſelbſtändigen Antrag auf Niederſetzung eines Ausſchuſſes zur Unterſuchung der Verwendung der Annuity auf den 27. März angekündigt. Stockmar ſtellte dem Lord Grey vor, daß der König ſich einer ſolchen Unterſuchung unmöglich unterwerfen könne, und erlangte dem Miniſter die Zuſage, daß die Regierung ſich der Niederſetzung des Ausſchuſſes entſchieden widerſetzen werde. Auf einen Brief, den er in gleichem Sinne an Lord Palmerſton richtete, empfing er von demſelben folgende charakteriſtiſche Antwort.

(Ueberſetzung.)

9. März 1834.

Mein lieber Baron!

Ich habe mich bei Ihnen vielmals zu entſchuldigen, daß ich Ihnen nicht früher den Empfang der Papiere anzeigte, die Sie mir vergangene Woche ſandten, und für welche ich Ihnen ſehr verbunden bin.

Die Sache scheint mir klar wie der Tag, und ohne die Allgewalt des Parlaments in Frage stellen zu wollen, welches bekanntlich alles vermag, außer Männer in Frauen oder umgekehrt zu verwandeln, so muß und werde ich behaupten, daß das Haus der Gemeinen nicht mehr Recht hat, sich um die Détails der Schulden und Verpflichtungen zu kümmern, welche der König der Belgier sich verbunden hält zu berichtigen, ehe er seine Zahlungen an die Schatzkammer macht, als es befugt ist, Sir Samuel Whalley zu fragen, wie er das Honorar verwendet hat, welches seine geisteskranken Patienten ihm zu bezahlen pflegten, ehe er die thörichten Wähler in die Cur nahm, welche ihn in das Parlament geschickt haben.

Es kann durchaus kein Zweifel sein, daß wir uns irgend einer solchen Untersuchung positiv widersetzen müssen, und ich müßte mich in meiner Schätzung des gegenwärtigen Hauses der Gemeinen sehr irren, wenn nicht eine große Majorität uns beistehen sollte, einen so unhaltbaren Vorschlag zu verwerfen.

Mein lieber Baron

aufrichtig der Ihrige

Palmerston.

In der That verlief Sir Samuel Whalley's Antrag im Sande. Da das Haus seine Vertagung zum 26. März beschloß, so verschob er ihn zunächst auf den 13. Mai. Ehe dieser herankam, hatte Stockmar bereits mehrere tausend Lstrl. als Ueberschuß nach Abzahlung der Schulden an die Staatskasse gezahlt. Als am 13. Mai der Antrag aufgerufen wurde, fiel er, da Sir Samuel Whalley nicht antwortete, zu Boden.

Das Curatorium trat noch in demselben Jahre auf Grund einer Urkunde des Königs vom 4. August in Wirksamkeit und hat

bis an deſſen Lebensende jährlich 30,000 Lſtrl. und mehr an den Staat zurückerſtattet.

Der launige Brief lautet im Original:

9 March 1834.

My dear Baron!

I have many apologies to make to you for not having sooner acknowledged the receipt of the Papers you sent me last week, and for which I am much obliged to you. The case seems to me as clear as day, and, without meaning to question the omnipotence of Parliament, which, it is well known, can do any thing but turn Men into Women, or Women into Men, I must and shall assert that the House of Commons have no more right to inquire into the Details of those debts and engagements, which the King of the Belgians considers himself bound to satisfy before he begins to make his Payments into the Exchequer, than they have to ask Sir Samuel Whalley how he disposed of the fees which his mad Patients used to pay him, before he began to practise upon the foolish Constituents who have sent him to Parliament. There can be no doubt whatever that we must positively resist any such inquiry; and I am very much mistaken in my estimate of the present House of Commons, if a large Majority do not concur in scouting so untenable a Proposition.

My dear Baron

yours sincerely

Palmerston.

The Baron de Stockmar.

Dreizehntes Capitel.

Der englische Ministerwechsel 1834.

Im Mai 1834 verließ Stockmar England. Er war seit längerer Zeit krank, und die angestrengte Geschäftsthätigkeit, die er trotzdem nicht unterbrach, hatte seinen Zustand verschlimmert. Er suchte Pflege und Ruhe in seiner Heimath. Zudem war er an den Schluß eines Lebensabschnittes angekommen. Seine frühere englische Thätigkeit war beendet. Das Königreich Belgien hatte seine großen Entstehungskrisen überstanden, und in Belgien selbst fand sich kein Platz für Stockmar. So trat denn für ihn, während der Jahre 1834 bis 36, eine längere Erholungspause ein, die er in Coburg zubrachte, bis das Schicksal ihn zu einem neuen Wirkungskreis berief. Unsere Mittheilungen aus seinen Papieren für diese Periode betreffen daher vorzugsweise Verhandlungen, zu denen er nicht persönlich in Beziehung stand.

Relation Lord Palmerston's über den englischen Ministerwechsel, November 1834.

Nachdem Lord Grey am 8. Juli 1834 zurückgetreten war, wurde das Whigministerium unter Lord Melbourne neu gebildet,

aber ſchon unter dem 12. November vom König entlaſſen, welche zum Vorwand nahm, daß der Finanzminiſter Lord Althorp, der bisherige Führer des Unterhauſes, durch den Tod ſeines Vaters, Lord Spencer, in's Oberhaus verſetzt ſei, und damit das Miniſterium das erforderliche Gewicht im Hauſe der Gemeinen verloren habe. Eine Relation Lord Palmerſton's giebt über dieſen Vorgang nähere Auskunft.

(Ueberſetzung.)

Auswärtiges Amt.

15. November 1834.

Sobald der Tod Lord Spencer's bekannt war und Melbourne Zeit gehabt hatte ſich mit einigen ſeiner Collegen über die durch die Verſetzung Lord Althorp's ins Oberhaus nöthig gewordenen Maaßregeln zu berathen, ſo machte er dem König brieflich das Anerbieten, nach Brighton zu kommen, um mit Sr. Majeſtät perſönlich über den Stand der Dinge zu conferiren, und verfügte ſich dann, nach erhaltenem Befehle, vorgeſtern, Donnerſtag, dahin. Er ſetzte dem König auseinander, daß, da im vergangenen Juli, wo er (Melbourne) das Miniſterium übernahm, der perſönliche Einfluß von Althorp im Hauſe der Gemeinen als eine Hauptſtütze des Miniſteriums betrachtet worden ſei, er jetzt, bei dem Austreten Althorps aus dem Unterhauſe, es als ſeine Pflicht anſehe, den König zu fragen, ob es Sr. Majeſtät Wunſch ſei, daß er (Melbourne) ihm neue Vorſchläge wegen Beſetzung des Miniſteriums mache, oder ob Se. Majeſtät vorziehe, andere Perſonen zu Rathe zu ziehen. Er fügte hinzu, daß er den Dienſt ſeines Königs nie verlaſſen würde, ſo lange derſelbe der Meinung ſei, daß er nützlich ſein könne. Er halte ſich verſichert, daß uns das Haus der Gemeinen auch ferner ſeine Unterſtützung leihen

werde, und er sei bereit, dem König der Sachlage entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Er hatte am Donnerstag vor dem Diner und wieder am Freitag früh, ehe er Brighton verließ, eine lange Unterredung mit dem König. Das Ergebniß war, daß der König die Vorschläge zu einem Ersatz für Althorp verwarf, und schriftlich seine Ueberzeugung aussprach, das Ministerium habe durch das Ausscheiden Althorp's aus dem Unterhause so viel an Gewicht und Ansehen sowohl im Hause der Gemeinen als im Lande verloren, daß es der Führung der Angelegenheiten des Volks nicht länger gewachsen sei; denn wir hätten keine Möglichkeit, durch unsere Stärke in den Lords unsere Schwäche im Hause der Gemeinen auszugleichen. Aus diesen Gründen, setzte der König hinzu, sei er entschlossen, Melbourne und seine Collegen nicht im Ministerium zu belassen, und er äußerte mündlich, daß er nach dem Herzog von Wellington senden werde. Melbourne kehrte hierauf gestern Abend nach London zurück, und ich vermuthe, daß der Herzog von Wellington heute in Brighton sein wird.

Das Ministerium hat also nicht abgedankt, sondern ist entlassen worden, und zwar entlassen, nicht weil es irgend eine sachliche Maaßregel vorgeschlagen, die der König gemißbilligt und auf der es trotzdem bestanden hätte, sondern weil man der Ansicht ist, daß es nicht stark genug im Hause der Gemeinen sei, — und es soll durch Männer ersetzt werden, die im Unterhause notorisch schwach und unbeliebt sind, so stark sie auch im Oberhause sein mögen.

Nach dem Gesagten liegt der Schluß nahe, daß das Ganze ein abgekartetes Spiel war, und man kann es deswegen für ausgemacht ansehen, daß der Herzog von Wellington bereit ist, die Aufgabe der Bildung eines Ministeriums sofort zu übernehmen. Peel ist im Auslande; aber es ist nicht wahrscheinlich, daß er abgereist ist, ohne sich vorher mit dem Herzog in einem oder dem andern Sinn darüber verständigt zu haben, was er thun würde, wenn eine Crisis wie die gegenwärtige einträte.

Ich beklage das Geschehene, denn ich sehe nichts als Unheil daraus hervorgehen, und alles blos zur Genugthuung für den Ehrgeiz des Herzogs von Wellington und die Vorurtheile und niedrigen Gesinnungen seiner Anhänger. Entweder wird nun das Parlament aufgelöst oder nicht. Wenn nicht, so wird die Opposition sehr giftig und mächtig sein, und die Regierung bald geschlagen werden; und in der Zwischenzeit werden die Whigs und die Radicalen durcheinander gemengt, und die Ersteren, durch Parteileidenschaft verführt, werden sich zu sehr mit den Letzteren identificiren. Ueberdies wird man immer eine Auflösung über unsern Häuptern schweben sehen, und die Leute werden im Hinblick auf die nächste Wahl heftige Reden halten und unbesonnene Verpflichtungen eingehen, um sich bei ihren Wählern einzuschmeicheln. Findet auf der andern Seite eine sofortige Auflösung statt, so wird die Wuth der sich bekämpfenden Parteien ohne Grenzen sein. Die Tories können vielleicht 50 oder 60 Stimmen gewinnen, wonach sie doch noch in der Minorität bleiben, und die Majorität wird aus Leuten bestehen, welche sich auf der Wahltribüne (Hustings) bis an den Hals für dreijährige Parlamente, geheime Abstimmung und allgemeines Wahlrecht verpflichtet haben; und wir werden dann in einem schönen Zustande sein, mit einem Hause der Gemeinen, das keinem Ministerium folgen wird, wenn dieses nicht Maaßregeln so übertriebener Art vorschlagen will.

Was die auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so sind zum Glück die meisten Fragen, welche so lange geschwebt haben, fast beigelegt. Portugall ist sicher gestellt, Spanien ist dem Don Carlos entrückt, selbst wenn der Herzog ihn unterstützt, und Griechenland hat seine Grenze und seinen König. Belgien ist, Dank der Energie und Weisheit seines Königs, der blühendste Staat in Europa geworden, aber der Herzog kann vielleicht versuchen, es durch die Festsetzungen über die Schelde zu lähmen, und den Holländern hohe Zölle versprechen, um sie zur Unterzeichnung eines Vertrags zu bewegen. Wird Frank-

reich in dieſem Falle feſt bleiben und Belgien die Stange halten? Gewiß nicht, wenn Talleyrand irgend etwas in der Sache zu ſagen hat; denn er iſt ganz für Holland, haßt und verabſcheut die Unabhängigkeit Belgiens, und würde es durch jedes in ſeiner Macht ſtehende Mittel verkrüppeln, bis er es dahin gebracht hätte, daß es ſo unfähig wäre, auf ſeinen eigenen Beinen zu ſtehen, wie er ſelbſt iſt.

Vierzehntes Capitel.

Denkschrift des Königs Wilhelm IV. von England über seine Politik, 1830 bis 34.

Der König Wilhelm der IV. von England, geb. 1765, gelangte am 26. Juni 1830, also bereits 65jährig, zum Thron. Er war ein wohlwollender, gutmüthiger Herr, von lebhaftem Temperament, weder durch Charakter noch durch Intelligenz bedeutend. Seine guten Eigenschaften wie seine Mängel wirkten dahin zusammen, ihn zu einem unglücklichen Politiker zu machen. Die Geisteskraft reichte nicht aus, schwierige Fragen richtig zu verstehen und zu beurtheilen, die Schwäche machte ihn unfähig, Entschlüsse festzuhalten, die Gutmüthigkeit den Eingebungen der ihm nahe Stehenden, namentlich seiner Gemahlin und der Fitz Clarences, seiner Kinder aus der Verbindung mit Mrs. Jordan, sehr zugänglich, sein lebhaftes Naturell verführte ihn zu unbesonnenen und compromettanten Ausbrüchen und Ergüssen. Dabei hielt er sich für einen Politiker und es fehlte ihm nicht an einer, freilich intermittirenden, Lust in die Dinge einzugreifen, einer Lust, welche denn jene Damen und die mit denselben in Verbindung stehenden Hochtories zu lenken und auszubeuten verstanden. Der oben abgedruckte Brief Lord Palmerston's hat uns bereits mit einem

der aus den bezeichneten Factoren hervorgegangenen Einfälle des Königs, der Entlassung des Ministeriums Melbourne im November 1834 bekannt gemacht. Das hierauf mit vieler Anstrengung gebildete Ministerium Wellington — Peel fristete eine mühselige Existenz bis zum nächsten April. Im Januar 1835 nun fand sich Wilhelm bewogen, eine ausführliche schriftliche Darlegung, nicht nur seines Verfahrens in der letzten Crisis, sondern seiner ganzen innern und auswärtigen Politik seit seiner Thronbesteigung (of his general proceedings, wie er sich umfassend ausdrückt) an den Minister Sir R. Peel zu richten, der dieses Actenstück damals, wie es scheint, nur dem Herzog von Wellington mitgetheilt hat. Es ist in England kaum bekannt, geschweige denn veröffentlicht. Wir geben dasselbe nachstehend in deutscher Uebersetzung mit den nöthigen erläuternden Anmerkungen. Sind auch König Wilhelm's Auffassungen an sich von nicht besonderer Bedeutung, so ist doch seine Denkschrift durch die darin enthaltenen Thatsachen und durch den Einblick von Werth, den sie in das Getriebe der constitutionellen Regierung gewährt. Unsre Uebersetzung muß im Interesse des deutschen Lesers eine ganz freie sein. Denn König Wilhelm's Styl fröhnt im Uebermaaße dem, was man in England parliamentary circumlocution nennt, wonach statt des directen einfachen Ausdrucks stets eine pausbackige Umschreibung gewählt wird, was denn zu unerträglicher Weitschweifigkeit und Schwerfälligkeit führt und den Continentalen zur Verzweiflung bringt. Dieser wird es uns danken, wenn wir den König, um ein Beispiel anzuführen, sagen lassen: er habe nach seiner Thronbesteigung beschlossen, das Ministerium seines verstorbenen Bruders beizubehalten — anstatt im engen Anschluß an das Original zu übersetzen: „er habe beschlossen in der Verwaltung der Angelegenheiten des Landes Diejenigen zu erhalten, welche die vertrauten Diener seines verstorbenen Bruders gewesen waren." Immerhin leidet die Denkschrift des Königs auch so noch an Phrasenhaftigkeit und ermüdenden Wiederholungen.

Denkschrift des Königs Wilhelm IV. von England vom 14. Januar 1835, über die Grundsätze, von denen er in seiner Politik von seiner Thronbesteigung 1830 bis zu dem Ministerwechsel 1834 geleitet worden.

Da der jüngste Ministerwechsel nothwendig in beiden Häusern des Parlaments zu Erörterungen führen muß, worin unfehlbar auf das Verhalten des Königs zu solchen Zeitpunkten Bezug genommen werden wird, wo er mehr oder weniger auf seinen eigenen Rath und sein eigenes Urtheil angewiesen war, so glaubt Se. Majestät, es werde für Sir Robert Peel und seine Collegen nützlich sein, von ihm selbst eine Auseinandersetzung seiner Politik im Allgemeinen, und der Grundsätze, von denen er geleitet wurde, zu empfangen, eine Auseinandersetzung, welche die Hauptzüge jener Politik von der Zeit der Thronbesteigung im Juni 1830 bis zu dem neulichen Ministerwechsel umfassen soll, auf welchen letzteren jedoch allein ausführlich eingegangen wird.

Als der König den Thron bestieg, beschloß er ohne Bedenken das Ministerium seines verstorbenen Bruders beizubehalten, ein Ministerium, dessen politische Grundsätze und Maaßregeln mit denen seines verstorbenen Vaters, so weit es die gebotene Rücksicht auf die öffentliche Meinung und die Erhaltung des innern Friedens gestattete, fortdauernd im Einklang geblieben waren (das Ministerium Wellington).

Dem so beschaffenen Ministerium gab der König seine volle und beständige Unterstützung, und während der kurzen Zeit seines ferneren Bestehens hat Se. Majestät demselben durch keine Handlung oder Forderung irgend eine Schwierigkeit oder Verlegenheit bereitet.

Im November desselben Jahres 1830 brachte Sir Henry Parnell einen Antrag*) ein, dem sich die Regierung, als einem Angriff gegen die Prärogative der Krone, widersetzte. Er erhielt aber nichtsdesto-

*) Der Antrag ging dahin, die Voranschläge für die Ausgaben der Civilliste einem Ausschuß zu überweisen.

weniger die Unterstützung einer beträchtlichen Anzahl von Mitgliedern des Unterhauses, welche der Regierung in Folge ihrer Concessionen gegen die Katholiken feindselig geworden waren, der sogenannten Ultratories. Die Folge ihrer Vereinigung mit der Opposition, die dadurch in einer so wichtigen Frage die Majorität im Unterhause erlangte, war die sofortige Abdankung des Herzogs von Wellington und seiner Collegen. Nach der einstimmigen Meinung Aller hatte Se. Majestät keine andere Wahl, als behufs der Bildung eines Ministeriums die Oppositionspartei anzugehen. Auch der Rath seines Lord Canzlers ging dahin, daß er sich an Earl Grey wenden möge. Diesem Rathe gemäß berief Se. Majestät Lord Grey, der sich bereit erklärte, das ihm angetragene Vertrauensamt auf das klare gegenseitige Einverständniß hin zu übernehmen, daß es ihm freistehe, sofort die von ihm und seiner Partei so lange angestrebte und verfochtene Maaßregel einer ausgedehnten Parlamentsreform vorzubringen, und daß er bei deren Betrieb und Ausführung Seitens des Königs Förderung und Beistand erhalten solle. Diese Bedingung war vom König und dessen früheren Rathgebern vorgesehen worden, und er konnte nichts gegen die Einbringung einer Maaßregel einwenden, zu der Lord Grey als politischer Charakter durch seine Antecedentien verpflichtet war.

Earl Grey und seine Collegen entwarfen unverzüglich die Reformbills, und Se. Majestät genehmigte deren Einbringung nach einigen brieflichen Verhandlungen, in deren Natur es unnütz ist hier einzugehen, da dieselben im Mai 1832 dem Herzog von Wellington und Lord Lyndhurst vorgelegt wurden. Das Haus der Gemeinen nahm den Gesetzentwurf nach einigen Debatten mit einer Majorität von nur 8 Stimmen*) an, und Earl Grey und die übrigen Minister

*) Hier scheint ein Gedächtnißfehler des Königs vorzuliegen. Am 19. April 1831 blieben die Minister bei den Verhandlungen über die Reformbill in einer Minorität von 8 Stimmen. Hansard III. 1688.

ertheilten in Folge dessen Sr. Majestät den Rath, das Parlament aufzulösen.

Der König weiß, daß man bemerkt hat, er habe unüberlegt die zu diesem Zeitpunkte ihm gebotene Gelegenheit vorbeigelassen, sich durch Verweigerung der Parlamentsauflösung von einer Partei zu emancipiren, welche übertriebene und gefährliche Reformmaaßregeln vorgebracht hatte und betrieb; und er läugnet nicht, daß jene Weigerung mit der Entlassung des Grafen Grey und seiner Collegen gleich bedeutend gewesen wäre. Aber angenommen, dieses Verfahren wäre mit Rücksicht auf den Frieden und die Ruhe des Landes, in dem der Ruf nach Reform so allgemein war, zulässig gewesen, so war doch der König damals überzeugt und ist es noch, daß er jenen Weg nicht hätte einschlagen können, ohne seinen eigenen Charakter als Souverän und Gentleman in der Meinung der Menschen ernstlich zu beschädigen. Er würde sich nämlich dadurch dem gerechten Vorwurf ausgesetzt haben, daß obschon er im Augenblick der Verlegenheit die Hülfe und Dienste Lord Grey's in Anspruch nahm und diese unter der Bedingung erlangt, die Einbringung der Reformbill zu genehmigen und deren Durchsetzung zu unterstützen, er dennoch nicht Bedenken getragen, den Minister in der Stunde der Prüfung im Stiche zu lassen und zu opfern, als die Zeit gekommen war, wo es sich ausweisen sollte, ob der König das Uebereinkommen in der ehrlichen Absicht es zu halten geschlossen habe. Es ist wohl möglich, daß die Entlassung des Ministeriums zu jener Zeit und die daraus hervorgehende Beseitigung der damals eingebrachten Reformbill, die Vorlegung weniger bedenklicher Maaßregeln zur Folge gehabt hätte, aber Se. Majestät bezweifelt sehr, ob das Land damals in einer Stimmung war, welche den Nachfolgern Lord Grey's gestattet hätte, sich lange genug zu behaupten, um irgend eine große Maaßregel durchzusetzen, und ob irgend ein anderer als der von Sr. Majestät eingeschlagene Weg nicht zu rasch auf einander folgenden Ministerwechseln und zur völligen Zerstörung des Vertrauens in die loyale und

ehrenhafte Handlungsweise des Souveräns geführt haben würde, welches nach Sr. Majestät Meinung die beste Schutzwache der Monarchie bildet und bilden muß.

Ob also der Entschluß des Königs politisch richtig oder falsch gewesen sein mag, er gründete sich auf ein Princip, von dessen Richtigkeit Se. Majestät durchdrungen ist. Hätte der König nicht nach diesem gehandelt, so hätte er vorkommenden Falls auch nicht mit derselben Zuversicht die Hülfe und den Beistand einer andern Partei erwarten dürfen, wenn er in die Lage kam sich an dieselbe zu wenden.

Die Discussion über die Reformbill wurde in dem neuen Parlament wieder aufgenommen. Für die gegenwärtige Denkschrift hat deren Verlauf bis zu dem Augenblicke kein Interesse, wo die Befürchtung einer Niederlage im Oberhause den Earl Grey, auf das Andringen einiger von seinen Collegen und schließlich mit der Zustimmung aller, vermochte, dem König eine Vermehrung der Pairie vorzuschlagen. Zu dieser, in der ursprünglich vorgeschlagenen Begründung, gab der König nach vielem Zweifeln und Bedenken seine Einwilligung. Um jedoch einem so unliebsamen Auswege sowohl, als der ebenfalls ernsthaft zu besorgenden Gefahr einer Collision zwischen den beiden Häusern zu entgehen, gestattete und begünstigte Se. Majestät vertrauliche Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung eines Compromisses und von Modificationen gewisser Clauseln der Gesetzentwürfe, wodurch dieselben der Majorität ihrer Gegner im Oberhause schmackhafter werden möchten. Diese Verhandlungen schlugen fehl, und nachdem ihr Fehlschlagen die Wirkung gehabt, die Heftigkeit der Opposition eher zu steigern als zu verringern, machten Lord Grey und seine Collegen dem König einen neuen Vorschlag zur Vermehrung der Pairie, welcher demselben so maaßlos, für den Charakter des Oberhauses so nachtheilig, für die Aristokratie so entwürdigend schien, daß er sich weigerte, denselben zu genehmigen.

Die Folge war natürlich die Abdankung des Earl Grey und

seiner Collegen im Mai 1832. Der König berief Lord Lyndhurst, seinen gewesenen Lord Canzler, und ersuchte ihn, sich mit dem Herzog von Wellington und Anderen, die geneigt sein möchten, dem Könige zu Hülfe zu kommen und die Bildung eines Ministeriums zu versuchen, in Verbindung zu setzen.

Der Herzog entsprach dem Vertrauen des Königs in der edelsten Weise, aber, nach einigen fruchtlosen Versuchen, erklärten er und Lord Lyndhurst Sr. Majestät, daß ihre Bemühungen keine Aussicht auf Erfolg hätten, und riethen dem König, auf Earl Grey zurückzugreifen, und ein möglichst günstiges Abkommen mit demselben in Beziehung auf die Frage der Pairie zu schließen, wenn er sich bereit fände, das Ministerium wieder zu übernehmen.

Zum Glück war die Zwischenzeit eine nur kurze gewesen, und es war nichts geschehen was persönliche Gereiztheit veranlassen konnte. Es wurde Sr. Majestät dem Könige nicht schwer, Lord Grey zum Wiedereintritte zu bewegen, und er muß diesem Edelmanne die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er weder damals noch zu irgend einer spätern Zeit die geringste Neigung gezeigt hat, die mißliche Lage auszubeuten, in welche sich der König ihm und seiner Partei gegenüber durch den fruchtlosen Versuch versetzt hatte, das Ministerium zu wechseln und dessen Reformbill zu vereiteln.

Aber die natürliche und unvermeidliche Folge dieser Rückkehr Lord Grey's war, daß der König seinen Widerstand gegen die vorgeschlagene Vermehrung der Pairie aufgeben mußte; vorausgesetzt, daß diese Maaßregel nicht dadurch zu umgehen war, daß sich die Gegner der Reformbill bewegen ließen, sich des Widerspruchs gegen diese zu enthalten. Durch die Erfahrung von der Vergeblichkeit des Versuchs ein Toryministerium zu bilden überzeugt, voll Besorgniß vor einer Collision zwischen den beiden Häusern, wenn die Lords in ihrem Widerstande beharren sollten, und eifrig bestrebt, wie er immer gewesen, das, was er für eine Erniedrigung jenes Hauses hielt, zu

verhindern, that der König Schritte*), um daſſelbe zum Aufgeben ſeiner Oppoſition zu bewegen. Sie hatten den gewünſchten Erfolg, obgleich Viele, die die Schwierigkeiten der Lage nicht gehörig würdigten, die Angemeſſenheit Sr. Majeſtät bei dieſer Gelegenheit bezweifeln**).

Es iſt dem König nicht unbekannt, daß man ſein Auftreten bei einer andern, ſpätern Gelegenheit ebenfalls getadelt hat. Er hat dabei den Brief im Sinne, welchen er an den Erzbiſchof von Canterbury richtete, um von der Haltung abzumahnen, welche die geiſtlichen Mitglieder des Hauſes der Lords angenommen, und ſie zu bewegen, daß ſie ſich einer ſo hervorragenden und warmen Theilnahme an der allgemeinen Discuſſion enthalten möchten, um nicht die Abneigung und die Vorurtheile zu ſteigern, die bereits gegen ſie erregt waren.

Der König läugnet nicht, daß, indem er den unbeſonnenen Eifer einiger der hohen kirchlichen Würdenträger zu mäßigen ſtrebte, er ſich und ſeine Regierung von Schwierigkeiten zu befreien ſuchte, aber er glaubte gegründeten Anſpruch auf Anerkennung des angelegentlichen Wunſches zu haben, den er hegte, jene achtbaren Männer vor den

*) Der König ließ nämlich ſeinen Privatſecretair Sir Herbert Taylor an eine Anzahl der Torypärs folgendes Circularſchreiben richten:

St. James' Palace, 17. Mai 1832.

Mein lieber Lord!

Seine Majeſtät hat mich mit dem Befehl beehrt Sie zu benachrichtigen, daß alle Schwierigkeiten für den Fortgang der in der Verhandlung begriffenen Bills (to the arrangements in progress) zu heben ſind, wenn heute Abend eine genügende Anzahl von Pärs im Hauſe erklären, ſie hätten in Folge der gegenwärtigen Lage der Dinge, ſich entſchloſſen, auf weiteren Widerſtand gegen die Reformbill zu verzichten, ſo daß dieſe dann ohne Verzug und wo möglich in ihrer gegenwärtigen Geſtalt durchgehen kann. Ich habe die Ehre u. ſ. w.

Herbert Taylor.

Dieſer Brief hatte die Wirkung, daß etwa 100 Pärs der Oppoſition von den ferneren Verhandlungen wegblieben.

**) Vergleiche May Const. Hist. I. pag. 119. 120.

sich steigernden Wirkungen der Feindseligkeit und des Volksgeschreis zu schützen, deren Gegenstand sie zu einer Zeit geworden waren, wo die Staatskirche von Eingriffen bedroht war und wo es ihm selbst wünschenswerth erschien, nicht nur Widerstand zu leisten, sondern auch zu versöhnen.

Der König wendet sich zu dem im letzten Mai*) erfolgten Austritt der Herrn Stanley, Herzog von Richmond, Lord Ripon und Sir James Graham aus dem Ministerium, wodurch dessen Kraft und innerer Halt so sehr erschüttert wurden, daß Lord Grey bereitwillig abgedankt haben würde, wenn Se. Majestät die Gelegenheit zur Auflösung des Ministeriums zu benutzen gewünscht hätte. Aber nach dem früheren Mißlingen empfand der König natürlich die Nothwendigkeit außerordentlicher Vorsicht. Er fühlte auch, daß Lord Grey und einige seiner Collegen sich durch ihr damaliges und seitheriges Benehmen gegen ihn starke Ansprüche auf seine Achtung, sein Vertrauen und seine Dankbarkeit erworben hatten und er drang daher mit voller Aufrichtigkeit in Lord Grey, seinen Posten zu behalten und Anstalt zur Ausfüllung der eingetretenen Lücken zu machen.

Es folgten Ereignisse, welche die Abdankung Lord Grey's herbeiführten.**) Der König braucht nicht dabei zu verweilen, da sie dem Publikum bekannt sind und Se. Majestät nichts dazu gethan sie herbeizuführen, noch sie zu verhindern im Stande war.

Es kam dem König der Gedanke, daß die Lage der Dinge sich benutzen lasse, um die Fusion der Parteien im conservativen Sinn zu versuchen und er machte diese zum Gegenstand von Mittheilungen

*) Am 27. Mai 1834 wurde im Unterhause von Mr. Ward eine Resolution zu Gunsten der Reduction der Temporalien der Irischen Staatskirche vorgeschlagen. Dies hatte den Rücktritt der im Text genannten vier Minister zur Folge. Hansard Vol. XXIII. p. 1396.

**) Juli 1834.

an Lord Melbourne und durch ihn an den Herzog von Wellington, Sir Robert Peel und Mr. Stanley*).

Der Erfolg zeigte, daß Se. Majestät sich in seinen Erwartungen getäuscht hatte und langgenährte Hoffnungen zeigten sich eitel. Es war dem König bekannt, daß man von einigen Seiten der Meinung war, es hätte sich jene Gelegenheit zu einem Ministerwechsel benutzen lassen, aber er konnte sich nicht überzeugen, daß ein solcher damals hinreichende Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, um das Wagniß zu rechtfertigen und ihn selbst gegen die Folgen eines Mißlingens zu sichern. Nach reiflicher Erwägung aller Eventualitäten beschloß er den Viscount Melbourne mit der Neugestaltung des Ministeriums zu betrauen.

Da die ganze bei dieser Gelegenheit im vergangenen Juli gewechselte Correspondenz in den Händen Sir Robert Peel's ist, so braucht der König nicht in Einzelnheiten einzugehen. Er kann jedoch nicht umhin, Sir Robert Peel's Aufmerksamkeit und die derjenigen seiner Collegen, denen er diese Denkschrift etwa mittheilen mag, auf die unverholene Art zu lenken, in der er in seinem Memorandum vom Juli dem Lord Melbourne seine Gründe für die Beibehaltung des Ministeriums, sowie seine Vorliebe für conservative Maaßregeln und für Diejenigen darlegt, die sie vertreten und ihn gegen weitere Uebergriffe und gegen die Berufung solcher Persönlichkeiten in seinen Rath schützten, zu deren Grundsätzen er nicht dasselbe Vertrauen hegen könne, wie zu denen von Lord Melbourne und einigen seiner erprobten Collegen.

Sir Robert Peel wird in diesen Schriftstücken und in einem

*) Diese Correspondenz über die vom König angestrebte Fusion zwischen Whigs und Tories ist in Peel's Memoirs Vol. II. pag. 1—13 abgedruckt. Wir besitzen in Stockmar's Papieren noch ein anderes ungedrucktes Memoire des Königs über denselben Gegenstand, aus der Zeit des zweiten Ministeriums von Lord Melbourne (2. April 1835—41), durch welches also das Beharren des Königs bei seinem damals offenbar verfrühten, heute zeitgemäßen Gedanken belegt ist. Wir theilen diese Denkschrift nicht mit, weil sie sachlich dem in Peel's Memoiren Abgedruckten nichts Neues hinzufügen würde.

späteren Briefe Beweise von der consequenten Denk- und Handlungsweise Sr. Majestät in Bezug auf die Aufrechthaltung der Staatskirche und der alten Institutionen des Landes finden. Er wird bemerken, mit welcher Entschiedenheit der König, als er die Ordre über Einsetzung der Commission zur Untersuchung des Zustandes der Irischen Kirche unterzeichnete*), den Standpunkt behauptete, daß er sich in Beziehung auf die Ergebnisse der Commission zu nichts im Voraus verpflichtet habe. Der König könnte, wo nöthig, durch seine Correspondenz von den letzten vier Jahren beweisen, daß er jeden irgendwie den constitutionellen Rechten der Krone oder der Aristokratie gefährlichen Vorschlag sorgfältig überwacht und geprüft hat.

Es war natürlich, daß des Königs ernste und wachsame Aufmerksamkeit auf alle diese Punkte während des Fortgangs von Maaßregeln gerichtet war, die von einer angeblich volksthümlichen Regierung herrührten, und er kann sich nicht vorwerfen, einen so wesentlichen Theil seiner Pflicht vernachlässigt zu haben, hat vielmehr, so weit die Umstände es gestatteten, es an Gegenvorstellungen und Einwendungen nicht fehlen lassen.

Er ist sich diese Gerechtigkeit selbst schuldig; — aber er ist auch dem Earl Grey, Viscount Melbourne und einigen ihrer Collegen schuldig auszusprechen, daß er sie stets geneigt fand, ihm Entgegenkommen und Unterstützung in jenem Sinne zu gewähren, und obgleich sie den Irrthum begangen haben, eine zu weit gehende Parlamentsreform vorzuschlagen, so ist er gewißlich überzeugt, daß sie im Laufe ihrer Amtsdauer selbst zur Einsicht ihres Irrthums gelangt und ernstlich bemüht gewesen sind, Denjenigen Einhalt zu thun, die auf einer Bahn beharrten, deren destructive Tendenz sie nicht in gleicher Weise erkannt hatten.

---

*) Um dem obenerwähnten Antrage von Ward auf Reduction der Dotation der Irischen Staatskirche auszuweichen, beschloß die Regierung die Niedersetzung einer aus Laien zu bildenden Specialcommission zur Untersuchung des Zustandes der Irischen Kirche. Hansard XXIV. 13.

Es fiel nichts Erhebliches vor, bis Se. Majestät von Lord Melbourne die Kunde von dem bedenklichen Gesundheitszustand des verstorbenen Earl Spencer empfing.

Die sich daran knüpfende Correspondenz bis zum 14. November einschließlich ist ebenfalls in Sir Robert Peel's Händen, und wird zeigen, daß Lord Melbourne sofort die Besorgniß vor der Schwierigkeit und Verlegenheit aussprach, welche für die Regierung aus dem Tod des Earl Spencer und der Versetzung Lord Althorp's *) in das Oberhaus entstehen würde, sowie daß Se. Majestät dieses so entschieden ausgesprochene Gefühl theilte.

Des Königs erster Gedanke war, daß Lord Melbourne (der ebensowohl als Lord Grey nach dem Austritt von Mr. Stanley der Wirksamkeit Lord Althorp's im Hause der Gemeinen die größte Wichtigkeit beigelegt hatte), seine Entlassung nehmen würde, sobald das fragliche Ereigniß einträte. Aber Lord Melbourne äußerte in seinem nächsten Briefe (soweit der König sich erinnert, denn er hat keine Abschriften behalten) die Hoffnung, daß Lord Althorp sich werde bewegen lassen, auch als Mitglied des Oberhauses im Ministerium zu bleiben. Der König traute sich in seiner Antwort nicht dahin auszusprechen, daß damit die Neubildung des Ministeriums erleichtert werden würde.

Se. Majestät hielt es für unmöglich, daß Lord Melbourne in dieser Hinsicht irgend einen befriedigenden Vorschlag machen könne. Und als der Lord seine Absicht meldete, nach Brighton zu kommen, so war der König überzeugt, daß er komme um seine Entlassung einzureichen, und hatte sich entschlossen dieselbe anzunehmen.

Lord Melbourne kam am 13. November zum König, und ihre Unterredung war freimüthig, rückhalts- und leidenschaftlos. Der einzige Vorschlag, den der Lord vorzulegen im Stande war, und zwar, wie er angab, mit der Zustimmung und nach dem Rathe aller seiner

*) Seines Sohnes, der nun Earl Spencer wurde.

Collegen, ſowie der competenteſten Beurtheiler der Stimmung des Hauſes der Gemeinen, war, daß Lord John Ruſſell Lord Althorp's Nachfolger, Führer des Unterhauſes ſein ſollte. Der König erhob ſtarke Einwendungen gegen Lord John Ruſſell. Er ſprach unverhohlen ſeine Anſicht aus, daß Jener nicht die Fähigkeiten und den Einfluß beſitze, die für die fragliche Aufgabe erforderlich, und bemerkte, daß er eine jämmerliche Figur ſpielen würde, wenn er Sir Robert Peel und Mr. Stanley gegenüberſtehe.

Lord Melbourne meinte, daß der König zu viel Gewicht auf das Erforderniß der Beredtſamkeit und Schlagfertigkeit in der Debatte lege, da Lord Althorp dieſe Vorzüge auch nicht beſeſſen habe, während er doch einen außerordentlichen Einfluß in dem Hauſe der Gemeinen geübt. Er wolle nicht behaupten, daß Lord John Ruſſell oder irgend ein anderes Mitglied des Miniſteriums in dieſer Beziehung Lord Althorp vollkommen zu erſetzen vermöge, aber er könne nicht zugeben, daß Grund zu der Befürchtung vorliege, die Geſchäftsführung der Regierung werde deswegen keine befriedigende ſein.

Der König erklärte ſich ebenſo ſtark, wenn nicht ſtärker, gegen die Ernennung von Mr. Abercromby*), deſſen Name wie es ſcheint, dem Lord Melbourne, ſowie der des Sir John Hobhouſe vorgeſchlagen worden war. Lord Melbourne hielt, wie es ſchien, keine von beiden Wahlen für empfehlenswerth, ebenſowenig wie die des Mr. Spring Rice, deſſen Namen der König, wie er äußerte, vorgeſchlagen zu ſehen erwartet hatte.

Lord Melbourne beharrte alſo dabei, vorzugsweiſe auf die Ernennung von Lord John Ruſſell zu dringen. Aber der König hatte noch weitere Einwendungen.

Lord John Ruſſell hatte, ſeiner Meinung nach, bindende Erklärungen in Bezug auf gewiſſe, die Kirche beeinträchtigende Maaßregeln abgegeben, denen Widerſtand zu leiſten des Königs ausge-

*) Mr. Abercromby, der ſpätere Sprecher des Hauſes der Gemeinen, 1839 zum Lord Dunfermline erhoben.

sprochener Entschluß war, und Lord Melbourne konnte nicht läugnen, das Lord John Russell so wie andere seiner Collegen jenes in's Besondere hinsichts der Resultate der Untersuchungscommission für die irische Kirche gethan hatten. Der König verhehlte nicht seine Besorgniß, daß, wenn jene Frage auf die Tagesordnung käme, sein Widerstand gegen die zu erwartende Vorlage eine ernste Differenz zwischen ihm und seiner Regierung hervorrufen würde, und bemerkte, daß diese seine Besorgniß durch Mittheilungen des Lord Duncannon vermehrt worden, der vor seiner Reise nach Irland und bei seiner Rückkehr die Nichtbesetzung von geistlichen Stellen ohne wirkliche Seelsorge*) als zweckmäßig vorgeschlagen, und die Befürchtungen des Königs in Bezug auf die beabsichtigten Angriffe gegen die Integrität und Verfassung der Staatskirche gesteigert habe.

Auch verbarg der König Lord Melbourne nicht, daß das unverständige und maaßlose Benehmen des Lord Brougham dazu beigetragen habe, sein Vertrauen in das voraussichtliche Verfahren eines Cabinets zu erschüttern, in dem er eine so hervorragende und thätige Rolle spielte.

Lord Melbourne schien nicht überrascht, daß der König starke Befürchtungen in Betreff der Maaßregeln hegte, die in Folge der von Lord John Russell und einigen seiner Collegen eingegangenen Verpflichtungen vorgeschlagen werden möchten. Er bemerkte jedoch, daß hinsichts dieser Maaßregeln und der Resultate der Untersuchungscommission Se. Majestät sich zu nichts verpflichtet habe, und demnach die volle Freiheit haben würde, ihre Zustimmung irgend einem Vorschlage zu versagen. Er fügte hinzu, daß er, Lord Melbourne, sich auch weder direct noch indirect gebunden habe.

Lord Melbourne räumte ein, daß ein paar seiner Collegen in der Kirchenfrage sehr entschieden conservative Ansichten hegten, wonach sie vielleicht in ihrem Widerstande gegen die fraglichen Maaß-

*) In Irland gab es verschiedene geistliche Beneficien ohne cura animarum.

regeln so weit gehen würden als Se. Majestät selbst, und Se. Majestät glaubt, daß er als solche Lord Lansdowne und Mr. Spring Rice nannte, und deren Rücktritt in Aussicht stellte, wenn die angeblich von Lord John Russell und einigen seiner Collegen beabsichtigten Maaßregeln eingebracht würden. Der König kann jedoch Lord Melbourne hierin mißverstanden haben. Wie dem auch sei, Lord Lansdowne hatte zur Zeit des Rücktritts von Mr. Stanley und seinen Genossen dem Könige ausdrücklich erklärt, daß er ihre Ansichten über die Kirchenfrage auf das Entschiedenste theile, und daß allein die inständigen Bitten Lord Grey's und dessen Erklärung, wenn Lansdowne zurücktrete, werde er auch abdanken, ihn vermocht hätte im Ministerium zu bleiben.

Aber Lord Melbourne sprach ebensowenig bei dieser Gelegenheit, als er es früher gethan, davon, daß im Cabinet Meinungsverschiedenheiten beständen, die dessen Auflösung noch vor dem Zusammentritte des Parlaments bewirken könnten, noch äußerte er einen Zweifel, daß er im Stande sein werde, die Regierung mit Hülfe der gegenwärtigen resp. der neu zu ernennenden Minister fortzuführen.

Der König bemerkte dem Lord Melbourne, daß Lord Grey ihm immer den Austritt Lord Althorp's aus dem Unterhause nach dem Verluste Mr. Stanley's als einen genügenden Grund für die Auflösung des Ministeriums dargestellt, und daß Lord Melbourne selbst, als er an die Stelle Lord Grey's trat, das gleiche Gewicht auf die Beibehaltung von Lord Althorp im Unterhause gelegt habe. Die Anhänger der Regierung hätten sich durch ihre Adresse an Lord Althorp unzweideutig in demselben Sinne ausgesprochen.

Der König verstehe demnach nicht, wie die von Lord Spencer's Tod befürchtete Schwierigkeit nun, da sie eingetreten, nicht mehr eine solche sein solle. Nach den früheren Erklärungen der Minister, wie nach seinem eignen Urtheile über die Kräfte der Regierung im Unterhause müsse er der Meinung sein, daß das Ministerium die Geschäfte nicht mehr befriedigend zu führen vermöge, oder daß es wenigstens

von der Unterſtützung ſolcher Männer abhängig ſein würde, deren Anſichten, namentlich in Bezug auf die Kirche, im Widerſpruch mit den ſeinen ſtänden und eventuell nach dem Zuſammentritte des Parlaments zu einer ernſten Differenz mit ihm führen müßten. Er habe das höchſte Zutrauen zu Lord Melbourne und einigen ſeiner Collegen und halte ſie für conſervativ nach ihren Principien und Abſichten und den Plänen, die er verwerfe, abhold. Aber er hege nicht das gleiche Vertrauen zu andern ſeiner Collegen, er fürchte deren Principien, und unter dieſen Umſtänden könne er in der Beibehaltung beziehendlich Ergänzung des Miniſteriums nur einen Aufſchub der Kriſis erkennen, worin er auch kein Heil zu finden vermöge, da das Miniſterum ſich nur aus den Reihen der Anhänger extremer Maaßregeln würde ergänzen können, wodurch die Kriſis nur beſchleunigt, nicht abgewendet würde.

Die Frage kam am 13. nicht zum Austrag, und man kam überein, daß Se. Majeſtät das von Lord Melbourne Vorgetragene reiflich erwägen, und ihn am folgenden Morgen wieder empfangen ſolle.

Der König erkannte die Offenheit und Rückhaltloſigkeit an, mit der Lord Melbourne den ganzen Gegenſtand discutirt und die ihm geſtellten Fragen beantwortet hatte, aber war nicht überzeugt worden, daß irgend eine Combination möglich ſei, welche das Miniſterium in den Stand ſetzen könnte, die Geſchäfte befriedigend fortzuführen, oder welche deſſen baldige Auflöſung zu einem viel ungelegeneren und gefährlicheren Zeitpunkt als dem gegenwärtigen, verhindern könnte.

Unter dieſen Umſtänden und in Betracht, daß durch die Verzögerung einer Entſcheidung die Möglichkeit, das Parlament während ſeiner Vertagung aufzulöſen, verloren gehen würde, entſchloß ſich Se. Majeſtät ſofort, dem Lord Melbourne am folgenden Morgen ſein Bedauern auszudrücken, daß die Umſtände es ihm nicht möglich machten, die von dem Lord gemachten Vorſchläge oder die Fortdauer eines in ſolcher Lage befindlichen Miniſteriums zu genehmigen, und dieſe Mittheilung geſchah ſchriftlich, um Mißverſtändniſſen vorzu-

beugen und der Verlegenheit einer mündlichen Eröffnung so peinlicher Natur zu entgehen.

Der König sah Lord Melbourne wieder am folgenden Morgen (14. November) und stellte ihm das Schreiben zu, das hier wiederzugeben überflüssig ist, da Sir Robert Peel eine Abschrift davon besitzt.

Lord Melbourne schlug in der tactvollsten Weise und aus Gefühlen der Ergebenheit und Anhänglichkeit, denen Se. Majestät gern Gerechtigkeit widerfahren läßt, eine theilweise Modification des Schreibens vor, welche, ohne den Sinn zu ändern, alles entfernte, was irgend Jemand persönlich Anstoß geben konnte und es ganz deutlich machte, wie der ausgesprochene und ostensible Beweggrund des Königs in dessen Ueberzeugung lag, daß das Gewicht und Ansehen der Regierung im Unterhaus und im Lande zu sehr geschwächt sei, um jener die fernere gedeihliche Führung der öffentlichen Angelegenheiten zu ermöglichen.

Der König war damals überzeugt und ist es jetzt, nach sorgfältiger nochmaliger Prüfung alles Vorgefallenen, noch immer, daß der so angegebene Grund, der ohne Zweifel das Hauptgewicht auf seine Entscheidung ausübte, allen thatsächlichen Umständen des Falls völlig entsprach und nicht nur gerechtfertigt war, sondern ihm die Pflicht auferlegte, einen Entschluß zu fassen, mit dem, wie er nicht läugnet, sich die Besorgniß vor Gefahren und Schwierigkeiten verknüpfte.

Der König weiß, daß Manche der Meinung sind oder gewesen sind, er habe übereilt gehandelt, und wenn er Lord Melbourne's Vorschläge angenommen hätte, so würde das Ministerium bald nach der Eröffnung der Parlamentssession in Stücke gefallen sein und sich aufgelöst haben. Aber der König hätte nicht die Ernennung Lord John Russell's zum Schatzkanzler genehmigen können, ohne die Aufrichtigkeit seiner Erklärung in Frage zu stellen, daß er den extremen Maaßregeln Widerstand leisten werde, zu denen jener sich verpflichtet

hatte, und ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, daß er ihn und seine Collegen sowie das Land irregeführt, indem er anscheinend auf jenen Streitpunkt nachgegeben, während er im offenbaren Hinblick auf die eventuelle Auflösung des Ministeriums, die Lord Melbourne abzuwenden suchte, in dem Entschlusse des Widerstandes beharrte.

Der König hätte möglicherweise Lord Melbourne und dessen Collegen in eine noch schwierigere Lage versetzen können, indem er die Ernennung Lord John Russell's an eine von dessen Collegen einstimmig zu billigende Erklärung seiner An- und Absichten geknüpft hätte, oder er hätte seine Mißbilligung der Haltung von Lord Brougham zur Hauptbeschwerde machen, und dessen Entfernung aus dem Ministerium von Lord Melbourne verlangen können.

Aber der König hatte keinen Wunsch, Lord Melbourne Schwierigkeiten oder Verlegenheiten zu bereiten. Er zog es vor, dem Lord in derselben offenen und ehrlichen Weise zu begegnen, in welcher dieser sich stets geneigt gezeigt hatte, den König zu behandeln, und er ist überzeugt, daß er bei dieser Gelegenheit den seiner würdigen einfachen und geraden Weg eingeschlagen hat, welcher ihm den besten Anspruch auf das Vertrauen seiner Unterthanen im Allgemeinen und jetzt ins Besondere auf das Vertrauen derer*) giebt; die ihm neuerdings auf seinen Anruf ihre werthvolle Unterstützung und ihre Dienste in einer so schönen und freundlichen Weise gewährt haben. Er schmeichelt sich, daß er sich einen ferneren nicht unwesentlichen Anspruch auf ihr Vertrauen dadurch erworben hat, daß er während der ganzen Dauer der vorhergehenden Ministerien jeden Versuch direct oder indirect mit ihnen in Verbindung zu treten unterlassen hat, der den früheren Ministern den geringsten Anlaß zu Eifersucht oder Mißtrauen hätte geben können, obschon er doch zu Zeiten von ernsten Schwierigkeiten und Zweifeln bedrängt war. Seine jetzigen Minister wissen, daß er diese Zurückhaltung bis zum letzten Augenblicke be-

*) Nämlich der Tories.

obachtete, und daß, als er seine schließliche Entscheidung am 14. November traf, keine Mittheilung irgend einer Art erfolgt war, aus der er hätte entnehmen können, wie sie gesinnt waren, oder welche Mittel sie hätten ihn aus der schwierigen Lage zu befreien, in die er durch pflichtmäßiges Handeln nach seiner Ueberzeugung versetzt war.

Der König läugnet nicht, daß er dabei zuversichtlich hoffte, ja überzeugt war, er werde den Beistand seiner Gesinnungsgenossen finden, der ihm so nothwendig war, um seinen Standpunkt zu behaupten und die alten und geheiligten Institutionen des Landes aufrecht zu erhalten, und es werde ihm die Mitwirkung derjenigen nicht fehlen, welche bewiesen und erklärt haben, daß sie gleich Sr. Majestät die gebieterische Nothwendigkeit erkannt haben, sich gegen den Strom gefährlicher Neuerungen zu stemmen, und zu verhindern, daß nützliche und zweckmäßige Reformen in Werkzeuge der Zerstörung verwandelt würden.

Nach dem vorstehend Berichteten wurde jedoch der König in seinem Entschlusse mehr durch die Umstände, die unmittelbar seiner Erwägung vorlagen und durch die Furcht vor den Gefahren des Verzugs bestimmt, als durch irgend eine Berechnung über Art und Maaß des Beistandes, den er bei der Opposition finden werde.

Es geht daraus hervor, daß er sich weder durch die unvernünftige Erwartung eines zweifellosen Erfolgs, noch durch die Furcht vor endlichem Mißlingen beeinflussen ließ.

Se. Majestät ließ bei seiner Entscheidung die Möglichkeit eines schweren Kampfes nicht außer Acht, und wagte sich nicht vor, ohne zum Beharren auf einem Wege fest entschlossen zu sein, den er nach den von ihm für richtig gehaltenen Principien eingeschlagen, und der ihm von einem tiefen Gefühle heiliger sittlicher Verpflichtungen eingegeben war.

Der König vertraut, daß er mit Gottes Hülfe im Stande sein

wird dieſen Weg bis zum glücklichen Ziel zu verfolgen, ohne die Exiſtenz der Monarchie oder den Frieden des Landes zu gefährden.

Der König fühlt, daß er dieſe Mittheilung nicht beenden darf, ohne die Hauptzüge der auswärtigen Politik ſeines letzten Miniſteriums kurz zu berühren, welche im Allgemeinen ſeine Billigung hatte, da deren Hauptprincip die Erhaltung des europäiſchen Friedens war, der für die Wohlfahrt eines jeden Staats und beſonders Englands ſo weſentlich iſt.

Dem Eintritt von Lord Grey und ſeinen Collegen ins Amt waren Revolutionen in Frankreich und Belgien unmittelbar vorhergegangen, deren verderblichem Einfluß zum großen Theil die Aufregung und der geſteigerte Geiſt der Unruhe in England zuzuſchreiben iſt.

Der Wechſel der Regierung in Frankreich u. ſ. w. (hier folgt die bereits oben in dem elften Capitel gegebene, die belgiſche Angelegenheit betreffende Stelle). Die Denkſchrift fährt dann fort:

Obſchon der König in gutem Vernehmen mit Frankreich zu bleiben wünſchte, und ſich deswegen nie gegen irgend eine verſöhnliche Maaßregel erklärte, und obſchon er glaubte, daß die äußerliche politiſche Uebereinſtimmnng zwiſchen England und Frankreich zur Erhaltung des allgemeinen Friedens diente, ſo traute er doch Frankreich nie, und baute nicht auf die Verſicherungen und Erklärungen von Louis Philipp und ſeiner Regierung. Die unſichere Lage, in der ſie ſich öfters befand, die Furcht vor neuen Revolutionen und vor einem Krieg, der den Geiſt der Unruhe heraufbeſchwören könnte, deſſen Wirkungen auf ſie ſelbſt zurückfallen könnten, alles dies trug dazu bei, in der franzöſiſchen Regierung die Neigung zu einer Verbindung mit England hervorzurufen, welche die Franzoſen ſofort fallen laſſen würden, wenn ſie zu der Ueberzeugung kämen, daß ſie ihren Zwecken nicht mehr dienlich ſei.

Bei einer Ueberſchau unſerer Politik gegenüber Frankreich kann der König einen Punkt nicht unerwähnt laſſen, nämlich ſeine ernſten

und unabläſſigen Bemühungen, der von der franzöſiſchen Regierung gezeigten Neigung zur Duldung, wenn nicht gar Begünſtigung, eines Syſtems der Propaganda entgegenzuwirken, das auf Beunruhigung und Aufregung der Nachbarſtaaten gerichtet war. Se. Majeſtät muß geſtehen, daß dieſem Punkte nicht genügende Aufmerkſamkeit zu Theil geworden, und daß die franzöſiſche Regierung nicht geneigt ſchien, ein ſo ſchädliches Syſtem aufzugeben.

Der Lauf der Ereigniſſe hat jedoch das Reſultat hervorgebracht, auf welches die Vorſtellungen Sr. Majeſtät gerichtet waren, indem Louis Philipp entdeckte, daß ſeine eigene Sicherheit weſentlich dabei betheiligt ſei, dem Fortſchritte des Unheils Einhalt zu thun.

Se. Majeſtät hat zu allen Zeiten den Wunſch gehegt, die freundlichſten Beziehungen zu Oeſtreich und Preußen zu unterhalten, und muß im Ganzen genommen anerkennen, daß das letzte Miniſterium geneigt war, in dieſer Beziehung den Wünſchen Sr. Majeſtät gemäß zu verfahren. Allerdings wurde in einigen Fällen eine zu große Neigung an den Tag gelegt, ſich in die innern Angelegenheiten anderer Staaten zu miſchen, und dieſe Neigung mag vielleicht auf eine Vorliebe für liberale Inſtitutionen und conſtitutionelle Neuerungen zurückgeführt werden, die man aus Rückſicht auf Meinung und Unterſtützung des Volks kund zu geben rathſam fand.

Dieſe Bemerkung iſt beſonders auf die Einmiſchung in die innern Angelegenheiten des deutſchen Bundes anwendbar, gegen die ſich der König mehr als einmal erklärte. Er ſtimmte jedoch mit ſeiner Regierung in der Anſicht überein, daß England als Mitunterzeichneter des Wiener Vertrags von 1815 und Garant ſeiner Beſtimmungen über die Errichtung und Verfaſſung des deutſchen Bundes im Allgemeinen ein Recht hatte, an der Erörterung gewiſſer allgemeiner Fragen Theil zu nehmen, von der Oeſtreich und Preußen es auszuſchließen ſuchten. In Bezug auf die Angelegenheiten Italiens und der Schweiz iſt das letzte Miniſterium nach dem Urtheil Sr. Majeſtät mit großer Vorſicht und Klugheit verfahren, und der König verkennt nicht,

daß es Zeitpunkte gab, wo eine Abweichung von jener Linie gefährliche Zündstoffe zur Explosion gebracht haben würde.

Hinsichtlich des Kampfes in Portugal, dessen Ausgang so lange zweifelhaft blieb, war der König mit seinem Ministerium entschieden einverstanden, daß es politisch und zweckmäßig sei, die Sache der gegenwärtigen Königin zu unterstützen, allerdings nicht aus irgend einer Vorliebe für deren verstorbenen Vater Don Pedro, oder in dem Wunsche, die Einführung einer constitutionellen Regierungsform zu befördern, die, wie ihm bekannt war, die große Masse der portugiesischen Nation verwarf, sondern weil er die Fortdauer der Herrschaft Don Miguels für das größere und dem Interesse Englands schädlichere Uebel hielt. Der Ausgang dieses Kampfes und die nun eröffneten Aussichten geben Se. Majestät die Hoffnung, daß Friede und Gedeihen für jenes seit lange zerrüttete und verarmte Land wiederkehren und daß die Herstellung eines vorherrschenden englischen Einflusses in Zukunft zu dessen Nutzen und Sicherheit gereichen werde.

Der König hat die Politik seines letzten Ministeriums in Bezug auf Spanien und vor allem die eigene Enthaltung von jeder Intervention und die Einwirkung auf Frankreich in dem gleichen Sinne ohne Ausnahme gebilligt. Aber nach der Ansicht Sr. Majestät hat man seinem schon früh gegebenen Rathe nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt, daß man der spanischen Regierung dringend empfehlen müsse, die Provinzen, welche der Sitz des Bürgerkriegs sind, durch das Anerbieten der Bestätigung ihrer alten Rechte und Privilegien zu versöhnen, da sie, wie Se. Majestät glaubt, vielmehr durch die Anhänglichkeit an diese, als durch Zuneigung zu der Sache oder Person des Don Carlos bestimmt werden.

Es bleibt dem König nur noch übrig, die gegen Rußland befolgte Politik zu besprechen, und es giebt keinen Theil unserer auswärtigen Politik, den er mit größerer Sorgfalt überwacht, keinen, der in seinen Resultaten ihn weniger befriedigte, besonders in Beziehung auf die Angelegenheiten des Orients.

Die Pforte war durch die bedauerliche Verbindung von England, Frankreich und Rußland gegen sie, und das „ärgerliche Ereigniß" von Navarino in ihrer Seemacht, und später in noch weiterem Umfange durch den russischen Krieg, der mit dem Frieden von Adrianopel endete, auf's äußerste geschwächt. Die territorialen und finanziellen Verluste waren in Folge dessen so groß gewesen, daß der Sultan kaum in der Verfassung war, sich gegen seine rebellischen Unterthanen in verschiedenen Provinzen, und namentlich gegen den Pascha von Egypten, zu behaupten, der sich gerüstet hatte, von der bedrängten Lage seines Souveräns den möglichsten Vortheil zu ziehen.

Diese Umstände, sowie der zerrüttete Zustand Griechenlands und die Besetzung von Algier und anderen Punkten auf der Küste der Barbarei durch die Franzosen, hatten den König vermocht, seiner Regierung wiederholt die Wichtigkeit einer erheblichen Verstärkung der Seemacht im Mittelmeer und Archipelagus nachdrücklich vorzustellen, und er drang noch ernster darauf, als er das rasche Vordringen Mehemed Ali's und den dadurch in Constantinopel erregten Schrecken erfuhr. Dies geschah einige Zeit vor der ersten Sendung von Namic Pascha nach England, und man hat allen Grund anzunehmen, daß die Gegenwart von vier oder fünf Linienschiffen im Mittelmeer zu dieser Zeit und deren Erscheinen vor Alexandria den Plänen und Fortschritten Mehemed Ali's wirksam Einhalt gethan und den Sultan der Nothwendigkeit enthoben haben würde, sehr wider Willen den gefährlichen Schutz seines mächtigen und ehrgeizigen Nachbars anzurufen.

Der König glaubt, daß sein Ministerium die Wichtigkeit erkannte, für den Fall des Kampfes zwischen dem Sultan und Mehemed Ali rechtzeitig vorbereitet zu sein, und daß es geneigt war, nach dem Rathe Sr. Majestät zu verfahren. Es wurde jedoch durch die Besorgniß zurückgehalten, von dem Hause der Gemeinen für einen Zweck der auswärtigen Politik nicht die nöthigen Geldmittel zu erlangen, und es fürchtete sich, irgend eine Maaßregel vorzubringen,

wodurch es den guten Willen derjenigen verscherzen könnte, die beständig, mit Vernachlässigung aller andern Rücksichten, auf Ersparniß und Ausgabenermäßigung drangen.

Auf diese Weise wurde der günstige Augenblick zur Erhaltung oder Wiederherstellung unsers alten Einflusses bei der Pforte versäumt, und dieser Einfluß ging an eine andere Macht über, die, nachdem sie so erheblich dazu beigetragen, die Kraft der Pforte zu schwächen, auf jede Gelegenheit lauerte, sich deren Erschöpfung zu nutze zu machen.

Dem Vorschreiten Mehemed Ali's wurde Einhalt gethan, und obschon, wie dieser anerkannte, die Dazwischenkunft von England und Frankreich bei dieser Gelegenheit nicht ohne Einfluß war, so wurde die Ehre des Erfolgs in Constantinopel doch allein der thatsächlichen Gegenwart einer russischen Flotte und Armee zuerkannt.

Rußland versäumte nicht, sich den so erlangten Einfluß zu nutze zu machen, und eine der ersten Früchte seiner Schutzherrlichkeit war die Abschließung des Vertrags vom 8. Juli 1833*), den es der Türkei offenbar in der Absicht abpreßte, um seiner Schifffahrt Vortheile zu sichern, von denen die andern Mächte ausgeschlossen sein sollten.

England und Frankreich protestirten gegen diesen Vertrag, sie erklärten, sie würden ihm als „non avenu" betrachten. Das Cabinet von St. Petersburg erwiderte, es werde den Protest als „non avenu" betrachten, und behauptete später, daß die Frage damals zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden sei.

Frankreich, das bei derselben weniger interessirt ist, scheint sie fallen gelassen zu haben, während England durch seinen Gesandten in Constantinopel Erklärungen forderte, denen man dort unter dem Einflusse Rußlands auswich.

*) Vertrag von Unkiar Skelessi, in dessen geheimem Artikel die Pforte verspricht, so oft Rußland es verlangt, die Dardanellen den Kriegsschiffen jeder andern Nation zu verschließen.

Inzwischen ist ein brittisches Geschwader zusammengezogen worden, und hat längere Zeit in der Nähe der Dardanellen stationirt. Dies hat aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland zu einem versöhnlicheren Ton und zu größerer Vorsicht in seinem Verfahren bestimmt, nicht aber zum Aufgeben seiner Pläne, soweit dieselben durch ungefährliche Mittel ausgeführt werden können, während es sich bewußt ist, daß es bei offenen Angriffen auf die Türkei directem Widerstande begegnen würde.

Der König hat sich über diese Vorgänge länger verbreitet, da ihm daran liegt, seinem gegenwärtigen Ministerium seine Ueberzeugung auszusprechen, die er dem früheren so oft dargelegt, daß Rußland, ohnerachtet aller seiner Versicherungen der Mäßigung und Uneigennützigkeit gegenüber der Pforte, seine ehrgeizigen Pläne in jener Richtung nie aufgegeben hat noch aufgeben wird, und daß, trotz des Schleiers, den es über sein Vorgehen zu breiten sucht, der Widerspruch, in dem es zu seinen Erklärungen steht, leicht zu erkennen ist. Ein Beweis davon ist in seiner neuerlichen Opposition gegen das Project einer Dampfschiffverbindung mit Indien durch den Euphrat zu finden, welche, wenn sie ohne die von dem gegenwärtigen Zustande der asiatischen Türkei zu besorgenden Unterbrechung auszuführen wäre, ohne Zweifel zum wesentlichen Vortheile aller Betheiligten gereichen würde.

Rußland hat wohl neuerlich sich mit England und Frankreich, zur Verhütung abermaliger Feindseligkeiten zwischen dem Sultan und Mehemed Ali, verbunden. Man könnte darin den Wunsch finden, die Wohlfahrt der Pforte zu fördern, und sich selbst von der Nothwendigkeit nochmaliger Hülfsleistung zu befreien, wenn nicht Grund zu der Vermuthung vorläge, daß Rußland befürchtete, ein brittisches Geschwader möchte denselben Druck auf Mehemed Ali ausüben, als die Sorge vor dem Anmarsch einer russischen Armee, und England könne sich das ausschließliche Verdienst, den Sultan beschützt zu haben, aneignen.

Der König ist überzeugt, daß die Unterhaltung einer angemessenen brittischen Seemacht im Mittelmeer, mehr als irgend eine Furcht vor russischer Einmischung dazu beitragen wird, Mehemed Ali in Schranken zu halten, und obgleich er davon durchdrungen ist, daß die Pforte ihre Macht nicht wiedererlangen kann, so lange sich ein so großer Theil ihres Gebiets und ihrer Hülfsquellen in der Gewalt dieses ehrgeizigen Vasallen befindet, so fürchtet Se. Majestät zugleich, daß das Resultat eines Kampfes zwischen ihnen nur das sein würde, ihre beiderseitigen Kräfte zum schließlichen Vortheil Rußlands zu erschöpfen. Ließe man diesem freie Hand, so würde es andererseits die Erneuerung des Kampfes begünstigen, in der Hoffnung, dadurch einen neuen Vorwand und Anlaß zur Einmischung und zu einer dauernderen Besetzung Constantinopels zu gewinnen.

Sind diese Bemerkungen begründet, so rechtfertigen sie die Wichtigkeit, welche Se. Majestät auf die Belassung des Geschwaders im Mittelmeer legt, weil diese die beste Sicherung gegen fernere Uebergriffe Mehemed Ali's und gegen die eventuellen Pläne Rußlands gewährt.

Es ist allerdings möglich, daß sich Umstände ergeben, welche die Verwendung einer brittischen Seemacht zu der Befreiung der Pforte aus den Schwierigkeiten begünstigen, worin sie sich zufolge der Usurpation Mehemed Ali's befindet, und Se. Majestät ist überzeugt, daß dies der schwerste Schlag sein wird, den die russische Politik erfahren kann.

Gez. William R.

Pavillion Brighton, 14. Januar 1835.

Fünfzehntes Capitel.

I.

Das Lager von Kaliſch, September 1835.

Die Allianz der ſogenannten nordiſchen Mächte hatte ſich zwar ſeit 1830, beſonders dem Umſturze in Frankreich und der belgiſchen Sache gegenüber, als wenig thatenluſtig gezeigt. Sie beſtand aber durch die Gemeinſamkeit der theils wirklichen, theils eingebildeten Intereſſen, der Antecedentien, der Traditionen, ſowie durch die perſönlichen Bande fort, welche die Herrſcher verknüpften. Wie Rußland von Anfang an in dieſer Verbindung die Hauptrolle geſpielt hatte, ſo mußte auch die Fortdauer jener oder deren Schein dem Preſtige Rußlands günſtig ſein. In dieſem Sinne und aus perſönlicher Luſt an effectvollen Demonſtrationen war es der rührige Kaiſer Nicolous, der Anfangs der dreißiger Jahre wiederholte Zuſammenkünfte der Monarchen und ihrer Miniſter anregte. Zwar die Conferenzen von München-Grätz im Herbſt 1833 hatten, wie bei d'Hauſſonville (Hist. de la politique extérieure I, pag. 40) zu leſen, in ihrem Reſultat dem gegen Frankreich genommenen Anlauf nicht entſprochen. Aber im Jahre 1835 ſchien es dem Kaiſer von

Rußland an der Zeit, ein neues Schauspiel von gleicher Tendenz „brillant montirt" der Welt zum Besten zu geben. Es waren dies das große Lager und die Manöver von Kalisch, wo sich die Herrscher Rußlands und Preußens, russische und preußische Truppen vereinten. Der König von Preußen, ein Herr nüchternen Sinnes, soll an Kalisch keine große Freude gehabt haben. Indeß war in jener Periode die Preußische Deferenz gegen Rußland grenzenlos. So reiste denn Friedrich Wilhelm mit seinen Prinzen von Schlesien (wo der Kaiser von Rußland an den Preußischen Manövern theilgenommen hatte), am 11. September nach Kalisch, und wohnte bis zum 22. den dortigen Aufführungen bei. Die Zeitungen jener Tage berichteten von der Pracht und dem Farbenspiel der russischen Uniformen, dem Luxus an Pferden und Wagen, mit dem die russischen Offiziere auftraten. „Fast der ganze russische Adel, lesen wir in einem Bericht, hatte sich in Bewegung gesetzt, um mit Würde in diesen militärischen Festlichkeiten zu figuriren. Die Stadt Kalisch hatte nie einen ähnlichen Pomp gesehen. Das Geld wurde mit vollen Händen ausgestreut. Man konnte nichts schöneres sehen als das Lager. Nicht nur war das gewählte Terrain außerordentlich günstig, sondern man hatte darauf alles mit seltener Geschicklichkeit in Scene gesetzt. Der Anblick von dem für Se. Majestät den Kaiser von Rußland erbauten Belvedere war unvergleichlich, der ganze Horizont ein Meer von weißen Zelten. Aus dessen Mitte erklang in der Stille des Abends eine von 600 Musikern ausgeführte Symphonie, die die Seele des Hörers mit tief religiösen Gefühlen erfüllte. Racketen stiegen zum dunkeln aber wolkenlosen Himmel empor, und die Sterne, die sie ausstreuten, sanken langsam zu den Sternen herab. Ein Kanonenschlag gab endlich 60,000 Mann das Zeichen zum Gebet. Oft hörte man nach Beendigung des Gottesdienstes um das Belvedere russische Nationallieder, begleitet von verschiedenen Instrumenten."

Oestreich hatte an dem Kalischer Militairdrama keinen Theil genommen. Indeß sollte doch Europa ein Bild des innigen Einver-

ſtändniſſes der drei Monarchen vorgeführt werden. Deshalb fanden ſich nach Kaliſch Ende September Kaiſer Nicolaus und König Friedrich Wilhelm mit dem guten Kaiſer Ferdinand in Teplitz zuſammen, wo denn neben Manövern auch politiſche Beſprechungen ſtattfanden. Von Teplitz aus folgte der Kaiſer aller Reußen dem öſterreichiſchen Herrſcher nach Prag. Aber am 8. October verließ jener Fürſt (er gehörte ein wenig zu denen, die da meinen etwas gethan zu haben, wenn ſie ſich viel Bewegung gemacht), Prag im tiefſten Incognito und reiſte als Courier nach Wien, blos um die Kaiſerin Mutter zu überraſchen und ihr ritterlich ſeine Huldigungen darzubringen. Die Bevölkerung, berichtete die Preußiſche Staatszeitung, war von dieſer Courtoiſie allgemein gerührt und die Scene der Begegnung beider hohen Häupter eine unbeſchreibliche.

Ueber dieſe Kaliſch-Teplitzer Epiſode theilen wir einen Brief Stockmar's mit. Seine Nachrichten ſtammten von einem der Fürſten, die in Teplitz geweſen waren.

„Das Lager bei Kaliſch ſcheint mir eines jener ruſſiſchen Feſte geweſen zu ſein, wie ſie zu Zeiten Katharina's II. in Scene geſetzt wurden. Wir leben in einer Zeit, wo dergleichen keinen Effect mehr macht. Preußen hat theilgenommen, nicht weil es ihm Vergnügen machte, ſondern weil es dem überhöflichen Bundesgenoſſen und Schwiegerſohn aus Politik und Herzensſchwäche nicht abſchlagen konnte."

„Der alte Wittgenſtein ſagte in ſeiner Zerſtreuung: „„Mein Gott, wie iſt das alles gênant! Es thut mir nur Leid um den alten Herrn, daß wir uns ſo blamiren; denn wir machen mit allen unſeren Spielereien den Leuten nicht bange."" Die ruſſiſche Armee, ungefähr 56,000 Mann ſtark, war ſchön montirt, mittelmäßig exercirt, zum Verhungern verpflegt. Zwei Obriſten, deren Regimenter am meiſten gehungert hatten, wanderten nach Sibirien. Zwei Generale wurden wegen unbedeutender Fehler bei den Evolutionen auf der

Stelle caſſirt. Den Adjutanten des Einen, Noſtitz*), traf der Schlag, als er die Behandlung ſeines Generals erfuhr. Der Kaiſer beſuchte ihn auf dem Krankenbett, und ſchenkte ihm 10,000 Ducaten. Ein wunderlicher Herr, dieſer Kaiſer! Er degradirt Hofdamen, die er in einem Zimmer findet, wo ſie ihrem Rang nach nicht hingehören, und küßt dem Schwiegerpapa zwanzig mal des Tags die Hand. Es iſt eine Barbarenwirthſchaft, die dem weſtlichen Europa nicht gefällt und auch nicht imponirt. Auch ſind alle wirklich aufgeklärte Preußen nichts weniger als ruſſiſch."

„Ich kann nicht glauben, daß in Kaliſch und Teplitz viel oder neues in der Politik verhandelt worden. Wahrſcheinlich hat man ſich auf's Neue Hand und Mund darauf gegeben, im Nothfalle tüchtig zuſammenzuhalten, und wenn der Krieg durchaus unvermeidlich wäre, ſich tapfer zu ſchlagen. Uebrigens war die politiſche Parole: freundliche Geſinnung gegen die Völker. So lange es nur irgend angehe, hieß es, müſſe man mit Milde, Recht und Gerechtigkeit durchzukommen ſuchen, und nur in der äußerſten Noth zuſchlagen. Auch in Bezug auf fremde Völker trug man die gleiche Mäßigung zur Schau. Man müſſe ſich nicht gleich in die Händel Anderer miſchen, ja ſelbſt in die der Franzoſen dann nicht, wenn ſie, ohne das Ausland zu beeinträchtigen, eine Republik bei ſich errichten wollten."

„Der Zuſtand des Kaiſers von Oeſtreich wurde übrigens durch die Feſtlichkeiten in Teplitz ſehr an's Tageslicht gebracht. Metternich zupfte ihn am Rock, je nachdem er gehen, ſtehen, ſchütteln oder nicken ſollte."

*) Karl von Noſtitz, der frühere Adjutant des Prinzen Louis Ferdinand, ſpäter im ruſſiſchen Dienſt, bekannt durch die intereſſanten Denkwürdigkeiten aus ſeinem „Leben und Briefwechſel."

II.

Die Vermählung Donna Maria's von Portugal mit dem Prinzen Ferdinand von Coburg. 1835/36.

Die Königin Donna Maria von Portugal (geb. den 4. April 1819) hatte ſich am 26. Januar 1835 mit dem Herzog von Leuchtenberg, geb. 1810, (dem Bruder ihrer Stiefmutter, der zweiten Gemahlin Don Pedro's, geb. Prinzeſſin Amalie von Leuchtenberg) vermählt, der indeß ſchon am 28. März darauf ſtarb. Die inneren Zuſtände Portugals machten eine baldige Wiedervermählung der Königin wünſchenswerth. Schon am 9. April 1836 verband ſich Donna Maria mit dem katholiſchen Prinzen Ferdinand von Coburg, geb. 1816. Er war der Sohn des jüngeren Bruders des regierenden Herzogs Ernſt I., des Prinzen Ferdinand, aus ſeiner Ehe mit Antoinette, der reichen Erbtochter des Fürſten von Cohary, und führt ſeit 1837 den portugieſiſchen Königstitel.

Stockmar war, neben dem coburgiſchen Miniſter von Carlowiz, mit den Verhandlungen über dieſen Ehebund und dem Abſchluß des Heirathscontracts beauftragt, der am 6. December in Coburg unterzeichnet ward, wo ſchon im November der portugieſiſche Unterhändler und Bevollmächtigte Graf Lavradio, der langjährige Vertreter ſeines Landes am engliſchen Hofe, eingetroffen war.

Es war dies der erſte große oſtenſible Act der Coburger Familienpolitik, an dem Stockmar hervorragend betheiligt war, ſowohl die größern politiſchen Geſichtspunkte und Intereſſen wahrnehmend, als Alles das fürſorglich anregend und überwachend, was ihm für den günſtigen Erfolg des jungen Prinzen geboten ſchien. Dahin

gehörte deſſen Ausſtattung mit Geldmitteln für die Reiſe und für das erſte Auftreten in Portugal, die Auswahl ſeiner Begleiter, die Vermittelung eines Aufenthalts deſſelben am Brüſſeler und am Engliſchen Hofe, um denſelben durch die bildende Anſchauung größerer Höfe, durch Rath und Beiſpiel ſeines Oheims Leopold, ſtufenweiſe für den künftigen Beruf vorzubereiten. Stockmar ſchreibt am 23. December: „In die wirklich große Geſellſchaft, in die Politik und das eigentliche Leben eingeführt zu werden, dafür findet ſich zunächſt die beſte Gelegenheit in Brüſſel, weil der ſo nahe verwandte Hof dem jungen Prinzen das erſte Debut ſehr erleichtert. Wird zu gleicher Zeit die Königin von Frankreich mit einigen ihrer Kinder in Brüſſel anweſend ſein, deſto beſſer! Der Prinz kann ſich an dieſer ſo vortrefflich erzogenen Familie ein gutes Beiſpiel nehmen und es iſt politiſch wichtig, daß er ſie kennen lerne. Das Auftreten in London wird ihm ſchon ſchwerer werden. Der Eindruck aber, den er in England machen wird, läuft ihm nach Liſſabon voraus, und ſo hängt davon ſchon zum Theil der Erfolg ab, den er hier erlangen wird. Was England geben kann und wird, iſt: freundlicher Empfang am Hofe, Ueberfahrt nach Portugal auf einem britiſchen Kriegsſchiff, kräftige Inſtructionen an Howard de Walden (den Geſandten in Liſſabon) zu bons offices, Förderung und Beiſtand."

Bei den Verhandlungen über den Heirathsvertrag erwuchs manche Schwierigkeit von Seiten des älteren Prinzen Ferdinand, des Vaters des Prinzen, eines überaus bedächtigen, vorſichtigen Herrn. Der Behandlung politiſcher Geſchäfte ungewohnt, wollte er Alles ganz ſicher machen, ſo daß ſein Sohn bei dem precären Zuſtand der Dinge in Portugal gar nichts zu riskiren hätte. So verlangte er z. B. eine engliſche Garantie des Heirathsvertrags. Stockmar war genöthigt zu ſagen: das ſei unmöglich und wer nichts wage könne nichts gewinnen.

Als die Bevollmächtigten den Contract endlich unterzeichneten, waren ſie ſehr in Zweifel, ob er in Liſſabon werde ratificirt werden.

Sechszehntes Capitel.

Vorbereitungen auf die Thronbesteigung der Prinzeß Victoria — Plan der Vermählung mit Prinz Albert, 1836.

Das Jahr 1836 enthielt für Stockmar die Einleitungen und Vorbereitungen zu einem neuen Wirkungskreis am englischen Hof in doppelter Richtung. Es handelte sich zuvörderst darum, der jungen Prinzeß Victoria bei ihrer bevorstehenden Regierungsmündigkeit*),

*) Nach der Regel des englischen Rechts ist der Einundzwanzigjährige großjährig (of age). Mit dem Souverain hat es aber eine besondere Bewandtniß. Er ist nach commonlaw nie minderjährig, für ihn giebt es also auch, sofern es sich um die Befugniß zur Selbstregierung handelt, keinen Großjährigkeitstermin, und es besteht hinwiederum theoretisch keine Nothwendigkeit einer Regentschaft. Praktisch hat sich diese Nothwendigkeit freilich geltend gemacht, und es ist seit Georg II. regelmäßiger Brauch, für den einzelnen Fall durch besondere Parlamentsacte zu verordnen, daß eine Regentschaft eintreten soll, wenn beim Tode des Königs der Nachfolger das 18. Jahr noch nicht erreicht habe. In diesem Sinn kann man denn sagen, und sagt man gewöhnlich, daß für den Regierungsnachfolger das 18. Jahr der Großjährigkeitstermin ist. Man darf aber nicht vergessen, daß der Successor, wenn er auch das 18. Jahr erlangt hat, dennoch bei Lebzeiten des Königs erst mit dem 21. majorenn, of age, wird. Um dem Leser diesen Unterschied beständig gegenwärtig zu halten, wollen wir im Folgenden das 18. Jahr nie als Großjährigkeitstermin, sondern als Termin der Regierungsmündigkeit bezeichnen.

Ratification des Heirathsvertrags zu bringen. Er wird Loulé*) zu Gemüth führen, daß er besonders und persönlich verpflichtet ist, den Heirathscontract ratificiren zu lassen, weil, wenn er verworfen würde, während er, Loulé, im Ministerium ist, ganz Europa sagen würde, er habe die Heirath aus eigennützigen Absichten, und zu Gunsten der eventuellen, entfernten Successionsansprüche seiner eigenen Kinder, vereitelt. Aber die Sache ist schon zu weit gediehen, als daß ein Rückzug auf einer oder der andern Seite möglich wäre.

Hinsichts des französischen Heirathsprojects weiß ich nicht, was ich denken soll. Es ist ganz gewiß, daß die Loulés und Andere, die im Interesse und im Solde Louis Philippe's arbeiten, eine Intrigue unterhielten, die in einem bestimmten Momente erfolgreich war, um die Königin zu vermögen, sich zu Gunsten Nemours auszusprechen, während zu derselben Zeit Louis Philippe dem Lord Granville**) feierlich versicherte, daß er einen solchen Vorschlag, wenn er an ihn käme, nicht annehmen würde. Daß irgendwie Mystification, Intrigue und Pfiffe im Spiele waren, läßt sich nachweisen, und daß unsere rückhaltlose Erklärung in Lissabon dem Allen ein Ende machte, ist ebenso sicher. Wer die Cabale ersonnen, wie weit man sie zu treiben dachte, und was das Endziel war, können wir unmöglich wissen. Aber wenn die Gesinnungen und Absichten Louis Philippe's wirklich die waren, die er gegen Lord Granville aussprach, so sehe ich nicht ein, warum er die Schritte so übel nahm, die wir in Lissabon thaten, um einem Project Einhalt zu gebieten, durch dessen Fortgang die Königin von Portugal sich nur Enttäuschung bereiten und discreditiren konnte. Mein lieber Baron,

aufrichtig der Ihrige,
Palmerston.

---

*) Marquis von Loulé vermählt an die jüngste Schwester Don Pedro's, deren Kinder eventuell successionsberechtigt waren; damals portugiesischer Minister.

**) Englischer Botschafter in Paris.

Sechszehntes Capitel.

Vorbereitungen auf die Thronbesteigung der Prinzeß Victoria — Plan der Vermählung mit Prinz Albert, 1836.

Das Jahr 1836 enthielt für Stockmar die Einleitungen und Vorbereitungen zu einem neuen Wirkungskreis am englischen Hof in doppelter Richtung. Es handelte sich zuvörderst darum, der jungen Prinzeß Victoria bei ihrer bevorstehenden Regierungsmündigkeit *),

*) Nach der Regel des englischen Rechts ist der Einundzwanzigjährige großjährig (of age). Mit dem Souverain hat es aber eine besondere Bewandtniß. Er ist nach commonlaw nie minderjährig, für ihn giebt es also auch, sofern es sich um die Befugniß zur Selbstregierung handelt, keinen Großjährigkeitstermin, und es besteht hinwiederum theoretisch keine Nothwendigkeit einer Regentschaft. Praktisch hat sich diese Nothwendigkeit freilich geltend gemacht, und es ist seit Georg II. regelmäßiger Brauch, für den einzelnen Fall durch besondere Parlamentsacte zu verordnen, daß eine Regentschaft eintreten soll, wenn beim Tode des Königs der Nachfolger das 18. Jahr noch nicht erreicht habe. In diesem Sinn kann man denn sagen, und sagt man gewöhnlich, daß für den Regierungsnachfolger das 18. Jahr der Großjährigkeitstermin ist. Man darf aber nicht vergessen, daß der Successor, wenn er auch das 18. Jahr erlangt hat, dennoch bei Lebzeiten des Königs erst mit dem 21. majorenn, of age, wird. Um dem Leser diesen Unterschied beständig gegenwärtig zu halten, wollen wir im Folgenden das 18. Jahr nie als Großjährigkeitstermin, sondern als Termin der Regierungsmündigkeit bezeichnen.

wodurch sich ihre Stellung theilweise verändern mußte, sowie bei ihrer voraussichtlich auch nicht fernen Thronbesteigung, im Sinne ihres Oheims, des Königs Leopold, der ihr Wohl seit ihrer Kindheit nie aus den Augen ließ, an Ort und Stelle Rath und Beistand zu gewähren. Sodann schien dem König die Zeit gekommen, ernstliche Schritte zu thun, um die Ausführung des von ihm gefaßten Planes einer Vermählung der englischen Thronerbin mit seinem Neffen, Prinzen Albert von Coburg, anzubahnen.

Prinz Albert war der zweite Sohn des regierenden Herzogs Ernst von Coburg, ältesten Bruders des Königs Leopold. Geboren 26. August 1819, stand er also damals, 1836, im siebzehnten Jahr, gleich der nur einige Monate älteren Prinzeß Victoria. Ueber seine Jugendjahre zu reden, wäre nach dem liebenswürdigen, interessanten und an authentischem Material so reichen, unter den Augen und der Leitung der Königin von England zusammengestelltem Buch, den Early years of the Prince Consort, ein dankloses Bemühen. Die geistreiche und launige Großmutter, Herzogin Auguste von Coburg, hatte, wie aus jener Biographie erhellt (Early years pag. 17 und 83), schon sehr früh den Gedanken einer Verbindung zwischen ihrem Enkel Albert und der Enkelin Victoria, der kleinen „Maiblume", wie sie in ihren Briefen die im Mai zur Welt gekommene Prinzeß zu nennen liebte. Die Herzogin starb, als Beide erst 12 Jahre alt waren. Ohne Zweifel wird der König Leopold dieses Project auch schon längst im Auge gehabt haben. Die ersten schriftlichen Verhandlungen mit seinem Vertrauten Stockmar, die wir darüber finden, sind vom Anfang 1836 und ernstliche Besprechungen werden nicht viel früher stattgefunden haben. Denn man mußte sich sagen, daß ein Hervortreten mit dem Plane, so lange die Hauptbetheiligten noch Kinder seien, dem Gelingen nur schädlich sein konnte. Nun war es aber allerdings Zeit, der Sache näher zu treten. Denn von verschiedenen Seiten beschäftigte man sich bereits damit, die jetzt 17jährige Prinzeß zu verheirathen. Ganz in der Nähe der Prinzeß

machten sich Stimmen und Einflüsse für den Herzog Ernst von Würtemberg geltend, Bruder der Stiefmutter des Prinzen Albert, Herzogin Marie, der Tochter des in russischen Diensten befindlich gewesenen Herzogs Alexander von Würtemberg. Der König von England hatte einen Bruder des jetzigen Königs der Niederlande, den 1848 verstorbenen Prinzen Alexander, im Sinn. Anderseits wurde in der Königlichen Familie der Gedanke an George von Cambridge, den Vatersbrudersohn der Prinzessin begünstigt. Später tauchten noch verschiedene Heirathsprojecte auf. Die Königin selbst in der pag. 215 der Early Years mitgetheilten Aufzeichnung spricht von sechs dergleichen, die überhaupt bestanden hätten. Einen Versuch der Bewerbung machte im Mai 1837 Prinz Adalbert von Preußen. Wir geben im Anhang zu diesem Abschnitt eine hierauf bezügliche Correspondenz.

Die folgenden Auszüge aus Stockmar's Briefwechsel werden zeigen, mit wie viel Ueberlegung und Methode von des Königs und seiner Seite verfahren wurde.

„Der König der Belgier, erzählt die Königin Victoria in einem Memorandum pag. 214 der Early Years, hat der Königin neuerlich einige seiner Briefe an Baron Stockmar vom Frühjahr 1836 zu lesen gegeben und es geht daraus hervor, daß er frühe die höchste Meinung von seinem jungen, schönen, sehr liebenswürdigen und hoch begabten Neffen, Prinzen Albert, gefaßt hatte und daß er zu dem günstigen Schluß gelangt war, daß kein Prinz so geeignet sei, seine Nichte glücklich zu machen und die schwierige Stellung eines Gemahls der Königin von England würdig auszufüllen."

Stockmar, der den Prinzen weniger kannte, war in seinem Urtheil minder entschieden. Sogar dem eigenen Vater, dem Herzog von Coburg, erschien es damals noch zweifelhaft, ob nicht der ältere Bruder, Ernst, der jetzt regierende Herzog, ein Fürst von durchaus verschiedener Anlage, geeigneter wäre, oder besser gefallen würde.

„Albert ist ein schöner Jüngling", schreibt Stockmar in einem

Briefe, „der, für sein Alter schon ziemlich entwickelt, angenehme, bedeutende Züge hat, und bei ungestörtem Gedeihen in wenig Jahren ein schöner kräftiger Mann, von freundlich einfacher, und doch anständig würdiger Haltung sein kann.

Aeußerlich hat er also Alles, was den Frauen gefällt und zu allen Zeiten und in allen Ländern gefallen muß. Ein glücklicher Umstand möchte auch sein, daß sein Aeußeres schon jetzt einen gewissen englischen Anstrich hat." —

„So fragt sich denn nun, wie es mit dem Geist stehe. Auch hierüber sagt man viel zu seinem Lobe. Doch sind alle diese Urtheile mehr oder minder parteiisch und bis ich ihn nicht länger beobachtet habe, kann ich ein eigenes Urtheil über die Fähigkeit und den werdenden Charakter nicht fällen. Er soll vorsichtig, überlegt und schon jetzt klug sein. Alles das reicht jedoch noch nicht hin. Er sollte nicht nur große Befähigung, sondern auch wahren Ehrgeiz und viel Willenskraft haben. Ein ganzes Leben durch eine so schwere politische Laufbahn zu verfolgen, dazu gehört mehr als Kraft und Lust, dazu gehört auch jener ernste Sinn, der von selbst das bloße Vergnügen dem wahren Nutzen opfert. Befriedigt ihn nicht dereinst schon das Bewußtsein, eine der einflußreichsten Stellungen in Europa gewonnen zu haben, wie oft wird er sich dann versucht fühlen, seine Unternehmung zu bereuen! Nimmt er sie nicht von Anfang an wie ein ernstes schweres Geschäft, von dessen tüchtiger Ausführung Ehre und Glück für ihn abhängt, nicht leicht wird er reussiren!!"

„Wer wüßte wohl mehr von dem Geheimniß einer solchen Laufbahn, wer hat wohl so viel darüber nachgedacht und erfahren, wie ich!"

„Ich will ihn näher beobachten und näher kennen zu lernen suchen. Finde ich, daß in jeder Hinsicht Fond genug in ihm sei, so verlangt die Gewissenhaftigkeit, daß man zuerst ihm das Schwierige des Unternehmens von allen Seiten darstelle. Schreckt ihn dies nicht ab, so treten dann meiner Meinung nach zwei Nothwendigkeiten

Die erste ist die einer planmäßigen, consequent durchgeführten

Erziehung für seine künftige Laufbahn mit steter Rücksicht auf das so eigenthümliche Land und Volk, und die zweite ist die, sich die Neigung der Prinzessin noch vor der Bewerbung zu gewinnen und die Bewerbung selbst nur erst auf diese Neigung zu gründen."

Die nähere Bekanntschaft gab denn Stockmar allerdings die Hoffnung, daß der Prinz sich durch Geist und Charakter für jenen hohen Beruf befähigen werde, und er erörterte nun wiederholt in seinen Briefen, wie und wo Albert zu demselben erzogen werden solle.

„Jetzt ist noch die Zeit," schreibt er, „wo gesunde Maximen beigebracht, für immer haften. Jetzt ist noch die Zeit, wo das Lernen möglich ist und wo durch redlichen, tüchtigen Unterricht unendlich viel Gutes gestiftet und ebenso viel Böses verhütet werden kann. Der Prinz soll die Erziehung erhalten, die der Gemahl einer englischen Königin braucht. Wo kann er sie finden? Wo soll er erzogen werden? Auf die Möglichkeit der Antwort, daß die Erziehung in Coburg selbst könne vollendet werden, bin ich nicht gefaßt. Gäbe es hier auch Einen und den Andern, der den Prinzen bilden könnte, so sind doch die dortigen kleinlichen Verhältnisse jedem Umgang des jungen Herrn mit Männern entgegen, die vermöge ihrer Unabhängigkeit eine offene Sprache führen."

„Sollte also der Prinz etwa in Berlin, in Wien, oder auf deutschen Universitäten gebildet werden?"

„Wir wollen kürzlich erwägen, was in Berlin für unsern jungen Herrn ungefähr zu holen sein möchte. Die Hauptsache, eine richtige Ansicht des gegenwärtigen Zustandes von Europa, wird dort schwerlich gewonnen. Preußen, mehr durch Gunst der Verhältnisse, als durch innere Kraft unter die europäischen Mächte versetzt, gleicht in seiner Politik noch zu sehr einem Parvenu, der sich und die Anderen stets über- oder unterschätzt. Die Stellung, die es gegen Deutschland genommen hat, ist weder politisch noch ehrlich. Dies alles kann keine gute politische Schule abgeben und ich glaube gewiß, daß der Prinz dort über Politik Alles, nur nicht das Wahre

hören würde. In gesellschaftlicher Hinsicht ist der Berliner Ton, für Prinzen wenigstens, auch nicht zu empfehlen, da er immer manierirt bleibt. Die Gegenstände also, an denen Albert sich dort erholen könnte, beschränken sich auf Administration und Militärwesen. Hierin möchte er in Berlin allerdings viel lernen können, womit nicht ausgeschlossen, daß er das Nöthige auch an anderen Orten lernen könne. Uebrigens ist in Berlin eine gewisse Liederlichkeit epidemisch wie der Catarrh, und ich möchte glauben, daß Zöglinge an jedem andern Ort, leichter gegen jenes Uebel zu bewahren sein möchten, als dort. — Wien eignet sich meiner Meinung nach zur Schule für einen deutschen Prinzen gar nicht. — So blieben uns denn noch die deutschen Universitäten. Allein die Bildung, die sie zu geben vermögen, ist zu einseitig theoretisch, um für den praktischen Beruf eines Fürsten zu genügen."

Stockmar's Vorschlag war, daß der Prinz mit seinem ältern Bruder ein halbes oder ganzes Jahr in Brüssel zubringe. Sie sollten hier unter der Oberaufsicht des Königs ihren Studien obliegen, übrigens, um Letzterem nicht zur Last zu fallen, ein eigenes Haus beziehen und eigenen Haushalt führen. Die Anschauung der innern Zustände Belgiens, der günstige Standpunkt, welchen das neutrale Brüssel für die Beobachtung der europäischen Politik bietet, von deren Heerstraße es doch nicht zu weit seitab liegt, der unschätzbare Umgang des erfahrenen, einsichtigen, geistreichen, stets zur Belehrung geneigten Oheims, der sich beständig inmitten der großen politischen Strömung befand — dies Alles schienen Vortheile, die kein anderer Ort in sich vereinigte.

„Ueber die Gründe," schreibt Stockmar, „die gegen Brüssel angeführt werden könnten, denke ich wie folgt. Die nordische Politik fährt fort, die Existenz des belgischen Königreichs als Product des Sieges des demokratischen Princips zu betrachten. Sie wird daher ohne Zweifel den Aufenthalt der jungen Herren in dessen Hauptstadt als einen Beweis der Absicht nehmen, sie ultraliberal zu er-

ziehen. Die Möglichkeit, daß hieraus in der Zukunft eine Animosität gegen die Persönlichkeit der jungen Fürsten entstände, könnte als ein Bedenken gegen deren Erziehung in Brüssel geltend gemacht werden. Vor jener Animosität, sofern sie unbegründet, aus bloßem Haß und Vorurtheil gegen den Westen entstände, würde ich mich aber durchaus nicht fürchten."

„Der erfahrene Staatsmann wird, wenn er die Wahl hat, jungen Fürsten in der Politik Unterricht auf einem constitutionellen oder auf einem absolut-monarchischen Boden zu geben, den ersteren vorziehen. Das constitutionelle Leben hat den großen Vorzug, daß das Getriebe und der Gang des Ganzen hier offen zu Tage liegt. Die Schlacke des Demokratismus wird jeden Augenblick so oben aufgeworfen, daß Jeder sie sehen, angreifen, sich damit besudeln kann. Ebenso fühlbar, so handgreiflich wird jeden Augenblick das Gute an's Licht gefördert. Wer Augen hat, eines Eindrucks fähig ist, wird ohne Anstrengung sehen, ohne Mühe im Gedächtniß behalten."

„Der Organismus der reinen Monarchie ist weit weniger unterrichtend. Er gleicht einer zwar einfachen, aber verdeckten Maschine, deren Gang nur wenig in die Sinne fällt und deren Fehler sich erst dann der Aufmerksamkeit aufdrängen, wenn sie stockt oder stillsteht. — Selbst wenn die Aufgabe nicht wäre, den Prinzen speciell für den englischen Beruf vorzubereiten, so würde ich demnach seine Ausbildung auf constitutionellem Terrain, als dem belehrenderen, vorziehen. Zudem halte ich das constitutionelle Regierungshandwerk gegenüber dem rein monarchischen für das schwerere. Und wenn sich also die englischen Aussichten auch nicht verwirklichen, wenn die Umstände auch später dem Prinzen gestatten sollten, das leichtere Handwerk auszuüben, so könnte es ihm doch nur nützen, nicht schaden, das schwerere gelernt zu haben."

Am 16. April schreibt Stockmar: „die rechte Zeit für die erste Präsentation in England ist da. Wird nun der erste günstige Eindruck hervorgebracht, so ist der Grundstein für das künftige Ge-

bäude gelegt." Er räth deshalb, einer von der Herzogin von Kent an ihren Bruder, den Herzog von Coburg, und deſſen zwei Söhne ergangenen Einladung zu folgen. „Aber, fährt er fort, es muß zur conditio sine qua non gemacht werden, daß die Abſicht des Beſuchs ſowohl der Prinzeſſin als den Prinzen ein Geheimniß bleibe, um ihnen allen die Unbefangenheit zu laſſen."

So reiſt denn der Herzog mit den beiden Söhnen im Mai nach England. Victoria und Albert ſahen ſich zum erſten Male. Der „Eindruck" wurde hervorgebracht, obſchon man von keiner Seite etwas ausſprach. Nach vierwöchentlichem Aufenthalt bei der Tante Kent nahmen die Prinzen ihren Weg über Paris nach Brüſſel, wo ſie ſich nun für zehn Monate nach dem oben erwähnten Plan niederließen. Ueber ihr Leben daſelbſt können wir nur auf den Bericht in den Early Years pag. 134 u. f. verweiſen.

Im December 1836 ſchreibt Prinz Albert an ſeinen früheren Lehrer, Conſiſtorialrath Seebode (ebendaſelbſt S. 403): „Unſer Aufenthalt in Brüſſel wird bis Oſtern währen. Wohin wir dann ziehen werden, um neue Weisheit zu ſuchen, wiſſen wir noch nicht .... wahrſcheinlich auf eine deutſche Univerſität, auf welche? iſt noch unbeſtimmt."

In der That bezogen die beiden fürſtlichen Brüder vom April 1837 bis Ende 1838 die Univerſität Bonn.

In dieſer Zeit hatte Stockmar ſeine Sorgfalt nicht mehr dem Prinzen Albert, ſondern deſſen künftiger Gemahlin zuzuwenden.

Die Prinzeſſin Victoria ſah der Vollendung ihres 18. Lebensjahres und damit ihrer Regierungsmündigkeit am 24. Mai 1837 entgegen. Es mußte ihr damit eine größere Selbſtändigkeit, ein freierer Spielraum und Wirkungskreis als bisher zuwachſen, und je näher ſie nun, bei dem Alter und Geſundheitszuſtand des Königs, der Selbſtregierung gerückt ſchien, deſto mehr ließ ſich befürchten, daß jetzt die Intriganten und Ehrgeizigen alles aufbieten würden, die ziemlich iſolirt daſtehende junge Prinzeß zu beſtricken, um die künftig

Königin zu beherrschen. Trat überdies gar der Thronwechsel ein, so war zu besorgen, es werde der Unerfahrenen der Compaß fehlen. Diese Umstände wurden vom König der Belgier und von Stockmar hin und her erwogen.

Der König sprach seine Nichte noch in demselben Jahre in Claremont, und es wurde verabredet, daß Stockmar im Mai 1837 zur Zeit von deren 18. Geburtstag, nach England kommen sollte, um derselben als vertrauter Helfer und Berather zur Seite zu stehen.

Anhang zu Capitel Sechszehn.

Die Bewerbung des Prinzen Adalbert von Preußen um die Hand der Prinzessin Victoria.

Wir legen über diese Angelegenheit, die zwischen dem englischen Gesandten in Berlin Lord William Russell und der Herzogin von Kent gewechselten Briefe vor, weil die Schreibweise des Lords den Leser erheitern wird. Etwas Lakonischeres und bis zur Uebertrockenheit Geschäftsmäßigeres wird sich nicht leicht denken lassen.

Lord William Russell an die Herzogin von Kent:

(Uebersetzung.)

Berlin, 3. Mai 1837.

Madame!

Würde es Ew. Königlichen Hoheit genehm sein, daß Prinz Adalbert von Preußen, der Sohn des Prinzen Wilhelm, sich auf die Liste der Bewerber um die Hand Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzeß Victoire stelle?

Ihre Einwilligung, Madame, würde an dem Berliner Hofe große Befriedigung gewähren.

Ich habe die Ehre zu sein

Ew. Königlichen Hoheit unterthänig gehorsamer Diener

W. Russell.

Die Antwort der Herzogin ist für die Haltung bezeichnend, welche die als Mutter der künftigen Königin als solche angenommen hatte.

Die Herzogin von Kent an Lord William Russell:

(Uebersetzung.)

Kensington, 8. Mai 1837.

My Lord!

Ich habe mich zum Empfang Ihres Briefes vom 3. d. M. zu bekennen, der mich fragt, ob es mir genehm sein würde, daß dem Prinzen Adalbert erlaubt werde, sich um die Hand der Prinzeß Victoria zu bewerben, und bemerkt, daß meine Zustimmung an dem Berliner Hofe große Befriedigung gewähren würde.

Das unzweifelhafte Vertrauen, welches das Land in mich setzt, da ich die einzige Mutter seit der Restauration bin, welche unbeschränkte Macht über die Erziehung des Thronerben gehabt hat, legt mir Pflichten von nicht gewöhnlicher Art auf. Deshalb könnte ich es nicht mit meinen Pflichten gegen mein Kind, den König und das Land vereinen, Ihnen die von mir gewünschte Antwort zu ertheilen. Die Anfrage muß an den König gerichtet werden.

Aber wenn ich meine Pflichten gegen den König kenne, so kenne ich auch die einer Mutter und ich will Euer Herrlichkeit offen aussprechen, daß ich der Meinung bin, die Prinzeß sollte nicht heirathen, bis sie viel älter ist. Ich will noch hinzusetzen, daß ich in Bezug auf die Wahl desjenigen, der ihre große Zukunft theilen soll, nur einen Wunsch habe, — daß in dieser Wahl ihr Glück und das Interesse des Landes verwirklicht werden möge.

Ich verbleibe mit großer Werthschätzung

My Lord

Ew. Herrlichkeit sehr aufrichtige Freundin

Victoria.

Lord William Russell erwiderte hierauf:

(Uebersetzung.)

Berlin, 24. Mai 1837.

Madame!

Ich habe den Brief empfangen, mit dem Eure Königliche Hoheit mich beehrt hat. Als ich Prinz Wittgenstein*) benachrichtigte, daß Ihre mütterlichen Gefühle Sie zu dem Glauben brächten, die Prinzeß Victoria sei zu jung zu heirathen, so sagte er, der König von Preußen werde, wenn er diese Ihre Meinung erfahre, sich gegen Prinz Adalbert's beabsichtigte Reise nach England erklären.

Ich erlaube mir Euer Königlichen Hoheit zu bemerken, daß der Antrag nur dahin ging, den Prinzen Adalbert in die Liste der Bewerber um die Hand der Prinzessin Victoria aufzunehmen, während er sich den Erfolg erst durch seinen Charakter und seine persönliche Anziehungskraft (personal attractions) erringen sollte.

Ich habe die Ehre zu verharren

Ew. Königlichen Hoheit gehorsamer und ergebener Diener

W. Russell.

*) Den Minister des königlichen Hauses in Berlin.

Siebenzehntes Capitel.

Der Thronwechsel und das erste Jahr darnach. 1837/38.

Am 24. Mai 1837 wurde Prinzeß Victoria achtzehnjährig, am 25. langte Stockmar in England an. Seit dem 20. Mai war König William so erkrankt, daß sein baldiges Ende zu befürchten stand. Am 20. Juni starb er.

In der Zeit zwischen ihrem achtzehnten Geburtstag und ihrem Regierungsantritt hatte die junge Prinzessin mit bedeutenden und ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es war Stockmar vergönnt ihr in dieser kritischen Lage wesentliche Dienste zu leisten.

Er blieb nach der Thronbesteigung noch über ein Jahr, bis in den August 1838 in England. Seine Stellung war eine äußerlich nicht definirte. Eine andere gestatteten die Verhältnisse nicht, eine andere würde ihm auch nicht zusagend und angemessen gewesen sein.

Leicht verbreiten sich irrige Vorstellungen über einen Mann, der das Vertrauen von Fürsten genießt, der aber gar keine äußere Stellung einnimmt, ja außer den nächststehenden Kreisen wenig bekannt ist. In das Publicum dringt nur so viel, daß ein Solcher einen gewissen Einfluß hat, wodurch und wie er ihn übt, weiß es nicht. Unwiderstehlich aber ist der Hang der Menschen, hinter dem, was

ihnen Geheimniß bleibt, etwas Schlimmes zu vermuthen. Für diejenigen, die von der Hofsphäre nur abgerissene Töne aus weiter Ferne vernehmen, wird daher ein Mann von Stockmar's damaliger Stellung leicht zu einem zweideutigen und bedenklichen, auf den Hintertreppen der Palläste herumschleichenden, geheimen Maschinisten und Intriganten. Gegen solche Auffassungen ist zwar Stockmar's Andenken jetzt durch Zeugnisse, wie sie in dem Buch der Königin Victoria, in den Werken von Juste über König Leopold und die belgischen Staatsmänner, in Bunsen's Memoiren u. s. w. vorliegen, ausreichend geschützt. Uns kommt indeß zu, die Art seiner Wirksamkeit auf dem delicaten englischen Terrain und in der schwierigen ersten Regierungszeit der Königin Victoria etwas näher zur Anschauung zu bringen.

Die deutschen Fürsten haben sogenannte Cabinetsräthe. Diese bearbeiten erstens die Masse von Geschäften nicht-staatlicher Natur, die vom Souverain rein privatim, ohne Zuziehung des Beamtenorganismus abzumachen sind, wohin z. B. die Behandlung der meisten Gesuche gehört. Sie unterstützen aber auch den Monarchen in seinen staatlichen Geschäften, soweit dieselben nicht von ihm im directen Verkehr mit den Ministern erledigt werden. Sie leiten diejenigen Angelegenheiten, die an das Staatsoberhaupt gelangt und weiter von den Behörden zu bearbeiten sind, in die gehörigen Wege. Sie bereiten durch ihre Vorträge und Hülfsleistungen, in dem Umfang, in welchem es der Fürst verlangt, dessen Entschließungen über die Gegenstände vor, die die Minister ihm unterbreitet haben. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Cabinetsrath, je nach dem ganzen politischen Zustande des Landes, je nach der Individualität des Herrschers, unter Umständen zum eigentlichen Minister thatsächlich werden kann.

In England ist die streng politische Sphäre des Regenten schon lange in enge Grenzen eingeschlossen. Aber es ist eine ganz falsche Vorstellung zu glauben, daß der Souverain deswegen dort eine bloße

nickende Pagode sei. Zwar die Freiheit des Ministeriums ist durch das Parlament und die Freiheit des Königs durch das Ministerium eingeschränkt, aber er behält dem Ministerium gegenüber doch noch unter gewöhnlichen Verhältnissen einen Kreis freier Entschließung und Wirksamkeit, den Stockmar so zu bezeichnen pflegte: „Der König hat es immer in der Hand, wenn ihm die nöthige Fähigkeit nicht fehlt, sein eigener Premierminister zu sein.“ Und unter gewissen außergewöhnlichen Verhältnissen, namentlich im Fall der Ministerkrise, des Ministerwechsels, erscheint der König ganz selbständig als Regulator der Staatsmaschine. Als im November 1834 König Wilhelm das Whigministerium entließ, schrieb der Herzog von Wellington an Sir Robert Peel (Peel's Memoirs, vol. II. pag. 23), seiner Meinung nach seien die neuen Minister durchaus nicht verantwortlich für das Zerwürfniß des Königs mit ihren Vorgängern, da dies eine bereits abgeschlossene Sache gewesen, als Se. Majestät ihn (den Herzog) berief. Dagegen äußerte Peel selbst (ebend. pag. 31), es sei ihm wohl bewußt, daß er durch seine Uebernahme des Ministeriums „technisch (d. i. juristisch), wenn auch nicht moralisch für die Auflösung des vorhergehenden Ministeriums verantwortlich werde, obschon er nicht den entferntesten Antheil daran gehabt.“ Todd (Parliamentary Government pag. 124) preist deswegen die überlegene Correctheit von Peel's Ansichten, weil der König constitutionell keine Regierungshandlung vornehmen könne, für die nicht jemand verantwortlich sei. Aber in jenen Worten Peel's liegt vielmehr die Anerkennung, daß die Verantwortlichkeit des neuen Ministeriums für die Entlassung des alten moralisch und praktisch ein Unsinn sei. Und sie lassen somit die thatsächliche Bedeutung der königlichen Function in einer solchen Krisis recht deutlich hervortreten. Das englische Königthum hat also einen wichtigen Kreis von politischen Geschäften zu versehen.

Die Könige vor Georg III. gebrauchten hierbei keine Cabinets- oder, wie es in England heißt, Privatsecretäre. Georg III., beschränkt,

aber pflichteifrig und arbeitsam, lag seinem königlichen Beruf persönlich mit großer Treue und Ausdauer ob, bis er 1805 blind wurde, wo er dann den Oberst Herbert Taylor als Privatsecretär annahm, dessen Besoldung aus der Krone zur Verfügung stehenden Fonds floß. Diese Einrichtung wurde von vielen politischen Männern mit Ungunst betrachtet, aber die Rücksicht gegen den König verhinderte offene Angriffe. Als später der Prinz-Regent den Obersten M'Mahon zu seinem Secretär ernannte und dessen Gehalt aus der Staatscasse bewilligt haben wollte, sah er sich durch den Widerstand, der sich im Parlament geltend machte, genöthigt, von jenem letzten Verlangen abzustehen und die Besoldung auf seine Chatulle zu übernehmen. Auch die Ernennung selbst wurde im Parlament angefochten. Es sei höchst inconstitutionell, sagten die Gegner, daß die Staatsgeheimnisse durch einen dritten, außer König und Ministern, hindurchliefen, daß der Privatsecretär die höhere Revisionsinstanz über dem Cabinet bilde. Die Minister vertheidigten jedoch die Ernennung. Der Regent, sagten sie, bedürfe der Dienste eines Secretärs zur Unterstützung in seiner Privatcorrespondenz und zur Erleichterung in der Masse der mechanischen Arbeit, die der Krone in der Besorgung der öffentlichen Geschäfte obliege.*) Ueberdies treffe den Privatsecretär keine politische Verantwortlichkeit, und sein Amt greife nicht in den Geschäftskreis oder die Verantwortlichkeitssphäre irgend eines Ministers über. Die Minister der Krone blieben immer die gesetzlichen und constitutionellen Organe, mittelst deren alle öffent-

*) Nach dem englischen System muß der Souverän eine Unmasse von Unterschriften geben. Wenn er also einen Secretär hat, der die Urkunden regelmäßig zur Unterschrift vorlegt, und die Weiterbeförderung der unterzeichneten an die gehörigen Stellen besorgt, so ist damit allein schon eine bedeutende Erleichterung geschaffen. Erst eine Parlamentsacte von 1862 hat die Arbeitslast der regierenden Königin erheblich verringert, indem sie Ihre Majestät der Nothwendigkeit enthob, alle Anstellungspatente für Armee und Flotte selbst zu unterzeichnen. Im Jahre 1862 befand sich die Königin noch mit der Unterzeichnung von Patenten aus 1858, und überhaupt von nahe an 16,000 dergleichen in Rückstand.

lichen Geschäfte betrieben würden. Die Anträge der Opposition wurden denn verworfen und der Prinz behielt seinen Privatsecretär.

Wilhelm IV. machte den früheren Privatsecretär seines Vaters, Taylor, zu dem seinigen und die Minister ließen sich diese Einrichtung ruhig gefallen, obschon sie sich natürlich sagen mußten, daß der Secretär in alles eingeweiht werden, über alles und jedes das Ohr des Königs besitzen konnte, also in der Lage war, in den Grenzen, welche der Wirksamkeit des Königs selbst gesteckt waren, einen bedeutenden Einfluß zu üben.

Bei der Thronbesteigung der Königin Victoria schien die Ernennung eines Privatsecretärs nicht rathsam. Indem man keinen ernannte, konnte man allen möglichen Intriguen um die Besetzung dieser Stelle desto leichter und plausibler ausweichen.

Ueberhaupt aber mußte es dem Ministerium ebenso wie dem Oheim Leopold, jedem von seinem Standpunkte, bedenklich sein, die jugendliche, in den Geschäften ganz neue Monarchin den Händen irgend eines einzelnen, so gestellten Mannes anzuvertrauen, dessen Einfluß um so ausgedehnter hätte werden können, je mehr er sich der Controle entzogen haben würde. Es wurde also beschlossen, daß die Königin keinen förmlichen Privatsecretär haben solle.

Thatsächlich vertheilten sich die Hülfsleistungen, deren die Königin bedurfte und die ein Privatsecretär zu leisten pflegt, unter bereits vorhandene und erprobte Personen.

Die frühere Erzieherin und Gesellschaftsdame der Prinzessin, Baronesse Lehzen*), behielt die Fürsorge für die rein persönlichen

) Louise Lehzen, Tochter eines hannover'schen Geistlichen, trat zuerst 1818 als Gouvernante der Prinzeß Feodora von Leiningen, Tochter erster Ehe der Herzogin von Kent, in England auf. Sie wurde 1824 in dem gleichen Beruf, jedoch, wegen ihrer Ausländerschaft, ohne den ihrer Function entsprechenden Titel der Subgoverness, bei der Prinzeß Victoria angestellt. Georg IV. erhob sie 1827, auf den Betrieb der Prinzeß Sophia), zur hannover'schen Baronesse. Sie wurde nun der Form nach der Prinzeß „vor-

bia, Tochter Georg's III., geb. 1777, starb unvermählt 1848.

Angelegenheiten der Königin, und, wie denn in solchen Dingen eine Grenze zu ziehen schwer, sie einzuhalten noch schwerer ist, so gaben ihr die Umstände auch einen Antheil an den nichtpolitischen Geschäften und der nichtpolitischen Correspondenz, die ein Privatsecretär hätte besorgen können.

In Bezug auf die eigentlichen Staatsgeschäfte wurden die Dienstleistungen eines Privatsecretärs zum Theil dadurch ersetzt, daß der Premier, Lord Melbourne, selbst in größerem Maaße, als sonst ein Ministerpräsident zu thun pflegt, sich dem persönlichen Verkehr mit der Königin widmete. Ingleichen nahm er außerordentlicher Weise einen erheblichen Antheil an der Berathung der nichtpolitischen Geschäfte der Königin.

Aber hiernach blieb nun insofern eine Lücke, als doch nicht alles Nöthige im Wege directer, schriftlicher oder mündlicher Verhandlung zwischen der Königin und den Ministern, insbesondere der Königin und dem Premierminister, erledigt werden konnte. Es bedurfte für solche Fälle einer Zwischenperson, namentlich im Anfang, wo so viele der Königin völlig neue und unbekannte Verhältnisse in Frage kamen. Diese Lücke wurde die nächsten 15 Monate hindurch von Stockmar ausgefüllt. Im Uebrigen war er vermöge seines Verhältnisses zum Oheim Leopold für die junge Königin natürlich auch eine Vertrauensperson, die, je nach Wunsch und Bedürfniß, über die höhern persönlichen Interessen und Hofangelegenheiten von Belang zu Rathe gezogen werden konnte, und anderseits brachte für ihn seine Beziehung zum König die Pflicht mit sich, in dessem Sinn

läufig bis deren Alter eine andere Einrichtung nöthig mache" als Lady in attendance (Gesellschaftsdame) beigegeben. Sie behielt diese Stellung, immer mit der thatsächlichen Function der Gouvernante (d. h. Subgoverness, Sousgouvernante), bis zur Thronbesteigung, seit 1831 unter der zur Governess ernannten Herzogin von Northumberland. Nach dem Thronwechsel blieb sie bis ins Jahr 1842 am Hofe der Königin als deren Freundin. Sie zog sich dann nach Deutschland zurück und starb daselbst 1870.

überhaupt alles für das Wohl der Nichte Erhebliche aufmerksam zu beobachten.

Seine richtige Einsicht in die Verhältnisse hieß ihn jede Einmischung in die englischen Staatsangelegenheiten sorgfältig vermeiden. Durch eine solche würde er auch entschieden gegen die Meinung seines Auftraggebers, des Königs Leopold, verstoßen und sich sofort seine ganze Stellung in England unmöglich gemacht haben. Daß er gleichwohl vielfach Gelegenheit zum Einblick in die Staatssachen hatte, trotzdem aber dem Ministerium keinen eifersüchtigen Argwohn einflößte, war die Folge seines guten persönlichen Verhältnisses zu einigen der wichtigsten Minister, namentlich dem Premier Lord Melbourne, der mit Stockmar's Hinüberkommen sehr einverstanden gewesen war, und dem Minister des Auswärtigen, Lord Palmerston. Sie schätzten seine Fähigkeit wie seinen Charakter und setzten volles Vertrauen in seine Besonnenheit, Discretion, Zuverlässigkeit und Uneigennützigkeit. „Lord Melbourne," schreibt die Königin selbst in den Early Years pag. 188, „fühlte für ihn die größte Hochachtung, Zuneigung und das unbegrenzteste Vertrauen*). Im Anfang der Regierung der Königin war der Beistand des Barons für Lord Melbourne unschätzbar." Von Lord Palmerston erzählte Bunsen Folgendes: Es sei davon die Rede gewesen, wie selten eine völlig uninteressirte Handlungsweise bei politischen Männern anzutreffen. Da habe Palmerston gesagt: „mir ist nur ein ganz uneigennütziger Mann der Art vorgekommen, Stockmar."

Indirect kann freilich eine Vertrauensperson ab und zu eine Einwirkung auf Angelegenheiten üben, mit denen sie sich zu befassen weder Pflicht noch Neigung hat. Und wo das Vertrauen nicht auf bestimmte Gegenstände eingeschränkt ist, kann sie gelegentlich auch aufgefordert werden, direct eine Ansicht über Angelegenheiten dieser

*) Nach einem vorliegenden Brief äußerte Melbourne gegen die Königin: „Baron Stockmar ist nicht nur ein sehr guter Mann, sondern auch einer der gescheutesten, die mir begegnet."

Art zu äußern. Aber auch nach dieſer Richtung machte Stockmar dem aufgeklärten Lord Melbourne keine Sorge, der Menſchen und Dinge nahm wie ſie ſind.

Eines Tages erklärte der Sprecher des Unterhauſes, Mr. Abercromby, dem Premier, er fühle ſich gedrungen im Parlament die inconſtitutionelle Stellung des Ausländers Stockmar zur Sprache zu bringen. Melbourne verwies den Sprecher darauf, daß Stockmar eine durch die Umſtände in gewiſſen Beziehungen gegebene Lücke, mit ſeinem (M.'s) Wiſſen und ſeiner Zuſtimmung ausfülle. Er erzählte den Vorfall ſpäter an Stockmar, welcher ausrief: „ſagen Sie nur Abercromby, er möge einen Antrag gegen mich im Parlament ſtellen, ich werde mich zu vertheidigen wiſſen.“ Abercromby verhielt ſich ruhig. Freilich, daß Stockmar's Anweſenheit zu manchen falſchen Gerüchten Anlaß gab, erregte dem Miniſter, wenn er auch volles Vertrauen in jenen ſetzte, doch mitunter ein ſehr begreifliches unbehagliches Gefühl. Er äußerte daſſelbe in einem Fall mit den Worten: „King Leopold and Stockmar are very good and intelligent people, but I dislike very much to hear it said by my friends, that I am influenced by them. We know it is not true, but still I dislike to have it said.“ (König Leopold und Stockmar ſind ſehr gute und geſcheute Leute, aber ich habe es ſehr ungern, meine Freunde ſagen zu hören, daß ich von jenen beeinflußt werde; wir wiſſen, daß es nicht ſo iſt, aber es iſt mir unangenehm, wenn es geſagt wird.)

Lord Melbourne, damals im achtundfünfzigſten Jahre, war ein alter Lebe- und Weltmann, etwas ſkeptiſch, wie ſolche zu ſein pflegen, aber im Grunde ehrenwerth, wohlwollend und redlich, geſcheut, ſehr unterrichtet, gemäßigt liberal. Seine Hauptfehler waren: Indolenz und Sorgloſigkeit, Mangel an Initiative und Feſtigkeit. Stockmar bezeichnete ihn häufig mit dem Spitznamen der „Pococurante.“

Melbourne empfand für die Königin große Ergebenheit, ja gewann innige Anhänglichkeit für ſie. Er führte ſie auf die freund-

lichſte und angenehmſte Weiſe in den Geſchäftsgang ein. Sie dagegen ſchenkte ihm ein faſt kindliches Vertrauen. In einem Punkte aber war Stockmar nicht mit Melbourne einverſtanden, und hatte darüber mit ihm manchen Streit; er fand bei ihm oft eine übergroße Nachgiebigkeit gegen die Parteirückſichten. Dieſe entſprang bei Melbourne durchaus nicht aus heftiger politiſcher Leidenſchaft, aber er war zu ſchwach gegen die Wünſche ſeiner Anhänger, zu leichtſinnig und nachläſſig, um nicht, über dem augenblicklichen Nutzen irgend einer Maaßregel, eines Verfahrens für die Whigs und das Miniſterium, mitunter den Schaden zu überſehen, der daraus möglicherweiſe auf die Dauer für die Königin und das Königthum hervorgehen konnte.

Anſtatt ſeiner erhabenen Schülerin die große Maxime einzuprägen, daß ſie die Königin des ganzen Volkes ſei, und ſich von den Feſſeln jeder Partei frei halten müſſe, trug er theils durch Unterlaſſungen, theils durch Begehungsſünden dazu bei, daß ihre Haltung den Anſchein erhielt, als ob ſie nur Königin der Whigs, ja der gerade regierenden Fraction derſelben ſei.

Mit der edlen Freimüthigkeit und furchtloſen Redlichkeit, welche die hohe Frau auszeichnen, bekennt ſie ſelbſt in den Early Years pag. 276 und 327, daß ſie vor ihrer Vermählung in ſtarkem Parteigefühl befangen geweſen. Ein großer Theil der Schuld hieran muß Lord Melbourne zugeſchrieben werden, da die Königin nach ihrer Vermählung, nach dem Sturz des Whigminiſteriums eine ganz andere Bahn einſchlug. Frauen wird ohnehin die Unparteilichkeit ſchwerer und nicht von einer jungen Dame ließ ſich erwarten, daß ſie der Tendenz, ſie mehr und mehr mit den Whigs zu identificiren, Widerſtand leiſten werde, wenn dieſelbe durch einen ſo freundlichen, ſolches Vertrauen genießenden Mentor wie Lord Melbourne theils gefördert, theils geduldet wurde. Die excluſive Richtung zeigte ſich zunächſt in den Hofanſtellungen und in einer gewiſſen ſocialen Zurückſetzung der Tories in Bezug auf Einladungen, Aufmerkſam-

leiten u. s. w. Später bot sich mehr Anlaß, jene vorurtheilsvolle Ausschließlichkeit auf dem eigentlich politischen Gebiet auffällig zu bekunden. Sie war um so gefährlicher, als das Whigministerium, innerlich und äußerlich schwach, seinen Gegnern nicht imponirte. Die üblen Folgen wuchsen freilich erst im Laufe der nächsten Jahre zu handgreiflicher Bedeutung heran und erreichten in dem Jahre vor der Vermählung der Königin, 1839, ihren Höhepunkt.

Schon vorher, im Sommer 1838, verließ Stockmar England. Ihm war bereits eine neue Aufgabe zugefallen, von der wir im nächsten Capitel zu sprechen haben. Sie stand mit der projectirten Vermählung der Königin in Verbindung.

Achtzehntes Capitel.

Fortgang der Vermählungsangelegenheit bis zur Verlobung. 1838/39.

Die neue Aufgabe, welche Stockmar im Jahre 1838 nach seiner Abreise aus England zufiel, bezog sich auf das Project der Vermählung der Königin mit ihrem Vetter, Prinzen Albert.

Wir sahen, wie der Prinz bei seinem Besuch in London 1836 den „ersten Eindruck“ hervorgebracht, ohne daß damals unter den Hauptbetheiligten irgend etwas ausgesprochen wurde. Gleichwohl hatte jener Besuch im Publicum den Gedanken an eine beabsichtigte Vermählung rege gemacht und Gerüchte der Art hatten sich während des Aufenthalts der Prinzen in Brüssel (1836 auf 37) noch weiter verbreitet. Aber erst im Februar und März 1838, wo Prinz Albert seinen Oheim wieder in Brüssel besuchte, besprach dieser den Heirathsplan offen und eingehend mit ihm.

Der König schreibt im März an Stockmar*):

„Ich habe eine lange Conversation mit Albert gehabt, und ihm den ganzen Casus ehrlich und freundlich vorgelegt. Er betrachtet die Frage von dem höchsten und ehrenwerthesten Standpunkt. Er sieht ein, daß Mühseligkeiten von allen menschlichen Stellungen untrennbar sind, und daß also, da man Plagen und Unannehmlichkeiten nicht entgehen kann, es besser ist, sie für einen großen und würdigen

*) Early Years pag. 216.

Zweck, als für Kleinigkeiten und Elendigkeiten zu ertragen. Ich habe ihm gesagt, daß es nöthig sein werde, die Heirath einige Jahre zu verschieben. Ich fand ihn hierüber sehr vernünftig. Jedoch machte er eine richtige Bemerkung. „Ich bin bereit," sagte er, „mich diesem Aufschub zu unterwerfen, wenn ich nur einige Sicherheit habe. Aber wenn ich, nachdem ich vielleicht drei Jahre gewartet, finden sollte, daß die Königin die Heirath nicht mehr wünscht, so würde mich das in eine lächerliche Position bringen und bis zu einem gewissen Grade alle meine ferneren Lebensaussichten vernichten." Irre ich nicht sehr, fährt der König fort, so besitzt er alle erforderlichen Eigenschaften für die Stellung, die er in England einnehmen soll. Sein Verstand ist gesund, seine Auffassung klar und rasch und sein Gefühl richtig. Er hat große Gabe der Beobachtung und besitzt viel Klugheit, ohne irgend etwas Kaltes oder Moroses an sich zu haben."

Der König hatte einen Aufschub der Vermählung für nöthig erklärt, weil die Königin selbst einen solchen begehrt hatte. Sie hatte dem Oheim ausgesprochen, daß sie in den nächsten drei oder vier Jahren nicht an das Heirathen denken könne und ihre frühere Correspondenz mit dem Vetter seit ihrer Thronbesteigung abgebrochen.

Rührend, Ehrfurcht gebietend, echt königlich aber echt weiblich, ist das Selbstbekenntniß Victoria's in den Early Years pag. 219, das wir uns nicht enthalten können anzuführen:

„Die Königin kann jetzt nicht ohne Indignation gegen sich selbst an ihren Wunsch zurückdenken, den Prinzen drei oder vier Jahre hinzuhalten, auf die Gefahr hin alle seine Lebensaussichten zu vernichten, bis sie sich geneigt fühlte zu heirathen."

„Das Einzige, was die Königin zu ihrer Entschuldigung anführen kann, ist die Thatsache, daß der plötzliche Wechsel von dem abgeschlossenen Leben in Kensington zu der Unabhängigkeit der Stellung einer regierenden Königin im Alter von 18 Jahren, ihr alle Heirathsgedanken aus dem Sinn brachte, was sie jetzt bitterlich

bereut. Eine ſchlimmere und allen natürlichen Gefühlen und Neigungen ſchädlichere Schule für ein junges Mädchen läßt ſich nicht wohl erdenken, als die Stellung einer 18jährigen Königin, ohne Erfahrung und ohne Gemahl ſie zu leiten und zu ſtützen."

Im April machten die beiden Coburgiſchen Prinzen einen zweiten Beſuch in Brüſſel. Am 12. April ſchreibt der König an Stockmar:

„Albert iſt ſehr zu ſeinem Vortheil verändert. Er ſieht ſo viel männlicher aus. Soll er warten bis er 21, 22 oder 23 Jahre alt iſt, ſo wird es für ihn unmöglich eine neue Carrière zu beginnen und ſein ganzes Leben würde verdorben ſein, wenn die Königin andern Sinnes werden ſollte."

Die Königin hatte indeß, wie ſie ſelbſt in den Early Years erklärt, den Gedanken an die Heirath nie völlig aufgegeben. Noch ehe Stockmar England verließ, ſprach ſie ihm dies aus und ertheilte ihm ſchriftlich den Auftrag, den Prinzen auf einer zu deſſen Ausbildung dienlichen Reiſe zu begleiten. Der Plan einer ſolchen war bereits bei dem erſten Beſuch in Brüſſel im März feſtgeſtellt worden.

Im December trat der Prinz ſeinen Weg nach Italien in Begleitung von Stockmar an. In Florenz, wo die Reiſenden ſich länger aufhielten, ſchloß ſich der jetzige Generalmajor Seymour an. Florenz, Rom, Neapel gewährten dem Natur- und Kunſtſinn des Prinzen reiche Nahrung und die Reiſe legte den Grund zu einem lebenslänglichen, immer vertrauter ſich geſtaltenden Verhältniß mit Stockmar. In den Early Years pag. 207 iſt ein Brief des Prinzen vom 30. Juni 1839 abgedruckt, in dem er ſich ſelbſt über ſeinen italieniſchen Aufenthalt ſo ausſpricht:

„Mein Leben dort war im Ganzen ſehr angenehm. Die Geſellſchaft eines ſo höchſt ausgezeichneten Mannes, wie Baron Stockmar, war für mich vom höchſten Werth und Vortheil. Ich war auch von einem jungen, ſehr liebenswürdigen Engländer, Mr. Seymour, begleitet, mit dem ich ſehr vertraut geworden bin. Vor allen Dingen

herrſchte zwiſchen uns ſtets diejenige vollkommene Harmonie, welche für den Genuß des Lebens ſo unentbehrlich iſt."

Im Mai 1839 trennte ſich Stockmar in Mailand vom Prinzen und ging demſelben nach Coburg voraus.

In einer Aufzeichnung, von der uns nur ein Bruchſtück vorliegt, ſprach er ſich über die Reſultate ſeiner Beobachtungen aus, die er während der Reiſe über Prinz Albert gemacht hatte. Wir führen Einzelnes daraus an, nicht als ob es dem Bilde des Prinzen entſpräche, wie er ſpäter, aus ſich und durch die Gunſt der Umſtände fortſchreitend, in den nächſten zwanzig Jahren erſchien, vielmehr gerade, weil ſich hier an einem merkwürdigen Beiſpiel ſehen läßt, wie eine gegebene Individualität ſich im Laufe der Zeit modificiren kann.

„Der Prinz", ſchreibt Stockmar, „ſieht ſeiner ſeligen Mutter frappant ähnlich, und iſt ihr auch, bei mancher Verſchiedenheit, in vieler Hinſicht körperlich und geiſtig nachgeſchaffen. Er hat ganz dieſelbe Beweglichkeit und Geſchicklichkeit des Geiſtes, denſelben Verſtand, das nämliche Bedürfniß und auch Talent, Andern gegenüber gutmüthig und liebenswürdig zu erſcheinen, dieſelbe Neigung zu Espièglerien, zur Behandlung von Dingen und Menſchen auf eine drollige und daher oft gefällige Weiſe, dieſelbe Art ſich nicht lange bei einem Gegenſtande aufzuhalten."

„Seine körperliche Conſtitution kann nicht kräftig genannt werden, doch möchte ich glauben, daß er ſie, bei gehöriger diätetiſcher Behandlung ſeiner ſelbſt, leicht würde befeſtigen und dauerhaft machen können. Nach Anſtrengungen kann er oft auf kurze Zeit blaß und erſchöpft ausſehen. Große Anſtrengungen ſind ihm zuwider, er ſchont ſich moraliſch und phyſiſch ſehr gern."

„Voll des beſten Willens und der edelſten Vorſätze, bleibt er oft in der Ausführung ſtecken."

„Sein Urtheil iſt über manche Dinge reifer als ſeine Jahre; — er zeigt indeß bis heute wenigſtens für alle politiſchen Vorgänge

auch nicht das geringste Interesse. Selbst die bedeutendsten Ereignisse dieser Art vermögen ihm nicht einmal während ihres unentschiedenen Verlaufs die Durchlesung eines Zeitungsblattes abzunöthigen. Alle auswärtigen Zeitungen perhorrescirt er ohnehin, und, indem er sagt, daß die Augsburger Allgemeine Zeitung das einzige lesenswerthe und nöthige Blatt sei, liest er auch nicht einmal dieses."

„In Bezug auf les belles manières bleibt Manches zu wünschen. Dieser Mangel muß hauptsächlich darauf gerechnet werden, daß seine frühesten Jahre zu sehr des Umgangs und der Aufsicht einer Mutter oder eines gebildeten weiblichen Wesens entbehren mußten."

„Er wird im Ganzen stets bei Männern mehr Glück als bei Damen machen. Er ist bei diesen zu wenig empressirt, zu gleichgültig und zurückhaltend."

So weit das Bruchstück, an das sich uns folgende Betrachtungen knüpfen.

Eine bestimmte menschliche Anlage kann in verschiedener Weise, aber doch nur innerhalb gewisser Grenzen entwickelt werden. Was aus einem Menschen werden wird, ist nicht mit der Anlage unveränderlich gesetzt; es kann aber auch nicht aus einem bestimmten Individuum sich alles Beliebige herausgestalten, sondern Jeder kann sich nur innerhalb der in seine Natur gelegten Möglichkeiten entwickeln. Das, was wirklich aus dieser Entwicklung herauskommt, ist das Product zweier zusammenwirkenden Factoren, der im Innern vorhandenen, unter sich im bestimmten Verhältniß stehenden Kräfte, und der äußeren günstigen oder ungünstigen Umstände.

Niemand würde aus den Zügen jenes Fragments errathen können, welch ein Mann der Prinz später war. Jene Züge werden aber, als von einem guten und günstig gestellten Beobachter aufgezeichnet, damals wohl richtig gewesen sein. Indem wir die Schilderung Stockmar's in einigen Hauptpunkten mit der Gestalt des Prinzen in seinen späteren Jahren vergleichen, wird auffallend heraus-

ſpringen, wie ſich deſſen Natur im weitern Verlauf zum Theil weſentlich umgebildet hat.

Was Stockmar über die körperliche Conſtitution des Prinzen ſagt, hat ſich durch den ſchließlichen Ausgang traurig bewahrheitet. Sein Nervenſyſtem ward nie kräftig, es konnte ſtets durch Anſtrengungen leicht erſchöpft werden, wo er dann auf einige Zeit blaß und matt ausſah.

Die Art und Weiſe des Prinzen, ſich in Verkehr mit Anderen zu geben, war auch in deſſen reiferen Jahren gegen das jugendliche Weſen von 1839 nicht verändert. Im vertraulichen Umgang zeigte ſich ganz die alte jugendliche Heiterkeit, Liebenswürdigkeit, kindliche Freude am Scherzhaften und Komiſchen und Virtuoſität in deſſen Hervorbringung und Darſtellung. Freilich im größeren Kreiſe ſah man ihn förmlich, gemeſſen, zurückhaltend, Viele ſagen kalt und ſteif. Aber ſo war er ſchon als junger Mann geweſen. An ſeinen Jugendfreund, den Fürſten Löwenſtein, ſchreibt er aus Florenz (25. Februar 1839) Early Years pag. 197: „Ich habe mich die Zeit her ganz in den Strudel der Geſellſchaften geſtürzt. Ich habe getanzt, dinirt, ſuppirt, Complimente gemacht, mich und mir präſentiren laſſen, franzöſiſch und engliſch parlirt, alle Phraſen über das Wetter erſchöpft, den Liebenswürdigen geſpielt, kurz bonne mine à mauvais jeu gemacht. Du kennſt meine Paſſion für dergleichen.“ Die gute Miene, die Jemand zu dem macht, was ihm wie ein übles Spiel vorkommt, iſt gewiß nicht die beſte, die er überhaupt machen kann. Und wie der Zwanzigjährige nicht ſehr geneigt war, ſich den Damen geſellſchaftlich zu widmen, ſo bemerkt die Königin a. a. O. 290, daß ihm dies als eine Beſchäftigung immer unangenehm blieb.

In anderer Hinſicht ſind aber mit dem Prinzen ſpäter die größten und wichtigſten Wandlungen vorgegangen.

Stockmar ſpricht von der Abneigung des Jünglings gegen ernſte geiſtige Anſtrengung, von ſeiner Schwäche in der Ausführung der leicht gefaßten guten Vorſätze. Und aus dieſem Jüngling erwuchs ein Mann, unermüdlich in angeſpannter geiſtiger Thätigkeit, von der

auch nicht das geringste Interesse. Selbst die bedeutendsten Ereignisse dieser Art vermögen ihm nicht einmal während ihres unentschiedenen Verlaufs die Durchlesung eines Zeitungsblattes abzunöthigen. Alle auswärtigen Zeitungen perhorrescirt er ohnehin, und, indem er sagt, daß die Augsburger Allgemeine Zeitung das einzige lesenswerthe und nöthige Blatt sei, liest er auch nicht einmal dieses."

„In Bezug auf les belles manières bleibt Manches zu wünschen. Dieser Mangel muß hauptsächlich darauf gerechnet werden, daß seine frühesten Jahre zu sehr des Umgangs und der Aufsicht einer Mutter oder eines gebildeten weiblichen Wesens entbehren mußten."

„Er wird im Ganzen stets bei Männern mehr Glück als bei Damen machen. Er ist bei diesen zu wenig empressirt, zu gleichgültig und zurückhaltend."

So weit das Bruchstück, an das sich uns folgende Betrachtungen knüpfen.

Eine bestimmte menschliche Anlage kann in verschiedener Weise, aber doch nur innerhalb gewisser Grenzen entwickelt werden. Was aus einem Menschen werden wird, ist nicht mit der Anlage unveränderlich gesetzt; es kann aber auch nicht aus einem bestimmten Individuum sich alles Beliebige herausgestalten, sondern Jeder kann sich nur innerhalb der in seine Natur gelegten Möglichkeiten entwickeln. Das, was wirklich aus dieser Entwicklung herauskommt, ist das Product zweier zusammenwirkenden Factoren, der im Innern vorhandenen, unter sich im bestimmten Verhältniß stehenden Kräfte, und der äußeren günstigen oder ungünstigen Umstände.

Niemand würde aus den Zügen jenes Fragments errathen können, welch ein Mann der Prinz später war. Jene Züge werden aber, als von einem guten und günstig gestellten Beobachter aufgezeichnet, damals wohl richtig gewesen sein. Indem wir die Schilderung Stockmar's in einigen Hauptpunkten mit der Gestalt des Prinzen in seinen späteren Jahren vergleichen, wird auffallend heraus-

ſpringen, wie ſich deſſen Natur im weitern Verlauf zum Theil weſentlich umgebildet hat.

Was Stockmar über die körperliche Conſtitution des Prinzen ſagt, hat ſich durch den ſchließlichen Ausgang traurig bewahrheitet. Sein Nervenſyſtem ward nie kräftig, es konnte ſtets durch Anſtrengungen leicht erſchöpft werden, wo er dann auf einige Zeit blaß und matt ausſah.

Die Art und Weiſe des Prinzen, ſich in Verkehr mit Anderen zu geben, war auch in deſſen reiferen Jahren gegen das jugendliche Weſen von 1839 nicht verändert. Im vertraulichen Umgang zeigte ſich ganz die alte jugendliche Heiterkeit, Liebenswürdigkeit, kindliche Freude am Scherzhaften und Komiſchen und Virtuoſität in deſſen Hervorbringung und Darſtellung. Freilich im größeren Kreiſe ſah man ihn förmlich, gemeſſen, zurückhaltend, Viele ſagen kalt und ſteif. Aber ſo war er ſchon als junger Mann geweſen. An ſeinen Jugendfreund, den Fürſten Löwenſtein, ſchreibt er aus Florenz (25. Februar 1839) Early Years pag. 197: „Ich habe mich die Zeit her ganz in den Strudel der Geſellſchaften geſtürzt. Ich habe getanzt, dinirt, ſuppirt, Complimente gemacht, mich und mir präſentiren laſſen, franzöſiſch und engliſch parlirt, alle Phraſen über das Wetter erſchöpft, den Liebenswürdigen geſpielt, kurz bonne mine à mauvais jeu gemacht. Du kennſt meine Paſſion für dergleichen.“ Die gute Miene, die Jemand zu dem macht, was ihm wie ein übles Spiel vorkommt, iſt gewiß nicht die beſte, die er überhaupt machen kann. Und wie der Zwanzigjährige nicht ſehr geneigt war, ſich den Damen geſellſchaftlich zu widmen, ſo bemerkt die Königin a. a. O. 290, daß ihm dies als eine Beſchäftigung immer unangenehm blieb.

In anderer Hinſicht ſind aber mit dem Prinzen ſpäter die größten und wichtigſten Wandlungen vorgegangen.

Stockmar ſpricht von der Abneigung des Jünglings gegen ernſte geiſtige Anſtrengung, von ſeiner Schwäche in der Ausführung der leicht gefaßten guten Vorſätze. Und aus dieſem Jüngling erwuchs ein Mann, unermüdlich in angeſpannter geiſtiger Thätigkeit, von der

ſtrengſten Treue, Gewiſſenhaftigkeit, Feſtigkeit und Conſequenz in gemeſſener, regelrechter, mühevoller Pflichterfüllung nach jeder Seite.

Der junge Fürſt von 1839, der der Politik ſo wenig Geſchmack abgewann, daß er ſich kaum dazu bringen konnte eine Zeitung, geſchweige denn eine andere als die Augsburger Allgemeine zu leſen, er wurde der Gehülfe, und welch' ein Gehülfe! ſeiner Gemahlin in der Regierung eines der größten Reiche, vom frühen Morgen bis in die ſpäte Nacht der großen Politik lebend. Und wenn er auch (um dieſe untergeordnete Einzelheit zu erwähnen) die Zeitungslectüre nie beſonders liebte, ſo gehörte es doch ſpäter zu ſeinem regelmäßigen Tagewerk, wenigſtens den politiſchen Theil der Times mit ihren unendlichen Spalten ganz durchzuleſen.

Dieſe wichtigen und großen Veränderungen im Weſen des Prinzen ſind ohne Zweifel zum Theil dem natürlichen Wachsthum und Reifen ſeiner Kraft zuzuſchreiben, woraus auch dem edlen pflichtmäßigen Vorſatz die größere Macht zuſtrömte. Aber es kommt noch ein Anderes hinzu. Es giebt Naturen, in denen gewiſſe Talente und Vermögen ſo ſtark angelegt ſind, daß ſie mit Ungeſtüm von ſelbſt zur Anwendung und Ausübung an den geeigneten Gegenſtänden hintreiben. Es giebt andere, deren Talent und Kraft erſt durch den von günſtigen Umſtänden nahe gelegten, oder gar aufgezwungenen Contact mit den entſprechenden Gegenſtänden hervorbringt und wächſt. Von der letzten Art war offenbar der Prinz. Und Stockmar ſah ihn in England bald zu einem ganz Anderen werden, als er ihn, nach dem obigen Briefe, in Italien gefunden hatte.

Nach der Rückkehr des Prinzen von der italieniſchen Reiſe wurde beſchloſſen, daß er mit ſeinem Bruder ſich im Herbſt nach England begeben ſollte, damit ſich ſein und der Königin Schickſal entſcheide. Seit Stockmar's Abreiſe hatten ſich die dortigen Verhältniſſe nicht erfreulich geſtaltet. Die im Vorhergegangenen bezeichneten Uebelſtände hatten ſich weiter entwickelt. Es fehlte im Rathe und in der Umgebung der Königin an einer beſonnenen, feſten Leitung. Dies

war besonders an zwei bedeutenden Vorgängen zu Tage getreten, der sogenannten Hofdamenfrage (Bedchamber question) bei dem Rücktritt des Melbourn'schen Ministeriums im Mai 1839 und dem traurigen Fall der Lady Flora Hastings. Stockmar schrieb bei diesen Vorkommnissen einen bedeutenden Antheil von Schuld der Sorglosigkeit und Schwäche Lord Melbourne's zu.

Für den continentalen Leser ist es nothwendig, jene Ereignisse kurz zu erzählen.

Im Mai 1839 erlangte das Ministerium Melbourne in einer Verhandlung über eine wichtige Maaßregel in Betreff der Verfassung von Jamaica eine so geringe Majorität, daß es sich bewogen fand seine Entlassung zu nehmen. Die Königin berief Sir Robert Peel und erklärte ihm gleich in der ersten Unterredung mit größtem Freimuth, sie bedaure sehr, sich von ihren bisherigen Ministern zu trennen, mit denen sie vollkommen zufrieden gewesen. Diese Einleitung verhinderte indeß den Fortgang der Verhandlung nicht und die Bildung des neuen Ministeriums stieß auf keine Schwierigkeit, bis Sir Robert Peel die Forderung eines Personenwechsels in den Stellen der ersten Hofdamen (Ladies of the Bedchamber) erwähnte, welche Stellen die Whigminister vollständig mit ihren nächsten Verwandten besetzt hatten. Die Königin sprach sich sofort mündlich gegen jeden derartigen Wechsel aus. Sie befragte dann Lord Melbourne. Dieser berieth sich mit seinen Collegen und das Resultat war, daß das alte Ministerium die Verantwortlichkeit für ein Billet der Königin an Sir Robert Peel übernahm, worin es hieß: „Die Königin hat den von Sir Robert Peel ihr gestern gemachten Vorschlag erwogen, ihre ersten Hofdamen (Ladies of the Bedchamber) zu entfernen. Sie kann nicht in eine Maaßregel willigen, die sie als dem Herkommen zuwiderlaufend betrachtet und die ihren Gefühlen widerstreitet." Sir Robert Peel legte darauf sofort den ihm gewordenen Auftrag nieder und die früheren Minister traten wieder ein.

Man ist heuzutage einverstanden*), daß Peel vom verfassungsmäßigen Standpunkt im Rechte war, und, nach den thatsächlichen Umständen, der exclusiven Zusammensetzung des Hofes und der damaligen exclusiven Richtung der Königin im whiggistischen Sinne, hatte er allen Grund auf jenem Standpunkt zu bestehen. Stockmar fand es sehr tadelnswerth, daß Lord Melbourne die junge Monarchin nicht davon abhielt, ihre Abneigung gegen die Tories in so auffälliger Weise zu bekunden und die Bildung eines Toryministeriums aus constitutionell unhaltbaren Gründen zu vereiteln.

„Die jüngsten Ereignisse in England," schreibt er, „betrüben mich. Wie konnte man die Königin zum Schaden der ganzen Monarchie solche Fehler begehen lassen! Melbourne mußte der Nation den praktischen Versuch gestatten, ob denn wirklich ein Torycabinet sich halten könne. Ich an seiner Stelle würde froh gewesen sein, Wellington und Peel einige Zeit am Ruder zu sehen. Denn hatten sie Erfolg, so war damit der Beweis geliefert, daß Melbourne's Cabinet ohnehin auf längere Fortdauer nicht hätte rechnen können; — und mißlang es ihnen, so blieb das Ansehen der Königin intact und Melbourne war vor den Augen der Welt gerechtfertigt, ja berufen, mit einem modificirten Cabinet wieder einzutreten."

Während diese politische Episode England in Bewegung setzte, die natürlich die Popularität der Königin bei den Tories nicht vermehrte, hatte sich am Hofe eine andere Verwicklung angesponnen, die erst später, im Sommer und Herbst, zu einer Katastrophe führte.

Lady Flora Hastings, eine Hofdame der Herzogin von Kent, welche sich mit der Letztern am Hofe der Königin aufhielt, zeigte im Winter 1839 eine Veränderung ihrer Gestalt, die ihrer Ehre nachtheilige Schlüsse hervorrief. Die Sache wurde von den Hofdamen der Königin an diese gebracht. Es fand eine ärztliche Untersuchung

*) S. May Const. Hist. I, pag. 132, Todd: Parliamentary Government I, pag. 130. 190.

ſtatt, welche den völligen Ungrund jenes Verdachts darthat. Die Familie Haſtings, zu den Tories gehörig, war auf's Tiefſte beleidigt. Sie ſah in dem Vorgegangenen das Reſultat eines teufliſchen Complotts der Whiggiſtiſchen Hofdamen gegen Lady Flora, und verlangte Beſtrafung der Schuldigen. Eine ſolche war natürlich unmöglich, da man am Hofe, wenn auch übereilt, doch in völlig gutem Glauben gehandelt hatte. In dieſer Lage der Dinge ſtarb Lady Flora an einem tief gewurzelten Uebel, das erſt die Section enthüllte. Ihr Tod ſteigerte die Wuth der Tories gegen die Whigs und ihre Animoſität gegen die Königin auf's Höchſte. Im Publicum aber wuchs durch dieſe Vorgänge der Wunſch, daß die Königin ſich bald dem Schutz und der Leitung eines Gemahls anvertrauen möchte.

Unter ſolchen Umſtänden langten die beiden Prinzen von Coburg am 10. October in Windſor an. Der Prinz Albert war, wie die Early Years berichten, entſchloſſen, der Königin zu erklären, daß er, wenn ſie nicht jetzt ſich entſcheide, nicht länger auf ihre Entſchließung zu harren vermöge. Aber ſchon am 15. October kam es zur Verlobung. Am 16. kündigte der Prinz das Ereigniß Stockmar in folgendem Briefe an*):

„Ich ſchreibe Ihnen heute an einem der glücklichſten Tage meines Lebens, und die freudigſte Nachricht, die ich Ihnen mittheilen kann. (Er beſchreibt dann die Scene der Verlobung und fährt fort): Sie iſt ſo gut und freundlich gegen mich, daß ich oft gar nicht glauben kann, daß mir ſolche Herzlichkeit werden ſoll. Ich weiß, Sie nehmen Theil an meinem Glück, darum ſchütte ich mein Herz vor Ihnen aus! — Mehr und ernſter kann ich Ihnen nicht ſchreiben, dazu bin ich in dieſem Augenblick zu confus, denn:

Das Auge ſieht den Himmel offen,
Es ſchwelgt das Herz in Seligkeit."

*) Early Years pag. 420.

Stockmar drückte dem Prinzen brieflich seine herzlichen Glückwünsche aus, und verband damit ernste Mahnungen und Rathschläge über die Haupt- und Cardinalpunkte, die zur Begründung seines künftigen Glücks und zur würdigen Erfüllung seiner Aufgabe nöthig seien.

Der Prinz antwortete am 6. November aus Windsor*):

„Bester Herr von Stockmar!

Haben Sie tausend tausend Dank für Ihren so lieben, freundlichen Brief. Ich dachte mir, Sie würden bestimmt vielen Antheil an einem Gegenstand nehmen, der für mich so wichtig ist, den Sie vorbereiteten. Ihre Voraussage hat eingetroffen: der Event hat uns überrascht, ehe wir ihn erwarten konnten, und nun thut es mir doppelt leid, daß ich den letzten Sommer, den ich noch zu vielen nützlichen Vorbereitungen hätte anwenden können, durch verwandtschaftliche Rücksichten, und die widersprechende Ansicht derer, die auf die Eintheilung meines Lebens wirkten, verloren habe. Ihre freundschaftlichen wohlwollenden Rathschläge zur wahren Begründung meines zukünftigen Glücks habe ich recht beherzigt, und sie stimmen ganz mit den Grundsätzen überein, die ich im Stillen mir darüber gemacht habe. Eine Persönlichkeit, ein Charakter, der die Achtung, die Liebe und das Vertrauen der Königin und der Nation erweckt, muß die Grundlage der Stellung sein. Jene Persönlichkeit bürgt für die Gesinnung, die den Handlungen zu Grunde liegt, und sollten auch Mißgriffe geschehen, so werden sie leichter jener Persönlichkeit zu Gute gehalten, als oft die großartigsten schönsten Unternehmungen eines Mannes unterstützt werden, zu dem man Vertrauen zu fassen nicht im Stande ist. Bin ich also ein edler Fürst im eigentlichsten Sinne des Wortes, wie Sie mir zurufen, so wird mir besonnene und kluge Handlungsweise um so leichter, und deren Resultate um so segensreicher. Ich will den Muth nicht

*) Early Years pag. 421.

ſinken laſſen, mit kräftigem Vorſatz und wahrem Eifer kann es nicht fehlen, in Allem edel, männlich, fürſtlich zu bleiben.

Zum Handeln bedarf es erſt guten Rathes, den Sie mir am beſten geben könnten, wenn Sie ſich entſchließen wollten, das erſte Jahr wenigſtens meines Hierſeins Ihre Zeit mir zu opfern.

Ich habe Ihnen noch viel zu ſagen, und muß doch jetzt ſchließen, da der Courier nicht länger ſäumen kann. Ich hoffe dann mündlich in Wiesbaden mehr mit Ihnen mich darüber zu unterhalten.

In der Hoffnung, Sie dann dort recht wohl und geſund zu finden, bleibe ich

Ihr treuer Albert.

Windſor, 6. November 1839.

P.S. Noch muß ich Ihnen ſagen, was ich dem Onkel zu ſchreiben vergaß: daß es nach unſerer Abreiſe durchaus nothwendig ſein wird, eine Courierkette zwiſchen Coburg, Wiesbaden, Brüſſel und London zu organiſiren, um im Stande zu ſein, raſch, oft und ſicher ſchreiben zu können. Ich bitte, ſprechen Sie mit dem Onkel darüber."

Der Oheim Leopold befand ſich ſeit Ende October zum Gebrauch einer Kur in Wiesbaden. Er hatte Stockmar zu ſich gerufen, der den ganzen November bei ihm blieb. Die Prinzen langten auf ihrer Rückreiſe von England ebenfalls am 20. dort an. Es wurden alle Anforderungen der Zukunft Albert's, alle Schwierigkeiten ſeiner Stellung in England eingehend und gründlich beſprochen. Der Prinz hatte, wie wir ſahen, an Ort und Stelle einen genügenden Einblick in die Dinge gewonnen, ſo daß er das Bedürfniß, den Rath und Beiſtand Stockmar's beim Beginn ſeiner Laufbahn zur Seite zu haben, lebhaft empfand. Es wurde beſtimmt, daß Stockmar ſchon einige Zeit vor der auf den Februar feſtgeſetzten Vermählung in England eintreffen ſollte.

Ein Brief an Baroneß Lehzen vom 15. December 1839 zeigt, wie er zu dieser Zeit von dem Prinzen und dessen Zukunft dachte.

„Mit wahrer Freude versichere ich Sie, daß, je mehr ich den Prinzen kennen lerne, desto mehr ich ihn liebe und achte. Sein Verstand ist so gesund und klar, sein Gemüth so unverdorben, kindlich, dem Guten wie der Wahrheit zugewandt, daß es nur zweier äußern Elemente bedürfen wird, um einen recht ausgezeichneten Fürsten aus ihm zu machen. Das erste Element wird Gelegenheit und Zeit sein, um Menschen und Welt gehörig kennen zu lernen, das zweite wird der Umgang mit erfahrenen, gebildeten und rechtschaffenen Engländern sein, durch welche er die Nation und ihre Verfassung richtig kennen und begreifen lernen könnte. . . . . Was sein künftiges Verhältniß zur Königin betrifft, so hoffe ich mit Zuversicht, daß sich Beide innig lieben, vertrauen und achten lernen und dadurch sich gegenseitig glücklich machen werden. Wie ich die Königin gekannt habe, war sie stets von schneller und großer Einsicht, und dabei gerade, von seltener Reinheit des Gemüths, ohne alle Eitelkeit und Prätention. Sie wird daher dem Kopf und Herzen des Prinzen volle Gerechtigkeit widerfahren lassen und, wenn dies geschieht, wenn der Prinz von der Königin wirklich geliebt und für das anerkannt wird, was er ist, so halte ich ihn für in der Hauptsache geborgen, zumal wenn er dabei auch die Achtung der Nation zu erlangen verstehen wird. Stürme, Unannehmlichkeiten wird freilich auch er zu bestehen haben, wie jeder Mensch, und hochgestellte Personen am meisten. Doch hat er wirklich die Liebe der Königin und die Achtung der Nation, so will ich auch verbürgen, daß nach dem Sturm er immer wieder im sichern Hafen ankommen wird. Vollkommen Recht gebe ich Ihnen daher, wenn Sie meinen, es sei das Beste, ihn seinem richtigen Verstande, seinem gesunden Gefühl und seinem frommen Sinn zu überlassen.“

Neunzehntes Capitel.

Die Vermählung der Königin und die Stellung des Prinzen. 1840.

Am 9. Januar kam Stockmar in England an.

Sein nächstes officielles Geschäft war der Abschluß des Heirathsvertrags, den er als Bevollmächtigter des Prinzen mit Lord Palmerston zu verhandeln hatte. „Ich besuchte Lord Palmerston auf Carlton Terrace," schreibt er. „Ich fand ihn sehr zerstreut und abgehetzt; doch gratulirte er mir auf's Herzlichste, versichernd, daß unter allen möglichen Heirathen diese am meisten seinen Beifall habe. Wir verabredeten das Nöthige über die Behandlung des Geschäfts."

In den nächsten Wochen hatte Stockmar Gelegenheit zu beobachten, wie die bevorstehende Verbindung in England aufgenommen wurde. Wir fassen seine in verschiedenen Briefen aus dem Januar und Februar zerstreuten Aeußerungen zusammen.

„Die Ultratories bringen dem Prinzen ungünstige Vorurtheile entgegen, wobei der Einfluß Ernst August's von Hannover nicht zu verkennen. Sie geben aus, der Prinz sei ein Radicaler und ein Ungläubiger (infidel). Sie sagen, George Cambridge oder ein Prinz von Oranien hätte der Gemahl der Königin werden müssen. Im

Allgemeinen hat der bloße Entschluß der Königin, zu heirathen, als Erfüllung eines allseitig gefühlten Bedürfnisses, auch mit Rücksicht auf die dem Volke sehr unliebsame Eventualität der Thronfolge von Ernst August und seinem Stamm, die Popularität Ihrer Majestät gehoben und wird auch dem innerlich sehr schwachen Ministerium für einige Zeit wieder etwas mehr Kraft einflößen. Gegen die Person des Bräutigams ist das Publicum ziemlich gleichgültig; allgemein höre ich die Klage, daß er zu jung sei."

Die Gereiztheit der Tories gegen die Königin und das Ministerium, die Indifferenz der Whigs gegen die Person des künftigen Gemahls, die heftige Erbitterung beider Parteien gegen einander, ihre gleichmäßige Unbekümmertheit um die Interessen des Königthums, die durch Finanznoth und Stockung von Handel und Gewerbe geförderte Maaßlosigkeit des Radicalismus, die Sorglosigkeit und das Ungeschick, welche das Whigministerium kennzeichneten, alles das ließ für die Behandlung der auf die künftige Stellung des Gemahls der Königin bezüglichen Fragen nichts Günstiges voraussehen.

Eine verhältnißmäßig untergeordnete Angelegenheit gab dem Prinzen schon in den letzten Monaten vor der Vermählung Anlaß, seine Grundsätze über die von ihm einzunehmende parteilose Haltung geltend zu machen.

Es handelte sich um Anstellung eines Privatsecretärs und Schatullverwalters für ihn. Lord Melbourne schlug seinen früheren Secretär Mr. Anson vor.

Der Prinz konnte darin die Absicht der Whigs sehen, ihren Einfluß bei ihm vorsorglich zu befestigen. Er wollte sich nicht in demonstrativer Weise von vorn herein die Farbe eines Whig geben lassen. Er kämpfte gegen jene Anstellung aus seinem Princip heraus, daß er über den Parteien stehen müsse, energisch an. Man war jedoch in der Sache schon so weit gegangen, daß es schwer fiel das Geschehene rückgängig zu machen, und so gab er auf Stockmar's Rath nach, und fand, wie die Early Years pag. 323 mit Recht sagen,

an Anſon einen treuen, ergebenen, redlichen, allen Ränken fremden Diener.

Am 16. Januar eröffnete die Königin das Parlament in Perſon, und kündigte in der Thronrede ihre beabſichtigte Vermählung an. Bei der Berathung der Antwortsadreſſe gab ſich die chicanöſe Gereiztheit der Tories kund. Sie beklagten ſich, daß in der Ankündigung der Vermählung Prinz Albert nicht ausdrücklich als *proteſtantiſcher* Prinz bezeichnet worden. Die Regierung habe dies wohl aus zarter Rückſicht für ihre irländiſch katholiſchen Anhänger unterlaſſen. Zwar zweifle man nicht, daß er Proteſtant *ſei*; aber es *auszuſprechen* ſei eine Beruhigung für das Land, ein Beweis, daß England noch ein proteſtantiſcher Staat. Der Herzog von Wellington beantragte im Oberhaus zu der Bezeichnung „Prinz“ in der Antwortsadreſſe das Wort „proteſtantiſch“ hinzuzufügen, und drang damit gegen die Regierung durch. Einige Tage darauf erhielt Stockmar ein Billet von Palmerſton, das doch bewies, daß von irgend einer Seite, ſei es aus Bosheit, ſei es aus Unverſtand, Bedenken wegen der Religion des Prinzen angeregt worden waren. Palmerſton ſchrieb „in großer Eile“: „Können Sie mir ſagen, ob Prinz Albert zu irgend einer proteſtantiſchen Secte gehört, deren Satzungen ihn abhalten könnten, das Abendmahl nach dem Ritus der engliſchen Kirche zu nehmen?“

Stockmar erwiderte ihm auf der Stelle im entſchiedenſten Ton, daß der Prinz nicht nur zu keiner *Secte* gehöre, ſondern auch, daß kein weſentlicher Unterſchied zwiſchen dem Abendmahlritus der deutſch-proteſtantiſchen und der engliſchen Kirche beſtehe. „Dies ſchlichtete die Skrupel,“ berichtet er; „Gott weiß was, bei dem jetzigen Fanatismus, für horrible Dummheiten herausgekommen ſein würden, hätte Palmerſton nicht durch meine decidirte Antwort die Uebelgeſinnten unſchädlich machen können.“

Von größerer Tragweite waren zwei andere Angelegenheiten, die noch vor der Ankunft des Prinzen in England erledigt werden

sollten, und auf deren Verlauf die oben aufgezählten ungünstigen Umstände sehr unerfreulich einwirkten. Es waren dies die Bestimmung des Jahrgeldes und des Ranges des Prinzen.

Mit charakteristischer Sorglosigkeit erklärte Lord Melbourne im November 1839 der Königin (Early Years pag. 251): Das Cabinet befürchte keinerlei Schwierigkeiten hinsichts der zu beantragenden Bewilligung. Als aber die Sache im Parlament zur Verhandlung kam, zeigte sich die Lage ganz anders.

Die Regierung forderte für den Prinzen ein Jahrgeld von 50,000 Lstrl. Sie stützte sich dabei auf die Analogie seiner Stellung mit der einer Queen consort, Gemahlin eines regierenden Königs. Die Königin Caroline (Gemahlin Georg II.), Charlotte (Gemahlin Georg III.) und Adelheid (Gemahlin Wilhelm IV.) hatten Jede eine Schatulle von 50,000 Lstrl. gehabt. Ebenso groß war, wie wir wissen, die Annuität des Prinzen Leopold, des Gemahls einer englischen Thronerbin gewesen. Die Höhe der Bewilligung fand aber im Parlament Widerstand, sowohl bei den Radicalen als bei den Tories. Der radicale Hume stellte ein Amendement, die Summe auf 21,000 Lstrl. herabzusetzen, indem er die üblichen von der Schwere der Steuerlast, von dem bedrängten Zustand des Volkes hergenommenen Sparsamkeitsgründe anführte. Der Ultratory Oberst Sibthorp schlug 30,000 Lstrl. vor.

Das Ministerium benahm sich lässig und ungeschickt. Schon einige Tage vor Beginn der Parlamentsverhandlungen erklärte Melbourne der Königin (vergl. Early Years pag. 277), daß eine Niederlage zu befürchten sei. „Als ich dies vernahm," schreibt Stockmar, „ging ich zu ihm, und fragte, ob er nicht eine Verständigung mit der Opposition für zweckmäßig halte, und ob er mich autorisiren wolle, indirecte Verhandlungen deshalb mit Wellington und Peel anzuknüpfen." Er antwortete: „Nein! Mein Verhältniß zum Herzog hat sich in der neueren Zeit verändert. Wir stehen nicht mehr auf demselben Fuße wie bei Ihrer letzten Anwesenheit."

Es war Stockmar's consequent festgehaltene Maxime, daß derartige, das Interesse des Königthums betreffende Fragen als über alles Parteiwesen erhaben mit den Häuptern der Opposition vertraulich verhandelt werden müßten, eine Maxime, nach der später der Prinz mit Erfolg regelmäßig verfahren ist.

„Auf eigene Faust", sagt Stockmar, „wagte ich damals nicht mit der Gegenpartei zu unterhandeln. Später habe ich mich oft gefragt, ob nicht alles besser gegangen wäre, wenn ich aus eigener Machtvollkommenheit mit Peel angeknüpft hätte."

In den Unterhausverhandlungen vom 22., 24. und 27. Januar war das Verhalten der Minister wieder der Sache ungünstig. Lord John Russell in seiner Darlegung vom 24. beging den großen Fehler zu sagen, die besondere Hofhaltung des Prinzen werde etwa 8000 Lstrl. kosten, wo denn der Opposition die Frage nahe gelegt war, was denn mit den übrigen 42,000 bezweckt sei. Sodann ließ sich Lord John Russel verleiten, den Streit auf das Gebiet der Persönlichkeiten hinüber zu spielen. Er gab zu verstehen, die Opposition beweise durch ihre Bekämpfung des Regierungsvorschlags Mangel an Ehrfurcht und Loyalität gegen die Krone. Der Vorwurf, je begründeter er zum Theil war, erbitterte die Tories um so mehr, machte die Debatte um so leidenschaftlicher und entrückte sie dem Einfluß verständiger Erwägungen. Der Sibthorp'sche Antrag (Jahrgeld von 30,000 Lstrl.) ward mit 262 gegen 158 im Unterhause angenommen. Auch Sir Robert Peel und seine näheren Anhänger hatten dafür gesprochen und gestimmt. Auch bei ihnen siegte Parteigefühl und Leidenschaft über die höheren politischen Rücksichten. Sir Robert Peel sagte zwar in seiner Rede, im Fall aus der Ehe der Königin eine zahlreiche Familie erwüchse, würde er eventuell dem Prinzen mehr bewilligen, aber nicht eher, als bis dieser Bürgschaften seines dauernden Aufenthalts im Lande und seiner Anhänglichkeit an dasselbe gegeben. In dieser für die Zukunft eröffneten Möglichkeit sprach sich eben doch für die Gegenwart das kränkende Mißtrauen

gegen den Prinzen und die Unfreundlichkeit gegen die Königin recht scharf aus.

„Keine Partei", schreibt Stockmar, „scheint mir in diesem Augenblick sich über die Verluste zu betrüben, welche das Königthum als solches macht. Der ganze Fall ist neu und von Bedeutung, von größerer wahrscheinlich für die Zukunft als für die Gegenwart. Der Ausgang wurde durch die Vereinigung der Tories mit den Radicalen möglich. Seit einigen Tagen sprach man von dieser Möglichkeit. Mehrere meiner Freunde hielten es für undenkbar, daß die Tories solchen Unsinn begehen könnten. Ich ermahnte sie, von Parteiwuth nicht Weisheit zu erwarten. Viele Umstände haben sich allerdings vereinigt, den Moment für eine solche Verwilligung ungünstig zu machen. Die Tories sind heftig erbittert, ihre Niederlagen bei den letzten Wahlen, wodurch ihre Hoffnung, bald an's Ruder zu kommen, verringert ist, hat wahrscheinlich die Erbitterung gesteigert. Nur dieses Gefühl konnte sie wohl gleichgültig gegen die augenscheinliche Gefahr machen, daß ein solches Votum die Königin persönlich beleidigen und noch mehr gegen sie verstimmen müsse. Deswegen sage ich, diese Abstimmung wird vielleicht erst in der Zukunft die schlimmsten Früchte tragen."

Im Laufe der nächsten Tage überzeugte sich Stockmar mehr und mehr, daß an dem Schlage, welcher den Prinzen getroffen hatte, nicht nur die Opposition, sondern zum guten Theil auch die Gleichgültigkeit oder gar Mala fides der Minister und ihrer Anhänger Schuld trug. Er erfuhr, daß mehrere der ministeriellen Partei während der Abstimmung in den Straßen spazieren gingen, und bald kam ein ausdrückliches Geständniß Lord Melbourne's hinzu. Am 6. Februar schreibt Stockmar:

„Als ich den Palast verließ, begegnete ich Melbourne auf der Treppe. Er nahm mich bei Seite und sagte folgende denkwürdige, wahre, seine Unparteilichkeit beweisende Worte: „„Der Prinz wird wohl sehr erzürnt gegen die Tories sein. Aber es sind nicht die

Tories allein, denen der Prinz die Verkürzung seiner Apanage verdankt. Es sind vielmehr die Tories, die Radicalen und ein gut Theil unserer eigenen Leute.““ Ich drückte ihm die Hand für so seltene Offenheit und sagte: „das nenne ich einen ehrlichen Mann! hoffentlich sagen Sie das dem Prinzen selbst.““

Es war Stockmar's großes Anliegen, daß das Ereigniß den Prinzen nicht erbittern oder feindselig gegen die Tories stimmen möge, damit derselbe nicht in eine falsche Parteirichtung hinein gerathe. Von anderer Seite, von blinden Anhängern der Whigs wurde vielleicht gerade hierauf speculirt, wie denn auch die Early Years pag. 277 andeuten, die ministerielle Partei möge in ihrer Haltung durch die Hoffnung bestimmt worden sein, den Prinzen gleich bei seiner Ankunft gegen die Tories einzunehmen und die Kluft zwischen diesen und der Königin zu erweitern.

Der Prinz befand sich bereits auf der Reise nach England. In Aachen erfuhr er die Abstimmung über sein Jahrgeld.

Stockmar schrieb ihm nach Brüssel, um durch eine wahre und unparteiische Darstellung der eigentlichen Ursachen, die ihm dieses Mißgeschick zugezogen, eine richtige und leidenschaftslose Auffassung von seiner Seite zu vermitteln.

Glücklicherweise kam das Naturell des Prinzen Stockmar's Bemühungen zu Hülfe. Sein richtiger Verstand, und leichter Sinn mit der ihm eigenen Gutmüthigkeit machten alles Gift, was jene Umstände für ihn enthielten, wirkungslos. Er äußerte sich gegen Stockmar, die Sache thue ihm besonders darum leid, weil er nun in der Möglichkeit beschränkt sei Gutes zu thun, armen Künstlern und Gelehrten aufzuhelfen, worauf er sich so sehr gefreut habe.

Eine solche Natur war vollkommen befähigt, Menschen und Dingen gegenüber die Unbefangenheit zu erlangen, die die Voraussetzung einer richtigen Stellung des Prinzen in seiner neuen und so schwierigen Lage bildete.

Der zweite Hauptpunkt, der zur Regelung der Stellung des

Prinzen im Voraus geordnet werden mußte, war die Bestimmung seines Ranges.

Das Wünschenswerthe und Natürliche wäre gewesen, dem Prinzen unbedingt den Rang nach der Königin, also vor allen übrigen Mitgliedern der Königlichen Familie, nicht nur vor der Nachkommenschaft Georg III., sondern auch vor seinen eigenen künftigen Kindern, einzuräumen. Trotz des eifrigen Wunsches der Königin, trotz wiederholter Versuche ist es bis zuletzt nicht möglich gewesen dies durchzusetzen.

Zwar im November 1839 sahen die beiden Verlobten in ihren vorläufigen Besprechungen über diese Frage keine Schwierigkeit voraus. (Early Years pag. 235.)

Bald darauf nahm das Ministerium die Sache in die Hand, und es war die Absicht, in die zur Naturalisirung des Prinzen erforderlichen Bill eine Clausel einzurücken, welche dem Prinzen den Rang unmittelbar nach der Königin zugestand.

Man sondirte zunächst die Oheime der Königin. Die Herzöge von Sussex und Cambridge gaben nach einigem Bedenken ihre Zustimmung zu erkennen. Der König von Hannover verweigerte nicht nur die seine, sondern hetzte die Tories auf, und bearbeitete den Herzog von Cambridge, seine Einwilligung wieder zurückzunehmen.

Am 27. Januar kam die Naturalisationsbill des Prinzen im Oberhause zur Berathung. Sie sollte nach dem Regierungsvorschlage folgende Bestimmung enthalten: „daß der Prinz für seine Lebenszeit, ohnerachtet jeder entgegenstehenden anderweitigen Bestimmung, im Parlament und anderswo den Rang nach Ihrer Majestät, gemäß Ihrer Majestät Gutfinden haben solle.“ Das Whigministerium hatte indeß, in seiner gewöhnlichen Nachlässigkeit, bei der Einbringung der Bill ein formelles Versehen begangen, welches den Tories zunächst eine Handhabe bot, die rasche Förderung der Bill zu hemmen. Man hatte in dem Titel der Bill vergessen zu erwähnen, daß dieselbe nicht nur die Naturalisation, sondern auch den Rang des Prinzen

betreffe. Auf den Antrag des Herzogs von Wellington wurde daher die Discussion zunächst vertagt, weil das Haus von einem so erheblichen Moment des Inhalts keine Kenntniß gehabt. In der Sache selbst wurde gegen den Regierungsvorschlag, namentlich von Lord Brougham, geltend gemacht, daß nach demselben, da er unbeschränkt für die Lebenszeit des Prinzen laute, dieser unbedingt den Vorrang vor jedem ältesten Sohn und Thronerben eines Monarchen (heir apparent), also, falls die Königin ohne Nachkommenschaft verstürbe, auch vor dem ältesten Prinzen des dann zur Succession berufenen Königs (Ernst August von Hannover) haben würde. Die Regierung modificirte demgemäß ihren Antrag dahin, daß es der Königin zustehen solle, dem Prinzen den Rang nach irgend einem ältesten männlichen Thronerben (heir apparent) zu verleihen. Auch diese Concession genügte jedoch den Gegnern nicht, sie verlangten Beschränkung dieses Vorrangs auf die Lebenszeit der Königin.

In dieser Lage der Dinge schreibt Stockmar:

„Ich hörte von den Tories, daß die Bestimmung über den Rang im Oberhause ganz gewiß verworfen werden würde. Niemand von meinen Bekannten, den ich zu Wellington oder Peel hätte schicken mögen, war in der Stadt. In der Angst meines Herzens sandte ich meine getreue Freundin Mrs. W. zu Wellington, um ihm vorzustellen, wie nahe diese Frage der Königin ginge. Er empfing sie, hörte sie an, zankte etwas, gab eine unbestimmte Antwort, und es kam aus dieser Demarche nichts heraus. Die Königin hatte die Niederlage über die Annuity mit vieler Ruhe aufgenommen. Desto mehr Werth legte sie auf Erfolg in der Rangfrage. Als Melbourne ihr die Wahrscheinlichkeit mittheilte, daß er auch hier im Oberhause unterliegen werde, und daher rieth, den Vorschlag darüber fallen zu lassen, konnte sie sich nicht darein finden. Ich ging nun zu Melbourne. Er war bedenklich und unentschlossen. Ich sagte ihm: „„Ziehen Sie um Gotteswillen den Vorschlag zurück, und lassen Sie sich nicht ein zweites Mal schlagen; dies würde den übelsten

Effect haben.““ Er antwortete: „„das glaube ich auch; aber die Königin legt den größten Werth auf die Sache.““ Ich erwiderte: „„seien Sie nur standhaft, und zeigen Sie ihr die Nachtheile einer zweiten Niederlage.““ Er entgegnete: „„ja, aber was soll dann geschehen?““ „„Sie regeln,“ sagte ich, „die Rangfrage durch einen Geheimrathsbefehl (order in Council), wie es der Regent im Falle des Prinzen Leopold gethan hat.““ — Ich ging nach Hause um für Melbourne die Worte abzuschreiben, die der Regent im Jahre 1826 bei der Bestimmung des Ranges für Prinz Leopold gebraucht hatte, und schickte sie ihm.“

Nach diesen Gedanken wurde verfahren. Die Regierung ließ die Rangklausel fallen, so daß die Bill zu einer einfachen Naturalisationsbill wurde, und einige Monate später (Early Years pag. 263, 325) wurde der Rang des Prinzen kraft der Königlichen Prärogative durch Patent in der Art geregelt, daß ihm die Königin den Rang nach sich selbst „bei allen Gelegenheiten und bei jeglichen Zusammenkünften, ausgenommen sofern durch Parlamentsacte ein anderes bestimmt sei“ verlieh. Die beschränkende Klausel bezog sich auf ein Gesetz von Heinrich VIII. über den Rang im Oberhause und im Geheimen-Rath (council), denn natürlich konnte die Königliche Verordnung bestimmten Vorschriften der Gesetze nicht derogiren.

Am 6. Februar langte der Prinz in England an. Nicht ohne Besorgniß sah Stockmar der Zukunft entgegen. Eminente Geistesgaben erkannte er in Albert, den reinsten Willen, Güte, Arglosigkeit, Wohlmeinenheit, Billigkeit des Sinnes, Talent sich in die Umstände zu schicken. Aber die Frage war, ob er an Energie des Gemüths und Charakters den Schwierigkeiten der Lage gewachsen sei, ob ein so junger, so unerfahrener Fürst den großen von der Nation gehegten Erwartungen entsprechen, ob er im Stande sein werde, diejenige Kraft, Beharrlichkeit, Ausdauer zu entfalten, die erforderlich um, unter erschwerenden Umständen aller Art, die bisherigen Unzu-

länglichkeiten seiner Individualität zu überwinden und die großen und trefflichen in ihm angelegten Eigenschaften zu entwickeln.

Der erste Eindruck, den der Prinz in England hervorbrachte, war ein günstiger. „Der Prinz gefällt", schreibt Stockmar am 15. Februar, und am 26. heißt es: „den Unparteiischen gefällt er recht wohl; er ist besser aufgenommen worden als zu erwarten stand. Er benimmt sich in seiner schwierigen Stellung sehr gut."

In den nächsten Monaten klagt Stockmar öfters über die alten Uebelstände, die Abneigung gegen geistige Anstrengung, den politischen Indifferentismus. Er läßt nicht ab, die idealen Strebungen, das Pflichtbewußtsein im Prinzen zu stärken und anzufeuern. Mitunter sieht er diesen selbst muthlos. Aber dessen reiner edler Wille siegt allmälig immer mehr über äußere und innere Hemmnisse.

Eine der nächsten heilsamen Wirkungen, in denen sich der Einfluß des Prinzen geltend machte, war, daß der Hof eine minder schroffe Haltung gegen die Tories einnahm. Lord Melbourne selbst, der, wie wir sahen, persönlich von Parteifanatismus frei war, kam in dieser Hinsicht den Gedanken des Prinzen und Stockmar's entgegen.

„Melbourne sagte mir," schreibt dieser am 20. Februar, „er habe bereits dem Prinzen seinen Glauben mitgetheilt, daß der Hof den jetzigen Zeitpunkt benutzen müsse, um im Geist einer allgemeinen Amnestie gegen die Parteien und besonders die Tories zu verfahren," und in den Early Years pag. 328 lesen wir, daß Lord Melbourne dies der Königin mit dem Ausdruck wiederholte: „Sie sollten jetzt den Oelzweig (des Friedens) ein wenig blicken lassen."

Gegen die Mitte des Jahres zeigten sich erwünschte Aussichten für die Befestigung der Stellung des Prinzen durch die zu hoffende Geburt eines Kindes. Es kam nun darauf an, Fürsorge für die Möglichkeit zu treffen, daß etwa die Königin mit Hinterlassung eines Thronerben stürbe und eine Regentschaft nöthig würde, und in diesem Fall dem Prinzen die Regentschaft zu sichern.

Wir theilen aus Stockmar's Briefen über dieſe Angelegenheit die folgenden Stellen mit:

10. Juni 1840.

„Sobald die Aerzte mit Wahrſcheinlichkeit, an Gewißheit gränzend, den Miniſtern den Zuſtand der Königin anzeigen können, müſſen dieſe für den Fall, daß die Königin ſtürbe und einen Minderjährigen zurückließe, dem Parlament eine Regentſchaftsbill vorlegen. Mein Plan würde ſein, in voller Uebereinſtimmung mit der Oppoſition zu handeln. Ich weiß zwar nicht, wie die Königin und die Miniſter darüber denken werden. Wenn ich mich jedoch an den Gang der Dinge, in den Fragen des Jahrgelds und des Rangs des Prinzen zurückerinnere, ſo werde ich geneigt auf eigene Fauſt zu agiren. Es kann überhaupt nur von einer Alternative die Rede ſein: ob man den Prinzen zum Regenten ohne oder mit einem Regentſchaftsrath macht. Mir erſcheint das Beſte, aus den Gründen, aus denen die Regentſchaftsbill für die Herzogin von Kent hervorging, Albert zum alleinigen Regenten zu machen.

In dieſem Sinn werde ich auch auf Tories und Oppoſition zu wirken ſuchen. Doch verhehle ich mir nicht, daß es vielerlei Einwürfe geben werde, als da ſind: Jugend, Unbekanntſchaft mit dem Lande und ſeinen Inſtitutionen u. ſ. w., und daß die Herzöge von Cumberland, Cambridge und Suſſex, nicht wünſchend, daß man ſie übergehe, die erſteren durch Ultratories, der letztere durch Ultraliberale zu wirken ſuchen werden."

26. Juni 1840.

„Ueber die Regentſchaftsbill habe ich bis jetzt zweimal durch Lord Liverpool mit Sir Robert Peel communicirt. Das erſte Mal ließ ich ihm nur mittheilen, daß die Sache Ende dieſer Seſſion vorgebracht werden würde, daß Einmüthigkeit der Parteien über dieſen Gegenſtand von der größten Wichtigkeit ſei, und daß man daher vorerſt ſeine Meinung, welche ſie auch ſein möge, zu wiſſen wünſche.

Er antwortete hierauf vorsichtig wie immer, aber freundlich. Er kenne ganz genau alles, was zur Zeit der Anfertigung der Regentschaftsbill für die Herzogin von Kent vorgekommen, da er damals Minister gewesen. Er habe übrigens, um eine Meinung abgeben zu können, nur wenige seiner Anhänger zu consultiren. Nachdem dies vorgekommen, hörte Peel, daß die Minister die Regentschaftsbill in dieser Session nicht vorbringen, sondern zu dem Ende das Parlament im October wieder versammeln würden. Als ich Melbourne hierüber fragen ließ, antwortete dieser, daß ihm ein so unzweckmäßiger Gedanke nie in den Kopf gekommen. Mit dieser Antwort ging Liverpool abermals zu Peel. Dieser war freundlich aber sehr zurückhaltend. Er habe bis jetzt nur mit Wellington über die Sache gesprochen. Er könne daher nur eine Privatmeinung abgeben, die durchaus nicht als die seiner Partei anzusehen sei. Prinz Albert sei der natürliche Vormund seines Kindes. Es handle sich daher nur um die Frage, ob Regentschaftsrath oder nicht. Im Allgemeinen könne er den praktischen Nutzen eines Regentschaftsraths nicht absehen, insbesondere nicht, welchen Nutzen es haben könnte, vielleicht den Herzog von Sussex beizugesellen. Dergleichen Conseils führten gewöhnlich nur zu Zwiespalt und Intrigue. Alles was er vom Prinzen gehört, was er selbst habe beobachten können, spreche zu dessen Gunsten. Seiner Meinung nach sollten die Minister die Bill sobald als möglich den Häusern vorlegen."

„Melbourne wünschte hierauf mich zu sprechen. Ich erzählte ihm, was ich durch Liverpool von Peel gehört. Er sagte, Peel's Ansicht sei auch die seine. Allein es sei eine Maaßregel voll von Schwierigkeit. Die Bill treffe Fürsorge für die nächsten 18 Jahre*). Einmüthigkeit in den Häusern über die zu machende Vorlage sei von großer Wichtigkeit, aber er zweifle, daß diese Einmüthigkeit sich

*)-Indem nämlich die Regentschaft möglicherweise 18 Jahre dauern konnte.

finden werde. Hieraus ersah ich, daß er mit einigen seiner Collegen mußte gesprochen, und daß diese ihm Zweifel, die er früher nicht gehegt, mußten beigebracht haben."

„Ich nahm nun Gelegenheit ihm zu zeigen, daß es Gefahr habe, die Maaßregel auf unbestimmte Zeit aufzuschieben; daß überhaupt mehr Gründe dafür sprächen, die Sache sofort als später zu regeln. Er stimmte bei und gab mir das Versprechen, daß er nichts thun wolle, ohne vorher mit dem Herzog von Wellington gesprochen zu haben."

28. Juni.

„Peel kam heute unaufgefordert zu Liverpool, und sagte ihm recht freundlich und aufrichtig zur Mittheilung an den Prinzen, es sei eine Intrigue der Radicalen im Gange, den Herzog von Sussex zum Mitregenten zu machen. Er lasse Albert rathen, sich ganz ruhig und passiv zu verhalten. Er, Peel, werde Sorge tragen, daß dem Prinzen von dieser Seite kein Unheil komme."

29. Juni.

„Melbourne sagte mir in Bezug auf die Regentschaftsfrage, daß er nach seiner Unterredung mit mir zum Herzog von Wellington gegangen. Dieser habe sogleich gefragt: „„was gedenken Sie zu thun? Sie müssen etwas thun."" — Er habe geantwortet, daß er nach reiflicher Ueberlegung gegen jedes dem Regenten beigegebene Conseil sein müsse. Die Idee, die executive Gewalt unter Mehrere zu theilen, widerspreche dem Geist der englischen Constitution. Er sei daher dafür, dem Vater des Kindes die alleinige Regentschaft zu übertragen." Hierauf habe Wellington erwidert: „„das ist auch meine Ansicht. Wahrscheinlich wünschen Sie, daß ich mit meinen Freunden, z. B. Sir Robert Peel, spreche? Das soll geschehen, und wir sehen uns dann zu geeigneter Zeit wieder, um das Weitere besprechen zu können.""

8. Juli.

„Der Herzog von Suſſex, bei dem Anſon ſpeiſ'te, nahm dieſen nach Tiſch in eine Ecke, und fragte, was er über die Abſichten der Miniſter rückſichtlich der Regentſchaftsbill wiſſe. Anſon antwortete, „„nichts als was im Publicum darüber geſagt wird.““ Hierauf ergoß ſich der Herzog in bittere Klagen über die Abſurdität dieſer Maaßregel. Sie ſei ganz unnütz, werde unfehlbar die Königin beunruhigen, und daher einen höchſt nachtheiligen Einfluß auf ihre Geſundheit ausüben; die Miniſter riskirten übrigens gar nichts dabei, wenn ſie die Beſtellung einer Regentſchaft unterließen. Denn ſollten ja die Umſtände ſie nöthigen, auf eigene Verantwortlichkeit hin zu handeln, ſo könnten ihre Acte immer ſpäter durch eine Indemnitätsbill gedeckt werden. Er wiſſe übrigens recht gut, wer die eigentliche Triebfeder ſei (er gab zu verſtehen: Stockmar). Dies erklärt denn vollkommen, warum Melbourne in einer ſeiner letzten Unterredungen mit mir ſo unentſchloſſen war, und mir als Gegengründe gegen meine Vorſchläge Wört für Wort das Raiſonnement des Herzogs gab. Der Herzog hatte, wie mir ſpäter geſagt wurde, ſeine Meinung Melbourne (wahrſcheinlich durch Lord John Ruſſell) mittheilen laſſen, und der Miniſter daraus die Beſorgniß geſchöpft, daß die Perſon Albert's großen Widerſtand erregen dürfte. Die Bill wird nun in dieſen Tagen vorgebracht werden und wir werden ſehen, ob Peel und ſeine Partei Wort halten.“

11. Juli.

„Am Montag wird der Lord Kanzler die Botſchaft über die Regentſchaft an das Haus der Lords bringen.“

„Daß Anhänger von Suſſex einige Abſurditäten oder vielleicht unangenehme Wahrheiten vorbringen könnten, darauf müſſen wir gefaßt ſein. Uebrigens, wenn nicht alle Zuſicherungen, und ich habe die ſtärkſten erhalten, geradezu Lügen ſind, ſo beſorge ich nichts Unangenehmes. Der kurze aber ſehr freundliche Artikel in der heutigen

Times beweist, daß ich doch noch einiges Ascendant über das störrische Gemüth meines alten Bekannten Barnes (des Redacteurs) habe."

20. Juli.

„Der Herzog von Sussex und die Herzogin von Gloucester sind entschlossen, uns hinsichtlich der Regentschaft so viel als möglich zu tribuliren."

Einige Tage später.

„Die Regentschaftsbill wird nächsten Montag im Hause der Lords zum zweitenmal verlesen werden. Bis jetzt erscheint außer Sussex keine Opposition. Dieser hat sich, wie immer, höchst unverständig benommen. Er und die ganze hannoversche Familie, sagt er, seien auf das Aeußerste beleidigt. Ihm sei es um das Princip, nicht um Persönlichkeiten zu thun, daher müsse er protestiren. Er wisse, daß er sich dadurch schade, aber er müsse seine Pflicht thun. Das thut denn dem guten Premier sehr leid und er hat dem Herzog bereits fünf bis sechs Vermittler zugeschickt, um ihn zu besänftigen, doch bis heute vergeblich. Ob die Opposition des Herzogs Widerhall im Hause der Gemeinen finden werde, weiß ich nicht. Wenn es aber auch einfältige Redensarten gäbe, die Bill selbst ist, Dank den Versprechungen Peel's, vollkommen gesichert."

Die Bill begegnete in beiden Häusern keinem Widerspruche, außer dem des Herzogs von Sussex. Stockmar konnte mit dem Ergebniß seiner Bemühungen zufrieden sein. Der Prinz selbst erkannte den Nutzen derselben an. Er schrieb am 24. Juli an seinen Vater, den Herzog von Coburg (Early Years pag. 351): „Es hat viel Mühe gekostet die Sache durchzufechten, denn es waren alle Arten von Intriguen im Gange, und hätte nicht Stockmar die Opposition für die Minister gewonnen, so hätte der Ausgang wohl derselbe wie bei den 50,000 Lstrl. sein können."

Stockmar dachte, sobald die Regentschaftsbill durchgegangen sein

würde, den Rückzug nach der Heimath anzutreten. „Mit diesem Acte", schreibt er am 11. Juli, „würde sich meine Wirksamkeit hier für's erste, vielleicht für immer, schließen. Wie viel oder wie wenig ich diesmal genützt, steht mir nicht an errathen zu wollen. Doch kann ich sagen, ich habe nicht einen einzigen dummen Streich gemacht und dies ist immer eine Genugthuung für einen Mann in meinen Jahren."

Er reiste am 3. August ab, nicht ohne von der Königin und dem Prinzen dringende Aufforderungen erhalten zu haben, im November wiederzukehren, wo die Königin ihrer Entbindung entgegensah.

Zwanzigstes Capitel.

Aus den Jahren 1841 bis 1846.

Im November traf Stockmar wieder in London ein. Am 21. kam eine Prinzessin, die jetzige Kronprinzessin Victoria von Preußen, zur Welt. Der Prinz Gemahl erfreute sich des Raths und Beistandes des auch ärztlich erfahrenen Stockmar in der Fürsorge für Mutter und Kind. Die Organisation und Ueberwachung des Kinderdepartements in der Anfangszeit der jungen Ehe nahm Stockmar viel in Anspruch. In einem Briefe heißt es: „Die Nursery macht mir so viel Mühe als die Regierung eines Königreichs es nur könnte."

Es sei gleich an dieser Stelle erwähnt, daß die kleine Prinzessin, jetzt eine Fürstin von bewundernswerther Lebensfülle und Kraft, Jahre durch ein schwächliches Kind war, an dessen Erhaltung man lange zweifelte.

Während seines Aufenthalts beobachtete Stockmar aufmerksam den Gang der damaligen orientalischen Verwicklung, und beschäftigte sich viel mit der beginnenden Frage der spanischen Heirath.

Da übrigens kein Geschäft von unmittelbar dringlicher Wichtigkeit vorlag, so begab er sich im April 1841 nach Coburg. Im Laufe des Sommers wurden denn die vom englischen Hofe an ihn

kommenden Aufforderungen zur Rückkehr immer dringender, und zu Anfang Septembers sehen wir ihn schon wieder in London.

Er fand ein sehr verändertes Terrain. Am 30. August war das Ministerium Melbourne gefallen, und die Tories mit Sir Robert Peel an der Spitze waren in der Regierung und am Hofe eingezogen. Der Wechsel war durch die Vorgänge von 1839, welche doch ihre Spuren in den Gemüthern zurückgelassen hatten, erschwert. „Warum sind Sie nicht hier?“ schrieb der Prinz. Indeß vollzog sich unter seiner klugen umsichtigen Leitung der Uebergang in sehr befriedigender Weise.

Schon seit Monaten war der Fall des Whigministeriums vorherzusehen gewesen. Bereits am 12. April 1840 schrieb Stockmar: „Ich habe soeben eine lange Unterredung mit Lord Melbourne gehabt. Er meinte, daß sein Ministerium doch sehr allen Chancen und Zufälligkeiten ausgesetzt sei, und daß er nirgends eine Garantie für dessen Stabilität erblicke.“ Und am 8. Juli sagt er: „ich möchte glauben, daß das Ministerium sich schwerlich länger als bis zur nächsten Session fortschleppen wird. Es ist zu schwach, und alles Vertrauen, selbst der eigenen Partei, geht auf die Neige. Brougham sagt witzig genug: „„Ich weiß was Lord Melbourne will, er will bleiben, bis er eine Majorität in den Häusern erlangt hat.““ Lord Grey selbst ist außer sich. Er sagt, „„ein solches Ministerium ist noch gar nicht dagewesen; sie haben buchstäblich niemand für sich als die Königin und die Radicalen. Alles Uebrige ist gegen sie.““ Er hat mir selbst gesagt, daß er sich unter gewissen Umständen gezwungen sehen würde, zur Opposition überzugehen. Sonach wird es nur ein äußeres Anstößlein brauchen, und an solchen fehlt es nie, und das Ministerium wird einfallen wie ein zusammengebranntes Haus.“

Diese precäre Lage des Ministeriums bewog den Prinzen, schon im Mai 1841 durch seinen Secretär Anson, unter Vorwissen und Zustimmung Lord Melbourne's, geheime Verhandlungen mit Peel

anzuknüpfen, um für den künftigen Ministerwechsel im Voraus alle Schwierigkeiten zu ebnen und einer Wiederkehr der Anstöße von 1839 vorzubeugen. Peel zeigte dabei eine Billigkeit, Zartheit, Rechtlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Umsicht, wie sie in ähnlichen Fällen nicht leicht vorkommen werden. Das Ergebniß war ein Abkommen, daß, wenn das Ministerium Melbourne zurückträte, die Königin diejenigen obersten Hofdamen, deren Entfernung wegen ihres Verwandtschaftsverhältnisses zu den Ministern den Tories unerläßlich schien (die Herzoginnen von Bedford und Sutherland und Lady Normanby), vermögen solle, selbst zu resigniren, so daß das Princip, das im Jahre 1839 in Frage gewesen, zwischen Ihrer Majestät und Sir Robert Peel gar nicht mehr erörtert zu werden brauche.

Die Wirkung dieses Abkommens wurde freilich dadurch, zwar nicht zerstört, aber hinausgeschoben, daß das Whigministerium nach einem Mißtrauensvotum des Unterhauses im Juni die Auflösung des Parlaments beschloß. Dadurch verzögerte sich der Wechsel des Ministeriums bis in den August, wo die Whigs, die in den Wahlen, trotz des Mißbrauchs, den sie mit dem Namen der Königin trieben*), unterlagen, auf ein neues Mißtrauensvotum sich schließlich doch genöthigt sahen abzutreten; und nun erfolgte der Eintritt des neuen Ministeriums ohne jeden Mißton.

Bald nach seiner Ankunft suchte Stockmar Melbourne auf. „Er versicherte mir," lesen wir in einem Briefe vom 12. September, „er sei mit der Art, wie der Ministerwechsel vorübergegangen, vollkommen zufrieden. Er lobte den Prinzen, der sich durchaus mit Mäßigung und Umsicht betragen habe. Ebenso Peel, der sich völlig als Gentleman benommen und gesagt habe: es ist jetzt anders wie vor zwei Jahren, ich bin jetzt stark, ich kann großmüthig sein."

---

*) Sie machten bei den Wahlen zur Losung: The queen and the country against monopoly! The queen and cheap bread! (Die Königin und das Land gegen das Monopol, d. i. die Korngesetze — die Königin und wohlfeiles Brod!

Das nähere Verhältniß Stockmar's zu dem Haupt des neuen Miniſteriums wurde durch die Vermittlung Lord Liverpool's*), mit dem er ſeit Jahren in vertrauten Beziehungen ſtand, eingeleitet.

Lord Liverpool ſchreibt darüber am 7. October 1841:

(Ueberſetzung.)

Mein lieber Baron!

„Peel ließ mich dieſen Morgen rufen. Nach einem allgemeinen Geſpräch über den Hofſtaat betreffende Angelegenheiten ſagte er, daß ſein Verkehr mit Ihro Majeſtät ihm neuerdings und beſonders geſtern zu großer Befriedigung gereicht habe, und fragte mich, ob ich geſtern Ihre Majeſtät oder den Prinzen geſehen, und ob ſie mit ihm zufrieden ſeien. Ich erwiderte ihm, daß ich Ihre Majeſtät nur im Hofkreiſe geſehen, und den Prinzen nur einen Augenblick in Ihrem Zimmer, ich müſſe aber die Gelegenheit ergreifen, ihm ein Wort über Sie zu ſagen, von dem ich geſtern erfahren hätte, daß ſowohl die Königin als der Prinz mit ihm, Peel, außerordentlich zufrieden ſeien. Ich ſei mit Ihnen ſchon ſehr lange bekannt, aber unſer vertrautes Verhältniß ſei damals entſprungen, als König Leopold Sie, kurz vor der Thronbeſteigung der Königin, herüberſandte. Wir ſeien damals im Bunde geweſen, und unſere gegenſeitige Achtung und Intimität ſei ſeitdem gewachſen. Ihre Stellung ſei eine ganz eigenthümliche, man könne Sie in Wahrheit eine Art von zweiten Vater der Königin und des Prinzen nennen. Ihr einziges Ziel ſei deren Wohl und Ihr einziger Ehrgeiz, ihnen nützliche Dienſte zu leiſten. In dieſem Sinne hätten Sie einen vertraulichen Verkehr mit Melbourne unterhalten und ich wünſche, daß das Gleiche ihm, Peel, gegenüber ſtattfinde. Er ſagte, er ſehe die Sache gerade ſo an wie ich, er wünſche mit Ihnen in Verbindung zu treten, und es liege ihm am Herzen, den Wünſchen der Königin und des Prinzen überall zu

*) Lord Liverpool († 1851), Bruder des 1828 geſtorbenen Premierminiſters Liverpool, ein gemäßigter Tory, liebenswürdig, verſtändig, durchaus ehrenhaft und zuverläſſig.

begegnen, wo es in ſeiner Macht ſtehe, und ſo weit es mit ſeinen bekannten und ausgeſprochenen politiſchen Grundſätzen verträglich ſei. In allem, was den Hofſtaat und die perſönlichen Gefühle der Herrſchaften angehe, werde der leiſeſte Wink genügen, ihn zu leiten. Er werde keinem Parteigefühl oder Manöver nachgeben, das in irgend einer Weiſe das perſönliche Behagen Ihrer Majeſtät oder Sr. Königlichen Hoheit beeinträchtigte. Es liege ihm beſonders daran, daß man an jener Stelle wiſſe, wie es ihm nie in den Sinn gekommen, die Wünſche der Königin rückſichtslos zu kreuzen. Wenn Sie zu irgend einer Zeit zu ihm kommen und mit ihm offen und freimüthig ſprechen wollten, ſo könnten Sie ſich auf ſeine Aufrichtigkeit und Discretion verlaſſen. Vor allen Dingen, wenn Sie ihm irgend etwas mittheilten und den Wunſch ausſprächen, daß er es nicht einmal dem Herzog von Wellington wiederſage, ſo möge ich Ihnen verſichern, daß er ſich ſtreng darnach richten werde. Bitte, laſſen Sie mich durch eine Zeile wiſſen, daß Sie nicht mißbilligen, was ich gethan . . . . .“

Stets aufrichtig der Ihrige
Liverpool.

Am 14. October ſchreibt Stockmar:

„Ich habe großes Vertrauen in Peel's Fähigkeit als Staatsmann. Mißtrauen in ſich ſelbſt und in Andere iſt ſeine Schattenſeite. Für ruhige Zeiten iſt er daher geſchickter als für ſtürmiſche. Doch wird er in viel höherem Grade wahrer Miniſterpräſident ſein, als ſein Vorgänger, und ſeiner Ehrlichkeit vertrauend, hoffe ich, daß die Königliche Prärogative von ihm viel beſſer geſchützt werden wird, als von Melbourne. Uebrigens weiß ich gewiß, daß Peel noch nicht glaubt, dasjenige Vertrauen bei der Königin zu beſitzen, welches er wünſcht und auch braucht. Den Prinzen hält er dagegen für ſeinen Freund. Sonderbar genug, daß dem Prinzen dieſe Gelegenheit ward, feurige Kohlen auf Peel's Haupt zu ſammeln, der ihn um

20,000 Lstrl. brachte und ihn auch gern um den Rang gebracht hätte. Der Hof ist durch die neuen Ankömmlinge anständiger geworden."

In den folgenden Monaten trat Stockmar Sir Robert Peel und Lord Aberdeen persönlich näher, und in einem Briefe vom 2. December heißt es:

„Der Mensch, der oft angeführt worden ist, wird comme de raison, mißtrauisch. Ich sage daher für's Erste nicht mehr, als daß der Anfang meiner Beziehungen zu Peel und Aberdeen anscheinend sehr befriedigend ist. Mir begegnet bis jetzt nichts als Offenheit und Bereitwilligkeit, Uebereinstimmung der Ansicht und das Versprechen, übernommene Verpflichtungen genau zu erfüllen."

In der Correspondenz Stockmar's von diesem Jahre nehmen die orientalischen Angelegenheiten, sowie die spanischen Dinge eine hervorragende Stelle ein, und die belgischen Verhältnisse beanspruchten seine besondere Theilnahme.

Die Einzelheiten des Verlaufs der orientalischen Verwicklung 1840 bis 1841 sind allgemein bekannt. Wir begnügen uns daher, einige Stellen auszuheben, in denen sich Stockmar über die Haupt- und Grundzüge ausspricht.

Am 21. November 1840 schreibt er:

„Bis heute bleiben die vier Alliirten ihrer ersten Ansicht, den aus ihr hervorgegangenen Grundsätzen und der auf diese gegründeten diplomatischen Behandlung der Sache getreu. Sie sehen das Wesen der zwischen ihnen und Frankreich entstandenen Differenz weniger in dem, was im Orient zwischen Sultan und Pascha sich zugetragen hat und noch zutragen kann, als in den von Frankreich Europa gegenüber aufgestellten, Allen Gefahr drohenden Grundmaximen und Prätensionen. Sie sagen: „„Frankreich hat von den orientalischen Angelegenheiten den Vorwand hergenommen, zu Gunsten des Pascha's Principien aufzustellen, die, wenn sie von dem übrigen Europa angenommen würden, allem Völkerrecht ein Ende machen, und daher

die Existenz aller Staaten gefährden müßten. Dieser subversiven Grundsätze wegen müssen wir Frankreich widerstehen, nicht eigentlich wegen der Ansprüche, die es für den Pascha in Syrien erhebt. Führten diese nicht zu allgemeinen, ganz Europa erschütternden Consequenzen, so würde uns auch nur wenig daran liegen, ob dem Sultan oder dem Pascha etwas mehr von Syrien gehöre. Wir haben Alle Frieden nöthig, und legen den größten Werth auf das gute Einverständniß mit Frankreich. Auch sind wir bereit, dies praktisch zu bethätigen, sobald Frankreich uns gegenüber sich auf die Basis des Völkerrechts und der Billigkeit stellt. Allein ein Princip, wie es Frankreich verkündet, daß der Pascha deswegen Egypten und Syrien erhalten müsse, weil Frankreich ihn nun einmal für einen nothwendigen Moment des heutigen politischen Gleichgewichts halte, können wir nimmermehr zugestehen, selbst wenn Krieg darüber entstehen sollte. Durch ein solches Zugeständniß würde England Frankreich das Recht einräumen zu sagen: der im erfolgreichen Aufruhr gegen Großbritanien begriffene O'Connell muß anerkannt werden, denn wir halten ihn für ein nothwendiges Moment des europäischen Gleichgewichts.""

Im August 1841 sagt Stockmar:

„Selbst wenn Frankreich Recht hätte, war es der Mühe werth, ihm zu zeigen, daß man seine Dictatur nicht zugeben kann, daß man sich nicht vor Thiers fürchtet, wenn er Napoleon spielen will. Daß Krieg ein großes Unglück sein würde, ist wahr. Allein bloße Verhandlungen, in denen die bösen menschlichen Eigenschaften stets der Natur der Dinge nach die guten überwältigen, lassen endlich eine solche bodenlose Verderbniß menschlicher Zustände zu, daß ein Krieg im Vergleich damit vorzuziehen ist, als das einzige Mittel gegen schändliche Krankheiten."

„Die Ausrede, Frankreich sei durch den Vier-Vertrag*) beleidigt,

*) Den Vertrag vom 15. Juli 1840 zwischen England, Rußland, Oestreich und Preußen einerseits und der Pforte anderseits.

ist an sich leer, und zeigt, wie wenig wahre Gründe, sich zu beklagen, es habe. Palmerston ist freilich leichtfertig (flippant) und hartnäckig zugleich. Bei einem Engländer gehen übrigens die Mißgriffe, die er begehen kann, nicht so ins Unendliche wie bei Thiers und den Franzosen. Von Beiden ist mir der letztere viel unheimlicher. Ich hoffe, daß es dem so gescheuten Louis Philipp doch endlich gelingen soll, diesen Brouillon zu bemeistern."

Auch in der spanischen Heirathsangelegenheit zeigten sich von Anfang an die präpotenten Ansprüche Frankreichs. „Man schreibt mir," sagt Stockmar in einem Briefe vom 11. November 1841: „„Der Gemahl der Königin Isabella muß ein Bourbon sein, weil die Franzosen es wollen, und in dieser Hinsicht auch Guizot das Gesetz machen werden."" Die incurablen Franzosen! Immer heißt es gleich: das wollen wir, so muß es sein! — Nun kommen die Unmöglichkeiten, dann toben sie wie Kinder, werden behandelt wie Kinder, endlich haben sie ausgetobt und geben sich zufrieden, daß aus ihren eigensinnigen Wünschen nichts geworden ist."

In den Jahren 1840, 1841 und 1842 kam die ganze europäische Stellung Belgiens aus Anlaß der von diesem mit Frankreich angeknüpften Verhandlungen über eine Zolleinigung zur Sprache. Das Wesentliche der Geschichte dieser Verhandlungen erzählt Guizot in seinen Memoiren Bd. VI, S. 276 ff., womit die Notizen zu vergleichen, welche Juste in seinen Werken über Lebeau, S. 142 ff. und Le Hon, S. 142, 183, 202 beibringt.

Die französischen und belgischen Berichte über diese Sache haben insofern eine etwas verschiedene Schattirung, als die Franzosen sowie die Belgier besonderen Nachdruck darauf legen, daß der Antrag zur Zolleinigung von der anderen Seite gekommen sei. Es wird wohl nicht in Abrede zu stellen sein, daß die erste Anregung von Belgien ausging, dessen Regierung der Industrie des Landes neue Absatzwege zu bereiten bestrebt war. Uebrigens fand der Gedanke zu verschiedenen Zeiten in Frankreich bei den verschiedenen

maaßgebenden Perſönlichkeiten nicht die gleiche Wärme des Entgegenkommens.

Schon 1836 wurde der belgiſche Geſandte in Paris, Le Hon, beauftragt, wegen der Zolleinigung zu ſondiren. Im Jahre 1840 unter dem Miniſterium von Thiers, welcher eifrig dafür geweſen zu ſein ſcheint, begann eine förmliche Unterhandlung. Sie gerieth über der orientaliſchen Verwicklung ins Stocken, wurde aber im Juli 1841 unter Guizot wieder aufgenommen. Der König Louis Philipp war ſehr für das Project eingenommen, Guizot, wie es ſcheint, kühler. Wir ſchicken voraus, daß im Jahre 1842 der Plan aufgegeben wurde, weil die franzöſiſche Induſtrie, aus Furcht vor der belgiſchen Concurrenz, lebhaft dagegen opponirte, und England, dem Preußen zuſtimmte, die Zolleinigung für unvereinbar mit der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens erklärte, während Rußland und Oeſtreich ſich zwar mehr zurückhielten, aber doch vorauszuſehen war, daß ſie ſich eventuell formellen Schritten jener Mächte angeſchloſſen haben würden.

Ueber dieſes Zolleinigungsproject äußert ſich Stockmar im Auguſt 1841 folgendermaßen:

„Ich ſehe in dem Project große politiſche Gefahren für die belgiſche Nationalität und Unabhängigkeit. Von der Bereitwilligkeit, mit welcher Frankreich dem belgiſchen Verlangen entgegenkommen wird, können die belgiſchen Staatsmänner einen Maaßſtab für die Größe der Gefahr entnehmen.“

„Meiner Meinung nach wird ſich Frankreich auf jeden Fall zu der Sache bereit finden laſſen. Sollten materielle franzöſiſche Intereſſen dagegen ſprechen, ſo wird die Regierung trotzdem darauf eingehen, weil die eventuellen politiſchen Vortheile zu lockend und bedeutend ſind. Verſtändig und geſchickt, wie die Franzoſen in ſolchen Dingen ſind, werden ſie die ungeſtüme, verlangende belgiſche Induſtrie durch Scheinconceſſionen zufrieden zu ſtellen ſuchen. Enttäuſcht ſich dann auch das belgiſche Publicum nach einiger Zeit, das Netz

bleibt geworfen und wird als politisches Schlepptau dienen. Sind die durch die Zolleinigung geförderten Interessen Belgiens nur partiell und gehen sie nur einzelne Provinzen, z. B. die wallonischen an, so dürfte die Zollunion in einiger Zeit ein wahres Zersetzungsmittel für die belgische Einheit und Nationalität werden. Die größere Beweglichkeit der Wallonen, ihre geringere Katholizität wird sich mit dem materiellen Elemente verbinden, um sie durchaus zu französiren und geneigt zu machen, beim geringsten äußern Anstoße sich von den übrigen Provinzen zu trennen, um sich Frankreich einverleiben zu lassen. Und was bliebe dann dem verlassenen Reste übrig, als sich Holland anzuschließen?"

„Vielleicht wäre auf solche Weise die so oft besprochene Theilung Belgiens sicherer und ruhiger einzuleiten und zu bewirken, als durch die Gewalt der Waffen. Nehme ich aber an, daß die materiellen Interessen von ganz Belgien durch den Zollbund gefördert würden, so muß ich auch voraussehen, daß von dem Augenblick seiner Verwirklichung an die politische Stellung Belgiens eine ganz veränderte sein werde. Gegenwärtig halte ich es für möglich, daß Belgien sich als neutraler unabhängiger Staat gerire. Es scheint mir möglich, daß es eine Haltung durchführen könne, die selbst Frankreich so weit imponiren würde, daß es nothgedrungen Belgien als etwas Selbständiges gelten ließe. Nach einer, allgemeine belgische Interessen mit ähnlichen Frankreichs verschmelzenden Union könnte Belgien vielleicht noch lange Zeit dem Namen nach als Staat figuriren, in Wirklichkeit würde es aber wenig mehr als eine französische Provinz sein."

„Man kann mir auf das Gesagte Folgendes erwidern:

„„Das Alles sind Worte, die dem absoluten Bedürfniß nicht abhelfen, den Hunger unserer von Handel und Industrie lebenden Classe nicht stillen."" Dagegen antworte ich: Zugegeben! dann ist aber auf jeden Fall vor dem Abschluß eines Zollvereins mit aller Klarheit und Gründlichkeit festzustellen, ob den Belgiern dadurch auf

Kosten ihrer Nationalität wahre Vortheile geschafft werden, ob diese wirklich so bedeutend sind, daß sie die Hungrigen speisen, oder ob die geträumten Vortheile bloße Köder sind, um bethörte Fischlein zu fangen."

„König und Ministerium haben sich gegen das Andrängen der nach Profit hungrigen Menge zu panzern. Regierungen können auf positive Weise fast nichts für Handel und Industrie thun. Die Gewinnsucht der Menschen zufrieden stellen zu wollen, ist eitles Bestreben der Regierungen, und jedes Bemühen derselben schafft, statt Befriedigung, nur neue Anforderung und vermehrten Ungestüm. Ich erwarte für die handelnde und industrielle Welt das Meiste von unserer Zeit, die gewisse Grundsätze in kürzester Frist zur Reife bringen wird. Die Wahrheit, daß aller Handel frei sein sollte, wird zur Anerkennung kommen, und die veränderten Ansichten der Völker werden es den Regierungen möglich machen, den von ihnen ausgehenden Handelsverträgen Kern und Wesen zu geben. Belgien wird bestehen auch ohne Zollbund mit Frankreich; auch ohne diesen wird sich sein Handel täglich mehren, denn das liegt im Laufe der Zeit."

In einem Brief vom 14. October 1841 kommt Stockmar nochmals auf dasselbe Thema zurück.

„Die Zeit allein kann Rosen bringen. Die Zeit allein kann Belgiens Handelsstand verständiger, fähiger und geschickter machen, die Zeit allein Frankreichs Prohibitivwuth mäßigen. Absatzwege, wie sie die Belgier für ihre Ueberproduction wollen, giebt es nicht: sie würden auch schon nach einigen Jahren nicht mehr helfen."

„Nicht nur Menschen, auch Völker sind fixen Ideen unterworfen. Daran, daß Belgien jetzt einen so bedeutenden Theil der Rente der niederländischen Staatsschuld zu tragen hat, sind die Fehler des Jahres 1838 Schuld*). Zahlte aber auch Belgien gar nichts, so

*) Stockmar scheint der Meinung gewesen zu sein, daß Belgien 1838 im Punkt der Schuld bessere Bedingungen erlangt hätte, wenn es sich im Punkt

würde es ein exquisiter Irrthum sein, die ersparten Millionen auf künstliche Hebung der belgischen Industrie zu verwenden, und also die Ueberproduction von Staatswegen zu fördern. Der frühere König Wilhelm I. hat in dieser Beziehung genug gesündigt, und seine Sünden büßt Belgien in Gent und Lüttich. Es ist und bleibt in unserer Zeit fehlerhaft, Industrie künstlich ins Leben zu rufen. Man nährt dadurch nur den Drachen der Uebervölkerung."

Ein Ereigniß des Jahres 1841 gab Anlaß, die Lebensfähigkeit der belgischen Schöpfung von Neuem zu prüfen. Es war das im Herbst unter der Leitung der Generale Van der Meeren und Vandersmissen in Belgien ausgebrochene Orangistische Militärcomplott.

Schon im August waren von den belgischen Orangisten Botschaften an die königliche Familie von Holland gelangt, es herrsche in Belgien allgemeine Unzufriedenheit, in allen Classen bedauere man die Trennung und sei bereit, sich den Oraniern wieder in die Arme zu werfen, wenn sich nur eine günstige Gelegenheit, z. B. durch eine Bewegung in Frankreich, biete.

Diese Berichte scheinen auf den unbesonnenen, kopflosen König von Holland nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. In seinen ruhigen und nüchternen Augenblicken erkannte dieser zwar an, daß Belgien für ihn verloren sei, aber er hatte dann wieder Momente, wo ihn seine Phantasie fortriß, wo die Begierde, das Verlorene wieder zu gewinnen, ihm die Möglichkeit davon vorspiegelte. Er bildete sich ein, sein Vater habe zwar in Belgien keine Sympathien zurückgelassen, aber er sei dort allgemein beliebt gewesen, und er griff zu allerlei Mitteln, sich jene angeblichen Sympathien zu erhalten, oder sie neu anzufeuern. Dahin gehörte z. B. sein Hätscheln der Katholiken, Begünstigung der belgischen Officiere in seiner Armee, Veränderung der holländischen Uniform, um sie der belgischen ähn-

der an Holland herauszugebenden Territorien weniger widersetzlich und kriegerisch gezeigt hätte.

licher zu machen u. s. w. In diesem Gemüth zündeten denn leicht die Nachrichten der Orangisten aus Belgien. Der König mußte auch einem dortigen Restaurationsversuche um so geneigter sein, je schlechter seine Stellung in seinem eigenen Lande war, wo er weder Vertrauen noch Achtung einflößte, wo man den alten König zurückgerufen haben würde, hätte er sich nicht mit einer Katholikin vermählt gehabt. Dazu kam, daß Frankreich schon seit langer Zeit mit Holland intriguirte und neuerdings auffällig coquettirte, was dem armen König zu Kopfe stieg und ihn zu tollkühnen Hoffnungen berauschte.

So entstand der verunglückte Restaurationsversuch vom Herbst 1841, über den wir einige Stellen aus der Correspondenz Stockmar's mittheilen.

„Die Intriguen des französischen Ministers im Haag und die ostensiblen Demonstrationen des französischen Cabinets gegen das holländische bildeten den Anknüpfungspunkt für die Anschläge der holländischen, belgischen und französischen Brouillons. Die plötzliche Freundschaft Louis Philipp's und Guizot's benebelte den König von Holland und erregte in ihm und seinen Trabanten Restaurationsideen."

„Frankreich hat im Jahr 1830 die Errichtung eines unabhängigen Königreichs Belgien schwerlich bona fide zugegeben. Es ließ vielmehr zu, was es nicht ändern konnte, mit der arrière pensée, daß dies doch nur eine échafaudage sei, die bald wieder zusammenstürzen werde. Es hatte damals wirkliche Opfer zu bringen, und mußte daher indignirt sein, als etwas später Belgien immer antifranzösischer wurde, von seinen deutschen und flamländischen Elementen, seinem Anschluß an den deutschen Bund u. s. w. sprach, und sich überhaupt in französischen Augen grob und undankbar geberdete. Dazu kam, daß seit 1834 in Holland die Finanzschwierigkeiten den Ministern die vielleicht an sich falsche Ansicht aufdrängten, daß Holland so wie es sei nicht fortbestehen könne, und daß es entweder zu dem

frühern Zustand unter der Statthalterschaft zurückkehren, oder eine wenigstens theilweise Restauration in Belgien erlangen müsse. Nach dem, was in den Jahren 1830 bis 1834 in Europa vorgegangen, mußten sich natürlich die holländischen Minister die Hauptschwierigkeit einer gänzlichen oder theilweisen Restauration in der Opposition Frankreichs denken. Daher verfielen sie auf den Gedanken der Verständigung mit Frankreich, einen Gedanken, der dort, wo der Entschluß feststand, von irgend einer künftigen Krise in Belgien den besten Nutzen zu ziehen, entschiedenen Beifall finden mußte."

„Aberdeen nimmt es für ausgemacht an, daß es 1840 Thiers' Plan war, Belgien mit Holland zu theilen. Boislecomte war die eigentliche Seele dieser Umtriebe und setzt sie im Bunde mit Heeckeren heute noch fort.

Daß Frankreich und Holland vielleicht noch lange solche Theilungsgelüste hegen werden, betrachte ich als natürlich. Ob es ihnen gelingt, ist eine andere Frage. Gewisse europäische Cabinette haben Jahrhunderte durch bestimmte stehende Gelüste gehabt, ohne sie befriedigen zu können. Wollen Holland und Frankreich wirklich Belgien verzehren, so müssen dadurch allein in den übrigen Großmächten Sympathien für Belgien entstehen; denn diese können unmöglich in einer abermaligen Ueberlassung belgischer Provinzen an Frankreich eine dauernde Friedensbasis für Europa erkennen." —

Wie sich der König Louis Philipp nach Stockmar's Auffassung zu solchen Ideen verhielt, darüber spricht sich ein Brief des Letzteren vom 2. December 1841 aus:

„Ich beurtheile Louis Philipp nach seiner Königsstellung und nach seinem Nationalcharakter."

„Die Friedensschlüsse von 1814 und 1815 wurden von Siegern im Gefühl der Uebermacht dictirt. Kein Wunder, daß sie Uebermuth enthalten, und noch weniger, daß in der ganzen französischen Nation der Wunsch lauert, diese Fesseln abzuschütteln und sich zu rächen."

„Durch dieſen Umſtand und durch die Revolution von 1830 iſt Louis Philipp als König zwiſchen zwei Feuer verſetzt. Europa dictirt ihm als Erhaltungsmittel für ſich und ſeine Dynaſtie den Frieden, Frankreich den Krieg, als Mittel zur Abſchüttelung läſtiger Tractate. Louis Philipp traut ſeiner Klugheit und Geſchicklichkeit mehr als er ſollte. Talleyrand hat ihm geſagt: „„Krieg müſſen Sie nicht machen, aber Kriſen müſſen Sie benutzen, um ohne Krieg doch die Verträge zu modificiren und im Intereſſe Frankreichs zu verbeſſern; Kanonenſchüſſe haben Sie zu fürchten, den Anſchein von Krieg und die Zuſtände, die ſich nach und nach durch bloße Protocolle wieder beſänftigen laſſen, durchaus nicht.““

Das iſt das ganze Geheimniß der Politik Louis Philipp's.“

„Dieſe Politik wird er in jeder europäiſchen Kriſe auf's Genaueſte hinſichtlich Belgiens befolgen. Alle ſeine Miniſter ohne Ausnahme wollen Belgien, und glauben es in einer günſtigen Conſtellation erlangen zu können. Dieſen Wunſch kennt der König Louis Philipp ſo gut als ich. | Louis Philipp beobachtet für ſeine Perſon Belgien gegenüber laisser faire. „„Laßt die Conſtellation, von der meine Miniſter ſprechen, kommen, dann werde ich zu überlegen haben, was für mich zu thun ſein wird.““ Kommt die Conjunctur wirklich, ſo wird er ſagen: „„Ich bin zwiſchen zwei Feuern; auf der einen Seite Vater, auf der andern König der Franzoſen. Gott behüte mich, daß ich meine Pflichten als Vater verletzen ſollte, allein hier geht die Königspflicht vor; die Moral der Politik iſt verſchieden von der des Privatlebens. Ich muß das Wohl meiner Tochter, meiner Enkel, dem Wohle Frankreichs opfern. Es ſei, ich bringe dieſes ungeheure Opfer! Ich entthrone Tochter und Enkel, unter der Bedingung jedoch, daß anſtändig für alle geſorgt werde. Wer wie ich die Leiden und Beſchwerden des Königthums kennt, kann ſich am Ende mit der Frage beruhigen: wird meine Tochter, und werden ihre Kinder nicht glücklicher im Privatleben als auf dem Throne ſein?““ —

Der orangiſtiſche Reſtaurationsverſuch regte Stockmar von Neuem zu Betrachtungen über das Verhältniß von Holland und Belgien an. Er ſchreibt am 20. October:

„So alt die Trennung Hollands von Belgien, ſo alt iſt auch die Idee der Wiedervereinigung. Die Urſache davon iſt, daß dieſer Idee eine halbe Wahrheit zum Grunde liegt, womit freilich Einſeitige zufrieden ſind. Der Gedanke der Wiederverbindung iſt hauptſächlich in England genährt worden, lange, lange vor Pitt, von ihm, nach ihm. Sie war in der engliſchen Politik eine ſtehende, alſo eine fixe Idee, und ein gefärbtes Glas geworden.“

„Eine unerhörte Combination kriegeriſcher Ereigniſſe rief eine politiſche Möglichkeit hervor, welche das engliſche Cabinet ergriff, um, in ſeiner Machtvollkommenheit vom Jahre 1814, die Wiedervereinigung beider Länder zu dictiren. Dieſe Wiedervereinigung ruhte aber, wie oben behauptet, nur auf einer halben Wahrheit. Der größte Schulmeiſter der Menſchen, der Verlauf der Zeit, gab Europa und Belgien die Mittel, auch die andere Seite der Sache zu entdecken; und die nun reifenden Folgen der Fehler der Wiener Politik in den Jahren 1814 und 1815, nebſt der politiſchen Unfähigkeit des abgedankten Königs von Holland, thaten hinzu was noch fehlte.“

„Auf Grund einer allgemeinen, meiſt moraliſche Uebelſtände betreffenden Unzufriedenheit, wird von einigen wenigen Feuerbränden eine Revolution angefangen und durchgeſetzt. Die Wenigen führen, das Volk folgt als Heerde. Der Tumult der Leidenſchaften, der ſo lange dauert als die revolutionäre Action, verhindert Alle an ſich ſelbſt und namentlich an die Verletzung der zahlloſen materiellen Intereſſen zu denken, welche dem Nachjagen nach moraliſchen Verbeſſerungen geopfert werden mußten.“

„Endlich hört das Blöken der Hirten und der Heerde auf. Man denkt wieder an ſich ſelbſt und überſieht nun, was man an Vortheilen materieller Art zugeſetzt hat. Nun ſinkt die Temperatur gerade um ſo viel, als ſie früher zu hoch geſtiegen war, und dieſe

Abkühlung macht das Volk geneigt, die früheren Zuſtände, die es ſelbſt vernichtete, nicht nur zu entſchuldigen, ſondern ſogar zurückzuwünſchen. Das iſt der Gang aller Revolutionen; und die beſchriebene Abkühlung herrſcht jetzt in Belgien."

„Daß der jetzige König von Holland Belgien wieder gewinnen will, iſt natürlich. Nicht nur, daß Jeder gern wieder hat, was er verloren, ſondern der gute Herr glaubt auch, er habe ſeit der belgiſchen Revolution das wahre Geheimniß einer möglichen Veränderung beider Länder entdeckt, was ſein Vater noch nicht gekannt habe. Aber der Eſtimable, wie ihn der König von Preußen ſtets nennt, irrt ſich, wie der Papa, denn er weiß höchſtens Dreiviertel von einer Sache, von welcher der Alte nur die Hälfte wußte. Wilhelm II. glaubt, beide Länder könnten bleibend unter einem König wieder vereinigt werden, wenn beide getrennte Verwaltungen erhielten. Das kommt der Wahrheit ſchon näher, iſt aber noch nicht die ganze Wahrheit, und man wird noch einen Schritt weiter gehen und die Befriedigung der politiſchen Bedürfniſſe der Holländer und Belgier im vollkommenen Einklang mit den großen Naturgeſetzen ſuchen müſſen, will man anders etwas Vernünftiges und daher Dauerndes zu Stande bringen."

„Völker beſtehen wie einzelne Menſchen aus Seele und Leib. Es iſt kein Zweifel, daß dem Leibe nach Holländer und Belgier ſich ziemlich, wie wohl nicht ganz, ähnlich ſind, und daß vom bloßen Körper aus kein Grund vorhanden, warum ſie nicht in politiſcher Ehe leben ſollten. Ganz anders aber iſt es mit den Seelen, dieſe ſind ſehr verſchieden, und da die Seele den Körper beherrſcht, ſo macht auch nicht die Verſchiedenheit des Körpers, ſondern die der Seele allein die wahre mésalliance, wie unter Einzelnen, ſo unter den Völkern. Die eine Seite des Räthſels iſt alſo, daß beide Völker ſich ſinnlich anziehen, die andere, daß ſie ſich geiſtig abſtoßen. Wird dies zugegeben, ſo fragt ſich: wird es ſo bleiben? Ich glaube mit Ja antworten zu müſſen. Meine Gründe ſind folgende: Ich will

nicht den Ursprung der in der grauen Vorzeit wurzelnden Verschiedenheiten der Lebensrichtungen, Beschäftigungen, Gewohnheiten und Gebräuche beider Länder untersuchen. Diese Verschiedenheiten mußten aber in der Folge der Zeit durch die Fortwirkung mächtiger moralischer Einflüsse immer bedeutender werden, welche Einflüsse hauptsächlich das Specifische hervorbringen, was wir Volkscharakter nennen. Die in Holland festgewurzelte Reformation, der aus ihr 1568 hervorgegangene Kampf, erst um religiöse, dann um politische Freiheit, die endlich glorreich errungene Selbständigkeit, die, längere Zeit wenigstens, behauptete politische Macht, der holländische Einfluß auf die politische und mercantile Gestaltung Europa's, mußten jedes Jahr den Holländer mehr zum Holländer machen. So in der entgegengesetzten Richtung: das ununterbrochene Wirken der römisch-katholischen Kirche in ihrer ganzen Einheit und Gediegenheit, die politische Unmündigkeit, in der Belgien seit seiner Trennung unter den verschiedensten Regierungen fortwährend blieb, und das Supremat der französischen Sprache über die flamländische — mußten den Belgier immer mehr zum Belgier stempeln." —

„Daß nach der Fortwirkung der hier aufgezählten Ursachen auch der beiden Völkern vom Schicksal aufgedrungene moralische Gegensatz fortdauern werde, glaube ich mit Bestimmtheit, und ich halte daher eine nochmalige Einigung, wie sie bis 1830 statthatte, für um so unmöglicher, als der wesentliche Charakter derselben darin bestand, daß die Majorität von einer ihr unangenehmen, vorurtheilsvollen und ungerechten Minorität sich regieren lassen mußte."

„Holland und Belgien nehmen in dem heutigen Europa und vielleicht noch für lange eine wichtige Stelle ein. Beiden Ländern ihre specifisch geeignete und haltbare Stellung zu geben ist daher eine Aufgabe des Politikers. Meine Ansicht ist wie folgt:"

„Holland und Belgien haben gemeinsame physische Bedürfnisse, doch gänzlich getrennte moralische. Man lasse Beiden ihr Recht angedeihen. Man sichere Beiden die Befriedigung ihrer verschiedenen

moraliſchen Bedürfniſſe durch dynaſtiſche und politiſche Trennung, aber man behandle ſie in Bezug auf ihre materiellen Bedürfniſſe als eine Familie. Ich denke ſie mir, und vielleicht für lange, von einer gemeinſamen Zolllinie umſchloſſen, und zwar unbeſchadet ihrer reſpectiven politiſchen Selbſtändigkeit und ohne alle Furcht, hierdurch allein dem König von Holland die Mittel in die Hand zu geben, Belgien zu annectiren."

Während aber Stockmar die politiſchen Angelegenheiten des Tages mit Intereſſe verfolgte, blieb ſeine wärmſte Theilnahme unabläſſig dem innern Leben der Königlichen Familie zugewendet. Er ſah die häuslichen Zuſtände in gedeihlicher Entwicklung begriffen. „Der Prinz", ſchreibt er am 12. October 1841, „nimmt moraliſch und politiſch zu; ich kann in Wahrheit ſagen, ich habe ihn lieb wie meinen Sohn, und zwar weil er es verdient." Und zu dieſem glücklichen Fortſchreiten der Dinge fügte ſich bald noch ein frohes Ereigniß.

Am 9. November wurden die Wünſche des Königlichen Paares durch die Geburt eines Sohnes, des Prinzen von Wales, gekrönt. Die Taufe wurde auf den 25. Januar 1842 feſtgeſetzt. Viel Ueberlegung koſtete die Auswahl der Pathen wegen der ſich durchkreuzenden Rückſichten, welche auf die vielen fürſtlichen Verwandten zu nehmen waren. Der König von Hannover wurde ausgeſchloſſen, und war, wie Stockmar ſchreibt, „wüthend" darüber. Dagegen wurde, auf Stockmar's Rath und Betrieb, aus reinen Gründen der Politik, der König von Preußen eingeladen. Die Wahl dieſes deutſchen verbündeten Monarchen, des größten proteſtantiſchen Königs des Continents, wurde ſowohl von den früheren als den damaligen Miniſtern als ſehr paſſend völlig gebilligt, und erregte in dem Publicum allgemeine Befriedigung. Der König Friedrich Wilhelm IV. nahm die ihm erzeigte Aufmerkſamkeit hoch auf und verhieß der Einladung zu folgen.

„Schon vor fünf Jahren, als Kronprinz," ſchreibt Stockmar,

„drückte Friedrich Wilhelm den Wunsch aus, England wieder besuchen zu können. Er fuhr fort denselben zu hegen und davon zu sprechen und, als er zu Gevatter gebeten wurde, sagten hier alle, die ihn kennen, gleich voraus, er komme ganz gewiß. Die Politiker legten nach ihrer Gewohnheit der Sache eine übertriebene politische Bedeutung bei. Der König, der dies voraussah, schrieb an Metternich, und verlangte gewissermaßen dessen Rath. Dieser antwortete ausweichend, und der König entschloß sich nun, wie Maltzan*) sagt, auf des Letzteren Zureden, sich nicht an die politischen Intriguen, die ihm gegen diese Reise gemacht wurden, zu kehren. Allerdings manövrirten nun die Russen, Oestreicher und selbst die Franzosen in der Person Bressons**) dagegen. Eine Hofpartei, die glaubt, daß der König hier seine Lieblingsidee, die preußische Kirche zu anglicanisiren, mit Bunsen und mit dem Erzbischof verfolgen werde, leistete Beistand."

„Als der Entschluß des Königs bekannt geworden, verlangte Bresson, daß er wenigstens durch Frankreich gehen und der Königlichen Familie ein Rendezvous geben möge. Dies wurde abgelehnt."

Die Pathenschaft des Königs von Preußen war auch im Kreise der Coburgischen Familie aus dem sächsischen Gefühle heraus auf manche Einwürfe gestoßen. Zur Abwehr derselben schreibt Stockmar:

„Daß Preußen auf Kosten Sachsens groß geworden, daran ist das Letzte mehr Schuld als das Erste. Daß die bloße Pathenschaft des Königs von Preußen ein neuer Hebel zum gänzlichen Umsturz Sachsens werden könne, ist mir auch nicht wahrscheinlich. Ueber die politischen Consequenzen jenes Unternehmens rücksichtlich Sachsens habe ich mich daher nie beunruhigt gefühlt. Dagegen konnte ich die Vortheile dieser Einladung in politischer Hinsicht und in Rücksicht

*) Graf Maltzan, der preußische Minister des Auswärtigen, † 1843.

**) Damals französischer Gesandter in Berlin.

auf Familien- und Privatverhältnisse nicht übersehen. Der König von Sachsen war durch seine Religion ausgeschlossen."

Am 23. Januar traf der König von Preußen in England ein. Stockmar fand viel Gelegenheit, sich dem Gefolge des Königs nützlich zu erweisen, und es entstanden daraus für ihn ein freundliches Verhältniß zu Alexander von Humboldt und wiederholte angenehme Beziehungen zu dem Hausminister Grafen Anton Stolberg, welche Beide sich in der Begleitung des Königs befanden.

Auch dem König selbst durfte er sich persönlich nähern, was ihm um so erwünschter und interessanter war, je größer er sich die Mission Friedrich Wilhelm's dachte. Er berichtet über seine Unterredung mit dem König Folgendes:

„Graf Stolberg sagte mir, daß der König mich über Belgien zu sprechen wünsche. Einige Tage später holte mich Humboldt zum Könige, der mich sehr freundlich empfing. Er begann mir die Pflichten auseinander zu setzen, die er gegen Deutschland habe, und sprach lange, zusammenhängend, gut, sogar beredt. Er sei der natürliche Vertreter der Ehre und des Wohles Deutschlands. Als solcher sei er verpflichtet die Gefahr zu überwachen, die Deutschland von Belgien aus kommen könne. Er betrachte die independente Existenz Belgiens als eine höchst precäre, die schwerlich zwei Generationen dauern werde. Die Gefahr, die Belgien drohe, könne allein von Frankreich kommen. Sein Wunsch sei daher, daß es Belgien möglich werde, sich Deutschland anzuschließen, sich in den Bund aufnehmen zu lassen. Nur auf diese Weise könne er Belgien und seine Unabhängigkeit auf die Dauer geschützt denken. Er übersehe die Schwierigkeiten nicht, die die gegenwärtige Constellation der Politik der Erfüllung seines Wunsches entgegenstelle. Er wolle daher auch nicht drängen und dadurch neue Schwierigkeiten schaffen. Wenn er nur eine Garantie erlangen könnte, daß der König (Leopold) aufrichtig auf jene Ansicht eingehe, ein dahin führendes System annehme, festhalte und bei der einstigen günstigeren Verhältnissen auszuführen versuchen werde. Er

ließ durchblicken, daß er den König für sehr umstrickt von den Banden französischer Politik und französischer Verwandtschaft halte. Die mögliche Krise, die der Tod des jetzigen Königs (Louis Philipp) in Verbindung mit der Individualität des Nachfolgers (Herzog von Orléans) hervorbringen könne, schien er mir richtig zu beurtheilen. Er sagte: „„in Frankreich ist jetzt weder Religion noch Moral mehr zu finden, der ganze Zustand ist ein verfaulter, wie der der Römer vor dem Untergange ihres Reichs; und ich glaube, daß das französische auf ähnliche Art verfallen werde.““ Wieder auf Belgien zurückkommend wiederholte er: daß eine Garantie für die aufrichtigen Gesinnungen des Königs Leopold in Bezug auf das Verhältniß Belgiens zu Deutschland das sei, was er am meisten wünsche. Eine solche Garantie werde vorzüglich für seine Politik hinsichtlich der Frage der belgischen Festungen maaßgebend sein. Denn daß bei einem ausbrechenden Kriege diese Festungen sich sogleich auf die eine oder andere Art in den Händen der Franzosen befinden würden, daran zweifle weder er noch einer seiner Generäle. Seine Entschließung in dieser Sache werde daher lediglich von dem Zutrauen abhängen, was er in die politischen Gesinnungen König Leopold's gewinnen könne."

„Stolberg hatte mir früher versichert, daß Metternich jetzt weniger Ascendant und Einfluß als je auf den König übe. Dem schien ein Theil der Anrede des Königs an mich, der sich auf Metternich bezog, geradezu zu widersprechen. Er nannte ihn den großen weisen Staatsmann, dem er außerordentlich viel verdanke, und dem zu folgen er für die erste seiner Pflichten halte. Ich glaubte jedoch durchsehen zu können, daß diese Worte in der ganz bestimmten Absicht gesagt waren, zu verhindern, daß ich dem vom König über seine Stellung zu Deutschland Gesagten eine zu große praktische Bedeutung beilegte."

„Ich hatte den König während seiner Rede, die ungefähr eine Stunde dauerte, nicht ein einziges Mal unterbrochen. Als sein Stoff

erschöpft schien, beschränkte ich mich auf wenige concentrirte Bemerkungen, die in ihrem Wesen Einwendungen enthielten. Ich fand es natürlich, daß die belgische Umwälzung in Berlin ein Odiosum sei. Von einer verhaßten Sache werde sich in der Entfernung, jedenfalls im ersten Anfang, keine richtige und billige Ansicht gewinnen lassen. Diese Ungunst habe nothwendig auch auf die Person des Königs Leopold übergehen müssen. Die Störung der früher so freundlichen persönlichen Verhältnisse zwischen dem vormaligen Kronprinzen und Leopold sei diesem stets ein Gegenstand schmerzlicher Empfindungen und Betrachtungen gewesen. Blos in dieser Hinsicht und abgesehen von jedem politischen Resultate, müsse ich wünschen, es möge dem König gefallen, sich bei der jetzt sich bietenden Gelegenheit*) Leopold gegenüber recht offen, freundlich und vertrauensvoll auszusprechen."

„Eine solche offene Unterredung werde mehr als alles andere eine richtige Ansicht der politischen Gesinnungen Leopold's gewähren. Ich mahnte den König mit einfachen Worten an den politischen Zustand von Europa im Jahre 1830, wie viel Europa dem damaligen Entschluß Leopold's verdanke, wie zweideutig sich die nordischen Mächte bei Behandlung einer Sache bezeigt, die doch eigentlich nur zum Nutzen des Ganzen unternommen war, und wie viel sie selbst durch eine in meinen Augen fehlerhafte Politik zur Hervorbringung derjenigen Zustände in Belgien beigetragen hätten, über welche der König sich jetzt mir gegenüber beklage."

„Bei dieser Apostrophe veränderte sich der gemüthliche, ruhige Ausdruck des Gesichts des Königs, und machte einem gespannten, ängstlichen, verlegenen Platz; ich fühlte, daß die Gewohnheit eines militärischen absoluten Hofes ihm meine Worte als etwas zu nackt erscheinen ließ. Ich fuhr jedoch ruhig fort und entwickelte meine Gründe, nach welchen ich die Existenz Belgiens nicht für so absolut unsicher halten müsse, als der König. Im Fall eines allgemeinen

*) Der preußische König wollte auf seinem Rückwege bei dem belgischen in Laeken das Frühstück einnehmen.

Krieges habe Belgien, meiner Meinung nach, ebenso viel Chance als jeder andere Staat dritten Ranges. Die ganze Politik eines solchen Staates könne in jenem Falle nur darin bestehen, die Neutralität gegen Jedermann zu behaupten, und wenn diese von irgend einer Seite angegriffen werde, sich mit demjenigen zu verbinden, welcher seinen Vortheil darin finde, Belgien und dessen Neutralität zu vertheidigen. Und der Erfolg einer solchen Politik werde hauptsächlich von der Sicherheit und Raschheit des Entschlusses und der Energie der Ausführung auf Seiten des Königs Leopold abhängen."

„Die Möglichkeit, daß ein Mensch von Belgiens Zukunft noch eine andere Ansicht als eine verzweifelnde haben könne, schien den König zu überraschen, doch eher angenehm zu berühren. Er lächelte freundlich, doch etwas ungläubig, und sprach nun über die belgische Armee und die Zahl der Truppen, die das Land im Nothfalle auf die Beine bringen könne. Er schien seine Zweifel über deren Geist und Loyalität zu haben, und meinte, der König zeige sich ihnen zu selten, um sie gehörig zu enthusiasmiren und in der Treue zu befestigen. Ueberhaupt seien die Belgier roh, turbulent, wankelmüthig und unzuverlässig. Ich bemerkte darauf nur, daß sie, gut geführt, unter allen verschiedenen Regierungen immer gute Soldaten gewesen, und daß 100,000 Belgier jedenfalls ein bedeutendes Gewicht in der Waagschale sein würden. Ich schloß meine Gegenrede mit dem Geständnisse meiner individuellen Meinung, daß eine Ausführung des Wunsches des Königs, Belgien dem deutschen Bunde beizugesellen, in den politischen Conjuncturen des gegenwärtigen Augenblicks rein unmöglich sei, sintemal die Politik des nordöstlichen Europas seit 1830 alles gethan, um Belgien von Preußen und Deutschland ab- und nach Frankreich hinzudrängen. Der dadurch hervorgerufene und jetzt bestehende Zustand könne nicht plötzlich geändert werden, und die Voraussetzung einer spätern Veränderung der belgischen Politik sei, daß der König Leopold wirkliches Zutrauen zur Aufrichtigkeit und Freundschaft Preußens zu fassen Ursache habe. Nach meiner Ansicht

müſſe die Einverleibung Belgiens in den franzöſiſchen Zollverband dieſes gerade ſo franzöſiſch machen, wie es durch Eintritt in den deutſchen Zollverein deutſch werden würde. Das Letztere ſei eine Sache, die Frankreich in ſeiner jetzigen Stellung und Stimmung weder zugeben könne noch werde. Ich vermöge nicht einzuſehen, wo die vom König gewünſchte Garantie, daß Belgien im Falle einer Kriſis ſich nicht ausſchließlich in die Arme Frankreichs werfe, zu finden ſei, wenn nicht in richtigen und billigen politiſchen Anſichten und Geſinnungen Leopold's. Aber auch dieſe Anſichten und Geſinnungen könnten nur unter der Vorausſetzung aus dem Boden belgiſcher Politik herauswachſen, wenn der König von Preußen durch Thatſachen beweiſe, daß er die Aufrechthaltung der Unabhängigkeit Belgiens als eine ſtehende Maxime ſeiner eigenen preußiſchen Politik anſehe."

„Stolberg hatte den Wagen bereits zum zweiten Mal gemeldet. So wurde ich verabſchiedet, und der König fuhr nach London."

„Ueber den Eindruck, den ihm die Perſönlichkeit Friedrich Wilhelm's machte, äußert ſich Stockmar brieflich wie folgt:

„Er erſcheint mir als ein Gefühlsmenſch guter Art, voll Wunſch und Willen, ſo weit er es verſteht, das Gute und Rechte zu fördern, des Enthuſiasmus fähig, poetiſch, geneigt zum Myſticismus, doch freier von ſeinen Banden, als die ihn umgebenden Apoſtel deſſelben. Der König iſt ſeiner allgemeinen Bildung nach weſentlich deutſch. Er hat reiche Kenntniſſe, hat ſich mit Literatur und Kunſt viel beſchäftigt; Architectur iſt ſein Lieblingsfach. — In der Geſellſchaft iſt er nicht beſonders ſicher und gewandt. Der Eindruck, den er hervorbringt, geht mehr auf das Herz der Anweſenden. Man gewinnt ihn lieb als einen gemüthlichen, wohlmeinenden Mann, und ſo hat er bei Jedermann, Hoch wie Niedrig, eine freundliche, angenehme Erinnerung an ſeine Erſcheinung und ſein Betragen zurückgelaſſen. Aber den Eindruck, daß er eine große politiſche Capacität, ein wahrer Staatsmann ſei, ſcheint er Niemandem gegeben zu haben.

Er hat sich bei der Abreise sehr generös bezeigt. Beim Abschiede schien er bewegt, wie Jemand, der mit seinem Empfange vollkommen zufrieden gewesen."

Ueber die Herren von der Begleitung des Königs finden sich in Stockmar's Briefen nachstehende Bemerkungen:

„Mit Stolberg habe ich einige Male über die politischen Verhältnisse Belgiens gesprochen. Er scheint ein braver, milder Mann zu sein. Von der geistigen Organisation, die zum politischen Kopf gehört, und die sich dem aufmerksamen Beobachter auf der Stelle verräth, habe ich an ihm nichts bemerkt. Seine Begriffe scheinen mir nur halbklare, und das Vermögen sich auszudrücken mangelhaft.*) Stolberg, der Hofmarschall Meyerink, General Brauchitsch sind eifersüchtig auf Humboldt und suchen ihn als einen eitlen Schwätzer hinzustellen, den der König zwar gern habe, dem er aber keinen politischen Einfluß gestatte, und den er überhaupt mehr als ein lebendiges Lexikon für alle Gegenstände des Wissens gebrauche."

„Für mich ist der Ideenkreis, in dem sich der alte Herr bewegt, zu exclusiv französisch, zu allgemein; es fehlt den einzelnen von ihm deducirten politischen Maximen zu sehr an Plastik, an Körper. Er ist die Personification der Conversation der Pariser Salons. Seine Eigenthümlichkeit, Dinge und Personen in ihren Licht- und Schattenseiten zugleich darzustellen und die Schatten à la Rembrandt zu behandeln, ist höchst ergötzlich, mephistophelisch charmant."

Nach der Abreise des Königs bezeichnet Stockmar seinen schließlichen Eindruck von dem Besuch desselben mit folgenden Worten:

„Der Besuch scheint im Ganzen recht gut abgelaufen zu sein. Behält man die Schwierigkeiten im Auge, welche die hiesigen Verhältnisse der rechten Aufnahme aller Fremden entgegenstellen, so haben wir hier uns so gut benommen als wir nur konnten, und auch Erfolg gehabt. Wir haben alle Ursache, mit dem Herrn und

*) Ein weiter unten abzudruckender Brief Stolberg's wird dies bewahrheiten.

allen seinen Begleitern vollkommen zufrieden zu sein, uns seiner Erscheinung zu freuen und es dankbar zu empfinden, daß er die Mühen, Schwierigkeiten und Kosten nicht scheuen wollte, die für ihn von seinem Unternehmen unzertrennlich waren. Daß sein Besuch einen nützlichen Eindruck auf unsere Königin gemacht hat, ist nicht zu bezweifeln*)."

Im Laufe des Jahres 1841 hatte in der preußischen Gesandtschaft zu London ein Wechsel begonnen, der sich zu Ende des Jahres, kurz vor dem Besuch des Königs von Preußen, vollendete. Seit 1827 war Preußen durch Heinrich von Bülow vertreten, mit dem Stockmar namentlich seit der belgischen Angelegenheit in beständigem Verkehr stand, und vor dessen Einsicht, Gewandtheit und Thätigkeit er große Achtung hegte. Bülow hatte sich in der belgischen Sache als vollkommen aufgeklärt und von aller legitimistischen Tendenzpolitik frei bewährt, und war öfters, selbst mit Gefährdung seiner Stellung, der zweideutigen Zauberpolitik seines Hofes um einen Schritt voraus geeilt. Er wurde im Sommer 1841 abberufen und nach Frankfurt als Gesandter beim Bundestage verpflanzt. Der Posten in London blieb vorläufig unbesetzt. Kurz zuvor erschien daselbst Bunsen mit einer besondern Mission in Angelegenheiten des Bisthums Jerusalem. Als diese Angelegenheit formell in der Hauptsache beendet war, und Bunsen bereits an seine Abreise dachte, traf eine Anfrage folgenden Inhalts — wie es scheint ein Privatbrief des Königs von Preußen an die Königin Victoria—

*) Man vergleiche mit diesen Eindrücken Stockmar's, Scherzes halber, die düstern Unheilsahnungen, welche der von einem dürftigen Zufluß schlechten Klatsches lebende Krächzer Varnhagen bei der Nachricht von des Königs englischer Reise seinem Tagebuch einverleibte. (Bd. I., S. 381, 382): „Ich kann diese Dinge nur düster ansehen, ich halte sie für sehr schädlich, sie erscheinen mir als Keime großen Unglücks. . . . . Eine unglückliche Reise, in allem Glanz und Jubel, der sie begleiten wird, düster und unheilschwanger. . . . . Lenke der Himmel alles zum Guten! Ich kann mir nicht helfen, ich bin sehr bewegt, und sehe nichts Heilsames!"

ein. Der König wünsche einen Gesandten ganz nach dem Herzen der Königin zu senden und wolle deshalb die Form wählen, ihr drei Namen vorzuschlagen. Die Genannten waren, Graf Dönhoff in München, Graf Arnim in Paris, und in dritter Linie — wenn wir recht berichtet sind, mit kleinerer Schrift geschrieben — Bunsen. Es traf sich, daß gegen die beiden Erstgenannten am englischen Hofe aus früheren Vorgängen hergeleitete Einwände bestanden. Für Bunsen hatte man keine besondere Vorliebe; man kannte ihn zu wenig, und da die ganze preußische Politik in der Angelegenheit des Jerusalemer Bisthums den Engländern ohnehin nicht recht verständlich war*), so erschien er von daher den Ministern vorläufig als ein Problem. Andererseits wußte man, wie sehr er bei dem Könige in Gunst stand, und man wollte diesem gern etwas Angenehmes erzeigen, wovon man für sich selbst mindestens keinen Nachtheil besorgte. Die Antwort lautete daher, der Königin werde zwar ein jeder Gesandter des Königs willkommen, aber Bunsen besonders erwünscht sein.

Kaum hatte Bunsen seinen Posten im December angetreten, als ihm durch den Besuch des Königs die Gelegenheit ward, die neue Stellung gewissermaßen auf das Glänzendste einzuweihen. Zwar an Anfechtungen von preußischer Seite fehlte es ihm nicht.

„Des Königs Suite," schreibt Stockmar, „mit Ausnahme Humboldt's, detestirte Bunsen. Humboldt äußerte mir, es sei ein geistreicher, edler Mann. Er protegire ihn, und habe hauptsächlich dazu beigetragen, ihn, nach dem römischen Mißerfolg**), zu rehabilitiren und ihm die diplomatische Anstellung in der Schweiz zu verschaffen. Ich sagte ihm und auch dem Grafen Stolberg, daß durch Bülow's Weg-

*) Gladstone schrieb an Bunsen: „Die Neuheit und bisherige Dunkelheit des Planes fiel mächtig auf die Nerven meiner Landsleute." Bunsen's Leben, deutsche Ausg. II., 187.

**) Bekanntlich scheiterten Bunsen's Verhandlungen mit dem römischen Stuhl über die Differenzen mit Preußen wegen der gemischten Ehen und der Gefangennehmung des Erzbischofs von Cöln. 1837—38.

gang ein Verhältniß verloren gegangen, was für Preußens Politik wichtig gewesen. Metternich beherrschte die preußische Politik von Wien aus. Da aber bei Metternich die Stimme der östreichischen Gesandtschaft in London beträchtlich ins Gewicht falle, und da Bülow die östreichische Gesandtschaft in London*) wo nicht beherrscht, doch mächtig beeinflußt habe, so sei für Preußen durch Bülow's Abgang eine bedeutende Lücke entstanden. Dieser Nachtheil vergrößere sich aber gar sehr dadurch, daß Bunsen von Metternich persönlich gehaßt und auch von den Russen angefeindet werde. Ich sprach de connaissance de cause, die Animosität genau kennend, die Bunsen's Vorgehen in der Jerusalemer Bisthumssache in Wien und Petersburg erregt hat."

Inzwischen ließ sich voraussehen, daß in Berlin auch der Posten des Ministers des Auswärtigen in Folge der schweren Erkrankung des Grafen von Maltzan vacant werden würde. Mit Bezug hierauf schreibt Stockmar:

„Ich theilte Humboldt offen meine Meinung mit, daß Bülow der beste Minister des Auswärtigen sein möchte, und fragte ihn**), warum er sich nicht mehr anstrenge, diese Anstellung zu Stande zu bringen. Humboldt antwortete, sie habe ihre Schwierigkeiten; er sei jedoch nicht ohne Hoffnung, es werde nützlich sein, wenn ich dem Könige meine aufrichtige Meinung über das Wirken Bülow's in England in den letzten zwölf Jahren mittheilen wolle."

Hierzu fand sich nun freilich keine Gelegenheit. Indeß konnte Stockmar mehrere Male mit dem Grafen Stolberg über Bülow sprechen.

„Ich lobte ihn", schreibt er, „aus Ueberzeugung. Dieses Lob fand bei Stolberg nur bedingten Beifall. Er meinte, Bülow habe

*) In dem Zeitraume, um den es sich hier handelt, war Oestreich in London durch den Fürsten Paul Esterhazy vertreten.

**) Bülow war mit einer Tochter Wilhelm von Humboldt's, also einer Nichte Alexander's verheirathet.

in den kritiſchen Momenten ſich zuerſt, dann erſt den Staat im Auge. Ich deutete darauf hin, daß, wenn Maltzan nicht wieder hergeſtellt würde, Bülow der beſte Erſatz ſein dürfte. Dieſen Vorſchlag ſchien Stolberg nicht zu goutiren."

Graf Stolberg, ſcheint es, war Bülow weniger gewogen, als dieſer vorausſetzte, der am 21. Januar an Stockmar geſchrieben hatte: „Graf St. iſt durch und durch ein Ehrenmann, ich ſchätze ihn ſehr hoch und glaube auch, daß er mir wohl will."

Die Erinnerung, welche der Beſuch in England auf preußiſcher Seite gelaſſen hatte, bezeichnet ein Brief Stolberg's an Stockmar vom 6. März 1842, der auch inſofern intereſſant iſt, als er von dem Eindrucke Zeugniß ablegt, den Stockmar's Perſönlichkeit auf einen ihm bis dahin ganz fremd gebliebenen und auch ſeinen Antecedentien nach doch ſehr heterogenen Mann hervorgebracht hatte.

„Es iſt mir ein zu großes Bedürfniß, Ihnen, mein innigverehrter Herr Baron, ein Wort treuer Verehrung aus deutſchem Lande zuzuſenden, es Ihnen auszuſprechen, daß die in Windſor und London verlebten Tage mir unvergeßlich bleiben werden, und daß ihre Bekanntſchaft eine der intereſſanteſten und freudigſten Erfahrungen meines Lebens geworden iſt. Es liegt nicht in meiner Natur und meinem Weſen, ein Wort anders auszuſprechen, als nach tiefſter, wahrſter Ueberzeugung. Ebenſowenig mag ich es aber verſchweigen, was mir die Bruſt hebt in ehrlich treuer Anerkennung und wahrer Hochachtung gegen einen Mann, deſſen ganze Geſammtheit mich durch und durch angeſprochen hat. Vergeben Sie freundlich dieſe offene, nicht gewöhnliche Rede, die ich ſchon deshalb nicht unterdrücken konnte, damit die Ueberzeugung zu unumſtößlicher Gewißheit Ihnen werden möchte, daß Sie im Norden von Deutſchland einen Freund ſich erworben haben, deſſen Geſinnung unerſchütterlich iſt."

„Der König, mein Herr, gedenkt mit Freude der unvergeßlichen Zeit, und iſt nach kurzem Unwohlſein wieder hergeſtellt."

„Wir alle, die wir den König begleitet haben, gedenken in dank-

barer Verehrung der liebenswürdig interessanten Fürstin, deren Scepter die Erde umspannt, während ihr einfaches Wesen nur Vertrauen hervorzurufen vermag und deren gnädiger, wahrhaft liebenswürdiger Weise wir diese uns unvergeßliche Zeit verdanken. Wir gedenken aber auch Aller, die freundlich und gütig sich uns genaht und die Erinnerung an das merkwürdige und schöne Inselland uns noch verschönert haben."

„Der Vorhang ist leider für uns zu rasch gefallen, der uns den Blick eröffnet hatte auf eine Reihenfolge europäisch geschichtlicher Menschen und ihr Leben und Treiben auf einem Schauplatze, der ebenso geschichtlich merkwürdig, als schön in seiner äußeren Erscheinung ist. Der Vorhang ist zwar gefallen, der Eindruck dessen, was wir gesehen, empfunden, kann nie im Innern sich verschließen, er wird namentlich mir in seinen Einzelheiten, sowie in seiner ganzen Gesammtheit immerdar vor der Seele schweben, nach Maßgabe der verschiedenen Färbungen, in denen er sich bewegte."

„Empfangen Sie, mein innig verehrter Herr Baron, noch ganz speciell meinen tief empfundenen Dank für jeden mir gegebenen Beweis Ihres Vertrauens. Rechnen Sie fest darauf, daß ich dieses Vertrauen zu würdigen wußte und daß ich es für alle Zeiten zu würdigen wissen werde.

Genehmigen Sie die Gesinnung unerschütterlich treuer Verehrung.

Berlin, 6. März 1842.

A. G. z. Stolberg."

Noch in den nächsten Jahren erhielt sich ein freundlicher Briefwechsel zwischen Stolberg und Stockmar. Heinrich von Arnim, der preußische Gesandte in Brüssel und von daher mit Stockmar sehr bekannt, legte auf die Fortdauer dieser Beziehungen großen Werth. „Daß Ihre Correspondenz mit Graf Stolberg fortgeht," schreibt er, „ist ein wahrer Segen, und ich rechne diese Verbindung zu den er-

freulichſten Folgen der Reiſe des Königs nach London. Auf dieſe und andere Weiſe muß dieſe Reiſe doch noch Früchte tragen, und Sie werden, ſo Gott will, erleben, daß das „„alte ſtarre Holz"" ſich füge"

In der That trugen jedoch die Beziehungen zu Stolberg keine praktiſchen Früchte, und Stockmar mußte es erleben, daß das „alte ſtarre Holz" erſt durch eine Revolution gebeugt wurde.

Aus demſelben Briefe Arnim's, der Bunſen zuerſt als ſeinen „intimen Freund" bei Stockmar eingeführt hatte, ergiebt ſich, daß es zwiſchen den beiden Letzteren bis dahin (Auguſt 1842) zu keinem „gedeihlichen Verhältniß" gekommen war. Erſt einige Jahre ſpäter traten ſie ſich näher. Am 5. September 1844 ſchreibt Bunſen an ſeine Frau: „einen Freund auch habe ich mir erworben — Herrn von Stockmar" — (Bunſen's Leben — deutſche Ausg. II., 274).

Stockmar ſetzte ſeinen Aufenthalt in England noch bis in den October 1842 fort. Er widmete ſeine unſcheinbare Thätigkeit in dieſer Zeit vorzugsweiſe den innern perſönlichen Verhältniſſen des Hofes, unter andern der Organiſation der Pflege und Erziehung der königlichen Kinder.

Er ſchreibt darüber am 20. April 1842:

„Ich habe ſeit Monaten meinen Plan mit unerſchütterlicher Beharrlichkeit verfolgt. Ich konnte dies nicht, ohne mich ſehr odiös zu machen — aber die Schwierigkeiten konnten mich nicht zum Stillſtehen zwingen.

Das Reſultat war, daß es jetzt ausſehen will, als ob ich in neun Zehntel meiner Vorſchläge Recht behalten ſollte."

Daß übrigens Stockmar durch dieſe ſeine Beſtrebungen ſich an der höchſten Stelle nicht „odiös" gemacht, ergiebt ſich aus einer Anmerkung der Königin in den Early Years pag. 188:

„Die Königin ſieht mit Dankbarkeit und herzlichem Gefühle auf den Freund ihres jungen Eheſtandes zurück, und kann die Hülfe nie vergeſſen, welche der Baron dem jungen Paare in Bezug auf die

Regelung ſeiner Lebensweiſe im Allgemeinen und die Leitung der Erziehung der Kinder leiſtete."

Wir heben aus einem zu dieſer Zeit von Stockmar entworfenen Plan zur Erziehung des Prinzen von Wales und der Prinzeß Royal, ein hiſtoriſch nicht unintereſſantes Fragment aus.

Nachdem er die allgemeine Aufgabe der Erziehung hingeſtellt, legt Stockmar die beſonderen Schwierigkeiten dar, mit denen eine gute Erziehung von Fürſtenkindern überhaupt zu kämpfen habe, und welche im gegenwärtigen Fall noch dadurch geſteigert wurden, daß die natürliche Stellung der Gattin und Mutter mit deren conſtitutioneller Stellung als Königin im Widerſpruch ſtehe. Er fährt dann fort:

„Bis auf den heutigen Tag verehrt England das Andenken Georg's III., weil er die häuslichen Tugenden aufrecht erhalten habe. Die Geſchichte nimmt ſich bereits die Freiheit, ſeine Verdienſte als Herrſcher frei zu beurtheilen, aber ſie preiſt einſtimmig ſeine Privattugenden."

„Allein Georg III. hat entweder ſeine Pflichten als Vater nicht recht verſtanden, oder ſie vernachläſſigt*). Drei ſeiner Söhne, Georg IV., der Herzog von York und Wilhelm IV. wurden in England erzogen, die Herzöge von Kent, Cumberland, Suſſex und Cambridge zum großen Theil im Auslande. Die von Georg IV., dem Herzog von York und Wilhelm IV. begangenen Fehler gehören bereits der Geſchichte an. Unglücklicherweiſe waren dieſe Fehler von der grellſten Art, und wir können ſie nur durch die Vorausſetzung erklären, daß ihre Erzieher entweder unfähig waren, Jenen in ihrer Jugend die Grundſätze der Wahrheit und Sittlichkeit einzupflanzen, oder daß ſie dieſe Pflichten auf das Sträflichſte vernachläſſigten, oder

*) Nicht wenig Schuld möchte dem Umſtand beizumeſſen ſein, den die alte Herzogin von Gloucester, das letztverſtorbene († 1857) der 15 Kinder Georg's III., wenn ſie von den alten Zeiten und den nicht erfreulichen Familiengeſchichten ſprach, als Refrain anzuführen pflegte: „the fact is, there were too many of us" (es waren unſerer zu viele).

daß sie in deren Erfüllung nicht die gehörige Unterstützung bei den Königlichen Eltern fanden *)."

„Es kann kein Zweifel sein, daß der Wandel dieser Prinzen mehr als irgend etwas anderes dazu beitrug, das Ansehen und den Einfluß des Königthums in diesem Lande zu schwächen und im englischen Volke diejenigen starken Gefühle der Loyalität zu schädigen, welche dasselbe Jahrhunderte lang ausgezeichnet haben."

„Daß Georg IV. durch seine Nichtswürdigkeiten nicht seine Ausschließung vom Thron bewirkte, war zum großen Theil der Stärke der englischen Constitution und der großen politischen Toleranz und Ueberlegtheit dieses praktischen Volkes zu verdanken."

„Der sittliche Theil der Nation verabscheute diesen Prinzen sein ganzes Leben lang. Nichtsdestoweniger starb er ruhig auf dem Thron. Sein Bruder York, nach allen seinen Thorheiten und Irrthümern, war doch im Stande, eine theil- und zeitweise Popularität wieder zu gewinnen, und Wilhelm, der sein ganzes Leben lang keineswegs ein sittlicher und weiser Mann gewesen war, erlangte gegen das Ende seiner Regierung den schmeichelnden Beinamen: „der gute alte Seemannskönig."

„Die Erklärung dieser Erscheinungen läßt sich nicht nur aus der Stärke der Verfassung und der überlegten Toleranz des Volkes herleiten, es bedurfte dazu noch eines weiteren Schutzes, den jene Prinzen in der Macht des nationalen Vorurtheils fanden. Die Thatsache ist, daß alle Fehler jener Prinzen vom Publicum als wahrhaft englische Fehler angesehen wurden. Ich selbst habe hundertmal das offene Geständniß gehört, daß, obgleich diese Prinzen sehr schlecht seien, ihre Fehler wenigstens als wahrhaft englische erschienen, und die Nation müsse sie nehmen wie sie seien, und alles zum Besten kehren."

---

*) Es giebt doch noch eine vierte Möglichkeit. „Etliches", sagt das Evangelium, „fiel in das Steinigte, da es nicht viel Erde hatte."

„Das Vorurtheil, welches den in England erzogenen älteren Prinzen so sehr zu Gunsten kam, mußte nothwendig in gleichem Maaße zum Nachtheil der jüngeren, großentheils im Auslande erzogenen, wirken. Der natürlichen Anlage nach standen die Herzöge von Kent, Cumberland, Sussex und Cambridge gewiß nicht unter ihren älteren Brüdern. So oft sie sich aber durch ihr Privat- oder öffentliches Leben dem Tadel des Publicums aussetzten, wurden ihnen „ausländische Ansichten" vorgeworfen, und wurde der Hauptgrund von Allem, was man tadelnswerth fand, in ihrer „ausländischen Erziehung" gesehen. Die Folge war, daß, obschon diese jüngeren Prinzen nicht um ein Haar schlechter waren als ihre älteren Brüder, sie doch ihr ganzes Leben lang bei der Mehrheit der Nation unpopulär blieben*)."

„Dieser geschichtliche Rückblick enthält eine Lehre von unendlicher Wichtigkeit und die eindringlichste Bestätigung der Ansicht, die ich der Königin und dem Prinzen an's Herz legen möchte, daß die Erziehung der Königlichen Kinder vom frühesten Anfang an eine wahrhaft sittliche und eine wahrhaft englische sein muß."

Nachdem Stockmar den Winter 1842 auf 1843 in Coburg zugebracht, langte er am 2. April 1843 wieder in London an. Die gedeihlichen Zustände der Königlichen Familie, die er vorfand, erfreuten sein Herz. „Die Königin ist wohl," schreibt er, „die Prinzessin wonderfully improved (merkwürdig gesunder und kräftiger), rund wie ein Tönnchen, und der Prinz von Wales, obschon vom Zahnen etwas angegriffen, doch stark auf seinen Beinen, mit einem ruhigen, klaren, heiteren Ausdruck des Blickes. Der Prinz Vater ist wohl und zufrieden, obschon er häufig blaß, angegriffen und erschöpft aussehen kann. Er entwickelt sich zusehends. Es lebt in ihm ein praktisches Talent, wonach er im Nu das Wesentliche an

*) Hier ist zu bemerken, daß der Herzog von Cambridge in seinen späteren Jahren beträchtliche Popularität genoß.

einem Geschäft aufgreift, gleich dem Geier, der auf seine Beute stößt und damit auf das Nest zueilt."

Im August 1843 kehrte er nach dem Festlande zurück, aber das Frühjahr 1844 sah ihn schon wieder in England.

Das Jahr 1844 war am englischen Hofe durch Besuche hoher Häupter besonders belebt. Im Juni erschienen Kaiser Nicolaus von Rußland und der König von Sachsen, im August der Prinz von Preußen, im October König Louis Philippe.

Ueber den Besuch des Kaisers Nicolaus finden sich in Stockmar's Papieren Aufzeichnungen, welche nicht nur für die Charakteristik des Selbstherrschers der Reußen als Persönlichkeit, sondern auch für die politische Geschichte der Zeit von Belang sind.

Zum Verständniß des Nachfolgenden schicken wir voraus, daß Rußland, wenn es auch, wie wir sahen, die für die Existenz Belgiens entscheidenden Verträge von 1831 und 1839 mit unterzeichnete und ratificirte, dennoch seitdem die Anknüpfung des gegenseitigen diplomatischen Verkehrs gemieden hatte. Noch vor dem Abschluß von 1839 hatte Belgien dem Kaiser Nicolaus besondern Anlaß zum Mißvergnügen gegeben, indem es, in Voraussicht eines Krieges mit Holland, verschiedene polnische Officiere in seine Armee zog, und unter andern den General Skrzynecki zum belgischen Divisionär ernannte. Der Besuch des Kaisers Nicolaus bei der Königin von England legte den Gedanken nahe, zu versuchen, ob Nicolaus sich nicht geneigt finden werde, den officiellen Verkehr mit dem Oheim der Königin auf einen regelmäßigen Fuß zu setzen.

Niederschrift Stockmar's vom 6. Juni 1844.

„Sobald der Besuch des Kaisers wahrscheinlich wurde, sprach Stockmar mit dem Minister des Auswärtigen, Lord Aberdeen, über die Möglichkeit, diese Gelegenheit zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Rußland und Belgien zu benutzen."

„Er fand Aberdeen ſo bereitwillig und in der Sache übereinſtimmend, daß ihm nichts zu wünſchen übrig blieb, und es wurde ausgemacht, daß Aberdeen das Terrain durch Orloff ſondiren ſolle.“

„Am 4. und 5. Juni hatte der Kaiſer lange Converſationen mit Aberdeen und Sir Robert Peel. In der Unterredung mit Aberdeen, noch ehe dieſer das Geſpräch auf Belgien gelenkt hatte, rief der Kaiſer plötzlich und haſtig aus:

„„Sie wollen mit mir über Belgien ſprechen.““ Eigentlich noch nicht, war die Antwort.

„„Wohl,“ ſagte der Kaiſer, „ſprechen wir ſogleich darüber. Setzen wir uns. Ich will vergeſſen, daß ich Kaiſer bin, vergeſſen Sie, daß Sie Miniſter Englands ſind. Seien wir nur, ich Nicolaus, Sie Aberdeen. Wohl! Ich höre, Ihre Königin wünſcht, daß ich mit Leopold auf einen freundlichen Fuß komme. Ich wünſche ſelbſt nichts mehr, ich habe der Königin Onkel ſtets geliebt und geachtet, und es würde mich herzlich freuen, mit ihm auf den Fuß alter Freundſchaft zurückkehren zu können. Allein ſo lange die polniſchen Officiere in des Königs Dienſten bleiben, iſt dies rein unmöglich. Wie geſagt, beurtheilen wir die Sache nicht als Kaiſer und Miniſter, ſondern nur als Gentlemen. Die Polen ſind und bleiben Rebellen; darf ein Gentleman die Rebellen gegen ſeinen Freund in Dienſt nehmen? Leopold hat Rebellen unter ſeinen Schutz genommen. Was würden Sie ſagen, wenn ich O'Connell in Schutz nehmen, wenn ich ihn zu meinem Miniſter machen wollte? Mit Skrzynecki iſt es nicht ſo ſchlimm. Er war außer Dienſt. Aber mit Kruczewski (?) iſt es anders, iſt es ſehr ſchlimm. Dieſer war Adjutant meines Bruders Conſtantin, dem hat Leopold bei ſich ſelbſt eine vertraute Stelle gegeben, er hat ihn zum General gemacht. Darf dies ein Gentleman dem andern gegenüber thun? Sagen Sie Ihrer Königin, daß ſobald mir Ihre Majeſtät ſagen läßt, die Polen haben den Dienſt des Königs verlaſſen, am andern Morgen mein Miniſter den Befehl erhält, ſobald als möglich in Brüſſel einzutreffen.““

„„Die Revolution Belgiens habe ich nie anerkannt, werde es auch nie thun. Aber ich habe ſpäter den belgiſchen Staat anerkannt. Ich weiß feſt Wort zu halten, ich reſpectire und erfülle Verträge ehrlich; meine Pflicht iſt daher, nunmehr für die Erhaltung Belgiens zu ſorgen, ſo gut wie für die Erhaltung eines jeden andern jetzt beſtehenden Staates in Europa. Ich wünſche die Proſperität Belgiens ſo gut wie die jedes andern Staates.““

„Sodann auf Frankreich übergehend ſprach der Kaiſer in folgendem Sinne:

„„Louis Philippe hat großes Verdienſt um Europa; das erkenne ich an. Ich ſelbſt kann nie ſein Freund ſein. Seine Familie ſoll brav und höchſt liebenswürdig ſein. Er aber, was hat er gethan? Um ſeine Poſition zu machen, zu ſtützen, hat er meine Poſition als ruſſiſcher Kaiſer zu unterminiren, zu ruiniren geſucht. Das vergebe ich ihm nie. Ich bin kein Carliſt. Einige Tage vor dem Erſcheinen der Ordonnanzen*), nachdem ich Charles X. gegen Staatsſtreiche hatte warnen und ihm deren Folgen vorherſagen laſſen, gab mir dieſer Charles X. sa parole d'honneur, er habe keine Staatsſtreiche im Sinne, und ließ unmittelbar darauf ſeine Ordonnanzen publiciren. Nie werde ich Henri V. unterſtützen. Als ich ſondirt wurde, ob Henri V. mich beſuchen könne, ließ ich ihm wiſſen, ich würde ihn empfangen, aber nur privatim, und da ein ſolcher Privatempfang ſeiner Sache in den Augen Europas Schaden thun, ſeine Freunde und Anhänger entmuthigen könne, ſo ſei es nach meiner Anſicht beſſer, den Beſuch ganz zu unterlaſſen.““

„„Ich billige die Comödie, die Henri V. in England geſpielt hat, nicht**). Er mag ſich mit dem Bewußtſein tragen, daß er ſei was er iſt, nämlich der rechtmäßige König von Frankreich. Aber

*) Die Juli-Ordonnanzen von 1830.

**) Dies bezieht ſich auf den Aufenhalt des Herzogs von Bordeaux in London 1843 und die legitimiſtiſchen Demonſtrationen von damals, welche die franzöſiſche Deputirtenkammer Anfangs 1844 in ihrer Adreſſe „brandmarkte“ (affaire de la flétrissure.)

mehr muß er nicht thun; den Prätendenten zu spielen ist absurd.""

„Nach dieser Unterredung kam Orloff zu Aberdeen und unterhielt sich noch weitläuftiger mit demselben über das Verhältniß zu Belgien. Orloff versicherte, es sei dem Kaiser wirklich sehr unangenehm, daß das Vorhergegangene ihm Hindernisse in den Weg lege mit Belgien auf gutem Fuße zu sein. Der Kaiser glaube indeß, die Königin von England habe großen Einfluß auf ihren Oheim, und werde daher die Schwierigkeiten aus dem Wege räumen können. Dem Kaiser selbst sei dies durch die Consequenz seiner bisher befolgten Politik, namentlich durch die von ihm abgegebenen, starken öffentlichen Erklärungen unmöglich gemacht. Vielleicht, meinte Orloff selbst, seien diese Erklärungen zu stark gewesen, allein sie seien nun einmal vorhanden, und der Kaiser könne nicht davon zurück."

„Der Kaiser fragte, wie es wohl mit dem Empfange des diplomatischen Corps werden möchte. Es wurde ihm durch Orloff insinuirt, daß dieser Empfang seinen großen Nutzen haben würde, allein der englische Minister könne unmöglich zugeben, daß der Kaiser beim Empfang Ausnahmen mache. Es befänden sich unter den Diplomaten die Vertreter von drei Mächten (Belgien, Spanien, Portugal), von denen der Kaiser bisher keine Gesandten angenommen, und er müsse daher das diplomatische Corps entweder nicht sehen, oder alle ohne Ausnahme."

„Hierauf entschloß sich der Kaiser, das ganze diplomatische Corps zu empfangen, und Orloff versicherte Aberdeen ausdrücklich, der Kaiser werde persönlich sehr freundlich gegen Van de Weyer (den belgischen Gesandten) sein. Brunnow wiederholte diese Versicherung."

„Der Gegenstand, der den Kaiser im Innern am meisten zu beschäftigen scheint, ist der Orient. Dies mag wohl der Haupt-

grund seines Besuches sein. Vielleicht wollte er selbst sehen, sondiren, und das Erfahrene mit dem vergleichen, was ihm seine eigenen Diplomaten berichtet haben."

„Er sagte zu Aberdeen:

„„Die Türkei ist ein Sterbender. Wir mögen suchen sie am Leben zu erhalten, aber es wird uns nicht gelingen. Sie wird, sie muß sterben. Das wird ein kritischer Moment. Ich sehe voraus, ich werde meine Armeen marschiren lassen müssen. Dann muß Oestreich dasselbe thun. Ich fürchte dabei niemand als Frankreich. Was wird es wollen? Ich fürchte viel: in Afrika, im mittelländischen Meere, im Orient selbst. Erinnern Sie sich der Expedition nach Ancona? Warum sollte es nicht ähnliche nach Candia, nach Smyrna machen? Muß in solchen Fällen England nicht mit seiner ganzen Seemacht auf dem Platze sein? Also eine russische Armee, eine östreichische, eine große englische Flotte in jenen Gegenden! So viele Pulverfässer in der Nähe des Feuers! Wer verhütet, daß die Funken zünden?""

„„Ich mag Guizot gar nicht. Ich mag ihn weniger wie Thiers, der ein fanfaron ist, aber franc, und weniger schädlich und gefährlich als Guizot, der sich äußerst schlecht (hinc illae lacrymae — Anmerkung von Stockmar) gegen Molé benommen, den ehrlichsten Mann den die Franzosen haben.""

„Bei der Conversation des Kaisers mit Sir Robert Peel standen die Fenster offen. Der Kaiser sprach so laut, daß die Leute vor den Fenstern das Gespräch hören konnten, so daß der Premier den Kaiser bitten mußte, sich in die Tiefe des Zimmers zurückziehen zu wollen."

„Der Kaiser sprach außerordentlich warm, lobte Prinz Albert mit Thränen in den Augen, sagte, er wisse, man halte ihn für einen Schauspieler, er sei aber deswegen doch ein aufrichtiger Mann."

„Auch in diesem Gespräche trat es hervor, daß der Orient gegenwärtig den Kaiser ausschließlich beschäftigt.“

„„Die Türkei (sagte er) muß zusammenstürzen: Nesselrode widerspricht, — ich bin aber davon überzeugt. Der Sultan ist kein Genie, aber doch ein Mann. Lassen Sie ihm ein Unglück widerfahren, was dann? Ein Kind mit einer Regentschaft. Ich will nicht einen Zoll von der Türkei, aber ich will auch nicht erlauben, daß ein Anderer einen Zoll davon bekomme.““

„Der Premier erwiderte: England sei in Bezug auf den Orient in gleicher Lage. In einem Punkte sei die englische Politik etwas modificirt: in Bezug auf Egypten. Eine zu mächtige Regierung daselbst, eine Regierung, die England die Handelsstraße schließen, die englischen Overland-mails durchzulassen verweigern möchte, könne England nicht zusagen.“ —

„Der Kaiser fuhr fort:

„„Jetzt kann man nicht darüber stipuliren, was aus der Türkei, wenn sie todt, gemacht werden solle. Solche Stipulationen würden ihren Tod beschleunigen. Daher werde ich alles aufbieten den Status quo zu erhalten.““

„„Aber man muß den möglichen eventuellen Fall ehrlich und vernünftig ins Auge fassen, man muß zu verständigen Erwägungen, zu aufrichtiger, redlicher Einigung kommen.““

„Der Premier bemerkte in seiner Antwort beiläufig: „ein Hauptziel seiner Politik werde sein, nach dem Tode Louis Philippe's den französischen Thron ohne alle Convulsion an den nächsten legitimen Erben der Dynastie Orléans übergehen zu sehen.“

„Der Kaiser erwiderte:

„„Dagegen habe ich gar nichts. Ich wünsche den Franzosen alles mögliche Glück. Aber sie können dies nicht haben ohne Ruhe. Nach außen dürfen sie keine Explosionen machen. Deswegen, verlassen Sie sich darauf, bin ich auf Ihre bonne entente mit Frank-

reich durchaus nicht eifersüchtig, sie kann nur mir und Europa zu Gute kommen. Ihr habt dadurch einen Einfluß, den Ihr nützlich verwenden könnt. Durch Euch hoffe ich Frankreich in Ordnung halten zu können. Ich bin übrigens nicht in politischen Absichten hierher gekommen. Ich wünsche Euer Vertrauen zu erwerben, auf daß Ihr glauben lernen möget, ich sei aufrichtig und ehrlich. Deswegen spreche ich mich über diese Dinge aus. Depeschen können nicht hervorbringen was ich wünsche.""

„„Man hat mir vor Jahren Lord Durham geschickt, der voller Vorurtheile gegen mich war. Ich habe durch bloßen Umgang mit ihm, ihm seine Vorurtheile aus dem Leibe getrieben. So hoffe ich soll es mir hier mit Euch, mit England überhaupt gehen. Durch persönlichen Verkehr hoffe ich jene Vorurtheile zu vernichten. Denn ich achte England hoch, was aber die Franzosen von mir sagen, das achte ich nicht. I spit upon it (ich speie darauf).""

Ueber die im Vorstehenden enthaltenen Thatsachen stellt Stockmar unter dem 11. Juni folgende Betrachtungen an:

„Ich glaube, daß Nicolaus herübergekommen ist, um bei Zeiten ein Gegengewicht gegen Frankreich in die Wagschaale zu legen. Der Kaiser scheint von dem baldigen Tode der Türkei überzeugt. Seine Versicherung: „„ich will keinen Zoll davon, aber Andere dürfen auch nichts davon nehmen,"" scheint mir die wahre Politik Rußlands auszusprechen. Rußland zu erhalten wie es jetzt ist, ist schon schwer; es noch vergrößern zu wollen, möchte gefährlich sein. Eine beabsichtigte Vergrößerung Rußlands in der Türkei würde Oestreich, Frankreich und England zwingen, sich dagegen zu alliiren. Eine solche Allianz würde auf Mittel und Wege denken müssen, die, wenn sie glücklich verfolgt werden, leicht wieder diejenigen Provinzen von Rußland abreißen könnten, welche diesem seine jetzige Präponderanz in Europa gegeben. Nicolaus hält sich schwerlich für einen glück-

lichen General, und es kann daher leicht sein, daß es ihm mit einer den Status quo conservirenden Politik Ernst sei. Er wird sich sagen, „„Frankreich und England glauben so wenig an das Fortleben der Türkei als ich; sie müssen ihren Tod voraussehen, sich darauf vorbereiten; Alles liegt mir daran zu wissen, was in dieser Beziehung vorgeht und England auf meine Seite zu ziehen; denn England kann in der Türkei nichts wollen, wohl aber Frankreich, und so muß ich Frankreich durch England am Zügel halten.““ Er sucht daher den Engländern Zutrauen zu seinen persönlichen Gesinnungen einzuflößen, dagegen Mißtrauen gegen den Ehrgeiz Frankreichs zu erregen. Das ist ganz russisch.“

Ueber den Besuch im Allgemeinen schreibt Stockmar am selben Tage:

„Der Besuch ist glücklich vorübergegangen, zur großen Freude von Orloff und Brunnow, welche dem Kaiser sehr zur Reise zugeredet zu haben scheinen. Der Herr suchte nach Möglichkeit freundlich zu sein und sich im besten Lichte zu zeigen. Ich glaube, daß es ihm im Ganzen gelungen ist, alle die, welche, ohne ihn je gesehen zu haben, doch große Abneigung gegen ihn empfanden, milder zu stimmen. Eine Phrase, die er oft, beinahe gegen Jedermann gebrauchte, war: „„Ich weiß man hält mich für einen Schauspieler, allein ich bin es nicht; ich bin aufrichtig, sage was ich meine, halte Wort.““ Den Mißtrauischen, die nach dem Motto urtheilen: qui s'excuse s'accuse, wird er hiedurch nicht viel Zutrauen eingeflößt haben. Doch mag es ihm bei den Gutmüthigen, die nicht mit überflüssiger Menschenkenntniß und Neigung zum Nachdenken beschwert sind, einigen Vortheil gebracht haben.“

„Er ist noch immer ein großer Verehrer weiblicher Schönheit. Alle seine alten englischen Flammen behandelte er mit großer Aufmerksamkeit. Dies, seine stattliche Gestalt und allgemeine Höflichkeit gegen das schöne Geschlecht gewannen ihm wohl die Majorität der Damen, welche in seine Nähe kommen konnten.“

„Die Männer lobten den Anstand, den Tact und die Pünktlichkeit im Verkehr mit der Gesellschaft. Die Jockeys in Ascot machte er durch Aussetzung eines jährlichen Rennpreises von 500 Lstrl. zu seinen Freunden. Das Hofgesinde erfreute er beim Weggehen durch unzählige Dosen und große Trinkgelder."

Die vorstehenden Aufzeichnungen Stockmar's werden insofern Aufmerksamkeit beanspruchen dürfen, als bisher zwar bekannt geworden (Kinglake Invasion of the Crimea I, chap. 4. Wurm, Orientalische Frage, S. 347), daß der Kaiser Nicolaus 1844 Gespräche mit Peel und Aberdeen über die orientalische Frage hatte, über deren Inhalt aber nur das sehr indirecte und manchem Zweifel unterliegende Zeugniß des russischen Memorandum vom Juni 1844 vorlag, das 1854 dem Parlament gleichzeitig mit den vertraulichen Depeschen Sir Hamilton Seymour's über den kranken Mann vorgelegt wurde.

Der Inhalt jener Unterredungen, wie ihn Stockmar angiebt, fordert zu einigen Bemerkungen auf.

Was zunächst den Versuch der Herstellung diplomatischer Verbindungen zwischen Petersburg und Brüssel anlangt, so blieb derselbe damals fruchtlos. Die polnischen Officiere waren zum Theil in Belgien naturalisirt, andererseits konnten sie nicht entlassen werden, ohne das Budget neu zu belasten. Es war also nicht so leicht, jene Polen abzuschütteln. Erst im Jahre 1852 fand es Belgien, Angesichts der damaligen Verhältnisse gegenüber Frankreich, in seinem Interesse, das Hinderniß wegzuräumen, welches der Herstellung geordneter Beziehungen zu Rußland im Wege stand. Eine königliche Verordnung von 1852 versetzte die polnischen Officiere in die Non-activité und ein Gesetz vom 12. März 1853 regelte ihre pecuniären Ansprüche. Bald darauf waren ein belgischer und ein russischer Gesandter in Petersburg resp. Brüssel accreditirt.

Für die Geschichte der orientalischen Frage ist die Verglei-

chung des Berichts von Stockmar mit dem oben erwähnten Memorandum von 1844 von Interesse.

Diese Denkschrift wurde bei ihrer Veröffentlichung Seitens der englischen Regierung bezeichnet als ein Memorandum des Grafen Nesselrode, gegründet auf die Mittheilungen des Kaisers nach seinem Besuche in England, und dem englischen Cabinet, im Juni 1844 mitgetheilt.

Der wesentliche Inhalt desselben ist folgender:

1. England und Rußland haben das gemeinsame Interesse den Status quo der Türkei erhalten zu sehen.

2. Aber diese enthält viele Elemente der Auflösung.

3. Die Gefahren einer Catastrophe können sehr vermindert werden, wenn Rußland und England sich eintretenden Falls verständigen.

4. Der Kaiser hat während seines Aufenthalts in London mit den englischen Ministern verabredet, daß, „wenn etwas Unvorhergesehenes in der Türkei sich ereignete, Rußland und England sich im Voraus unter einander darüber verständigen sollten, was sie in Gemeinschaft zu thun hätten" (que s'il arrivait quelque chose d'imprévu en Turquie, la Russie et l'Angleterre se concerteraient préalablement entr'elles sur ce qu'elles auraient à faire en commun).

5. Rußland und Oestreich sind bereits unter sich einig. Schließt sich England an, so wird Frankreich sich dem zwischen jenen Cabineten vereinbarten Gang anbequemen müssen.

Hält man mit diesem Extract des Memorandums die Mittheilungen Stockmar's zusammen, so muß es auffallen, daß die letzteren über die Verabredung des Kaisers mit den englischen Ministern hinsichts eines künftigen concert préalable le cas échéant gar nichts enthalten. Stockmar's Bericht gründet sich offenbar auf Erzählungen Lord Aberdeen's. Warum nun in diesen das concert préalable mit Schweigen übergangen wurde, darüber ließen sich

verſchiedene Hypotheſen aufſtellen. Daß der Kaiſer jenes zur Sprache gebracht, wird man der ruſſiſchen Denkſchrift wohl glauben können. Daß die engliſchen Miniſter es nicht ablehnen konnten, liegt auf der Hand. Daß aber England durch die Verabredung eines künftigen concert préalable le cas échéant ſich praktiſch zu gar nichts Beſtimmtem verpflichtete, iſt auch nicht in Abrede zu ſtellen. Trat „ein unvorhergeſehener Fall" in der Türkei ein, und ſuchte in ſolchem Falle Rußland, wie das Memorandum verhieß, zunächſt die Verſtändigung mit England, ſo lag es ohnehin nicht in deſſen Politik und Tradition, jenem das Gehör zu verweigern. Dadurch war es aber zur Annahme der etwaigen ruſſiſchen Vorſchläge nicht verpflichtet.

Allem Anſchein nach war das Memorandum dazu beſtimmt, das Fiasco, welches der Kaiſer in England mit ſeiner Sondirung über den Orient und ſeiner Hetzerei gegen Frankreich gemacht, einigermaßen zu verdecken, und zu dem Ende mußten die leeren Redensarten über das concert préalable ſo dargeſtellt werden, als hätten jene Beſprechungen ein poſitives, Rußland befriedigendes Reſultat ergeben.

Das wichtigſte Ergebniß derſelben, daß und wie die engliſchen Miniſter den ruſſiſchen Verſuch, ſie von Frankreich abzuziehen, zurückgewieſen, dieſes Ergebniß tritt in Stockmar's Aufzeichnungen beſonders ſcharf heraus. Sir Robert Peel erklärt, die Erhaltung der Dynaſtie Orléans ſei ein Hauptziel ſeiner Politik. Es iſt hiernach nicht unwahrſcheinlich, daß, wie der Verfaſſer von Thirty years of foreign policy verſichert, das engliſche Miniſterium den Inhalt des Memorandums ſofort an Guizot mitgetheilt habe. Andererſeits wird man finden, daß die Dynaſtie Orléans ſich in den nächſten Jahren gegen England nicht beſonders dankbar erwieſen habe. Wenigſtens wurde dies in England bei Gelegenheit der Verwicklungen über die ſpaniſchen Heirathen ſo angeſehen.

Stockmar begab ſich im September nach dem Continent. Kurz

vor seiner Abreise, wie es scheint, hatte er eine Denkschrift über die damalige Einrichtung und die mögliche Reform des Königlichen Hofwesens verfaßt, aus der wir nachstehend Auszüge mittheilen, weil die Absonderlichkeit der darin besprochenen Zustände so groß ist, daß sie dem deutschen Leser zur Ergötzlichkeit gereichen dürfte.

Das englische Hofwesen gehört heutigen Tages zu den bestgeordneten, die man sehen kann. Die Organisation ist zweckmäßig, der Dienst vollzieht sich in musterhafter Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit. Dagegen waren die von der Königin bei ihrer Thronbesteigung vorgefundenen Einrichtungen im höchsten Grade unzweckmäßig und verwirrt und führten praktisch zu Unordnung und Unbequemlichkeit. Die Einzelheiten, die Stockmar in seiner Denkschrift über das frühere System giebt, sind ein merkwürdiger Beleg dafür, wie in England althergebrachte und veraltete Einrichtungen und ihre absurden und in der täglichen Uebung lästigen Consequenzen mit pedantischer Gewissenhaftigkeit erhalten werden, weil der Engländer ein so geringes Vertrauen darin hat, daß die Consequenzen seiner theoretischen Einsicht sich praktisch bewähren werden, und folglich die größte Scheu vor einer aus dem Gedanken heraus entworfenen systematischen Neugestaltung der Dinge hegt. Die von Stockmar gemachten Reformvorschläge bieten dann ein Beispiel, wie man, unter Anknüpfung an das Vorhandene einen sinnlosen Zustand in einen zweckentsprechenden verwandeln kann.

Zum Verständniß des Nachfolgenden ist Einiges vorauszuschicken.

Die englische Hofverwaltung zerfiel beim Regierungsantritt der Königin in drei große Departements, dem des Lord Steward (Oberhofmeister), des Lord Chamberlain (Oberstkämmerer) und des Master of the Horse (Oberststallmeister).

Diese drei obersten Hofbeamten waren zugleich hohe Staatsbeamte, die mit jedem Ministerium wechselten. Keiner derselben verweilte dauernd am Hofe, zwischen ihren drei Departements bestand

keinerlei Band der Einheit, und die gegenseitige Abgrenzung derselben war willkürlich, unzweckmäßig und zum Theil unklar. Ueber diesen vorgefundenen Zustand der Dinge bemerkt Stockmar Folgendes:

„Da die obersten Hofbeamten mit dem Ministerium wechseln, so werden sie rein nach politischen Rücksichten ernannt. Die Befähigung zu dem bestimmten Hofamt kommt also hierbei nur in zweiter Linie in Betracht. Aber wenn dies auch nicht der Fall wäre, so müßte schon in dem Umstand des wiederholten Wechsels mit dem Ministerium (seit 1830 haben wir fünf verschiedene Oberstkämmerer und sechs verschiedene Oberhofmeister gehabt), die Unmöglichkeit einer gleichförmigen und tüchtigen Hofverwaltung begründet sein."

„Dazu kommt der zweite wesentliche Uebelstand, daß keiner der obersten Hofbeamten im Palast der Königin, ja gewöhnlich nicht einmal an dem Aufenthaltsorte des Hofes wohnt, wodurch also eine ununterbrochene und wirksame Beaufsichtigung des täglichen Dienstes unthunlich wird. Hieraus wieder entspringt der Nachtheil, daß die obersten Hofbeamten sich gezwungen sehen, einen Theil ihrer Autorität zeitweise an Andere zu delegiren. Da es nun aber an festen Regeln in Betreff dieser Delegation fehlt, so muß sie so zu sagen extempore erfolgen, und sie geschieht thatsächlich an Bedienstete, die im Hofstaat einen sehr niedrigen Rang einnehmen, wodurch denn fast täglich die Würde, Ordnung, Disciplin und Sicherheit des Hofes beeinträchtigt wird."

„Zwischen den drei Departements fehlt es aber an jeder Einheit, an jedem zweckmäßigen Ineinandergreifen, so daß die Theilung der Geschäfte ein besonderes Hinderniß ihres Fortgangs wird. Ein paar Beispiele mögen das Gesagte erläutern."

„Um mit dem Palast selbst zu beginnen, so sollte man meinen, es wäre das Einfachste und Beste gewesen, das ganze Gebäude als solches unter die Obhut eines Departements zu stellen. Aber es

ſteht nicht nur unter drei Departements, ſondern es iſt auch ganz unentſchieden, welche Theile des Palaſtes unter dem Oberſtkämmerer oder dem Oberhofmeiſter ſtehen. In der Zeit Georg's III. hatte der Oberhofmeiſter die Obhut über den ganzen Palaſt, mit Ausnahme der Königlichen Gemächer und der Empfangsräume. Unter der Regierung Georg's IV. und Wilhelm's IV. war die Anſicht, daß das ganze Erdgeſchoß einſchließlich der Hallen und Speiſezimmer ihm untergeben ſei. Unter der gegenwärtigen Regierung hat der Oberhofmeiſter dem Oberſtkämmerer die große Halle und andere Räume des Erdgeſchoſſes abgetreten. Aber ob die Küche, die Spühlkammern, die Speiſekammern, als Räume, unter ſeiner Aufſicht bleiben, iſt eine Frage, die in dieſem Augenblick vielleicht Niemand zu beantworten vermag. Die Außenſeite des Palaſtes gilt als der Staatsbehörde des Domänen-Amts (woods and forests) unterworfen; ſo daß, da die Reinigung der Innenſeite der Fenſter dem Departement des Oberſtkämmerer obliegt, es von dem guten Einverſtändniß zwiſchen dieſem und dem Domänen-Amt abhängt, wie viel Licht durch die Fenſter dem Palaſt zugelaſſen werden ſoll."

„Wer eine Vorſtellung von der Maſchinerie eines großen Haushalts und dem Charakter der Dienſtboten hat, würde es zur Aufrechthaltung der Ordnung und Disciplin für durchaus nothwendig halten, daß die ganze Schaar der im Palaſt wohnenden Dienerſchaft einem Departement und einem leitenden Beamten untergeben ſei. Aber was finden wir am engliſchen Hofe? Die Haushälterinnen (housekeepers), die männlichen Diener 1. Claſſe (pages)*), die Hausmädchen (housemaids), ſtehen unter dem Oberſtkämmerer; alle Lakaien (footmen), Portiers in Livree (livery porters) und Unterkellermeiſter (underbutlers), durch die ſonderbarſte Anomalie unter dem Oberſtſtallmeiſter und die übrige Diener-

*) Was wir Pagen nennen, ſind Pages of honour.

ſchaft, die Köche u. ſ. w. ſind unter der Jurisdiction des Lord Steward."

„Und dieſe lächerlichen Abgränzungen beziehen ſich nicht nur auf die Perſonen, ſondern auch auf die Dinge und den Dienſt."

„Der Oberhofmeiſter hat das Heizmaterial anzuſchaffen und in den Kamin zu legen, der Oberkammerherr zündet das Feuer an. Als der Unterzeichnete eines Tages von Ihrer Majeſtät an den damaligen Master of the Household (Hofmarſchall), Sir Frederic Watſon, geſchickt wurde, um ſich zu beklagen, daß das Speiſezimmer ſtets zu kalt ſei, wurde ihm ernſthaft erwidert: „Sehen Sie, das iſt eigentlich nicht unſere Schuld, denn der Oberhofmeiſter (unter dem der Hofmarſchall ſtand) legt die Feuerung nur ein, der Oberkammerherr hat das Feuer anzuzünden und zu erhalten."

„In derſelben Weiſe hat der Oberkämmerer die Lampen zu beſchaffen, und der Oberhofmeiſter ſie zu reinigen, putzen und anzuzünden. — Wenn eine Glasſcheibe oder die Thür eines Schrankes in den Spühlkammern zerbrochen iſt, ſo bedarf es behufs der Reparatur des folgenden Verfahrens. Der Oberkoch unterzeichnet eine Requiſition; ſie wird von dem Schreiber des Küchendepartements (clerk of the kitchen) contraſignirt und ſodann dem Master of the Household zur Unterſchrift vorgelegt. Hierauf wird ſie nach dem Bureau des Oberſtkämmerer gebracht, wo die Ermächtigung ertheilt wird, und dann dem Clerk of the works (Secretär des Bauamts, der unter dem Domänen-Amt ſteht) vorgelegt. Auf dieſe Weiſe iſt denn manches Fenſter und mancher Schrank Monate lang zerbrochen geblieben."

„Eine Maſchinerie wie die vorher beſchriebene könnte nur unter einer Bedingung erträglich arbeiten, wenn nämlich ein verantwortlicher Beamter von einem gewiſſen Range im Palaſt wohnte, in welchem ſich die getheilte Autorität der drei meiſt abweſenden Departementschefs im Wege der Delegation wieder concentrirte. Ein ſolcher Beamter iſt gegenwärtig nicht vorhanden. Es giebt zwar

einen im Palaſt wohnenden, unter dem Lord Steward ſtehenden, ſogenannten Master of the Household. Aber ſeine Autorität wird im Departement des Oberſtkämmerer durchaus nicht anerkannt, und iſt auch in dem des Oberhofmeiſters nicht beſtimmt geregelt, ſo daß es von dem jedesmaligen, mit dem Miniſterium wechſelnden Chef abhängt, wie viel er ihm delegiren will, wonach denn das Dienſtperſonal im Palaſt eigentlich nicht weiß, wie weit es ihm zu gehorchen hat oder nicht. Das Amt des Master of the Household in ſeiner gegenwärtigen Verfaſſung iſt daher eine reine Nullität."

„Da weder der Oberkammerherr noch der Oberſtſtallmeiſter einen regelmäßigen im Palaſt wohnenden Vertreter haben, ſo haben mehr als zwei Drittel der geſammten männlichen und weiblichen Dienerſchaft keinen Herrn im Hauſe. Sie können zum Dienſt antreten und ſich ablöſen wie es ihnen beliebt. Sie können an den Tagen, wo ſie Dienſt haben, ſtundenlang abweſend ſein, und jede Ausſchreitung oder Unregelmäßigkeit begehen, es iſt Niemand da ſie zu beobachten und zurechtzuweiſen."

„Ueber die verſchiedenen Details der inneren Einrichtungen, auf denen das Wohlbefinden und Behagen des ganzen Hofhalts beruht, hat Niemand eine zuſammenhängende Ueberſicht und Niemand iſt verantwortlich dafür."

„Es giebt keinen Beamten, der für die Reinlichkeit, Ordnung und Sicherheit der Zimmer und Offices des Palaſtes zu ſtehen hat. Das alles bleibt der Vorſehung überlaſſen. Und wenn in den Schlafſälen, wo 10 bis 12 Lakaien zuſammen ſchlafen, Rauchen, Trinken und andere Unregelmäßigkeiten vorfallen, ſo kann es Niemand ändern. Niemand kümmert ſich um die Gäſte der Königin, wenn ſie am Königlichen Hofe eintreffen. Es iſt Niemand da, der ihnen den Weg nach oder von ihren Zimmern weiſ't. Es kommt in Windſor häufig vor, daß die Gäſte den Weg von dem Empfangszimmer nach ihrer Wohnung nicht zu finden wiſſen, und des Nachts,

wenn sie die rechte Ausgangsthür von dem großen Corridor vergessen haben, stundenlang hülflos umherwandern, ohne nach ihrem Zimmer gelangen zu können. Im ganzen Palast ist Niemand, an den sie sich wenden könnten, der Kraft seines Amtes in der Lage wäre, ihnen die nöthige Auskunft zu ertheilen; ihre einzige Hoffnung ist, wenn sie etwa einen Diener finden, diesen zur fernen Portierloge des Palastes zu schicken, wo die verschiedenen Wohnungen zu erfragen sind."

„Als neulich sich ein Bursche in das Zimmer der Königin einschlich, deren Leben dabei hätte gefährdet werden können*), so tadelte das Publicum mit vollem Recht diejenigen, welche die Anordnungen zum Schutze der Person der Königin zu treffen hätten. Aber in der That giebt es in dem Palast Niemanden, dem von Rechtswegen die Verantwortlichkeit dafür zur Last fiele. Sie trifft entschieden nicht den Oberstkämmerer, der sich in Staffordshire befand, und zu dessen Departement die Portiers nicht gehören. Ebensowenig den Oberhofmeister, der in London war, und der mit der Vertheilung und Aufstellung der Dienerschaft in der nächsten Umgebung der Königin gar nichts zu thun hat; noch endlich den Master of the Household, der, wie oben gezeigt, nur ein untergeordneter Beamter im Departement des Oberhofmeisters ist. Wen trifft sie denn also? Lediglich die Systemlosigkeit, welche den Königlichen Palast ohne irgend welche verantwortliche Autorität läßt."

Die sich nun hieran knüpfenden Reformvorschläge Stockmar's im Einzelnen wiederzugeben, würde zu weit führen. Es genügt, deren Princip zu bezeichnen, welches dahin ging: die drei großen Hofbeamten und ihre verschiedenen Departements als etwas mit

*) Im November 1840, bald nach der Geburt der Prinzeß Royal, hatte sich ein Bursche Namens Jones des Nachts zwischen 1 und 2 Uhr in das an das Schlafzimmer der Königin anstoßende Wohnzimmer Ihrer Majestät eingeschlichen, wo er unter dem Sopha gefunden wurde.

dem politiſchen Syſtem Zuſammenhängendes beizubehalten, aber die erſten dahin zu bringen, daß ſie, ein Jeder in ſeinem Bereiche, ſo viel von ihrer Autorität als zur Erhaltung der Ordnung, Disciplin und Sicherheit im Palaſte erforderlich, einem und demſelben, beſtändig am Hofe anweſenden höheren Beamten delegirten, der alſo den drei Departementschefs verantwortlich wäre, aber die ihm delegirte Gewalt in einheitlicher Weiſe zu üben vermöchte.

In dieſem Sinne wurde die Reform des Hofweſens von dem Prinzen Gemahl mit Feſtigkeit und Umſicht angegriffen und vollendet. Zum Delegirten der drei Departements wurde der Master of the Household gemacht, der bis dahin, wie wir ſahen, ein mit ſehr unbeſtimmter Machtvollkommenheit ausgeſtatteter untergeordneter Beamter des Oberhofmeiſters allein geweſen war.

Die Zeit vom Herbſt 1844 bis Frühjahr 1846 brachte Stockmar in Deutſchland zu. Seit lange war ihm kein ſo andauernder Aufenthalt im Vaterlande zu Theil geworden. Seinen Eindruck von den deutſchen Zuſtänden giebt ein Brief an Bunſen vom Anfang des Jahres 1846 aus Coburg.

„Seit ich Sie in England verlaſſen, ſind 17 Monate vergangen. Da ich von 1837 bis 1844 beinahe ununterbrochen im Auslande geweſen war, ſo war mir das Vaterland beinahe terra incognita geworden. Inſtinctmäßig wandte ich mich der Beobachtung des gegenwärtigen deutſchen Lebens zu. Ich muß die Elemente, die daſſelbe bewegen und beherrſchen, für an ſich wahre und gute halten. Ueberall erſchien mir ein vernünftigem Fortſchreiten entſprechender, an Kraft zunehmender Bildungstrieb vorhanden zu ſein, allein überall begegnete ich auch einer ihm entgegenſtehenden äußeren Kraft, die durch Theilung, Hemmung, Vergiftung der natürlichen, organiſchen Gliederung entgegen zu wirken verſuchte. Der jetzt unſer Volk beſeelende und treibende Geiſt macht mir daher nicht bange, wohl aber

der unglückselige Geist unserer Führer, die, die wahre Natur jenes verkennend, ihn zu meistern und in Formen zu zwingen versuchen, in denen kein gesundes Volksleben möglich ist. Die Heilkünstler werden den öffentlichen Geist nicht zwingen und in ihrem Sinn curiren und so fürchte ich, sie werden den Patienten nur verkrüppeln und den für vielleicht lange Zeit zu einem schwer Kranken machen, der bei gehöriger Pflege und Führung sich schon in unseren Tagen einer leidlichen Gesundheit und Zufriedenheit würde erfreuen mögen. In diesem Sinne bin ich aufrichtig betrübt, daß man besonders bei Ihnen (in Preußen) große Irrthümer begangen und eine Zeit versäumt hat, deren eigenthümliche Ergiebigkeit schwerlich wiederkehren dürfte."

Derselbe Brief gedenkt auch des Verlustes von Heinrich von Bülow, der 1842 wirklich zum preußischen Minister des Auswärtigen ernannt worden war, aber bereits 1845 durch ein Gehirnleiden zum Rücktritte gezwungen worden und am 6. Februar 1846 gestorben war.

„Bülow ist dahin", schreibt Stockmar. „Ich habe seinen Tod erwartet. Schwerlich wird ihm Anerkennung für die Zeit seines besten Wirkens, welches in die Jahre 1832 bis 1835 fiel und in der durch ein Verantwortlichkeitsgefühl, das über seine Widerstandskraft ging, der Keim zur Krankheit gelegt wurde. Meine besondere Stellung in England erleichterte ihm den Muth, mir damals besonderes Vertrauen zu beweisen und so konnte ich tiefe Blicke in den Charakter des Mannes und den eigentlichen Betrag seines politischen Wirkens thun, welches er in dunkler, halbverdeckter Stellung vollbrachte*)."

Vom Mai 1846 bis zum April 1847 lebte Stockmar wieder in England. Es war die kritische Zeit in der Angelegenheit der „spanischen Heirathen", mit der wir uns im nächsten Capitel zu beschäftigen haben.

*) Vergl. das oben S. 51 ff. über Bülow Gesagte.

Einundzwanzigstes Capitel.

Die spanischen Heirathen 1840 bis 1847.

Am 10. October 1846 vermählten sich in Madrid die Königin Isabella mit ihrem Vetter, dem Schwestersohn ihrer Mutter Christine, Don Francisco, Herzog von Cadix, und die Schwester der Königin, die Infantin Luisa Ferdinanda, mit dem jüngsten Sohn des Königs Louis Philippe, Herzog von Montpensier.

Louis Philippe feierte einen Triumph seiner Familienpolitik und freute sich des guten Geschäfts, das er für seinen Sohn gemacht. Guizot jubelte ob des diplomatischen Sieges, den er über England, in der Sache, die seine Briefe an den König (siehe Revue rétrospective) als la grande affaire, la grosse affaire, bezeichnen, zu Gunsten der französischen Präponderanz und der französischen Dynastie, davon getragen.

In England war der Hof tief verletzt, Lord Palmerston erzürnt, die ganze Nation ohne Unterschied der Parteien erbittert, und die Entente cordiale mit Frankreich zerriß*).

Und heute?**) — König Louis Philippe und seine Dynastie sind

*) Zu Anfang des Jahres 1847 hatte die Discussion in der Presse und auf der Tribüne beider Länder die gegenseitige Animosität so gesteigert, daß man für den Frieden fürchtete. Stockmar schreibt am 19. Februar 1847: „ich hatte gestern eine lange Conversation mit Peel. Er glaubt nicht recht an die Erhaltung des Friedens. Er findet offene Feindseligkeit in Guizot's und Broglie's Reden" (bei den französischen Adreßdebatten).

**) Geschrieben Anfang 1870.

längst vom französischen Thron gestürzt, die Königin Isabella ist vertrieben, Spanien schwankt zwischen Republik und Monarchie, und einer der Kroncandidaten ist der Herzog von Montpensier. Wie anders haben sich die Dinge gestaltet, als die klugen Politiker im Jahre 1846 hofften oder fürchteten! Wo sind die Vortheile geblieben, die sich der französische König und sein Minister für Frankreich und die Familie Orléans von jenen Heirathen versprachen?

Wo sind aber auch die Nachtheile geblieben, welche Lord Palmerston und England damals der Welt als Folgen der Montpensier'schen Heirath mit Ungestüm verkündeten?

Ueber die Geschichte dieser spanischen Heirathen liegt ein sehr ausgedehntes und authentisches Material in den englischen Parlamentspapieren, in der Revue rétrospective von 1848, und nunmehr in einem über 200 Seiten langen Abschnitt des 8. Bandes der Guizot'schen Memoiren vor. Es ließe sich aus Stockmar's Papieren leicht vermehren. Aber wer hätte das Herz, nach solchem Umschwung der Dinge sich noch einmal in das doch nicht vollständig zu entwirrende Wirrsal jener Intriguen zu vertiefen, oder das Gewässer des aus dem Ereignisse vom 10. October 1846 entstandenen englisch-französischen Streitschriftwechsels, insbesondere der Controversen über den Utrechter Frieden, zu durchwaten? Wir begnügen uns nach Maßgabe unseres Materials, diejenige Seite der Sache zu beleuchten, die Stockmar's Beobachtung am nächsten lag, die des persönlichen Verhaltens der betheiligten Höfe und den aus den spanischen Heirathen entstandenen so zu sagen persönlichen Ehrenconflict zwischen den höchsten Häuptern in England und Frankreich, wobei wir allerdings die zum Verständniß des ganzen Falles nöthigen Hauptthatsachen vorführen müssen.

Aus einer Niederschrift Stockmar's ergiebt sich die merkwürdige Thatsache, daß der Plan, die Königin von Spanien mit dem Herzog von Cadix und ihre Schwester, die Infantin, mit dem Herzog

von Montpensier zu vermählen, bei Guizot schon im Jahre 1840 vorhanden war. „Es ist Thatsache," schreibt Stockmar, „daß, als Palmerston 1840 in Paris war und auf Guizot's Verlangen eine Unterredung mit diesem über den allgemeinen Stand der europäischen Angelegenheiten hatte, Guizot in Beziehung auf Spanien sagte: „„Die Königin heirathet Cadix, und dann heirathet Montpensier die Infantin."" Da Palmerston hierauf die Einwendungen vorbrachte, die England gegen diese Heirath haben müsse, vorzüglich wenn die Königin kinderlos sterbe, sagte Guizot bloß: „la Reine aura des enfants et ne mourra pas."

Im Jahre 1841 begann man in England und Frankreich, sich näher mit der Eventualität der beiden spanischen Heirathen zu beschäftigen.

Louis Philippe hätte gern die Hand Isabella's für einen seiner Söhne gewonnen, ja er scheint eine solche Heirath mit der Königin Christine verabredet gehabt zu haben. Er mußte sich jedoch früh überzeugen, daß er hiebei einem entschiedenen Widerstand von Seiten Englands begegnen würde. Er stellte deshalb nunmehr jene Absicht für einen seiner Söhne wiederholt und laut in Abrede. Dagegen verkündeten er und Guizot offen als unbedingte Forderung Frankreichs das Princip, daß der Gemahl der Königin von Spanien ein Bourbon von der Nachkommenschaft Philipp's V. sein müsse und verfolgten das Ziel, die Infantin für Montpensier festzuhalten. Familienstolz und französische Eitelkeit vereinigten sich zu dem Wunsche, die Bourbonen auf Spaniens Thron zu erhalten. In politischer Hinsicht wollte Guizot durch die Aufstellung und Behauptung der Forderung, der Gemahl Isabella's müsse ein Bourbon sein, die beständigen Vorwürfe der Opposition widerlegen, daß die auswärtige Politik der Julimonarchie eine zaghafte und unterwürfige sei. Wie er Europa gegenüber Frankreichs Macht und Einfluß geltend zu machen, Frankreichs Willen durchzusetzen wisse, das wollte er an einer Frage von einer gewissen Wichtigkeit, von einer gewissen

historischen Bedeutung thatsächlich beweisen. Er sah in seiner Politik in Bezug auf die spanischen Heirathen zugleich das kräftigste Mittel, das monarchische Princip in Spanien zu stützen, und rückwirkend die Dynastie der Orléans in Frankreich zu stärken, während man vor den spanischen Exaltados und der Ansteckungskraft, die sie auf Frankreich üben könnten, große Furcht hegte. — Die für Montpensier projectirte Verbindung war eine nach den üblichen Rücksichten der Stellung und des Vermögens vortheilhafte, versprach dem französischen Einfluß in Spanien in der Gegenwart eine solide Stütze und eröffnete für eine unbestimmbare Zukunft die Möglichkeit, Louis Philippe's Enkel auf dem spanischen Thron zu sehen („les chances inconnues d'un avenir lointain," sagt Guizot, Mémoir. VIII., pag. 227*).

Die Königin Mutter Christine scheint von Anfang an die Verbindung einer ihrer Töchter oder gar einer jeden von beiden mit einem französischen Prinzen gewünscht zu haben. Sie erblickte darin das Mittel, sich und den Moderados den Beistand Frankreichs gegen die Progressisten zu sichern. Zwar ließ sie im Jahre 1841 durch drei verschiedene Personen nach einander indirect und unter der Hand den Engländern insinuiren, daß sie einen Prinzen von Coburg für ihre Tochter Isabella begehre, erst nannte sie den Erbprinzen, dann den Prinzen Leopold, Bruder des Königs Ferdinand von Portugal.

Von englischer Seite wurden diese Eröffnungen wie nicht geschehen behandelt. Man betrachtete sie als nicht ernstlich gemeint, vielmehr, wahrscheinlich im Einverständniß mit Louis Philippe, nur zu dem Zweck gemacht, um die Ansicht des englischen Cabinets herauszulocken.

In England dachte man über eine mögliche Candidatur des Prinzen Leopold (denn der Erbprinz war außer Frage) im Anfang

*) Wir citiren nach der in Paris und Leipzig erschienenen Ausgabe.

überwiegend ungünſtig. Lord Palmerſton hatte noch vor ſeinem Abgang vom Miniſterium (Ende Auguſt 1841) geäußert, der Prinz ſei zu nahe mit dem Herzog von Nemours (der deſſen Schweſter zur Gemahlin hatte) verwandt, und die Königin Victoria war in Folge deſſen eher gegen jene Idee als dafür.

Palmerſton's Nachfolger, Aberdeen, ſtets geneigt, jede mögliche Rückſicht auf das gute Verhältniß zu Frankreich zu nehmen, war ganz bereit, ſich einen Bourbon, wenn es nur nicht ein Sohn Louis Philippe's war, als Gemahl der ſpaniſchen Königin gefallen zu laſſen, ſcheute dagegen die aus einer Candidatur Leopold's vorausſichtlich Frankreich gegenüber erwachſenden Schwierigkeiten. Die Stellung, die er zu den franzöſiſchen Prätentionen einnahm, bezeichnet ſeine Depeſche vom 16. März 1842 an Sir Robert Gordon*). Er ſagt darin, aus politiſchen Gründen, die mit der Erhaltung des Gleichgewichts von Europa zuſammenhängen, würde England die Wahl eines franzöſiſchen Prinzen nicht mit Gleichgültigkeit betrachten, andererſeits aber könne es weder Frankreich noch irgend jemand das Recht zuerkennen, über die Hand der Königin von Spanien zu verfügen, alſo die franzöſiſche Forderung, daß der Gemahl durchaus ein Bourbon ſein müſſe, im Princip nicht gelten laſſen. Jedoch maße es ſich keineswegs an, ein Veto gegen die Bourbonen überhaupt einzulegen und werde, wenn die Wahl der Königin und ihrer Regierung auf einen ſolchen fiele, gegen ihn nichts einzuwenden haben.

Bedingt günſtig waren dem Prinzen Leopold ſein Vetter Albert und Stockmar. Sie betrachteten den Erfolg jener Candidatur nicht als etwas heftig zu Begehrendes, um jeden Preis Durchzuſetzendes, ſondern als ein Ziel, das man, wenn die Umſtände ſich günſtig zeigten, mit ehrlichen und vernünftigen Mitteln, d. h. ſolchen, die ſich ohne Beſchädigung wichtigerer Intereſſen anwenden ließen, zu verfolgen habe.

---

*) Correspondence relating to the marriages etc. pag. 1.

Noch lauer, noch philoſophiſcher verhielt ſich der König Leopold, dem ſeine delicate Stellung zu Frankreich ohnehin beſondere Zurückhaltung vorſchrieb.

Die Aufgabe, die der Prinz Gemahl und Stockmar ſich in dieſer Lage der Dinge ſtellten, ging nur dahin, dem Schickſale, wenn es den Prinzen Leopold wolle, die Thüren zu öffnen und die, nicht in der Realität, ſondern in bloßen falſchen Vorſtellungen begründeten Hinderniſſe wegzuräumen. Stockmar dachte ſogar über den ſchließlichen Erfolg keineswegs ſanguiniſch. Der Charakter und das Reſultat dieſer Bemühungen werden am beſten durch einen Brief deſſelben vom 14. Mai 1842 bezeichnet.

„In Bezug auf die ſpaniſche Heirath trübt der Einfluß meiner Wünſche und Gefühle den Prozeß des Urtheils, der allein vom Verſtand vollbracht werden muß, nicht. Für mich ſteht daher die Sache ungefähr ſo.“

„Die Königin braucht einen Gemahl, gegen den einmal Spanien und Europa in politiſcher Hinſicht nicht viel einzuwenden haben, und der zweitens als Menſch geiſtig und körperlich ſo beſchaffen ſei, daß er zu der Hoffnung berechtige, er werde den ſchwierigen Stand eines Gemahls einer Königin von Spanien mit einigem Erfolg behaupten.“

„Die vorhandenen Bourbons haben nun, wenn ſie nach der erſten und zweiten Bedingung geprüft werden, viel gegen ſich.“

„Unſer Candidat iſt in politiſcher Hinſicht für Spanien und für das wahre Intereſſe von Europa annehmbarer, als mancher Andere, wozu noch kommt, daß die Verwandtſchaft mit Portugal im gegebenen Fall wahrſcheinlich ein nützliches Element abgeben dürfte, um die beiden Dynaſtien auf den freundlichen Fuß zu ſtellen, auf welchem ſie zum Heile beider Länder ſtehen ſollten.“

„Eine andere Frage aber iſt, ob Leopold die nöthigen perſönlichen Eigenſchaften zu einem ſo ſchwierigen Unternehmen habe. Er iſt jung, unerfahren und lebt in Verhältniſſen, in welchen er ſchwer-

lich in kurzer Zeit die erforderliche Ausbildung des Geiſtes und vorzüglich des Charakters erlangen wird. Dazu kommt noch, daß, nach meiner Beobachtung, ſein Sinn nicht auf Politik geſtellt iſt."

„Unter dieſen Umſtänden thut man genug, thut man alles, wenn man es dem Schickſal möglich macht, ihn dann zu finden, wenn es in ſeiner Laune, unwahrſcheinliche Dinge zu verwirklichen, darauf beſtehen ſollte, ihn trotz aller entgegenſtehenden Hinderniſſe doch aufzuſuchen."

„Und dies iſt geſchehen, ſo weit es in unſeren Kräften ſtand."

„Wir haben die Aufmerkſamkeit Spaniens und Englands auf dieſen Candidaten gelenkt, auf eine Art, wie eine verſtändige Beurtheilung aller Verhältniſſe es allein rathſam machte. Espartero hat ſich weder dafür, noch dagegen erklärt, doch ganz vernünftig geſagt, es ſei eine Angelegenheit, die nur im wahren Intereſſe des ſpaniſchen Volks von der ſpaniſchen Regierung unter Zuziehung und Beiſtimmung Englands zu entſcheiden ſei. Wir haben ſodann bereits erlangt, daß das hieſige Miniſterium (Peel), welches urſprünglich einen Bourbon ſchon deswegen wünſchte, weil ein ſolcher die wenigſten äußeren Schwierigkeiten erregen würde, ganz unparteiiſch geworden und jede Wahl, die im wahren Intereſſe Spaniens gemacht und deswegen Hoffnung auf Erfolg gewährt, ehrlich unterſtützen wird."

„Unſer Samenkorn iſt daher gehörig in die Erde gebracht, zwar in einen Boden, in welchem es aller Vermuthung nach nicht aufgehen kann, doch iſt unſer Theil an dem Werk, der mögliche, der allein rathſame, vollbracht und das Reſultat muß mit überlegter Fügung erwartet werden."

Das Jahr 1843 bezeichnete in der Angelegenheit der ſpaniſchen Heirathen einen epochemachenden Abſchnitt. Bei Gelegenheit des Beſuchs der Königin Victoria und ihres Gemahls in Eu, gaben Louis Philippe und Guizot dem die Königin begleitenden Lord Aberdeen die bündigſten Verſicherungen, daß ſie für die Söhne des

Königs nicht nur nicht nach der Hand Iſabella's ſtrebten, ſondern dieſe vorkommenden Falls ausſchlagen würden*).

Das folgende Jahr brachte keinen entſcheidenden Vorgang. Als aber im September 1845 die Königin und der Prinz den zweiten Beſuch in Eu abſtatteten, kam es zu weiteren Erklärungen und zu einer Verſtändigung, von deren Inhalt ſpäter jeder Theil dem andern vorwarf, abgewichen zu ſein. Es iſt alſo nöthig, die verſchiedenen Zeugniſſe darüber zu confrontiren.

Vorweg iſt hervorzuheben, daß jene Erklärungen nach den vorliegenden Zeugniſſen, theils zwiſchen Louis Philippe und Guizot einerſeits und Aberdeen andererſeits, theils zwiſchen dem König und der Königin reſp. dem Prinzen ausgetauſcht wurden. Ob in getrennten Unterredungen, oder ob alle genannten Perſonen zugleich gegenwärtig waren, vermögen wir nicht zu ſagen.

Sodann iſt die Nüance bemerkenswerth, daß, nach dem Bericht Louis Philippe's in ſeinem Briefe vom 14. September 1846 an ſeine Tochter von Belgien (Revue rétrospective pag. 19 et 21), es Lord Aberdeen war, der bei jener Gelegenheit zum erſten Mal und von freien Stücken die Frage von der Heirath der Infantin zur Sprache brachte, während, nach einer Niederſchrift Stockmar's, Louis Philippe in Eu der Königin gegenüber die Initiative ergriff, zum erſten Mal von jener Angelegenheit zu ſprechen.

Hinſichts des Inhalts der ausgetauſchten Erklärungen ſtimmen ſämmtliche Zeugniſſe in zwei Hauptpunkten überein.

1. Louis Philippe und Guizot erklärten, daß der Herzog von Montpenſier die Infantin nicht eher heirathen ſolle, als bis die Königin vermählt und mit Nachkommenſchaft geſegnet ſei.

2. Von engliſcher Seite wurde verſprochen, daß man keinen, nicht zum Hauſe Bourbon gehörigen Prinzen, insbeſondere nicht den

*) S. Guizot's Mémoires VIII., pag. 145.

Prinzen Leopold von Coburg, als Candidaten Englands für die Hand der Königin von Spanien anerkennen und unterstützen wolle.

Dagegen weichen die englischen und die französischen Angaben in Folgendem von einander ab:

1. Was den ersten Punkt betrifft, so behauptet Louis Philippe in seinem oben angeführten Briefe, das Abkommen sei bestimmter dahin gegangen, daß die Heirath seines Sohnes mit der Infantin nicht eher stattfinden solle, als bis die Königin vermählt sei und ein Kind habe (quand elle aura eu un enfant. Revue rétrosp. pag. 19), während die Engländer behaupten, die Stipulation habe auf mehrere Kinder (des enfants) gelautet. Wir wollen diesen Differenzpunkt gleich erledigen, indem wir dem Zeugnisse Louis Philippe's das seines eigenen Ministers und eine Niederschrift Stockmar's entgegenstellen.

Guizot sagt (Mémoires VIII. pag. 226), er habe am 19. September 1845 (also wenige Tage nach der Abreise der Königin Victoria von Eu, wo ihm noch Alles im frischesten Andenken sein mußte), an den französischen Gesandten Bresson in Madrid Folgendes geschrieben:

„Tant qu'à défaut du mariage de la Reine et d'enfants issus d'elle, le trône d'Espagne sera aussi suspendu au mariage de l'Infante, nous nous conduirons pour ce mariage comme pour celui de la Reine elle même; nous n'y prétendrons pas pour un fils du Roi, et nous n'admettrons pas, qu'aucun autre qu'un prince de la maison de Bourbon y puisse être appelé. Ni l'une ni l'autre des deux soeurs ne doit porter dans une autre maison la couronne d'Espagne. Quand la Reine Isabelle sera mariée et aura des enfants, le mariage de l'Infante aura perdu le caractère qui nous impose envers l'un et l'autre la même politique; et dès lors quelles que soient les chances inconnues d'un avenir lointain, ce mariage nous convient, et nous ne cachons point notre intention de

le rechercher et de le conclure, s'il convient également aux premiers intéressés. J'ai dit cela à Lord Aberdeen. Le Roi le lui a dit et redit. Il est maintenant bien entendu que telle sera notre conduite. Et elle est trouvée fort sensée, naturelle et loyale."

Nach Stockmar's Niederſchrift lautete die Erklärung Louis Philippe's gegen die Königin:

„Qu'il ne penserait pas à cette union aussi longtemps qu'elle serait une affaire politique et pas avant que la Reine ne fût mariée et qu'elle n'eût des enfants."

Man wird alſo keinen Grund haben zu bezweifeln, daß in Betreff des erſten ſtreitigen Punktes die engliſchen Angaben die richtigen ſind.

2. Von größerer Wichtigkeit iſt die die zweite Beſtimmung des Abkommens von Eu betreffende Abweichung der franzöſiſchen von den engliſchen Berichten.

Die Engländer verſichern, ſich nur dazu verpflichtet zu haben, keinen nichtbourboniſchen Prinzen, insbeſondere nicht den Prinzen Leopold, als engliſchen Candidaten für die Hand der Königin anzuerkennen und zu unterſtützen. Dagegen haben die Franzoſen ſpäter, als der Streit über jene Verabredungen bereits ausgebrochen war, die Sache ſo darzuſtellen geſucht, als ob England in Eu verſprochen hätte, poſitiv für die Wahl eines bourboniſchen Prinzen zu wirken und der Wahl eines jeden andern Prinzen entgegen zu wirken.

Guizot (Mém. VIII. pag. 297) ſchreibt am 30. Juli 1846 an M. de Jarnac in London:

„Il a été dit et entendu que les deux gouvernements s'emploieraient à Madrid pour que le choix de la Reine se portât sur l'un des descendants de Philippe V. Lorsque quelqu'autre candidat a été mis en avant, Lord Aberdeen a travaillé à l'écarter."

Und in dem gleichen Sinne behauptet der Graf Jarnac Lord Palmerſton gegenüber (S. Palmerſton's Depeſche vom 22. September 1846, Correspondence relating to the Marriages pag. 23), die Vereinbarung der beiden Regierungen ſei dahin gegangen, daß ſie beiderſeits einen Abkömmling Philippe's V. zum Gemahl der Königin von Spanien empfehlen ſollten.

Daß aber die Verabredung von Eu England in der That nur die Aufſtellung eines nichtbourboniſchen eigenen Candidaten und Unterſtützung deſſelben unterſagten, keineswegs aber Bekämpfung eines ſolchen, wenn er von anderer Seite aufgeſtellt würde, und poſitives Wirken für einen Bourbon zur Pflicht machten, läßt ſich aus franzöſiſchen Documenten überzeugend darthun.

Erſtens aus dem oben angeführten Briefe Louis Philippe's an die Königin der Belgier. Hier referirt der König, daß er, nach ſeinem Zugeſtändniß die Heirath mit der Infantin erſt eintreten zu laſſen, quand la Reine serait mariée et aurait eu un enfant, folgendermaßen zu Lord Aberdeen geſprochen: „Mais pourtant il faut un peu de réciprocité dans cette affaire, et si je vous donne vos sécurités, il est juste qu'en retour vous me donniez les miennes. Or, les miennes sont que vous ferez ce que vous pourrez pour tâcher que ce soit parmi les descendants de Philippe V. que la Reine Isabelle choisisse son époux, et que la candidature du Prince Léopold de Saxe Cobourg soit écartée.“

Hierauf habe ihm Lord Aberdeen erwidert: „Nous pensons comme vous que le mieux serait, que la Reine prît son époux parmi les descendants de Philippe V. Nous ne pouvons pas nous mettre en avant sur cette question, comme nous l'avons fait; mais nous vous laisserons faire; nous nous bornerons à vous suivre, et dans tous les cas à ne faire rien contre vous. Quant à la candidature du Prince Léopold de Saxe-Cobourg, vous pouvez être tranquille sur ce

point, je réponds qu'elle ne sera ni avouée ni appuyée par l'Angleterre, et qu'elle ne vous gênera pas."

Das zweite Zeugniß iſt das Guizot's in ſeinem Bericht an Breſſon über die Verhandlungen von 1845 in Eu. Er fährt nach der oben angeführten Stelle (Mém. VIII., pag. 227) ſo fort: „Il fut en même temps bien entendu et reconnu, par Lord Aberdeen comme par nous, qu'en tenant cette conduite nous comptions qu'aucun Prince étranger à la maison de Bourbon ne serait soutenu par le gouvernement anglais, comme prétendant à la main de la Reine Isabelle ou de l'Infante sa soeur*)."

Hiernach wird es wohl nicht mit Grund bezweifelt werden können, daß England in Eu keine Verpflichtung übernahm, die Candidatur eines Bourbon poſitiv zu fördern, oder der eines Nichtbourbon poſitiv entgegen zu wirken, und wir können nach allem dem den Inhalt der Verabredungen von Eu ſchließlich dahin zuſammenfaſſen:

Erſtens, daß Frankreich verſprach, den Herzog von Montpenſier mit der Infantin nicht eher zu vermählen als bis die Königin Iſabella vermählt ſei und Kinder habe;

Zweitens, daß England verſprach, keinen nichtbourboniſchen Candidaten auf die Hand der Königin Iſabella aufzuſtellen und zu unterſtützen, insbeſondere daß ſowohl der Hof als das Miniſterium den Prinzen Leopold nicht als engliſchen Candidaten anerkennen und unterſtützen zu wollen verhießen. —

Dieſes Verſprechen iſt von engliſcher Seite auf's ſtrengſte gehalten worden. Man wird dies, nach den von uns beigebrachten Thatſachen an und für ſich wahrſcheinlich finden, da in England an maßgebender Stelle von vornherein theils gar keine, theils

*) Wir wollen nur im Vorbeigehen darauf hinweiſen, daß die letzten Worte Guizot's „ou de l'infante sa soeur" einen Irrthum enthalten. Es war in Eu 1845 nicht davon die Rede, daß England keinen nichtbourboniſchen Freier der Infantin begünſtigen ſolle.

eine nur ſehr mäßige, von aller Verblendung und Voreingenommenheit freie Neigung für die Coburgiſche Candidatur beſtanden hatte. Man kann an der Beobachtung des gegebenen Worts, Seitens derjenigen, die ſich in Eu verpflichteten, um ſo weniger zweifeln, wenn man die ſtrenge Redlichkeit der Königin, die feſte Sittlichkeit und Beſonnenheit des Prinzen und den Charakter Lord Aberdeen's erwägt, Lord Aberdeen's, über den Guizot ſelbſt (Mémoires VIII. 278) zuſtimmend den Ausſpruch des Prinzen Albert anführt: Lord Aberdeen est l'homme le plus complètement vertueux que je connaisse.

Von der franzöſiſchen Seite aber zeigt ſich von nun an eine zur Schau getragene außerordentliche Furcht vor dem Geſpenſt der Coburger Candidatur und eine fortgeſetzte Beſchäftigung mit dem Gedanken, dieſen Popanz als Grund zu gebrauchen, um ſich von dem in Eu gegebenen Verſprechen für entbunden zu erklären.

Schon im November geräth Guizot in heftige Aufregung (Mémoires VIII. 232—235) bei der Nachricht, daß der Prinz Leopold mit ſeinem Vater eine Reiſe zu dem älteren Bruder Ferdinand in Portugal und vielleicht auch einen Abſtecher nach Spanien beabſichtige. Er wird indeß von Lord Aberdeen durch die energiſcheſten Betheuerungen beſchwichtigt, daß es England nicht in den Sinn komme, etwaige Anſprüche des Prinzen Leopold zu unterſtützen oder zu ermuthigen, daß auch der Hof für den Prinzen keineswegs Abſichten auf die Hand der Königin Iſabella hege. „Je puis vous répondre sur ma parole de gentleman," ſagte Lord Aberdeen, „que vous n'avez rien à craindre de ce côté; le Prince Albert comprend parfaitement notre politique commune et il s'y ralliera absolument, dans la même mesure que le cabinet lui même." Und Guizot erklärt auch: „J'étais alors et je reste aujourd'hui profondément convaincu de la parfaite sincérité du Prince et du Ministre dans leurs intentions et leurs paroles."

Gleichwohl konnten die Verſicherungen des tugendhaften Aberdeen ihn nicht beruhigen. Er behauptet, von Liſſabon aus ſeien in

Madrid fortwährend Intriguen für den Coburger geſponnen worden, er mißtraute auch dem engliſchen Geſandtſchaftsperſonal in Madrid. Und es iſt allerdings Thatſache, daß der Geſandte Sir Henry Bulwer, dem Aberdeen geradezu vorgeſchrieben hatte, ſich der Unterſtützung der Coburgiſchen Candidatur zu enthalten (Guizot ib. 236), derſelben aus Ueberzeugung günſtig war, und wir werden bald ſehen, daß er es nicht über ſich vermochte, vollkommen neutral zu bleiben. Wie viel wirkliche Gefahr eines Erfolgs des Coburgers in dieſen Momenten lag, iſt freilich eine andere Frage, die wir nach dem ſchließlichen Ausgang geradezu verneinen möchten.

Man darf aber nicht vergeſſen, daß der Menſch das leicht für wirklich nimmt, was er verwirklicht zu ſehen ein Intereſſe hat. Guizot hatte das Intereſſe, ſich die Gefahr der Coburgiſchen Candidatur ſo dringend als möglich vorzuſtellen, um vor ſich ſelbſt eine Losſagung von den gegen England eingegangenen Verpflichtungen rechtfertigen zu können. Er malte ſich alſo den Fall, der ihn von dieſer Verpflichtung befreien könne, als immer wahrſcheinlicher aus und legte ſich ihn zugleich ſo zurecht, wie er nach den Verabredungen von Eu eben *nicht* war; er ſetzte der größeren Bequemlichkeit wegen voraus, daß England ſich, was es *nicht gethan*, damals verpflichtet habe, der Coburger Candidatur *poſitiv* entgegen zu wirken, und zwar nicht nur in Betreff der Vermählung der Königin, ſondern *auch* der *Infantin*. Und ſo kommt er dazu, ſchon am 10. December 1845 an den Geſandten Breſſon in Madrid zu ſchreiben:

„Plus j'y regarde, plus je demeure convaincu qu'il y a, en Espagne et autour de l'Espagne, un travail actif et incessant pour amener le mariage d'un Prince de Cobourg, soit avec la Reine, soit avec l'Infante. Le gouvernement anglais ne travaille pas positivement à ce mariage, mais il ne travaille pas non plus efficacement à l'empêcher. . . . . Nous ne pouvons jouer en ceci un rôle de dupes. Nous continuerons à suivre loyalement

notre politique, c'est à dire à écarter toute combinaison qui pourrait rallumer le conflit entre la France et l'Angleterre à propos de l'Espagne. Mais si nous nous apercevions que de l'autre côté on n'est pas aussi net et aussi décidé que nous, si par exemple, soit par l'inertie du gouvernement anglais, soit par le fait de ses amis en Espagne et autour de l'Espagne, un mariage se préparait pour la Reine ou pour l'Infante, qui mît en péril notre principe — les descendants de Philippe V. — et si cette combinaison avait, auprès du gouvernement espagnol, des chances de succès, aussitôt nous nous mettrions en avant sans réserve et nous demanderions simplement et hautement la préférence pour M. le Duc de Montpensier." —

Auf dieſe Art war denn das Eintreten des Falls, den man brauchte, bedeutend erleichtert. Schon die Unthätigkeit der engliſchen Regierung, ſchon die Handlungen ihrer Freunde in Spanien oder um Spanien herum, genügten nunmehr, nach Guizot, um Frankreich ſeiner Verpflichtungen zu entbinden.

Nachdem er dieſes Stratagem zunächſt für ſich erſonnen und ſeinem Agenten in Madrid auseinandergeſetzt, entſchloß er ſich, im März 1846 es auch Lord Aberdeen zu expliciren, damit dieſer ſich nicht beklagen könne, überraſcht worden zu ſein, wenn er eines Tags die Falle zuſchnappen ſähe.

So ſendet er denn das Memorandum vom 27. Februar 1846 nach London, damit der Geſandte St. Aulaire dieſes dem Lord Aberdeen vorleſe. Er ſchreibt gleichzeitig an St. Aulaire:

„Je tiens également à être loyal et à n'être point dupe."

Was heißt: n'être point dupe? ſeinen Zweck erreichen? Aber es iſt nicht immer möglich ſeinen Zweck zu erreichen, und zugleich vollkommen loyal zu ſein.

Jenes Memorandum ſagt (Guizot ib. 253):

„Un travail très-actif se poursuit et redouble en ce

moment pour marier le Prince Léopold de Cobourg, soit à la Reine Isabelle, soit à l'Infante Doña Fernanda. La cour de Lisbonne est le foyer de ce travail. Les correspondances, les journaux portugais et espagnols le révèlent évidemment. . . . . Nous avons été et nous voulons être très-fidèles à la politique que nous avons adoptée et aux engagements que nous avons pris quant aux mariages, soit de la Reine Isabelle, soit de l'Infante Doña Fernanda. Mais si l'état actuel des choses se prolonge et se développe, nous pouvons arriver brusquement à une situation ou nous serons:

1. Placés sous l'empire d'une nécessité absolue pour empêcher que, par le mariage, soit de la Reine, soit de l'Infante, notre politique reçoive en Espagne un échec que nous n'accepterions pas

2. Libres, pour l'un comme pour l'autre mariage, de tout engagement.

C'est ce qui arriverait si le mariage, soit de la Reine, soit de l'Infante, avec le Prince Léopold de Cobourg ou avec tout autre Prince étranger aux descendants de Philippe V. devenait probable et imminent.

Dans ce cas nous serions affranchis de tout engagement et libres d'agir immédiatement pour parer le coup en demandant la main, soit de la Reine, soit de l'Infante pour M. le duc de Montpensier."

Alſo hier war mit aller wünſchenswerthen Deutlichkeit die exorbitante Auslegung des Abkommens von Eu aufgeſtellt, welche nöthig war, um die Selbſtbefreiung Frankreichs von ſeinen Verpflichtungen einzuleiten. England hatte ſich in Eu verbindlich gemacht, keine nichtbourboniſche Candidatur, insbeſondere nicht die des Prinzen von Coburg, auf die Hand Iſabellen's als die ſeine anzuerkennen und zu unterſtützen. Wenn es dies dennoch that, konnte Frankreich ſich von ſeiner Gegenverbindlichkeit loslöſen. Aber

das Memorandum ſpricht es von dieſer ſchon dann frei, wenn eine nichtbourboniſche Heirath, ſei es der Königin, ſei es der Infantin, wahrſcheinlich und nahe bevorſtehend wird, und behält natürlich der franzöſiſchen Regierung ſelbſt das Urtheil vor, wenn dieſer Fall eingetreten ſei.

Was ſagte Lord Aberdeen dazu? Guizot berichtet darüber nichts. In der That ſcheint Aberdeen nach einer Niederſchrift Stockmar's, die wir hier folgen laſſen, wirklich nicht viel geſagt und ſo ziemlich den Vogel Strauß geſpielt zu haben.

„St. Aulaire las ihm dieſes Schriftſtück vor. Da aber Niemand beſſer als er (Aberdeen) wußte, daß das engliſche Cabinet nichts gethan hatte qui rendrait probable et imminent le mariage, soit de la Reine, soit de l'Infante avec le Prince de Cobourg ou avec tout autre Prince étranger aux descendants de Philippe V., ſo ſah er im Inhalt des Memorandum nichts, als eine übertriebene Aengſtlichkeit und übergroßes Mißtrauen der franzöſiſchen Regierung, welches beides er ſich durch die verſchiedenen, damals über die ſpaniſchen Heirathen öffentlich circulirenden Gerüchte erklärte. Er nahm daher ſo wenig als möglich Notiz von der Eröffnung. Er wollte auch deren Inhalt um ſo weniger beſonders relevíren, als er dadurch ſich erſparte, bemerken zu müſſen, wie Frankreich in dieſem Actenſtück zu ſeinen früheren Prätentionen nun eine neue monſtröſe dadurch hinzufüge, daß es jetzt in einem von ihm willkürlich vorausgeſetzten Fall ſich von ſeinen Verbindlichkeiten befreit erkläre. Er begnügte ſich daher zu verſichern, daß von engliſcher Seite nichts geſchehen ſei, noch geſchehen werde, was Frankreichs Mißtrauen und Beſorgniß rechtfertigen könne, und ſchloß mit der Bitte, St. Aulaire möge ſeine Regierung zu beruhigen ſuchen. Um der Sache keine weitere Wichtigkeit zu geben, behielt er auch keine Abſchrift von St. Aulaire's Mittheilung, ſo daß, als Palmerſton ſpäter in's Amt trat, ſich in den Acten nichts darüber vorfand.“

Man sieht hier wie die Ehrlichkeit und Gutmüthigkeit Aberdeen's solchen Gegnern nicht gewachsen war. Er schweigt zu allem Unberechtigten der französischen Mittheilung, um es sich zu ersparen, den Franzosen unangenehme Bemerkungen machen zu müssen. Sein ganzes Streben geht dahin, sie zu beschwichtigen und er hält es für weise, die Spur jenes Memorandums zu verwischen, indem er nicht einmal eine Abschrift davon behält. Das heißt doch wirklich den Kopf in den Sand stecken!

Was er hätte sagen müssen, ist Folgendes: „Diese Mittheilung zeugt von einem beleidigenden Mißtrauen gegen uns. Wir sind uns bewußt, es so wenig zu verdienen, daß Euer Mißtrauen das unserige erregen muß. Dieses wird dadurch gesteigert, daß Ihr eine in mehrfacher Hinsicht ganz irrige Auslegung der Verabredung von Eu zu Grunde legt, und darauf ganz unberechtigte Prätentionen baut, die ich entschieden ablehnen muß."

Sonderbarerweise fügte es sich, daß bald darauf im Mai 1846 ein Zwischenfall eintrat, aus dem Guizot wohl, im Sinne seiner im Memorandum vom 27. Februar enthaltenen Drohungen, hätte Capital machen können, um sich den Verbindlichkeiten von Eu zu entziehen, hätte ihn nicht die zu augenscheinliche, man möchte sagen flagrante Loyalität, mit der sich das englische Cabinet dabei benahm, daran verhindert.

Lassen wir den König Louis Philippe selbst diese Episode kurz erzählen.

„Toutes ces manoeuvres", schreibt er in dem oft angeführten Briefe an seine Tochter von Belgien (und er meint die angeblichen Manöver der englischen Agenten), „amenèrent la démarche à laquelle la Reine Christine se laissa entrainer, en expédiant un agent secret, porteur d'une lettre d'elle pour le duc de Cobourg, à l'effet de lui demander la main de son Cousin, le Prince Léopold de Saxe-Cobourg, pour la Reine sa fille.

La loyauté de Lord Aberdeen le porta à nous donner immédiatement connaissance de cette démarche qui nous avait été cachée à Madrid, et il y ajouta l'assurance que ni la Reine Victoria, ni le Prince Albert, ni le gouvernement de S. M. ne donneraient ni appui ni encouragement quelconque à la demande de la Reine Christine. Nous lui représentâmes que d'après ce qui s'était passé entre nous sur ce chapitre, nous avions droit de réclamer de lui une répression plus positive de la part que des agents anglais (Guizot erzählt genauer ib. pag. 260, daß die Mittheilung an den Herzog von Coburg mit Sir Henry Bulwer verabredet oder ihm wenigſtens communicirt worden und er ſie gebilligt habe) avaient prise aux intrigues qui avaient amené cette démarche de la Reine Christine; et en effet Lord Aberdeen adressa une sévère réprimande à Mr. Bulwer."

„Sir Henry Bulwer," erzählt Guizot a. a. O. pag. 273 weiter, „offrit sa démission, mais les circonstances générales devinrent telles que ni le blâme ni la démission n'eurent aucune suite." Dieſe allgemeinen Umſtände waren nämlich der ſich ſeit einiger Zeit vorbereitende Rücktritt des Tory-Miniſteriums und Lord Aberdeen's, an deſſen Stelle mit den Whigs am 29. Juni Lord Palmerſton trat.

Nehmen wir dieſe franzöſiſche Verſion der fraglichen Epiſode für ganz richtig, ſo liegt auf der Hand, daß das raſche, durchaus offene und ehrliche Verfahren Lord Aberdeen's es den Franzoſen unmöglich machte, ſelbſt wenn ſie dazu Luſt hatten, von dem Vorfall im Sinne des Memorandums vom 27. Februar Nutzen zu ziehen.

Nach Stockmar's Aufzeichnungen war man aber in England einige Monate nachher durch die eingegangenen Nachrichten zu der Anſicht geführt worden, daß Aberdeen den Franzoſen nicht nur eine gute Gelegenheit, ſondern einen klug angelegten Plan verdorben hatte. Stockmar ſchreibt am 27. November:

„Die Berichte aus Paris beſagen, daß der Antrag der Königin Chriſtine an den Herzog von Coburg ein von ihr mit Louis Philippe verabredeter Schritt und eine Falle für Bulwer und die engliſche Regierung geweſen ſei.

Wäre die letztere darauf eingegangen, ſo würde ſie dadurch Louis Philippe einen Vorwand verſchafft haben mit dem Anſchein des Rechts zu ſagen: da Ihr von unſerm Einverſtändniß abgewichen ſeid, ſo bin ich berechtigt, die Heirath mit einem meiner Söhne ſofort ins Werk zu ſetzen.“

„Auch der preußiſche Miniſter in Liſſabon hat an ſeine Regierung berichtet, der Brief der Königin Chriſtine an den regierenden Herzog von Coburg ſei eine Falle geweſen, um England zu einer Meinungsäußerung zu verlocken. Hätte es ſich zu Gunſten jener Heirath geäußert, ſo würden die Franzoſen dies als Vorwand gebraucht haben, um ſich von den Verbindlichkeiten von Eu befreit zu erklären.“

Der Eintritt Lord Palmerſton's in das Miniſterium brachte ganz neue Elemente in die Angelegenheit der ſpaniſchen Heirathen.

Lord Palmerſton war in Frankreich von den orientaliſchen Verwicklungen 1840 bis 1841 her nicht in gutem Andenken. Er galt Guizot und Louis Philippe für händelſüchtig und geneigt, überall gegen den Einfluß und die Wünſche Frankreichs anzuſtreben. Guizot machte ſich gleich auf Conflicte gefaßt. Er ſchreibt an Breſſon ſchon am 5. Juli 1846 (a. a. O. pag. 287): „J'ai avec Lord Palmerston cet avantage que s'il survenait entre nous et Londres quelque refroidissement, quelqu'embarras, ce serait à lui et non à moi, qu'en France, en Angleterre, partout, on en imputerait la faute. Je le lui ai dit à lui-même, il y a trois mois.“

Palmerſton ſeinerſeits hielt es von vornherein für ſehr ſchwer, mit den Franzoſen auf gutem Fuß zu bleiben. Saint-Aulaire berichtet, aus dem Munde von Lord Aberdeen, Lord Palmerſton habe

zu dieſem geſagt: „Ces gens là sont essentiellement envahisseurs, agressifs, provoquants; en toute affaire ils veulent se faire une bonne part, aux dépens des autres. Comment bien vivre avec eux à de telles conditions?“

Es iſt aber eine alte Erfahrung, daß Leute, welche ſich gegenſeitig mißtrauen und die Wahrſcheinlichkeit mit einander in Streit zu gerathen vorherſehen, ſich ſelten richtig gegen einander benehmen und in Folge davon gewöhnlich wirklich Streit bekommen. Dies bewährte ſich auch hier zwiſchen der engliſchen und franzöſiſchen Regierung.

Auch in Bezug auf Spanien änderte ſich die Conſtellation dadurch, daß Palmerſton zur Gewalt gelangte.

„Vous tirerez,“ ſagt Guizot in demſelben Briefe an Breſſon, „à coup sûr, grand parti de son avénement pour agir sur la Reine Christine et son mari. Ils auraient beau faire; ils n'auront jamais dans Lord Palmerston qu'un ennemi, car il ne sera jamais que le patron du parti progressiste, c'est-à-dire de leurs ennemis.“

Und daſſelbe galt natürlich für die in Spanien, ſeit dem Sturze Espartero's 1843, am Ruder befindliche Partei der Moderados.

Zwar die erſten vorläufigen Beſprechungen des franzöſiſchen Geſandten mit Lord Palmerſton über die ſpaniſchen Angelegenheiten ſchienen die Ausſicht zu eröffnen, daß beide Regierungen Hand in Hand gehen könnten, indem beide darüber einig waren, daß die Königin Iſabella am beſten thun werde, einen ihrer Vettern, der Söhne des Don Francisco de Paula, nämlich entweder den Don Francisco, Herzog von Cadix, oder den Don Enrique, Herzog von Sevilla, zu wählen. Hinter dieſem Einverſtändniß ſtand freilich gleich wieder die Differenz, daß Frankreich den harmloſen und ungefährlichen Don Francisco bevorzugte, England den mit den Progreſſiſten in Verbindung ſtehenden, unruhigen Don Enrique, den auch Lord Aberdeen, in einer ſeiner letzten Depeſchen nach Spanien

vom 22. Juni (Corresp. relating to the marriages pag. 6) als denjenigen Candidaten bezeichnet hatte, der der engliſchen Regierung als der empfehlenswertheſte (most eligible) erſcheine, weil er die meiſte Ausſicht habe dem ſpaniſchen Volke annehmbar zu ſein. Dabei ſetzte ſich Frankreich hinſichts des Don Francisco über die Bedenken hinweg, die ſich aus einem Privatbriefe Breſſon's an Guizot vom 12. Juli 1846 (Revue rétrospective pag. 181) ergeben. Breſſon hatte der Königin Chriſtine den Herzog von Cadix zum Gemahl ihrer Tochter Iſabella vorgeſchlagen. Dieſe Heirath laſſe ſich raſch und leicht ausführen. „Sa Majesté", ſagt er, „en est tombée d'accord, et Elle le verrait s'accomplir sans aucune répugnance, si la Reine sa fille ne témoignait pour ce Prince un éloignement aussi prononcé, et s'il n'était douteux qu'il fût homme*).

Dagegen glaubte England ſeinerſeits diejenigen Zweifel überſehen zu dürfen, zu denen hinſichts des Don Enrique Anlaß war. Breſſon in dem angeführten Brief erzählt von der Königin Mutter:

„Pour Don Enrique elle ne s'occupe pas de ses extravagances politiques; elle le sait mauvais, pervers, perdu de moeurs; ses devoirs de mère l'obligent à le repousser."

Aber es war doch nicht die Differenz: ob Don Francisco oder Don Enrique?, welche den ſchließlichen Ausgang dieſer Angelegenheit zwiſchen England und Frankreich herbeiführte. Vielmehr iſt derſelbe daraus zu erklären, daß das allgemeine Mißtrauen des franzöſiſchen Cabinets gegen Palmerſton, verbunden mit den Fehlern und Uebereilungen dieſes, den auf franzöſiſcher Seite bereits vorhandenen Anreiz verſtärkte dasjenige Spiel zu ſpielen, das im Memorandum

*) Louis Philipp in dem oft angeführten Brief an ſeine Tochter ſagt: „Il me parait certain, d'après les informations, même très-minutieuses, qui ont été recueillies à Madrid sur Don François d'Assise, qu'il se trouve dans une bonne condition de virilité."

vom 27. Februar im Voraus entworfen, aber bis dahin noch nicht fest beschlossen war.

Lord Palmerston that den ersten verhängnißvollen Zug durch seine Depesche an Bulwer vom 19. Juli 1846 (Correspondence pag. 8), ein Actenstück, von dem wir wegen seiner Wichtigkeit für die Sache ausführliche wörtliche Auszüge geben müssen.

„Zwei Fragen," so beginnt es, „scheinen im gegenwärtigen Augenblick die Aufmerksamkeit derer besonders auf sich zu ziehen, die ein Interesse an den spanischen Dingen nehmen. Die eine ist die Heirath der Königin, die andere der innere politische Zustand des Landes."

„In Bezug auf die erste Frage habe ich den Ihnen von meinem Amtsvorgänger ertheilten Instructionen jetzt nichts hinzuzufügen."

„Die brittische Regierung ist nicht gesonnen, den Ansprüchen irgend eines der Prinzen, die sich gegenwärtig um die Hand der Königin bewerben, thätige Unterstützung zu leihen, und fühlt sich nicht berufen, gegen irgend einen derselben irgend eine Einwendung zu erheben."

„Die Wahl eines Gemahls für die Königin eines unabhängigen Landes ist offenbar eine Angelegenheit, in welche die Regierungen anderer Länder nicht berechtigt sind sich einzumischen; es müßte denn die Wahrscheinlichkeit vorhanden sein, daß die Wahl auf einen Prinzen fiele, der so unmittelbar zu der regierenden Familie irgend eines mächtigen Staats gehörte, daß er voraussichtlich die Politik seines Adoptivlandes mit der seines Geburtslandes in einer dem europäischen Gleichgewicht nachtheiligen und den Interessen anderer Staaten gefährlichen Weise verknüpfen würde. Allein unter denjenigen, die gegenwärtig als Bewerber um die Hand der Königin von Spanien genannt werden, befindet sich keine Persönlichkeit von jener Art; indem diese Bewerber augenblicklich auf drei reducirt sind, nämlich, den Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg, und die zwei Söhne des Don Francisco de Paula. Ich übergehe den Grafen Trapani und den Grafen Montemolin, da keine Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß die Wahl auf einen von beiden falle. Was die

drei oben erwähnten Candidaten betrifft, so hat Ihrer Majestät Regierung nur den aufrichtigen Wunsch auszusprechen, daß die Wahl auf denjenigen darunter fallen möge, der die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat, das Glück der Königin zu sichern, und die Wohlfahrt der spanischen Nation zu fördern."

Die Depesche geht dann auf den zweiten Punkt, den innern politischen Zustand von Spanien über; sie charakterisirt das Regierungssystem als das der Willkür, der Gewalt und des Scheinconstitutionalismus, ja der zermalmenden Tyrannei (grinding tyranny), und spricht die Hoffnung aus, daß das spanische Ministerium unverzüglich in die Bahnen der Verfassung und der Gesetzlichkeit zurückkehren werde. Sie endet mit folgenden Worten:

„Ihrer Majestät Regierung ist jedoch so durchdrungen von der Unzuträglichkeit einer Einmischung, selbst durch freundschaftliche Rathschläge, in die innern Angelegenheiten unabhängiger Staaten, daß ich mich enthalten muß, Sie zu irgend welchen, den spanischen Ministern über diese Punkte zu machenden Vorstellungen zu instruiren. Aber obgleich Sie natürlich Sorge tragen werden, über diese Fragen bei keiner Gelegenheit andere als die von mir Ihnen dergestalt auseinandergesetzten Ansichten auszusprechen, und obgleich Sie bemüht sein werden diese Ansichten nicht in einer solchen Art oder bei einer solchen Gelegenheit auszusprechen, daß dadurch voraussichtlich Unzufriedenheit erzeugt, vermehrt oder ermuthigt werde, so brauchen Sie dennoch die Thatsache, daß solche Meinungen bei der brittischen Regierung bestehen, nicht vor irgend einer derjenigen Persönlichkeiten zu verhehlen, welche die Macht haben mögen, den vorhandenen Uebelständen Abhülfe zu schaffen."

Es ist unmöglich in dieser Depesche eine Abweichung englischerseits von den Verabredungen von Eu zu entdecken, wie sie die Franzosen darin haben finden wollen, um sich ihres dort gegebenen Wortes zu entledigen. Dagegen läßt sich nicht leugnen, daß sie verschiedene Unvorsichtigkeiten und politische Fehler enthält.

Lord Palmerston verweist zunächst den Gesandten Bulwer auf die letzten von Lord Aberdeen empfangenen Instructionen. Es waren die bereits angeführten vom 25. Juni, worin der Minister dem Gesandten Abschrift eines Briefes vom 22. d. Mts. mittheilt, welchen er an den Herzog von Sotomayor in Erwiderung auf eine Anfrage der spanischen Regierung gerichtet hatte, wie England die Wahl eines nichtbourbonischen Gemahls der Königin Isabella ansehen würde.

In diesem Briefe sagt Lord Aberdeen Folgendes: „England habe stets das Recht Frankreichs geleugnet, der spanischen Königin Vorschriften über die Wahl ihres Gemahls zu machen. Anderseits habe es nicht verkannt, daß in den Augen der spanischen Regierung Gründe bestehen könnten, einem bourbonischen Prinzen den Vorzug zu geben, und deshalb keinen Einwand gegen den Vorschlag erhoben, den Gemahl Isabella's unter der Descendenz Philipp's V. zu suchen, vorausgesetzt, daß eine solche Wahl den Neigungen der Königin und den Interessen der Regierung entspreche."

„We ventured," heißt es weiter, „although without any English Candidate or English preference, to point out the Infant Don Enrique as the Prince who appeared to us to be the most eligible, because the most likely to prove acceptable to the people of Spain *)."

Somit war also durch Lord Palmerston die von seinem Vorgänger gegebene Richtschnur bestätigt, daß England keinen Candidaten, keine Vorliebe für einen solchen habe, aber den Prinzen Don Enrique für den im spanischen Sinn empfehlenswerthesten halte. Zudem wiederholt Lord Palmerston noch ausdrücklich, daß die englische Regierung nicht gesonnen sei, irgend einen der gegenwärtigen Bewerber thätig zu unterstützen, aber auch gegen keinen derselben Einwendungen zu erheben habe.

*) „Obschon wir keinen englischen Candidaten und keine Vorliebe für einen Bewerber hatten, so wagten wir doch den Infanten Don Enrique als den Prinzen zu bezeichnen, der uns der empfehlenswertheste schien, weil er voraussichtlich dem Spanischen Volk am annehmbarsten sein würde."

Erinnern wir uns, wie die Verabredung von Eu dahin ging, daß England keinen nichtbourbonischen Candidaten auf die Hand Isabella's als den seinen aufstelle, anerkenne und unterstütze, so läßt sich in dem fraglichen Schriftstück eine Abweichung von diesem Versprechen nicht erkennen.

Die Depesche bezeichnet allerdings im weitern Verlauf „Diejenigen, welche als Candidaten für die Hand der Königin von Spanien gegenwärtig genannt werden," und führt als solche auf: den Prinzen Leopold und die beiden Söhne des Don Francisco de Paula. Aber durch die Nennung des Coburgers war doch eben nur die notorische Thatsache ausgedrückt, daß man von Spanien aus directe Schritte gethan hatte, die ihn zum spanischen Candidaten machten. Durch die bloße Bezeichnung als Candidat wurde er gewiß nicht zum englischen Candidaten erhoben. Und wenn dann schließlich Lord Palmerston den Wunsch aussprach, daß die Wahl auf denjenigen von den drei genannten Candidaten fallen möge, der dem Interesse der Königin und Spaniens am meisten zusage, wenn er also den Coburger in dieser Beziehung auf gleiche Linie mit den beiden andern Prinzen stellte, so lag auch hierin keine Verletzung des Abkommens von Eu. Denn wie wir oben sahen, hatte sich England in Eu nicht verpflichtet, die Candidatur eines Bourbon positiv zu fördern oder der eines Nicht-Bourbon positiv entgegen zu wirken. Und noch dazu war die Gleichstellung der drei Candidaten eine nur scheinbare, da Palmerston auf Lord Aberdeens Instructionen zurückwies, in denen Don Enrique als der im spanischen Sinn wünschenswertheste Bewerber bezeichnet war.

So wenig aber Palmerston's Depesche gegen das Abkommen von Eu verstieß, so wenig läßt sich leugnen, daß sie in mehr als einer Hinsicht, ungeschickt und unpolitisch war.

Erstens: wozu den Coburger Prinzen als Candidaten nennen, gegen den England ebensowenig Einwendungen zu machen habe, als

gegen die beiden anderen, wenn doch Palmerston selbst auf der einen Seite denselben im Grunde nicht wollte, auf der andern Seite aber wußte, daß der bloße Name, sei es mit Recht oder mit Unrecht, Frankreich beunruhigen würde.

Zweitens aber war der in der Depesche enthaltene heftige Angriff auf die innere Politik der spanischen Regierung in doppelter Hinsicht unklug. Unklug im Allgemeinen, weil Palmerston's Manier, fremden Regierungen über ihre innern Angelegenheiten hofmeisternde Vorlesungen zu halten, überhaupt nur dazu dienen konnte, England und seinen Minister verhaßt zu machen. Unklug im speciellen Fall in Bezug auf die Heirathsfrage. Hören wir Guizot a. a. O. pag. 306: „Ce furent l'attitude et la dépêche de Lord Palmerston à peine rentré au pouvoir, qui surmontèrent le peu de goût de la Reine Christine pour les fils de sa soeur Doña Carlotta (Francisco und Enrique) et déterminèrent sa prompte et franche résolution en faveur des deux mariages bourbons. Soit légèreté, soit routine dans la vieille politique anglaise, Lord Palmerston avait mal jugé de l'état des partis et des esprits en Espagne; les modérés étaient en possession du gouvernement . . . . . C'était dans cette forte et régulière situation que la Reine Christine, le cabinet et tout le parti modéré en Espagne se voyaient menacés d'être livrés à leurs constants et ardents ennemis, les Progressistes révolutionnaires. Ils ne voulurent pas subir cette perspective et ils se décidèrent enfin nettement pour l'alliance française."

Die Depesche Lord Palmerston's vom 19. Juli beschleunigte einen auf der französischen Seite bereits im Gang befindlichen Prozeß der Loslösung von den Versprechungen von Eu.

Schon am 5. Juli, einige Tage nach dem Eintritt Palmerston's, hatte Guizot an Bresson in Madrid geschrieben (Mémoires VIII, pag. 286): „Don Enrique est dans notre principe, car il est un des descendants de Philippe V. . . . . Mais

évidemment le duc de Cadix est fort préférable, en soi, et pour nous. Poussez donc décidément à lui et placez le duc de Montpensier à côté de lui.“

Dieſe Andeutung fiel auf den fruchtbarſten Boden. Der rührige Breſſon, dem nichts mehr am Herzen lag, als die geheimen Wünſche ſeines Hofes und Miniſteriums zu erfüllen, und ihnen gern einen Schritt vorauseilte, ſchreibt ſchon am 12. Juli (Revue rétrospective pag. 180): er habe der Königin Chriſtine eröffnet „que le Roi (Louis Philippe) était disposé à consentir que dans toute combinaison Bourbon M. le duc de Montpensier prît place à côté du mari de la Reine, c'est-à-dire que les deux mariages, si l'un devait faciliter l'autre, se célébrassent ou fussent du moins déclarés simultanément“ — und zugleich Don Francisco für die Königin vorgeſchlagen. Am folgenden Tage meldet er triumphirend, daß Chriſtine auf ſeine beiden Vorſchläge eingehe (a. a. O. pag. 181).

Irgend welchen Scrupeln, die dieſes Verfahren, mit Rückſicht auf die gegen England eingegangenen Verbindlichkeiten, Guizot hätte einflößen können, beugt Breſſon gleich mit der Bemerkung vor: „dégagé, affranchi, vous l'êtes mille fois par les procédés des agents anglais.“

Als die Nachricht von dieſem Vorgehen Breſſon's nach Paris gelangte, erſchrak Louis Philipp, der ſich denn doch klar machte was darin läge. „Plus nous avons de mauvaise foi à craindre,“ ſchreibt er an Guizot 25. Juli a. a. O. pag. 185, „plus il importe que les cartes que nous avons en main soient nettes“ und er verlangt wiederholt und nachdrücklich von Guizot, daß er Breſſon in Bezug auf „la simultanéité et la conclusion définitive des mariages avant la discussion des articles“ förmlich desavouire. (Vergl. a. a. O. pag. 182, 184.)

Guizot giebt in ſeiner Antwort an den König a. a. O. 182 zu, daß Breſſon ſeine Inſtruction überſchritten habe, er ſei aber nicht

so weit gegangen, als der König voraussetze. „Il n'a jamais pu entendre ni dire que le mariage de Monseigneur le Prince de Montpensier serait conclu, célébré, ou même définitivement arrêté en même temps que celui de la Reine .... Si le mariage de la Reine avec le Duc de Cadix était une fois arrêté, on traiterait alors définitivement du mariage de Monseigneur le Duc de Montpensier avec l'Infante, c'est-à-dire qu'on en annoncerait l'intention réciproque et qu'on en discuterait les conditions et les termes. C'est sur ce terrain, je pense, que nous devons nous tenir."

Nach Guizot also sollte man sich im Stillen über die Heirath Montpensier vorläufig einigen, diese gegenseitige Uebereinstimmung aber erst dann erklären, die Bedingungen erst dann discutiren und die formelle definitive Entscheidung erst dann treffen, wenn die Heirath der Königin mit dem Herzog von Cadix feststände.

Hiermit erklärte sich Louis Philipp unter der Modification einverstanden, daß die Heirath der Königin vorher wirklich erfolgt sein müsse. (Brief vom 24. Juli a. a. O. pag. 184.) Also Bresson trieb vorwärts, Louis Philipp hatte anfangs Gewissensbedenken, Guizot suchte ihm darüber hinwegzuhelfen.

In dieser Lage der Dinge traf die Kunde von Lord Palmerston's Depesche vom 19. Juli in Paris ein.

Guizot schreibt darauf sofort an Bresson (Mémoires VIII, pag. 301): „Vous pouvez je pense lier toujours ces deux noms (Cadix et Montpensier), sans engagement formel de simultanéité dans la conclusion définitive et en réservant la discussion des articles" und spricht am folgenden Tage, 25. Juli, (Revue 186) dem König aus, jetzt sei nicht der rechte Moment, Bresson wegen seines frühern Vergehens zu desavouiren.

Nachdem Frankreich nun einmal so weit gekommen war, die Gleichzeitigkeit der beiden Heirathen in's Auge zu fassen, und sie

eben nur nicht formell zu versprechen, gehörte dann nicht mehr viel dazu, um zu bewirken, daß man sich zur wirklichen Gleichzeitigkeit der Verlobungen und Vermählungen verstand.

Es war der Eindruck der Palmerston'schen Depesche vom 19. Juli in Madrid, welcher den noch fehlenden kleinen Anstoß hinzubrachte.

Bresson schreibt am 8. August (Guizot VIII, 303), die Königin Mutter Christine habe zu dem Minister Mon in großer Besorgniß gesagt: „engage donc Bresson à s'entendre avec moi pour faire les deux mariages Bourbon le plus tôt possible. Les Anglais et la révolution nous menacent." Am folgenden Tage habe sie ihm selbst erklärt, sie sei zu der Combination Cadix entschlossen. „Elle ne nous demande qu'une concession: c'est d'associer le mariage de M. le duc de Montpensier à celui de M. le duc de Cadix, de manière à fortifier, à relever l'un par l'autre, et à contenir les mécontents, les opposants par l'éclat du rang de notre Prince et par la crainte de la France qui vient derrière lui."

Am 28. fand in Madrid die Erklärung über die beiden Heirathen an den Ministerrath und die Unterzeichnung des Verlobungsactes für Montpensier statt.

Am 1. September beauftragte Guizot den Grafen Jarnac das Geschehene Lord Palmerston anzuzeigen, und unter Berufung auf das Memorandum vom 27. Februar auszusprechen, daß, durch den von der Königin Christine im Mai mit Vorwissen Bulwer's geschehenen Schritt zusammengenommen mit Lord Palmerston's Depesche vom 19. Juli, der in jenem Memorandum vorgesehene Fall einer Chance probable et imminente d'un mariage de la Reine d'Espagne avec le Prince Léopold de Cobourg, wirklich eingetreten, wodurch Frankreich von den Verpflichtungen von Eu befreit sei. Guizot, Mémoires VIII, 316.

Wir halten es nach den von uns zuſammengeſtellten Thatſachen für überflüſſig, die Monſtroſität dieſer Behauptung ausführlich zu beweiſen.

Wir wollen nur zwei Punkte hervorheben. Erſtens, daß Guizot in Betreff der Vorgänge vom Mai die entſcheidende Thatſache in Schatten ſtellt, daß die erſte Nachricht über den Schritt Chriſtinen's ihm durch Lord Aberdeen zukam. Zweitens, daß aus den in der Revue rétrospective veröffentlichten Correſpondenzen hervorgeht, wie man auf franzöſiſcher Seite ſelbſt an eine Gefahr der Coburgiſchen Heirath nicht ernſtlich glaubte. Wir führen einige Stellen an.

Am 12 Juli ſchreibt Breſſon (a. a. O. 181) an Guizot: „il n'y a plus de danger imminent du Cobourg. Mr. Mon continue de m'assurer qu'on n'a reçu encore aucune réponse de la famille.“ Und weiterhin: „Bulwer ne pense pas que près de Palmerston le Cobourg soit très en faveur.“

Am 16. Juli ſchreibt Louis Philipp an Guizot (a. a. O. 180): „quant aux Cobourgs . . . . . j'ai lieu de croire, et vous pouvez le mander, (mais très-confidentiellement) à Bresson, que leur intention est de ne rien répondre aux ouvertures que la Reine Christine leur a faites.“

Am 24. Juli, nachdem die Kunde von Palmerſton's Depeſche vom 19. in Paris eingetroffen, ſchreibt Guizot an den König (a. a. O. 184): „Je ne serais pas étonné qu'au fond il (Palmerston) ne se sonciât pas beaucoup du Cobourg, et se proposât surtout de reprendre en Espagne le patronage du parti progressiste.“

Am 31. Juli berichtet Guizot dem König (a. a. O. 196): „J'ai diné hier avec William Hervey (von der engliſchen Geſandtſchaft in Paris) et soit ses paroles, soit les lettres qu'il m'a montrées me portent vraiment à penser qu'il n'y a dans le cabinet anglais, ni dans Lord Palmerston lui-même point

de projet sérieux pour un Cobourg, qu'au fond ils n'en veulent pas; qu'ils ont fait acte de flatterie envers le Prince Albert et qu'ils se retrancheront volontiers derrière notre résistance."

Am 8. Auguſt ſchreibt der Miniſter an Louis Philipp (a. a. O. 197): „Je n'ajoute qu'un renseignement qui me vient ce matin de Londres et de très bonne source:

„„Vous pouvez dormir fort tranquille sur le Cobourg. Point de Cobourg possible. Palmerston a eu sur ce point un entretien intime avec la Reine, le Prince Albert et le Roi Léopold à la fois. Il a été décidé par la Reine, que tant qu'il y avait un Prince espagnol possible, elle ne songerait pas au Cobourg, et que s'il n'y avait plus d'Espagnol possible, elle n'y songerait pas davantage, tant que la France s'opposerait à un Cobourg.""

Je suis enclin à croire cela vrai."

Schließlich wollen wir nicht unerwähnt laſſen, daß Lord Aberdeen, der von Guizot wegen ſeiner Redlichkeit und ſeiner billigen Geſinnung gegen Frankreich ſo hoch belobte Lord Aberdeen, dem Guizot unter dem 7. September den ganzen Streitfall mit den nöthigen Actenſtücken vorlegte, in einem Brief an den Letzteren vom 14. September, ſein Urtheil über die entſcheidenden Punkte dahin ausſpricht: „I have no reason to believe that the english government have ever adopted any other views (als die ſeinigen, Aberdeen's). I see nothing in the correspondence you have sent me to justify such a belief." (Revue rétrospective 325) und ib. 327: „I confess, my dear Mr. Guizot, that I am at a loss to perceive an adequate ground for the change which has taken place" (nämlich in der franzöſiſchen Politik) *).

*) „Ich habe keinen Grund zu glauben, daß die engliſche Regierung jene anderen Anſichten angenommen. Ich ſehe in der von Ihnen mir mitgetheilten Correſpondenz, nicht was einen ſolchen Glauben rechtfertigte" und ebenda

In der That trug das Benehmen Guizot's gegen das engliſche Miniſterium und Louis Philipp's gegen den engliſchen Hof nach der Erklärung der ſpaniſchen Heirathen ganz das Gepräge des böſen Gewiſſens.

Am 1. September läßt Guizot den engliſchen Geſandten Lord Normanby zu ſich kommen und theilt ihm mit, daß die Heirath der Königin von Spanien mit Don Francisco definitiv beſchloſſen ſei. Er fügt hinzu, daß die Königin zu gleicher Zeit ihre Genehmigung zu der Heirath ihrer Schweſter mit dem Herzog von Montpenſier geben würde. Zu gleicher Zeit? ruft Normanby. Nicht zu gleicher Zeit, antwortet Guizot, die Heirath wird nicht zu gleicher Zeit ſtattfinden. Zwei Tage darauf legt ihm der Geſandte ſeinen Bericht an das engliſche Miniſterium über jene Unterredung vor, um deſſen Genauigkeit zu conſtatiren.

Guizot erhob keinen Einwand gegen die Richtigkeit der ihm in den Mund gelegten oben angeführten Aeußerungen. Am 24. September aber, wo Normanby ihn an jene Aeußerungen erinnerte, ſtellte er dieſelben erſt in Abrede, gab jedoch dann zu, daß er etwas der Art geſagt haben könne, aber ſeine Meinung ſei nur geweſen, daß die Heirath der Königin zuerſt ſtattfinden ſolle, und ſie werde auch in der That zuerſt getraut werden. Wenn ein ernſter, bedeutender Mann wie Guizot ſeine Zuflucht zu ſolchen Ausreden nimmt, ſo muß ſeine Sache ſchlimm ſtehen.

In etwas anderer, aber nicht minder bezeichnender Weiſe gab ſich die Verlegenheit Louis Philipp's gegenüber dem engliſchen Hofe kund. Man muß ſich erinnern, wie er ſeit Jahren bemüht geweſen war, die Entente cordiale mit England durch einen perſönlichen Freundſchaftsbund zu den dortigen höchſten Herrſchaften zu verſtärken. Sei es geſtattet, aus der in der Revue rétrospective ab-

S. 327 „ich geſtehe, mein lieber Herr Guizot, daß ich keinen genügenden Grund für den (in der franzöſiſchen Politik) eingetretenen Wechſel zu erkennen vermag."

gedruckten Correſpondenz der Jahre 1844 bis 1846 einige ſchlagende Stellen herauszuheben, einer Correſpondenz, welche die Redaction pag. 81 mit folgenden Worten einleitet:

„On verra des communications d'abord affectueuses, prendre un ton de dévouement de plus en plus passionné à mesure qu'on approche du moment où le désaccord doit éclater.

C'est pour la première fois au premier jour de l'année où précisément Louis Philippe doit s'exposer au reproche de duplicité de la part de la Reine d'Angleterre qu'il envoie poupée et fusil à ses enfants, et qu'il établit une correspondance avec ces augustes bambins.“

Am 15. October 1844, nach dem erſten Beſuch in Eu, ſchließt Louis Philipp einen Brief an die Königin Victoria mit folgenden Worten:

„J'espère que vous me permettrez d'offrir ici de nouveau au Prince Albert l'expression de ma vive amitié, et celle de tous les sentiments, dont le temps que nous venons de passer ensemble m'a pénétré pour lui. J'y ajoute, du fond de mon coeur, les mêmes expressions pour Elle-même; il m'est plus facile d'appeler au sien pour apprécier les sentiments que je lui porte, que d'entreprendre de les exprimer; et je me borne donc à lui répéter que c'est pour la vie, Madame, que je suis etc.“

Einen Brief vom 20. October 1844 beendet er wieder mit

„L'expression de cette vive, sincère et bien tendre amitié.“

Am 11. Februar 1845 ſchreibt er an die Königin über eine Stelle ihrer Rede bei der Parlamentseröffnung:

„J'ai cru entendre votre voix, et j'ai senti que votre speech comme le mien n'était pas seulement l'expression de cette saine politique qui nous anime ainsi que nos gouverne-

ments, pour consolider en la proclamant l'heureux accord de nos couronnes, mais que cette expression était aussi celle de l'affection et de l'amitié personnelle des deux souverains et que cela partait du coeur."

In einem Briefe vom 6. October 1845 verſteigt er ſich ſogar bis zum Ausdruck einer „amitié éternelle."

Und an die damals 6jährige Prinzeß Victoria ſchrieb er am 27. Januar 1846:

„Votre excellente petite lettre m'a fait le plus grand plaisir, et je suis bien aise d'avoir déjà reçu de vous un témoignage de cette précieuse affection que me portent vos augustes parents, et que j'éprouve si vivement pour eux."

Er endet mit der Verſicherung „que je vous aime tous bien tendrement et que je prends la liberté de vous embrasser tous et toutes en qualité de votre vieux cousin."

Dieſelben Redensarten über die Entente cordiale der Regierung und die perſönlichen Gefühle der höchſten Häupter wiederholen ſich noch in den a. a. O. abgedruckten Briefen an die Königin vom Januar und Mai 1846.

Da Louis Philipp dem engliſchen Hofe gegenüber dieſen Ton zärtlichſter Freundſchaft angeſchlagen hatte, ſo mußte er ſich in einiger Verlegenheit befinden, als es ſich darum handelte der Königin die Nachricht von dem gleichzeitig mit der Verlobung der Königin Iſabella erfolgten Verſpruch der Infantin mit ſeinem Sohn Montpenſier anzuzeigen, d. h. der Königin anzuzeigen, daß er ein ihr perſönlich gegebenes Wort gebrochen habe.

Das Klügſte, Muthigſte und Ehrenhafteſte wäre geweſen, dies der Königin geradezu zu bekennen und die Initiative zu ergreifen, um ſich mit ihr offen darüber auseinander zu ſetzen. An politiſchen Rechtfertigungsgründen, welche wenigſtens in den Augen der Franzoſen ſtichhaltig geweſen wären, hätte es nicht fehlen können. Statt deſſen erwählte der König den Ausweg, der ihn nach allen Seiten

im ungünſtigſten Lichte erſcheinen laſſen mußte, ſich zu ſtellen, als ſei nichts vorgefallen.

Er veranlaßte ſeine gute Königin Marie Amélie, das Ereigniß der Königin Victoria in folgendem Briefe mitzutheilen, der in der Rev. rétr. pag. 116 (wahrſcheinlich nach dem Brouillon, aber mit verſchiedenen Abweichungen und erheblichen Weglaſſungen gegen das Original) abgedruckt iſt.

8. Septembre 1846.

Madame!

Confiante dans cette précieuse*) amitié dont Votre Majesté nous a donné tant de preuves, et dans l'aimable intérêt que vous avez toujours témoigné à tous nos enfants, je m'empresse de vous annoncer la conclusion du mariage**) de notre fils Montpensier avec l'Infante Louise Fernande. Cet événement de famille nous comble de joie, parceque nous espérons***) qu'il assurera le bonheur de notre fils chéri, et que nous retrouverons dans l'Infante, une fille de plus†) aussi bonne, aussi aimable que ses aînées, et qui ajoutera à notre bonheur intérieur, le seul vrai dans ce monde, et que vous, Madame, savez si bien apprécier. Je vous demande d'avance votre amitié pour notre nouvelle enfant, sûre qu'elle partagera tous les sentiments de dévouement et d'affection de nous tous pour vous, pour le Prince Albert, et pour votre chère famille††).

Le roi me charge de vous offrir ses tendres et respectueux hommages, ainsi que ses amitiés au Prince Albert.

*) In der Rev. rétr. heißt es bonne.

**) Incorrecter Ausdruck, da die Vermählungen erſt am 10. October ſtattfanden.

***) Rev. rétr. j'espère.

†) Rev. rétr. nouvelle fille.

††) Das ganze folgende Alinea fehlt in der Rev. rétr.

Il espère que vous aurez reçu ses lettres, et que les pêches soient arrivées à bon port. Tous mes enfans me chargent aussi de vous offrir leurs hommages, veuillez offrir mes amitiés au Prince Albert; embrassez pour moi vos si chers enfans, et recevez l'expression de la tendre et inaltérable amitié avec laquelle je suis

Madame

de Votre Majesté

la toute dévouée Soeur et Amie

Marie Amélie.

Welchen Eindruck dieſer Brief am engliſchen Hof hervorbrachte, ergiebt ein Brief Stockmar's vom 10. November 1846:

„Wie benimmt ſich Louis Philipp perſönlich der Königin Victoria gegenüber, er, der bisher ſeinen Ruhm darein ſetzte, daß er allein die Anforderungen der Zeit und ſeines Königthums von 1830 mit den Traditionen altbourboniſchen Stolzes und altfranzöſiſch-ritterlicher Galanterie zu verbinden wiſſe? Er vergißt gänzlich, daß, ſobald er ſelbſt und von freien Stücken in Eu zu der Königin von England über die Heirath ſeines Sohnes mit der Infantin geſprochen und eine freiwillige Zuſage in dieſer Beziehung gegeben, er auch eine doppelte Verbindlichkeit übernommen hatte, einmal der Regierung, und ſodann der Königin gegenüber. Wollte er ſich von dieſen Verbindlichkeiten löſen, ſo mußte er ſich, der Regierung gegenüber auf diplomatiſchem Wege, und gleichzeitig oder beſſer noch früher ſich perſönlich als Gentleman einer Dame gegenüber, auf dem Wege königlicher Courtoiſie erklären. Und wie kam der König dieſer letzten perſönlichen Verpflichtung gegen die Königin nach? Seine Gemahlin muß unſerer Königin ohne alle Einleitung die Montpenſier'ſche Vermählung anzeigen, wie ein rein zufälliges, unvorhergeſehenes aber höchſt glückliches Ereigniß, von dem die

Königin von England nie etwas habe hören oder vermuthen können, von dem sie daher auch ohne Zweifel höchst freudig überrascht sein werde. Und um den Ton völliger Unbefangenheit und Unschuld zu wahren, fragt die französische Königin am Schlusse des Briefes nach der Ankunft von zwei Dutzend Pfirsichen, welche der König zum Geschenk geschickt hatte. Wer nicht wüßte, daß eine solche Composition das Werk übergroßer Befangenheit war, die alles Zartgefühl abstumpfte, der könnte darin beabsichtigten Hohn finden."

Die affectirte Hinweisung auf die Erhöhung des Familienglücks, „des einzig wahren hienieden," durch jene Heirath von so eminent politischer Bedeutung war in demselben Genre, das den Fehler hatte, eine Unschuld zur Schau zu tragen, welche für baare Münze zu nehmen einen unbilligen Grad von Naivetät bei dem andern Theile voraussetzte, und diesen darum nur noch mehr verletzen mußte.

Die von Louis Philipp nach der Verlobung von Montpensier mit der Infantin gewählte Form des Auftretens gegenüber dem englischen Hof war also höchst unglücklich. Abgesehen davon aber fühlten sich die englischen Herrschaften in der Sache schwer beleidigt, von einem Fürsten, den man für einen Freund gehalten, dem man die eigenen Wünsche (Coburgische Candidatur) geopfert hatte, nicht nur wortbrüchig behandelt, sondern auch hintergangen worden zu sein.

Einen sehr gemessenen Ausdruck gab diesen Empfindungen die Antwort der Königin Victoria an die Königin Marie Amélie. Sie lautet (mit einigen Berichtigungen gegen den Abdruck in der Revue rétrospective pag. 116) wie folgt:

Osborne, 10. Septembre 1846.

Madame!

Je viens de recevoir la lettre de Votre Majesté du 8 de ce mois, et je m'empresse de Vous en remercier. Vous vous

souviendrez peut-être de ce qui s'est passé à Eu entre le Roi et moi; Vous connaissez l'importance que j'ai toujours attachée au maintien de notre entente cordiale, et le zèle avec lequel j'y ai travaillé; Vous avez appris sans doute que nous nous sommes refusés à*) arranger le mariage entre la Reine d'Espagne et notre Cousin Léopold (que les deux Reines avaient désiré vivement) dans le**) seul but de ne pas nous éloigner d'une marche qui serait plus agréable à Votre Roi***), quoique nous ne pouvions considérer cette marche comme la meilleure. Vous pourrez donc aisément comprendre que l'annonce soudaine de ce double mariage ne pouvait nous causer que de la surprise et un bien vif regret.

Je vous demande bien pardon de Vous parler de politique dans ce moment, mais j'aime pouvoir me dire que j'ai toujours été sincère envers†) Vous.

En Vous priant de présenter mes hommages au Roi, je suis,

Madame,

de Votre Majesté

la toute dévouée Soeur et Amie

Victoria R.

Dieſer kurze Brief zog die lange, zur Mittheilung nach England beſtimmte Rechtfertigungsepiſtel Louis Philipp's an ſeine Tochter von Belgien nach ſich, die man Seite 17 der Revue abgedruckt findet. Der König dreht darin den Spieß um und wirft viel-

*) Rev. rétr. „d'arranger".
**) Rev. rétr. „ce".
***) Rev. rétr. „au Roi".
†) Rev. rétr. „avec".

mehr England Wortbrüchigkeit vor, zu deren Erweis er freilich bloß die unglückliche Depesche Palmerston's vom 19. Juli anzuführen hat.

Diese Art der Vertheidigung mußte in England natürlich nur noch mehr beleidigen. Die Königin Victoria richtete eine längere, sehr entschiedene und schlagende Erwiderung vom 27. September an die Königin der Belgier. Sie sagt darin, die Ausführungen des Königs hätten sie keineswegs überzeugt, das Geschehene stehe im Widerspruch mit dem ihr in Eu vom König gegebenen Wort und von diesem sei Louis Philipp durch nichts entbunden. Denn daß der Hof oder das Ministerium irgendwie seit jenen Verabredungen die Coburgische Candidatur gefördert, müsse sie völlig in Abrede stellen. Eine Aufstellung oder Empfehlung dieser Candidatur in Lord Palmerston's Depesche finden zu wollen, heiße derselben Gewalt anthun. Sie fragt sehr treffend: „Wenn der König Zweifel über unsere Aufrichtigkeit hegte, warum hat er nicht versucht sie aufzuklären, bevor er handelte, wie er es gethan? À quoi bon parler d'entente cordiale, si, en cas de besoin, on ne devait point s'entendre préalablement et cordialement?“

Der ganze Brief ist von so überzeugender, durchschlagender Kraft, daß die republikanischen Herausgeber der Revue rétrospective ihn wahrscheinlich deswegen nicht abgedruckt haben; denn ein Franzose, selbst wenn er Republikaner ist, wird doch nicht gern Actenstücke an's Licht ziehen, welche beweisen, daß die französische Regierung sich gegenüber einer auswärtigen im Unrecht befunden habe.

Zur Bezeichnung der persönlichen Stimmungen am englischen Hofe ziehen wir einige Stellen aus Stockmar's Briefen aus. Am 1. October schreibt er: „Alle sind hier wohl, aber wirklich betrübt.“ Am 10. November: „Vom ersten Augenblick an war die Königin voll Versöhnung und Vergebung; der Prinz dagegen fühlte den Schlag wie ein Mann es muß, als Unrecht in der Sache, als nationale Beleidigung in der Form und als persönliche Kränkung, denn er konnte sich sagen, er hatte sein Wohlwollen für seinen

Vetter höheren politischen Interessen nachgestellt, und für dieses Opfer schnöden Undank in der höhnendsten Form erhalten. Aber auch der Prinz ist ruhig, und wird sich gewiß nicht hinreißen lassen seinen bittern Gefühlen auf Kosten der wahren und großen Politik des Friedens ein Genüge zu thun. Große Selbstüberwindung wird freilich der Königin und dem Prinzen in dieser Angelegenheit zugemuthet; denn die französische Regierung gesteht nicht nur nicht ein, wortbrüchig gehandelt zu haben, sondern behauptet: „wir sind deswegen in unserm Recht, weil Ihr falsch und wortbrüchig gegen uns war't." Man müßte ein Heiliger sein, um bei einem solchen Betragen nicht die Geduld zu verlieren."

Stockmar's Urtheil über die französische Politik in der spanischen Heirathssache finden wir an verschiedenen Stellen seiner Correspondenz von 1846 niedergelegt. Er hebt erstens hervor, mit welch' unglaublichem Leichtsinn Louis Philipp verfahren sei.

„Wie der König so viel reelle, ihm und seiner Familie so nothwendige vortheilhafte politische Verhältnisse gewaltsam zerreißen und mit Füßen treten mochte, um ungewissen vermeintlichen Vortheilen nachzujagen! — Aber freilich habe ich von Personen, die ihm nahe stehen, gehört, daß er oft, wenn er sich für eine Sache montirt, auf eine unglaublich leichtsinnige Art in's Zeug geht*)."

Stockmar betont zweitens, welchen unendlichen Schaden der König Louis Philipp sich nach außen und innen dadurch zugefügt, daß sein Verfahren in der spanischen Angelegenheit alles Vertrauen zu seinem Charakter zerstört habe**).

---

*) Regnault in seiner Histoire de huit ans III., pag. 190 faßt die große Rede von Thiers über die spanischen Heirathen mit den Worten zusammen: „Aucun intérêt assez grave n'était attaché à ce mariage (Montpensier) pour justifier une rupture avec l'Angleterre, et l'alliance anglaise valait mieux que ce résultat."

**) Prinz Joinville in seinem berühmten Briefe an den Herzog von Nemours, Rev. rétr. pag. 482. sagt: „la campagne espagnole nous a revêtus d'une déplorable réputation de mauvaise foi."

Er verbreitet sich drittens darüber, wie durch die Zerstörung der englischen Allianz die ganze äußere Politik Frankreichs verschoben sei, was sich denn in den nächsten Jahren in den Angelegenheiten der Schweiz und Italiens bewahrheitete *).

Endlich verweilt Stockmar wiederholt bei der Betrachtung, wie die Verrückung der auswärtigen Politik Frankreichs, die durch die spanischen Heirathen bewirkte Beschädigung Louis Philipp's und Guizot's an ihrem Charakter, die von der gleichen Ursache hervorgebrachte größere Solidarität Beider, die eben dadurch erzeugte Befangenheit derselben in der Auffassung der innern französischen Dinge für diese letztern von den nachtheiligsten Folgen sein mußten **).

Wir enthalten uns der Anführung längerer Auszüge aus der Correspondenz, weil wir dem Leser von einem 1850 und 1851 geschriebenen Aufsatz Stockmar's einen die spanischen Heirathen betreffenden Abschnitt vorführen wollen. Die im Verlauf mehrerer Jahre bereicherte Kenntniß der Thatsachen und gereifte Betrachtung verleiht demselben größern Werth***).

---

*) Joinville a. a. O. bezeichnet die Situation mit den Worten: „au dehors placés entre une amende honorable à Palmerston au sujet de l'Espagne, ou cause commune avec l'Autriche pour faire le Gensd'arme en Suisse et lutter en Italie contre nos principes et nos alliés naturels."

**) In diesem Sinne wohl sagte Lamartine nach der Februar-Revolution in seiner ersten Unterredung zu dem englischen Gesandten Lord Normanby (s. dessen A Year of Revolution Vol. I., pag. 134):

„To the spanish marriages Louis Philippe owes his downfall. I always said that selfish object would be his ruin; it drove him into a line of politics which the country would not stand." (Den spanischen Heirathen verdankt Louis Philipp seinen Sturz. Ich habe immer vorhergesagt, daß dieses selbstsüchtige Ziel sein Verderben sein würde. Es trieb ihn in eine politische Bahn, die das Land nicht ertragen mochte).

***) Der Aufsatz war bereits in der Berliner Constitutionellen Zeitung Nr. 426 von 1850 und Nr. 18 und 91 von 1851 abgedruckt.

Nur eine Prophezeiung, enthalten in einem Briefe Stockmar's vom 14. December 1847, wollen wir vorwegſchicken:

„Seit den ſpaniſchen Heirathen hat in Frankreich eine wahre Fatalität geherrſcht. Eine ſolche wird jedesmal erſcheinen, wo man in den Hauptſachen inconſequent wird. Aus den innerſten Tiefen der Wahrheit rief es Louis Philipp zu: „cela va trop loin, cela va fausser toute la politique de mon règne.“ Er hatte es errathen, er verlor ſeine lange behauptete Aſſiette und wird ſie nie wieder gewinnen.“ Noch nicht drei Monate darauf, am 3. März 1848 landet Louis Philipp in einem engliſchen Schiff als Flüchtling in England. Eines ſeiner erſten Geſchäfte iſt es, der Königin Victoria für den „großmüthigen Beiſtand“ zu danken, welchen ſie ihm und allen den Seinigen zu ihrer Flucht geleiſtet, derſelben Königin, gegen die er in der ſpaniſchen Heirathsſache perſönlich ſo ſchwer gefehlt hatte.

Nachdem zunächſt Louis Philipp und Guizot charakteriſirt worden, ſagt Stockmar, daß der König und ſein Miniſter in der Ueberzeugung eins geworden, wie die Oppoſition in und außerhalb der Kammern nicht länger Reform, ſondern Revolution und Sturz der Dynaſtie beabſichtige. Auf dieſer Grundanſicht habe ſich mehr und mehr zwiſchen König und Miniſter ein ſolidariſches Verhältniß entwickelt. Hiervon hätten ſchon früh Unterrichtete und Urtheilsfähige Verwicklungen, gleich gefährlich für den Staat wie für die Dynaſtie, gefürchtet. Der Aufſatz fährt dann fort:

„Da ſchob der König durch die Verheirathung ſeines Sohnes an die ſpaniſche Infantin einen Zwiſchenact ein, durch den ſeine bisherige Politik noch mehr verfälſcht und ſeinen Gegnern die ſchwächſte Seite ſeines perſönlichen Charakters auf eine wirklich tolldreiſte Weiſe bloßgeſtellt wurde. Unwillkürlich wird an meine Leſer die Frage herantreten, welche Motive den König zu dem Wagniß dieſes Acts verleiten, und welche insbeſondere den Miniſter treiben konnten, ſich zur Ausführung deſſelben mit dem König ſolidariſch zu verbinden, und dabei den gefährlichſten Theil der Arbeit zu übernehmen?

Ich kann hierauf nicht mit Gewißheit, sondern nur mit einer auf wahrscheinlichen Gründen beruhenden Meinung antworten."

„Ueber die Gründe, welche den König Louis Philipp bei der Betreibung der spanischen Heirathen leiteten, sowie über den Charakter des dabei eingehaltenen Verfahrens, finden sich in den betreffenden diplomatischen Archiven, sowie in mehreren seither erschienenen Druckschriften, zwei entgegengesetzte Auffassungen. Die Freunde der damaligen französischen Regierung vertheidigen diesen Act als einen durchaus nothwendigen, grandiosen Act der höheren französischen Politik, ehrlicher und geschickter Weise vollbracht; ihre Gegner bezeichnen ihn als einen unweisen, verkehrten, schädlichen, nur durch Lüge und Intrigue ausgeführt."

„Dem Unbefangenen, mit der geheimen Geschichte dieser Begebenheit hinlänglich Vertrauten möchte der wahre Zusammenhang in derselben erscheinen wie folgt:

„Es liegt in der Natur der Dinge, daß die in dem ältesten Königshause Europa's traditionell gewordene Tendenz der Familienverherrlichung zu allen Zeiten specifische Gewalt auf alle Glieder dieses Königshauses üben mußte. Auch übten in der That diese Ueberlieferungen, wie auf alle Bourbonen unserer Zeit, so auf den König einen unwiderstehlichen Einfluß. Nun ist das Verhältniß der Bourbonen zu Spanien in diese Traditionen auf das Innigste eingeflochten. Schon vor mehr als 40 Jahren hatte der König auf seinen Wanderungen im Exil versucht, sich selbst eine politische Laufbahn in Spanien zu eröffnen. Daß ihm die Verwirklichung der sich später zeigenden Möglichkeit, seine Enkel auf dem spanischen Thron zu sehen, als das schönste Kleinod erscheinen mochte, das er der eigenen Krone einfügen könne, ist daher keine erzwungene Annahme. Die Hoffnung auf Erfüllung dieser Aussicht konnte noch durch die Erwartung eines ferneren Vortheils genährt und gestärkt werden. Das Ehrgefühl, wie die Eitelkeit und Ruhmsucht des fran-

zöſiſchen Volkes ſind durch die Conceſſionen, mit welchen die ältere Linie der Bourbonen dem Auslande ihre Reſtauration bezahlen mußte, tiefgehend und bleibend verletzt worden. Dieſe Verletzung mußte fortan in allen Regenten Frankreichs, insbeſondere aber in den quaſilegitimen derſelben, ſeien ſie nun Bourbons oder Bonapartes, den natürlichen, bleibenden Wunſch entſtehen laſſen, jener wunden Stelle des Nationalgefühls irgend einen wohlthuenden Balſam auflegen zu können. Da man nun in Frankreich ſeit lange zuſagende Mittel dieſer Art aus dem Verhältniſſe zum Auslande nimmt, ſo durfte der König wohl meinen, er könne noch neben der Verfolgung ſeines Familienvortheils dem franzöſiſchen Volke jenen Balſam auf dem Blatte reichen, das er zu dem Ende aus dem Buche der Politik Ludwig's XIV. riß. Die Erwartung, daß das heutige, aller dynaſtiſchen Sympathien ſo völlig entleerte Frankreich den Familiengewinn eines Königs zugleich für eine große nationale Erwerbung nehmen werde, mag dem Nüchternen in ihrer ganzen Nichtigkeit erſcheinen; der Natur dieſes Königs lag ſie ſo nahe, wie der Irrthum dem Egoismus, der menſchlichen Natur überhaupt."

„Es iſt ein erläuternder Umſtand, daß nächſt dem Könige, der ſeinen Plan mit der Kraft eines ſtarken Willens verfolgte, ſeine ganze Familie, mit einziger Ausnahme des Prinzen Joinville*), die Ausführung dieſes Planes mit einer Leidenſchaftlichkeit wünſchte, welcher gegenüber alle übrigen Seelenkräfte ſchwiegen."

„Allein ſo ſtark und ausdauernd wie in dieſer Sache Wunſch und Wille auf der einen Seite waren, ſo mächtig und wenig nachgebend waren auf der andern Seite die mehrfachen politiſchen Hinderniſſe, die der Erfüllung dieſes Wunſches entgegenſtanden. Meine Abſicht erlaubt nur eine ſummariſche Andeutung dieſer Schwierigkeiten."

*) „Ces malheureux mariages espagnols!" ruft er in ſeinem Brief an Nemours, Rev. rétr. pag. 482, aus, „nous n'avons pas encore épuisé le réservoir d'amertume qu'ils contiennent."

„Die Politik in ihrer Anwendung wird vor allen übrigen von zwei Elementen beherrscht: — von der Natur des Gedankens, als der Seele der zu unternehmenden Handlung, und von der Gunst oder Ungunst der Zeit, in welcher jene ihre äußere Gestaltung gewinnen soll. Diese beiden Elemente nun waren dem Unternehmen des Königs durchaus ungünstig. Der Gedanke: im Sinn und zum Vortheile französischer Politik die Königin Spaniens in der Wahl eines Gemahls auf eine bestimmte Familie beschränken zu wollen, war an sich eine wilde Anmaßung, die eine wahrhaft groteske Gestalt annimmt, wenn man bedenkt, daß sie von einem constitutionellen Könige kam, der seinen Thron dem Sturze der legitimen Linie verdankte. Die Zeit aber, in der diese Anmaßung versucht wurde, war schon deswegen die allerungünstigste, weil sich damals in den inneren Zuständen Frankreichs eine Crise bereitete, deren natürlicher Verlauf durch die Veränderung bedroht wurde, welche die spanischen Heirathen in dem bisherigen System der auswärtigen französischen Politik hervorbringen mußten. Denn schon die bloße Einleitung zum Unternehmen des Königs bedingte den Bruch der freundlichen Verhältnisse, die damals zwischen Frankreich und England bestanden. Es war nicht zu verkennen, daß dieser Bruch die bisherige Stellung des französischen Cabinets zu den Cabinetten auch der übrigen Großmächte verändern und daß Veränderungen in der auswärtigen Politik Frankreichs nothwendig auch zu Veränderungen in seiner innern Politik führen würden. Es war insbesondere vorauszusehen und zu befürchten, daß der Bruch mit einem constitutionellen Alliirten den König verführen werde, seine principiell ihm eigenthümliche Politik zu verlassen und sich und seine Regierung dem Einflusse fremdartiger despotischer Cabinette unterzuordnen."

„Allein vor allen diesen Hindernissen schlossen, in der Hitze der Verfolgung ihrer Wünsche, der König und die Seinigen Auge und Ohr. Selbst die Erwägung und Würdigung der mit den politischen unzertrennbar verbundenen moralischen Gefahren, deren unabweis-

liche Wirkung vorzugsweise die Dynastie treffen mußte, unterblieb. Niemand scheint daran gedacht zu haben, daß zur Durchführung einer angeblich im politischen Interesse Frankreichs an Spanien zu machenden maßlosen Prätension der König rechtmäßige und ehrenhafte Mittel gar nicht haben könne, und daß nichts zu Gebote stehe, als die Lüge und Intrigue der Diplomatie, die im vorliegenden Falle nicht angewendet werden könne, ohne dem Könige und den Seinigen in der Achtung Europa's entschieden zu schaden. Mit anderen Worten: der König war blind geworden durch das Verlangen, seine Familie zu verherrlichen, und durch die Hoffnung, den bloßen Schein und Abglanz dieser Verherrlichung dem Ehrgeize Frankreichs als baaren politischen Gewinn in Rechnung bringen zu können."

„Wende ich mich nun zur Untersuchung der wahrscheinlichen Motive, die den verantwortlichen Minister vermochten, die große, nationale und wahre Politik Frankreichs der kleinen, ehr- und habsüchtigen Familienpolitik des Königs preiszugeben."

„Ich setze dieser Untersuchung mit Bedacht die Behauptung voran, daß Herr Guizot in dieser Angelegenheit dem Könige sowohl als dem Lande gegenüber eine exceptionelle, völlig freie Stellung hatte, d. h. daß er damals der einzige Mann war, der als Minister die Ausführung der königlichen Politik übernehmen konnte, so daß von seiner Zustimmung oder Weigerung die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Versuchs abhing."

„Seit dem Jahre 1830 war der Hauptinhalt des Feldgeschrei's der Opposition ungefähr folgender gewesen:

„„Frankreich hat nichts durch die Juli-Revolution gewonnen, denn die neue Regierung ist nach Innen gerade so illiberal, wie die alte, und nach Außen sind wir schlimmer daran, wie früher; ohne die alten Alliirten und ohne den alten Einfluß in Europa, sehen wir die nordischen Mächte in übelwollender, ja feindseliger Stimmung

uns gegenüber stehen, während wir unsere Allianz mit England diesem täglich durch neue Gefälligkeiten bezahlen müssen.""

„Es muß hier daran erinnert werden, wie von dem Inhalte dieser banal gewordenen Vorwürfe die Freunde des Guizot'schen Ministeriums die Versicherung hernehmen, daß, zur Behauptung gebührenden Einflusses in Spanien, die öffentliche Stimme in Frankreich jeden Minister gezwungen haben würde, entschieden auf die Wahl eines Gemahles für die Königin jenes Landes einzuwirken."

„Mir gilt diese Versicherung nicht mehr, als ein Entschuldigungsgrund einer Partei im Allgemeinen gelten kann; doch will ich sie zu Gunsten der Guizot'schen Politik als eine begründete zulassen, obgleich das nicht geschehen kann, ohne die Integrität der öffentlichen Meinung in Frankreich schwer zu beschuldigen. Ich gebe demnach zu, daß nächst dem Könige auch die öffentliche Meinung Herrn Guizot zumuthete, das Werkzeug eines maßlos ungerechten Anspruchs an Spanien und seine Königin zu werden. Ob ein constitutioneller Minister einer solchen Zumuthung sich zu fügen hatte, war in erster Instanz wohl Sache seines moralischen und politischen Ehr-, Rechts- und Pflichtgefühls! Daß von diesen Seiten dem Minister kein Widerwille gegen das an ihn gebrachte Ansinnen gekommen war, besagt die zu jener Zeit der Pairskammer gegebene Erklärung: nous ne consentirons jamais qu'à un mariage Bourbon pour la reine d'Espagne. — In dieser Erklärung hatte der Minister dem Gedanken und Ziele seiner Politik hinlänglich Ausdruck gegeben. Er hatte ausgesprochen, daß, wie der König, so auch er dabei nicht die Ungerechtigkeit gegen Spanien und seine Königin, sondern nur den politischen Vortheil für Frankreich beachte. — Der König schätzte den dynastischen Theil dieses Vortheils bereits so vollkommen, daß der Minister es hätte unterlassen mögen, den König darin noch zu überbieten. Trotzdem übernahm er diese Mühe doch zur angenehmen Ueberraschung des Königs, bei dem Eifer für das dynastische Interesse kein unwirksames Empfehlungsmittel war.

Um so lieber gönnte der König es dem Minister, aus den übrigbleibenden Vortheilen den möglichst größten Nutzen für sich und sein Ministerium zu ziehen. Der Minister aber hoffte in der Durchführung der spanischen Heirathen sein Ministerium zu verherrlichen durch einen Act der Macht und Unabhängigkeit in einer Sache von großer politischer Wichtigkeit und, wie er meinte, von dauernder und historischer Bedeutung. Er hielt diesen Act für die beste thatsächliche Antwort, die er Angesichts Europa's auf die jahrelangen Klagen und Vorwürfe der französischen Opposition geben könne, und für den sichersten Beweis, daß gerade er England gegenüber einen freien Willen habe und den Muth, ihn durchzusetzen."

„Ob solche Anschauungen und Absichten den wahren, patriotischen Staatsmann, oder den eiteln, reizbaren und ehrgeizigen Franzosen bezeichnen, wird eine spätere Zeit entscheiden. Ich glaube indessen schon jetzt die Meinung aussprechen zu müssen, daß der von dem Minister in den spanischen Heirathen eingeschlagene Weg, Angesichts der oben angeführten politischen Hindernisse und Gefahren, weder der wahren Politik Frankreichs, noch der Sicherheit der Dynastie, noch der Würde der Nation entsprechend gewesen ist. Persönlicher Ehrgeiz wagte einen großen Einsatz gegen einen geringen Gewinn und fügte den Prätensionen einer herausfordernden eigenmächtigen Politik auch noch die extremste Modalität derselben hinzu. Es ist billig, daß ich mich über diese Beschuldigung näher erkläre."

„Der ministerielle Ausdruck: „un mariage Bourbon" ließ verschiedene Lösungsversuche mit verschiedenen Tragweiten zu, die, je nach diesen, der äußern oder innern Politik Frankreichs mehr oder minder Schaden bringen konnten. Un mariage Bourbon konnte nämlich auf dreierlei Art zu Stande gebracht werden:

1) indem die Königin von Spanien einen Sohn des Königs der Franzosen heirathete, oder
2) indem die Königin irgend einen bourbonischen Prinzen und

die Infantin, ihre Schwester, einen Sohn des Königs der Franzosen heirathete, oder

3) indem die Königin irgend einen Bourbon, die Infantin aber irgend einen Prinzen, nur keinen französischen, heirathete."

„Jeder dieser aufgezählten Lösungsversuche hatte seine eigene, innere Richtung und eine von dieser nothwendig abhängige Folge. Wie groß daher auch an sich der politische Fehler war, daß Herr Guizot Angesichts Europa die Verpflichtung übernahm, auf un mariage Bourbon zu bestehen, so wurde doch augenscheinlich der Fehler dadurch vergrößert, daß er sich statt für den Lösungsversuch Nro. 3 für den Nro. 2 bestimmte."

„Dieser dritte Lösungsversuch war dem Cabinette Sir Robert Peel's annehmbar erschienen und würde auch von dem Lord J. Russell's angenommen worden sein. Sein Gedanke bestand darin, die beiden spanischen Prinzessinnen an die beiden spanischen Infanten zu verheirathen, ohne sich die Bestimmung darüber anzumaßen, welchen von den Prinzen die Königin heirathen solle. Die Annahme dieses Vorschlags würde für Herrn Guizot den doppelten Vortheil gehabt haben, seine hinsichtlich des mariage Bourbon genommene Verpflichtung zu erfüllen, ohne mit England zu brechen."

„Aber wollte und konnte denn der Minister die Politik, zu welcher er sich öffentlich bekannt hatte, durchführen und zugleich den Bruch mit England vermeiden? Unterrichtete sagen, daß er im Anfange diesen Bruch für unmöglich gehalten habe. Wenn man sich erinnert, wie viele Beispiele Herr Guizot davon gegeben, daß seine politischen Auffassungen mehr von persönlichen als sachlichen Verhältnissen hergenommen waren, so wird es nicht unwahrscheinlich, daß er diesen Irrthum begangen habe. Wie wenig Herr Guizot geeignet sei, insbesondere das richtig vorauszusehen, was in England politisch möglich wird, davon hatte er schon im Jahre 1840 wäh-

rend seiner kurzen Gesandtschaft in London hinlänglichen Beweis geliefert."

„Mich dem Schlusse dieses Theils meiner Untersuchung nähernd, muß ich auf die ihr vorangesetzte Behauptung zurückkommen, daß es ganz allein von dem Willen Herrn Guizot's abhängig gewesen, ob die damaligen Zustände der allgemeinen Politik, so wie die der innern Frankreichs durch die spanischen Heirathen verändert, verwirrt und gefährdet werden sollten oder nicht."

„Der Minister hatte auf den ersten Lösungsversuch, den Sohn seines Königs an die Königin von Spanien zu verheirathen, als auf einen für die Ruhe Europa's zu gefährlichen, Verzicht geleistet. Wenn der Minister aus dem Grunde seine Entlassung verlangt hätte, weil er auch den zweiten Lösungsversuch für zu gefährlich oder unausführbar halte, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß kein ihm folgender Minister sich anheischig machen konnte, das auszuführen, was Herr Guizot als unausführbar bezeichnet hatte. Ein neues Ministerium würde nicht einmal den viel bescheideneren dritten Lösungsversuch haben aufnehmen können, sondern würde durch die Macht der Umstände gezwungen gewesen sein, die spanischen Heirathen aus seinem Programm ganz zu streichen und diese Angelegenheit sich selbst zu überlassen."

„Statt solcher Auffassung ambitionirte Herr Guizot die erste Rolle in einer politischen Intrigue, die an Unsittlichkeit und Schmutz*)

*) Zur Erklärung diene ein Citat aus Regnault's Hist. de huit ans III. p. 161: „Les journaux anglais prétendirent que la nuit du 26 au 27 (août 1846, ehe die Königin Isabella in die Heirath mit Don Francisco willigte) fut passée dans de scandaleuses orgies entre les deux Reines, l'Ambassadeur français, et quelques affidés; que le consentement au double mariage fut arraché à l'ivresse; enfin que cette soudaine détermination devait être attribuée . . . . . aux hallucinations de la débauche." Wir lassen dahingestellt was daran wahr sei, nur den Einwand, welchen Regnault gegen die Richtigkeit jener Thatsachen erhebt, können wir durchaus nicht zutreffend finden. Er sagt: „l'impartialité nous oblige

Alles übertrifft, was in neueſter Zeit auf der diplomatiſchen Bühne geleiſtet worden, eine Rolle, die jeden des fernern Umgangs mit dem achtbaren Theile der Geſellſchaft unfähig gemacht haben würde, der es gewagt hätte, ſie in einem Kreiſe des Privatlebens zu unternehmen."

„Die ſpaniſchen Heirathen waren zu Stande gebracht. Sie wurden fortan das leitende Geſtirn für die äußere Politik des Königs; ſie traten aber auch in einen ſehr engen Zuſammenhang mit ſeinen Regierungsmaßregeln nach Innen und mußten ſo miturſächliche Momente der Kataſtrophe im Jahre 1848 werden."

„Die Freude der königlichen Familie über den Erfolg in Spanien würde groß geweſen ſein, wäre ihr nicht die Sorge darüber beigemiſcht geweſen, was Europa und namentlich England dazu ſagen würden."

„Der König, choleriſch, ſehr erregbar, zugleich aber ſanguiniſch und leicht, war Beſorgniſſen nicht unzugänglich. Allein er hatte den Muth des Entſchluſſes, und große Zähigkeit des Vorſatzes in perſönlichen Angelegenheiten, und endlich waren die Gewohnheit und Erfahrung eines Geſchickes, das ihn unausgeſetzt in große Schwierigkeiten hinein und immer wieder herausgeführt hatte, ſo alt, als er ſelbſt. Er faßte ſich daher leicht, ſuchte Troſt bei Dingen und Perſonen, und nahm ihn, wo und wie er ihn fand. Da er England noch genauer zu kennen glaubte, als er es wirklich kannte, ſo

---

de rappeler que le double projet était depuis longtemps discuté, que Marie Christine y mettait encore plus d'empressement que Louis Philippe, et que par conséquent elle n'avait pas besoin d'y être excitée par les fumées du vin."

Das Letztere iſt ganz richtig, aber es handelte ſich eben nicht darum, die Zuſtimmung Chriſtinen's, ſondern darum, die Einwilligung Iſabella's zur Heirath mit Don Francisco herbeizuführen, gegen den ſie, wie wir ſahen, einen ausgeſprochenen Widerwillen hegte.

tröstete er sich diesmal hauptsächlich mit dem, was er den praktischen Verstand des englischen Volkes nannte. Er versicherte daher häufig sich selbst und Anderen: „sie werden zanken und es ungern hinnehmen, allein sie sind zu praktisch, um nicht zu wissen, es sei gegen ihr eigenes Interesse, deswegen ernste Händel anzufangen!““

„Doch ganz so harmlos, wie es der König sich wünschte, kam es in England nicht. Für das englische Publikum zerfiel zunächst der Belang der spanischen Heirathen in zwei Theile, den politischen und den moralischen. Der erste lag in seiner praktisch-politischen Bedeutung in so weiter Ferne, daß er dadurch der klaren Erkenntniß und lebhaften Theilnahme der Mehrzahl entrückt war; dagegen lag der zweite so nahe und unverdeckt vor Aller Augen, daß er von Allen gesehen, erkannt und gerichtet wurde. Das Verdict Aller, besonders der Mittelclassen, in dieser Sache fiel gegen den König aus und war streng und schonungslos. Sein Ausspruch fand einen lauten Widerhall in der ganzen englischen Presse und wurde von ihr nach Frankreich getragen, wo er einen tiefen Eindruck hervorbrachte. Die politisch Gleichgültigen, in allen Ländern die Mehrzahl, vernahmen diese Geschichte aus englischem Munde, und wurden auf diese Weise gegen das Benehmen ihrer eigenen Regierung in einer Sache eingenommen, welcher sie, sich selbst überlassen, Aufmerksamkeit und Theilnahme kaum geschenkt haben würden. Alle Gegner der Regierung aber fanden in den Ausfällen der englischen Presse auf den König und seine Politik nur eine willkommene Bestätigung ihrer eigenen Vorwürfe und Anklagen.“

„Der Schaden, der von dieser Seite her dem König zugefügt wurde, war groß. Denn jetzt wurde das Mißtrauen gegen seine Redlichkeit und seinen Charakter, das bisher in engeren Kreisen bestanden hatte, in die weitesten Kreise, in alle Klassen und Länder verbreitet. Der Aufmerksamkeit des Königs entging die Gefahr dieser Eindrücke auf die Menge nicht. Es giebt Augenblicke, in welchen auch der festeste

Vorſatz, ſich der Erkenntniß der nahenden Widerwärtigkeiten zu verſchließen, von der zwingenden Kraft der Wahrheit beſiegt wird. In einem ſolchen Momente rief der König unwillkürlich aus: „cela va trop loin, cela va fausser toute la politique de mon règne.“ Er hatte einen prophetiſchen Blick in die Zukunft ſeiner Politik und ſeines Schickſals gethan.“

„Ob in derſelben Zeit ähnliche Zweifel und Ahnungen die Bruſt des Miniſters bewegten, weiß ich nicht, doch iſt mir ſolches nicht wahrſcheinlich. Ich möchte vielmehr annehmen, daß Naturell und ſcheinbarer perſönlicher Vortheil ihn geneigt machten, ſich bei ſolchen Bedenken nicht aufzuhalten. Seiner Natur lag es viel näher, eifern zu beharren in der Beweisführung, daß er „recht gehabt habe“, und aus allen Kräften dahin zu wirken, daß er „recht behalte“. Mochte aber auch der König in der Ueberzeugung wanken, daß er klug gethan habe; in dem Vorſatze, „recht zu behalten“, wankte er ſo wenig wie ſein Miniſter. Und dieſer feſte Entſchluß Beider, nach außen und im fremden Hauſe Recht zu behalten, wurde nach meiner innigen Ueberzeugung für Beide das Hemmniß, nach innen und im eigenen Hauſe recht zu ſehen und zu thun. Denn verlangte die weitere Verfolgung der Politik der ſpaniſchen Heirathen, daß König und Miniſter Blick, Geiſt und Kraft unabläſſig auf einen in der Ferne liegenden Gegenſtand richteten, ſo war auch für Beide ein Theil der perſönlichen inneren und äußeren Freiheit verloren, deren ſie zur richtigen Anſchauung und Behandlung der innern, immer kritiſcher werdenden Zuſtände in ſo hohem Grade und mehr denn jemals früher bedurften. Auch machte ſich die Rückwirkung ſolcher Gebundenheit bald an dem König bemerklich. Er, der bisher in allen Staatskriſen bei ſich ſelbſt nur wenige Schwierigkeiten gefunden hatte, den Ausweg aus jenen durch einen Miniſterwechſel zu ſuchen, glaubte nun, nur noch mit und durch das Miniſterium Guizot beſtehen zu können, ohne welches er

jeden ferneren Erfolg nach außen und nach innen für unmöglich hielt."

„Die nächsten Aufgaben, deren Lösung seine ganze Thätigkeit in Anspruch nahm, waren: zu verhindern, daß nicht die Mehrzahl der Großmächte der englischen Auslegung des utrechter Tractats bezüglich der spanischen Heirath beitrete, und dann, nach innen hinlänglich gerüstet zu stehen gegen die Machinationen seiner politischen Gegner, die sie, wie er fürchten mußte, der Entfaltung seiner repressiven Tendenzen entgegensetzen möchten."

„Mit größerer Gemüthsruhe als der König und mit mehr Muth und Hoffnung scheint in jener Zeit der Minister die Zukunft erwartet zu haben."

[Hier geht der Aufsatz auf ein anderes Thema über.]

Im April 1847 reiste Stockmar, wie schon gesagt, von England ab. Aus einem nicht lange vorher geschriebenen Briefe theilen wir einen auf die Königin und den Prinzen Gemahl bezüglichen Abschnitt mit. Wenn sich der Leser erinnert, wie Stockmar den Prinzen im Jahr 1839 und noch in den ersten Jahren nach der Vermählung schilderte, so wird es ihn interessiren, das Zeugniß desselben genauen Beobachters über die weitere Entwicklung eines so bedeutenden Fürsten zu vernehmen.

„Der Prinz hat in letzter Zeit sehr zugenommen. Er ist offenbar ein politischer Kopf, vor dessen Scharfblick selbst Vorurtheile, die aus der Erziehung, aus dem Mangel der Erfahrung hervorgehen, nicht lange bestehen können. Legt man ihm triftige Gründe vor, so faßt er auf der Stelle eine vernünftige und billige Ansicht, der Gegenstand sei welcher er wolle. Auch hat der Prinz sehr an Selbständigkeit gewonnen. Seine lebhafte Natur hindert ihn zwar mitunter an vorläufiger, gründlicher Ueberlegung, und er handelt

wohl bisweilen zu raſch, allein er iſt doch ſchon zu einſichtig geworden, um große Fehler begehen zu können. Er wird wohl manchmal anrennen und ſich eine Contuſion zuziehen. Allein man kann kein erfahrener Soldat werden, ohne in Bataillen geweſen zu ſein und Püffe bekommen zu haben. Und kleine Wunden werden, wie er iſt, ihm theils Selbſtvertrauen geben, theils ihn vorſichtig machen. Daß er in der jetzigen Zeit der Spannung mit Frankreich große politiſche Fehler machen ſollte, iſt nicht wahrſcheinlich, denn er iſt durchaus nicht leidenſchaftlich, und ſein Blick ſo ſcharf und ſicher, daß er nicht leicht den rechten Weg verlieren und ſich verirren wird."

„Seine geiſtige Thätigkeit entwickelt ſich immer mehr, und er wendet den größern Theil ſeiner Zeit den Geſchäften zu, ohne ſich darüber zu beklagen. Das eheliche Verhältniß läßt nichts zu wünſchen übrig."

„Auch die Königin entwickelt ſich ſehr zu ihrem Vortheil. Sie nimmt täglich an Einſicht und Erfahrung zu; die Aufrichtigkeit, Wahrheitsliebe, Rechtlichkeit und Billigkeit, mit der ſie Menſchen und Dinge beurtheilt, ſind wahrhaft erfreulich, — die unbefangene Selbſterkenntniß, mit der ſie über ſich ſpricht, iſt gradezu liebenswürdig."

„So ſehe ich denn, was dieſe perſönlichen Verhältniſſe betrifft, mit Vertrauen und Hoffnung in die Zukunft. Nicht ſo in Bezug auf die Politik. Die Conſtellation, wie ſie ſich ſeit 1815 gebildet hatte, trägt ſeit ſieben Monaten einen Antrieb in ſich, ſich zu verändern. Ich ſehe große Umwälzungen voraus*). Was wird werden? Ich will nicht wagen es vorher zu ſagen. Auf die Weisheit unſerer jetzt regierenden Staatsmänner baue ich wenig; man darf ſich auf große Fehler gefaßt machen."

Stockmar nahm den Weg nach Coburg über Berlin. Hier hatte der König durch das Patent vom 3. Februar 1847 wegen

*) An Bunſen ſchreibt er (3. April): „Ich überzeuge mich immer mehr: wir ſind in dem Anfang einer großen politiſchen Criſe. Das Alte ſtürzt, es ändert ſich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen."

Berufung des Vereinigten Landtags eine neue Aera eröffnet. Am 11. April war die Versammlung von ihm mit einer seiner merkwürdigen Reden eröffnet worden. Stockmar kam mitten in die Aufregung hinein, die diese zurückließ, und in die Crise, die sich an die Debatte über die Antwortsadresse knüpfte. Aus einem Briefe, den er von Berlin am 17. April über diese Dinge an einen Freund richtet, führen wir nur ein Bruchstück an: „Die Stellung des Prinzen von Preußen halte ich für gefährlich; denn im Grunde ist er doch einer der Minister*). Uebrigens ist er jetzt auf der Lehre als constitutioneller König. Denn eine solche Zukunft und Stellung ist ihm, das mögen Sie mir glauben, durch den Act vom 3. Februar vom jetzigen Könige vermacht."

Die weitere Entwicklung des parlamentarischen Drama in Berlin machte Stockmar, wie nicht anders möglich war, keinen erfreulichen Eindruck. Er konnte dort nur Halbheit auf allen Seiten sehen. Halbheit auf Seiten der Regierung, die eine große berathende Versammlung berief, ohne ihr wirkliche politische Rechte, ohne ihr auch nur die gesicherte Periodicität zuzugestehen. Halbheit auf Seiten der liberalen Opposition, die gegenüber den mangelhaften Gewährungen der Regierung keinen entschiedenen und consequenten Standpunkt zu behaupten wußte. Sie konnte entweder die Forderungen der Gegenwart aus der innern politischen Zweckmäßigkeit heraus unbedingt geltend machen, oder sie konnte sich auf den Rechtsboden der früheren Gesetze aus der Zeit Friedrich Wilhelm's III. stellen, in denen allgemeine Reichsstände mit gewissen Rechten verhießen waren. Daß diese Verheißungen eines absoluten Königs ein sehr schwaches Rechtsfundament bildeten, lag auf der Hand. Gleichwohl schlug die Opposition den zweiten Weg ein. Sie behauptete, der Vereinigte Landtag sei die verheißene Reichsständische Versammlung,

*) Er war Mitglied des Staatsraths und nahm an den Conseilsitzungen Theil, was mit der Stellung des Thronfolgers im constitutionellen Wesen kaum verträglich erscheint.

der jene verſprochenen Rechte ohne Weiteres zuſtänden. Dann führte ſie aber wieder dieſes Prinzip nicht folgerichtig durch. Sie ſchloß ſich einer Adreſſe an, die, den wirklichen Beſitz jener Rechte in Frage ſtellend, an die Gnade des Königs appellirte. Und als zum Schluß die Regierung dem Vereinigten Landtag einen Ausſchuß zu wählen anſann, der in ſeiner, des Landtags, Abweſenheit die precären ſtändiſchen Rechte üben ſollte, einen Ausſchuß, deſſen Wirkſamkeit alſo vom Standpunkt der Oppoſition wie eine Verletzung der von ihr behaupteten Reichsſtändiſchen Rechte des Vereinigten Landtags erſchien, ſo unterzog ſich die Mehrheit den Wahlen (im Juni) unter Proteſt.

Stockmar ſchreibt bei dieſem Anlaß am 11. Juli 1847 an Bunſen: . . . „In Berlin iſt es nun ſchon wieder ſtill. Was Sie, was andere meiner deutſchen Freunde vom Himmel erflehten, hat dieſer im reichlichſten Maaße gewährt. Man hat nichts vom Auslande geholt, nichts nachgeahmt, alles iſt „rein Deutſch“ geweſen — ich denke nur zu deutſch . . . Meiner Meinung nach fehlte es an klarem, auf wirklicher Ueberzeugung ruhendem und dadurch unerſchütterlichem und unerſchrockenem Rechtsbewußtſein.“

„Das was vorhanden war, war nur ein Zwitterding vom Bewußtſein rechtlicher und politiſcher Poſtulate, daher ich denn auch erwartete, daß zuletzt alle Oppoſition ſich in Verwahrungen verkriechen würde, wie ſich dies bei dem letzten entſcheidenden Act, bei den Ausſchußwahlen bewahrheitet hat. Weſentlich deutſch mußte mir es vorkommen, zuerſt ein entſchiedenes Recht zu behaupten, dann aber unter Verwahrung nachzugeben. Klar und männlich geſinnte Deputirte konnten nur pure wählen oder pure die Wahlen verweigern. Es wird deutſche Juriſten genug geben, welche gewiſſenhaft der Meinung ſein werden, daß rechtlicherweiſe die Deputirten ſich nicht weigern konnten, zu wählen. Aber es giebt doch Fälle in der Politik, die zum paſſiven Widerſtand gegen formell geſetzliche Forderungen berechtigen. Es iſt daher auch zu erwarten, daß wenn

Ihre Regierung nicht bald eine zwar nicht über das Menschliche, wohl aber über das Gewohnte und Herkömmliche hinausgehende Weisheit entwickelt, der weitere Verlauf der Dinge, und dies bloß durch das natürliche Gesetz der Schwere, die Stände zum offenen passiven Widerstand bringen werden. Da man aber das Geschehene in der Politik immer betrachten und auch behandeln soll, als sei es noch Zeit sich zu besinnen und zu bessern, so wollen wir, vorzüglich in Erwägung der Individualität des Königs, meinen, es sei besser gewesen, daß der Moment des passiven Widerstands auf später vertagt worden. Da ich noch überdies als Deutscher determinirt bin, dem, was in Berlin vorgegangen nur Gutes und Hoffnungsvolles abzugewinnen, so will ich die Wahlen zu den ständischen Ausschüssen als eine reine Thatsache betrachten, von ihren Motiven und Gründen gänzlich abstrahiren, und nur das Gute daran sehen, daß der König nicht durch Verweigerung der Wahlen auf eine unheilbare Weise vor den Kopf gestoßen wurde. Auch will ich Ihnen zu Liebe noch die Harmonie anerkennen, die zwischen der Unentschiedenheit der Stände und der öffentlichen Meinung existirt. Diese Harmonie ist auch etwas werth, und offenbar ist die öffentliche Meinung ebenso unklar und unentschieden als die Stände selbst. Gewiß hätte sie den Ständen eine unbedingte Wahl als Feigheit und unbedingte Weigerung als revolutionäre Maaßregel ausgelegt."

Gott sei mit Ihnen u. s. w.

St.

Zweiundzwanzigſtes Capitel.

Die deutſchen Angelegenheiten 1848.

Stockmar hatte gleich allen ſchärfer Blickenden im Jahre 1847 für die nächſte Zukunft in Europa, insbeſondere in Frankreich, Umwälzungen vorhergeſehen. Die Februarrevolution traf ihn alſo nicht unvorbereitet.

Seine Betrachtungen über das Syſtem Louis Philipp's und Guizot's, das zu deren Sturz führte, enthält ein auf umfangreiches thatſächliches Material gegründeter Aufſatz in der Conſtitutionellen Zeitung Nr. 426 von 1850, Nr. 18, 91 von 1851, aus dem wir oben den Abſchnitt über die ſpaniſchen Heirathen vorweg genommen haben und deſſen Reſt wir hier folgen laſſen.

„Das Unerwartete, Plötzliche, nach überall hin Gefahr Drohende der im Jahre 1848 in Frankreich eingetretenen Kataſtrophe hatte auf das europäiſche Publicum eine ſo erſchütternde Wirkung geübt, daß im Allgemeinen die Beſonnenheit fehlen mußte, welche das Endurtheil über ein ſo gewaltiges Ereigniß bis dahin ausſetzt, da deſſen weſentliche Urſachen erkennbar geworden ſind.“

„Daß der König gefallen und vertrieben war, reichte für die

Mehrzahl der öffentlichen Stimmen hin, denſelben als alleinigen Urheber des Unglücks zu beſchuldigen, während doch eine unparteiiſche, ernſte Unterſuchung jener urſächlichen Momente mit mehr als Wahrſcheinlichkeit ergeben würde, wie gerade dem Könige in ſeiner Eigenſchaft als conſtitutioneller Regent der kleinere, Anderen ein größerer und Einem der größte Theil der Schuld zufalle. Da nun jede umfangreiche Erſchütterung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Frankreich den dermaligen europäiſchen status quo angreift, und vorzugsweiſe unſer Vaterland in eine tiefgehende, dauernde Mitleidenſchaft zieht, ſo kann jeder in Aufrichtigkeit gebotene Beitrag zur genaueren Kenntniß und Beurtheilung der letzten Kataſtrophe und ihrer nächſten Urſache auf vorurtheilsfreie Aufnahme und unbefangene Prüfung Anſpruch machen."

„Seit ich — vom Jahre 1814 an — die öffentlichen Dinge und Perſonen in Frankreich, zwar nur von Zeit zu Zeit, aber doch wiederholt, an Ort und Stelle beobachten konnte, war ich der Ueberzeugung geworden, daß die Regierung die Charte weder aufrichtig noch verſtändig handhabe, vielmehr ein Syſtem der Unſittlichkeit, der Beſtechung und des Betrugs für erlaubt, ja für zweckdienlich erachte. Das Ereigniß des Jahres 1830 hatte dieſem unhaltbaren Syſtem ein Ende gemacht, und es kam nun darauf an, mit einem neuen und beſſeren zu regieren. Thatſachen hatten die Aufgabe für den neuen König und ſeine Miniſter klar und beſtimmt vorgezeichnet. Sie beſtand darin, die Charte in eine für Frankreich geeignete und gangbare Verfaſſung umzuformen und die ſo verbeſſerte ihrem Buchſtaben und Geiſte nach ehrlich und gewiſſenhaft walten zu laſſen."

„Es iſt eine Wahrnehmung, die Viele von denen, die dem neuen Könige näher geſtanden, machen konnten, daß er die Doctrin des modernen Conſtitutionalismus gründlich inne zu haben meinte. Allein ſpätere Ereigniſſe beſtreiten die Berechtigung dieſes Selbſtvertrauens und laſſen nur zu deutlich erkennen, daß er mehr von den Irrthümern dieſer Lehre, als von ihren Wahrheiten gelernt hatte."

„Der Natur des Königs waren feste Ueberzeugungen kein instinctives Bedürfniß, doch bewahrte er in sich während seiner ganzen Regierung einen unerschütterlichen Glauben an die Wahrheit der folgenden Sätze:

1) daß Frankreich nur constitutionell regiert werden könne und daß es daher für ihn eine Nothwendigkeit sei, auf diese Weise zu regieren;
2) daß sein Vorgänger an der Unkenntniß des Zeitgeistes und Charakters der Franzosen wie an Mangel an Geschick, das heutige Frankreich zu leiten, zu Grunde gegangen sei;
3) daß gerade Er diese Kenntniß und Geschicklichkeit in hohem Grade besitze, ja, daß er überhaupt ein tieferes politisches Wissen und eine umfassendere Erfahrung habe, als alle diejenigen Männer, aus welchen er sein Ministerium zusammensetzen könne."

„In den beiden letzten dieser Glaubenssätze lag nach meiner Meinung jener unwiderstehliche Reiz, der den König vom Anfang seiner Regierung an mit dem ersten jener Sätze in Widerspruch brachte, und von der rechten Bahn ab auf eine schiefe Ebene lockte, von welcher er bei hinlänglicher Lebensdauer schon durch die eigene Schwere in die Tiefe gezogen werden mußte, wenn ihm nicht zur rechten Zeit durch pflichtgetreue Minister der verfassungsmäßige Widerstand geleistet wurde. Denn leicht weicht die Erkenntniß der Vernunft dem Drange des Naturells, und der Mensch, den das letztere antreibt, die Mittel zum Zwecke in persönlicher Geschicklichkeit zu suchen, wird, sich selbst unbewußt, die Methode höher achten als das Princip, und ist er ein constitutioneller König und im Besitze persönlicher Dexterität, so wird er beständig versucht sein, sich vor den Schild der ministeriellen Verantwortlichkeit zu stellen, nicht aber hinter demselben zu bleiben, wie es das Gesetz verlangt. In beide Fehler verfiel der neue König, der sich aus dem innersten Geiste seiner oben bezeichneten politischen Ueberzeugungen eine Lehre über den Bereich

seiner königlichen Autorität und Thätigkeit bildete, nach welcher er seine Stellung zu den Ministern nahm und unerschütterlich behauptete. Wie wenig auch die Praxis dieser Lehre mit dem Geiste und dem Buchstaben der reformirten Charte übereinstimmte, so setzte doch, Casimir Périer ausgenommen und vielleicht Molé, keiner der sich folgenden Minister den unconstitutionellen Tendenzen des Königs den allein wirksamen verfassungsmäßigen Widerstand entgegen. Und erfolgte auch hie und da Widerstand von Seiten der Minister, so betraf er weniger die Principe, auf denen die Verfassung errichtet war, als das bei einzelnen Regierungsacten einzuhaltende Verfahren. Der König verlangte die entscheidende Stimme im Cabinet und erlangte sie durch Affabilität, Geduld und Beharrlichkeit. Zu bestimmen, sich bestimmen zu lassen, wurde, jenes dem König, dieses den Ministern zur Gewohnheit, und der wichtigste Factor im constitutionellen Staate, ein Ministerium, das seine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit richtig versteht und gebraucht, fehlte (mit der obigen Ausnahme) während der ganzen Regierungszeit des Königs."

„So beantwortet sich schon hier die Frage, wie es kam, daß, so bald nach dem Sturze der alten, die neue Regierung in den Geist und die Bahn des vorhergegangenen Systems einlenkte und damit sich selbst die Möglichkeit nahm, das gegebene Versprechen zu halten und aus der Charte eine Wahrheit zu machen. Minister, wahrer Staatskunst und Vaterlandsliebe baar, vergaßen, in Verblendung, Muthlosigkeit und Eigensucht, dem Könige gegenüber ihre verfassungsmäßigen Rechte, Pflichten, Stellung und Macht. Sie verwirkten die größere Schuld, wenn die revidirte Charte eine Unwahrheit blieb und als solche in der Stunde der Gefahr weder Staat noch König retten konnte. Denn ohne ihre Schuld würden wir auch an diesem sich verirrenden Könige erlebt haben, daß bei einem wahrhaft constitutionellen Wirken der Minister die Fiction der Unfehlbarkeit des Regenten zur Wahrheit ge-

bracht werden könne, und daß **dessen Irrthümer und Wille allein nicht hinreichen, sich selbst zu verderben und den Staat in dieses Verderben mit hineinzuziehen.** Haben doch in ähnlicher Weise von den englischen Königen aus dem Hause Braunschweig mehrere, namentlich Georg IV., vergeblich alle erſinnliche Mühe aufgewendet, sich und das Königthum zu Grunde zu richten. Wer die Erklärung solcher Rettung wider Willen oder überhaupt der Verschiedenheit der Schicksale der englischen Könige seit 1689 und der französischen seit 1814 sucht, der wird sie am sichersten bei der geschichtlichen Vergleichung der Amtsführungen der englischen und der französischen Ministerien finden."

„Mit der Uebung, einem anscheinenden Erfolge und den Jahren des höheren Alters war des Königs Glaube an die Richtigkeit seiner politischen Ansichten und Regierungsmaximen bis zur blinden Halsstarrigkeit gewachsen. Da führte ihm der Lauf der politischen Ereignisse Herrn Guizot als ersten Minister zu. Nach der Versicherung seiner Freunde ist der Charakter dieses Mannes ein tadelloser. Von seiner bedeutenden geistigen Befähigung, seinem Scharfsinn, seinem gründlichen Wissen, seinem Fleiß, von dem festgegliederten Zusammenhange seiner politischen Anschauungen und Maximen geben seine Schriften, von seinem entschiedenen Rednertalente die französischen Parlamentsverhandlungen Kunde. Wir haben es hier nur mit seiner Tauglichkeit und Berechtigung zum Minister zu thun."

„Ich bin in meinem Leben mehren Staatsmännern begegnet, die ihre Laufbahn ohne gehörige theoretische Kenntniß gleich mit der Praxis angefangen hatten und von einer unmittelbaren lebendigen Anschauung des Realen auf dem Wege der Induction erst später zur Feststellung eines Inbegriffs allgemeiner Grundsätze und specieller Regeln für ihr politisches Handeln geführt worden waren. Ich habe Andere kennen gelernt, die, bei reicher Begabung und den gründlichsten Kenntnissen, lange bevor sie zu höheren Staatsämtern gelangten, sich im Besitz wissenschaftlich begründeter Theorien und

Systeme befanden, nach welchen sie auf das Ueberzeugendste nachzuweisen vermochten, wie vernünftig und zweckmäßig und daher nothwendig es sei, ein gegebenes Staatsleben nach ihren Vorstellungen zu begreifen, zu regeln und zu leiten. Diese waren Männer, denen die Natur eine feste Ueberzeugung zum dringendsten Bedürfnisse gemacht hatte, und die auf ihrem Wege von der Wahrheit ihrer subjectiven Anschauungen so vollkommen durchdrungen worden waren, daß selbst die sinnlichen Beweisführungen der Außenwelt ihnen Zweifel beizubringen nicht vermochten. In diese Kategorie der Staatsmänner gehört notorisch Herr Guizot."

„Der Einzelne, in dessen Hand das Geschick der Vielen liegt, bringt selten allein etwas ungewöhnlich Glückliches oder Unglückliches zu Stande; er kann es nur, wenn er durch das homogene Mitwirken Anderer unterstützt und ergänzt wird. So fanden denn auch des Königs Ueberzeugungen, Ansichten, Vorsätze und blinde Halsstarrigkeit in dem eiteln, unmäßigen Selbstvertrauen und der dünkelvollen Rechthaberei des Ministers ihre vollständige Ergänzung, und diese Ergänzung mußte um so kräftiger und entscheidender wirken, als Herr Guizot in und außerhalb Frankreich des Rufes eines uneigennützigen Staatsmannes genoß."

„Der König und sein Minister waren eins geworden in der Ueberzeugung, daß die Opposition inner- und außerhalb der Kammer nicht länger Reform, sondern Revolution und den Sturz der Dynastie und des Bestehenden beabsichtige. Auf dieser Grundansicht leitete sich mehr und mehr zwischen König und Minister ein solidarisches Verhältniß ein, soweit nämlich der Charakter des Königs ein solches zuließ. Von Beiden wurde von nun an diese Ansicht zur leitenden Maxime erhoben, und der König und sein Minister entschlossen sich, jede inhaltreiche Forderung der Opposition fortan zu verweigern, da die Concessionen nicht einer constitutionellen Gegenpartei, sondern nur einer im

Mantel derselben einhergehenden Umsturzpartei gemacht werden würden. Sie wollten den revolutionären Absichten, die sie Beide in jeder politischen Bewegung und überall erblickten, nicht durch Reform, sondern durch Gewalt steuern. Mit diesem Entschlusse hatten König und Minister den eigentlichen verfassungsmäßigen Weg verlassen, und einen Kampf eingeleitet, der nicht, wie sie meinen mochten, gegen die Bestrebungen einer revolutionären Partei, sondern in Wahrheit gegen die gesetzmäßig bestehende Freiheit der Nation gerichtet war. Und in die Durchführung dieses Kampfes setzte insbesondere der Minister seine Weisheit und seine Ehre, er verließ sich von nun an auf die Armee und die Pariser Fortificationen, und hörte auf, mögliche Unruhen und Aufstände, wie früher, zu fürchten."

„Nach der Natur der Verhältnisse, unter denen der König zur Regierung gelangte, mußte er vom Anfange an eine Menge politischer Widersacher haben, denen es ununterbrochenes Geschäft war, Mißtrauen gegen seine Persönlichkeit zu erregen, zu unterhalten und zu verbreiten. Leider war der Charakter des Königs in sich selber dazu gemacht, das Bestreben seiner Feinde eher zu befördern, als zu entkräften. Sein Unstern wollte, daß er leicht dem Einzelnen, mit dem er in Berührung kam, einen Eindruck von Zweideutigkeit und Unzuverlässigkeit hinterließ. Leichtsinn und blindes Selbstvertrauen von seiner, die zäheste Bosheit und vielfaches Ungeschick von anderen Seiten hatten im Verlauf der Jahre seinen Gegnern einen gefahrvollen Erfolg verschafft, und es darf nicht vergessen werden, daß schon nach den ersten Jahren der Guizot'schen Administration die Unpopularität des Königs, namentlich in den Mittelclassen zu Paris, bedeutend zugenommen hatte. Schon in jener Zeit fürchteten viele der Unterrichteten und Urtheilsfähigen, daß die Richtung, welche Guizot in der inneren wie äußeren Politik genommen, zu Verwickelungen, gleich gefährlich für den Staat wie für die Dynastie, führen werde, woge-

gen von allen königlich und miniſteriell Geſinnten der Rücktritt dieſes Miniſters für gleichbedeutend mit dem Siege der Revolution ausgegeben wurde."

[Hier folgt der bereits oben gegebene Abſchnitt über die ſpaniſchen Heirathen, welchen wir den Leſer des Zuſammenhangs wegen ſich zu vergegenwärtigen bitten müſſen.]

„Wenn ich die damaligen thatſächlichen Zuſtände und die ſtürmiſche Bewegung, die die öffentliche Meinung in Frankreich ergriffen hatte, mit der Unbefangenheit, dem Muth und der Beharrlichkeit vergleiche, mit welchen der Miniſter die betretene politiſche Bahn verfolgte, ſo ſtoße ich auf ein pſychologiſches Räthſel. Statt eines Löſungsverſuches, will ich die Verſicherung hierherſetzen, welche der Miniſter ſelbſt unmittelbar nach der Kataſtrophe mehreren ſeiner Freunde gab. Er verſicherte: — „je trüber der politiſche Horizont in Frankreich geworden, je mehr ſich die Schwierigkeiten für ihn ſelbſt gehäuft und je ernſthafter ſeine Gegner ſeine Politik angegriffen, deſto gewiſſenhafter und redlicher habe er ſich innerhalb des Kreiſes der conſtitutionellen Geſetze gehalten und verſchanzt." Soweit dieſe Verſicherung ſich auf das Syſtem und auf die bloße Theorie bezieht, halte ich ſie für durchaus begründet."

„Von dem Standpunkte der bloßen conſtitutionellen Theorie und formalen Berechtigung konnte der Wunſch des Königs, ſeinen Miniſter ſo lange als möglich zu halten, ſo wenig getadelt werden, als der Entſchluß des Miniſters, ſeinen Gegnern erſt dann zu weichen, wenn alle Rechtsmittel ſeiner Doctrin erſchöpft ſein würden. Er hatte fortwährend parlamentariſch und numeriſch eine bedeutende Majorität. Dieſe Majorität war dem Miniſter vollkommen ergeben und entſchloſſen, ſelbſt unter Aufopferung der Meinung und Ueberzeugung einzelner und bedeutender Mitglieder derſelben der Regierung jeden Beiſtand zu leiſten, der in ihren Kräften ſtand. Der

bloßen Lehre nach war daher nichts so natürlich und correct, als daß es die erste Sorge des Königs werden mußte, sich den Minister und durch ihn die Majorität zu erhalten."

„Die Lehre von den constitutionellen Majoritäten ist von der Praxis in dem einzigen Lande in Europa hergenommen, das seit langer Zeit ein wirklich verfassungsmäßiges Leben hat, in welchem, wie im Leben des Einzelnen, die Gesundheit die Regel, vorübergehende krankhafte Aeußerungen die Ausnahme bilden. Warum leistete nun die Befolgung dieser Regel in Frankreich dasjenige nicht, was sie ohne Zweifel in England geleistet haben würde? Nicht in der eingebornen Gebrechlichkeit der Regel, sondern in der unpassenden Anwendung derselben auf durchaus unregelmäßige und kranke Zustände muß ich den Grund erblicken, daß sie in Frankreich den Dienst versagte. Die Bezeichnung dieser unregelmäßigen Zustände im Allgemeinen gehört an diese Stelle."

„Frankreich hatte dem Namen nach eine Constitution und einen unverantwortlichen König, der That nach einen König, der vom Beginn seiner Regierung an gestrebt hatte, diese Fiction der Unverantwortlichkeit zu vernichten und der durch dieses Streben dem Volke gegenüber thatsächlich eine Verantwortlichkeit auf sich genommen hatte, deren Wirkung dieselbe war, gleichviel, ob der König sein Ziel wirklich oder nur scheinbar erreicht hatte; es hatte dem Namen nach verantwortliche Minister, aber nach dem Urtheil der öffentlichen Meinung Minister, die ihre verfassungsmäßigen Prärogativen dem Willen des Königs vollständig überlassen hatten, ein Urtheil, dessen Wirkung dieselbe war, gleichviel, ob die Minister diese Schuld wirklich oder nur scheinbar trugen; es hatte dem Namen nach ein ausreichendes Organ für die Stimme der öffentlichen Meinung, für Wünsche und Beschwerden, in einer legal gewählten Kammer, der That nach eine legislative Versammlung, durch Regierungseinfluß und Kunst dergestalt zusammengebracht, daß die Beschlüsse ihrer Majorität wohl der Widerhall des Begehrens der Regierung, nicht aber

der Ausdruck der Bedürfnisse, Wünsche und Beschwerden des Volkes waren."

„Meine Argumentation bedarf kein Weiterführen dieses Registers, das, um vollständig zu sein, sehr lang werden würde, und ich darf vielmehr schon auf das Angeführte hin fragen: Konnte der Minister von der Anwendung der gesundesten constitutionellen Gesetze auf Zustände, wie die soeben beschriebenen, im Allgemeinen oder im einzelnen Fall wirksame Hülfe erwarten?"

„Ich muß diese Frage verneinen, und kann heute noch nicht glauben, daß ein in der constitutionellen Praxis wirklich erfahrener Staatsmann an Herrn Guizot's Platze gehandelt haben würde, wie er. Was die numerische Majorität eines Parlaments, das von der Mehrzahl der Nation für ein Regierungs-, nicht für ein Volksparlament gehalten wird, in Wahrheit ist, was sie kann und wie sie gewöhnlich endet, was daher eine solche Majorität dem Minister bei seinen politischen Vorausberechnungen wirklich gelten darf, das ist an vielen Stellen aller Parlamentsgeschichten zu lesen. Diese weisen zugleich auf das Leserlichste nach, wie in sehr stürmischen und gefahrvollen Zeiten nur diejenigen parlamentarischen Beschlüsse conservative und beruhigende Kraft übten, welche geeignet waren, von den Anhängern der bestehenden Verfassung mit Beifall aufgenommen zu werden, und welche zugleich den Feinden der Ordnung wenigstens das innerliche Geständniß abnöthigten, sie seien der Spruch einer Majorität, die, im Drange der Noth des Vaterlandes verstanden habe, dem eigenen Parteigeiste zu entsagen und patriotische Mäßigung und Billigkeit zu üben."

„Daß die dem Minister übertragene, von ihm zur Ausführung übernommene Politik in ihrem äußeren Theile von allen Verständigen des Landes als eine unheilschwangere getadelt und in ihrem innern Theile als eine die Veränderung der Verfassung beabsichtigende verworfen wurde, ist notorisch. Durfte demnach der Minister mit Fug und Recht seine Majorität in die Kategorie einer solchen

setzen und von ihr solche Beschlüsse erwarten, wie ich sie oben beschrieben habe?

Ich stelle daher der angeführten eigenen Versicherung Herrn Guizot's entgegen, daß ein Minister, der unter gleichen Umständen, wie er, wirklich innerhalb der Grenze des Verfassungsmäßigen zu bleiben gedachte, kein besseres Mittel hierzu hatte, als, des Besitzes der Majorität ungeachtet, sein Amt niederzulegen. Sein Entschluß, unter solchen Verhältnissen zu bleiben, involvirte die unabwendbare Gefahr, in letzter Instanz auf einen Kampf es ankommen zu lassen, der, obgleich auf legalem Felde in legaler Form begonnen, seiner Natur nach auf das Extralegale übergehen mußte. Nun liefert aber die Geschichte aller Kämpfe, welche unpopuläre Regierungen im Vertrauen auf die unbesiegbare Kraft parlamentarischer Majoritäten wagten, dieselben Ergebnisse. Unter begünstigenden Nebenumständen und mittelst einer sehr geschickten Führung konnte die Regierung wohl eine unpopuläre Politik eine Zeitlang vertheidigen, nie aber behaupten. Und auch in diesen Fällen gelang die Vertheidigung nur deswegen, weil sie eine wirklich auf das Erhalten specieller Zustände beschränkte war. Nie aber gelang die Vertheidigung einer Politik, die in den Augen des Volkes ihm feindliche und aggressive Tendenzen hatte, und die in Wahrheit nur den äußern Schein der Defensive annahm, weil der Minister es verstanden hatte, seine Gegner in den Nachtheil des Angriffs zu versetzen. Solche aggressive Tendenzen wurden aber dem Guizot'schen Ministerium damals von Vielen zugetraut. Seine Majorität ging daher der nämlichen Gefahr entgegen, welcher ähnliche Majoritäten unter ähnlichen Verhältnissen erlegen waren. Denn die Geschichte zeigt, daß immer, sobald der Sturm seine Höhe erreicht, die Majoritäten von dem Bewußtsein der Unpopularität und Unrechtmäßigkeit der Sache, für die sie kämpften, ergriffen wurden, daß Einzelne in ihren Ueberzeugungen und Vorsätzen wankten, die bisher feste Geschlossenheit der Glieder verloren

ging und das Ganze in dem Gefühle seiner Ohnmacht zusammenbrach.

Der Inhalt dieser Lehren findet in dem Geschick des Guizot'schen Ministeriums seine abermalige Bestätigung.

Seiner Behauptung nach vertheidigte der Minister in streng constitutioneller Weise nur die bestehende Verfassung und Ordnung, der Behauptung seiner Gegner nach interpretirte er die Verfassung willkürlich, unconstitutionell, und griff daher das an, was zu vertheidigen er vorgab. So erfolgte denn, was unter gleichen Verhältnissen bisher überall erfolgt ist: Eine ungeheure Majorität im Lande, die ihre Gesinnung im Parlamente nicht vertreten fand, trat im Drange eines allgemeinen starken Mitgefühls in eine Coalition, nahm den lebhaftesten Antheil für die parlamentarische Opposition und schloß sich ihr als furchtbarer Alliirter an. Von diesem Augenblicke an war die Katastrophe des Jahres 1848 eingeleitet, und obgleich Minister und Majorität noch glaubten, daß sie dem Strafgericht der öffentlichen Meinung entgehen könnten, so hatte diese doch bereits die Citationen ausgeschrieben, in einer Form sehr erkennbar für Alle, nur nicht für die Blinden*)."

Die französische Februarrevolution hatte, abgesehen von ihrer allgemeinen politischen Bedeutung, Stockmar's lebhafte persönliche Theilnahme erregt sowohl wegen des Causalzusammenhangs, in den er sie mit den spanischen Heirathen brachte, als wegen der Lehren, die sie ihm in Betreff des constitutionellen Systems, des Gegenstandes seiner langjährigen Beobachtung und theoretischen Erwägung zu bie-

*) Die Abneigung gegen Guizot behielt Stockmar. Noch am 3. Januar 1852 schreibt er: „Ich mag ihn nicht, ja ich hasse ihn redlich, weil ich ihm einen großen Theil der Schuld gebe, die die Katastrophe in Europa veranlaßt hat. Ich glaube so fest der Mensch glauben kann, daß ohne Guizot's Dünkel, Hoffarth, Leichtsinn und Mangel an Welt- und Menschenkenntniß Louis Philipp auf dem Throne gestorben und sein Enkel König sein würde."

ten schien. Aber die deutsche Bewegung von 1848 griff ihm an's innerste Herz, in dem ein glühender Patriotismus wohnte.

Seit den Jahren 1814 und 1815 standen seine Ansichten über die deutschen Dinge in den Hauptpunkten fest:

1) daß die Quelle des politischen Verfalls Deutschlands, der Schwäche, Ohnmacht und Schmach nach Außen, der Verkommenheit im Innern zu suchen sei in: seiner Getheiltheit, der Vielheit der Souveränetäten von Napoleon's Gnaden, dem Mangel einer einheitlichen Centralgewalt;
2) daß der Dualismus von Preußen und Oestreich nur zum Nachtheil Deutschlands und Preußens, ja Oestreichs selbst bestehen könne — und, als eine Unnatur, auf die Dauer unhaltbar sei;
3) daß Oestreich Deutschland nie regiert, sondern nur für seine undeutschen Zwecke ausgebeutet habe und daß dies nie anders sein werde noch sein könne, weil Oestreichs Schwerpunkt zu sehr außer Deutschland liege, daß unter Oestreichs Obherrschaft das eigenthümliche Leben Deutschlands nie zu seinem Recht kommen könne;
4) daß Preußen durch die Natur der Verhältnisse zur deutschen Centralgewalt berufen sei;
5) daß die kleineren Staaten im Interesse der nationalen Einheit sich bedeutenden Beschränkungen unterwerfen müßten.

Wir ziehen aus einem Briefe Stockmar's vom 20. April 1849 eine längere Stelle aus, welche die geschichtlichen Anschauungen, auf Grund deren jene Ansichten sich gebildet hatten, zu einem großen Theil darlegt.

„Ehe das deutsche Reich starb, war, nach meiner Meinung, die eigenthümliche Politik Oestreichs die Ursache des Verfalls der deutschen Angelegenheiten. Nie regierte Oestreich Deutschland um Deutschlands willen und für deutsche Zwecke, sondern nur als Mittel für die östreichischen Zwecke, für die Zwecke einer Dynastie, die,

was sie nicht an Hausmacht in Deutschland selbst gewinnen konnte, im Osten Europa's durch deutsche Macht und Kraft zu erobern suchte und gewann. Ein so großes Volk läßt sich jedoch nicht für immer auf solche Weise exploitiren. Daher der allmälige Verfall der östreichischen Macht in Deutschland und mit ihr der Zerfall des deutschen Reiches selbst. Mit der Territorialgestaltung in Deutschland, auf welche Napoleon seinen Rheinbund baute, riß er es in Wirklichkeit mehr auseinander, als dies je früher der Fall gewesen war. Indem er Deutschland in drei Stücke, ein östreichisches, ein preußisches und ein Rheinbündlerisches theilte, polonisirte er es förmlich. Nach Napoleon's Sturz trat an die Stelle seiner Politik in Deutschland die Oestreichisch-Metternich'sche. Diese Politik verlangte Deutschland wieder wie früher als ein Mittel zum Zweck zu regieren. Zu dem Ende mußte Oestreich sich eine vollständige Suprematie verschaffen. Der natürliche Gegner dieser Suprematie war Preußen, das nach dem Frieden an deutschen Elementen stärker war als Oestreich. Je mehr es Metternich gelang, das territoriale Gerüste des Rheinbunds aufrecht zu erhalten, desto mehr hatte er Verbündete gegen Preußen und desto leichter wurde es ihm einmal dieselbe Stellung gegen die Rheinbundfürsten einzunehmen, die früher Napoleon gehabt, zweitens den preußischen Einfluß auf das übrige Deutschland zu neutralisiren. Auf diese Weise ging Napoleon's Protectorat des Rheinbunds vollständig auf Metternich über. Und dieser wurde in Bezug auf Deutschland noch mächtiger, als Napoleon es gewesen, durch den Umstand, daß es ihm glückte, zwei Könige von Preußen zu bewegen, sich 33 Jahre lang im Schlepptau östreichischer Politik führen zu lassen. Allerdings verwendete Metternich diese Suprematie nicht wie Napoleon zu äußeren Eroberungskriegen, sondern zu moralischen Kriegen gegen den Einfluß Preußens, gegen die Revolution und ihre Propaganda, gegen Constitutionalismus und Protestantismus, für Jesuitismus und Absolutismus. Allein diese Politik, die so fehlerhaft wie die frühere östreichische war,

mußte ebenfalls wieder die deutschen Angelegenheiten erst verwirren und dann zerrütten. Die demokratische Fluth, die im Frühjahr 1848 uns überschwemmte, ist vorzugsweise das Ergebniß der östreichischen Politik von 1814 bis 1847. Diese Politik, die es sich zur Hauptaufgabe stellte, die deutschen Fürsten zu vermögen, unter scheinbar constitutionellen Formen, in der That absolut zu regieren, brachte, statt des gewünschten Resultats, jene staatliche Auflösung in Sachsen, Würtemberg, Baden und den beiden Hessen hervor, welche jedem Versuch einer Reconstruction Deutschlands als Hauptschwierigkeit entgegensteht."

Stockmar hatte in den 30er Jahren eine große Freude, als seine Gedanken von einem Süddeutschen, Paul Pfizer, in seinem vortrefflichen kleinen Buch: „Ueber die Entwicklung des öffentlichen Rechts in Deutschland durch die Verfassung des Bundes 1835" — klar und entschieden ausgeführt an's Licht traten*).

Von diesen Ueberzeugungen aus war er denn nicht im Zweifel über das zu erstrebende Ziel, als der Märzsturm 1848 in Deutschland losbrach.

Am 18. März schrieb er von Coburg, wohin die Nachrichten der Wiener und Berliner Revolution noch nicht gedrungen sein konnten:

„Eine ungeheuere, mächtige Aufregung hat sich im westlichen und südlichen Deutschland des Volkes bemächtigt. Neun bis zehn Millionen Deutsche haben sich bereits durch Worte und Thaten ausgesprochen, fünf oder sechs größere deutsche Fürsten sich durch Regierungsacte zustimmend angeschlossen. Der Hort, auf den ich seit 1814 in einer nationalen Crise als Führer und Beschützer rechnete, bleibt schweigend, zaudernd, und wie es scheint, halb unentschlossen, halb dem Irrthum zugewandt, zurück, wodurch er die herrliche Stel-

*) Stockmar hatte die Gewohnheit, wenn er ein Buch las, die Stellen, die er billigte, in eigenthümlicher Weise dick zu unterstreichen. In seinem Exemplar von P. Pfizer's Buch zeigt fast jede Seite solche Stellen.

lung, die er gegen das constitutionelle Deutschland hatte, bereits verloren hat. Ob er nun auch spät, vielleicht zu spät, sich entscheiden wird, so muß er sich doch entscheiden. Fällt diese Entscheidung zum Heil für Preußen und Deutschland aus, so kann Anarchie und gräßliches Elend noch zum großen Theil verhindert werden, andernfalls ist ein großer Riß zwischen dem südlichen und nördlichen Deutschland unvermeidlich. Heute noch würde ich eine Constituirung sämmtlicher constitutionellen Staaten Deutschlands in einem Bundesstaat unter dem Vorsitz des Königs von Preußen als Kaiser für möglich halten. In diesem Bundesstaat kann vor der Hand Oestreich gar keine Stelle finden, später vielleicht können die deutschen Provinzen Oestreichs in diesen Bundesstaat eintreten, nicht aber unter einem Kaiser von Oestreich, wie jetzt, sondern unter einem Erzherzog von Oestreich, der allerdings zugleich Monarch des heutigen östreichischen Gesammtstaats sein und bleiben mag."

Die auf Preußen gesetzten Hoffnungen wurden aber schon in den nächsten Tagen für's Erste zu Wasser.

König Friedrich Wilhelm IV. hatte in seinem Patent vom 18. März 1848, eine Stunde vor dem Ausbruch der Revolution, verkündet, daß seine Regierung im Begriff stehe, den deutschen Bundesgenossen Vorschläge zur Regeneration Deutschlands, zur Verwandlung Deutschlands in einen Bundesstaat zu machen. Der Aufruf vom 21. März war in Folge der Berliner Revolution des 18. und 19. einen Schritt weiter gegangen. Er sprach aus, daß der König die Leitung für die Tage der Gefahr übernehme, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehe, daß den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit eröffnet werden solle, mit Organen des vereinigten Landtags zu einer gemeinschaftlichen deutschen Versammlung zusammenzutreten, welche über die Wiedergeburt Deutschlands berathen werde. Und an demselben Tage durchritt der König die Straßen Berlins mit der deutschen Fahne.

Heinrich von Arnim, der Urheber dieser Proclamation, klagte

später (in seinem Schriftchen „Frankfurt und Berlin", S. 18), „sie sei von dem übrigen Deutschland mit „Hohn und schnöder Verachtung" aufgenommen worden, Deutschland noch nicht reif für jene Gedanken gewesen." Es ist viel Wahres daran. Deutschland hatte sich noch nicht besonnen, es hatte den dialektischen Proceß noch nicht durchgemacht, der mit der Annahme der Reichsverfassung und mit der Kaiserwahl endete. Auf der andern Seite kann man auch sagen, daß die Proclamation und Demonstration vom 21. zu spät kam. Wären sie vor der Niederlage des preußischen Königthums, vor dem 18/19. März gekommen, sie hätten eine ganz andere Bedeutung gehabt. Man muß anerkennen, daß Preußen die am 21. März verkündeten Gedanken auszuführen sich damals gar nicht in der Verfassung befand. Es war seiner selbst nicht mächtig, und doch wollte es die Anderen führen!

Das übrige Deutschland, seit Jahren gewohnt auf preußischer Seite nur Worte, nicht Thaten, große Ansprüche und schwache Leistungen zu sehen, hatte keinen Anlaß, die Proclamation und den Umritt vom 21. März mit der schwarz-roth-goldenen Fahne anders als kopfschüttelnd und ironisch aufzunehmen.

Am 31. März schreibt denn auch Stockmar wie folgt:

„Der arme König von Preußen hat total abgewirthschaftet. Immer hat er nur dann verwilligt und gehandelt, wenn es nicht nur zu spät war, sondern, wenn es besser gewesen wäre er hätte gar nichts gethan. Sein Unglück wie das Deutschlands war Metternich und der russische Kaiser. Wenn er auf Prinz Albert's Briefe von 1846 hätte hören wollen! Wie einfach, wie leicht war es ihm in der Krakauer Geschichte eine andere Richtung einzuschlagen, und wie sicher, wie herrlich, wie groß würde er nun dastehen, in einer Kraft, hinreichend ganz Deutschland zu tragen! In Deutschland will nun Niemand etwas von ihm wissen. „„Lieber den Kaiser von Oestreich oder den König von Baiern."" So verwechselt man bei uns die Sache mit den Personen."

Inzwischen schien die deutsche Bewegung in Frankfurt Form und Gestalt gewinnen zu wollen. Am 10. März hatte der Bundestag selbst 17 „Männer des allgemeinen Vertrauens“ zur Vorbereitung einer Revision der Bundesverfassung berufen. Am 31. ward in Frankfurt das sogenannte Vorparlament zur Berathung über die Aufgabe, Zahl und Wahlart einer geforderten deutschen Nationalversammlung eröffnet, und der Bundestag sanctionirte durch seine Beschlüsse vom 30. März und 7. April den Zusammentritt der Nationalversammlung in Frankfurt, „um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen“. Die nächsten Wochen brachten Stockmar die Gelegenheit, den dortigen Schauplatz, dessen Beobachtung ihm so interessant sein mußte, in einer officiellen Stellung zu betreten.

Am 5. April faßte nämlich die Bundesversammlung den Beschluß, daß jedem der zu einer Curie vereinigten Staaten gestattet sein solle sich im Bundestag durch einen besondern Gesandten vertreten zu lassen, unbeschadet jedoch der bis dahin gültigen Normen über das Stimmrecht und die Stimmführung.

Stockmar nahm die Stelle eines Bundestagsgesandten für Coburg an.

Bunsen berichtet in einem Brief an Herrn von Usedom (Bunsen's Leben II, S. 409), er habe dem Prinzen Albert den Rath gegeben dies zu vermitteln, und Stockmar selbst dringend beschworen sich der Sache zu unterziehen. Bunsen war wohl der Meinung, es sei von Werth, die besten Kräfte in Frankfurt zu concentriren. Gleicher Ansicht mag die Coburgische Regierung gewesen sein. Der Coburgische Minister von Stein schrieb an Stockmar am 3. Mai: „Euer Hochwohlgeboren haben auch mir wahrhaftig Freude gemacht durch Uebernahme der Bundestagsgesandtenstelle. Ich habe zwar keinen hohen Begriff von der Wirksamkeit des Bundestags, aber ein recht volles Vertrauen auf Ihren Einfluß und auf Ihre Mitwirkung in und außer der Versammlung.“ —

Stockmar langte am 12. Mai in Frankfurt an und nahm am 16. seinen Sitz in der Bundestagsversammlung ein. Anstatt jedoch sogleich auf seine Bundestagszeit einen Blick zu werfen, wird es zweckmäßiger sein, vorerst seinen Plan zur Reconstruction Deutschlands in's Auge zu fassen, den er bereits im April formulirt hatte, obgleich er erst im Mai damit hervortrat. Wenn wir dabei länger verweilen, so wird sich dies dadurch rechtfertigen, daß seitdem nur der eine in Betracht kommende Hauptpunkt, das Ausscheiden Oestreichs aus dem deutschen Verband, durch die Ereignisse seine Erledigung gefunden hat, die definitive Gestaltung des Verhältnisses von Preußen zum übrigen Deutschland ein noch ungelöstes Problem bleibt*).

Wir geben Stockmar's Plan in seiner letzten Fassung, wie er in der Beilage 148 der Heidelberger deutschen Zeitung vom 27. Mai als Correspondenz aus Frankfurt vom 24. Mai 1848 abgedruckt steht.

Stockmar's Plan zur Reconstruction Deutschlands, Mai 1848.

Die Zeit drängt zur Begründung einer Einheit Deutschlands. Die natürlichste Form dieser Einheit wäre der einfache Staat in einer ganz Deutschland umfassenden constitutionellen Monarchie. Der Schöpfung eines solchen einheitlichen Staats treten jedoch Hindernisse in den Weg. Um nach dem Möglichen zu greifen, soll hier ein Weg gezeigt werden, welcher sofort zu einem nicht geringen Grade einheitlichen Staatslebens führt, dabei eine naturgemäße Entwicklung zum völlig einheitlichen Staate offen hält und dieselbe dem Willen der Zukunft überläßt. Es ist dies ein Weg, der, wie kein anderer bis jetzt gezeigter, die bestehenden Verhältnisse schont und doch eine innigere Einheit schafft, als alle seither angegebenen.

Der schwächste Punkt in den bisherigen Vorschlägen zu einer

*) Geschrieben Anfang 1870.

Reichsverfassung war die Bestimmung des Staatsoberhauptes. Eine republikanische Centralgewalt wäre die Einleitung zur Republik; ein Turnus müßte jede Einheit der Regierungsweise und alle Größe und Macht der Nation ausschließen oder doch verkrüppeln. Bliebe hiernach nur noch die Einsetzung eines Kaisers übrig, so wäre derselbe ohne Hausmacht eine sehr schwache Centralgewalt, mit einer bedeutenden Hausmacht könnte möglicher Weise (solches befürchten wenigstens die Aufrichtig-Aengstlichen) der Kaiser der Verfassung gefährlich werden.

In Nachstehendem wird deshalb vorgeschlagen:

> einen Fürsten mit starker Hausmacht zum Kaiser zu erheben, ihm aber das Aufgeben seiner Hausmacht und die Verwandlung derselben in eine Reichsmacht aufzuerlegen.

Nach diesem Vorschlag soll Deutschland ein Reich bilden bestehend aus unmittelbarem Reichsland und aus mittelbarem. Das unmittelbare Reichsland wird, vorbehaltlich seiner Vermehrung, dargestellt durch die früheren Stammlande des Kaisers; die übrigen bisherigen Bundesstaaten bilden die mittelbaren Reichsländer. Im ganzen Reiche übt der Kaiser durch das Reichsministerium und das Reichsparlament die im Verfassungsentwurf der Siebzehner der Bundescentralgewalt zugewiesenen Befugnisse. Was die nach Abzug dieser Befugnisse übrig verbleibenden Theile der Regierungsgewalt anlangt, so werden dieselben

A) im unmittelbaren Reichsland ebenfalls vom Kaiser durch Reichsministerium und Reichsparlament,

B) im mittelbaren Reichsland von den resp. Regierungen und Repräsentativ-Körpern ausgeübt.

1. Diese Einrichtung begründet eine wirkliche Ein-
denn sie schafft Organe, mittelst deren der Wille des gesamm-
schlands zum Ausdruck und zur praktischen Geltung kommt.
ährt in Wahrheit ein einheitliches Staatsleben, und zwar
A) ein vollständiges dem Ausland gegenüber;

B) im Innern gewährt sie dies wenigstens in allen denjenigen Punkten, in denen ein einheitliches Zusammenwirken unerläßlich ist.

2. Diese Einrichtung trägt auch den auf eine angebliche Stammesverschiedenheit sich stützenden Forderungen eines individuellen Lebens einzelner Staaten soweit als möglich, d. h. bis zu dem Punkte Rechnung, über welchen hinaus man nicht nachgeben kann, wenn man nicht die Einheit aufgeben will.

3. Diese Einrichtung läßt die Entwicklung der Zukunft frei. Hat das individuelle Leben der einzelnen Staaten wirklich eine so große Berechtigung, als Viele behaupten, so wird sich dasselbe erhalten; im Falle des Gegentheils werden die Einzelstaaten ohne Erschütterungen und auf dem Wege einer Fortbildung in dem einheitlichen Staate aufgehen. Welches der Staat sein möge, der bestimmt ist den Kern und Mittelpunkt zur wirklichen deutschen Einheit abzugeben, kann kaum zweifelhaft sein. Preußen scheint hierzu berufen sowohl durch die große Zahl seiner deutschen Bevölkerung, als durch die für den fraglichen Zweck günstige Lage seines weitausgedehnten Gebietes und durch seine geschichtlichen Erinnerungen. Die Abneigung gegen die Person des Königs und gegen das preußische Beamtenthum kann gegen diese Vortheile nicht in Betracht kommen. Bei einer Verwaltung der gegenwärtig preußischen Lande (künftigen unmittelbaren Reichslande) von Frankfurt aus, und durch Reichsministerium und Reichsparlament, würde das specifische Preußenthum binnen kürzester Frist verschwinden und rein deutscher Sinn allenthalben durchbrechen.

Die Möglichkeit der Ausführung dieses Plans hängt nur davon ab, wie ernstlich die Nation die Einheit will. Daß die Regierungen zu Wien, Hannover, München und anderwärts eine wirkliche Einheit, ja selbst nur irgend eine wesentliche Beschränkung ihrer Souverainetät durch eine starke Centralgewalt nicht wollen,

mag wahr sein; allein hierauf kommt gegenwärtig viel weniger an, als auf den Willen der Völker.

Die größte Schwierigkeit erregt augenblicklich Oestreich. Will seine Regierung den Oestreichischen Gesammtstaat aufrecht erhalten, so wird sie zur Unterordnung ihrer deutschen Provinzen unter ein Reichs-Regiment, ja vielleicht selbst zu einem irgend festen Einschluß in Deutschland wenig Neigung haben. Auch die Bevölkerungen selbst werden starke Abneigung gegen eine solche Unterordnung haben, und namentlich möchte es sehr schwer sein, ihnen begreiflich zu machen, daß sie sich nicht Preußen, sondern dem Reich unterordnen. Allein man könnte der deutschen Bevölkerung Oestreichs nachweisen, daß sie als Deutsche verkrüppeln oder untergehen müssen, wenn sie von Deutschland getrennt werden, und auf diesen Nachweis hin kann man ihnen mit gutem Gewissen die Alternative stellen:

entweder mit den bisherigen Bundeslanden unter einem Erzherzog oder mehreren, als Könige von Böhmen u. s. w. dem Reiche als mittelbares Reichsland beizutreten,

oder aber: außer dem Verbande zu bleiben.

Der letztere Entschluß wäre tief zu beklagen, aber die Trennung würde nur vorübergehend sein. Der wachsende Einfluß der in Oestreich sich gestaltenden deutschen Partei, überhaupt die Macht der Verhältnisse werden die deutschen Provinzen Oestreichs doch zu Deutschland zurückführen. Sollte man daher aller Mühe ungeachtet (denn diese wäre in jeder Weise anzuwenden) dermalen das deutsche Oestreich nicht zum Reiche ziehen können, so wird es für uns sowohl, als für Oestreich besser sein, daß wir 32 Millionen Deutsche uns um den preußischen Kern herum gut organisiren und dem deutschen Oestreich den Zutritt offen halten, als daß wir mit 7 Millionen Deutschen und einer Mehrzahl von Slaven einen schlotterichen, ungenügenden Verband fortführen und dadurch noch ferner zu einem ruhmlosen, elenden Volksleben gezwungen bleiben.

Was die übrigen Regierungen außer der östreichischen anlangt,

so möchte von allen deutschen Regierungen die hannöverische den geringsten Halt im eignen Lande haben, und wenn sonst Deutschland will, so wird sie die vorgeschlagene Einigung nicht aufhalten. Auch Baierns Regierung wird hierzu wohl den Willen, aber nicht die Kraft haben. Denn die durch Napoleon Alt-Baiern geschenkten deutschen Länder sind nie specifisch bairisch geworden. Alt-Baiern allein aber könnte, falls es überhaupt will, auf die Dauer nicht zurückbleiben.

Alles kommt darauf an, ob der deutsche Sinn kräftig genug ist, ein Vaterland in der That und nicht bloß in Worten zu verlangen und deshalb die Versuchungen abzulehnen, welche die separatistischen Tendenzen ihm von vielen Seiten bieten werden. —

Zunächst liegt die Sache in der Hand des verfassunggebenden Reichstags, der um des Vaterlandes willen seine Stellung nicht unabhängig genug und nicht hoch genug nehmen kann. Spricht der Reichstag nach den genügenden Vorbereitungen für den Vorschlag sich aus, so wird wohl sein Beschluß ausgeführt werden und der Weg in eine große Zukunft aufgeschlossen sein. —

Frankfurt, den 24. Mai 1848.

Die Grundgedanken Stockmar's waren also diese:

1) das natürliche Ziel Deutschlands schien ihm der Einheitsstaat in der Form der constitutionellen Monarchie,
2) er hielt den Bundesstaat nur für eine vorübergehende, zum Einheitsstaat führende Phase,
3) er stellte sich daher die Aufgabe, für jetzt eine Einrichtung zu erdenken, die sofort ein bedeutendes Maß der Einheitlichkeit herstellte und einen leichten Uebergang zur völligen Einheit anbahnte,
4) das Wesentliche dieser Einrichtung besteht darin, daß Preußen auf seine besondere Existenz verzichtet, seine sämmtlichen Pro-

vinzen zu „unmittelbaren Reichslanden“ *) hergiebt, die, ohne ein besonderes preußisches Parlament**), ohne eine besondere preußische Verwaltung, vom preußischen König als nunmehrigem erblichen deutschen Kaiser mittels des deutschen Reichsparlaments und des administrativen Organismus des deutschen Reichs beherrscht würden, während dieselben Factoren der Reichsgewalt über die anderen deutschen Staaten (mittelbare Reichslande) die im Entwurf der 17 Vertrauensmänner der Reichsgewalt zugesprochenen Befugnisse ausüben würden,

5) der Zukunft bliebe es überlassen, ob die mittelbaren Reichslande dem unmittelbaren Reichsland sich einverleibten, der Verhandlung mit Oestreich, ob die deutschen Provinzen als mittelbare Reichslande dem Reich beitreten würden oder nicht.

Zum Verständniß des Plans gehört es sich zu vergegenwärtigen, welche Befugnisse der Entwurf der Siebzehner der Bundescentralgewalt beilegte.

---

*) Die Terminologie von „unmittelbarem“ und „mittelbarem“ Reichsland war vielleicht nicht ganz glücklich gewählt. Denn unter dem alten deutschen Reiche gab es gar keine Territorien, die in Stockmar's Sinn reichsunmittelbar, d. h. nur der Reichsgewalt unterworfen gewesen wären. In den alten Reichsstädten und reichsritterschaftlichen Territorien bestand doch unter der Reichsgewalt wenigstens ein Analogon der Landeshoheit. Sodann erscheinen im modernen Bundesstaat alle Territorien in gewissen Beziehungen reichsunmittelbar, d. h. der Centralgewalt unmittelbar unterstellt. Das Wort reichsunmittelbar bedeutet aber bei Stockmar: in jeder Beziehung dem Reiche unmittelbar unterworfen.

**) Gervinus in der Deutschen Zeitung vom 3. Juni knüpft an Stockmar's Plan einige Bemerkungen. Es sei ihm, sagt er, nicht alles darin klar, und er fragt, ob es denn also ein Plenum des Reichsparlaments geben solle, wenn die Repräsentanten des mittelbaren Reichsgebietes (die einzelnen Staaten außer der Hausmacht des Kaisers) mitsitzen, und ein engeres Parlament, in dem die Abgeordneten des unmittelbaren Reichslandes allein berathen. Die Worte Stockmar's lassen jedoch eine solche Auslegung in der That nicht zu. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß Stockmar ein besonderes Parlament für besondere preußische Angelegenheiten, eine besondere preußische Administration nicht statuiren wollte.

Es sind die folgenden:

Der Reichsgewalt steht ausschließlich zu

a) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands, das Recht der Verträge und des gesammten diplomatischen Verkehrs,

b) das Recht über Krieg und Frieden,

c) Heerwesen, Marine, Festungswesen,

d) Zoll- und Postwesen, Gesetzgebung und Oberaufsicht über Wasserstraßen, Eisenbahnen und Telegraphen, Ertheilung von Erfindungspatenten, —

e) die Gesetzgebung im Gebiet des öffentlichen und Privatrechts in soweit solche zur Durchbildung der Einheit Deutschlands erforderlich ist, insbesondere über Heimathsrecht, Staatsbürgerrecht, Münz-, Maaß- und Gewichtssystem; —

f) Gerichtsbarkeit in folgenden Fällen: Klagen gegen den Reichsfiscus; Anklagen gegen Reichs- oder Landesminister; Hoch- und Landesverrath gegen das Reich; Majestätsverbrechen gegen das Reichsoberhaupt; Streitigkeiten zwischen den verschiedenen deutschen Staaten oder Fürsten; Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den deutschen Staaten; Klagen von Privaten gegen regierende deutsche Fürsten, wo es an der Zuständigkeit eines Landesgerichts fehlt; Klagen von Privaten gegen deutsche Staaten, zwischen denen eine Verpflichtung zweifelhaft oder bestritten ist; Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen der Einzelstaaten über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung; Entscheidungen in oberster Instanz über Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege.

Diese Befugnisse sollte also der König von Preußen als deutscher Kaiser mit einem Parlament von Vertretern aller deutschen Staaten, mit einem Reichsministerium, in dem natürlich auch Nichtpreußen sitzen könnten, mit einem Beamtenthum, das allen Deutschen offen stände, über das ganze Reich üben. Dieselben Organe der

Reichsgewalt ſollten aber zunächſt über die preußiſchen Lande alle übrigen Rechte der Staatsgewalt handhaben. Wenn alſo der Sachſe, der Hannoveraner, der Reuße, der Lippe-Bückeburger ꝛc. nur in gewiſſen Beziehungen den Beſchlüſſen einer Verſammlung an der Nicht-Sachſen, Nicht-Hannoveraner u. ſ. w. betheiligt waren, den Anordnungen von Reichsbeamten unterworfen war, die auch Nicht-Sachſen u. ſ. w. ſein konnten, für andere Beziehungen ſein rein ſächſiſches u. ſ. w. Parlament, ſein rein ſächſiſches ꝛc. Beamtenthum behielt, ſo ſollte der Preuße in jeder Beziehung ſeine Geſetze von einer Reichsverſammlung empfangen, in der der Sachſe, der Hannoveraner u. ſ. w. mittagte, Beamte über ſich walten ſehen, die nicht Preußen zu ſein brauchten, auch Sachſen u. ſ. w. ſein konnten.

Offenbar war damit den Preußen eine bedeutende Selbſtverläugnung zugemuthet. Das Motiv Stockmar's, dem preußiſchen Volk dieſe Opfer anzuſinnen, war, daß die neueſten Ereigniſſe die Kluft zwiſchen Norden und Süden erweitert hatten und jene Opfer Mittel der Verſöhnung für den Süden ſein ſollten. Für etwas ſanguiniſch freilich müſſen wir die von Stockmar ausgeſprochene Anſicht halten, daß wenn Preußen von Frankfurt aus mittels Reichsminiſterium und Reichsparlament regiert würde, das ſpecifiſche Preußenthum binnen Kurzem verſchwinden werde. Wir müſſen vielmehr glauben, daß gerade die Stärke des ſpecifiſchen Preußenthums den Plan damals unmöglich gemacht und daß dieſes durch die Regierung von Frankfurt aus ſich nur noch mehr herausgefordert gefühlt haben würde. Faſt zwanzig Jahre weiterer Entwicklung und der große Junker Bismarck waren nöthig, um das ſpecifiſche Preußenthum und zwar mittels der Regierung von Berlin aus nationalen Zwecken einigermaßen dienſtbar zu machen.

Abgeſehen hiervon und wenn man mit Stockmar der Anſicht iſt, die deutſche Entwicklung laufe dem Einheitsſtaat zu, ſo muß man ſeinen Plan vortrefflich finden.

Denn unter jener Vorausſetzung ſind zwei Fälle denkbar:

entweder Preußen verschlingt das übrige Deutschland, oder es geht in Deutschland auf. Auch im ersten Fall bleibt Preußen nicht was es war, d. h. es findet keine bloße Borussificirung des übrigen Deutschlands statt, sondern die fremden Elemente, die Preußen in sich aufnimmt, verändern auch zum Theil sein inneres Wesen, nach dem berühmten Dictum von Ludwig Feuerbach: „was der Mensch ißt, das ist er.“ Aber dieser Prozeß der Unification Deutschlands kann nicht ohne Gewaltsamkeit und ohne Indigestionen abgehen. Anders der von Stockmar gezeigte Weg. Preußen durchdringt sich erst mit deutschen Elementen, sättigt sich mit deutschen Zielen und läßt dann das übrige Deutschland, dem es nun nicht so fremdartig gegenübersteht, in sich hineinwachsen.

Eine Lücke hat der Stockmar'sche Plan. Wenn wir einen Blick auf die uns durch denselben eröffnete Zukunft richten, so verlangen wir Beruhigung wegen der Schattenseiten des Einheitsstaats, wegen der Uebel der Centralisation. Ausgedehnte provinzielle Selbstregierung in den Dingen der Verwaltung würde das Mittel dazu sein.

Zu den Ersten, denen Stockmar seinen Plan mittheilte, gehörte Bunsen in London. Es geschah dies in einem Brief vom 8. Mai, den wir hier folgen lassen, weil er so bezeichnend für die muthwillige Manier des Vortrags ist, die Stockmar in angeregter Stimmung eigen war.

Stockmar an Bunsen.

8. Mai 1848.

Für Sie ganz allein.

„Sich mit mir in den letzten Monaten stetig über die Angelegenheiten des Vaterlandes unterhalten zu haben, würde, mein lieber Freund, noch nicht das unfruchtbarste Geschäft Ihres Lebens gewesen sein. Für diese Unterlassungssünde sollen Sie denn ausgezankt

werden. Denn wenn Ihr*) Euch auch für Löwen haltet, so hätte meinem Freund doch die Maus einfallen sollen, die dem Gefangenen die Stricke lös'te. Und daß Ihr wenigstens gefangen seid, könnt Ihr nicht läugnen. Ich mag mich hier, in Entfernung und Unkenntniß, täuschen, allein ich möchte Thränen über Euch weinen. Wo sind selbst jetzt noch Euere Männer? Wodurch beweist Ihr, daß Ihr die Stimme aus dem Berge vernommen? Wo sind Euere großen fruchtbaren Gedanken, mit denen Ihr die letzte Euerer Missionen erfüllen könnt? Ihr erscheint mir planlos, rathlos, thatlos. Oder verbergt Ihr hinter diesem Anschein alte Klugheit, alte Pfiffe, alte diplomatische Maximen? Dann seid Ihr und wir auf lange Zeit dem Elende aller Art anheimgegeben. Welche Politik Euch und uns retten konnte, habe ich zur rechten Zeit 1844, 1845 und namentlich noch 1846 gepredigt, als Ihr bei Krakau die zweite Jenaische Schlacht mit unbegreiflicher Blindheit annahmt und verlort. Jetzt gilt es nochmals Euch zu retten. Der König muß Kaiser werden, die preußischen Lande unmittelbare Lande des Reichs, die übrigen Lande mittelbare. Zugleich müßten organische Grundbestimmungen dafür sorgen, daß unter gewissen Voraussetzungen aus den mittelbaren Reichslanden unmittelbare werden. Der Dänenkönig hat seine deutschen Lande verwirkt, daher werden sie gleich den unmittelbaren Reichslanden einverleibt. Uns können nur Muth, Kühnheit, Entschlossenheit, Thatkraft helfen. Greift Ihr Preußen gar nicht zu, oder falsch auf die noch vorhandenen und daher fruchtbaren Elemente ein, so wirthschaftet Ihr diese Elemente und Euch selbst in wenigen Wochen total ab. Euere größte politische Gefahr liegt zugleich in Euerem Verhältniß zu Oestreich. Begreift und greift Ihr dies falsch, dann gute Nacht! Den Versuch sich selbst als europäische Großmacht wieder aufzubauen, muß Oestreich machen. Das ist imperativer Schicksalsbefehl. Wer wollte voraussagen, was

*) D. h. Ihr Preußen überhaupt.

aus diesem Versuch resultiren werde! Aber unterdeß! Deutschland kann nicht warten, es muß sich eben so schnell zu helfen und aufzubauen suchen. Wir können nicht auf östreichische Langsamkeit und politische Unfähigkeit warten. Und wie wünschenswerth und zweckmäßig die Vereinigung der östreichischen Deutschen mit uns sein mag, einstweilen sind wir 32 Millionen uns selbst genug, wenn Muth und Entschluß uns nicht fehlen. Wir constituiren uns, lassen den Oestreichern ihren Platz offen, und entscheiden durch diese Handlung den Bauriß des neuen östreichischen Staates. Homogene Elemente, von Enthusiasmus, Entschluß, Muth und Kraft erfüllt, fürchten die Welt nicht, und werden bestehen, was auch England, Rußland oder Frankreich dazu sage. Wehe uns aber, wenn wir, durch eine falsche Ansicht verführt, das unklare, undeutsch fermentirende östreichische Element jetzt in uns aufnehmen wollten!

Morgen gehe ich nach Frankfurt. Schreiben Sie mir sogleich dahin. Offen, ehrlich, ohne Rückhalt. Wenn ich nichts von Ihnen höre, Sie werden auf jeden Fall von mir hören.

Gott sei mit Ihnen. Er erleuchte Euer politisches Gehirn und stärke Eure schwächlichen Nieren. Ihr habt nur noch kurze Zeit Eure Fehler zu machen; bald wird Euch auch dazu die Möglichkeit entzogen sein.

Treu der Ihrige

Stockmar."

Bunsen's Anschauungen waren andere. Er hatte kurz zuvor sein erstes Sendschreiben an das deutsche Parlament vom 7. Mai 1848 veröffentlicht, worin er sich gegen den Einheitsstaat, für den Bundesstaat mit einem lebenslänglichen Wahlkaiser, mit einem fürstlichen Reichsrath neben zwei gesetzgebenden Versammlungen, ausgesprochen hatte. Stockmar's Plan konnte ihm daher nicht gefallen. Dieser hatte, wie es scheint in einem andern Brief, die Ansichten

von Bunsen's erstem Sendschreiben kritisirt. Mit Bezug hierauf schreibt ihm Bunsen am 17. Mai:

„Mein verehrter lieber Freund! . . . . Ich habe Ihnen gestern nur aus dem Gefühl heraus geantwortet, nicht eigentlich Ihren Brief beantwortet. Heut muß ich nun suchen mich mit Ihnen in kurzen Worten auseinanderzusetzen. Ein Schelm macht's besser als er kann!

Ich kann mich nicht zu Ihrer Ansicht vom Erbkaiserthum bekennen, aus welchem nach und nach ein einförmiges Deutschland statt des vielgegliederten werden würde. Ich meine das Ziel wäre ein Rückschritt. Der Bundesstaat ist über dem Einheitsstaat. Aber ich meine ferner, das Ziel ist jetzt nicht ohne Revolution und alle Gefahren der Anarchie zu erreichen, das Bessere dagegen, bei ruhigem Verständniß, ohne alle Stöße. Was Oestreich betrifft, so glaube ich, kein Opfer ist zu groß ihm zu helfen, daß es die Czechen mindestens befriedigt oder bewältigt.

Kurz die Ansicht meines Schreibens (des Sendschreibens) liegt bei mir tief," u. s. w.

Indessen scheint Stockmar's Plan doch nicht ohne Eindruck an Bunsen vorübergegangen zu sein. In seinem Tagebuch vom Juli und August 1848 (Leben II, S. 446) sagt er, daß Stockmar auf der Ansicht bestehe, die er in seinem „merkwürdigen Brief vom Monat Mai" ausgesprochen, und fährt dann fort: „Die Sicherheit des Aussprechens und Durchführens dieser Ansicht machte mir einen tiefen Eindruck, ohne mich jedoch an meiner eigenen Auffassung durchaus irre zu machen." Und noch mehr zeugt von der spätern Uebereinstimmung mit Stockmar das von Bunsen mit Jenem gemeinsam zu Köln im August vereinbarte Programm, worin a. a. O. S. 467 von der „Verfassung Preußens als der unmittelbaren Reichslande" die Rede ist, wie denn auch Bunsen im September an Camphausen schreibt: „Preußen als Preußen kann gar keine politische Macht oder politische Verfassung haben, sondern nur als

Reichsoberhaupt; man kann Deutschland nicht von Berlin und von der Wilhelmsstraße regieren" a. a. O. S. 479.

Nachdem Stockmar seinen Plan an Bunsen mitgetheilt, brachte er ihn an den König von Preußen selbst. Von Brüssel her war er mit dem geistreichen, feinsinnigen und energischen Heinrich von Arnim befreundet, der dort bis 1846 preußischer Gesandter gewesen war, worauf er bis zur Februarrevolution als Gesandter in Paris fungirt und, nach der Märzrevolution, in Berlin das Ministerium des Auswärtigen übernommen hatte.

Arnim schrieb ihm am 5. Mai: .... „Wären Sie nur einmal hier, wenn auch nur auf einen Tag! Aber ich fürchte, Sie sind nicht wohl genug, um zu reisen. Schreiben Sie doch auch einmal an den König aus der Fülle Ihres deutschen und preußischen Herzens. Er will gewiß das Beste des Gesammtvaterlandes, aber der Gedanke geht ihm noch schwer ein, daß Er sich den dringenden Umständen dahin unterordnen muß, daß Er sich obenan stellt. Sie kennen den Herrn und werden ihn verstehen, wenn Sie ihm auch nicht Recht geben können. Ihre Stimme hat Gewicht bei ihm und wir brauchen gewichtige Stimmen zu unserer Unterstützung. Ambition zu zügeln mag schwer sein, aber es giebt noch etwas Schwierigeres: zum Unterlassen, zum Sichenthalten kann man jemand wohl bestimmen, wie aber zum Handeln und zum Entschlusse?"

Dieser Brief Arnim's mag Stockmar in der schon vorhandenen Neigung, sich direct an den König zu wenden, bestärkt haben.

Am 17. Mai 1848 übersendet er demselben eine Skizze seines mehr erwähnten Plans der Reconstituirung Deutschlands mit folgendem Schreiben:

„Allerdurchlauchtigster König und Herr!

Am Abend meines Lebens und bei einem Gesundheitszustande, der eine lange Dauer desselben unwahrscheinlich macht, steht mir das

Bewußtsein zur Seite, nie durch eine meiner Handlungen die Pflichten gegen mein Vaterland verletzt zu haben. —

Diese Pflichten schlossen Liebe für Preußen, treue Anhänglichkeit an dessen Könige ein, und seit mehr als 40 Jahren habe ich beide tief empfunden und geübt. War ich, so lange die bisherige politische Gestaltung des Vaterlandes ihre Geltung hatte, in der ganzen, vollständigen Aeußerung meiner vaterländischen Gesinnung beschränkt, so haben die jüngsten Zeitereignisse diese Beschränkung aufgehoben. Ew. Majestät sind sofort der einzige Hort des Vaterlandes geworden, und dessen Rettung hängt vorzugsweise von der Einsicht, der Kraft, dem Muthe und der Hingebung des preußischen Volks ab. Auf solche Ueberzeugung hin wage ich es das anliegende Blatt Ew. Majestät zu Füßen zu legen, mit der unterthänigsten Bitte, dessen Inhalt Höchstselbst prüfen und weiter prüfen lassen zu wollen. Auf Allerhöchste Erlaubniß hierzu bin ich vorbereitet auf jede mir darüber gestellt werdende Frage Antwort zu geben, auch hoffe ich auf voraussichtliche Einwürfe überlegte Gründe anführen zu können.

In allertiefster Ehrfurcht

Euer Königl. Majestät

allerunterthänigster

Chr. Fr. v. Stockmar."

Auf dieses Schreiben empfing Stockmar vom König zunächst keine Antwort. Wir werden später, bei dem Bericht von seiner Berliner Reise im Juni, sehen, wie sich der König über den deutschen Plan äußerte. Stockmar hatte seinen Brief Arnim zur Beförderung gesandt. Dieser schrieb ihm am 22. Mai: „Ihr durch mich befördertes Schreiben ist mir nicht mitgetheilt worden. Wohl weil es mit meiner Ansicht zu sehr übereinstimmte; man wollte diese durch eine so gewichtige Stimme nicht stärken gegen sich."

Auch mit dem Prinzen Albert von England correspondirte

Stockmar über seinen deutschen Plan, hier fand er aber wenig Beifall.

Der Prinz hatte sich selbst mit Entwürfen zur Herstellung Deutschlands beschäftigt. Er hatte dem König von Preußen einen solchen, datirt vom 28. März, zugesendet, welcher in der Broschüre: „Zum Verständniß der deutschen Frage. Stuttgart 1867," nebst den Bemerkungen des Königs dazu abgedruckt ist. Der Prinz, vom dynastischen Standpunkt ausgehend, hatte sich in Betreff des Reichsoberhauptes für einen Wahlkaiser, auf Lebenslänge oder eine Anzahl von Jahren gewählt, erklärt, und konnte sich noch nicht mit dem Ausscheiden Oestreichs aus Deutschland befreunden, so wenig wie mit dem, was er die Mediatisirung der übrigen deutschen Staaten unter Preußen nannte. So schrieb er denn an Stockmar, er könne nicht verhehlen, daß ihm dessen Plan gar nicht zusage. Er errichte sein Gebäude auf der Prämisse, „daß ein Turnus*) jede Einheit der Regierungsweise und alle Größe und Macht der Nation ausschließen oder doch verkrüppeln müsse." Und deshalb solle Oestreich von Deutschland scheiden, sollten die übrigen Staaten von Preußen mediatisirt werden. Jene Prämisse sei aber erst zu beweisen.

Es zeigte sich eine Kluft zwischen den beiderseitigen politischen Ansichten, welche monatelang unausgeglichen blieb. Es ist aber gleich hervorzuheben, daß der Prinz und zwar schon im nächsten Jahre die Unmöglichkeit der Theilnahme Oestreichs an einem engern deutschen Verband einsah und ein eifriger Verfechter der preußischen Unionsplane von 1849 wurde.

Kehren wir zu Stockmar, dem Bundestagsgesandten, zurück. Von zwei Seiten wurde er in Frankfurt bei dem Vertreter der-

*) Unter Turnus ist hier das Wahlkaiserthum mitbegriffen, überhaupt alles was nicht Erbkaiserthum ist.

jenigen Macht eingeführt, auf die er seine deutschen Hoffnungen baute.

An Herrn von Usedom, den preußischen Gesandten, schrieb Bunsen:

London, 15. Mai 1848*).

Mein theurer Freund!

„Ihre und Stockmar's Ankunft in Frankfurt .... war die Erfüllung zweier seit Monaten unabläßig gehegten Wünsche. Stockmar ist einer der ersten Politiker Deutschlands und Europas; Schüler Stein's**), Oberfeldarzt im Krieg, Erzieher des Prinzen Albert***), dann†) Freund und geheimer Rathgeber des Prinzen Leopold, nachher des Königs, und endlich stiller Leiter des großbritannischen Hofes, vertrauter Freund††), wie von Lord Melbourne, so später von Peel .... Gehen Sie zu ihm — Sie werden nach einer Stunde ihn als Freund verlassen. So viel zuerst. Ich liebe ihn zärtlich, und er liebt mich. Ich habe kein Geheimniß vor ihm."

Am 22. Mai schrieb Arnim an Stockmar:

.... „An Usedom darf ich Sie also verweisen. Ich schreibe ihm heute um ihm zu sagen, daß er Ihnen vertrauen kann wie mir selbst. Sie finden einen ächten, deutschen, freisinnigen, klugen und geraden Mann in ihm. Kommen Sie ihm mit Vertrauen entgegen, und mit Ihrem trefflichen Rath zu Hülfe."

Stockmar verdankte es diesen Einführungen, einem Manne rasch

---

*) Das Datum 15. März in Bunsen's Leben II, S. 409, beruht offenbar auf einem Lesefehler.

**) Dies ist ein Irrthum, denn Stockmar war Stein überhaupt nur zweimal begegnet.

***) Wir sahen, daß er nur den bereits erwachsenen Prinzen, das Jahr vor seiner Heirath, als Reise-Mentor nach Italien begleitete.

†) Vielmehr seit 1817, also lange vorher.

††) Er besaß deren aufrichtiges Vertrauen, aber „vertrauter Freund" war er nicht.

näher zu treten, den er nicht nur so fand, wie ihn Arnim beschrieben, sondern den er stets als den „liebenswürdigsten, umgänglichsten, anmuthigsten aller Preußen“ rühmte, die er je kennen gelernt. Er blieb mit ihm fortan in freundschaftlichem Verhältniß. Zu seinen genaueren Bekannten unter den Bundestagsmitgliedern gehörte außerdem der kluge und rührige alte Bürgermeister Smidt von Bremen.

Stockmar's Wirksamkeit im Bundestag war gleich Null. Ohnehin war das Hauptgeschäft des Bundestags damals sich selbst zu begraben. Die Neugestaltung der Dinge zu lenken vermochte er nicht. Und an diesem Todtengräbergeschäft hatte nur Stockmar in der sehr untergeordneten Stellung eines Vertreters von Coburg-Gotha, der nicht einmal eine Stimme führte, Theil zu nehmen. Er war auch von diesem Verhältniß wenig erbaut. Am 28. Mai schreibt er:

„Nach seiner Einrichtung und der Art, wie diese gehandhabt wurde, ist der Bundestag von 1815 an bis heute eine elende, verächtliche und verachtete Maschine gewesen. Sämmtliche Regierungen brauchten ihn nur zum Executor einer falschen, unehrlichen, allen Fürsten wie Völkern verderblichen Politik, daher er denn von der Gegenwart als der wahre Repräsentant der Falschheit, der Schlechtigkeit und des Princips der Zerstörung gehalten und behandelt wird. Die Persönlichkeiten, aus denen er jetzt zusammengesetzt ist, sind auch ad hoc keine geeigneten, und die Formen, in denen er sich noch heute bewegen muß, machen jede verständige Thätigkeit, jedes energische, consequente Handeln unmöglich. In einer solchen Versammlung zu sein ist an sich eine Misère.“

Und am 29. Mai:

„Ich bin dadurch, daß ich dem Bundestag angehöre, das fünfte Rad am Wagen. Als Privatmann und bloßer Volontair hätte ich vielleicht doch etwas mehr wirken können.“

Indeß der Bundestag nahm auf der andern Seite Stockmar doch nicht so sehr in Anspruch, als daß er nicht Zeit gewonnen hätte,

im Anfang Juni eine kurze Reise nach Berlin zu unternehmen. Er hatte folgende Ziele im Auge, für die er rein als Privatmann zu wirken sich vorsetzte. Von seinem Standpunkt aus kam natürlich alles darauf an, daß Frankfurt und Berlin Hand in Hand gingen, daß aber Preußen Frankfurt führte. Statt dessen sprach und handelte die Frankfurter Nationalversammlung, die am 18. Mai zusammengetreten war, als ob es ein Preußen gar nicht gäbe, während die Berliner Nationalversammlung die Frankfurter ignorirte und die preußische Regierung sich zurückhielt. Sodann war aber auch nicht zu verkennen, daß, wenn der König von Preußen die deutschen Dinge in die Hand nehmen sollte, hierfür eine Vorbedingung fehlte. Er mußte zuvörderst Herr im eig'nen Hause sein. Vor allem anderen mußte daher, nach Stockmar's Meinung, der Anarchie in Berlin ein Ende gemacht werden.

Der König, von seiner Ankunft daselbst unterrichtet, schrieb ihm wie folgt:

Sanssouci, 7. Juni 1848.

So sehr ich erfreut worden bin durch die Nachricht Ihres Hierseins, bester Baron Stockmar, so betreten bin ich seit meiner mißglückten Einladung zu Tisch*). Denn Sie sind wie verschwunden. Es drängt mich Ihren schönen Brief aus Frankfurt mündlich zu beantworten. Das Sprechen mit Ihnen ist so lohnend, denn Sie hören nicht bloß zu, wie wir Norddeutsche meist Alle thun, sondern Sie hören was man sagt und was man will, wie es die Engländer so meisterhaft thun. Lassen Sie mich nun schnell wissen, wo Sie sind und kommen Sie bald zu mir. Ich schlage Ihnen Morgen Mittag vor. Wir essen um 2 Uhr und können nach Tisch schwätzen. Bereiten Sie sich auf ernstesten Widerstand von meiner

*) Hier war ein Mißverständniß vorgefallen.

Seite vor. Und doch harmonirt mein Herz und Wille mit dem Ihrigen. Doch unsre Mittel sind verschieden. Ein Wörtchen Antwort!

Friedrich Wilhelm.

Am nächsten Tage (8. Juni) hatte Stockmar eine Unterredung mit dem Könige. Ueber deren Inhalt ist uns nichts Positives bekannt. Natürlich wird vor Allem die deutsche Frage besprochen worden sein und der König wird sich, mit der ihm eignen Beredtsamkeit, über Stockmar's Brief ausgesprochen haben.

Dieser hochbegabte Fürst war der Begeisterung für große Ideale fähig, aber Doctrinarismus und Romantik trübten ihm den Blick in die Wirklichkeit und gestatteten ihm nicht, die in dieser begründeten erstrebenswerthen Ziele zu erkennen. Zudem war ihm ebensowenig Consequenz des Denkens als Willensstärke und Festigkeit verliehen. Er war also zu einem Werk, das eine ungewöhnliche Fürstenkraft forderte, nicht ausgestattet. Er fühlte dies selbst, wie er denn (G. Freytag: L. Mathy, S. 306) zu Beckerath 1849 sagte: „Friedrich der Große wäre Ihr Mann gewesen, ich bin kein großer Regent."

Ueber seine persönliche Stellung zur Frage der Neugestaltung Deutschlands liegen zahlreiche authentische Aussprüche Friedrich Wilhelm's IV., und Zeugnisse von Männern vor, die sein Vertrauen, ja seine Zuneigung besaßen. Sie läßt sich nach der einen Seite kurz durch folgende Züge charakterisiren: Romantische Pietät und Deferenz gegen Oestreich, legitimistische Ueberschätzung der Rechte der deutschen Fürsten, Abneigung gegen das in Frankfurt begonnene Werk wegen seines revolutionären Geruchs und Beigeschmacks*).

*) An die Abgeordneten der Frankfurter Versammlung, welche den König bei dem Kölner Dombaufest, August 1842, begrüßten, richtete Friedrich Wilhelm die vielbesprochenen Worte:

„Vergessen Sie nicht, daß es Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich einer derselben bin." —

Aber zu gleicher Zeit ergeben jene Aussprüche und Zeugnisse, ergeben die offenkundigen Thatsachen nach der andern Seite, daß der König sich gegen die von Frankfurt her und im Sinn von Frankfurt kommenden Anregungen im nationalen Sinn doch nicht unbedingt ablehnend verhielt, daß sie vielmehr etwas Verlockendes für ihn hatten. Er ließ sich wiederholt bestimmen bis an den Rand des Entschlusses vorzugehen und — kehrte dann um. Die tiefst liegende Schicht seiner Natur empörte sich gegen die von jenen Anregungen hervorgebrachten oberflächlicheren Eindrücke. Diese Inconsequenzen haben denn seinem und Preußens Ansehen am meisten geschadet. Für den Staatsmann, der einem solchen Regenten gegenübersteht, ist es eine sehr schwierige Frage, ob es sittlich gerechtfertigt und politisch rathsam sei, den so beschaffenen Herrscher in ein großes politisches Unternehmen hineinzutreiben, dem dessen innerste Natur widerstrebt. Die Verantwortung ist doppelt schwer in einem Lande wie Preußen, wo die Verhältnisse in solchem Fall dem König nicht eine bloß passive Haltung gestatten, sondern persönliche Initiative von ihm erheischen. Schließlich mußte der entscheidende Punkt sein, ob gegründete Aussicht für das Gelingen des Unterneh-

---

Ein in Ebeling's Buch über Beust I, S. 109 abgedruckter Brief des Königs vom 13. Dezember 1848 (wahrscheinlich an Bunsen) ist eine beredte Umschreibung dessen, was Bunsen selbst a. a. O. 483 kurz so ausdrückt: „der König wollte die Reichskrone, aber von den Fürsten, als die allein ein Recht hätten, sie ihm zu geben; die ihm gebotene (von Frankfurt) sei ein Schimpf und eine Schande für einen Hohenzollern."

Der Kaiserdeputation vom 3. April 1849, die ihn einladet, die in Frankfurt auf ihn gefallene Wahl anzunehmen, antwortet er, er erkenne in dem Beschluß die Stimme der Vertreter des deutschen Volks, dieser Ruf gebe ihm ein Anrecht, das er zu schätzen wisse, aber er vermöge ohne das freie Einverständniß der Regierungen keine Entschließung zu fassen. Radowitz, der Vertraute der deutschen Politik des Königs, bezeichnet als die obersten Grundsätze, von welchen dessen Entschlüsse bestimmt worden, die folgenden: „Keinerlei Zwang gegen die deutschen Regierungen! Keinerlei Verbindung mit den revolutionären Kräften! Keinerlei Steigerung der Gefahren, welche auf der östreichischen Monarchie lasten."

mens vorhanden war. Es bestand keine absolute Pflicht für Preußen im nationalen Sinn jetzt voranzugehen. Und Passivität und Abwarten sind besser als Handeln, wo schon im Handelnden selbst die Bedingungen des Erfolgs nicht gegeben sind. —

Die Staatsmänner, die im nationalen Sinn auf Friedrich Wilhelm IV. einwirkten, sind freilich selbst erst allmählich über die Eigenthümlichkeit des Königs, also über einen Hauptfactor der Berechnung des Erfolgs, aufgeklärt worden. Und sie werden der Meinung gewesen sein, es sei ihre Pflicht, dem Monarchen zu dem zu rathen, was das preußisch-deutsche Interesse ihm zu thun gebiete. Es war klar, daß wenn Preußen der deutschen Bewegung gegenüber sich abwartend verhielt, diese sich entweder zu unheilvollen Consequenzen entwickeln, oder im Sande verlaufen mußte. Der Politiker, der keins von Beiden wünschte, fühlte sich also natürlich zu dem Versuch aufgefordert, ob der König sich bestimmen lasse, die deutsche Sache in die Hand zu nehmen.

Diesen Versuch glaubte denn auch Stockmar machen zu müssen. Seine Eigenthümlichkeit zeigte sich aber darin, daß er, sobald der erste Versuch einmal gescheitert war, völlig skeptisch in Bezug auf den König wurde und einen zweiten selbst nicht mehr wagte, ja dem König zu nahen seitdem mied, auch die während 1848 von Anderen unternommenen Versuche zwar aus der Ferne unterstützte, aber ohne sich über den Erfolg Illusionen zu machen. Es war seine Art über eine Persönlichkeit rasch abzuurtheilen.

Inzwischen war an demselben Tage (8. Juni), an dem Stockmar von dem König gesehen worden war, in Berlin in der Nationalversammlung der Berends'sche Antrag gestellt worden:

> „Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protocoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben."

Als die Nachricht hiervon zum König gelangte, richtete er einen zweiten Brief an Stockmar, einen Brief, der insofern historisch

interessant ist, als er beweist, daß die im November 1848 verwirklichten Gedanken bereits, wenn auch in etwas anderer Gestalt, im Juni beim König bestanden. Es ist freilich ein Unterschied zwischen Gedanken und Entschlüssen.

König Friedrich Wilhelm IV. an Stockmar.

Sanssouci, 9. Juni 1848.

Eine gewichtige Frage an einen treuen und ächten, an einen klugen, in den Welthändeln erfahrenen, Preußens Ehre und Macht liebenden Deutschen. Kaum waren Sie gestern fort, theuerster Stockmar, so erfuhr ich die scheußliche Mozion Berendt's, „der Landtag solle die Revoluzion anerkennen und dem Baricadengesindel Dank votiren."

Meine Frage an Sie, bester Baron, ist nun die: „Sollte die Versammlung dem Antrag beytreten, sind Sie für das Abtreten des Ministeriums oder dann für sein Verbleiben und folglich für Auflösung des Landtags oder endlich für eine bloße Vertagung desselben? Letzteres erscheint mir unausführbar und in das constitutionelle System nicht hineinzureihen. Ersteres erscheint mir als Feigheit, ja als Hochverrath an Preußen und Deutschland. Der 2te Fall allein ist für mich denkbar. Er ist vollkommen constitutionell. Er kann aber die Permanenzerklärung der Versammlung nach sich ziehn. Dann erlasse ich die feierliche Erklärung an mein Volk, dem gegebenen Wort treu zu bleiben. Es müßte aber beim Abfall des Landtags (und ohne Zweifel auch der Hauptstadt) die Verfassung anderswo als mit solcher Versammlung zu machen gesucht werden. Ich beschritte den einzig legalen Weg und beriefe den „Vereinigten Landtag" abermals zusammen um seine eigne Reconstruczion auf breiten Basen mit ihm zu berathen, demnächst dem Reconstruirten eine andre als die bisherige Verfassung vorzulegen und künftig mit ihm und mit ihr zu regieren. Berlin umlagere

ich. Ich glaube, daß Berlin das nicht 10—14 Tage aushält. Ich biete das treue, racheschnaubende Landvolk gegen dasselbe auf*).

Antworten Sie mir wenige Worte durch meinen Boten. Gott mit Ihnen!

Friedrich Wilhelm.

Der Bote des Königs, ein Hofrath N. N., fand Stockmar nicht zu Hause und der Brief gelangte erst des Nachts in dessen Hände.

Im Laufe des 9. Juni hatte sich aber Folgendes zugetragen: Die Nationalversammlung war über den Berends'schen Antrag mit der von Zachariä vorgeschlagenen Motivirung, „in Erwägung, daß die Bedeutung der stattgefundenen Revolution und das Verdienst der Kämpfer um dieselbe unbestritten ist und daß die Versammlung nicht ihre Aufgabe darin erkennt, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren" zur Tagesordnung übergegangen.

Schon während der Verhandlungen hatten sich vor dem Sitzungslocale, der Singakademie, Volkshaufen gebildet, welche Miene machten, gewaltsam in dasselbe einzudringen. Dies geschah zwar nicht, nach dem Bekanntwerden der Abstimmung jedoch machte die Menge ihrem Unwillen über die Nichtannahme des Berends'schen Antrags dadurch Luft, daß sie den Minister Herrn v. Arnim und mehrere Abgeordneten, die gegen jenen Antrag gesprochen hatten, bei ihrem Hinaustreten aus dem Sitzungsgebäude thätlich insultirte.

Am 10. Juni sehr früh fuhr Stockmar zum König nach Charlottenburg. Bei diesem hatte natürlich das Thema des Briefs vom vorhergehenden Tage, der Berends'sche (seitdem beseitigte) Antrag, bereits alles Interesse verloren, während die Vorgänge vor der Sing-

*) Zu Bunsen (Leben II, 453) sagte der König Anfang August: „Berlin ist ein Tollhaus; wenn ich winke eilen die Provinzen herbei, ich halte sie zurück. Aber es liegen 10,000 Mann in Berlin und 23,000 in der Umgegend, alle vom besten Geist beseelt."

akademie, welche die Freiheit und Sicherheit der Nationalversammlung zu bedrohen schienen, im Vordergrund standen, die Abneigung aber gegen die Nationalversammlung und gegen die von ihr bethätigte Gesinnung den unveränderten Hintergrund bildete. So erklärt sich das folgende Gespräch des Königs mit Stockmar, dessen eigenhändige Aufzeichnung wir folgen lassen.

Unterredung mit König Friedrich Wilhelm IV., 10. Juni 1848.

König. Sind Sie von dem, was sich gestern Abend in Berlin zugetragen, hinlänglich unterrichtet?

Stockmar. Ja.

König. Rathen Sie die Versammlung aufzulösen, kann ich sie auflösen?

Stockmar. An Ew. Majestät Stelle würde ich die Versammlung nicht auflösen. Hierzu sehe ich für jetzt keinen politischen Grund, wohl aber sehe ich formelle Schwierigkeiten. Das gestrige Ereigniß fällt nicht der Versammlung zur Last, es ist die Folge eines vollständig anarchischen Zustandes in Berlin. Ich kann mir denken, daß spätere mögliche Ereignisse eine Auflösung rathsam, ja nothwendig machen können. Eine constituirende Versammlung zu bestimmtem Zwecke berufen, kann consequenterweise nur dann aufgelöst werden, wenn vorliegende Thatsachen den Beweis geliefert haben, daß die Versammlung ihre Bestimmung nicht erfüllen wollte oder konnte. Die Macht, die die Versammlung berufen, kann in solchem Fall auch die Wiederauflösung derselben vornehmen. In dieser Stunde ist das Erste, das Wichtigste, das Nothwendigste die Herstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Berlin. Ew. Majestät sind noch kein constitutioneller König, Sie wollen es erst werden. Mögen Sie Sich aber in diesem Augenblick als constitutioneller oder als absoluter König betrachten, so bleibt in beiden Fällen die Herstellung der

öffentlichen Ruhe und Sicherheit in Berlin Ihre erste Sorge und Pflicht. Ich bin kein Militär und kann daher die Maßregeln nicht angeben, die zur Einnahme und Besetzung Berlins erforderlich sein werden. Ich weiß nicht, ob Ew. Majestät die nöthigen Truppen hier unter den Händen haben.

König. Ich habe hier in Potsdam und in der Umgegend 16 bis 17,000 Mann zuverlässige Truppen.

Stockmar. Ob diese hinreichen, kann ich nicht beurtheilen, dies muß von einem tüchtigen General beantwortet werden. Sagt dieser Ja, so würde ich sogleich eine an das Volk gerichtete Proclamation erlassen und im Sinn derselben Berlin noch heute militärisch besetzen.

König. Ja, wenn meine Minister nicht solche .... wären! Aber, mit Ausnahme des einzigen Schwerin, sind sie alle Feiglinge*). Was soll die Proclamation enthalten?

Stockmar. Nur wenige Worte, die ich niederschreiben will, wenn es Ew. Majestät befehlen. Ungefähr folgendes: „Zur Feststellung einer Reichsverfassung habe ich eine constituirende Versammlung berufen. Die gestrigen Ereignisse in Berlin beweisen thatsächlich sowohl meinem Volk als ganz Europa, daß in Berlin Anarchie herrscht, welche die Grundbedingung des Wirkens dieser Versammlung, die Freiheit der Rede und Discussion, die persönliche Sicherheit ihrer Mitglieder vernichtet. Um diesen allverderblichen Zuständen abzuhelfen, habe ich dem General N. N. befohlen Berlin militärisch zu besetzen, damit die constituirende Versammlung ihr begonnenes Werk in Freiheit, Ruhe und Sicherheit fortsetzen könne."

König. Und was dann weiter?

*) Der König war hier gegen seine Minister ungerecht. Hätte er selbst den Entschluß zu einem energischen Einschreiten gegen die Berliner Anarchie gefunden, sie würden ihn nicht verlassen haben. Gerade umgekehrt kam es aber in dieser Zeit vor, daß der König von nothwendigen Maßregeln in jener Richtung, die die Minister beantragten, dringend abmahnte, weil er es für gefährlich hielt, den angeblichen Leuen in Berlin zu reizen.

Stockmar. Vor der Hand nicht mehr. Nur das, was der Lauf der eventuellen Ereigniſſe bringen wird, kann die Maßregeln bezeichnen, die Ew. Majeſtät fernerhin zu ergreifen haben werden. An Ew. Majeſtät iſt es, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der Hauptſtadt herzuſtellen. Haben Sie dieſes bewirkt, ſo iſt es an der Kammer die Berathung der Conſtitution fortzuſetzen. Was nun auch das Benehmen dieſer Verſammlung dabei, was das endliche Reſultat ihres Wirkens ſein möge, ſo lange dieſes Ergebniß nicht fertig vorliegt, halte ich es für unvorſichtig und gefährlich, daß die Krone ihrerſeits an ſelbſtändige, eingreifende Schritte denke. Die Politik der Krone ſollte im gegenwärtigen Zeitraum eine abwartende, mehr paſſive ſein und ich an Ew. Majeſtät Stelle würde dem nächſten Treiben der Kammer mit entſchloſſener Ruhe, wenn nicht mit Gleichgültigkeit zuſehen.

König. Ich bin in einer fürchterlichen Lage. Meine Miniſter ſind . . . ., mit Ausnahme Schwerin's, der Muth hat, und Camphauſen's, der mich anſtändig behandelt*). Für zwei mögliche Fälle habe ich mir vorgenommen zu abdiciren: einmal wenn man mich zu einem Krieg mit Rußland zwingen will, und dann, wenn man mir zumuthet die Conſtitution anzunehmen, die jetzt in Berlin ausgeheckt wird**).

---

*) Man vergleiche damit die retroſpectiven Klagen, die der König im Auguſt gegen Bunſen über daſſelbe Miniſterium führte (Leben II, S. 453): „Die Miniſter ſagten mir jedesmal den Dienſt auf, wenn ich nicht nachgab. Arnim hat mich mißhandelt. Er hat Dutzende meiner Briefe nicht beantwortet und dann das Gegentheil von dem gethan, was ich ſchrieb."

**) Wenn man erwägt, daß am 10. Juni nur noch der Regierungsentwurf der Verfaſſung vorlag, daß die Nationalverſammlung erſt am 15. Juni den Antrag auf Ernennung einer Commiſſion zur Berathung, eventuell Umarbeitung jenes Entwurfs oder Ausarbeitung eines neuen annahm — ſo gemahnt die letzte Aeußerung des Königs einigermaßen an das berühmte Dictum: „ich kenne die Gründe des Miniſteriums nicht, aber ich mißbillige ſie." Da beim König ein ſolches Vorurtheil beſtand, ſo konnte ihm natürlich Stockmar's Rath nicht gefallen, der der Annahme einer liberalen preußiſchen Verfaſſung nicht präjudicirte.

Soweit Stockmar's Aufzeichnung.

Eine Nachschrift dazu besagt: „Nachdem ich gesehen, daß der König keinen Entschluß fassen würde, machte ich mich fort und verließ Berlin am nächsten Morgen."

Kaum war Stockmar von Berlin abgereist, als sein Freund Arnim von dem Ministerium zurücktrat. Die letzten Berliner Vorgänge, der demokratische Geist der Nationalversammlung, das chaotische Treiben der Hauptstadt scheinen bestimmend auf ihn gewirkt zu haben. Er zog sich zunächst nach Neustadt-Eberswalde zurück und reichte von da seine Entlassung ein. Aus einem Brief vom 13., worin er dies Stockmar meldete, führen wir einige Stellen an, welche insofern merkwürdig sind, als sie zeigen, wie die Berliner Zustände einen so bedeutenden, allerdings phantasiereichen Mann afficirt, ja ihm imponirt hatten. Jetzt, wo wir kühl auf jene Zeit zurückblicken, müssen wir freilich alle erkennen, was man Gneist nicht glauben wollte, als er es in seinem höchst ergötzlichen Buch „Berliner Zustände" aussprach, daß nämlich revolutionäre Kraft in Berlin außerordentlich *wenig* vorhanden war und daß der König also nicht viel gewagt haben würde, wenn er Stockmar's Rath in Bezug auf Berlin befolgt hätte.

Heinrich v. Arnim an Stockmar.

Neustadt-Eberswalde, 13. Juni 1848.

. . . . Ich denke mir die Sache jetzt folgendermaßen. Der Rücktritt des Ministeriums wird klar herausstellen, daß mit dem Zustande der Ohnmacht und Anarchie jede Regierung unvereinbar ist; es wird sich also niemand, den der König annehmen *kann*, finden, um ein neues Ministerium zu bilden. Das führt natürlich zur Dictatur und Reaction, das wird jedermann klar werden. Eben deswegen werden aber die Berliner Demokraten diesem Resultate zuvorzukommen suchen, indem sie eine Schilderhebung versuchen und

die Republik proclamiren werden. Das kann für den Augenblick Erfolg haben und selbst einige Zeit dauern. Doch ist wohl an der Unterdrückung der Republik nicht zu zweifeln. Ich rechne dabei, außer den materiellen Mitteln von Potsdam, auch auf die moralischen von Frankfurt. Letztere müssen Frankreich abhalten sich in unsere Angelegenheiten zu mischen. Wer Rußland abhalten soll, weiß ich freilich nicht. . . . . In Berlin wird die Sache mit dem Avénement des Prinzen von Preußen endigen, der versöhnend auftreten und sich dadurch populär machen kann" u. s. w.

Nach Frankfurt zurückgekehrt legte Stockmar (20. Juni) seine von Berlin mitgebrachten Eindrücke in einem Briefe nieder. Es heißt darin:

„So lange Arnim im Ministerium war, hat sich Preußen besser gegen Deutschland betragen als dieses gegen jenes. Die vorzüglich vom Süden und Westen gegen Preußen ausgegangenen Schimpfereien und Hetzereien haben dieses verdrossen und die Opfer, die Regierung und Volk bereits in der schleswig-holsteinschen Sache bringen mußten, den Eifer der Vereinigung mit Deutschland abgekühlt, weshalb denn alle Preußen in den letzten Wochen wieder separatistischer und preußischer geworden sind. . . . . Der König ist gänzlich depopularisirt. Er scheint die jetzige Zeit so wenig zu begreifen wie die vor dem 18. März. In der Periode des Uebergangs von der reinen zur beschränkten Monarchie wird die Persönlichkeit des constitutionellen Monarchen ein Hauptmoment. Wird der König den ihm zugemutheten Sprung machen können, oder wird er in den Graben fallen? . . . . Was in Berlin obenauf schwimmt, ist der französische Radikalismus, der überhaupt in den Eingeweiden Deutschlands wühlt. Die Nationalversammlung erscheint mir unwissend und destructiv. . . . ."

„Wie hoch im Jahre 1848 Belgien mit seiner Verfassung und Regierung in Deutschland, Preußen und Berlin stehen würde, hätte man 1831 schwerlich errathen mögen. Daß die Minister, die Rhein-

länder sind, die belgische Constitution ihrem Verfassungsentwurf zu Grunde legten, begreift sich. Allein sie hätten nicht übersehen sollen, daß jene Verfassung deswegen, weil sie für den belgischen Boden paßt, nicht ebenso auf den preußischen anwendbar ist. Am allerwenigsten hätten sie zugeben sollen, daß man das belgische System durchlöcherte, und die Löcher mit Lappen wieder zustopfte, so daß das Ganze unhaltbar wurde..... Die Prinzessin von Preußen ist tüchtig, klar, entschieden, ergeben und begreift wohl von Allen das Außerordentliche und Eigenthümliche unserer Zeit am besten."

In Frankfurt gingen denn die Dinge nach der Manier von Wolkenkuckucksheim weiter. Die Nationalversammlung durfte sich an Ort und Stelle und gegenüber den Zuständen Südwest-Deutschlands und der kleinen Staaten Mittel-Deutschlands als eine Art von Realität empfinden, aber sie überschätzte bedeutend Kraft und Nachhaltigkeit des revolutionären Drangs in ganz Deutschland, welcher ihren Luftballon mit Gas füllte. Sie unterschätzte ebensosehr die Macht der Einzelregierungen in den Groß- und Mittelstaaten, welche von der Revolution nur vorübergehend betäubt und gelähmt waren. Sie glaubte die Verfassung für Deutschland in aller Gemüthsruhe feststetzen zu können, ohne directe Mitwirkung der Regierungen. Zunächst aber bis zur Vollendung des Verfassungswerks fühlte sie das Bedürfniß an die Stelle des Bundestags, dessen Fortdauer ihr undenkbar war, eine neue gemeinsame deutsche Executivgewalt aus eigner Machtvollkommenheit zu setzen, die ihre Executive sein, und eine provisorische vorbildliche Bürgschaft des künftigen deutschen Reichs vorstellen, zugleich ein Damm gegen die Anarchie, und eine Schranke gegen die möglichen Uebergriffe der Versammlung selbst sein sollte. Sie decretirte die „provisorische Centralgewalt", mit deren Eintritt der Bundestag ein Ende nehmen solle, und am 29. Juni that Heinrich Gagern seinen „„kühnen Griff"" oder, wie Dahlmann sagte, „kühnen Mißgriff", und der Erzherzog Johann wurde zum Reichsverweser gewählt, nachdem der Antrag des Abgeordneten

Braun aus Cöslin, der Krone Preußen die Reichsgewalt zu übertragen, mit Lachen abgewiesen worden war.

Man hatte etwas Absurdes geschaffen: eine machtlose Gewalt, die ihre reelle Kraft nur von den Regierungen der Einzelstaaten borgen konnte, welche ihr widerwillig und durch die Eigenmacht der Versammlung verletzt, gegenüberstanden. Freilich zum offenen Widerspruch hatten die Regierungen nicht den Muth. Kaum war der Erzherzog gewählt, als die Bundesversammlung einhellig beschloß, ein Schreiben an denselben zu richten, in welchem sie ihre Befriedigung über die Wahl, die Versicherung, daß sie schon vor dem Schluß der Berathungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt, ermächtigt war sich für seine Wahl zu erklären, und den Wunsch ausdrückte, daß er diese annehmen möge.

Stockmar schreibt über die Wahl des Erzherzogs am 27. Juni:

„Hätte ich in diesem Augenblick Preußen zu repräsentiren, so würde ich mich mit Anstand fügen; die Nachtheile, welche sich an diese Wahl für Preußen knüpfen können, werden nicht sowohl aus der Persönlichkeit des Gewählten, als aus den Fehlern hervorgehen, die Preußen dieser Persönlichkeit und den nächsten Ereignissen gegenüber begehen kann. Preußen muß dem Particularismus mit seiner Misère und dem Catholicismus muthig und großmüthig gegenübertreten, es muß es darauf wagen, ob man ihm seine natürlichen Rechte geben will. Auch habe ich eine Ahnung, daß gerade die Wahl eines östreichischen Prinzen durch das Specifische, was an ihr ist, Preußen eher Vortheil bringen werde. Sie muß durch ihre Folgen die Unmöglichkeit Oestreich an die Spitze Deutschlands zu stellen, nur in ein um so helleres Licht setzen."

In einem späteren Brief vom 30. Juni ruft Stockmar aus: „Was nun, da wir auf Errichtung eines Definitivums zugehen? Es wird wohl nichts als auch ein ledernes Provisorium werden. Einheit, selbst die bei uns mögliche, wollen die deutschen Narren nicht. Eine

Föderation bringt ein so großes Volk um alle Kraft, Größe, Selbständigkeit und Ehre."

Wir führen aus demselben Brief noch einen kurzen schlagenden Satz über die Grundrechte an, deren Discussion nunmehr bevorstand.

„Der vom Ausschuß vorgelegte Entwurf mischt offenbar Grundrechte und Grundsätze durcheinander."

Ein Brief Stockmar's vom 5. Juli charakterisirt die süddeutschen Zustände und die „deutsche Einigkeit."

„Die badischen Oppositionsmänner, die Erfinder und Verbreiter des deutschen Liberalismus, sind beinahe alle aus der Rotteck'schen Schule. Die Doctrinen dieser sind aber meist aus einer einseitigen, formalen, ungeschichtlichen sowie unphilosophischen Auffassung der ersten französischen Revolution hervorgegangen. Die heutigen Politiker dieses Schlags sind nichts als flache, formelle Radicale. Dazu kommt noch, daß alle die politischen Märtyrer, die die Mainzer Centralcommission in den Jahren 1831 und 1832 schuf, nach Frankreich auswanderten, 16 Jahre in der Schule des dortigen Radicalismus studirten und daß jetzt Viele von ihnen ihren Sitz in der Nationalversammlung von Frankfurt haben. So erklärt sich denn, wie in Deutschland, und zwar von Baden aus, der Republikanismus immer mehr um sich greift."

„Prinz Carl von Baiern hat heute seinen Adjutanten, v. der Mark, hierher geschickt, um folgende tröstliche Aufschlüsse zu geben. In Folge der in Baden stattfindenden, demagogisch-republikanischen Bewegung sei das ganze 8000 Mann starke bairische Armeecorps (in Baden) vollkommen desorganisirt. An Disciplin sei nicht mehr zu denken, der Gemeine parire nicht mehr und jeden Morgen gehe eine nicht unbedeutende Zahl mit Armatur, Sack und Pack über die Schweizer Grenze, um sich unter Hecker's Fahnen zu vereinigen. Dieser fahre fort Leute zu sammeln, zu exerciren, und könne es bereits auf 2500 Mann gebracht haben, worunter jetzt viele gediente

und gut bewaffnete Soldaten. Er (Prinz Carl) wünsche daher, daß man ihm erlauben möchte, das bairische Corps ganz aus Baden herauszuziehen, ehe die dort herrschende politische Epidemie dasselbe völlig aufgelöst habe. Man schlug (im Bundestag) vor, diesem Antrag zu willfahren und die bairischen Truppen durch Würtemberger ersetzen zu lassen. Dagegen erhob der würtembergische Gesandte Einspruch, damit nicht die noch etwas gesünderen Würtemberger gleicher Ansteckung ausgesetzt würden. Diese Altercation ließ ganz die alte Zeit des Reichs aus den Neunziger Jahren wieder auferstehen. Und da sprechen mir Gutgesinnte und Verständige noch immer von der Möglichkeit, daß 38 Staaten im Herzen von Europa, von Feinden umgeben, in einem Verbande fortbestehen können, der nur etwas fester gemacht werden müsse als der bisherige Bund, welcher in Wahrheit gar keiner war! Wenn mir mein zweimonatliches Sitzen in der Bundesversammlung auch gar nichts genutzt hat, so hat es mich doch überzeugt, daß zwischen allen Mitgliedern nichts bestand als Mißtrauen, Haß, Neid, Verkleinerungssucht und Schadenfreude. Helfen wollte keiner dem Andern, aber dazu waren Alle bereit, sich unter einander zu schaden."

Dieser Gedankenreihe schließt sich eine Stelle aus einem Briefe vom 11. Juli natürlich an:

„Seit 40 Jahren ist es mir zum Axiom geworden, daß die deutschen Regierungen entweder im eignen Interesse eine starke Centralgewalt schaffen müssen oder der Anarchie verfallen würden. Die Unmöglichkeit, daß in gewissen Zeiten kleine Souveräne durch eigene Macht den ersten Staatszweck, Schutz des Eigenthums und der Person, würden erfüllen können, wurde durch den langen Friedenszustand den Augen der Menge verborgen. Auch ging gerade aus der Getheiltheit, die uns so schwach machte, den Regierungen ein falscher Glaube an ihre Stärke und Sicherheit ihren Unterthanen gegenüber hervor. Sie meinten, Revolutionen könnten nur in einzelnen Staaten auf einmal entstehen, dann könne der ruhige und unversehrte

Nachbar helfen. Jetzt sehen wir aber, daß keiner dem Andern helfen kann."

Am 12. Juli langte der erwählte Reichsverweser in Frankfurt an. Der Bundestag beschloß den Reichsverweser durch eine Deputation einladen zu lassen in seiner Mitte zu erscheinen, „um die Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen, welche der Bundesversammlung zugestanden haben, und nunmehr Namens der deutschen Regierungen auf die provisorische Centralgewalt zu übertragen, beziehungsweise in die Hände Sr. Kaiserlichen Hoheit, als Verweser des deutschen Reiches, zu legen sein werden, mit der von der Bundesversammlung als Organ dieser Regierungen gleichzeitig abzugebenden Zusicherung entgegenzunehmen, daß dieselben der Centralgewalt ihre Mitwirkung zu allen Verfügungen, welche Deutschlands Macht im Innern wie nach Außen begründen und befestigen sollen, freudig bieten werden." —

In diese letzte Bundestagssitzung, aber vor den Act der feierlichen Uebergabe muß eine merkwürdige Kundgebung Stockmar's fallen, von der wir nur nach den uns freundlich mitgetheilten Erinnerungen des Grafen Usedom zu berichten vermögen, der übrigens in jener Sitzung vor der feierlichen Uebergabe selbst nicht zugegen war und sich auf das Zeugniß des verstorbenen Bürgermeisters Smidt beruft.

Stockmar hatte sich im Bundestag fast völlig schweigend verhalten. Nach dem Beschluß der Uebergabe der Gewalt und der Selbstauflösung nahm er, zur äußersten Ueberraschung sämmtlicher Gesandten, mit großer Bestimmtheit das Wort: „es sei jetzt nach Auflösung des Bundestags die Zeit gekommen, wo die Particularregierungen, insbesondere die kleinen, sich als unmöglich und überflüssig erkennen und selbst zu Gunsten eines großen Ganzen aufgeben müßten — dies sei ein letzter patriotischer Act, mit dem allein sie würdig schließen könnten." Wir geben diese Worte, wie sie uns berichtet sind. Wir möchten annehmen, daß Stockmar, der an seinem

Plan vom Mai festhielt, dabei Preußens und seines deutschen Berufs besonders erwähnt habe.

Originell war es gewiß, daß Stockmar sich gerade die letzte Bundestagssitzung zu einem solchen Ausbruch seiner unitarischen Gesinnungen ersah.

Nach der Auflösung des Bundestags und dem Eintritt der Centralgewalt ernannten die deutschen Regierungen Bevollmächtigte bei dieser. Stockmar hatte aber keinen Wunsch, die fernere Vertretung Coburgs zu übernehmen.

Noch in anderer Weise trat die Möglichkeit einer neuen officiellen Thätigkeit an ihn heran. Er wurde sondirt, ob er das Reichsministerium des Aeußern zu übernehmen geneigt sei. Am 5. Juli schreibt er: „Wer im 60. Jahr, mit Gicht in den Eingeweiden, noch den Krankenwärterdienst bei der am ansteckenden Fieber darniederliegenden Germania übernehmen wollte, müßte rein toll sein.“ Seine physische Unfähigkeit viel zu schreiben machte ihn auch unfähig jenes Amt zu übernehmen. Am 11. Juli meldet er in einem Brief, er habe das Ministerium auf das bestimmteste abgelehnt, jedoch sich erboten für den Fall, daß Deutschland vorübergehend eines Agenten zu Verhandlungen über seine nachbarlichen, völkerrechtlichen Verhältnisse mit Belgien bedürfen sollte, sich dieser Aufgabe zu unterziehen.

So wenig aber Stockmar sich im Stande glaubte, das Ministerium des Aeußern zu übernehmen, so erfreulich mußten ihm die Aeußerungen sein, die das Gerücht, er werde sich dazu bewegen lassen, von verschiedenen Seiten hervorrief. Die „Deutsche Zeitung“ brachte am 9. Juli einen Leitartikel (wahrscheinlich von Gervinus selbst), welcher den in Deutschland dem Publikum kaum bekannten Mann eigentlich zuerst den weitern Kreisen vorführte. Er erörtert die Frage, wie der Posten des Reichsministers des Auswärtigen zu besetzen sei. „Wir wissen nur Einen Mann,“ sagt er, „der dieser Stelle gewachsen ist: von Stockmar. Er ist der vertraute und bewährte Rathgeber des Königs Leopold, diese eine Empfehlung mag

uns genügen. Er ist aus bürgerlichem Stande, aus einer ärztlichen Thätigkeit in die politische und diplomatische Stellung herübergetreten und hat den einfachsten und schlichtesten Sinn bewahrt, Kopf und Herz auf dem rechten Fleck behalten; er ist in alle großen europäischen Verhältnisse der Cabinette und Staaten eingeweiht, mit dem englischen Staatswesen aus langer nächsten Kenntnißnahme innig vertraut, mit den englischen Staatsmännern, mit einer Reihe von Fürsten persönlich bekannt, von Allen geachtet, von Vielen zu Rathe gezogen, bei Vielen beliebt; nur bei Louis Philipp und in Rußland war er es nicht, auch das mag ihn uns empfehlen."

Und Bunsen sagte in einem Brief vom 15. Juli (Leben II, S. 426): „Daß mir der Artikel der „Deutschen Zeitung" über Sie aus dem Herzen geschrieben, wissen Sie. Gott gebe, daß Sie in sich den Muth gefühlt ein so großes und hohes Anerbieten anzunehmen! Ich höre von verschiedenen Seiten, daß Sie der entschiedene Candidat für das deutsche Ministerium des Auswärtigen sind. Sie hätten die großen Augen sehen sollen, welche Lord Palmerston machte, als ich ihm heute Morgen die Nachricht als diplomatisches Gespräch mittheilte. „Who is Stockmar?" fragte er. — „Why, who, but Baron Stockmar whom you know very well." — „Baron Stockmar! Well that would be a happy choice indeed! He is one of the best political heads I ever met with" *).

Am 14. Juli hatte der Erzherzog sein erstes Ministerium gebildet. Am 17. prophezeit Stockmar in dem bereits citirten Briefe: „Der erste Act unseres Dramas ist geschlossen, im zweiten wird nun das Zerwürfniß zwischen den Regierungen und der National-

*) „Wer ist Stockmar?" fragte er. „Nun, wer anders als Baron Stockmar, den Sie sehr gut kennen." — „Baron Stockmar! Ja, das würde in der That eine glückliche Wahl sein! Er ist einer der besten politischen Köpfe, die mir je begegnet sind." —

verſammlung aufgeführt werden. Dieſer Act wird in jeder Weiſe ein kriegeriſcher werden."

Stockmar knüpfte daran ſehr ernſte Beſorgniſſe. Er befürchtete, daß es der durch den Kampf mit den Regierungen in den Stand der Nothwehr verſetzten Nationalverſammlung leicht werden würde die Einzelſtaaten zu revolutioniren und die Regierungen aus den Angeln zu heben. Die ſüddeutſche, die Frankfurter Atmoſphäre erklärt es, daß Stockmar, wie ſo viele Andere, die Macht und Widerſtandsfähigkeit des Beſtehenden unter-, den revolutionären Drang Deutſchlands überſchätzte.

Zu gleicher Zeit hatte er ſich nach ſolchen Seiten hin, von wo er ſeit Jahren mit Vertrauen beehrt war, wegen ſeiner entſchieden preußiſchen Geſinnung zu vertheidigen. In dem mehr erwähnten Brief vom 17. Juli heißt es:

„Die Zeit iſt gekommen mich hierüber zu erklären. Ich habe, wie ſchon früher geſagt, feſt an die Gefahr eines Umſturzes der Dinge in Deutſchland geglaubt, und es war mir beinahe zur fixen Idee geworden dieſen Umſturz durch eine geſunde Politik Preußens zu verhindern."

„Worte après coup haben keinen Werth. Aber ich kann mich auf ein im Jahre 1846 zur Zeit der Krakauer Geſchichte geſchriebenes Memoire*) berufen, was meine ganze Anſicht ins Licht ſtellt, und damals an den König von Preußen gelangte. Es legt die Fehler der preußiſchen Politik offen dar und ſagt die Folgen mit einer Sicherheit voraus, die man jetzt prophetiſch nennen würde. Ich habe das Débacle vorausgeſehen, die nächſte Urſache des herannahenden Sturmes in der fehlerhaften Politik der drei nordiſchen Mächte, vorzüglich Preußens, ſowie der Louis Philipp's erkennend. Ich habe ſeit Jahren Alles, was mir auf meinem untergeordneten Standpunkt möglich war, aufgeboten, um noch zu rechter Zeit Preu-

*) Daſſelbe iſt leider nicht vorhanden.

ßen die Augen zu öffnen und durch Preußen mein unglückliches Vaterland zu retten. Diese fruchtlosen Versuche setzte ich noch im Sommer 1847, im Herbst desselben Jahres, ja bis in den März 1848 ohne allen Erfolg fort*). Da ich nun natürlicherweise in meiner deutschen Politik nichts wollen konnte, was Preußen hätte schädlich sein können, so nahmen mich alle, die Preußen feindlich sind, für einen eingefleischten Preußenfreund, während ich doch nur preußisch gesinnt bin, weil ich deutsch bin und das Wohl Deutschlands von dem Preußens nicht zu trennen verstehe."

Zu Ende des Juli und bis Mitte August schien sich noch einmal eine Hoffnung aufzuthun, daß Preußen sich der Leitung der deutschen Neugestaltung bemeistern werde. Wir vermögen hier nur die Thatsachen, die „Bunsen's Leben" in den dort mitgetheilten Correspondenzen und Tagebuchblättern auseinander breitet, enger zusammen zu rücken.

Bunsen wurde am 25. Juli nach Berlin berufen, weil sich der Minister mit ihm über mehrere wichtige Punkte der preußischen Politik zu besprechen wünsche. Von verschiedenen Seiten war die Nachricht an ihn gelangt, daß man sowohl in Berlin als in Frankfurt daran denke ihn zum Reichsminister des Auswärtigen zu machen. Ein Artikel der Times brachte, mit der Anzeige der Abreise Bunsen's, bereits die Kunde von seiner wahrscheinlichen Bestimmung und widmete ihm im Voraus einen eventuellen Nachruf. Stockmar hatte sich über Bunsen gegen den Reichsminister Schmerling ausgesprochen, und Jenen dringend auffordern lassen, die Stelle anzunehmen. „Als ich in Cöln ausstieg," schreibt Bunsen, „sah ich Georg" (seinen Sohn). „Er brachte mir eine Botschaft von dem alten Orakel" (Stockmar) „„Nehmen Sie an! Ich habe erklärt, daß ich die Präsidentschaft annehmen will, wenn Sie das Ministerium der auswär-

*) Wir bedauern darüber kein Material zu besitzen.

tigen Angelegenheiten übernehmen wollen.““ „Selten hat mich das Vertrauen eines Freundes so gerührt und ergriffen. Ein ehrenvolles, freudiges Wirken für die Neugestaltung des geliebten Vaterlands stand in Aussicht: der Mann, den ich als einen der ersten Staatsmänner Europa's ehrte und als Freund innig liebte, zeigte mir das höchste Vertrauen, indem er zugleich mir selbst ein höheres Vertrauen zu meinen Kräften in meiner Seele erweckte. Ich sah in seiner Bereitwilligkeit die schönste Gewähr des Gelingens des großen Werkes, und gab mich der Hoffnung, es werden die Verschiedenheiten der Ansicht über einige wesentliche Punkte der künftigen Reichsverfassung sich bei gemeinsamem Besprechen und Wirken bald verlieren, um so eher hin, als er ja Preußen als dem künftigen (nach ihm erblichen) Reichsoberhaupte mehr geben wollte, als ich für möglich, und deshalb räthlich hielt. Meine Stellung zu Preußen konnte also durch eine politische Verbindung mit Stockmar nicht benachtheiligt werden; außerdem verband uns das seelige Band jener Freundschaft, welche aus Achtung und Vertrauen entspringt, und sich dadurch ewig fühlt und unzerstörbar, daß sie sich bewußt ist nichts Persönliches zu wollen, sondern in der Liebe zu Wahrheit, Recht und Freiheit zu wurzeln.“

Unser Material ergiebt über die hier von Bunsen berichteten Aeußerungen und eventuellen Entschlüsse Stockmar's gar nichts. Auf den ersten Blick kann es überraschen, daß Stockmar zu Anfang und Mitte Juli das Ministerium des Aeußeren so entschieden abgelehnt, Ende Juli sich bedingungsweise zur Uebernahme der Präsidentschaft des Ministeriums bereit erklärt habe. Bei näherer Erwägung kann man jedoch nicht verkennen, daß die Verlockung zur Annahme unter den zu Ende des Monats sich darbietenden Bedingungen eine viel stärkere war. Denn erstens, wenn Bunsen Minister des Auswärtigen wurde, so konnte darin, bei dem Verhältniß, in dem er zu seinem Könige stand, eine Gewähr erkannt werden, daß Preußen nunmehr Frankfurt eine active, fruchtbare Mitwirkung leihen wolle.

Zweitens war der Posten des Ministerpräsidenten auch, vermöge der geringeren daran geknüpften Last der Detailarbeit, der für Stockmar angemessenere.

Als aber Bunsen in Berlin ankam, fand sich, daß weder von Frankfurt aus ein Antrag seinetwegen gemacht war, noch in Berlin die Geneigtheit für seine Ernennung bestand. Bunsen erlangte vielmehr die Ueberzeugung, daß man ihm persönlich, als zu deutsch gesinnt, mißtraute, ihn bekehren oder beseitigen wollte.

Er kam in Berlin gerade in die Aufregung des Conflicts mit Frankfurt hinein. Schon die Wahl des Reichsverwesers hatte Preußen verstimmt und nun muthete ihm die improvisirte, in der Luft schwebende Centralgewalt zu, sein Heer ihr unterzuordnen, seine auswärtige Vertretung zu ihren Gunsten aufzugeben. Am 6. August, so verfügte der Reichskriegsminister unter dem 16. Juli, sollten die sämmtlichen preußischen Truppen, wie die der anderen deutschen Staaten, in Parade ausrücken um dem Reichsverweser Johann durch ein dreimaliges Lebehoch zu huldigen und von diesem Tage an die deutschen Farben anlegen. Die Reaction des specifisch preußischen Wesens war äußerst stark. Bunsen empfand sich bald unter dem Druck der Berliner Luft, der preußischen Realitäten und schon am 3. August schreibt er an den Minister Auerswald, daß, da die öffentlichen Blätter von jenem Antrag an ihn sprächen, er, bei dem jetzigen Conflict zwischen Berlin und Frankfurt, nicht daran denken könne sein Schicksal von dem Preußens zu trennen, wenn überhaupt je von einem solchen Antrag an ihn die Rede sein sollte.

In Veranlassung dieses Entschlusses wurden dann zwischen ihm und Stockmar einige Briefe gewechselt, die auszugsweise in dem „Leben Bunsen's" mitgetheilt sind und die Punkte, um die es sich damals zwischen Frankfurt und Berlin handelte, prägnant bezeichnen.

Stockmar befand sich unter der Einwirkung des Frankfurter Dunstkreises. Der dortige Machtwahn, der Glaube Deutschlands Geschicke von dort selbständig und beliebig dictiren zu können, ver-

mochte ihn natürlich nicht zu berauschen, er wußte wohl, daß der wahre Schwerpunkt nicht dort lag, ihm war und blieb es Grundaxiom; daß die natürliche, allein heilbringende Politik in der Verständigung zwischen Frankfurt und Berlin liege, daß die Frankfurter Bestrebungen ohne Preußens actives Eingreifen zu nichts Haltbarem und Gedeihlichem führen könnten, daß Preußen der Führer und Kern des neuen Deutschlands sein müsse. Aber die süddeutsche Atmosphäre spiegelte ihm eine größere revolutionäre Kraft vor, ließ ihm Preußen von der revolutionären Krankheit tiefer ergriffen erscheinen und machte ihn unheilvollere Folgen von einem Conflict mit Frankfurt befürchten, als der Erfolg bewahrheitet hat. Ihm schien deshalb ein Entgegenkommen und Nachgeben Berlins gegen Frankfurt dringender geboten als man es in Preußen empfand.

Bunsen anderseits fühlte auf seinem Standpunkt das lebendige Leben Preußens, in ihn ging etwas von dem preußischen Gefühl über, daß Preußen die deutsche Einheitsbewegung unbeschadet der eignen Existenz an sich ablaufen lassen könne, wie Wasser vom Fels abläuft.

Von Frankfurt war, wie es scheint, der Vorschlag in Berlin gemacht, Preußen solle im Reichsministerium die Stellen des Präsidenten, des Minister des Auswärtigen und des Kriegs nach seiner Wahl besetzen. Dafür erwartete man von ihm, daß es sein Heer der Centralgewalt unterordne, auf seine auswärtige Vertretung zu deren Gunsten verzichte.

Bunsen erschienen diese Erwartungen vom preußischen Standpunkt ganz unerfüllbar. „Nur das Aufstellen Preußens, wie es ist, leibt und lebt, als der Kern für das Heer und die Vertretung, schreibt er an Stockmar, könnte Frankfurt vor dem Abgrund retten und dafür hat weder Herr v. Schmerling .... noch sonst jemand hier (in Berlin) auch nur die ersten Schritte gethan. Ich kann mich nie zu der Weisheit bekennen, welche einen gesunden Organismus auflöst und zerstört um ihn zu verbessern. Ich liebe keine

Medeakuren. Kein Staatsmann, am wenigsten Sie, können erwartet haben, daß Preußen sein einziges, durch und durch als lebendiger Organismus in der Nation dastehendes Heer der Auflösung preisgeben werde, auf die Garantie eines Kriegsministers hin, weil er ein preußischer General ist, oder auf die, eines von Preußen zu besetzenden Präsidiums und Ministeriums des Auswärtigen, welches nach 8 Tagen gestürzt sein kann .... oder endlich einer Mehrheit im Parlament, welche „kühne Griffe" liebt, oder geschehen läßt! Nein! das geht nicht. Ihr Alle dort verlangt, daß Preußen anders gestellt werden solle, als das übrige Deutschland — und doch behandelt ihr es, als stände es auf gleicher Linie mit Hannover und Sachsen, um nicht zu sagen mit Schleiz-Greiz-Lobenstein. Wenn das Verlöbniß fest steht, so behandelt auch den erkorenen Bräutigam anders als die übrigen Freier. Die Braut kann sich der Ehre dessen vertrauen, dem sie eigen sein will; aber sie muß ihre Ehre nicht dadurch sichern wollen, daß sie ihn entmannt. ... Wer Preußen an die Spitze Deutschlands stellen will, der handle jetzt danach, und spreche es aus. Preußen verlangt weniger als Ihr Reichsterroristen (denn das ist Euer Name) ihm geben wollt; allein es will sich nicht mit gebundenen Händen und Füßen in den Zauberkessel werfen lassen, und selbst nicht, wenn Heinrich von Gagern die Medea wäre" *).

Aus den a. a. O. mitgetheilten Bruchstücken der Briefe Stockmar's erhellt nicht in wie weit und in welcher Weise derselbe die Frankfurter Gedanken in Betreff des Heers und der Vertretung verfochten habe. Ohne uns zu tief in das Für und Wider über eine Frage einzulassen, die einer überhaupt zunächst unfruchtbar gebliebenen Entwicklungsphase angehört, möchten wir glauben, daß Preußen, wenn es die ihm gebotenen drei Reichsministerien angenommen hätte, eine solide Handhabe zur Leitung der Frankfurter Dinge besessen haben würde, und daß die Gefahr einer Medeakur unterworfen zu

*) A. a. O. S. 456. 457. 459.

werden nicht groß gewesen wäre. Jedenfalls trifft Stockmar in seinen Entgegnungen den schließlich entscheidenden Punkt, daß es nämlich am Ende weniger darauf ankam, was Frankfurt an Preußen gewähren oder nicht gewähren, als darauf was Preußen mit klarer Entschiedenheit und thatkräftigem Entschluß sich aneignen wollte. In Preußen fehlte aber ebensowohl die Klarheit des Gedankens als der entschiedene Wille. In diesem Sinn antwortet Stockmar:

„Sie sagen, Preußen verlangt weniger als Ihr ihm geben wollt! Ich antworte: wenn Preußen wüßte was und wie viel es wollte, so hätten wir ihm schon längst gegeben was noth thut. Daß es kein einziger deutscher Fürst, keine Regierung aufrichtig mit Preußen meine, kann ich aus Erfahrung bestätigen. Aber Preußen meint es nicht einmal aufrichtig und ehrlich mit sich selbst .... Ihr klagt, daß wir Euch mit Sachsen, Hannover u. s. w. auf gleiche Linie stellen; hattet Ihr Baiern, Sachsen, Hannover gegenüber, je den Muth oder den Willen Euch auf eine höhere zu stellen? Nein! Ihr habt Euch selbst klein gemacht." A. a. O. S. 461.

Bunsen mußte diese Einwendungen im Grunde als richtig anerkennen. Hatte er doch selbst, kurz zuvor, an den Minister von Auerswald geschrieben, Preußen müsse die Stellung der leitenden Macht in Deutschland „ergreifen, nicht unthätig bleiben bei der Bildung der Reichsgewalt und der Besetzung der vom Reich abhängigen Stellen, noch auch abwarten, was man in Frankfurt etwa thue" *). Es handelte sich eben nicht darum, ob Frankfurt Preußen an die Spitze Deutschlands stellen, sondern darum ob Preußen diese Stellung ergreifen wolle. — Und Bunsen selbst verkannte nicht, daß „keine Rettung für Deutschland ohne Preußen, keine für Preußen anders als mit und in Deutschland," sowie, daß die einflußreichen Männer in Frankfurt, (wie auch der Erfolg gezeigt hat),

*) A. a. O. S. 461.

ehrlich in dem Gedanken waren bei der definitiven Gestaltung Deutschlands Preußen die Centralgewalt zu übertragen*).

So waren denn die beiden Freunde eigentlich in den Hauptsachen nicht weit auseinander. Dies zeigte sich auch bei der zwischen denselben verabredeten Zusammenkunft in Cöln (14. August), wohin Bunsen dem Könige zur Dombaufeier und festlichen Zusammenkunft mit dem Erzherzog Reichsverweser folgte.

„Montag früh, erzählt Bunsen, erschienen Arnim und Stockmar, zufällig beide gleichzeitig. Es war eine peinliche Scene. Arnim begann**) gleichsam einen Anklageact oder eine Klage gegen und über mich. Ich suchte ihn zu überzeugen, daß Frankfurt unpraktisch gehandelt und Unbilliges gefordert hätte und daß man Preußen wirklich Garantien bieten müsse. Stockmar schwieg. Endlich begann er zu sprechen: „er begreife, daß man verschiedener Ansicht sein könne über den Weg, welchen man zu gehen habe, in Berlin und in Frankfurt; aber es gebe keine Rettung für Preußen als durch Deutschland und der günstige Augenblick sei wahrscheinlich vorbei. Wir wurden unterbrochen."

Der kurze Bericht ist charakteristisch für Stockmar's Art und Weise: für seine Abneigung gegen das Wortgefecht, das kein praktisches Resultat versprach, seine Objectivität und Billigkeit, aber auch für eine gewisse ihm eigenthümliche Schwarzsichtigkeit.

An demselben Tage richtete der König an die zu seiner Begrüßung gesandte Deputation der Reichsversammlung die berühmten Worte: „Vergessen Sie nicht, daß es Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich einer derselben bin." A. a. O. S. 465.

Vom nächsten Tage berichtet Bunsen:

„Stockmar kam zu mir als alles vorbei war. Er kündigte mir

*) A. a. O. S. 455. 463.

**) Arnim war in der Frage zwischen Berlin und Frankfurt entschieden auf dem Frankfurter Standpunkt. Siehe seinen Brief an Bunsen vom 6. August a. a. O. S. 460.

an, daß er zu König Leopold ohne Verzug reisen müsse und deshalb des Königs Einladung nach Brühl nicht annehmen könne.

Wir besprachen nun ernst, ob wir nicht zu einem praktischen Einverständniß kommen könnten; er sagte mir seine Punkte; ich dictirte dann Georg das Programm in seiner Gegenwart, er genehmigte es mit den Worten:

„Kein Wort mehr, und keins weniger!" So schieden wir. Stockmar reiste den Abend noch nach Brüssel ab."

In dem Programm hieß es:

„Es wird wahrscheinlich sehr bald die Frage an den König treten, ob er sich mit Preußen an die Spitze Deutschlands stellen will oder nicht; und zwar so, daß er darauf mit Ja oder Nein zu antworten hat."

„Der König sollte unbedenklich Ja sagen und hierbei insbesondere drei Punkte ins Auge fassen:

„1. Nur wenn der König sich an die Spitze Deutschlands stellt, kann dadurch das Loos der Fürsten ein ehrenvolles und haltbares werden."

„2. Oestreich selbst wird durch eine solche Entscheidung in seiner Krise eine Stütze finden. Sei es, daß Oestreich sich als ein Gesammtstaat gestalten wird, sei es, daß es die deutschen Erblande mit Böhmen von diesem Gesammtstaat ablösen, und diese in Deutschland aufgehen lassen will, in keinem Fall kann es Deutschland regieren, vielmehr bedarf es der Hülfe und Stütze Deutschlands, um die fremdartigen Einflüsse in seinem Innern zu bewältigen."

„3. Der König kommt durch diese Wendung der Dinge am natürlichsten und glücklichsten aus den Verlegenheiten, welche eine unfähige preußische Constituante ihm verursacht. Die Verfassung Preußens, als der unmittelbaren Reichslande, und die Reichsverfassung bietet gerade diejenigen großartigeren Elemente dar, welche der König für sein Oberhaus wünscht."

„Es ist wünschenswerth, daß schon während der provisorischen

Regierung Anträge Seitens Frankfurt erfolgen, wodurch die Organisation des Heeres und die auswärtige Vertretung als im Auftrage der Centralgewalt in Preußens Hände gelegt werden."

Bunsen erzählt dann weiter a. a. O. S. 468, daß er am folgenden Morgen es durchsetzte dem König Stockmar's und sein Programm vorzutragen und aufs Ernsteste und Eindringlichste zu empfehlen. „Er hatte nichts Stichhaltiges dagegen einzuwenden, als daß man in Frankfurt nicht darauf eingehen werde, und so war es mir klar, daß ich es mit ihm würde durchgesetzt haben, wäre ich sein Ministerpräsident gewesen. Der König steckte das Blatt ein und versprach den Inhalt zu beherzigen, wenn die Zeit kommen sollte." Zur Ergänzung dient, was Bunsen a. a. O. S. 471 an Stockmar schrieb:

„Ich habe die vier Punkte vorgelesen und offen erläutert. Natürlich fand sich mancher Widerspruch. Zuletzt kam aber alles auf den Punkt zurück, „„Anträge von der Nationalversammlung in dem Sinn der Vorschläge wegen Vertretung und Heer während der Regentschaft, müßten von den Fürsten unterstützt kommen, um mit Ehre und gutem Gewissen angenommen werden zu können."" — Ich fragte, ob der König dabei an einer Form hänge? ob collectiv? ob einzeln? Er sagte, daran liege nichts. Aber er könne eine Usurpation, gegen die er protestire, soweit Preußen betheiligt sei, nicht gut heißen, da sie gegen die anderen laufe."

Bunsen hatte in Cöln mit den hervorragenden Männern der Frankfurter Versammlung gesprochen, und die Ueberzeugung gewonnen, daß trotz allen guten Willens derselben die Verständigung mit ihnen doch ihre Schwierigkeiten haben würde.

„Es will Keinem in den Kopf," schreibt er in demselben Brief, „Preußen Heer und Vertretung zu übergeben, was ich offen von ihnen gefordert. Sie sind Alle trunken von ihrem eigenen, persönlichen und collectiven Souveränetätsschwindel. Sie werden also ebenso gewiß jetzt mit dem Kopf an die Wand rennen, in ihrem Schatten-

vertretungssystem, als in ihrem ohnmächtigen Versuch Preußen in seinen Heeresangelegenheiten zu befehlen, statt seine Dienste in Anspruch zu nehmen, als Bevollmächtigten des Reichs."

Jenes von Bunsen und Stockmar entworfene Programm der deutschen Politik blieb natürlich in der Tasche des Königs stecken und die Zeit es zu beherzigen kam nie.

Alles dies machte indeß Bunsen nicht in den Ansichten wankend, die er in Briefen vom 19. August an den König und an Graf Bülow aussprach. A. a. O. S. 473.

„Die Macht der Zeit liegt in dem Streben Deutschlands zur Einheit. Von ihm hängt Leben und Tod ab. Frankfurt ist noch im Rausche, allein seine Führer meinen es mit Euer Majestät und Preußen ehrlich. Sie wollen Preußen an die Spitze Deutschlands stellen, wissen aber selbst noch nicht wie..... Um Gotteswillen keinen Bruch mit Frankfurt. Tausendmal besser doch kommen wir mit den Leuten dort fort."

Stockmar kehrte von seinem Ausflug gen Cöln und Brüssel etwas ingrimmig über die deutschen Dinge nach Frankfurt zurück. Von da schreibt er am 25. August:

„Ich fürchte daß wir durch eine harte Schule gehen müssen und daß diese Prüfungszeit eine sehr lange sein werde. Um die Lehren der Geschichte einsehen und befolgen zu können, um die Aussprüche der wenigen weisen Männer, die gegenwärtig unter uns leben, hören, verstehen und befolgen zu können, dazu fehlt es in ganz Deutschland an der gehörigen politischen Intelligenz und an ächtem vaterländischen Sinn. Die wahren Patrioten wollen Einheit, ohne die Ordnung und Ruhe im Innern nicht möglich, ohne die Selbständigkeit und Kraft nach außen bloße leere Namen bleiben. Ihnen gegenüber stehen die Dynastien, die Büreaukraten und Millionen von Spießbürgern, die nichts können und nichts wollen als Wiederherstellung des Alten, des eben zu Grunde gegangenen, also gerade dessen was seine Unhaltbarkeit in den letzten vier Monaten bewiesen

hat. In dieser chaotischen Verwirrung und Gährung, deren Produkt niemand vorhersehen kann, erscheint mir nur eins gewiß und gegenständlich erkennbar: nämlich, daß die Majorität des deutschen Volks auf das entschiedenste demokratischer Gesinnung geworden ist, eine Gesinnung, die sich erhalten wird, was auch der endliche Ausgang unserer jetzigen Zustände sein mag." —

In Frankfurt setzte Stockmar das Leben der letzten Monate fort. Der Tag verging ihm meist in politischen Unterredungen. Den Gesinnungsgenossen sowie vielen Politikern von anderer Farbe war es anregend und belehrend ihre Gedanken mit dem erfahrenen, unter Bekannten humoristisch und lebhaft mittheilsamen Mann auszutauschen; manche kamen um ihn auszuhorchen. Die Consequenz und Entschiedenheit, mit der er seine Ansichten über die Constituirung Deutschlands unter Preußen ohne Oestreich predigte, gab ihm eine Art von propagandistischer Wirksamkeit, obschon er die Zuhörer nicht aufsuchte, sondern sich von ihnen suchen ließ. Er verkehrte häufig mit den Parlamentsmitgliedern der Gagern'schen Partei, zuvörderst Heinrich und Max Gagern selbst, den beiden Beseler, Dahlmann, Gervinus, Matthy, Simson, dem befreundeten Coburger Landsmann Briegleb u. A.; unter den Oestreichern verstand er sich gut mit Andrian; mit dem Bürgermeister Smidt dauerten die alten freundschaftlichen Beziehungen fort; Heinrich Arnim kam häufig von Soden herüber, wo er sich seiner Gesundheit wegen aufhielt; zu den jüngeren vertrauten Freunden, die Stockmar in Frankfurt erwarb, gehörte Franz von Roggenbach, den er väterlich liebte und der ihm stets treu zugethan blieb. Unter den Diplomaten hatte er ein näheres Verhältniß zu dem englischen Gesandten bei der Centralgewalt, Lord Cowley, der für deutsches Wesen empfänglich war. Stockmar's Einwirkung mag dazu beigetragen haben, ihn für die Idee einer Neugestaltung Deutschlands unter Preußen zu gewinnen.

Von ganz besonderer Art war der Verkehr, den Stockmar mit dem ehemaligen badischen Minister und Bundestagsgesandten Blit-

tersdorf unterhielt. Daß der frühere energische Vorkämpfer der Metternich'schen Politik und der bundestaglichen Reaction sich mit dem entschieden liberalen Stockmar zusammenfand, war eine eigenthümliche Fügung der Umstände. Stockmar war freilich durchaus nicht engherzig. Er fand in dem Umgang mit Männern von Geist und Verstand einer jeden nicht einfach utopischen politischen Richtung Genuß und Behagen. Für Blittersdorf seinerseits hatte Stockmar die Anziehungskraft, welche für Männer, die in den Geschäften waren, diejenigen stets besitzen, die den maaßgebenden Kreisen irgendwie nahe stehen. Ueberdies befand sich Blittersdorf in einer Phase der politischen Entwicklung, die ihn Stockmar nahe brachte. Blittersdorf hatte die Leidenschaft der großen Politik und die deutsche Einheitsbewegung, der er mehr wuchtige Kraft zutraute als sie nachmals bewährte, hatte ihn in diesem Sinn fortgerissen. Er sah die Möglichkeit einer großen nationalen Neuschöpfung und ging eine Zeitlang als entschiedener Centralist und Unionist in preußenfreundlicher Richtung lebhaft in die Frankfurter Ideen ein. Hier berührten sich denn seine Interessen mit denen Stockmar's. Blittersdorf's unendlicher Thätigkeitstrieb suchte sich Luft zu machen und so entstanden die stark unionistischen ≡ Artikel der Ober-Post-Amts-Zeitung, in denen die Omnipotenzansprüche der provisorischen Reichsgewalt und der Nationalversammlung energisch vertreten wurden. Es sind manche Gerüchte über eine Betheiligung Stockmar's an diesen Artikeln in die Oeffentlichkeit gedrungen. So sprach Bunsen in einem Briefe an Stockmar davon, wie dieser in der Ober-Post-Amts-Zeitung mit seiner „Keulenfeder" um sich schlage. So viel ist gewiß, daß Blittersdorf viele dieser Artikel Stockmar vor dem Abdruck mitgetheilt, den Inhalt mit ihm besprochen, sie seiner Kritik unterzogen hat. In Stockmar's Papieren finden sich verschiedene Entwürfe (allerdings aber von Zeitungsartikeln die nicht abgedruckt worden zu sein scheinen) von Blittersdorf's Hand mit Correcturen in Stockmar's Schrift. Ohne weitere thatsächliche Anhalte zu besitzen, glauben wir, daß kein

einziger jener Dreistrich-Artikel, die damals viel Aufsehen machten, der Form nach ganz oder vorzugsweise auf Stockmar zurückzuführen sei und daß, was den Inhalt anbetrifft, auch nur seine vorgängige Kenntnißnahme und Kritik, nicht seine durchgängige Billigung des schließlich zum Druck Gelangten anzunehmen ist. Die Dreistrich-Artikel gingen übrigens fort, lange nachdem Stockmar's Aufenthalt in Frankfurt und demzufolge sein Verkehr mit Blittersdorf aufgehört hatte.

Von Ende August ab trat in Frankfurt die schleswig-holsteinische Frage in den Vordergrund. Am 26. August hatte Preußen mit Dänemark den Waffenstillstand von Malmoe abgeschlossen, welcher weder den hochgespannten nationalen Ansprüchen und Forderungen, noch den Bedingungen der von der Centralgewalt Preußen ertheilten Vollmacht entsprach. Die Nationalversammlung beschloß auf Dahlmann's Antrag die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstands ergriffenen Maßregeln. Das Reichsministerium gab seine Entlassung. Dahlmann versuchte vergeblich ein neues zu bilden, auch Stockmar schlug das Ministerium des Auswärtigen aus. Die Nationalversammlung hatte den ersten Zusammenstoß mit der rauhen Wirklichkeit zu bestehen, in dem sie nicht Sieger sein konnte. Die Majorität durfte den Conflict mit Preußen ohnehin nicht wünschen und wie wollte sie den Kampf mit Dänemark, noch dazu wider die übereinstimmende Feindseligkeit aller auswärtigen Mächte, ohne Preußen fortführen? Worauf konnte sie sich stützen als auf die revolutionäre Demokratie, deren Bund sie verabscheute und die, wie die Agitation in der Umgegend von Frankfurt bewies, nur auf die Gelegenheit zu einem Ausbruch lauerte? So bequemte sich denn die Versammlung zum Rückzug, indem sie am 16. September den Antrag Francke's annahm: die Vollziehung des Waffenstillstandes, soweit solcher noch ausführbar, nicht länger zu hindern und die provisorische Centralgewalt zur Einleitung von Verhandlungen über die nothwendigen Modificationen des Vertrags, sowie über einen definitiven Frieden aufzufordern.

Am 18. brach der Aufstand, der diese Abstimmung zum Vorwand nahm, in Frankfurt los; Auerswald und Lichnowsky fielen einem bethörten und verwilderten Haufen zum Opfer. Am 24. reconstituirte sich das frühere Reichsministerium mit einigen Modificationen.

Ueber diese kritische Zeit lassen wir aus Stockmar's Correspondenz die bemerkenswerthesten Stellen folgen.

9. September 1848.

„Dahlmann, der die Bedingungen des von Preußen geschlossenen Waffenstillstands durchaus verwarf, zwang die Minister, durch den Eindruck seiner leidenschaftlichen Rede auf die Versammlung, zum Rücktritt. Die Sachlage scheint mir folgende. Der Reichsverweser, die Nationalversammlung haben ein Recht auf Ratification des Waffenstillstandes *nicht* anzusprechen, denn dieses Recht ist in der Preußen ertheilten Vollmacht *nicht* vorbehalten. Der Nationalversammlung steht also nur zu, den Waffenstillstand zu annulliren, weil Preußen die Bedingungen der ihm ertheilten Vollmacht nicht *genau* eingehalten habe. Ob die Nationalversammlung annulliren will, wird sich künftigen Montag oder Dienstag entscheiden. Unterdessen werden Preußen, Hannover u. s. w. den Waffenstillstand, soweit es von ihnen abhängt, executiren. Welche Mittel hat nun die Nationalversammlung dies zu verhindern und den Krieg ohne Preußens Theilnahme fortzusetzen? Werden, wenn hierüber ein Bruch zwischen Preußen und Frankfurt entsteht, nicht alle auswärtigen Mächte auf Preußens Seite treten? — und welche Folgen wird dieser Bruch für die innern Zustände Deutschlands haben? . . . ."

„Meine Meinung war, von hier aus nichts gegen den Waffenstillstand zu thun, aber sogleich Friedensverhandlungen, unter der Vermittlung Englands, zu beginnen und zu versuchen ob durch eine definitive Feststellung der Verhältnisse nicht ein Uebereinkommen möglich werde, welches die Herzogthümer und auch Deutschland wenigstens *leidlich* zufrieden stelle. Ich sage *leidlich*. Denn wenn auch

Dänemark sich gegen die Herzogthümer bedeutendes Unrecht zu Schulden kommen ließ, so hat man doch von Seiten Deutschlands den Krieg leichtsinniger und auch ungerechter Weise angefangen. Wollte Deutschland den Herzogthümern auf verständige Art beistehen, so mußte es für dieselben vermittelnd und unterhandelnd auftreten, Dänemark und seinen Verbündeten zugleich ankündigend, daß wenn man den Herzogthümern nicht Gerechtigkeit widerfahren lasse, es deren Recht mit dem Schwert zu erzwingen verstehen werde. So aber hat Deutschland diesen Prozeß mit der Execution angefangen."

„Gestern ließ mich der Reichsverweser holen, um mich über die Verlegenheiten der Situation zu consultiren. Meine Meinung ging dahin, so schnell als möglich einen Versuch zur Einleitung der Friedensverhandlungen unter Vermittlung Englands zu machen. Zu dem Ende möge er sein voriges Ministerium wieder berufen und in demselben so wenig Personalveränderungen als möglich vornehmen. Beträchtliche Veränderungen würden wahrscheinlich so viele Schwierigkeiten als die Bildung eines ganz neuen Ministeriums verursachen. Da Fürst Leiningen austreten wolle, so erscheine mir nur eine Aenderung in Bezug auf die Person des Ministers des Auswärtigen nöthig. Heckscher habe in dieser Angelegenheit überhaupt und auch in der Nationalversammlung keinen Erfolg gehabt, und ich schlage daher für dessen Stelle den seit Monaten in London befindlichen Senator Banks vor, der seit fünf Monaten die ganze schleswig-holstein'sche Sache mitgemacht, Personen und Dinge genau kenne, und ein rechtlicher, verständiger Mann sei. Würden daher Leiningen und Heckscher austreten, so könne Beckerath, ein milder redlicher Mann, das Präsidium, und Banks das Auswärtige übernehmen. Auf diese Vorschläge ging der Reichsverweser sogleich ein, sagte, wie er durch Leiningen's Vermittlung diesen Vorschlag auszuführen gedenke, und denselben daher gleich sprechen wolle. Einige Zeit später kam nun Leiningen vom Erzherzog zu mir. Er sprach von Schwierigkeiten, die die Ausführung meines Plans haben würde; es sei ihm

nicht gewiß, daß das alte Ministerium geneigt wäre wieder einzutreten; er habe seine Collegen hierüber noch nicht befragt. Mir schien er zu glauben, Heckscher habe keine Lust seinen Posten aufzugeben, und es sei für ihn (Leiningen), ehrenrührig mit Heckscher allein auszutreten, weil es auf diese Weise dem Publikum so vorkommen möchte als hätten sie beide allein etwas in der Waffenstillstandssache verschuldet und würden deswegen aus dem Cabinet ausgetrieben."

Die Ministerkrisis schaffte Stockmar Gelegenheit den Reichsverweser mehrmals zu sehen und persönliche Beobachtungen über ihn anzustellen, die er in mehreren Briefen ausspricht.

16. September.

„Ich glaube nicht, daß er als Staatsmann seiner jetzigen Position gewachsen sei. Er scheint mir vielmehr selbst das Gefühl zu haben, er befinde sich hier in einer falschen Stellung und sei nicht im Stande die übernommene Aufgabe genügend zu lösen. Jenes Gefühl scheint mir hauptsächlich aus dem Zweifel hervorgegangen, den der alte Herr über eine Hauptfrage haben mag, nämlich ob Oestreich wirklich im Stande sein werde, unter den gleichen Bedingungen wie die übrigen deutschen Staaten, in den neuen deutschen Bund einzutreten. Dazu kommt noch, daß, seit er hier ist, niemand ihm die Herzlichkeit und das Vertrauen entgegenbringt, die der Bereitwilligkeit, mit der er hierher gekommen, gebühren. Auch muß er hier eine völlig ungewohnte Lebensart führen, die ihm und noch mehr der Baronin Brandhof unerträglich zu werden anfängt. Daß er auf Kosten Oestreichs persönliche Pläne verfolge, glaube ich durchaus nicht*). Wie die Dinge jetzt stehen, dürfte leicht in ihm der Entschluß zum Rücktritt erwachen**). Und dies um so eher, wenn eine

*) Manche hatten ihn damals im Verdacht auf Oestreichs Zerfall für eigne Zwecke zu speculiren.

**) Diesen hervorzurufen war nach Stockmar's Ansicht die damals für Preußen angezeigte Politik.

Aussicht einerseits zu einer zweckmäßigen Ordnung der deutschen Angelegenheiten und andererseits zu einer befriedigenden Feststellung des Verhältnisses Oestreichs zu Deutschland eröffnet werden könnte, da beide Punkte Ehrensache für den Herrn sind."

„Für unsere innere Reorganisation bleibt gegenwärtig die Hauptfrage: Muß Oestreich aus dem deutschen Reich ausscheiden oder nicht? Die slavischen Elemente gewinnen mehr und mehr das Uebergewicht, und die Nothwendigkeit des Ausscheidens von Oestreich scheint mir deshalb immer augenscheinlicher zu werden. Ich setze natürlich voraus, daß Preußen sich unverzüglich an die Spitze der hiesigen Angelegenheiten stelle und gemeinschaftliche Sache mit der Nationalversammlung mache. Dies wird um so nothwendiger als bereits die Regierung gefunden ist, die in Ermangelung Preußens das Ruder ergreifen will. Baiern hat der Centralgewalt erklärt, daß es in Allem den für die Einheit Deutschlands nöthigen Beschlüssen deferiren werde. Es speculirt offenbar darauf, daß Preußen mit der Nationalversammlung breche."

Abends 8 Uhr.

„Die Nationalversammlung hat in der Waffenstillstandssache das Amendement Francke's angenommen, eine Hinterthüre, durch die man den Verlegenheiten zu entschlüpfen hofft. Die größte Schwierigkeit des Tages wird nun die schnelle Bildung eines Ministeriums sein. Der Erzherzog scheint rathlos. Blittersdorf hat ihm die Bildung eines vorzugsweise preußischen Ministeriums vorgeschlagen, in der Art, daß der Reichsverweser Beauftragte nach Berlin schickte, sich förmlich mit der dortigen Regierung verständigte, und sich von ihr geradezu Minister erbäte. Dieser Vorschlag scheint jedoch der östreichischen Natur des Erzherzogs zu bestimmt und zu stark zu sein. Er meinte, er habe nichts gegen eine Verständigung mit Preußen, wolle auch das seinige dazu versuchen, doch habe er keine Lust sich ganz und gar mit Leib und Seele Preußen zu verschreiben."

In einem andern Brief Stockmar's wird die Art und Weise des Erzherzogs gegenüber seinen Ministern so bezeichnet: „er hält sich passiv, hört die Minister und geht mit der Farbe nicht heraus." Unwillkürlich fällt einem dabei ein, was Gustav Freytag in dem „Leben Matthy's" erzählt, daß der Reichsverweser im Conseil, gedrängt seine Meinung auszusprechen, sich damit half zu sagen: „I hob' goar kaine Mainung."

Stockmar hatte beabsichtigt in diesen Tagen nach Coburg abzureisen. Der Aufstand vom 18. hielt ihn zurück.

Die Tage des 17. und 18. brachten ihn dem Kriegsminister General von Peucker näher, dessen Klarheit und Entschiedenheit er nachmals sehr lobte. In dem armen General Auerswald ging auch ihm ein näherer und geschätzter Bekannter verloren. Ein an Stockmar gerichtetes Schreiben desselben, bezüglich auf den Anmarsch der gegen den Aufstand herbeigerufenen Truppen, das zufällig nicht abgesendet worden war, fand sich in der Brusttasche des Ermordeten und wurde dem Adressaten später ausgehändigt. —

Die Septembereignisse brachten natürlich in Frankfurt eine Reaction im conservativen Sinn hervor. Ungefähr gleichzeitig war in Berlin das Ministerium Auerswald zurück und das Ministerium Pfuel eingetreten. „An dem Mangel an That, schreibt Bunsen a. a. O. S. 474, ging das Ministerium Auerswald unter*). Pfuel trat vor als Mann der That (21. September). War er der Mann der That? Ich war geneigt ihm Thatkraft zuzutrauen von seinen früheren Jahren her. Aber ich konnte nicht vergessen, daß der selige P. mir gesagt, ein trefflicher Menschenkenner: er sei ein dämonischer Mensch ohne Halt und Verlaß."

Auch Stockmar hatte in Frankfurt die Bekanntschaft Pfuel's, wenigstens oberflächlich, gemacht, und den Eindruck gewonnen, daß ihm deutsche Gesinnung und vielleicht Thatkraft beiwohne. Es schien

*) Das Ministerium hatte sich bei seinem Antritt selbst als das „der That" angekündigt.

ihm deshalb der Augenblick gekommen, wo zu hoffen sei, daß die Regierung in Berlin die Zügel wieder in die Hand nehme und wo noch einmal der Versuch einer Verständigung zwischen Frankfurt und Berlin unternommen werden müsse. Er versicherte sich hierüber der Zustimmung des Reichsministeriums und reiste, nach kurzem Aufenthalt in Coburg, Ende Septembers, nach Berlin.

Das unter dem Vorsitz von General Pfuel gebildete Ministerium, worin Eichmann, Bonin, Graf Dönhoff, Kisker und Ladenberg saßen, hatte die Erwartung erregt, daß es eine Politik des Widerstands gegen die preußische Nationalversammlung einleiten werde. Wrangel war zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt. Er hatte einen Armeebefehl erlassen, worin er sagte: „Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen." Und nach seinem Einzug in Berlin hatte er im Lustgarten die berühmte Rede gehalten, welche sehr deutliche Drohungen enthielt: „Ich werde die Truppen auch hierher führen, wenn es Zeit ist. Jetzt noch nicht, aber sie werden kommen. Ich soll die Ordnung, wo sie gestört wird, wieder herstellen. Die Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr. Wie traurig sehe ich Berlin wieder. In den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet u. s. w. Das muß anders werden. Die Anarchie muß aufhören und sie wird aufhören." Allein der erste wichtige Act des Ministeriums entsprach den Erwartungen nicht, welche das Vorangegangene erregt hatte. Das Ministerium Auerswald war zurückgetreten, weil es die von der Nationalversammlung auf den sogenannten Stein'schen Antrag gefaßten Beschlüsse nicht ausführen wollte, welche den Offizieren des Heers reactionäre Bestrebungen untersagten, Annäherung an die Bürger und aufrichtige Hingebung an den constitutionellen Rechtszustand geboten, und denjenigen, die dies mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinbaren könnten, den Austritt aus der Armee zur Ehrenpflicht machten.

Zur allgemeinen Ueberraschung führte aber das Ministerium Pfuel jene Beschlüsse durch einen Erlaß aus, an dem selbst die Opposition nichts zu tadeln fand.

Dies war die Lage bei Stockmar's Ankunft in Berlin und wir lassen nun einen Brief, den er später aus Coburg am 6. October schrieb, das Weitere berichten:

„Gestern kam ich von Berlin zurück, wohin ich auf Wunsch des Reichsministeriums gegangen war. Man hielt den Augenblick nach den Ereignissen in Frankfurt für günstig, um einen Versuch zu machen, Annäherung zwischen dort und Berlin, Uebereinstimmung in Ansicht und Handlung herbeizuführen. Man hätte denken sollen, Wrangel's Armeebefehl sei als Echo der Stimme des neuen Ministeriums, der Dynastie zu betrachten. Dagegen fand ich bei meiner Ankunft den Erlaß des Kriegsministers vor, eine halbe Maßregel aus Furcht vor einer ganzen hervorgegangen. Im Publikum war der Eindruck, daß man zwar den Vorsatz gefaßt gehabt, kräftig aufzutreten, aber, als der Augenblick des Handelns gekommen, es dem König wie den Ministern an Muth dazu gefehlt. Ich sah bald, daß meine Mission keinen besondern Erfolg haben werde."

„Der alte Pfuel mag ursprünglich unternehmend und geistreich gewesen sein. Allein jetzt ist er zu alt, zerstreut, und der ungeheuern Aufgabe keineswegs gewachsen. — Dönhoff scheint mild, gemäßigt, den zeitgemäßen Ideen nicht abgeneigt, daher auch nicht unfreundlich gegen Frankfurt. Eichmann ist verständig, ein anerkannt guter Geschäftsmann. Ich hielt mich in meinen Verhandlungen durchaus an diese drei; das Resultat war in wenig Worten folgendes:"

„„Preußen, sagte man mir, verkennt nicht, daß in Frankfurt, in der Nationalversammlung und Centralgewalt eine moralische Kraft lebt, die verdient unterstützt zu werden, da sie sowohl für das gesammte Deutschland, als für die Einzelstaaten, also auch für Preußen, wohlthätig und erhaltend wirken kann. Preußen ist schon im eigenen Interesse bereit der Centralgewalt seine Kräfte zur Verfügung

zu stellen, nur muß dies auf eine Art geschehen, daß dadurch die Selbständigkeit des preußischen Staats nicht preisgegeben werde. Deswegen können wir auf den Wunsch des Reichsministeriums unsere selbständige Vertretung im Ausland aufzugeben und uns durch einen Reichsminister vertreten zu lassen, so lange nicht eingehen, als die Centralgewalt eine blos provisorische ist. Wir können auf jenen Wunsch erst dann entschieden antworten, wenn Deutschland definitiv constituirt ist und wir daher wissen, welche Stellung Preußen im deutschen Bunde erhalten werde.""

„Ich mußte mir selbst bekennen, daß niemand, der sich auf den preußischen Standpunkt stellt, gegen obige Ansicht etwas Verständiges und Billiges vorbringen könne, und daß weder ein jetziger noch auch ein späterer preußischer Minister im Stande sein werde Frankfurt gegenüber eine weniger preußische Ansicht aufzustellen. Ich hielt daher eine längere Anwesenheit in Berlin für überflüssig und reiste schon nach 4 Tagen, ohne dem Könige oder einem Mitgliede der königlichen Familie aufzuwarten, hierher zurück. Wahrscheinlich, daß der König mir dies übel nimmt, allein ich hatte aus zuverlässiger Quelle vernommen, daß er noch immer die alten politischen Gedanken bewahre, die er mir früher über die Regeneration Deutschlands mitgetheilt hatte und welche ich für ganz unausführbar halte, so daß eine Unterredung mit Sr. Majestät schwerlich ein Resultat gehabt haben würde."

Varnhagen schreibt in seinem Tagebuch unter dem 2. October: „Der Baron v. Stockmar war hier, der englisch-coburgische Intrigant." Varnhagen hatte, so viel wir wissen, nie Beziehungen zu Stockmar oder zu irgend Jemand, der diesen näher kannte. So sind die obigen Epitheta ein rechter Beleg wie Varnhagen das, was er aus trüben, sehr abgeleiteten Quellen schöpfte, leichtsinnig wiederholte und verarbeitete.

Im November setzte sich Stockmar wieder, über Frankfurt, wo er einige Tage verweilte*), nach England in Bewegung.

Im October war er vom Reichsministerium aus beschickt worden, er möge eine officielle Mission Seitens des Reichs in der zu London unter englischer Vermittlung verhandelten schleswig-holsteinischen Angelegenheit übernehmen**). Seine Antwort ging dahin, daß theils seine persönlichen Verhältnisse in England, theils und hauptsächlich sein Gesundheitszustand, der ihm nicht gestatte auf eine fortgesetzte angestrengte Thätigkeit mit Bestimmtheit zu rechnen, ihm jede andere als eine officiöse Wirksamkeit untersagten. In dieser Weise sei er jedoch nach Kräften bereit seinen Beistand zu gewähren. Ein solches officiöses Eingreifen in die Verhandlungen der officiellen Persönlichkeiten, und noch dazu im Namen der schattenhaften provisorischen Centralgewalt, war denn freilich an sich sehr precär, und je verwickelter und ohne Krieg eigentlich unlösbarer die schleswig-holsteinische Frage war, je weniger konnte sie Stockmar Lust erwecken, sich ohne Aussicht auf ein erfreuliches Resultat, für ein Flickwerk in einer noch dazu schiefen Stellung abzuarbeiten. Schon am 15. December schreibt er: „indem ich mich mit Dänen, Holsteinern und mit Bunsen in die Betrachtung der dänisch-deutschen Händel vertiefte, wurde mir nur eines klar, daß ich an dieser Angelegenheit keinen activen Theil nehmen darf. Ich würde so wenig die Demüthigun-

*) In die Zeit dieses Aufenthalts in Frankfurt fällt, was Bunsen (Leben II, S. 485) erzählt, um das falsche Spiel, was Baiern und Würtemberg damals spielten, zu belegen: „Stockmar war durch Herrn v. Hügel (den früheren Gesandten in London) ein eigenhändiger Brief des Königs (von Würtemberg) an ihn im October (muß heißen November) in Frankfurt gezeigt worden, worin er, der König, seine Bereitwilligkeit aussprach, zu der Hegemonie Preußens seine Zustimmung zu geben; allerdings seien ihm von Oestreich und dem Reichsverweser schöne Anerbietungen gemacht, insbesondere auch in Beziehung auf die Oberfeldherrnstelle. Stockmar begnügte sich Hügel zu sagen: Der König sei jetzt auf dem rechten Wege, er solle nur danach handeln."

**) Schon im September berichtete die Deutsche Zeitung vorgreifend, Stockmar werde die Leitung der Verhandlungen in London übernehmen.

gen ertragen, die in diesem Geschäfte Engländer, Franzosen, Dänen und Schweden, wie Russen, den Deutschen, zur verdienten Strafe, anthun werden, als die Fanfaronnaden der Dänen." Und am

21. December.

„Ich hatte vielfache Gelegenheit den schleswig-holsteinischen Handel theils mit den dänischen Abgeordneten, theils mit dem Holsteiner Graf Rantzau zu besprechen. Selbst nach reiflicher Ueberlegung weiß ich keinen annehmbaren Vorschlag zu machen. Die Dänen sind schwach in einem Punkte, in einigen andern stark. Schwach erscheinen sie mir in dem Geständniß: „„Wir Dänen brauchen die Herzogthümer zu unserer Existenz"", wogegen die Herzogthümer behaupten: „„Wir sind uns allein genug, und können recht gut ohne Dänemark bestehen."". Mir fällt dabei das ein, was der holländische Falck in der belgischen Sache als Maxime geltend zu machen pflegte, daß Holland ein Recht auf einen Theil Belgiens habe, weil es mehr steuerbares Object (de matière imposable) brauche. Stark sind dagegen die Dänen durch die auswärtigen Mächte, welche aus verschiedenen, ihren respectiven Interessen angehörigen Rücksichten Dänemark gegen Deutschland vertreten. Geneigt bin ich, eine Friedensbasis in den Zuständen zu finden, die vor dem „Offenen Briefe" *) und dem Kriege bestanden. Man hebe den Nexus zwischen Schleswig und Holstein auf, gebe dem Ersten eine soviel als möglich selbständige Administration mit gehörigen Garantien gegen Danisirungsgelüste und setze die Successionsordnung fest. Rantzau behauptet dagegen, die Aufhebung des Nexus zwischen Holstein und Schleswig sei unmöglich, denn in diese Aufhebung würden die Herzogthümer selbst nie willigen. Die Dänen wollen die Aufhebung des Nexus und bieten Schleswig dafür eine Selbständigkeit, die, näher besehen, eine nur scheinbare sein würde. So stehen sich die For-

*) Der „Offene Brief" Christian's VIII. von Dänemark vom 8. Juli 1846 über die Succession in Schleswig-Holstein.

derungen schroff gegenüber. Das Verlangen Deutschlands, Schleswig dem deutschen Bund einzuverleiben, halte ich, ohne Krieg zu verursachen, für undurchführbar. Welcher Vorschlag daher auch zur Pacification gemacht werden könne, so wird keiner gemacht werden, auf den Dänemark geneigt sein wird einzugehen, ohne daß Deutschland denselben für einen Verrath an seiner Ehre und seinem Interesse nehmen werde."

„Neuerdings wird Bunsen auf Ansuchen der Centralgewalt und mit Zustimmung seiner Regierung die Friedensverhandlungen versuchen. Ich hatte den Hamburger Senator Banks vorgeschlagen, der jedoch weder Lust noch Muth hat. Bunsen ist leider den Dänen persona ingrata. Ich bedaure, daß er sich in Schleswig zum Deputirten wählen und eine Staatsschrift zu Gunsten der Herzogthümer unter seinem Namen drucken ließ. Damit stempelte er sich zum Parteigänger, während er, als Minister und Unterhändler, der Oeffentlichkeit gegenüber hätte neutral bleiben sollen."

Stockmar's Refrain war übrigens immer, daß man den deutschdänischen Handel wenigstens für jetzt aus der Welt schaffen müsse, weil er die Entwicklung der deutschen Frage störe. „Die ganze Angelegenheit, schreibt er, ist ein wahrer Fund für Rußland, ein Faden, an welchem es die junge demokratische Politik Deutschlands, wie einen Vogel, gefangen halten und sich abflattern lassen kann."

Die deutsche Frage und ihre erste Vorfrage, das Verhältniß Oestreichs zu Deutschland, blieb der beständige Gegenstand seines Nachdenkens und seiner Sorge.

Am 26. October hatte Heinrich v. Gagern in der Frankfurter Nationalversammlung den Gedanken ausgesprochen, daß Oestreich jetzt an dem deutschen Bundesstaat nicht theilnehmen könne, aber mit diesem in einem unauflöslichen Bunde bleiben müsse. Dieser, allerdings in seiner Formulirung

> „Oestreich bleibt, in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nicht-deutschen Ländern und Provinzen,

mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflöslichen Bunde"

mangelhaft zur Geltung gebrachte Gedanke entsprach ganz Stockmar's lange gehegten Ansichten, die er sich nun angeregt fand in einem langen an Heinrich v. Gagern gerichteten Brief auszuführen. Derselbe verbreitet sich zugleich über die Auffassung der englischen Staatsmänner von den Zuständen Deutschlands und des Continents überhaupt.

Ehe wir ihn folgen lassen, müssen wir den Leser an die im November eingetretenen, die Sachlage gegen früher wesentlich modificirenden Ereignisse erinnern.

Zu Anfang November hatte die östreichische Regierung in Wien über die Revolution gesiegt. Der östreichische Reichstag war vertagt und nach Kremsier berufen.

Am 22. November hatte Fürst Felix Schwarzenberg ein neues Ministerium gebildet und vor dem Reichstag von Kremsier eine Erklärung abgegeben, welche ein Eingehen auf die Ideen von Gagern und Stockmar anzukündigen schien: „erst wenn das verjüngte Oestreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen."

Und in Preußen war am 2. November das Ministerium der Restauration, Brandenburg-Manteuffel, eingetreten und die Nationalversammlung nach Brandenburg verlegt, worauf Anfangs December deren Auflösung und die Octroyirung einer Verfassung folgte.

Die entscheidenden Regierungen hatten also an Stärke gewonnen, Oestreich schien der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands unter Preußen nicht abgeneigt, der revolutionäre Druck auf beide Regierungen in ihren eigenen Ländern war gemindert und anderseits war durch die conservativere Wendung, die die Dinge in Frankfurt seit den Septemberereignissen genommen, ein gut Theil der

revolutionären Luft entwichen, die den Ballon der Nationalverſammlung gebläht und emporgetragen hatte, die Nationalverſammlung hatte an Kraft verloren. Im Ganzen alſo ſtanden die Aſpecten für die bundesſtaatliche Einigung unter Preußen günſtiger, **wenn** in Berlin der Wille vorhanden war ſich der Leitung in Frankfurt zu bemeiſtern, aber nur **wenn** dies der Fall war.

Stockmar's Brief an Heinrich v. Gagern.

London, den 3. December 1848.

Eine gewiſſe Entfernung von den Dingen fördert gewöhnlich deren gegenſtändliche Auffaſſung und Beurtheilung. So erkenne ich denn, ſeit ich hier bin, noch deutlicher, als früher in der Heimath, die Unmöglichkeit, Oeſtreich in den neu zu ſchließenden deutſchen Bund aufzunehmen.

Das politiſche Geſammtintereſſe Europas, die ſpeciellen Bedürfniſſe Oeſtreichs und Deutſchlands verlangen unverkennbar, daß das bisherige Oeſtreich ſich ſo viel möglich als ein ſelbſtändiges Ganze forterhalte. Hierzu wie zu ſeiner zeitgemäßen Umgeſtaltung ſind ihm ſeine rein deutſchen wie ſeine gemiſcht deutſchen Provinzen als belebende, bildende und verbindende Elemente unentbehrlich. Wie könnte daher Oeſtreich dieſelben Provinzen noch dazu verwenden, daß ſie zugleich einen Theil des deutſchen Bundesſtaats ausmachten? Eine ſolche doppelte Verwendung wäre nur dann denkbar, wenn Deutſchland den zu ſeinem Bunde gehörigen öſtreichiſchen Provinzen gleiche Rechte mit den übrigen Mitgliedern einräumen, dieſelben aber von Erfüllung aller gleichen Bundespflichten, welche ihnen das Verhältniß zum öſtreichiſchen Staat unmöglich machen würde, losſprechen wollte.

Wie nun in der Ausführung der politiſchen Aufgabe, die uns geworden, jeder Tag ſein Penſum hat, von deſſen gehöriger Erledigung der endliche Erfolg abhängig iſt, ſo erſcheint mir das Pen-

sum des gegenwärtigen zu sein, in der Mehrzahl der Nationalversammlung die Erkenntniß zur Ueberzeugung zu bringen, eine natur- und zeitgemäße Politik verlange:

A) daß Deutschland sich mit Ausschluß der östreichisch-deutschen Provinzen reconstruire,

B) daß Oestreich sich für sich als solches zeitgemäß und selbständig herstelle,

C) daß ein Bündniß zwischen beiden erfunden und errichtet werde, welches alle die gegenseitigen verwandtschaftlichen, moralischen und materiellen Bedürfnisse befriedigt und sichert, welche Deutschland und Oestreich von jeher mit einander gehabt, noch haben und für lange haben werden.

Es ist höchst beklagenswerth, daß die bis jetzt gemachten Versuche, diesem Gedanken Annahme und Verbreitung zu verschaffen, so geringen Erfolg hatten. Denn die ihm entgegengesetzte Ansicht, einen Theil des östreichischen Gesammtstaates wieder wie früher dem deutschen Bunde einfügen zu wollen, kann in unserer Zeit kaum ein anderes Ergebniß haben, als Deutschland wie Oestreich vom wahren Wege der rechten Erkenntniß und Rettung abzuführen, beide eine unschätzbare Zeit verlieren und ihre beiderseitigen Kräfte am Unausführbaren nutzlos verschwenden zu lassen. Wogegen es leicht ist, überzeugend darzuthun, daß wenn Deutschland und Oestreich ihre respective Regeneration auf die oben bezeichnete Weise unternehmen, sie sich dadurch von Anfang an in eine Lage zu einander bringen, in welcher nicht nur keines das Andere irrt, sondern in welcher gegenseitig das Werk und der Erfolg des einen das Werk und den Erfolg des Andern verbürgt und fördert. Warum aber diese politische Ansicht bisher so wenig Anerkennung und aufrichtige Theilnahme gefunden, läßt sich theilweise aus der politischen Unfähigkeit, theilweise aus der selbstischen unpatriotischen Gesinnung erklären, welche der Mehrzahl unserer Landsleute mit Recht zum Vorwurf gemacht werden kann.

Wir haben es in dieser Hinsicht mit vielen aufrichtigen politischen Gegnern und mit noch mehr nicht aufrichtigen zu thun. Denn wir werden von allen denjenigen, welche aus rein persönlichen und verwerflichen Absichten für gut finden, die verschiedenen Elemente des Katholicismus, des dynastischen Interesse, der Büreaukratie und des deutschen Philisterthums auszubeuten, unter verschiedenen heuchlerischen Vorwänden angefeindet werden. Sodann muß die Wahl eines östreichischen Prinzen zum Reichsverweser und der zufällige Umstand, daß der thätigste und einflußreichste Mann des Reichsministerii auch ein Oestreicher ist*), ebenfalls als ein Hemmniß der erfolgreichen Betreibung unsers politischen Gedankens betrachtet werden. Wir erlangten auf diese Weise statt eines rein deutschen ein östreichisches Reichsministerium, welches sämmtliche Fehler der alten östreichischen Politik mit auf die Welt brachte. So finden wir denn die Erbsünden des Abwartens und Aufschiebens, der Eifersucht, Falschheit, Unklarheit und übel berathener Selbstsucht auch in Schmerling's bisheriger Geschäftsführung wieder, welcher überhaupt bisher nur zwei für Deutschland und Oestreich gleich verderbliche Absichten mit Erfolg betrieben zu haben scheint, nämlich jedes innige Einverständniß zwischen Frankfurt und Preußen zu verhindern und das möglichst zweckmäßige Verhältniß des künftigen Oestreichs zu dem künftigen Deutschland im Dunkel zu erhalten.

Wohl möchten die wahren Freunde des Vaterlands der Vereinigung so vieler und mächtiger Feinde gegenüber an seiner Rettung verzweifeln. Denn wir können nicht verkennen, der Mittel, die wir jenen Widersachern zur Förderung und Erreichung unserer Politik entgegenzusetzen haben, sind nur wenige und die Aussicht auf ihre erfolgreiche Anwendung trübt sich im Hinblick auf die zu überwindenden Schwierigkeiten. Allein in unserm Falle handelt es sich einzig und allein um die aufopferndste Erfüllung unserer Pflichten gegen

*) Schmerling.

ein unglückliches Vaterland und daher um die muthigste Anwendung der Kräfte, die wir haben, nicht um eine selbstische oder kluge Berechnung ihrer Unzulänglichkeit.

Erlauben Sie mir daher, die Punkte, auf die es mir in der gegenwärtigen Phase unserer Politik hauptsächlich anzukommen scheint, aufzuführen und deren Berücksichtigung Ihrer persönlichen Theilnahme zu empfehlen.

Nach meiner Meinung sollte jetzt vor Allem eine geschlossene Schaar der bedeutendsten Abgeordneten zu Frankfurt mit der offenen Erklärung auftreten:

sie seien zu der festen Ueberzeugung gelangt, deren Verwirklichung sie als unverrückbares politisches Ziel verfolgen würden:

daß Oestreich nicht länger als ein Theil des bis jetzt in der Idee bestehenden Bundesstaates behandelt werden dürfe, weshalb es zu ihrer Aufgabe geworden, in der Nationalversammlung dahin zu wirken, daß die möglichst zweckmäßige politische Stellung zwischen Deutschland und Oestreich klar gemacht und festgestellt werde.

Für das nächst Nöthige halte ich die gleichzeitige Bildung eines neuen Ministerii, welches die in der obigen Erklärung vorgezeichnete Aufgabe als Hauptpunkt in seinem Programm aufstellt. Dieses Ministerium muß eine rein deutsche Gesinnung haben: es soll Oestreich die Gesinnung einer aufgeklärten wahren Freundschaft, Preußen dagegen die der brüderlichen Neigung und Treue tragen. Ihr Eintritt in dies Ministerium, sei es als Präsident des Conseils, sei es als Minister des Innern oder als beides zugleich wird Deutschland die Bürgschaft geben, daß dieses neue Ministerium den bezeichneten Charakter haben und bethätigen werde.

Als nothwendige Folge der vorangestellten Maßregeln und als Mittel zur Erreichung des Hauptzweckes erscheint die sofortige Absendung einer Gesandtschaft von einsichtsvollen, unterrichteten, erfahrenen

und deutſch geſinnten Männern nach Oeſtreich zur Mithülfe an der Löſung der Aufgabe:

> die möglichſt innige Verbindung Oeſtreichs mit Deutſchland auf einer anderen Grundlage als der des Eintritts der deutſchen Provinzen Oeſtreichs in den deutſchen Bundesſtaat zu ſuchen.

Die folgenden Bemerkungen mögen dem Voranſtehenden als erläuternde Zuſätze dienen.

Gleich im Anfange unſerer jetzigen politiſchen Kriſe war ich der Meinung, daß ein regenerirtes Oeſtreich nicht mehr wie früher ein Theil des deutſchen Bundes ſein könne, mithin für das eigentliche Deutſchland alles darauf ankomme, daß das bevorſtehende Nationalparlament Preußen die rechte Stellung im neuen Bunde anzuweiſen verſtehe.

Selbſt nachdem ich ſieben Monate lang erlebt, daß Deutſchland und Preußen ſich wie feindliche Brüder betragen, daß preußiſche Staatsmänner ſich gegen Frankfurt wie einfältige kokette Weiber benommen und ein Schmerling'ſches Miniſterium dieſes Benehmen im Sinne altöſtreichiſcher Politik erwidert hat, bin ich noch derſelben Meinung. Heute noch ſcheint mir Alles davon abzuhängen, daß Frankfurt Preußen eine Stellung zu bieten wiſſe, welche, nach vernünftigen Gründen, weder von der Majorität der öffentlichen Stimme in Preußen, noch der jener Minorität im übrigen Deutſchland, welche nothwendig aus allen einſichtsvollen und wahren Patrioten beſtehen muß, verworfen werden könne. Denn wenn wir auch zugeben müſſen, daß die überwiegende öffentliche Stimme im übrigen Deutſchland fortwährend Preußen höchſt abgeneigt ſei, ſo wird dieſe Majorität doch in dem Augenblick wenig vermögen, in welchem dem ganzen Volke auf eine augenſcheinliche Weiſe die Möglichkeit und Wahl geboten iſt, entweder das Vaterland auf eine von der Natur der Dinge ſelbſt vorgeſchriebene Weiſe zum Vortheile Aller gerettet zu ſehen, oder es zur bloßen Befriedigung eines unnatürlichen fluchwür-

digen Bruderhasses dem gänzlichen Untergang noch näher zu bringen. Ist ja doch die eigentliche Wahrheit in Sachen des Widerwillens der übrigen Deutschen gegen die Preußen, und dieser gegen jene nur die, daß bei einer Einigung beider jeder Theil der Nothwendigkeit nur im eigenen Bedürfnisse gehorcht und beide daher gleiche Opfer zu bringen haben. Aus diesen Gründen fahre ich fort zu hoffen, eine Einigung Frankfurts mit Preußen werde eine Thatsache in's Leben rufen können, an deren Kraft und Gewicht jede aus bösem Gelüste gegen sie versuchte Widersetzlichkeit scheitern werde, sie komme nun von Fürsten, Regierungen oder einzelnen Theilen des Volkes selbst. Ob in dem gegenwärtigen Augenblicke der gute Wille und das nöthige Geschick zu einer solchen Einigung in Frankfurt sowohl, als in Berlin vorhanden, können Sie mit mehr Bestimmtheit beantworten als ich. Müßten Sie diese Frage verneinen, vorzüglich weil Preußen abermals geneigt wäre, sich selbst und Deutschland untreu zu werden, dann sehe ich die letzte Hülfe nur noch in dem entschlossenen Handeln des Frankfurter Parlaments. Dieses gehe dann ohne allen Zeitverlust und weitere Verhandlungen mit Preußen in eigener Machtvollkommenheit vor und decretire, unbekümmert wie es gegenwärtig in Berlin und Wien stehe, die Stellung Preußens im neuen deutschen Bunde, wie es dieselbe zum Wohl des Ganzen für zweckmäßig halten mag*).

Unter welchen Voraussetzungen nach meiner Meinung eine Gesandtschaft nach Oestreich zu senden, welches der ungefähre Inhalt der derselben zu ertheilenden Instruction sein dürfte, ersehen Sie aus der Anlage, überschrieben:

---

*) Welche Wirkung er sich von solchem Decretiren verspricht, sagt Stockmar nicht. Die Dinge haben in der That den von ihm vorgezeichneten Verlauf genommen. Die Nationalversammlung hat decretirt und Preußen hat sich entzogen. Daß die Decretirung gleichwohl, als der schließliche Ausdruck der nach einjähriger Berathung herausgearbeiteten Ueberzeugung der hervorragendsten politischen Männer, nicht ohne Frucht und Wirkung war, wird heutzutage niemand verkennen.

„Bemerkungen zu dem Entwurfe einer Instruction für den Herrn Reichscommissair nach Oestreich, datirt den 12. November 1848."

Dieser Gegenstand wurde bei meiner letzten Anwesenheit zu Frankfurt*) mit dem Herrn Fürsten von Leiningen in der Wahrscheinlichkeit verhandelt, daß derselbe diese Gesandtschaft übernehmen werde. Ich bitte, die beiliegenden sich hierauf beziehenden Papiere nach genommener Einsicht dem Herrn Fürsten in meinem Namen wieder zustellen lassen zu wollen**).

Die eigentliche Absicht meines Hierherkommens verlangt, daß ich mich noch über die Meinungen der hiesigen Politiker in Bezug auf die gegenwärtigen Zustände Deutschlands und des Continents mittheile. Es ist seit lange meine Meinung gewesen, daß der Einfluß, den ein frei und selbständig gewordenes Deutschland auf die Weltereignisse zu erlangen Bedürfniß und Recht habe, nur mit und durch England zu erreichen sei. Einen anderen Stützpunkt als England giebt es für die jetzt einzuleitende wahre Politik des neuen Deutschlands nach meinem Dafürhalten nicht und jeden Versuch, einen anderen zu suchen, sehe ich als ein Unternehmen an, die ganze deutsche Politik in ihrem Grundelemente zu verfälschen. Aus eigener Beobachtung und Erfahrung kann ich versichern, daß in den englischen Cabinetten traditionell der Wunsch bestand, ihr eigenes politisches System in der Voraussetzung auf Deutschland stützen zu können, daß ein durch vermehrte Einigung erstarktes Deutschland zur Erhaltung des Weltfriedens ein besserer Bundesgenosse sein müsse, als irgend eine andere Macht, die England im Westen oder Norden finden könne. Bisher scheiterte die Verwirklichung dieses Wunsches an der Altersschwäche und Verkehrtheit der östreichischen, an der Un-

*) Im November.

**) Von dem Inhalt dieser Papiere wird am Schluß des Briefes die Rede sein.

selbständigkeit und Veränderlichkeit der preußischen Politik, wie an der gänzlichen politischen Nullität des übrigen Deutschlands.

In diesem Augenblicke scheint das Augenmerk der englischen Staatsmänner auf die aus dem Umstande drohende Gefahr gerichtet, daß es jedem Chef der französischen Regierung schwer werden möchte, sich ohne Krieg in seiner Stelle zu erhalten, weshalb sie weiter befürchten, daß Süddeutschland in seinem jetzigen aufgelösten Zustande in die Abhängigkeit von Frankreich gebracht und so Deutschlands ganze Macht auf lange Zeit hin gebrochen werden könne.

An die Erwägung dieser Gefahr knüpfen sie weiter die Möglichkeit, daß russische Pläne die Politik noch weiter verwickeln und in Europa Zustände vermöglichen könnte, die zu einer französisch-russischen Dictatur führen möchten.

Vom Anfange unserer deutschen und östreichischen Wirren an scheint das gegenwärtige englische Cabinet die Einverleibung Oestreichs in den neuen deutschen Bund für ein Hirngespinnst gehalten zu haben. Man ist auch hier der Ueberzeugung, daß Oestreich seine deutschen Provinzen aus dem Gesammtstaat nicht ausscheiden könne, ohne den Sturz der Dynastie und Monarchie vorzubereiten, und man kann sich diese Ausscheidung nicht denken ohne die größte Schwächung des Zusammenhangs des östreichischen Staats, durch welche dieser in einen so unsichern und schwankenden innern Zustand gerathen müsse, daß der Weltfriede von der Gnade einer russisch-französischen Politik abhängen werde.

Wenn nun hier noch vor einigen Monaten ein völliger Unglaube an den Erfolg der politischen Bestrebungen in Deutschland und Oestreich Statt hatte, so scheint der seit Kurzem von mehreren Seiten her angeregte Plan, nach welchem es Ein Oestreich und Ein Deutschland geben würde, welche beide eng mit einander verbunden wären, die Meinung der englischen Staatsleute doch so weit geändert zu haben, daß sie unaufgefordert aussprachen, ein solcher Plan sei wenigstens ein ausführbarer. Die Lords J. Russell und Palmerston

ſind beide der Meinung, daß auf dieſe Weiſe eine zweckmäßige Regeneration Oeſtreichs vermöglicht und durch die engere Verbindung Preußens mit dem übrigen Deutſchland eine Geſtaltung gewonnen werde, welche, ein Verhältniß zu Oeſtreich bedingend, zu einem politiſchen Syſteme führe, das die Gefahren eines übermächtigen Reiches ſowohl, als die einer unhaltbaren Bundesmaſſe vermeide und ſomit ein wahres den Frieden Europas ſicherndes Gleichgewicht herſtelle. Auch ſcheint dieſe politiſche Combination den Beifall der engliſchen Staatsmänner noch deswegen zu genießen, weil ſie befürchten, eine zu enge Vereinigung des bisherigen Oeſtreichs mit dem bisherigen Deutſchland möge dem übrigen Europa Gefahren bereiten und könne ſogar einmal den Verſuch eines gegen England gerichteten Continentalſyſtems erneuern. Sodann mag dieſer Plan den Beifall der Engländer noch weiter haben, weil er eine Löſung der italieniſchen Wirren ganz im engliſchen Sinne zuläßt. Die auf dem Continent ſo häufig ausgeſprochene Meinung, daß die engliſche Politik darauf ausgehe, Oeſtreich oder Italien zu ſchwächen, halte ich für durchaus unbegründet. Irre ich nicht, ſo bezweckt dieſe Politik nichts, als Italien ſtark gegen Frankreich zu machen und dieſem allen Vorwand zu nehmen, in die politiſche Entwickelung jenes einzugreifen.

Man kann über das, was jetzt in Italien geſchehen ſollte, verſchiedener Meinung ſein. Welcher man aber auch ſei, ſo möchte ich glauben, daß, ſobald Oeſtreich die Baſis annimmt, die Lombardei in irgend einer ihm genehmen Form vollſtändig von der Monarchie zu trennen, das engliſche Cabinet gern auf jede zum Ziele führende Modalität eingehen werde. Dies erklärt auch, warum Ihre am 26. October geäußerten Gedanken, die in Bezug auf die Beſeitigung der italieniſchen Händel den ganzen Einfluß der Reichsverſammlung in Ausſicht ſtellten, den hieſigen Miniſtern ſo zuſagten, daß ſie ſich wohl fragten: was kann von engliſcher Seite zu deren Ausführung geſchehen? und fanden, ein vollkommenes Einverſtändniß Frankfurts mit Berlin ſei zugleich im unmittelbaren Intereſſe Englands.

Es ist zu vermuthen, daß sich das englische Cabinet in den geschilderten politischen Auffassungen der deutschen und italienischen Zustände neuerdings noch befestigt habe. Hierzu mögen besonders die Berichte Lord Cowley's beigetragen haben, dem, seit der energischen Unterdrückung des Aufstandes im September, das Reichsministerium und die Mehrheit der Nationalversammlung das conservative Element in Deutschland geworden sind. Diese Ansicht scheinen die Lords Russell und Clarendon noch entschiedener angenommen zu haben als Lord Palmerston, welchen vielleicht die Furcht vor deutschen Eroberungsgelüsten oder einem großen deutschen Zollsystem zurückhaltender macht. Aber auch andere meiner hiesigen Freunde bestätigen mir, daß die Meinung an Stärke und Verbreitung gewinne, Deutschland und seine Monarchien würden, zum Vortheile Frankreichs und vielleicht auch Rußlands, in republikanischen Wühlereien untergehen, wenn nicht zwischen Frankfurt und Preußen die innigste Vereinigung hergestellt werde.

Wenn überhaupt ein enges politisches Verhältniß zwischen Deutschland und England nur auf der Grundlage des Bestehens jener innigen Verbindung Frankfurts mit Preußen möglich sein wird, so wird auch eine erfolgreiche Betreibung der Beilegung der Zerwürfnisse mit Italien und Dänemark nur auf derselben Grundlage unternommen werden können und es wird auch in dieser Hinsicht nöthig, die Politik Berlins und Frankfurts in vollkommenen Einklang zu bringen. Leider ist bisher, wenigstens hinsichtlich Italiens, das Entgegengesetzte der Fall gewesen. Denn Sie werden sich erinnern, wie Preußen auf den Antrieb Frankreichs den Gedanken ergriffen hatte, als europäische Macht die Initiative zu einem europäischen Congresse auf Grund der Verträge von 1815 zu nehmen. Die Ausführung unterblieb schließlich, weil der Gedanke nirgends Anklang fand und besonders weil Rußland sich von jedem Antheil an solchen Conferenzen aufs Bestimmteste lossagte. Dagegen erklärte zu jener Zeit die Centralgewalt dem Lord Cowley und auch

hier, wie sie an den Verhandlungen über Italien als partie cointeressée Theil zu nehmen wünsche und setzte sich durch diese Erklärung in formellen Widerspruch mit Preußen. Obgleich ich nun glaube, daß der englisch-französische Plan, die Abtretung der Lombardei an Sardinien zu verlangen, fortbestehe, so wäre es doch möglich, daß das englische Cabinet Vorschlägen, die ihm von einem einigen Preußen und Frankfurt vorgelegt werden würden, gern Gehör liehe. Nehmen wir z. B. an, ein eng vereinigtes Deutschland würde den hiesigen Ministern sagen:

„Wir schlagen Euch vor:

A) Trennung der Lombardei von Oestreich,

B) den Mincio als Grenze,

C) die Lombardei verständigt sich mit Oestreich über die Bildung zu einem selbständigen Staate unter einem östreichischen Prinzen, welcher Staat (Königreich oder Großherzogthum) als selbständiges Glied in den italienischen Zollverein oder Bund eintritt, weshalb

D) Sardinien diesem neuen Staate den freien Zugang zu Genua gewährleisten und Oestreich demselben einen möglichst freien Verkehr mit Venedig und dem gesammten Kaiserstaat gestatten muß."

Gewiß würde England in der Besorgniß, daß im Weigerungsfall Deutschland sich ganz auf Oestreichs Seite schlagen möchte, solche Vorschläge nicht von sich weisen. Höchstens würde man hier dahin streben, für Sardinien Parma, für Toscana Modena zu erlangen. Einer Einigung des englischen Cabinets mit Deutschland und Oestreich in der italienischen Frage gegenüber würde auch Frankreich nicht Widerstand leisten und Deutschland hätte dann bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal die ihm gebührende Stellung eingenommen, ein Umstand, der auf die öffentliche Stimmung in Deutschland selbst vom günstigsten Einfluß sein müßte.

Wenn nach dem Gesagten die Einigung zwischen Berlin und

Frankfurt als Bedingung einer deutsch-englischen Politik, als Voraussetzung einer zweckmäßigen Lösung der italienischen Frage, erscheint, so ist sie dies in noch höherem Grade für die dänische Angelegenheit.

Den mir an den König von Belgien anvertrauten Brief habe ich sogleich nach meiner Ankunft abgegeben und bin mit wahrer Hochachtung und freundschaftlicher Ergebenheit ꝛc.

gez. Stockmar.

Die in dem Brief in Bezug genommenen „Bemerkungen zu dem Entwurf einer Instruction für den Herrn Reichscommissar nach Oestreich" sind in Stockmar's Papieren nicht zu finden. Im November beschäftigte sich Stockmar, wie gesagt, mit dem Gedanken einer Reichsmission nach Oestreich zu dem Zweck um dessen Bundesverhältniß zu Deutschland zu regeln. Welche Punkte er dabei im Auge hatte ergiebt sich aus einem von ihm damals dictirten Blatt, überschrieben

Punkte für Leiningen's und Briegleb's*) projectirte Mission.

1. Schutz- und Trutz-Allianz, Angriffskriege ausgenommen
2. Wechselseitige Verbürgung des Territorialbestandes
3. Auslieferung der Verbrecher
4. Gegenseitiger Succurs bei Ruhestörungen
5. Justiz-Cartell betreffend den Vollzug aller gerichtlichen Urtheile
6. Fortdauer des Bundesmilitär-Cartells
7. Freizügigkeit
8. Fortdauer des Bundesbeschlusses gegen den Nachdruck
9. Fortdauer der Postconvention
10. Handels- und Zoll-Tractat

*) Es war der Gedanke, daß Briegleb, als ein gewiegter Jurist und Geschäftsmann, dem Fürsten Leiningen beigegeben werden sollte.

11. Schifffahrtstractat
12. Sicherung der dem deutschen Volk eingeräumten Grundrechte
13. Convention über die Heimathlosen
14. Coincidirung der Eisenbahnen
15. Convention über Truppendurchmärsche und Verpflegung bei gemeinsamen Kriegen
16. Etwaige Fortdauer der bisherigen Gemeinschaftlichkeit des Garnisonsrechtes in einigen Reichsfestungen
17. Versuch einer gleichmäßigen Gesetzgebung über Privilegien und diesfälliger Reciprocität
18. Verabredung jährlicher Conferenzen zur Entwicklung des bestehenden Bündnisses.

In Frankfurt hatte man sich bis dahin über Stockmar's Stillschweigen beklagt. Nun aber schrieb ihm Max v. Gagern in seines Bruders Namen.

18. December 1848.

„Allerdings haben Sie durch Ihren großen und vortrefflichen Brief an meinen Bruder alles wieder gut gemacht und ich muß Ihnen in seinem Namen vorläufig den freundlichsten Dank aussprechen, bis er selbst eine freie Stunde dazu findet. Er hofft, daß Sie den Inhalt jenes politischen Briefes in seinen nächsten Handlungen als Minister wieder erkennen werden. Er wird in einer Stunde seinen Antrag an die Nationalversammlung stellen zu Verhandlungen mit Oestreich auf den Grund des Nichteintritts in den Bundesstaat ermächtigt zu werden..... Donnerstag bei der Discussion darüber wird mein Bruder seinen ganzen Plan aussprechen. Damit wird er vorwärts gehen oder sogleich fallen."

Ueber den praktischen Erfolg dieses Vorgehens machte freilich Max v. Gagern selbst sich keine übertriebene Hoffnungen. Er fährt fort:

„Es scheint, daß die Ereignisse drängen, und deswegen muß

eine Entscheidung bald erfolgen. Will Deutschland keine eigentliche Centralregierung, so ist es besser heute als morgen zurückzukehren zu dem Flickwerk, das dann sich noch vielleicht möglich zeigt. Die Majoritäten in der Versammlung sind sehr unsicher, wie die Stimmung in der Bevölkerung. Seit Wien und Berlin wieder auf eigenen Füßen stehen, sind wir hier sehr im Werth gesunken. Die Rathlosigkeit macht nun die Menschen noch verwirrt und feige; es ist also schwer Ihnen sichere Hoffnungen zu geben."

Als Stockmar's Brief vom 3. December in Heinrich Gagern's Hände gelangte, war also das schon vorbereitet, was jener als unmittelbar nothwendig darstellte. Am 15. December trat Schmerling aus dem Reichsministerium aus, Heinrich Gagern bildete dasselbe neu mit dem am 18. verkündeten Programm: daß Deutschland sich als Bundesstaat unter Preußen als erblichem Oberhaupt constituire, Oestreich sich daran nicht betheilige, die beiderseitigen Beziehungen zunächst auf Grund des vorhandenen unauflöslichen Bundes geregelt, die weitere Ausbildung des Unionsverhältnisses zwischen Oestreich und Deutschland der Zukunft vorbehalten werde.

Ein etwas später unter Stockmar's Augen und mit seiner Billigung geschriebener in der Deutschen Zeitung vom 17. Januar 1849 abgedruckter Artikel schildert das Verhalten der öffentlichen Meinung und der Presse Englands in Bezug auf die deutsche Einheitsbewegung.

England und die deutsche Einheit.

Die Engländer sind bekanntlich eine „Krämernation", sie sind Freunde gesetzlicher Freiheit, sie sind praktische, nüchterne Politiker, aber sie haben nicht nur ein starkes, stolzes Gefühl ihrer eigenen Nationalgröße, sondern auch ein Herz für die männliche Freiheit und politische Größe fremder Völker.

Kann man hiernach von dem englischen Volke verlangen, daß

es für die deutschen Zustände überhaupt, und die deutschen Einheitsbestrebungen insbesondere begeistert sei?

Die Krämernation liebt als solche Ruhe und Frieden; der Freund gesetzlicher Freiheit haßt und verachtet nichts mehr als anarchische Zustände; jeder nüchterne Politiker mußte doch gewiß den Kopf schütteln, als er die Bestrebungen mancher deutschen Kammern sah. Können wir verlangen, daß all dies unser politisches Stammeln und Lallen England große Achtung einflöße? Können wir von seiner öffentlichen Meinung im Ganzen und Großen verlangen, daß sie alle Schwierigkeiten, mit denen wir in unserer Entwicklung zu kämpfen haben, gehörig kenne und in Anschlag bringe?

Und nun die deutsche Einheit. Der Engländer sah diese Bewegung auf eine mindestens sehr unregelmäßige Weise beginnen. Das Vorparlament, der Fünfziger-Ausschuß, der Reichsverweser selbst wollte ihm nicht in den Kopf, er mußte fürchten, daß aus solchem, in seinen Augen revolutionären Anfang kein gutes Ende hervorgehe. Daneben gänzliche Rathlosigkeit der Regierungen, Anfeindung der verschiedenen Stämme untereinander. Aus der Nationalversammlung sah John Bull lange nichts Greifbares hervorgehen, er sah sie in der dänischen Sache in's Kriegshorn stoßen, dann wieder nach der andern Seite schwanken; er sah neuerdings frisch ausbrechenden Stammeshader, gänzliche Desorganisation der Parteien, Sonderbündelei der Regierungen, einen Theil der Versammlung für Preußen, und Preußen nicht geneigt, mit diesem zu gehen. Ich möchte den ehrlichen verständigen Deutschen sehen, dem nicht unter diesen Umständen von Zeit zu Zeit einmal alle Hoffnung auf die Einheit geschwunden. Soll da etwa der nüchterne John Bull ein Zutrauen zu der deutschen Einheit fassen, soll er daran glauben, sich dafür begeistern? —

Zu viel Begeisterung freilich dürfte man auch unter anderen Verhältnissen für jetzt von ihm nicht verlangen und erwarten. John Bull ist, wie Sie wissen, ein starker dicker Mann, der sich nichts Geringes einbildet. Nun hört er, daß die 38 deutschen Michel, die

meist so dünn und klein, daß er sie bequem in die Tasche stecken kann, damit umgehen, zusammen einen starken, dicken Michel zu bilden. Das fährt ihm natürlich in die Nase, er braucht einige Zeit sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß diese Kleinen sich aufthun wollen. So sind aber alle starken, dicken, etwas hochmüthigen Leute von jeher gewesen.

Endlich aber darf man der „Krämernation" doch auch nicht verdenken, wenn sie, bei der Gefahr, die ihr von einer protektionistischen deutschen Einheit drohen könnte, dieser letzteren gegenüber, so lange sie noch ungeboren, sich etwas frostig und zurückhaltend bezeigt.

Die öffentliche Meinung Englands ist also nicht begeistert für die deutsche Einheit. England hat seine Zweifel, ob Germania diesmal wirklich guter Hoffnung sei. Es betrachtet aber doch mit einigem Mißbehagen die Möglichkeit, daß ein starker Mann geboren werde, der in Europa ein Wort mitzusprechen haben möchte, und seine Grenzen dem englischen Gewerbfleiß verschließen könnte. Und das Alles kann man England gerechterweise nicht verdenken, man muß es natürlich finden.

Unrecht aber, meiner Ueberzeugung nach, thut man der öffentlichen Meinung Eglands, wenn man glaubt, daß sie geradezu feindselig oder leidenschaftlich erbittert gegen die deutsche Einheitssache sei. Man hat seine Zweifel, seine Besorgnisse, nicht aber entschiedenen Widerwillen und Abneigung.

Man könnte sich in dieser Hinsicht in Deutschland leicht durch die Stimmung der englischen Blätter, besonders der Times und des Morning Chronicle irre führen lassen. Es ist eine Vorstellung, die man oft bei uns antrifft, die Times zumal repräsentire die wahre öffentliche Meinung Englands und der Chronicle sei das Organ Palmerston's. Das Wahre ist, daß beide Zeitungen sehr verschiedenartigen Einflüssen zugänglich sind. Sie sind die willigen Dienerinnen der öffentlichen Meinung und außerdem noch von Diesem

und Jenem. In der innern Politik errathen sie mit schlauem Instinct, woher der Wind wehen wird, oder sie warten klüglich ab, bis er anfängt zu wehen; mitunter verrechnen sie sich auch, und dann wird frisch umgesattelt. In der auswärtigen Politik sind sie die Freundinnen von Diesem und Jenem. Denn im Allgemeinen bekümmert sich das englische Volk nicht sehr viel darum. In diesem Augenblick nun wird die äußere Politik beider Zeitungen, abgesehen von gelegentlichen continentalen Lufthauchen, von den torystischen Gegnern Palmerston's eingeblasen, und es ist oft erbaulich, wie an einem und demselben Tage beide Blätter das Eingeblasene so einträchtiglich wieder in die Welt hinausblasen. Aus dem Gesagten erhellt und wird sogleich noch mehr erhellen, warum man Deutschland gegenüber einen so boshaften, höhnischen und unverschämten Ton angeschlagen hat. Es ist ja kein sehr tiefes Geheimniß, wer die Verfasser der Leitartikel über das Auswärtige in jenen Blättern sind. Doch genüge es zu sagen: sie sind in ihrem eigenen Land nicht wichtig und nicht geachtet genug, als daß wir Deutsche uns durch sie die Galle sollten erregen lassen.

Die englischen Blätter also dürfen uns über die öffentliche Meinung nicht irre machen. Sie ist uns, wiederhole ich, im Ganzen nicht feindselig. Ja ein großer Theil der gebildeten Klasse ist uns sogar entschieden freundlich gesinnt.

Hier hat die eigene Anschauung, die Bekanntschaft mit Deutschland und seinen Bewohnern, seiner Literatur und Kunst ein Gefühl der Verwandtschaftlichkeit, der gemüthlichen Theilnahme für uns hervorgerufen. Wie sehr aber selbst die große öffentliche Meinung fähig ist uns auch politisch anzuerkennen, wo wir es verdienen, das hat die Art und Weise gezeigt, wie der vereinigte Landtag Preußens in England gewürdigt wurde. Der Beifall, die aufrichtige Sympathie, waren allgemein und einstimmig. Zeigen wir erst einmal der Welt die Einigkeit, von der wir so viel gesprochen, zeigen wir überhaupt Kraft und Besonnenheit, gründen wir eine männliche gesetzliche Frei-

heit, bauen wir eine starke Einheit, und das englische Volk wird das erste sein, uns mit freudigem Zuruf zu begrüßen.

Am Schluß des Jahres hatte Stockmar wiederholt seine in dessen Lauf befolgte deutsche Politik gegen die ihm Seitens einiger seiner hohen Gönner gemachten Vorwürfe zu vertheidigen.

An den einen derselben schreibt er am 8. December:

„Da wir seit 1848 im Februar in unseren politischen Ansichten abweichen, so nehme ich Verketzerungen von Ihrer Seite als gegeben an, selbst wenn Sie sich in Acht nehmen sich ganz offen gegen mich auszusprechen. Die Wahrheit ist: wir nehmen gegenwärtig zwei verschiedene Standpunkte in der Politik ein. Den Ihrigen glaube ich genau bezeichnen zu können: es ist ein rein dynastischer, in dem die Mittel zur Abhülfe unserer politischen Uebelstände nicht zu finden sind. Der meinige könnte Ihnen ohne besondere Erklärung von meiner Seite kaum recht deutlich sein, die nur mündlich durch Rede und Gegenrede zu geben ist."

Ausführlicher spricht er sich in einem Brief an einen andern hohen Herrn aus. Wir theilen die Stelle ganz mit, weil sie eine übersichtliche Zusammenfassung der politischen Ansichten und Wirksamkeit Stockmar's im Jahr 1848 gewährt.

„Was man Ihnen über meine jüngste politische Thätigkeit seit Februar 1848 gesagt haben mag, kann ich natürlich nicht wissen. Ich muß jedoch annehmen, daß Sie viel Ungegründetes darüber gehört, denn ich habe in neuester Zeit zahlreiche Beweise gehabt, daß eine Menge Politiker zum Behufe ihrer eigenen Absichten einen höchst willkürlichen Gebrauch von meinem Namen machten. So wurde ich in englischen, russischen, östreichischen, preußischen, deutschen Berichten citirt, gerade wie jeder Berichterstatter es für gut fand. Man berichtete Dinge, die ich Dem oder Jenem gesagt, oder die ich gethan haben sollte und die ich in der That entweder gar nicht gesagt und

gethan hatte, oder doch in ganz anderer Weise. Das alles ist in gegenwärtigen Zeiten natürlich, erklärlich und deswegen habe ich kein Recht mich darüber zu beklagen. Dagegen kann ich mit Wahrheit versichern, daß meine Worte und Handlungen während dieser Periode vollkommen mit folgenden Maximen übereinstimmen:

1. Aufrechthaltung der constitutionellen Monarchie als besten Ankers gegen Anarchie. —

2. Consolidation Deutschlands unter preußischer Hegemonie, nach dem Grundsatze, daß wenn dem größten Staate nicht auf legale Weise der Rang, der ihm gebührt, eingeräumt wird, man ihn dadurch veranlaßt, sich jenen durch die Natur der Dinge gegebenen Rang, auf dem factischen Wege zu verschaffen, d. h. durch nicht erlaubte Mittel zum Nachtheil des Ganzen. —

3. Consolidation Oestreichs als Separatstaat, der mit Deutschland durch enge Allianz zu vereinigen ist. —

4. Die Reconstruction Deutschlands wird theilweise bedingt von einem schleunigen und billigen Frieden mit Dänemark. —

5. Deutschlands Wohlfahrt und Unabhängigkeit verlangen, daß die Händel mit Italien auf eine für dieses annehmbare und billige Weise geschlichtet werden.

Der Unparteiische wird in dem Voranstehenden schwerlich etwas Republikanisches oder gar Revolutionäres finden. Allein es ist doch etwas darinnen, weswegen ich erklärlicherweise vielfach verketzert oder verleumdet wurde. Ich wollte ja Preußen obenan stellen; das konnte ich nicht wollen ohne Preußen über die übrigen Fürsten zu stellen, ergo war ich antimonarchisch, ergo republikanisch, ergo revolutionär. Ich aber sage: daß ich Preußen obenanstelle, fließt aus der Beschränktheit meines politischen Verstandes. Ich sehe keinen andern Ausweg. Sollte sich jemand finden, der mir eine bessere, ausführbare Möglichkeit zeigt, unsere demokratische Sündfluth wieder einzudämmen, so stehe ich sogleich von Preußen ab und setze mit gleicher Bereitwilligkeit den Fürsten von Liechtenstein an die Spitze. Denn

daß man 38 äußerst demokratische constitutionelle Monarchien durch einen Präsidenten oder ein Directorium zusammenhalten könne, hieran glaube ich nicht, und deswegen bestehe ich auf einer monarchischen Spitze. Ein demokratischer Fürstenbund, eine Fürstenrepublik ist mir Unsinn und Elend, wie unser zu Grabe getragener Bund hinlänglich bewiesen hat. Ein Bund, in welchem sich Riesen, starke Männer, und schwache kleine Kinder zu gleichen Rechten und Pflichten vereinigen, wird in unseren Tagen als Utopie erkannt."

Dreiundzwanzigstes Capitel.

Italiänische und deutsche Dinge 1848 bis 1849.

In dem vorstehenden Briefe, sowie in dem Schreiben an H. Gagern vom 3. December wird die östreichisch-italiänische Frage flüchtig erwähnt. Wir wollen über dieselbe, ehe wir von dem Jahre 1848 scheiden, aus den Briefen Stockmar's noch einige Auszüge zusammenstellen, die theils wegen der Thatsachen, theils wegen der Ansichten, die sie enthalten, Aufmerksamkeit verdienen.

Wir erinnern zuvörderst daran, daß die Bedrängniß der östreichischen Regierung durch Revolution, Aufstand und Feindesgewalt im Mai 1848 ihren Höhepunkt erreichte, daß auch in Italien die Fortschritte Sardiniens im Mai culminirten. Die Folge war die Mission des Herrn v. Hummelauer nach London, der auf dem Wege dahin Frankfurt berührte und Stockmar aufsuchte.

Hummelauer, Rath im Auswärtigen Ministerium zu Wien, war seit Jahren mit Stockmar genau bekannt, der den erfahrenen und unterrichteten Mann sehr schätzte. Ein Hauptgegenstand ihres mündlichen und schriftlichen Verkehrs pflegten bis dahin die Angelegenheiten der katholischen Kirche in England und Irland und die Be-

ziehungen der engliſchen Regierung zum heiligen Stuhl zu ſein. Hummelauer war ein eifriger und einflußreicher Katholik und Stockmar fand bei Solchen leicht Vertrauen, weil er, obſchon dem Namen nach Proteſtant, doch von den Satzungen jeder poſitiven Religion frei, die Anſprüche der Katholiken unparteiiſch und vom rein politiſchen Standpunkt zu würdigen wußte. Aber jetzt ſtanden die rein ſtaatlichen Intereſſen im Vordergrunde und um dieſe drehte ſich in Frankfurt die Unterhaltung der Freunde.

Stockmar ſchreibt am 21. Mai 1848:

„Die innern Zuſtände in Oeſtreich ſcheinen troſtlos. Hummelauer, der hier durch nach London eilte, ſagte mir, daß man in Wien im eigentlichſten Sinne rath- und thatlos ſei. Nirgends zeige ſich eine einzige Capacität. Die meiſte Schuld an den jüngſten Fehlern mißt er den Erzherzögen bei. Die Unfähigkeit Ficquelmont's ſei über allen Begriff geweſen. Von Weſſenberg hofft er Beſſeres. Das Feuer, das die öſtreichiſche Regierung am meiſten brennt, iſt der Kriegszuſtand mit Sardinien und die drohende Einmiſchung der Franzoſen in die italiäniſchen Angelegenheiten. Dieſen Uebeln zu begegnen ſoll er die engliſche Mediation anrufen, um einen Frieden zwiſchen Oeſtreich und Italien auf die annehmlichſten Bedingungen für das letztere zu Stande zu bringen. Zu dem Ende giebt ihm ſeine Vollmacht den größten Spielraum. Gelingt dieſer Verſuch nicht, ſo will Oeſtreich, nach Hummelauer's Ausſage, folgende Politik einhalten. Es will durch die ſtärkſten militäriſchen Stellungen an der Tyroler Grenze und am Iſonzo, um Trieſt mit Iſtrien decken zu können, eine Defenſive behaupten, und ganz Italien freigeben; ſelbſt Frankreich ſoll von Oeſtreich aus dann geſtattet werden, auf die italiäniſchen Staaten, Rom und Neapel, einen Einfluß zu üben, welchen es nur wolle. Sogar Verlegenheiten, die Frankreich Deutſchland am Rhein bereiten würde, ſollen nicht hinreichend ſein, Oeſtreich

aus dieſer nur auf eigene Vertheidigung berechneten Haltung herauszulocken. Indem es glaubt ein Reich neu gründen zu müſſen, was zum erſtenmal ſeinen alten Namen verherrliche, will es Ungarn zum Kern des neuen Staates machen und nöthigenfalls die Reſidenz dorthin verlegen. Da Ungarn die Dynaſtie behalten will, ſo hofft man auf dieſe Weiſe unter ihr die übrigen Lande gruppiren und ihnen den nöthigen Verband geben zu können. Hummelauer ſieht eine Vereinigung der deutſchen Provinzen Oeſtreichs mit Deutſchland für unmöglich an, erzählt jedoch von einer in denſelben beſtehenden republikaniſchen Partei, welche die Dynaſtie los zu werden wünſche und in der vollſtändigen Losreißung von Oeſtreich das Mittel hierzu erſehe. . . . Aus Allem, was mir Hummelauer ſagte, ging hervor, daß die öſtreichiſchen Miniſter auf ruſſiſche Allianz und Beiſtand zählen, daß ſie gar keine aufrichtige Sympathie für Deutſchland haben, ja ſelbſt die Geneigtheit Englands ſich durch commerzielle und finanzielle Hinderniſſe zu verſchaffen wünſchen, die aus ihrer neuen Politik für Deutſchland hervorgehen ſollen."

Es iſt bekannt, daß Hummelauer in London zuerſt am 23. Mai die engliſche Vermittlung auf der Baſis anrief, daß Lombardo-Venetien eine ſelbſtändige nationale Verwaltung mit einem italiäniſchen Miniſterium in Wien und einem Erzherzog als Vicekönig erhalten ſolle. Da Palmerſton dieſe Vermittlungsbaſis ungenügend fand, ſo modificirte Hummelauer am 24. Mai ſeinen Vorſchlag dahin, daß 1) die Lombardei aufgegeben und ihrer eigenen Selbſtbeſtimmung überlaſſen werden und 2) das nach dem früheren Vorſchlag für Lombardo-Venetien proponirte Verhältniß für Venetien allein Platz finden ſolle. Das engliſche Cabinet erklärte indeß auch auf dieſer Baſis nicht vermitteln zu können und verlangte, der Vorſchlag vom 24. Mai möge dahin erweitert werden, daß noch ein Theil des Venetianiſchen, über den die Betheiligten ſich zu einigen hätten, zu der Lombardei geſchlagen werde. Hierüber und in Folge des Widerſtands, den die öſtreichiſche Militärpartei der Politik der Nachgiebigkeit entgegenſetzte,

zerſchlug ſich die engliſche Mediation. Im Juli entſchieden die Waffen für Oeſtreich. Am 9. Auguſt wurde der Waffenſtillſtand mit Sardinien geſchloſſen.

Stockmar war und blieb gleichwohl der Meinung, daß Oeſtreich den Status quo ante in Italien auf die Länge nicht zu behaupten vermöge und daß es daher in ſeinem eigenen Intereſſe ſei, das nicht zu Behauptende *jetzt* aufzugeben, wo es noch verhältnißmäßig günſtige Bedingungen zu erlangen hoffen dürfe.

Er ſchreibt am 9. September:

„Daß Oeſtreich nach Wiedereroberung der Lombardei ein vollſtändiges Recht habe, ſeinen bisherigen Territorialbeſitz in Italien zu behaupten, kann Niemand läugnen. . . . Ob es aber eine gute, nachhaltige Politik ſein werde, den Status quo ante feſthalten zu wollen, iſt eine andere Frage. Die Verträge, das formelle Recht können hier nicht entſcheiden. Selbſt vor dem Ausbruch des italiäniſchen Kriegs brauchte Oeſtreich zur Aufrechthaltung ſeiner Suprematie in Italien eine ſtehende Armee von 40,000 Mann. Welche Armee wird es nun unter erſchwerten Umſtänden brauchen? Wird es ſich nicht Jahr aus Jahr ein an moraliſchen und materiellen Mitteln zur Wahrung ſeiner Stellung in Italien *erſchöpfen* müſſen? Werden die italiäniſchen Provinzen einen wahren Zuwachs an Macht und Einfluß gewähren?“

Und am 7. December:

„Ich muß glauben, Oeſtreich werde in Zukunft geſünder, kräftiger und ruhiger in der europäiſchen Geſellſchaft beſtehen, wenn es die Lombardei aus ſeinem ſtaatlichen Verband ſcheiden läßt und in ein Verhältniß zu ſich ſetzt, welches auf den natürlichen gegenſeitigen Bedürfniſſen Deutſchlands und Italiens ruht. Es laſſen ſich in

dieſer Hinſicht verſchiedene Modalitäten denken. Oeſtreich hat es jetzt in ſeiner Hand die Modalität zu erlangen, die ihm als Staat die vortheilhafteſte dünkt."

Oeſterreich war aber, begreiflich genug, von der Politik der Selbſterkenntniß und Reſignation weit entfernt. Seit ſeinen Siegen dachte es nur an Wiederherſtellung der früheren Zuſtände in Italien. Nur widerſtrebend hatte es nach dem Waffenſtillſtand die engliſch-franzöſiſche Vermittlung angenommen, dann aber unter verſchiedenen Vorwänden den Eintritt in die Verhandlungen hinausgezögert bis endlich im Februar Graf Colloredo in London erſchien um die Vergeblichkeit einer Vermittlung darzuſtellen, im März Sardinien den Waffenſtillſtand kündigte und am 23. deſſelben Monats die Schlacht von Novara die öſtreichiſche Herrſchaft in Italien für die nächſten 10 Jahre wiederherſtellte.

Ueber den Fortgang der italiäniſch-öſtreichiſchen Verwicklungen im Jahr 1849 enthält ein Brief Stockmar's vom 19. Februar 1849 weitere intereſſante Thatſachen und Betrachtungen.

„Geſtern Abend hörten wir, daß Graf Colloredo von Ollmütz mit dem Auftrage hierher komme, den Wunſch auszuſprechen, Palmerſton möge auf die Ausführung der engliſch-franzöſiſchen Mediation verzichten. Iſt dem ſo, ſo iſt dies wohl ein deutliches Zeichen, daß ſich die öſtreichiſche Politik durchaus auf die im Frühjahr 1847 mit Rußland geſchloſſene Convention ſtützt. Es iſt kein Zweifel, daß dieſe Convention abgeſchloſſen wurde, als alle von Petersburg und Wien in Berlin angewandten Mittel den König von Preußen nicht abhielten, den erſten vereinigten Landtag zu berufen. Die vorausgegangenen Ereigniſſe in Galizien, die gemeinſame Vernichtung der Republik Krakau hatte bereits zu jener Zeit Oeſtreich ſo abhängig von Rußland gemacht, daß Hummelauer mir 1846 ſagte: „Gott ſei Dank, daß Rußland uns jetzt mehr als früher influencirt; denn ohne Rußland gäbe es jetzt ſchon keinen öſtreichiſchen Staat mehr."

„Leider habe ich bis jetzt nicht erfahren können, was jene Convention enthält. Hier weiß man es auch nicht. Daß sie jedoch wirklich existirt weiß ich aus guter Quelle. Unter solchen Umständen ist zu erwarten, daß Oestreichs Politik in Italien und Deutschland eine russische Färbung tragen werde. . . . Als Deutscher beklage ich die östreichische Herrschaft in Italien deswegen, weil sie die italiänischen Provinzen schwerlich behaupten kann, ohne die Präponderanz der ersten Macht in ganz Italien auszuüben. Dies kann aber nicht geschehen ohne ein Verhältniß fortwährender Rivalität mit Frankreich, welche dem östreichischen Cabinet eine unausgesetzte politische Rücksichtnahme gegen Frankreich aufdrängt, die wiederum einem aufrichtigen treuen Bundesverhältniß zu Deutschland irrend und verführend im Wege sein wird. Was haben wir von einem Oestreich zu erwarten, welches, nachdem es sich Italien und Ungarn mit Gewalt unterworfen hat, zur dauernden Behauptung dieser Länder rechts mit Rußland, links mit Frankreich schön thun muß?"

„Die Idee eines größeren Königreichs im Norden von Italien hat Oestreich mehr genützt als eine Hülfsarmee von 50,000 Mann. Niemand wird bezweifeln, daß es im Frühjahr 1848 der jungen französischen Republik schwer gewesen wäre das Schwert für die Italiener zu ziehen, aber ebensowenig ist zu läugnen, daß der Gedanke nicht selbst zur Schöpfung einer ihnen verhaßten politischen Macht beitragen zu wollen, sehr viel dazu mitwirkte die Franzosen von einer Intervention in Italien abzuhalten. Auch war es jene Idee des norditaliänischen Königreichs, die hauptsächlich die extreme von der gemäßigten Partei in Italien trennte, und so dort eine Uneinigkeit und Schwäche erzeugte, die den Oestreichern äußerst willkommen und nützlich war. Jetzt, wo selbst Palmerston nicht mehr daran denkt sie zu einem Verzicht auf den kleinsten Theil ihrer italiänischen Besitzungen zu bereden, scheint Frankreich fortwährend geneigt, sich der Einmischung zu enthalten, so daß Oestreich mehr und mehr in dem Glauben bestärkt wird, diese Friedfertigkeit rühre nur von der gänzlichen

Ohnmacht der Republik her. Doch möchte ich warnen sich nicht zu sehr auf diesen Glauben zu verlassen. Daß Frankreich jetzt keinen Krieg will, begreife ich vollkommen, nicht aber, daß es keinen Krieg machen könnte, wenn es wollte. Und der Wille kann ihm über Nacht kommen. Welcher Politiker, der die Natur der Franzosen kennt und die aus ihrer jetzigen Regierungsform hervorgehenden Gefahren richtig beurtheilt, möchte es wagen zu versichern, daß Europa für die nächsten 6 Monate durchaus keine Gefahr von Frankreich drohe?"

Der Verlauf der Dinge in Italien war eine Niederlage für Lord Palmerston, der die Bewegungspartei in ganz Italien und insbesondere die Bestrebungen zur Herstellung eines norditaliänischen Königreichs durch die ihm zu Gebote stehenden Mittel: Worte, Argumente und Einfluß eifrigst unterstützt und sich dadurch zur Bête noire der continentalen Regierungen gemacht hatte, denen er schon durch seine Politik in Betreff der spanischen Heirathen, Krakaus und des Schweizer Sonderbunds unliebsam genug war.

Die continentalen Politiker freuten sich denn herzlich des Mißerfolgs, den er gehabt. Aus diesem Anlaß spricht sich Stockmar in zwei Briefen vom Februar und März über die Politik Palmerston's mit der ihm eigenen Gerechtigkeit aus.

1. Februar 1849.

„Palmerston's Collegen waren in den letzten Wochen mehr als früher besorgt geworden. Man hatte wohl die Absicht und den Wunsch ihn los zu werden, aber nicht den Muth der Ausführung. Wie es auch in abstracto mit der Rechtfertigung seiner Politik aussehen mag, in concreto hat er auf jeden Fall Unrecht, denn seine Voraussetzungen sind nicht eingetroffen und er hat daher Mangel an Erfolg in allen Ecken. Ich habe mir in neuester Zeit viele Mühe gegeben, die Politik des Mannes seit Februar 1848 in ihren Haupt-

zügen zu begreifen und glaube in den folgenden Sätzen einiges Licht darüber verbreiten zu können."

„A. Grundmaxime, in welcher er von allen seinen Collegen aufrichtig unterstützt wird, ist: Englands politischen Einfluß nach außen niemals zur Unterdrückung der Regierten durch die Regierer zu verwenden."

„B. Er sah die Crise in Italien kommen, hoffte durch Zureden von den Regierungen zeitige, mäßige Concessionen, von den Völkern Mäßigung und dankbare Annahme des Gebotenen zu erlangen. Daher die Mission Lord Minto's nach Italien im Herbst 1847."

„C. Minto erlangte weder das Eine noch das Andere. Da er mit der Volkspartei Zusammenhang hatte, so war er von Anfang an den Regierungen verdächtig, sie (vorzüglich Oestreich), betrachteten ihn als ihren größten Feind. Auf der anderen Seite konnte er die liberalen Führer weder zur Mäßigung vermögen, noch sonst leiten, sondern nur ihre Hoffnung auf einen Beistand Englands steigern, welchen das englische Cabinet weder geben wollte noch konnte."

„D. Von dem Augenblick an, wo das östreichische Regiment in Italien und das der neapolitanischen Regierung in Sicilien gefallen war, hielt Palmerston das Wiederauferstehen beider für unmöglich und führte seine englische Politik, als wenn nunmehr kein Mensch das Entstehen eines großen Königreichs im Norden von Italien und die Trennung Siciliens von Neapel hindern könne."

„E. In diesem Glauben wurde Palmerston nicht nur durch seine eigenen diplomatischen Agenten in Italien, sondern auch durch die gänzliche Muthlosigkeit des östreichischen und mehrerer italiänischer Cabinette bestärkt."

„F. Vom Februar bis Ende Juni war die Hauptfurcht aller Staatsmänner, die mit Italien zu thun hatten, die vor einer französischen Intervention. Man darf nicht übersehen, daß Palmerston wirklich der Meinung war, er könne auf Frankreich nur dadurch erfolgreich wirken, daß er sich in seiner auswärtigen Politik als Freund

der Kämpfer für nationale Unabhängigkeit erweise. Ob die Franzosen es je mit der Intervention ernstlich meinten, ist allerdings eine andere Frage. Allein die Wahrheit verlangt anzuerkennen, wie das Glas in Frankreich damals so voll war, daß der geringste Stoß es hätte überfließen machen. Und Palmerston hat nicht nur diesen Stoß sorgfältig vermieden, sondern alles gethan, wodurch er einer Intervention zu entgehen glauben durfte."

„G. Palmerston mag allerdings geglaubt und gewünscht haben, durch seine Politik gegen Frankreich und Italien Louis Philipp, Guizot und Metternich die empfindlichste Lection zu geben. Jetzt freilich, après coup, sieht es aus, als wenn er einen großen Fehler begangen, daß er im Mai, wo Oestreich Hummelauer hierher schickte und froh gewesen wäre die Linie der Etsch zu behalten, auf dessen Vorschläge einzugehen versagte" *).

„Seit 8 Tagen finden sich Zeichen ein, daß auf Zureden oder Drohungen seiner Collegen Palmerston versprochen hat to become a good boy (sich artig zu betragen). Lady Palmerston sagte gestern: „es ist scharmant, es behält Jeder was er hat." Auch willigt Palmerston endlich in die Versetzung seiner unliebsamsten Agenten. Der spanische Bulwer geht nach Amerika, Lyons nach der Schweiz und der sehr milde Wyse dafür nach Griechenland. Es ist daher zu hoffen, daß wir von nun an in eine Politik einlenken, die Englands würdiger und der Welt nützlicher sei."

Derselbe Brief geht dann von Italien in natürlicher Gedankenverbindung auf Rußland und Oestreich über.

„Nunmehr wird sich die russische Politik wieder aus der Coulisse auf die Bühne begeben und in allen und jeden europäischen Staatsactionen mitspielen wollen. Man muß sagen, die Russen haben ihren ersten Act vom Februar bis heute vortrefflich gespielt. Doch

*) Gewiß war dies ein Fehler Seitens Palmerston's, obschon es anderseits sehr fraglich ist, ob Sardinien von seinen bisherigen Erfolgen berauscht damals die östreichischen Vorschläge angenommen haben würde.

war er auch, Dank der deutſchen Dummheit, verhältnißmäßig leicht. Der zweite wird ſchwerer ſein. Wenn mir Hummelauer ſchon im Jahre 1846 ſagte: „„Ohne Rußland hätte Oeſtreich bereits zu exiſtiren aufgehört,““ wie wird es damit jetzt, drei Jahre ſpäter, ſtehen?“

„Sie haben gutes Zutrauen zu Oeſtreichs Reſurrection. „Die Armee!“ Ja wenn ſie nur ohne Steuern erhalten werden könnte und wenn dieſe Steuern nicht von Parlamenten votirt werden ſollten! Die Unterjochung von Italien und Ungarn iſt möglich, aber läßt ſie ſich als dauernder Zuſtand denken? Die Hauptſache bleibt für die Regierungen immer regierbare Völker zu haben. Wie es bei den Ungarn ausfallen werde, will ich nicht vorherſagen, daß jedoch Radetzky die Italiener zu guten Oeſtreichern machen werde, iſt mir unwahrſcheinlich. Die Unterwerfung und Behauptung Italiens, die Verwandlung Ungarns in eine Provinz erheiſchen abſolut, daß Oeſtreich ſich ſolidariſch mit Rußland verbünde. Wie dieſe Allianz mit Oeſtreichs Anſprüchen an Deutſchland in Einklang zu bringen ſei, iſt mehr als ich zu begreifen vermag.“

Ueber Palmerſton's Politik verbreitet ſich noch ein zweiter Brief vom 7. März.

„Sein Steckenpferd iſt: Conſtitution überall! und, um hierzu zu gelangen, Unterſtützung der Demokratie, wo dieſe auftritt und ihren Antheil an der Regierung verlangt! In dieſer ſeiner Vorliebe haben ihn die neueſten Ereigniſſe beſtärkt. Er ſagte mir neulich: „„Republik iſt eine ſchlechte Regierungsform, conſtitutionelle Monarchie iſt beſſer, doch kömmt auch bei ihr viel darauf an, wer regiert. Wird ehrlich regiert, ſo bewährt ſich dieſe Form, wie z. B. in England und Belgien, wo allein die geſetzliche Ordnung ſich erhielt, während ſie in allen anderen Staaten zerfiel.““

„An jene erſte Maxime reih't er eine andere. Sie heißt: „„Sociale Umwälzungen werden nur dann möglich, wenn das politiſche Gebäude vollkommen baufällig geworden iſt.““ Die Urheber der ſocialen Revolutionen ſind nach ihm diejenigen Regierungen,

welche sich weigern das schadhaft gewordene Haus zur rechten Zeit auszubessern. Er behauptet, in diesem Sinne habe er in den letzten Jahren viele Regierungen dringend ersucht zeitgemäße Concessionen zu machen, um den politischen Umsturz und die daraus nothwendig folgende sociale Revolution zu vermeiden."

„Wenn ich nun auch der Meinung bin, unser Mann werde grundsätzlich derselbe bleiben, so hege ich doch zu gleicher Zeit die Hoffnung sein praktischer Sinn werde ihn vermögen, von nun an in der Anwendung seiner Theorie mit mehr Vorsicht und Mäßigung, vielleicht auch Billigkeit, zu verfahren. An ihm wird recht wahr, daß, wer keinen Erfolg hat, für Gegner und Feinde nicht zu sorgen braucht. In- und Ausland klagt ihn an und verdammt ihn, in Dingen, wo er wirkliche Schuld, und in Dingen, wo er gar keine hat."

„Ich klage ihn in Bezug auf seine Praxis desselben Fehlers an, den auch Pitt gemacht hat und der seinen Hauptsitz in mangelhafter Kenntniß des continentalen Europa's hat. Weil gewisse Dinge in England möglich, ausführbar und wünschenswerth sind, sollen sie es nach ihm auch in Italien u. s. w. sein. Nun ist aber der Lombarde, der Sizilianer u. s. w. vieles, nur kein Engländer; daher die Fehlgriffe und Enttäuschungen."

„Gegen Belgien und seinen König ist Palmerston sehr wohl gestimmt, denn in dem Gelingen des dortigen Experiments, in dem Erfolg des Königs Leopold sieht er den augenscheinlichsten Beweis für die Richtigkeit seiner eigenen politischen Grundsätze. Es ist seine Ueberzeugung, daß wenn die ministeriellen Verhältnisse in Belgien im Februar 1848 gewesen wären, was sie im Jahre 1846 waren*), Belgien unaufhaltsam in den Strudel der französischen Revolution gezogen und, zeitweilig wenigstens, in eine Republik verwandelt worden sein würde. Er stellt daher das Benehmen des Königs zum

*) Im Jahre 1847 war nämlich an die Stelle des katholischen Ministeriums von de Theux die liberale Verwaltung von Rogier getreten.

Muſter auf, und ſagt in Bezug auf viele der jetzigen Regenten: „„ſo gut wie dieſer zur rechten Zeit die Tendenz der öffentlichen Stimme ſeines Landes verſtehen und ſich danach richten konnte, ſo gut könnt Ihr es auch. In Folge ſeiner Einſicht und Geſinnung änderte der König ſein Miniſterium ſchon im Jahre 1847, und rettete auf dieſe Weiſe nicht nur Belgien, ſondern die Möglichkeit des Friedens, der für England, Frankreich gegenüber, andernfalls ſchwerlich zu erhalten geweſen ſein würde, da England der Garant der Selbſtändigkeit Belgiens iſt und dieſe Selbſtändigkeit ſo ſehr in Englands Intereſſe liegt, daß es ſelbſt in unſern friedliebenden Zeiten, bei Bedrohung derſelben, den Krieg nicht hätte vermeiden können.““

„Derſelben Meinung iſt auch Lord John Ruſſell, der in einem Memorandum ausdrücklich ſagt: wir werden den Frieden auf jeden Fall zu erhalten ſuchen, ausgenommen wenn Frankreich Belgien angreift. Ein ſolcher Entſchluß, von einem ſchwachen Whigminiſterium ausgeſprochen, in einer Zeit, wo das Parlament bis zur Ehrloſigkeit friedliebend iſt, bleibt bemerkenswerth.“

Wir kehren nun zu den deutſchen Angelegenheiten zurück.

Bunſen, im Auguſt 1848 auf ſeinen Poſten in London zurückgekehrt, hatte nicht abgelaſſen in dem Briefwechſel mit ſeinem König dieſen für ſeine deutſchen Pläne zu bearbeiten. Der König, ſeiner Gewohnheit nach, ging einen Schritt vor, um dann wieder, unter anderen Einwirkungen einen Schritt zurück zu thun. Im December 1848 hatte er Bunſen nach Berlin berufen und es war dieſem gelungen, die Circularnote vom 23. Januar 1849 durchzuſetzen, wodurch Preußen die deutſchen Regierungen zu einer Verſtändigung mit Frankfurt aufforderte, was einem Eingehen auf den Gagern'ſchen Plan gleich kam. Bunſen's Freude über den Erfolg konnte keine ungemiſchte ſein, denn wenn man ſeinen merkwürdigen Bericht (Leben II, S. 490) über die Unterredung mit dem König lieſt, in der dieſer ſeine Zuſtimmung zur Circularnote gab, ſo bekommt man den Eindruck, daß Friedrich Wilhelm entweder über

die Conſequenzen jenes Schrittes nicht klar war oder ſich vorbehielt keine Conſequenzen daraus zu ziehen.

Bunſen ging zunächſt nach Frankfurt um ſich mit dem Reichsminiſterium über die ſchleswig-holſtein'ſche Sache und die fernere Behandlung der deutſchen Angelegenheit zu benehmen.

Wenige Tage, nachdem er Frankfurt verlaſſen, ſchrieb

Heinrich Gagern an Stockmar.

14. Februar 1849.

„ .... Ihr Brief war mir ungemein lehrreich .... Bunſen ſprach mir auch ſeine Anſicht aus, die ſchon lange die meinige iſt, daß ich Ihnen das Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten anbieten möge; vielleicht, daß Sie es jetzt nicht zurückwieſen. ... Ich erkläre nun auf das Beſtimmteſte, daß ich jeden Augenblick bereit bin es in Ihre Hände abzugeben, wenn Sie es unter dem Reichsverweſer noch zu verwalten ſich entſchließen können und in der Perſon des Reichsverweſers und Ihrem Verhältniß zu ihm kein Hinderniß ſehen. . . ."

„Die politiſche Lage hier läßt ſich in folgenden Sätzen zuſammen faſſen:

„Wir hoffen, jedoch nicht ohne Beſorgniß, daß der König von Preußen auf der neu eingeſchlagenen Bahn verharren werde."

„Die preußiſchen Stände werden überwiegend deutſch ſein. Der Prinz von Preußen iſt entſchieden und feſt für uns. Ich fahre fort von Oeſtreich zu verlangen, über ſein künftiges Verhältniß zu Deutſchland zu unterhandeln."

„Wir hoffen es hier durchzuſetzen, auch gegen den Widerſpruch Oeſtreichs und der 4 Könige den Bundesſtaat zum Abſchluß zu bringen, im Weſentlichen nach den bekannten Verfaſſungsſätzen, ohne Oeſtreich, mit 1, 2, 3 oder 4 der anderen Könige. Wer einſtweilen draußen bleiben will, mag es auf ſeine Gefahr thun."

„In den nächſten Wochen wird mit der zweiten Leſung des Verfaſſungsentwurfs begonnen werden. Die Bevollmächtigten der kleineren Staaten haben ſich mit dem preußiſchen (Camphauſen), zu einer gemeinſchaftlichen Expoſition ihrer Deſiderien über das Verfaſſungswerk geeinigt. Camphauſen iſt von der beſten Geſinnung und Entſchiedenheit, hat aber noch keine volle Zuverſicht auf den Erfolg. Bunſen iſt mit den beſten Dispoſitionen von hier abgereiſt."

„Kommen Sie zu meiner Unterſtützung, ich bedarf derſelben und ſeien Sie von meiner hohen Verehrung überzeugt.

H. Gagern."

Am 11. Februar war indeß Bunſen nach Berlin zurückgelangt. Er berichtet a. a. O. S. 496, daß er dem König ſofort ſeine Gedanken über die weitere Verfolgung der durch die Circularnote vom 23. Januar eingeſchlagenen Bahn ſchriftlich mitgetheilt. „Der König," erzählt er, „antwortete mir umgehend .... er werde nichts von dem allen thun, — der Weg, den man eingeſchlagen, ſei ein Unrecht gegen Oeſtreich, — er wolle mit dem Fortführen einer ſo abſcheulichen Politik nichts zu thun haben, ſondern überlaſſe ſie dem Miniſterium!! — aber, komme die perſönliche Frage, dann werde er als Hohenzoller antworten, um als ehrlicher Mann und Fürſt zu leben und zu ſterben. — Ich erfuhr alsbald den Commentar von den Miniſtern; bald nach der Abreiſe (Bunſen's) war der König gänzlich umgeſchlagen; ein geheimer Briefwechſel mit Olmütz ward durch —— fortgeführt.... Ich bewältigte den Schmerz .... ich ſchied (vom König) mit Thränen, ſchweigend, ſchweren Herzens."

Und doch war das Nein! des Königs auf die ihm von den Deutſchgeſinnten angerathene Politik auch wieder kein entſchiedenes Nein! vielmehr dauerte das Schwanken zwiſchen ja und nein noch viele Monate hindurch fort.

Am 27. März wurde in Frankfurt die Reichsverfaſſung in zweiter Leſung, wenn auch mehrfach gegen die erſte verſchlechtert, doch in

der Hauptsache im Sinne der preußisch-deutschen Bundespartei angenommen, am 28. Friedrich Wilhelm IV. zum erblichen Kaiser gewählt.

Am 3. April 1849 empfing der König in feierlicher Audienz im Schlosse zu Berlin die Kaiserdeputation, welche ihn einlud „die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfassung annehmen zu wollen." Wie es scheint war der König noch den Abend zuvor bereit gewesen die ihm angetragene Krone, unter Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung der deutschen Fürsten und Staaten, anzunehmen, aber in der Nacht wieder umgesprungen. So lautete denn am 3. April seine Antwort dahin: er erkenne an, daß der Beschluß der Nationalversammlung ihm ein „Anrecht" gebe, aber er könne keine definitive Entschließung fassen, ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, Fürsten und freien Städte Deutschlands, denen es jetzt obliege in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die beschlossene Verfassung den Einzelnen wie dem Ganzen fromme.

Hiermit war denn alles ins Ungewisse gestellt. Der König begab sich der Vortheile, die die Annahme der Krone auf Grund der Reichsverfassung, vorbehaltlich der Zustimmung der deutschen Staaten, geboten hätte. Diese Vortheile würden darin bestanden haben, daß er, im Einklang mit der populären Strömung, an die Spitze Deutschlands getreten wäre und durch die Reichsverfassung eine legitime Handhabe zur Einwirkung auf ganz Deutschland, auch auf die deutschen Königreiche gehabt hätte, eine Einwirkung, die damals mindestens auf Sachsen und Würtemberg nicht ohne Erfolg geblieben sein würde. Aber freilich man hatte in Berlin doctrinäre Bedenken gegen den demokratischen Inhalt der Frankfurter Verfassung. Geben wir einmal zu, sie seien praktisch durchschlagend gewesen, so hatte Preußen noch einen anderen Weg vor sich. Es wußte ja doch, welche deutsche Länder und Regierungen dem Bundesstaat unter seiner Hegemonie geneigt und es wußte, daß die Abgeordneten jener Länder zur Nationalversammlung der Majorität nach desselben Sinnes waren.

Es konnte mit diesen Elementen im Sommer 1849 unter viel günstigeren Bedingungen, unter dem frischen Eindruck seiner Siege in Baden und Sachsen, ehe noch Oestreich Ungarns Herr geworden war, diejenige Union, ja eine noch umfassendere in Scene setzen, die es im April 1850 in Erfurt unter ungünstigeren Umständen zu constituiren einen lahmen Versuch machte.

Statt dessen capriccirte man sich in Berlin darauf, daß die Verfassung Deutschlands nur im Wege der Vereinbarung festgestellt werden könne. Man wollte Modificationen der Reichsverfassung von der Frankfurter Versammlung erlangen, welche im Gegentheil darauf beharrte, daß die Annahme der Reichsoberhauptswürde die unbedingte Annahme der Verfassung voraussetze, und obschon 28 deutsche Regierungen (alle mit Ausnahme der königlichen) am 14. April erklärten, daß sie die Reichsverfassung unbedingt annähmen und der Uebertragung der Kaiserkrone an den König von Preußen ihre Zustimmung gäben, so lehnte doch das Berliner Cabinet am 28. April die auf Grund der Frankfurter Verfassung dargebotene Kaiserwürde ab.

Am 14. Mai erfolgte die Abberufung der preußischen Reichstagsabgeordneten. Aber bereits am 15. verkündete ein Manifest des Königs: „Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen. . . . Die von der Nationalversammlung entworfene Reichsverfassung ist hiebei zu Grunde gelegt. . . . Einem Reichstag aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaat anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. . . . Nur der Wahnsinn oder die Lüge kann solchen Thatsachen gegenüber die Behauptung wagen, daß ich die Sache der deutschen Einheit aufgegeben."

Am 28. Mai 1849 kam das Bündniß zwischen Preußen, Hannover und Sachsen, das sogenannte Dreikönigsbündniß, über Gründung einer bundesstaatlichen Union unter Preußen zu Stande. Preußen hatte also ein sich ihm darbietendes Werkzeug zerbrochen um sich

mühsam ein anderes anzufertigen. Wir werden, wenn wir Stockmar im Jahre 1850 zum Erfurter Reichstag begleiten, sehen, wie es mit der Ausführung des Dreikönigsbundes zögerte bis nur noch ein König im Bunde war und wie es sein eigenes Werk schließlich muthlos aufgab.

Schon am 31. Mai schreibt Stockmar:

„Die Proclamation des Königs von Preußen hatte für kurze Zeit in Preußen und einigen Theilen von Deutschland beruhigend gewirkt. Um diesem Eindruck Dauer zu verleihen, hätte das verheißene Project der Reichsverfassung den nächsten Tag erscheinen müssen. Selbst wenn Preußen ohne Baiern vorgehen müßte, ist nicht zu zögern. Was kann denn Baiern mit Oestreich für Deutschland thun?"

Stockmar verließ England Anfang Juli und brachte einige Zeit in Brüssel zu, in häufigem Verkehr mit dem König Leopold. Von dem erneuerten Eindruck der Persönlichkeit und Wirksamkeit des Herrn, den der alte Diener mit sich nahm, zeugt ein nach der Ankunft in Coburg geschriebener Brief, worin es heißt:

„Wie es auch in Frankreich zunächst sich gestalten möge, so fürchte ich für Belgien nicht, vorzüglich wenn Gott dem Könige Leben und Gesundheit und den Sinn erhält, in dem er seine königliche Aufgabe faßt, behandelt und zum Segen seines Volkes, zum Beispiel für alle Uebrigen gelöst hat. Er allein in ganz Europa hat bisher zur Rehabilitirung der monarchischen Verfassung das Seinige geleistet und gerade so viel er für das Königthum geleistet, gerade so viel haben alle übrigen seiner Collegen zum Verfall desselben beigetragen."

Nach einem Aufenthalt von einigen Monaten in Coburg kehrte Stockmar im November 1849 nach England zurück, ein Wechsel in Bezug auf die Möglichkeit einer Umschau in der Politik, den er in einem gleichzeitigen Brief bildlich ausdrückt, indem er Coburg mit

dem „Loch eines alten Ofens“ vergleicht, London eine „Hohe Warte“ nennt, von der man ganz Europa überſchauen könne. Wir theilen nachſtehend einige ſeiner Beobachtungen von der „Hohen Warte“ im Monat December mit.

Ueber die engliſche Politik und das Verhältniß Englands zu Frankreich ſchreibt er:

„Die engliſche Politik nach außen ſcheint mir fortwährend die alte, häufig an Unkunde der wirklichen Zuſtände auf dem Continent leidend, dann von der Hand in den Mund lebend, nicht ſowohl ein Prinzip niederlegend und feſthaltend, als die einzelnen Schwierigkeiten des Tages nach Convenienz und bloßer expediency (Nützlichkeitsrückſicht) behandelnd. Dabei zeigt ſich eine Verſchiedenheit der Richtung zwiſchen den engliſchen Diplomaten auf dem Continent, die an den alten politiſchen Traditionen und Maximen feſthalten, und der modernen Politik des Miniſters des Auswärtigen (Palmerſton).“

„Die jetzige politiſche Freundſchaft zwiſchen England und Frankreich iſt im Innern hohl. Frankreich hält immer nur im Nothfall, gezwungen und daher mit innerlichem Widerſtreben an England, wohl wiſſend, daß der engliſchen Politik unveränderlich ein Grundſatz innewohne, nämlich der, daß England im Frieden und durch freundnachbarliche Behandlung Frankreich leichter und ſicherer im Zaum halte, als im Kriege durch die Gewalt der Waffen. Daß Rußland und Oeſtreich das Einvernehmen zwiſchen Frankreich und England, ſoweit ſie nur können, zu ſtören ſuchen, iſt natürlich. Daher geben die franzöſiſchen Diplomaten häufig den ruſſiſchen und öſtreichiſchen den Troſt: „Seid nur unbeſorgt, nous avons bien une politique à nous.“

Gern wird man Stockmar's Mittheilungen über die Auffaſſung der deutſchen Dinge vernehmen, welche in Petersburg bei dem Kaiſer Nicolaus beſtand.

„Der Kaiſer äußerte gegen einen Diplomaten, die Dinge in Preußen würden im nächſten Frühjahr vorausſichtlich noch in einem

eben so schlimmen Zustand als vor zwei Jahren sein. Sein Schwager in Berlin sei ein Phantast, mit dem er keine Geduld habe. Dagegen habe der Kaiser von Oestreich, trotz seiner Jugend und Unerfahrenheit, Talent zum Regieren gezeigt. Allein wie wolle er sein aus so verschiedenartigen, unter sich durch keine Sympathie verbundenen Völkern zusammengesetztes Reich lenken? Die Germanisirung desselben, die man jetzt im Begriff sei zu versuchen, stelle sich als eben so schwer ausführbar dar, als die Lieblingsidee des Königs von Preußen: „Deutsche Einheit", deren Verfolgung er (Nicolaus) für ein sinnloses Unternehmen halte, das bis jetzt nur den Erfolg gehabt habe, heftige Eifersucht und beinahe ernstliche Verwicklungen zwischen Oestreich und Preußen hervorzurufen. Der Zustand Deutschlands mache ihn sehr besorgt. Er zwinge ihn nicht nur für mögliche Fälle eine große Militärmacht in Bereitschaft zu halten, sondern auch seine Grenzen fast hermetisch zu verschließen, um die deutschen Socialisten und Revolutionäre von Rußland abzuhalten. Sein Verhältniß zum Ausland bleibe im Allgemeinen dasselbe wie das Jahr zuvor. Sein Bestreben sei für alle Eventualitäten gerüstet dazustehen und er werde bereit sein, denen, die seinen Beistand brauchten und verlangten, zu Hülfe zu kommen."

„Einige Wochen später hatte der französische Abgesandte, General Lamoricière, vor seiner Rückreise nach Paris, eine Audienz bei dem russischen Kaiser, in welcher dieser sich wieder über den Zustand Deutschlands verbreitete. Der König von Preußen, sagte er, habe viel dazu gethan, den in Deutschland allgemein verbreiteten Geist der Unzufriedenheit zu erhalten, und zwar in der Absicht die kleineren deutschen Staaten zu lähmen und weiterhin ihre Unabhängigkeit zu zerstören. Er (Nicolaus) werde ruhig zusehen, er habe keine Lust sich in die deutschen Dinge zu mischen — er würde dadurch nur Deutschland gegen sich einigen — auch keinen Wunsch Oestreich gegen Preußen zu unterstützen, ausgenommen sofern es sich um Aufrechthaltung der Territorialbestimmungen des Wiener Congresses handeln würde."

„Ueber die Frage der „deutschen Einheit" stimmten der Kaiser und der General bestens überein. Der letztere hat keine besondere Sympathien für Rußland, aber sein Haß gegen Preußen ist unbegrenzt, er wird alles mögliche thun, um Preußens deutsche Pläne zu unterminiren und er wird sich freuen, daß Rußland sich hier mit Frankreich in einem gemeinsamen Interesse begegnen. Trotz der friedlichen Versicherungen des Kaisers scheint der General einen Krieg als Product des Conflicts der politischen Ansichten und Gefühle in Europa zu erwarten, ja zu wünschen, weil ein solcher, seiner Meinung nach, das beste Mittel sein würde Frankreich von seinen inneren Schwierigkeiten zu befreien."

Was die deutschen Angelegenheiten betrifft, so erlebte Stockmar im Laufe des Jahres 1849 die Freude, daß Prinz Albert sich in den Hauptpunkten: Ausscheiden Oestreichs aus dem engeren deutschen Verband, Constituirung des übrigen Deutschlands als Bundesstaat unter Preußens erblicher Hegemonie — zu seinen Ansichten bekehrte. Sonderbarerweise fügte es sich nun sogar, daß es Stockmar Ende 1849 zufiel den Prinzen gegen Vorwürfe, als sei er feindselig gegen Oestreich gesinnt, als habe er sich zum Werkzeug Preußens gemacht zu vertheidigen, wie er Ende 1848 ähnliche Vorwürfe gegen sich selbst abzuwehren gehabt hatte.

„Der Prinz, schreibt er, hält aus innigster Ueberzeugung an dem Grundsatz fest, den Sie selbst als einzigen Compaß im Sturm der Zeit aufstellen, nämlich:

„Daß in allen völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Verhandlungen, welche die heutige europäische Politik irgendwo und irgendwie nöthig macht, nicht einseitiges Interesse, Willkür oder Gewalt entscheiden dürfen, sondern ein von den bestehenden Verträgen ausgehendes neues Uebereinkommen angestrebt werden muß, dessen Basis eine vernünftige Erkenntniß des Bedürfnisses und des Rechts der gegenwärtigen Generation zu bilden hat."

„Der Prinz wünscht in Bezug auf die Wiederherstellung und

Neuordnung der deutschen Verhältnisse, daß es sich **möglich** erweise, dieselben auf eine für alle Betheiligten gesetzliche und vertragsmäßige Weise zu ordnen."

„Er erkennt vollkommen klar: daß in einem wirklichen Bundesstaat eine volle Souveränetät der Einzelstaaten nicht bestehen könne. Allein er legt auf diesen Umstand deswegen kein entscheidendes Gewicht, weil auch im früheren Staatenbunde die volle und wahre Souveränetät bloß für Oestreich und Preußen, für alle Uebrigen aber nur eine Scheinsouveränetät bestanden habe. Er zweifelt überhaupt, daß gegenwärtig irgend eine innere Organisation Deutschlands erdacht werden könne, die eine volle Souveränetät der Einzelstaaten zulasse."

„Um so weniger sieht er Gefahr oder Verlust darin, daß man auf Dinge verzichte, die nur scheinbaren Bestand und Nutzen hatten und die unter allen Umständen, auch in ihrem bloßen Scheinleben, nicht gerettet werden können, und glaubt, daß diejenigen Fürsten, die freiwillig dem engeren Bunde mit Preußen beigetreten sind, keine wahren Opfer bringen, sondern dadurch nur die Möglichkeit erlangen, das zu erhalten, was noch lebensfähig und erhaltbar ist. Zugleich sieht der Prinz in der Form des engeren Bundes ein praktisches Mittel, die Angelegenheiten eines Theils von Deutschland auf vertragsmäßigem Wege zu ordnen und einen Ausgangspunkt von hier aus zur Ordnung, auf dem nämlichen Wege, dessen zu gelangen, was der weitere Bund verlangen mag."

„Der Prinz hält es sogar für möglich, daß nach Ordnung des engeren Bundes und Errichtung eines zweckmäßigen weiteren Bundes später die Auflösung des engeren Bundes und Herstellung eines einzigen Föderativstaats angebahnt werde."

„Man mag nun über den Werth dieser politischen Vorstellungen des Prinzen denken wie man will, so haben sie doch das Verdienst der Klarheit und Anwendbarkeit und weisen wenigstens den Weg zu einem Versuch, das Geschick Deutschlands auf vertragsmäßigem Wege

zu ordnen. Dagegen kann er den Gegnern dieser Vorstellungen mit Recht vorwerfen, daß sie bis jetzt nur negirt, nicht einen einzigen praktischen Vorschlag gemacht und, absichtlich oder unabsichtlich, alles so verwirrt haben, daß am Ende Entscheidung durch rohe Gewalt auch in die Reihe der Möglichkeiten tritt."

„Ich komme nun zu der Version:

daß der Prinz in den deutschen Angelegenheiten sich zum Instrument Preußens gemacht habe."

„In Bezug auf diesen Vorwurf möchte ich Folgendes erwidern."

„Wer in einer zwischen großen politischen Mächten schwebenden Streitfrage es wagt eine eigene bestimmte Meinung zu äußern, nimmt nicht nur in den Augen seiner Gegner, sondern in denen des ganzen Publikums Partei."

„Es fragt sich demnach: Sollte der Prinz in diesen Angelegenheiten eine eigene Meinung haben, sollte er sie aussprechen? — Ich glaube, daß der Prinz, geistig organisirt wie er ist, weder vermeiden kann seine eigene Ansicht festzustellen, noch auch sie auszusprechen. Ich gehe weiter und meine, seine hiesige politische Stellung mache es ihm zur Pflicht, solche Ansichten den englischen Ministern gegenüber kund zu geben. Und mehr hat der Prinz nicht gethan, als daß er dem Lord John Russell ausgesprochen, welches nach seiner Meinung der legale und friedliche Weg sein möchte, über engeren und weiteren Bund oder, im Verlauf der Versuche, über einen Bund überhaupt zu verhandeln."

Preußen als solches konnte dem Prinzen in seiner englischen Stellung nichts abverlangen und hat ihm nichts abverlangt, so wie umgekehrt der Prinz für Preußen nichts thun konnte und nichts gethan hat."

„Als Beispiel aus wie leichtem Stoff dergleichen Gerüchte von Parteilichkeit zusammengewebt werden, will ich hier erzählen, was mir Ende October in Frankfurt in Betreff des Königs Leopold begegnete. Ich wurde dort von einer hohen Person und sehr ernsthaft befragt:

„warum der König in den deutſchen Angelegenheiten ſo durchaus öſtreichiſch und ſo preußenfeindlich ſei? Es exiſtire, ſagte man, in Brüſſel und in London eine Clique, die, beſeelt vom Haß gegen Preußen, nichts unverſucht laſſe, deſſen Intereſſen zu ſchaden. Man fürchte, daß die Autorität des Oheims die Nichte und den Neffen ebenfalls parteiiſch gegen Preußen ſtimmen möchte. Dies würde man um ſo mehr beklagen, als eine geſunde Politik ein gutes Vernehmen zwiſchen Preußen und Belgien verlange, und vorauszuſehen ſei, daß im Augenblick wirklicher Gefahr Oeſtreich weder geneigt noch im Stande ſein werde, Belgien zu unterſtützen. —“

Vierundzwanzigstes Capitel.

Aus dem Jahr 1850.

Die ganze Stellung Belgiens, die Frage seiner Lebensfähigkeit blieb für Stockmar natürlich ein Lieblingsgegenstand der Betrachtung. Er kommt in einem Brief vom 27. Januar 1850 darauf zurück.

„Hier (in England) ist die Unabhängigkeit Belgiens ein solches politisches Axiom geworden, daß unter allen Parteien darüber die vollkommenste Uebereinstimmung besteht. Ich brauche daher kaum zu versichern, daß in unserm Kreise eine Aeußerung im abweichenden Sinn nie vorgekommen ist. Der Vorschlag Antwerpen England zu überlassen (um es für Frankreichs Pläne gegen Belgien zu gewinnen) kann auch nur von Leuten kommen, die sich mit einem bloßen Einfall begnügen, ohne zu überlegen wie gänzlich unausführbar er sein würde. Es möchte Frankreich schwer fallen sich zur Abfindung Englands durch Antwerpen zu entschließen, daß es aber einen einzigen Engländer geben sollte, der sich der Täuschung einer solchen Abfindung hingäbe, bezweifle ich."

„Was ich seit lange geglaubt, glaube ich jetzt fester als je,

nämlich daß Belgien als selbständiger Staat nur durch die Fehler der eigenen Regierung und Volksvertretung wieder untergehen könne. Nun haben aber König und Regierung, wie Volksvertretung, seit 1848 thatsächlich und vor ganz Europa bewiesen, die Einen, daß sie regieren können, die Andern, daß sie tüchtig sind dem von einer wahren Repräsentativverfassung ihnen eingeräumten Antheil an der Regierung gehörig vorzustehen."

„Wäre ich belgischer Minister in einem Augenblick europäischer Crise, so würde das Prinzip meiner Führung dahin gehen:

„1. Die vertragsmäßige Neutralität Belgiens im vollen Sinne des Worts aufrecht zu erhalten.

„2. Mir Europa gegenüber die Interpretation dieser Neutralität zu arrogiren.

„3. Um diesen Act belgischer Autonomie gehörig vollbringen zu können, würde ich die größtmögliche materielle Streitkraft auf die Beine bringen, in der festen Zuversicht, daß es keiner europäischen Macht unter solchen Umständen einfallen werde, die Neutralität eines Staates anzutasten, der nach eigener Wahl 100,000 Mann entweder dem einen oder dem andern streitenden Heere zuführen kann." —

Der unsichere Zustand Frankreichs ließ zu dieser Zeit manchen Wunsch aufsteigen, daß die alte heilige Allianz der Nordmächte noch bestehen möchte. Mit Bezug hierauf schreibt Stockmar in demselben Brief:

„Alle solidarischen Allianzen zwischen großen Mächten, für mehr als ein spezielles, klar definirtes Objekt, erscheinen mir gefährlich. Sie führen in der Regel zu großen politischen Fehlern und zur ungerechten Dictatur. So lange es eine große Sache gab, ein deutliches Objekt, die Bekämpfung Napoleon's, erschien mir jene Solidarität gut. Von dem Augenblick aber, wo ihr specifischer, greifbarer Gegenstand verschwunden und sie gegen ein Allgemeines, Unsichtbares, gegen einen geistigen Dämon, den Jeder auf andere Weise sieht, fühlt und begreift, gerichtet sein sollte, bin ich bedenklich über

ihren Werth geworden. Angeblicherweise soll nun ihr Gegenstand der Schutz der Staaten gegen die Desorganisation sein, die ihnen Demokratismus, Republikanismus, Sozialismus u. s. w. bringen kann. Ich aber suche den Schutz, den die Staaten bedürfen, vorzugsweise in der Anwendung geistiger Mittel. Die Geister, die man angeblich bezwingen will, kann man nach meiner Ansicht nur dadurch bezwingen, daß man den Rechtssinn der Majorität eines Volks durch zeitgemäße Institutionen versöhnt und auf diese Weise stärkt und mehrt. Aber gerade die Solidarität jener Allianz macht die Anwendung solcher geistigen Mittel unmöglich. Wie sollen sich drei Regierungen, deren Völker jedes einen andern Culturzustand hat, über ein und dasselbe diesen Culturzuständen entsprechende Prinzip vereinigen können? — Die Natur der Dinge erlaubt so etwas nicht. Gerade das Produkt also, dessen die Staaten absolut bedürfen, kann die Solidarität so wenig hervorbringen als ein Maulthier Junge. Diese Solidarität kann nichts als die materiellen Kräfte vereinigen um durch physische Gewalt geistige Dämonen niederzuhalten. Sie kann daher eben nur bewirken, daß die Alliirten Zeit verlieren, sich von der wahren Heilung der Uebel durch die rechten Mittel abhalten lassen und durch kurz dauernde scheinbare Erfolge sich selbst und die Welt betrügen."

Eine unmittelbare Gefahr der Bildung einer neuen heiligen Allianz bestand freilich zu Anfang 1850 nicht, vielmehr war man in Preußen wieder einmal dem Rubicon näher und näher gerückt, jenseits dessen die Lösung der deutschen Frage und der Conflict mit Oestreich lag.

Es ist im Allgemeinen bekannt, daß Louis Napoleon die Zwietracht zwischen Preußen und Oestreich zu schüren im eigenen Interesse fand und daß zu dem Ende Persigny in Berlin erschien, dessen Eröffnungen daselbst jedoch keine den französischen Absichten günstige Aufnahme fanden.

Ein Brief Stockmar's vom 13. Februar giebt einen Beitrag zur Geschichte dieser Mission:

„Die Großherzogin Stephanie (von Baden)*), sagte im Januar zu einem meiner Freunde folgendes: „„Die Abdication der Hohenzollern und die Annexion ihrer Lande an Preußen**) habe ich bewirkt. Ich habe meinen Verwandten***) gesagt: Die kleinen deutschen Staaten, namentlich Baden, sind verfault; thut was Ihr wollt, Ihr könnt Euch nicht erhalten; Preußen allein ist lebensfähig, und wer sich noch betten will so gut er es kann, muß mit Preußen zusammen halten. Meint Frankreich es friedlich und freundlich mit Deutschland zu halten, so kann dies nur auf der Basis einer Allianz mit Preußen geschehen, denn alles übrige kann keinen Halt abgeben. Dies habe ich zu seiner Zeit meinem Cousin, dem Präsidenten geschrieben. Ich habe die Mission Persigny's angeregt, um zu erfahren, was denn Preußen seinerseits für den Präsidenten thun könne. Sie begreifen, daß der Präsident, um Frankreich einer solchen Allianz geneigt zu machen, es in seiner Macht haben muß, ihm ein Geschenk zu bieten, wenn es auch wenig wäre. Könnte man ihm z. B. nicht wenigstens Landau überlassen?““ †).

„Mein Freund antwortete:

„„Es wird Euer Hoheit nicht verborgen sein, daß Persigny in Berlin fiasco gemacht. Auch kann ich nicht umhin zu sagen, daß Sie Ihre Pläne auf eine Politik bauen, deren Zeit vollständig untergegangen ist. Ich will nicht erwähnen, wie die Erneuerung jener Politik schon durch die Persönlichkeit des Königs von Preußen unmöglich sein würde, sondern nur daran erinnern, daß wenn Preußen

*) Bekanntlich Tochter des Vicomte de Beauharnais, Schwagers der nachmaligen Kaiserin Josephine, also Cousine der nachmaligen Königin Hortense, der Mutter Louis Napoleon's, 1806 mit dem Großherzog Carl von Baden vermählt.

**) Die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen hatten ihre Lande am 7. December 1849 an Preußen abgetreten.

***) Die Tochter Stephanie's Josephine ist an den damals regierenden Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen vermählt.

†) Mit dem Vorstehenden sind die Mittheilungen in Bunsen's Leben III, S. 116 bis 119 zu vergleichen.

sich einfallen lassen wollte, ein einziges deutsches Dorf an Frankreich abzutreten, es von ganz Deutschland verabscheut werden würde.“

Endlich im Februar 1850 wurde der Reichstag zur Vereinbarung der Verfassung des engeren Bundes mit den dem Dreikönigsbündniß beigetretenen Regierungen auf den März nach Erfurt berufen.

Welche Aussichten hatte das neue Unternehmen? Hören wir dessen Leiter, Radowitz.

Er sagt in seinen gesammelten Schriften Band II, S. 123 ff., 181 ff.: „Die vorbereitenden Arbeiten waren Mitte Juni 1849 beendigt, vor Ende Juni war die Pfalz und Baden unterworfen, die Reste der Nationalversammlung in Stuttgart aufgelöst, die Gothaner Versammlung, als Vertreterin einer für diesen Gang sehr einflußreichen Partei, hatte sich ausgesprochen. Gesetzt nun, die preußische Regierung hätte in jener Zeit den Entschluß gefaßt, ... einen Präclusivtermin für die Abgabe der Erklärungen der deutschen Regierungen .... auf den 15. Juli anzusetzen, das Parlament auf den 1. August einzurufen, dort die unverzügliche Annahme der Verfassung .... durchzusetzen, die Verfassung sofort zu verkünden und ins Leben treten zu lassen.“ Er meint, die Beitrittserklärungen der kleineren Staaten wären nicht ausgeblieben. Hannover und Sachsen würden damals, so bald nach dem Abschluß des Maibündnisses und nach der Dresdener Mairevolution, die Beschickung des Parlaments nicht geweigert haben. Die Unterwerfung Ungarns und Italiens sei erst später, im Lauf des August und Septembers, erfolgt. Es sei also zweifelhaft, ob Oestreich sich damals dem preußischen Beginnen mit Gewalt würde widersetzt haben. Bei allseitiger Erwägung müsse man zu dem Schluß gelangen, daß der angedeutete Weg durch alle Hindernisse hindurch mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Ziel geführt haben würde. Und in dem Cabinet sei kein Zweifel gewesen, „daß Preußen über die Kräfte zu unfehlbarem Sieg verfüge.“

Die naheliegende Frage, warum dieser Weg zum unfehlbaren Siege nicht betreten worden, beantwortet Radowitz dahin, die Krone habe ihn nicht betreten wollen, weil sie sich „durch eine höhere Pflicht gebunden hielt, in ihrem Streben zur Einigung der Nation nicht die Revolution zum Bundesgenossen zu berufen."

Die preußische Regierung sah sich also, sagt er, „gebunden, den kurzen und sicheren Weg zu ihrem eigenen Ziele nicht zu betreten."

Radowitz stellt eine längere Erörterung darüber an, ob der Satz richtig sei: „wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen." Man kann ihm einräumen, daß nicht jedes Mittel zum Zweck gerechtfertigt sei, man mag den Gewissensbedenken des Königs ihr volles Gewicht zugestehen. Was folgt daraus? Bleibt es nicht umgekehrt wahr, daß wer die Mittel nicht **will** oder nicht **hat**, vernünftigerweise auf die Verfolgung des Zwecks verzichtet. Oder mußte die preußische Regierung, weil sie den „kurzen und sicheren Weg" nicht gehen wollte oder durfte, nun einen weitläuftigen, unsichern, ja aussichtslosen Weg einschlagen? Das hat sie aber gethan. Sie hat die günstige Gelegenheit vorübergehen lassen. Sie hat gewartet bis Oestreich seine Herrschaft in Ungarn und Italien wieder hergestellt, bis Baiern und Würtemberg ihre Ablehnung erklärt hatten, bis Hannover und Sachsen abgefallen waren, Vorboten des Abfalls an einigen kleineren Höfen sich zeigten, sie hat das Parlament statt auf den 1. August 1849 auf den 20. März 1850 berufen. Die Schwierigkeiten und Gefahren des Unternehmens waren also gewachsen. Die Eventualität eines Krieges mit Oestreich war näher gerückt. Allerdings trugen Radowitzen's Pläne den Gewissensbedenken des Königs scheinbar Rechnung. Kein Zwang gegen die Regierungen! Keine Verbindung mit den revolutionären Kräften! Keine Steigerung der Gefahren Oestreichs! Aber mußte nicht der König mit seinem feinen Instinct bald durchfühlen, daß dies zum Theil nur Schein war, daß das Unternehmen im Grunde seinen innersten Neigungen, Tendenzen und Ueberzeugungen zuwiderlief?

Wie viel Regierungen hielten denn aus wirklich freiem Willen zur Union? Mußte nicht der Erfolg des Unternehmens im letzten Resultat dem Liberalismus zugutekommen, das heißt in den Augen des Königs der Demokratie, der Revolution? Und vertrug sich die Verdrängung Oestreichs aus seinem Primat in Deutschland, eventuell ein Krieg gegen jenes mit der angeerbten Pietät und Deferenz? War nicht also das ganze Unternehmen ein verschleiert revolutionäres? Ein hochconservatives war es gewiß nicht. Durfte man hoffen, unter solchen Umständen den König zu einer entschiedenen Unionspolitik zu bestimmen und dabei festzuhalten? War nicht ein Olmütz vorherzusehen?

Die Leiter der preußisch-deutschen Politik in Berlin hätten die Unionspolitik fallen lassen und selbst zurücktreten müssen, sobald es sich gezeigt hatte, daß das Maibündniß nicht schon im Sommer 1849 rasch und entschieden durchzuführen war. Kein Besonnener unternimmt einen schwierigen, nicht unbedingt gebotenen Versuch, wenn er sich bewußt ist, daß der Hauptfactor in der Berechnung seiner Mittel (hier der König) ihm nicht sicher ist.

Freilich lag die innere Ohnmacht der preußischen Unionspolitik für den Beobachter zu Anfang 1850 noch nicht so zu Tage, wie heute für den Rückblickenden. Dazu kam, daß der Mensch hofft, was er wünscht, und so hatte denn die Berufung des Erfurter Parlaments bei den Anhängern der Einigung Deutschlands unter Preußen manche Erwartung erregt. Jedenfalls empfanden sie es als Pflicht, das Ihrige zu thun, um nach besten Kräften zum Gelingen des von den Regierungen begonnenen Werks beizutragen. Die Bevölkerung Coburgs betheiligte sich mit großem Eifer an der Wahl zum Abgeordnetenhause. Aus 84 Wahlmännern erschienen 82, und von diesen erhielt ihr Mitbürger Stockmar 74 Stimmen.

Am 1. April langte er aus England in Erfurt an. Nach dem, was er von den maßgebenden Persönlichkeiten gesehen und erfahren, konnte er nicht zu den Sanguinikern gehören.

Den Hauptlenker der Unionssache, Radowitz, kannte er nicht persönlich. Bunsen hatte ihm zwar seit Jahren immer wiederholt: „Radowitz ist ein edler und ehrlicher Mann, vertrauen Sie ihm.“ Allein die ganze bisherige Rolle Radowitz's hatte bei Stockmar die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Er warnte vor ihm, als vor einem Manne, der in allen seinen politischen Unternehmungen eine „unglückliche Hand“ gehabt. Auch was man über Radowitz's soziales Auftreten vernommen, über seine zur Schau getragene Vielseitigkeit, über seine Schwäche, durch rasch bei dem Einen aufgeraffte Kenntnisse, den Andern imponiren zu wollen, machte Stockmar, nach seiner Art ex ungue leonem zu beurtheilen, bedenklich. Wer den bloßen Schein cultivirte, war bei ihm nicht empfohlen, und für den ernsten Staatsmann hielt er solche Künste zu klein. Wie Radowitz in dem Streben, sich mit leicht aufgelesenem Wissen in der Gesellschaft belehrend ein Ansehen zu geben, zuweilen Schiffbruch litt, pflegte Stockmar mit vielem Behagen durch eine weniger bekannte kleine Geschichte zu illustriren, die sich in der Frankfurter Zeit ereignet hat. Ein Bekannter Stockmar's, Herr von S., der in der Nähe Frankfurt's wohnte, wollte sich zu einer Abendgesellschaft bei seiner Tante, Frau von G., begeben, wo er auch Radowitz zu finden erwartete. Beim Einsteigen in den Wagen bemerkt er in nicht großer Entfernung einen hellen Feuerschein. Er läßt den Kutscher dorthin lenken und findet eine brennende, schon zum größeren Theil herabgebrannte Scheune. Nachdem er sich von diesem Thatbestand überzeugt, fährt er zu seiner Tante. Er trifft sie allein im Salon. Sie erläutert, Herr von Radowitz habe die ganze Gesellschaft auf den Boden geführt, um ihr das schöne Nordlicht zu zeigen und erklären. Indem hört man schon die Gesellschaft die Treppe wieder herabkommen, voran Radowitz, laut docirend über Erdmagnetismus, Elektricität u. s. w. Radowitz tritt ein und geht sofort auf Herrn von S. mit der Frage zu: Haben Sie das schöne Nordlicht gesehen? — Darauf von S.: „Ja wohl, ich bin selbst dort gewesen; es wird aber gleich vorbei sein.“

Radowitz: Wie so? — S.: „Ich komme eben daher. Es ist eine brennende Scheuer." — Radowitz war still und hatte nach 10 Minuten seinen Hut genommen um sachte zu verschwinden.

Stockmar fand diese Anekdote zugleich symbolisch bezeichnend für das Wesen Radowitzen's, dem er nicht zutraute, die Wirklichkeit richtig zu erfassen und beobachten, der vielmehr, seiner Meinung nach, auch in der Politik leicht eine brennende Scheuer mit einem Nordlicht verwechselte.

Da Stockmar mit solchen Voreindrücken Radowitz in Erfurt begegnete, so war es natürlich, daß der Versuch, eine Annäherung zwischen ihnen herbeizuführen, mißlang, den ein gemeinsamer Bekannter unternahm.

Schon der erste Brief Stockmar's aus Erfurt, der uns vorliegt (vom 6. April), zeugt von der Hoffnungslosigkeit, dem Mißtrauen, die dort in der deutschen Partei vorherrschten.

„Der allgemeine Eindruck ist, daß nichts geschehen werde, daß man hier bald wieder auseinandergehen müsse. Man glaubt, daß sämmtliche verbündete Regierungen, Preußen nicht ausgenommen, dahin trachten, aus dem Maibündniß herauszukommen. Man spricht von einem geheimen Einverständniß Preußens mit Oestreich im Sinn des Eingehens auf die Münchener Vorschläge" *).

Radowitz (a. a. O. S. 254) klagt bitter über das „tiefe Mißtrauen gegen die Regierungen, nicht blos gegen die offenbar übelwilligen, sondern auch gegen die preußische."

Aber wer konnte wohl an den ernsten und energischen Willen zur Durchführung des Begonnenen bei der preußischen Regierung glauben, wenn man deren Staatsmänner durchweg die sicheren und geeigneten Mittel zum Zweck nicht wollen, die unzweckmäßigen Wege einschlagen, ihrem Werk selbst Schwierigkeiten bereiten, sich an Händen und Füßen selbst binden sah? Radowitz betheuert (a. a. O.

*) Das von Baiern, Würtemberg und Sachsen aufgestellte Project einer deutschen Bundesverfassung vom 27. Februar 1850.

S. 122) „vor dem Angesicht dessen, der in's Verborgene schaut, daß die preußische Regierung das Ziel, die deutsche Nation zu bundesstaatlicher Einigung zu führen, ganz und aufrichtig wollte." Wir dürfen es also, um zunächst von ihm selbst zu reden, nicht bezweifeln. Die Rücksicht auf den König legte ihm allerlei unnatürliche Fesseln an — das war das Geheimniß, wir sind davon überzeugt. Aber mußte er sich zum Leiter einer Politik machen, die der König nur halb widerstrebend sich angeeignet hatte?

Gleich bei der ersten wichtigen Frage, wie sich das Parlament zu dem ihm vorgelegten Verfassungsentwurf stellen solle, ergab sich aus der inneren Halbheit der Unionspolitik eine gradezu absurde Situation. Da man mit der Ausführung des Dreikönigsbündnisses so lange gezögert hatte, so war, um mit Radowitz (a. a. O. S. 253) zu reden, „durch den schnell fortrollenden Strom der politischen Geschichte manches hervorgetreten, was auf den Verfassungsentwurf vom 28. Mai 1849 zurückwirkte. Die Hauptstelle hierin nahm der inzwischen erfolgte Abschluß der preußischen Landesverfassung ein: man durfte nicht zulassen, daß diese, wo sie von der Unionsverfassung abwich, nochmaliger Abänderung unterworfen werde, die außerdem sogar eine entschiedene Verschlimmerung gewesen wäre; es betraf dies insbesondere den Abschnitt der Grundrechte, bei welchen die Gefahr allgemeiner Sätze ohnehin am nächsten entgegentritt."

Deshalb wurde das Parlament von Radowitz bedeutet, Annahme der Verfassung en bloc würde das Zustandekommen des Bundesstaats vielleicht ernstlich gefährden, er widerrathe sie dringend *): man wünsche Modificationen angenommen zu sehen, diese vermöge er jedoch nicht zu präcisiren, es bleibe der Versammlung überlassen sie vorzuschlagen. Ein Verfahren, wie es wohl noch nie dagewesen und nie wiederkommen wird, ganz geeignet den Schein zu erwecken, als wolle man das Parlament zum Besten haben!

*) Einen „drohenden Rath" nannte es der Berichterstatter des Volkshauses, Camphausen.

Dieſes befand ſich in einem üblen Dilemma: nahm es die Verfaſſung einfach an, ſo war ihm das Scheitern des ganzen Werks vorhergeſagt; ließ es die Verfaſſung fahren, um neue Vorſchläge zu machen, ſo gab es einen vorhandenen formellen feſten Rechtsanſpruch preis, um ein ganz unſicheres Reſultat; denn ob die Abänderungsvorſchläge von den Regierungen angenommen würden und dann das Inslebentreten der Union geſichert ſei, konnte man nicht beſtimmt vorher wiſſen. Die Majorität entſchied ſich für den etwas künſtlichen Ausweg:

> Annahme der Verfaſſung en bloc — gleichzeitiges eventuelles Anbieten beſtimmter Abänderungen an die unirten Fürſten.

Nun glaubte man, die Regierungen gefangen zu haben, man hielt mit der einen Hand die unveränderte Verfaſſung feſt und reichte mit der anderen den Regierungen Modificationsvorſchläge hin, gegen deren Annahme man den urſprünglichen Entwurf loslaſſen wollte. Allein was Herr von Manteuffel ſogleich vorhergeſagt hatte, traf doch ein: „Die großen Fiſche durchbrachen das Netz.“

Stockmar war abweichender Meinung von der Majorität geweſen. Er gebrauchte das Bild, wenn man zwei Gräben vor ſich habe, ſo ſei es nicht weiſe, gleich mit über den zweiten zu ſetzen, ehe man wiſſe, ob es nöthig ſei. Er hielt es für tactiſch falſch, wenn das Parlament mehr thue, als die Verfaſſung anzunehmen. Und auf die Beobachtung ſolcher methodiſcher Regeln legte er, von England her, großen Werth. Die Verſammlung dürfe die Nachgiebigkeit auch nicht ſo weit treiben, ſich ſolche Zumuthungen der Regierungen einfach gefallen zu laſſen. Die Annahme der eigenen Propoſitionen zu widerrathen, ohne andere zu machen, heiße mit dem Parlament ſpielen. Es ſei abzuwarten, was die Regierungen bei Annahme der Verfaſſung en bloc thun würden. Verwirklichten ſie die Drohung, daß durch Annahme ihrer eigenen Vorlagen das Werk

ſcheitern werde, ſo ſei dies ein ſo unerhörtes Verfahren *), daß man die Verantwortlichkeit ruhig den Regierungen überlaſſen könne, die dadurch nur zur Evidenz beweiſen würden, daß es ihnen mit der ganzen Sache nicht Ernſt geweſen. Sei es ihnen aber Ernſt damit, ſo werde ſich dann das Weitere finden, nach dem engliſchen Sprüchwort: where there is a will, there is a way — „wo der Wille vorhanden iſt, finden ſich die Mittel.“

Dieſe Anſichten trug Stockmar am 10. April mehreren der ihm von Frankfurt her näher bekannten Männer, H. Gagern, Präſident Simſon u. A. vor. Gagern erwiderte ihm: man wiſſe aber ſchon vorher, daß die Regierungen Abänderungen wollten, daß man alſo den zweiten Graben zu überſpringen haben werde. Preußen könne einer Abänderung ſeiner mühſam errungenen Verfaſſung ſich nicht ausſetzen **): es müſſe deshalb eine Abänderung der Unionsverfaſſung in den abweichenden Punkten angeboten werden. Dieſes Anerbieten könne gemacht werden, ohne die vorgängige Annahme der Verfaſſung aufzuheben.

Simſon entgegnete Stockmar, die einfache Annahme der Regierungsvorlagen ſei darum unthunlich, weil die Durchführung des Bundesſtaats auf Preußen und hier, wie die Dinge dermalen ſtänden, auf dem Willen des Königs beruhe. Ohne deſſen aufrichtige Mitwirkung könne die Sache nicht durchgeführt werden. Dieſe Mitwirkung aber ſei nur zu erlangen, wenn dem König die Nöthigung erſpart werde, die eben erſt zu Stande gekommene preußiſche Verfaſſung wieder abzuändern. Die Aenderungen, um die es ſich

*) Der ruhige gemeſſene Camphauſen konnte im Volkshauſe am 13. April die Bemerkung nicht unterdrücken, daß er in dem drohenden Rath Radowitzen's jede Begründung vermißt habe. Die Stellung des Verwaltungsraths zur Verſammlung ſei nicht eine ſolche, die ein derartiges Verfahren rechtfertige.—

**) Allein Art. 118 dieſer Verfaſſung ſelbſt ſah ſolche Abänderungen ausdrücklich vorher, und überließ deren Anordnung auf Grund der Unionsverfaſſung dem König, dem Landtag nur das Recht vorbehaltend zu prüfen, ob die vom König angeordneten Abänderungen mit der Unionsverfaſſung übereinſtimmten.

handele, seien allerdings unwesentlich. Aber in Berlin halte man sie für höchst wichtig, und diese Ansicht könne man nicht ändern, man müsse sie also schonen.

Camphausen, der dazu kam, rief, als ihm Stockmar's Ansicht mitgetheilt wurde, lebhaft aus: „ach, das wäre mir ja lieb; ich habe das gleich im Anfang gesagt, aber ich stand ganz allein, von allen Freunden verlassen. In der Ueberzeugung, daß meine ursprüngliche Meinung keine Mehrheit gewinne, habe ich den von mir gestellten Antrag im Sinne der Majorität modificirt."

Auf solche Conferenzen mit den hervorragenden Männern der sogenannten Gothaner beschränkte sich, neben der Erfüllung der unmittelbaren Pflichten des Abgeordneten, Stockmar's Wirksamkeit in Erfurt. Für das parlamentarische Parteileben war er seiner ganzen Natur und seinen Antecedentien nach nicht geeignet. Er hatte zu viel selbständige staatsmännische Ueberzeugung und zu wenig Geduld, um sich in eine Parteidisciplin zu fügen und Fractionssitzungen auszuhalten. Er war an dem früheren deutschen parlamentarischen Treiben nicht betheiligt gewesen, und schon aus diesem Grunde nicht geeignet, ein Führer zu sein. Andererseits hatte er sein Leben durch den Regionen zu nahe gestanden, wo entscheidende Entschlüsse gefaßt werden, um der eigenen Betheiligung an dem mühsamen parlamentarischen Voraus- und Hinterdreinreden viel Geschmack abgewinnen zu können. Stockmar hat in Erfurt nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen. Das Reden um des Redens willen ohne Rücksicht auf einen praktischen Erfolg war gar nicht seine Sache. Er konnte aber nicht erwarten in der Frage, die ihm die wichtigste war, die der Behandlung der Verfassung, mit seiner Meinung im Hause durchzudringen, alle übrigen Gegenstände der Verhandlung hatten für ihn nur ein untergeordnetes Interesse.

Ueberdies war Stockmar des öffentlichen Redens ungewohnt, wohl auch von der Natur nicht besonders dazu ausgestattet. Lebhaft, schlagend, einschneidend war seine Rede im Gespräch, aber sie

ging direct aufs Ziel los, verſchmähte alle oratoriſchen Bogenlinien, überhüpfte in der Darlegung gern die Mittelglieder und bewegte ſich in Anakoluthien.

Ehe noch die Verfaſſung zur Verhandlung gekommen war, erſchollen in Erfurt, von der conſervativen Seite ſorgſam verbreitet und vergrößert, Gerüchte über die feindſelige Haltung der auswärtigen Mächte gegen den preußiſchen Unionsverſuch.

„Man ſagt mir," ſchreibt Stockmar am 6. April nach London, „Preußen ſei ſehr durch das Bewußtſein ſeiner gänzlichen Iſolirtheit in Europa eingeſchüchtert. Dieſes Gefühl ſei geſteigert durch die Antwort, die Preußen auf eine Anfrage von dem engliſchen Cabinet erhalten. Die Anfrage habe die Drohungen Rußlands gegen Preußen betroffen, und die Erwiderung ſei eher im ruſſiſchen Sinne ausgefallen. Dies glaube ich nun ſo lange nicht, bis Sie es mir beſtätigen."

Die Antwort, die Stockmar empfing, lautete dahin, daß das Gerücht unbegründet ſei. Die einzige Meinungsäußerung von dort über die deutſche Sache ſei im Juli 1849 in einer Depeſche nach Berlin ergangen, worin der preußiſche Plan von England durchaus gebilligt werde. Lord Palmerſton habe auch bekanntlich keine Vorliebe für Oeſtreich oder ruſſiſch-öſtreichiſchen Anticonſtitutionalismus. Dem engliſchen Miniſterium ſei es allerdings längſt klar, daß Preußen, da es gegen die offene Feindſeligkeit Rußlands und Oeſtreichs, die verſteckte Feindſeligkeit Frankreichs, und die Eiferſucht der größeren deutſchen Staaten anzukämpfen habe, ohne von der Begeiſterung der Nation getragen zu ſein, geringe Ausſicht auf Erfolg habe. Aber Feindſeligkeit beſtehe auf Seiten des engliſchen Miniſteriums gegen Preußen in Bezug auf die deutſche Sache durchaus nicht, ſondern nur Unglauben. Dieſer werde ſich wenden, wenn Thatſachen ſprächen. Dagegen ſei das engliſche Miniſterium und Publikum in der ſchleswig-holſtein'ſchen Sache allerdings Preußen feindſelig. In

dieſer ſei Deutſchland jetzt offenbar der Schwächere. Daher ſei man dort geneigt ſich auf die Seite des Stärkeren zu ſchlagen, um zu einem Frieden zu gelangen.

Vergleicht man dieſen Bericht mit dem was Radowitz (a. a. O., S. 220) über die Stellung ſagt, welche England zu der deutſchen Frage eingenommen, ſo wird man theils in dieſer Darlegung eine Ergänzung jenes Berichts, theils in letzterem eine Berichtigung der Auffaſſung Radowitzen's finden.

Radowitz hebt mit Recht hervor, wie die Maſſe des engliſchen Publikums der deutſchen Sache abhold war: aus der dunklen Idee, daß die deutſche Einigung dem engliſchen Handel Schaden bringen könne, aus Abneigung gegen den romantiſchen, phantaſtiſchen, unpraktiſchen Anſtrich den für den Ausländer die ihm ſchwer verſtändliche deutſche Bewegung haben mochte, bei den Tories aus traditioneller Sympathie für Wien und Petersburg, wo ſie fälſchlich ihre eigene politiſche Farbe wiederzufinden glaubten. Wir möchten hinzuſetzen, daß die unbeſtimmte Ungunſt gegen das Neue, gegen Emporkömmlinge mit im Spiele war. Aber Radowitz hat Unrecht zu ſagen, daß die engliſche Regierung „ſich in der großen Criſe gegen Preußens deutſchen Beruf erhoben habe.“ Die engliſche Regierung hat ſich theoretiſch günſtig ausgeſprochen, praktiſch neutral verhalten. Das Letztere macht ihr freilich Radowitz zum Vorwurf. „Sie hätte ſich entſchieden auf Preußens Seite ſtellen müſſen.“ Aber wie konnte man von England verlangen, ſich entſchieden auf Preußens Seite zu ſtellen, wenn dieſem ſelbſt die Entſchiedenheit in ſeiner deutſchen Politik fehlte? Freilich, ſagt Radowitz (a. a. O., S. 222): „Tadelte der engliſche Staatsmann an dem Gange Preußens manches als ſchwankend und unverläſſig, ſo mußte er die Urſache davon eben in deſſen völliger Iſolirung ſehen und das Heilmittel da ſuchen, wo es wirklich lag.“ Dies kommt alſo darauf hinaus, daß Preußen ſagte: „wenn du mir nur beiſtändeſt, ſo hätte ich Muth“ und England erwiderte: „wenn du nur Muth

hätteſt, ſo würde ich dir beiſtehen.“ Wer ſollte nun anfangen? Der Dichter ſagt:

„Und wenn ihr euch nur ſelbſt vertraut
Vertrauen euch die andern Seelen.“

Unter den trüben Ausſichten auf eine Verwicklung mit den auswärtigen Mächten näherte ſich das Erfurter Parlament ſeinem Ende. Am 27. April, zwei Tage vor dem wirklichen Schluß, ſchreibt Stockmar:

„Die beiden Parlamentshäuſer werden in 3 bis 4 Tagen ihre Arbeiten beendigt haben. Die Frage: „werden wir blos vertagt, und zwar auf beſtimmte oder unbeſtimmte Zeit, oder aufgelöſt?“ beſchäftigt gegenwärtig die Abgeordneten. Aus parlamentariſchen Gründen und im Intereſſe der Regierungen ſelbſt, halte ich dafür, daß eine Vertagung auf beſtimmte Zeit, die dann nach Maßgabe der Umſtände wiederholt werden könnte, das zweckmäßigſte ſein dürfte. Allein, nach dem zu urtheilen, was ich hier von dem Benehmen der preußiſchen Miniſter abgenommen, habe ich keine Hoffnung, daß man das Zweckmäßige ergreifen werde. Ich habe von dieſen Miniſtern nur kurze, nichtsſagende, ungeſchickte oder dunkle orakelmäßige Reden gehört, gehalten wie Ermahnungen eines Schulmeiſters an Knaben. Was ich in dieſer Weiſe gehört, konnte mir weder in deren Regierungsweisheit, noch parlamentariſche Kenntniß, noch Geſchick überhaupt Zutrauen einflößen, am allerwenigſten Zutrauen zu deren Feſtigkeit, Charakterkraft und deutſcher Geſinnung. Daß ſolche Miniſter in Bezug auf die von ihnen allein herſtammenden Vorlagen vom Parlament erlangten, was ſie bis heut wirklich erlangt haben, das iſt nicht ihrer Geſchicklichkeit, ſondern allein dem geneigten Willen, der Mäßigung der Häuſer, ja einer Nachgiebigkeit zuzuſchreiben, welche wohl aus der allgemeinen Abſpannung, die in Deutſchland herrſcht, und aus der politiſchen Kurzſichtigkeit der Majoritäten der Häuſer herzuleiten iſt.“

Am 29. April wurde das Parlament nicht vertagt, ſondern

geschlossen. Am 1. Mai trat Stockmar den Weg nach Coburg über Gotha an. Von da schreibt er am 2. Mai:

„Gestern war man voll eines Fürstencongresses, der am 15. d. Mts. hier abgehalten werden sollte. Der Gedanke war vom Herzog (von Coburg) angeregt, der den König von Preußen eingeladen und sogleich dessen freundliche und bereitwillige Zusage erhalten hatte. Der Zweck der Sache sollte die Erlangung einer schnellen Uebereinkunft der Fürsten bezüglich der Erfurter Revisionsvorschläge sein. Zu dem Ende sollte von den mitzubringenden Ministern in vorausgehender Versammlung eine Vorlage formulirt werden, von welcher diese mit Wahrscheinlichkeit annehmen könnten, daß sie ohne Weiteres die Zustimmung der sämmtlichen regierenden Herren erlangen würde. Auf diesem Wege hoffte man, ein fait accompli zu schaffen, welches für die Verhandlungen mit Oestreich über den weiteren Bund als eine Basis dienen könnte."

„So standen die Sachen bis gestern Abend. Heute erfuhr ich, daß der Fürstencongreß zu Gotha in den Brunnen gefallen. Der soeben von Berlin zurückgekommene Minister von Seebach hatte einen eigenhändigen Brief des Königs von Preußen überbracht. Der König drückt darin sein aufrichtiges Bedauern aus, daß es ihm in Folge einer drohenden Note von Oestreich unmöglich sei, nach Gotha zu kommen. Er ladet dagegen die sämmtlichen Fürsten auf den 8. d. Mts. nach Berlin ein, um durch eine Besprechung mit ihnen in den Stand gesetzt zu werden, den Inhalt jener Note auf Grund der Gesinnung und endlichen Bestimmung seiner Alliirten beantworten zu können. Er schließt mit der Hoffnung, daß die späteren eigentlichen Verhandlungen über die Union selbst doch noch in Gotha stattfinden könnten."

„Ich kann mich in diese Politik Oestreichs Deutschland und Preußen gegenüber nicht finden. Den Gründen, die Oestreich uns gegenüber von Verletzung vertragsmäßiger Rechte hernehmen kann, sind von unſ'rer Seite ebenso viele und noch stärkere entgegenzustellen. Will nun Oestreich die eigene Auslegung seiner Vertrags-

rechte mit Gewalt der Waffen durchſetzen und findet es hierzu von Seiten der Cabinette theils Beiſtand, theils paſſive Duldung, ſo tritt für mich Europa genau in denſelben politiſchen Zuſtand, in welchem es ſich zur Zeit der Theilung Polens befand. Denn wir haben auf der einen Seite die Anwendung brutaler Gewalt zur Durchführung egoiſtiſcher, ruſſiſch-öſtreichiſcher Prätenſionen, auf der anderen dieſelbe politiſche Beſchränktheit und Kurzſichtigkeit, dieſelbe Ohnmacht und Verzagtheit, die das himmelſchreiendſte Unrecht, den folgenreichſten politiſchen Unſinn bloß deswegen zuläßt, weil theils die innere Zerriſſenheit und hergebrachter Knechtsſinn, theils politiſche Dummheit und Schlechtigkeit für den Augenblick die Oberhand gewonnen haben. Was will Oeſtreich? Will es ein Volk von ſo vielen Millionen Deutſchen zwingen, ihm diejenige moraliſche Dienſtbarkeit zu leiſten, welche es zur Regierung des öſtreichiſchen Staats als Element unumgänglich nöthig zu haben glaubt? Glückt dies Oeſtreich, ſo iſt die nothwendige Folge, daß die Deutſchen auf eine ihrer eigenen Natur entſprechende Entwickelung Verzicht zu leiſten haben und ſich als politiſche Leibeigene von Oeſtreich betrachten müſſen. Geht Oeſtreich wirklich factiſch in dieſer Richtung vor, ſo hat an dieſer Politik Rußland wohl noch einen größeren Antheil als Oeſtreich ſelbſt. Wie dem auch ſei, ſo glaube ich bis heute noch nicht, daß Rußland eine ſolche Politik mit dem Schwert durchführen wolle, und bleibe, wie früher, bis auf Weiteres der Meinung, daß es auf die Zerriſſenheit, die Schwäche und den Knechtsſinn Deutſchlands rechnend, den Sieg durch bloße Kriegsdrohung, auf diplomatiſchem Felde zu gewinnen hofft."

„Unter dem Uebrigen, was ich hörte, war das Bedeutendſte, daß der baieriſche Miniſter v. d. Pfordten fortfahre, dem preußiſchen Cabinet zu inſinuiren, wie Baiern kein anderes Mittel zur Selbſterhaltung habe, als größer zu werden; er ſchlägt daher vor, Baden zu theilen, ſo daß Oeſtreich den badiſchen Seekreis, Würtemberg den mittleren Theil, die ſogenannte Carlsruher Pflege, Baiern das Uebrige

erhielte und dadurch die Contiguität mit der Pfalz gewönne. Ich kann mir denken, daß das baierische Project für einen ultra-preußischen kurzsichtigen Staatsmann etwas Verführerisches habe, zumal er hoffen dürfte, daß Preußen sich dann durch die angrenzenden kleinen Fürstenthümer entschädigen könnte."

„Noch ein Wort über Schleswig-Holstein. Dieses unterwirft sich entweder den Gewalthandlungen Frankreichs, Englands und Rußlands, oder es wirft seine eigene Streitkraft in die Wagschaale. Obschon mir das Herz blutet, so habe ich doch für Preußen keinen anderen Rath zu geben, als daß es sich jeder ferneren bewaffneten Einmischung in diese Händel enthalte. Allein in dem Sinn, welcher die obengenannten drei Mächte beseelt, können diese die beabsichtigte brutale Dictatur gegen Schleswig-Holstein schwerlich vollziehen, ohne zugleich dadurch die besten Rechte und Interessen Preußens, als selbständigen Staates, wenn auch nur indirecter Weise, zu verletzen. Da nun nach den großen ehernen Gesetzen, denen alles hienieden unterthan, auch die verruchteste Politik ihre Grenze hat, so rathe ich dem Berliner Cabinet auf das Dringendste, ohne Zeitverlust einen tüchtigen, muthigen Mann nach London zu senden, um Palmerston in wenigen, aber unzweideutigen Worten zu erklären:

> „daß Preußen in dem Fall einen allgemeinen Krieg nicht scheuen könne, in welchem jene drei genannten Mächte in den über Schleswig-Holstein zu verhängenden Henkerspruch auch die Ehre und das Leben des Preußischen Staats mit hineinziehen wollten."

Sollten die preußischen Minister Muth und Entschlossenheit genug besitzen, um eine solche Botschaft zu senden, so bin ich im voraus gewiß, daß der Abgesandte wenigstens bei der Königin und dem Prinzen diejenige Aufnahme finden werde, die der von allen Edelgesinnten für seinen Vertreter erwarten darf, der, obgleich auf

allen Seiten von Uebermuth bedroht und bedrängt, sich nicht verhindern läßt seine Ehre und sein Recht zu behaupten."

Man war indeß in Berlin von einer solchen männlichen Entschiedenheit weit entfernt. Am 14. Mai schreibt Stockmar:

„Es ist unglaublich, aber ich kann nicht daran zweifeln, man will in Berlin, um dem Krieg zu entgehen, an die Großmächte, an einen europäischen Congreß appelliren, also das Ausland zum Richter in den deutschen Fragen machen*). Man hat wirklich Schritte in diesem Sinn gethan."

Stockmar war aber durchaus der Meinung, daß Preußen es auf einen Krieg ankommen lassen dürfe.

Am 14. Mai schreibt er:

„Die Anforderungen, die Oestreich an Preußen macht, die Drohungen, die es sich gestattet, erfolgen auf Eingebung Rußlands. Oestreich sucht, indem es in den deutschen Angelegenheiten den Willen Rußlands vollführt, sich der Verpflichtungen zu entledigen, welche ihm durch die von letzterer Macht gewährte Hülfeleistung (in Ungarn) auferlegt worden sind. Aber die östreichischen Drohungen sind leer. Oestreich ist ganz gewiß nicht in der Lage, mit eigenen Kräften einen Krieg gegen Preußen zu führen, es müßte sich vielmehr durchaus auf die russische Hülfe stützen. Rußland verspricht Hülfe, weil es gewiß zu sein glaubt, daß Drohungen ausreichen; daß es aber die Hülfe eintretenden Falls leistet, ist nichts weniger als ausgemacht."

„Preußen darf endlich nicht bedenklich sein, nöthigenfalls einen Krieg anzunehmen, für welchen der Gegner weder einen gerechten Grund, noch ein vernünftiges Ziel hat. Preußen kann nicht nachgeben, ohne für Deutschland und für die Gesundheit Europas die

*) Radowitz selbst (a. a. O., S. 249) giebt die Bestätigung. „Für diejenigen, welche einen solchen Preis (Krieg) auch für die Ehre Preußens und das Heil Deutschlands zu hoch fanden, blieb immer noch als unfehlbares Mittel den Krieg zu vermeiden, daß die Entscheidung durch einen europäischen Congreß gefordert wurde."

nachtheiligsten Zustände schaffen zu lassen. Denn Rußland ist im Begriff, indem es die Reorganisation Deutschlands hindert, sich in dieselbe Uebermacht einzusetzen, in welcher es im vorigen Jahrhundert Polen zertrümmert hat, und die Hereinführung Rußlands in die deutschen Angelegenheiten ist der Anfang zu einem Versuch, Deutschland das Schicksal Polens zu bereiten."

Es wird dem Leser in Erinnerung sein, wie der Berliner Fürstencongreß verlief, daß er zur Einsetzung einer provisorischen Unionsregierung führte, daß die Union dann Schritt für Schritt ihrer Auflösung entgegenging, bis Preußen am 15. November ausdrücklich erklärte, die Unionsverfassung fallen zu lassen und am 29. November in Olmütz sich allen Forderungen Oestreichs in Bezug auf die deutsche Frage, Kurhessen und Schleswig-Holstein, unterwarf.

Inzwischen hatte Stockmar in Coburg Muße, sich die Erfahrungen der letzten Jahre über die deutschen Dinge zurechtzulegen.

Am 29. Juni schreibt er:

„Das, was in Deutschland 1848 zusammenstürzte, läßt sich auf Grund der Ordnung, wie sie 1814 und 1815 von der bloßen Diplomatie errichtet wurde, nicht wieder aufbauen. Die Fortdauer oder Wiederherstellung der Souveränetät der Einzelstaaten von 1814, die nur nach innen eine wirkliche, nach außen aber ein Schein war, die jederzeit einen Protector (entweder Frankreich oder Oestreich) hatte und haben mußte, halte ich für unmöglich. Ebenso einen Dualismus von Preußen und Oestreich. Er würde vor allen Dingen die Vernichtung des constitutionellen Systems erfordern. Die despotische Beherrschung des übrigen Deutschlands müßte der Grundsatz der dualistischen Allianz sein. Eine bloße und lose völkerrechtliche Verbindung großer und kleiner Staaten, die zu gleicher Zeit vollständig unabhängig sein wollen, halte ich für Unsinn."

„Welche Wege haben wir in Deutschland zur Ausgleichung der verschiedenen Interessen und Ansprüche, zur Herstellung eines natio-

nalen Verbands? Man sagt mir: den der friedlichen Verhandlung*). Durch wen soll diese Verhandlung geführt werden? Durch einige 30 deutsche und alle europäische Diplomaten. Allein unsere Diplomatie, wie sie ist, ist durchaus unwahr und unehrlich, sie kann nur lügen und betrügen und Lug und Trug schafft nichts, was wirklich nützt und Dauer hat. Am Ende bleibt nichts übrig als Krieg, den gerade die, welche behaupten, nur Frieden zu wollen, unsere Fürsten und deren Minister, in ihrer Kurzsichtigkeit und Böswilligkeit am meisten befördert haben werden."

Während des Aufenthalts Stockmar's in Coburg ereigneten sich mehrere Todesfälle, die, obschon in verschiedener Weise, bei ihm tieferen Antheil erregten. Am 2. Juli starb Sir Robert Peel, dann erst Louis Philipp (26. August 1850) und bald darauf seine Tochter Louise, die Königin der Belgier (11. October 1850).

Wir haben schon früher erwähnt, wie Stockmar mit Peel bekannt, dann bis zu einem gewissen Grad vertraut geworden war. Der förmliche, mißtrauische, zurückhaltende englische Staatsmann konnte der geradezu dringenden, frischen Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit des Coburgers, sowie seinem, wenn das Eis erst gebrochen war, sprudelnden Humor nicht widerstehen. Peel thaute denn in diesem Verkehr auf. Man tauschte die Ansichten über das Gegenwärtige, die Erinnerungen über Vergangenes aus. Mitunter aber fand Peel Stockmar's Manier zu ungebunden. „Eines Tags," erzählte dieser selbst, brachte ich ihn auf einen wichtigen politischen Vorgang zu reden, an dem er selbst betheiligt war. Er war im Zuge, mir merkwürdige Geständnisse zu machen, es fehlte nur noch das letzte Wort des Geheimnisses, da zauderte er. Ich, um ihm zu helfen, rief aus: well, don't gulp it down! (nun, schlucken Sie's nicht herunter). Das störte ihn, er machte ein curioses Gesicht und brach ab."

*) Dies bezieht sich auf den damals noch immer umher spukenden Gedanken, die deutschen Angelegenheiten durch einen europäischen Congreß zu ordnen.

Peel's Tod ergriff Stockmar so, daß er, etwas für ihn sehr Ungewöhnliches, einen Artikel über Peel mit seinem Namen in der Deutschen Zeitung vom 16. Juli 1850 veröffentlichte. Wir glauben, der Leser wird uns danken, wenn wir jenem hier einen Platz einräumen.

Stockmar über Peel.

„Unter die Vergünstigungen, die mir auf meinem Lebenswege geworden sind, rechne ich die im Sommer 1819 gemachte Bekanntschaft Sir Robert Peel's, aus welcher der Lauf der Zeit ein ununterbrochenes, aufrichtig freundschaftliches Verhältniß werden ließ. Es würde ein unzeitiger Versuch sein, das staatsmännische Bild des Hingeschiedenen zeichnen zu wollen; der Parteigeist würde selbst die gelungenste Aehnlichkeit nicht anerkennen wollen. Doch schon jetzt dazu beizutragen, daß die Grundzüge seiner Persönlichkeit von denen angedeutet und verbürgt werden, die ihn lange und genauer gekannt und in Augenblicken beobachten konnten, in welchen die Natur stärker ist als angewöhnter Vorsatz, das halte ich für nützlich und für eine Pflicht der hohen Achtung, in der ich den Lebenden hielt, mit der ich fortan des Verstorbenen gedenken muß."

„Wenn man bei uns unter dem Worte Genie eine angeborene, höchste, und deswegen selbständige geistige Schöpferkraft versteht, so wird dieses Wort, auf Peel angewandt, das Ganze der Kräfte, aus welchen die Natur den Bau des Mannes zusammengefügt hatte, nicht richtig bezeichnen. Seine eigenthümlichste und bedeutendste Fähigkeit schien mir vielmehr in einem schnellen und sicheren Verständniß aller Verhältnisse der Menschen überhaupt, insbesondere aber ihrer Geschäftsverhältnisse, zu bestehen. In dem Acte seines Verstehens traten die aufgefaßten Einzelheiten, wie von selbst, jede an ihre rechte Stelle und ließen in kürzester Zeit einen so richtigen Zusammenhang entstehen, daß das Ganze, dessen Theile, in größter Deutlichkeit überblickt werden konnten. Diesem Talente hatten von Jugend auf eine

unermüdliche Lernbegierde, ein raſtloſer Fleiß, eine ſtarke Arbeitskraft und ein glückliches Gedächtniß zur Seite geſtanden. Das, was Peel zu ſeiner Zeit auf engliſchen Schulen und Univerſitäten erlernen konnte, hatte er eifrigſt erſtrebt, tüchtig erlernt. In ſeiner fortſchreitenden Entwickelung führten ihn ſein lebhaftes Verlangen nach Wiſſen und Bildung, ſeine Liebhaberei für Gegenſtände der Kunſt über das enge Geleiſe hinaus, welches ſein Volk durchſchnittlich in jenen Dingen einhält. Daß er mit der ganzen engliſchen Literatur mehr oder minder bekannt war, bedarf keiner Verſicherung. Aber auch von der modernen Literatur des Auslandes, insbeſondere Frankreichs, hatte er Kenntniß genommen. Doch nicht Gelehrſamkeit, ſondern politiſche Thätigkeit war ſein Ziel, und ſeines praktiſchen Geſchickes ſich bewußt, mußte er vorzugsweiſe nach dem Wiſſen ſtreben, das er in ſeiner Stellung am nützlichſten und zweckmäßigſten verwenden konnte."

„Gleichzeitig mit ſeinem Eintritt in öffentliche Aemter, warf er ſich mit fortdauernder, nie ermattender Anſtrengung auf das Studium der Volkswirthſchaft, der Finanzen und der inneren Adminiſtration des Landes. Vielleicht, daß die Vorliebe und der Fleiß, mit welchem er jenen Zweig ſtaatsmänniſchen Wiſſens bis an ſein Ende betrieb, ſich an der Leichtigkeit und Sicherheit erholten, mit denen er die verwickeltſten Gegenſtände jener Fächer entwirrte und ins Klare ſtellte. Er erlangte in dieſem Zweige des Wiſſens hohe Vollkommenheit, und England hat allerdings an ihm den Meiſter in ſo wichtigen Dingen pro tempore verloren."

„Von Allen, die mit ihm in dem jetzigen Hauſe der Gemeinen ſaßen, hat wohl keiner die Geſchichte dieſes Hauſes, ſeinen Organismus, die Erſcheinungen und die Bedeutung ſeines eigenthümlichen Lebens ſo gut gekannt, wie er. Auch war ſeine Autorität daſelbſt unbeſtritten; denn ſelbſt in ſeinen Gegnern lebte die Ueberzeugung, er beſitze ſie von Rechtswegen. Wenn nun, was kein Engländer in Abrede ſtellen mag, der einflußreichſte Mann im Hauſe der Gemeinen im Staate der erſte Mann nach dem Könige iſt, ſo war Peel die

letzten fünfzehn Jahre hindurch dieser erste Mann, er mochte nun Minister sein, oder auf den Bänken der Opposition sitzen." —

„Peel's ganze Denk- und Sinnesart ruhte auf einer sittlichen Grundlage, die ich in seinem öffentlichen, wie in seinem Privatleben auch nicht ein einzigesmal erschüttert gesehen habe. Aus diesem Grunde kam jene nimmer versiegende Quelle der Billigkeit, Redlichkeit, Milde, Mäßigkeit und Schonung, die Peel gegen alle Menschen und in allen Dingen bewies. Diesem Grunde war eine sein ganzes Wesen durchdringende Vaterlandsliebe entwachsen, die nur ein Ziel kannte — das wahre Wohl Englands, — nur einen Ruhm, eine Belohnung für den Einzelnen — etwas zu diesem Wohle beigetragen zu haben. Eine solche Vaterlandsliebe läßt nur einen Ehrgeiz zu, und so war denn auch der Ehrgeiz dieses Mannes so rein als sein Herz. Diesem Ehrgeize jedes Opfer zu bringen, das die Geschicke des Vaterlandes dem Einzelnen abverlangen mögen, hielt er für seine heiligste Pflicht, und er hat diese Opfer gebracht, wie schwer sie ihm auch fallen mochten. Worin ihre eigentliche Schwere bestanden habe, werden vielleicht später diejenigen zu sagen sich berufen fühlen, die das Geheimniß der hierauf Bezug habenden politischen Verhältnisse, die Persönlichkeiten der handelnden Menschen näher gekannt haben, und die nicht geneigt sind, imponderable Opfer auf der Wage des gemeinen Vortheils zu wägen. Hat er dennoch Gegner gefunden, die seine Gesinnung verdächtigen konnten, so geschah dies aus Unwissenheit oder boshafter Absicht." —

„Ein Mann, dessen Gesinnung gegen das eigene Vaterland auf so festem Grunde stand, konnte nicht unredlich, nicht ungerecht gegen das Ausland sein. Mit demselben richtigen Verstande, mit derselben Billigkeit und Mäßigung, mit denen er die innere Politik beurtheilte und betrieb, behandelte Peel auch alle auswärtigen Verhältnisse. Der von ihm oft ausgesprochene Wunsch, die Wohlfahrt aller Völker gefördert zu sehen, war durchaus aufrichtig. Frankreich und Italien hat er aus eigener Anschauung kennen gelernt und die politische Ge-

schichte des ersteren mit großem Fleiße erforscht. Für Deutschland hegte er Wohlwollen, ja Vorliebe, namentlich für Preußen. —

„In seinem Privatleben stellte Peel wahre Muster auf. Seiner Familie war er der liebendste, treueste, gewissenhafteste Gatte, Vater und Bruder, seinen Freunden unwandelbar und nachsichtig, seinen Mitbürgern unausgesetzt nach Kräften hülfebereit."

„Von den sterblichen Partieen seines Charakters werden seine Gegner Manches zu erzählen wissen. Das, was Alle, die näheren Umgang mit ihm hatten, bemerkt haben wollten, konnte sich auch meiner Wahrnehmung nicht entziehen. Ich meine jene ihm eigene übergroße Vorsicht, Behutsamkeit, bisweilen Verschlossenheit, die er in wichtigen, wie minder wichtigen Dingen nicht nur gegen entferntere Bekannte, sondern auch gegen die näheren übte. War er in mündlichen Verhandlungen nur zu häufig wortkarg und ängstlich vorsichtig, so war er es natürlich in seinen schriftlichen Aeußerungen nur noch mehr. Nie verließ ihn die Befürchtung, eine von ihm ausgesprochene Meinung, ein gefälltes Urtheil von unrechtem Munde, am unrechten Ort wiederholt und mißbraucht zu hören. Seine Freunde wollten nicht selten über diese Eigenheit verzweifeln, seinen Gegnern gab sie scheinbare Gründe für Verdacht und Beschuldigung. Es war ja so wahrscheinlich, daß hinter solcher Zurückhaltung ein unlauterer Beweggrund stehen mochte, oder daß sie Beschränktheit und Schwäche des Gedankens, der Gesinnung, oder Mangel an Unternehmungsgeist und Muth verdecken sollte. Auch mir wollte diese Eigenheit oft als ihm selbst und der Sache schädlich erscheinen, und ich habe ihr gegenüber mich gelegentlich verstimmen lassen und sie von Grund des Herzens weggewünscht. Allein bloß unangenehme Eindrücke hielten gegen überlegende Vergleichung der äußeren Erscheinung des Mannes mit seinen Handlungen nicht aus. Ich überzeugte mich bald, daß dieser mir anstößige Zug nichts als eine angeborene Eigenthümlichkeit sei, und daß Peel auf dem Felde seiner Thätigkeit, auf welchem die Folgen leichtsinniger Offenheit und Hingebung sich täglich in allen Ge-

ſtalten erblicken ließen, nicht wohl die Mahnung finden und den Vorſatz faſſen könne, in dieſem Punkte ſeine natürliche Neigung zu überwinden."

„Man hat mir geſagt, oder ich habe es geleſen, daß Peel der gelungenſte Abdruck ſtaatsmänniſcher Mittelmäßigkeit ſei. Indem ich dieſe Schätzung meines ſeligen Freundes als eine vollgültige annehme, bitte ich den Himmel, er möge allen Miniſtern in und außerhalb Europa von ihrer Superlativität und zu Peel's Mittelmäßigkeit verhelfen. Und dies bitte ich zum Heile aller Völker, in der feſten Ueberzeugung, daß 99 Hunderttheile aller höheren Staatsgeſchäfte zweckmäßig und erfolgreich nur von ſolchen Miniſtern geführt werden können, welche Peel's Mittelmäßigkeit beſitzen, wobei ich zugleich einräumen kann, daß das übrige Hunderttheil jener Geſchäfte durch die Kraft und Kühnheit eines wirklich genialen Miniſters zu beſonders glücklichem oder auch zu beſonders unglücklichem Ausgange gebracht werden könne." —

„Um indeſſen eine kleine Probe zu geben, wie es in Bezug auf ſtaatsmänniſche Grundſätze, Klarheit der Anſicht und Vorausſicht, Stärke des Bewußtſeins und der Entſchloſſenheit, mit jener Peel'ſchen Mittelmäßigkeit beſtellt war, füge ich zum Schluß eine Stelle an, aus einem ſeiner Briefe. Der Brief iſt in den Märztagen des Jahres 1848 geſchrieben, die Stelle lautet:

„„Ihre Fragen ſind zu allgemein gehalten, die Verhältniſſe der Staaten des Continents, namentlich Deutſchlands, ſind zu verwickelt, als daß ein engliſcher Staatsmann ſie kategoriſch zu beantworten vermöchte. Ich nehme an, daß Sie unter dem casus foederis zwiſchen England und Deutſchland nichts anderes verſtehen, als einen kriegeriſchen Angriff gegen beide Länder von Außen her, und nicht Revolutionsverſuche, die im Innern der verbündeten Völker gemacht werden könnten, gegen welche letztere ſich jede Regierung ſelbſt ſchützen muß und kann, wenn ſie wirklich den Namen einer Regierung verdient. Daß ich immer ein warmer Anhänger einer Allianz mit

Deutschland gewesen bin, ist Ihnen bekannt. Einstweilen empfehle ich den Continentalmächten als erste Verhaltungsmaßregel, sich nur auf der Defensive zu halten. Denn wer wollte schon jetzt voraussehen, welche Richtung, welche Entwickelung die auf dem Continente aufgetretenen Elemente nehmen werden? Wie fürchterlich der Sturm des Augenblicks den Jüngeren unter uns auch scheinen möge, ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir ihn überstehen werden, weil ich glaube, daß die Zeit für uns, das heißt für die Sache der constitutionellen Freiheit unter der Aegide der Monarchie, sei. Deswegen ist es jetzt hier (in England) an uns, mit dem besten Beispiel voranzugehen und Europa die Beweise zu liefern, daß die monarchische Verfassung die stärkste Schutzwehr der wahren, möglichen Freiheit ist. Seien wir daher gerüstet und fest entschlossen, jedem Angriff, er komme woher er wolle, auf's kräftigste und muthigste zu widerstehen; aber seien wir eben so fest entschlossen, einen Angriff nicht selbst beginnen zu wollen. Unterdrücken wir jedes Gelüste nach Kreuzzügen gegen Principien und Elemente, die, beim rechten Lichte besehen, doch nur die der Anarchie und des Wahnsinns sind. Legen wir gegen die Propaganda und deren ansteckende Kraft alle Furcht ab, die nur schwächt und für die Krankheit selbst empfänglicher macht. Der Schwindel kann nicht dauern; sein unzertrennlicher Gefährte, die Unordnung, mit ihren Leiden und Schmerzen, wird das Volk bald wieder nüchtern machen. Entwickeln die Ursachen, aus denen diese neue Revolution hervorgegangen, wirklich Kräfte, die von einer antisocialen, zerstörenden Natur sind, so können sie, den höheren Gesetzen der Natur nach, keine Dauer haben. Mit solchen Feinden würde ich nie transigiren, aber ich würde in der sicheren Ueberzeugung, daß ihre Gefährlichkeit nicht lange dauern kann, ihre Macht nie höher schätzen und behandeln, als sie es verdient. Antisociale Träume haben nie lange angehalten. In unserer Zeit müssen sie noch kürzer sein — denn der Zahl nach haben zu Viele ein zwingendes Interesse, die [illegible]ndsätze aufrecht zu erhalten, die eine menschliche Gesellschaft über-

haupt möglich machen. Einen Sieg communistischer Theorien über die Institutionen des Eigenthums halte ich für rein unmöglich. Sollte es sich indessen gegen mein Erwarten zeigen, daß ein oder das andere Volk doch nach communistischen Grundsätzen regiert sein will, so ist das Einzige, was wir thun können: — es ihm nicht zu beneiden. Preußen kann in diesem Augenblicke viel thun, es kann den Nationalgeist aufrecht erhalten und stärken. Es soll Muth haben und vor Allem die Wirkung freier, ehrlich ausgeführter Institutionen nicht fürchten. Das deutsche Volk ist von Natur loyal.““ —

Diesen Nachruf mag die warme persönliche Theilnahme an dem Verlust des Mannes in einer Beziehung unvollständig gemacht haben. Er zeigt nämlich in der Charakteristik Peel's nicht die Quelle auf, aus der in dessen staatsmännischem Leben die großen Wandlungen entsprangen, die seinen Gegnern ein so bequemes Feld des Angriffes boten. Der einstige Führer der Conservativen war es, der die früher von ihm heftig bekämpfte Katholikenemancipation ausführte, der einstige Vorfechter der Protectionisten, der die Abschaffung der Kornzölle durchsetzte. Solche Contraste deuten auf einen Mangel des Charakters oder der Einsicht. Stockmar hat sie nach Peel's Tode gesprächsweise wiederholt daraus erklärt, daß Peel als Staatsmann zwar scharf- aber kurzsichtig, ein „Myops“ gewesen sei, dessen Auge von Natur zuerst das Nächste und Einzelne erfaßte und der nur langsam zu einem Ueberblick der Dinge in ihren großen Umrissen gelangte.

Mit herzlicher Trauer erfüllte Stockmar, einige Monate nach Peel's Abscheiden, der Hintritt der Königin Louise von Belgien.

Schon im Juli war Stockmar wegen deren Gesundheit sehr besorgt gewesen. Am 9. September schreibt er:

„Die letzten Nachrichten haben meine Befürchtungen vermehrt. .... Von der Zeit an, in welcher die Königin in den Lebenskreis eintrat, in welchem auch ich seit so langen Jahren eine Stelle habe,

verehre ich aus Ueberzeugung in ihr ein Muster ihres Geschlechts. Wir sagen und glauben, daß der Mensch edel und gut sein könne. Von ihr wissen wir gewiß, daß sie edel und gut sei. An ihr können wir täglich eine Wahrhaftigkeit der Gesinnung, eine Treue der Pflichterfüllung sehen, die den möglichen, wenn auch nur selten wirklichen Adel des menschlichen Herzens zur Gewißheit macht.

In Persönlichkeiten, wie die Königin, liegt mir die Hauptbürgschaft für die Vollkommenheit des Wesens, das die menschliche Natur geschaffen hat."

Wir dürfen hinzusetzen, daß Stockmar die höchste Meinung nicht nur von dem Charakter der Königin Louise, sondern auch von deren Einsicht und Urtheil hatte. Oft sprach er es aus, daß, wenn dem König Leopold vorzeitig etwas zustoßen sollte, man der Königin mit voller Zuversicht die Regentschaft übertragen könne.

In dem eben angeführten Brief widmet er zugleich dem König Louis Philipp einen kleinen Nachruf.

„Louis Philipp hat nun auch ausgestritten. Der Zeit nach ist mir sein Ende nicht unerwartet gekommen. Es war bereits seit November 1849 ein Marasmus eingetreten, den die Aerzte nicht verkennen konnten. Ich hatte berechnet, daß er den Spätherbst nicht überleben würde. Mehr Glauben des Königs an die unvergängliche Kraft der Sittlichkeit, weniger Zuversicht auf die eigene Geschicklichkeit und die menschliche überhaupt, die doch nichts ist als eitles Werk des so leicht irrenden Verstandes, und der Inhalt der letzten Jahre würde geschichtlich ein anderer geworden sein!"

Zu Ende Octobers trat Stockmar wieder die Reise nach England an. Von dort schreibt er am 2. December, also zu der Zeit, wo sich eben der preußisch-östreichische Conflict in Olmütz in einem Sinne entschieden hatte, den er gewiß lebhaft beklagte, aus seinem Gerechtigkeitssinn heraus zur Entschuldigung Preußens, folgendes:

„Von allen Seiten äußert sich die Schadenfreude, daß Preußen

sich in eine Stellung hinein manövrirt habe, aus welcher es nicht heraus könne, ohne den größten Gefahren zu begegnen. Daß sich Preußen wirklich in einer solchen gefährlichen Lage befinde, ist auch meine Meinung; — aber daß Preußen diese jetzige Stellung ganz allein seinen eigenen politischen Fehlern verdanke, kann ich nicht unterschreiben. Gewiß haben der König und alle seine Ministerien seit 1848 unbegreifliche Fehler gemacht, indeß Eines bleibt mir wahr, daß zu keiner Zeit weder der König noch seine Minister, wie man ihnen vorwirft, die Absicht gehabt haben, sich mit den losgelassenen revolutionären und demokratischen Elementen zu verbünden, um daraus Gewinn für sich zu ziehen und Oestreich zu beschädigen. Im Gegentheil, der König hatte dawider eine unüberwindliche Scheu, die ganz besonders dazu beigetragen hat, ihn in die schlechte Position zu bringen, in der er jetzt fest sitzt. Mehr aber noch als alles, was der König und seine Diener verschuldet haben, hat ihm Schwarzenberg's feindselige, brutale, drohende Politik geschadet und der gefährlichste Schritt, den Preußen bis jetzt gethan, die Mobilmachung *), ist die unmittelbare Folge der verkehrten Politik Schwarzenberg's."

„Einer meiner Freunde in Paris läßt mich wissen, der Kaiser Nicolaus habe durch Kisseleff der französischen Regierung folgendes erklären lassen."

„„Er werde eventuell mit den Waffen in der Hand darauf bringen, daß Preußen seinerseits den Friedenstractat erfülle, den es am 2. Juli mit Dänemark abgeschlossen. Dagegen werde er in einem möglichen Krieg zwischen Oestreich und Preußen streng neutral bleiben, so lange keine dritte Macht sich einmische und dadurch den rein deutschen Krieg zu einem europäischen mache. Da ihm indessen Oestreich in den

*) Preußen hatte Anfang November, vor der Conferenz von Olmütz, sein Heer mobil gemacht.

deutschen Angelegenheiten gegen Preußen zu weit zu gehen scheine, so werde er sofort Schwarzenberg die Weisung zugehen lassen, in seinen Verhandlungen mit Berlin conciliánter aufzutreten.""

„Diese Mittheilung beweist zweierlei: 1) daß in diesem Augenblick alles auf Rußland ankommt; 2) daß Schwarzenberg gegen Preußen viel zu weit gegangen ist."

„Immer wieder muß ich hören, das beste Mittel, die deutschen Wirren zu schlichten, sei ein europäischer Congreß. Aber wer sollte auf solchem Congreß das Recht Deutschlands vertreten? Es ist vorauszusehen, daß von diesem gar nicht die Rede sein und Deutschlands Wohlfahrt abermals der bloßen europäischen Convenienz, d. h. dem Interesse fremder Mächte geopfert werden würde."

Inzwischen war jedoch die Entscheidung in Olmütz (29. November) gefallen. Die Kreuzzeitungspartei triumphirte über die Niederlage, über die „Buße und Umkehr."

Man kann sich denken, welch einen schweren Stand ein Deutscher, ein Preußenfreund, zu dieser Zeit in England hatte. Von allen Seiten Verachtung und Hohn über das „ehrgeizige" Preußen. Je mehr Details man über dessen Rückzug erfuhr, desto mehr steigerten sich diese Empfindungen. „Wie mag sich Palmerston die Hände gerieben haben, schreibt Stockmar, als ihm berichtet ward, Preußen habe im November von dem Herzog von Braunschweig verlangt, daß er den Bundesexecutionstruppen den Durchzug nach Holstein verweigere, gleichzeitig aber ihm keine Zusicherung geben wollen, ihn gegen die möglichen Folgen in Schutz zu nehmen."

Der Schluß des Jahres 1850 mußte einen deutschen Patrioten mit Trauer erfüllen.

Fünfundzwanzigstes Capitel.

Aus den Jahren 1851 und 1852.

Den Winter 1851 verbrachte Stockmar gewohnter Weise in England.

Seine Betrachtungen über die europäische Politik aus dieser Zeit wendeten sich, je mehr er die Hand Rußlands in den deutschen und schleswig-holsteinischen Dingen durchgefühlt hatte, desto mehr der Rolle zu, welche Rußland seit einigen Jahren zu spielen begonnen hatte.

„Wie ich jung war," schreibt er, „beherrschte Napoleon den Continent. Jetzt sieht es aus, als ob der russische Kaiser an die Stelle Napoleon's getreten sei und als ob er, für einige Jahre wenigstens, in anderer Absicht und mit anderen Mitteln dem Festlande das Gesetz dictiren werde."

„Er glaubt die despotische Regierung im eigenen Lande gefährdet, wenn Oestreich, Preußen und Deutschland beschränkt-monarchische Regierungen haben. Dazu behauptet er, die sogenannten Constitutionen seien nur auf Lüge und Corruption gebaut, er habe eine Mission, dieses irrthümliche, unheilvolle System zu bekämpfen

und er dürfe hierzu die jetzt so äußerst glückliche politische Constellation nicht ungenützt vorübergehen lassen."

„Für das Princip der Willkür ist der Kaiser bereit in die Schranken zu treten."

„Allerdings ist er 1851 sehr viel schwächer, als Napoleon 1810 war, und es läßt sich nicht verkennen, daß Rußland für den Continent überhaupt nur furchtbar sei, wenn es Alliirte auf seinen beiden Flanken hat. Allein Rußland hat in der That in diesem Augenblick mehr als einen gewaltigen Alliirten. Ich zähle diese Bundesgenossen flüchtig auf:

1. Die durch Socialismus, Communismus, extremen Demokratismus geschreckten Freunde der bürgerlichen Ordnung, auch die Conservativen in England

2. Oestreich, wenigstens so lange es in seiner jetzigen politischen Phase steht

3. Der König von Preußen und alle seine Ultras

4. Die deutschen Regierungen und Dynastien mit sehr wenigen Ausnahmen

5. Der Umstand, daß in Frankreich alle sogenannten Freunde der Ordnung Krieg für das Verderblichste halten was ihnen widerfahren könnte, indem sie offen bekennen, die Franzosen würden dem combinirten Europa erliegen, und dieses würde, um für die Zukunft Ruhe zu haben, große Stücke von Frankreich abreißen."

„Was jedoch Rußland besonders zu Gute kommt, ist der Umstand, daß es zur Durchführung seiner Dictatur nach außen, nicht, wie Napoleon, gezwungen ist unaufhörlich große kriegerische Kräfte zu verbrauchen, sondern daß es diese Kräfte ungeschmälert erhalten kann und im Hinweis darauf, durch bloße diplomatische Action und Drohung mehr durchsetzt als durch gewonnene Schlachten. Das ist ein Machtverhältniß, wie es kaum je dagewesen."

„Fragt sich, wie lange wird Rußland diese Rolle behaupten, welchen Erfolg wird es schließlich davon tragen?"

„Dem Kaiser, so glaube ich, wird es für seine Person gehen, wie jedem Menschen, der von einer fixen Idee beherrscht ist. Er wird sich schwerlich selbst principiell ein Ziel stecken, über das er aus politischer Klugheit nicht hinausgehen will. Er wird vielmehr geneigt sein, so weit vorzugehen, als die Gegner zurückweichen. Er läßt sich in die Bekämpfung von Kräften ein, über die ein dauernder Sieg nach Naturgesetzen unmöglich ist. Mir erscheint seine Politik als eine durchaus fanatische und demnach möchte ich ihr anhaltenden Erfolg nicht versprechen."

Diese letzten Gedanken werden in einem anderen Brief näher ausgeführt.

„Alles staatliche Leben besteht aus zwei Factoren, die unter sich in ununterbrochenem Wechsel und Widerspiel begriffen sind, dem Factor der Ordnung und Stabilität und dem der Beweglichkeit zur fortschreitenden, nothwendigen Umgestaltung. So kann ich denn von einem System nichts erwarten, welches nur den einen Factor anerkennt, den andern aber für einen unnatürlichen, schädlichen hält, den zu vernichten ein Staatsprincip sein müsse. Mir scheint dieses System auf einem blinden Irrthum zu beruhen, der, den Naturgesetzen zuwider, das Unmögliche erstrebt. Es ruft gerade das hervor, was es zu bekämpfen und zu vernichten sich vorsetzt. Es wird daher nie den Sieg davon tragen, denn Rußland kann den Factor der Bewegung nicht bezwingen, es kann ihn nur zur Verzweiflung und dahin treiben, sich, statt vernünftig, unvernünftig zu gebahren."

„Ich sehe das System nur für ein Product des autocratischen Instincts an, der in seiner Einseitigkeit die gänzliche Nichtigkeit und Schädlichkeit jenes übersehen mag. Was der Kaiser fühlt und denkt ist wohl das Folgende:

„„Ohne daß ich in meiner auswärtigen Politik den starren Repräsentanten des Conservatismus mache, kann ich den Autocratismus in Rußland selbst nicht lange mehr aufrecht erhalten. Um jenes zu können, muß ich mir die conservativen Elemente aller Länder, auf

die ich Einfluß üben will, verbünden. Diese werden sich aber nur dann mit mir alliiren, wenn die Producte der Demokratie, des Socialismus, Communismus u. s. w. den Conservativen noch weit unerträglicher werden, als die einer russischen Regierungsweise. Das Wuchern der anarchischen Elemente in den anderen Staaten fördert also meinen Einfluß auf dieselben.""

„Nicolaus, wie ich ihn kenne, ist durch und durch Russe. Zugegeben, daß er als solcher durchaus Recht habe, Europa gegenüber behält er wahrscheinlich doch Unrecht."

„Er kann aber inzwischen durch sein System die politische Gährung in allen den Ländern, die Rußland in der politischen Civilisation überlegen sind, in einer Weise fortdauern machen, die jene Länder noch lange an der Erreichung einer tüchtigen staatlichen Reorganisation zu hindern vermag."

„Mir ist die Revolution mit ihren Kindern gewiß ebenso verhaßt als dem Nicolaus, aber ich würde die Gefahr durch andere Mittel zu beschwören suchen. Nach meiner Meinung vermögen nur vernünftige, auf die Natur der Völker berechnete gesetzliche Institutionen, die von Allen treu gehalten werden müssen, weil sie für Alle sind, dem Geiste des Umsturzes wirklichen Abbruch zu thun, indem sie die wahrhaft conservativen Elemente in einem Volke durch Vereinigung stärken und zu treuen Verbündeten verständiger und ehrlicher Regierungen machen. Alle Bestrebungen aber, die Völker aus Macht und Kraft einer Persönlichkeit allein und durch bloß mechanische Institutionen regieren zu wollen, werden sich nichtig erweisen."—

Damals (Februar 1851) befürchtete Stockmar, daß die zu jener Zeit schwebende Frage des Gesammteintritts von Oestreich in den deutschen Bund, unter dem russischen Einfluß in dem für Deutschland bedrohlichen, bejahenden Sinn werde entschieden werden.

Die Entscheidung fiel nun zwar im Lauf der nächsten Monate entgegengesetzt aus, allein auch dies geschah unter dem vorwaltenden Einfluß Rußlands. Wir finden in Stockmar's Papieren einige No-

tizen über den Gang dieser Angelegenheit, welche wohl nicht allgemein bekannte Thatsachen enthalten und die wir deshalb hier abdrucken lassen.

„Ueber den Eintritt seiner gesammten Provinzen in den deutschen Bund hat Oestreich zuerst mit Rußland verhandelt."

„Der Kaiser Nicolaus erklärte sich anfangs heftig dagegen. Der Empfang des Fürsten Schwarzenberg in Warschau, Ende Juni 1850, wo er erschien, um die östreichischen Beschwerden gegen Preußen vorzulegen, war deshalb ein kühler."

„Indeß gelang es Oestreich allmälig, jenen Plan Rußland schmackhafter zu machen. Es lag auf der Hand, daß er das Mittel bot, die deutsche Entwickelung nieder zu halten, und Preußen völlig lahm zu legen."

„Eine russische Depesche vom 13. Mai 1850 äußerte zwar einige Zweifel, die Rußland an der Rechtfertigung des östreichischen Gesammteintritts vor Europa aus dem Artikel 6*) der Wiener Schlußacte hege, stellte aber ein bedingtes Eingehen auf den östreichischen Plan in Aussicht."

„Nachdem darauf Oestreich Anfangs Juni durch eine vertrauliche Depesche gewisse von Rußland verlangte Zusagen gegeben, namentlich sich verpflichtet, keine ungebührliche Abhängigkeit der deut-

*) Art. VI der Wiener Schlußacte:

„Der Bund ist nach seiner ursprünglichen Bestimmung auf die gegenwärtig daran theilnehmenden Staaten beschränkt. Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes kann nur statthaben, wenn die Gesammtheit der Bundesglieder solche mit den bestehenden Verhältnissen vereinbar und dem Vortheil des Ganzen angemessen findet. Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstand der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Pflichten derselben in Bezug auf den Bund, ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit, bewirken. Eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiet haftender Souveränetätsrechte kann, ohne solche Zustimmung, nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen."

In diesem Artikel ist also eine Aenderung des Territorialbestands des Bundes als möglich vorausgesetzt und an kein anderes Erforderniß als an die Zustimmung der Gesammtheit der Bundesglieder geknüpft.

schen Einzelstaaten von der Centralgewalt anzustreben, so versprach Rußland durch eine merkwürdige Depesche vom 24. Juni sich dem östreichischen Project nicht zu widersetzen."

„Inzwischen hatten Frankreich und England dieses mit Besorgniß betrachtet, sich jedoch abwartend verhalten."

„Frankreich regte zuerst im Juli eine Verständigung mit England an. Beide Regierungen fürchteten die Wirkungen einer Ausführung des östreichischen Plans auf die großen Machtverhältnisse in Europa."

„Beide hielten überdies an ihrer traditionellen Auffassung der Wiener Verträge fest, wonach eine Aenderung des Territorialbestands des deutschen Bundes nicht ohne ihre Einwilligung, als der Mitunterzeichner der Congreßacte, zulässig sein würde."

„Das nächste Ergebniß der Verständigung zwischen Frankreich und England waren parallel gehende Versuche Rußland für den Widerstand gegen den östreichischen Plan zu gewinnen."

„Rußland suchte die Westmächte zu täuschen. Zu einer Zeit, wo das geheime Einverständniß mit Oestreich längst vollendet war, im August, erklärte das Petersburger Cabinet, es betrachte jene Frage noch als eine durchaus offene, es habe sich noch nicht darüber entschieden. Der Rechtsfrage, hinsichts des Erfordernisses der Zustimmung aller Unterzeichner der Wiener Congreßacte wich man aus. Vom politischen Standpunkt suchte man Frankreich und England durch die Vorstellungen zu beschwichtigen, die Verwirklichung des östreichischen Gedankens sei problematisch, jedenfalls noch im weiten Felde, und, wenn sie eintrete, für das Gleichgewicht Europa's gar nicht so gefährlich, für keine der anderen Großmächte, höchstens für Rußland selbst, bedrohlich, der Sache der Ruhe und Ordnung förderlich."

„Erst im Dezember erklärte Rußland den Westmächten auf einmal, es habe Oestreich bereits seine Zustimmung zu dessen Plan ausgesprochen und werde sich diesem nicht widersetzen, wenn alle deutsche Staaten ihn genehmigten. Es sei dies eine innere deutsche Ange-

legenheit, die die deutschen Staaten ohne Befragung der Unterzeichner der Wiener Verträge unter sich ordnen könnten. Diese Verträge ließen eine Ausdehnung des Bundesgebiets zu."

„Inzwischen hatten die preußisch-östreichischen Zerwürfnisse es Frankreich und England nicht angemessen erscheinen lassen, in Wien selbst eine entschiedene Sprache zu führen."

„Nach Beendigung dieser Wirren richtete England Depeschen vom 3. Dezember nach Wien und Berlin, worin es erklärte, es enthalte sich für jetzt eines definitiven Urtheils, müsse aber erwarten, daß Oestreich und Preußen, ehe etwas Endgültiges geschehe, ihm vollständige Aufklärungen über Natur und Zweck, sowie die Motive der beabsichtigten Aenderungen im deutschen Bunde geben würden."

„Fürst Schwarzenberg erwiderte darauf, England sei allerdings berechtigt, ehe etwas Abschließendes geschehe, solche Aufklärungen über Wesen und Bedeutung der beabsichtigten Aenderungen zu erwarten. Die verhießenen Aufklärungen blieben indeß aus."

„Mittlerweile sah Fürst Schwarzenberg sich zu dem Versuch bewogen, die von Frankreich ausgesprochenen lebhaften Besorgnisse, durch eine Depesche an Herrn Hübner vom 12. Januar 1851 zu zerstreuen. Er beruft sich darin zur Rechtfertigung des Eintritts von Gesammtöstreich auf Art. 6 der Schlußacte. Er hebt hervor, diese Gebietserweiterung des Bundes würde dessen defensiven, dessen wesentlich conservativen Charakter nicht verändern."

„Die französische Regierung war damit nicht zufrieden gestellt. Ihre Erwiderung vom 31. Januar behauptet, daß sich der östreichische Plan mit den Bestimmungen der Wiener Verträge über das Gebiet des Bundes im Widerspruch befinde, gegen welche der ohnehin zweideutige Artikel 6 der Schlußacte nicht mit Fug angeführt werden könne. Frankreich verlange die strenge Ausführung eines europäischen Tractats, es würde die Rechtmäßigkeit des aus jener Neuerung sich ergebenden Zustands der Dinge nicht anerkennen."

„England seinerseits, nachdem es längere Zeit auf die von Wien

versprochenen Aufklärungen vergeblich gewartet, wandte sich mit neuen Mittheilungen an das östreichische Cabinet und es ging nun Wochen hindurch der Schriftwechsel über die Rechtsfrage, die Auslegung der Wiener Verträge und der Schlußacte zwischen den Westmächten und den beiden deutschen Großmächten hin und her, ohne ein für die ersteren befriedigendes Ergebniß zu liefern."

„Scheinbar ebenso erfolglos blieben im Frühjahr 1851 die Bemühungen der Westmächte in Petersburg, ja als im April Hr. Mercier dort in vertraulicher Sendung anlangte und erklärte: „Frankreich könne sich den östreichischen Gesammteintritt nicht gefallen lassen, beharre man darauf, so könne dies den Frieden gefährden," so affectirte man russischerseits nicht daran zu glauben, daß Frankreich ernstlich einen casus belli setze. In aller Stille ertheilte man jedoch Oestreich den Rath, seinen Plan, für jetzt wenigstens, nicht weiter zu urgiren."

Der Anfang des Jahres 1851 gab Stockmar in England, außer zur Umschau in den europäischen Dingen, auch Gelegenheit, eine englische Ministerkrisis zu beobachten. Sie veranlaßte ihn zu Betrachtungen über die englischen Zustände, die wir dem Leser nicht vorenthalten dürfen. Vorweg jedoch wollen wir an die bezüglichen Thatsachen erinnern.

Das von Lord John Russell geleitete Whigministerium stand seit 1850 auf schwachen Füßen. Am 13. Februar 1851 erlangte es gegen einen protectionistischen Antrag Disraeli's in dem ziemlich voll besetzten Unterhaus eine Majorität von nur 11 und am 20. d. Mts. wurde es gelegentlich eines Antrags des Mr. Locke King über Ausdehnung des Wahlrechts geschlagen.

Am 22. resignirte Lord John Russell. Vergeblich versuchte Lord Stanley und dann Lord John Russell in Verbindung mit Lord Aberdeen und Sir James Graham, den Peeliten, ein Ministerium zu bilden. Endlich ertheilte der von der Königin befragte Herzog

von Wellington Ihrer Majestät den Rath, das Whigministerium wieder einzusetzen.

„Die eigentlichen Ursachen der Resignation Russells," schreibt Stockmar, „waren wohl einmal die unartige Gesinnung des Hauses der Gemeinen, indem eine Partei sich vorgenommen, den Premier zu behandeln wie einen Bedienten, den man los sein will, und dann das Selbstgefühl des Lords, solche Behandlung nicht zu dulden."

„Stanley, ein leichtsinniger Aristokrat, dem Unheilstiften Unterhaltung und Spaß gewährt, ließ den Angriff zu, ohne an die Verpflichtung zu denken, ein Ministerium aufzustellen."

„Das allgemeine Geschrei war nach dem Versuch ein Coalitionsministerium zu bilden. Mein erster Eindruck war, daß dieser Versuch fehlschlagen und daß man, nach 8 bis 10 Tagen einer schädlichen und unheimlichen Stockung aller Geschäfte, genöthigt sein werde, wieder zu Russell zu greifen."

„Gleich bei der ersten Zusammenkunft zwischen Whigs und Peeliten glaubte ich zu bemerken, daß es den Whigs am wenigsten Ernst mit einer Coalition sei und sie daher ihre Bedingungen so stellen würden, daß die Sache zu Boden fallen müsse. Aberdeen und Graham hatten auch keine rechte Lust. Ich, der ich den Teufel nach Whigs und Tories und ihren resp. lumpigen Parteiinteressen und Gefühlen frage, will seit Jahren die Wiederherstellung zweier großen Parteien und hoffte in dieser Crise die Möglichkeit zu finden, wieder zur Bildung einer conservativen Partei zu gelangen, die ein Ministerium stellen kann. An den Erfolg einer Coalition (zwischen Whigs und Peeliten) nicht glaubend, wünschte ich, daß der Versuch die Peeliten dahin führen werde, sich den Protectionisten anzuschließen. Allein Aberdeen und Graham benahmen sich in meinen Augen wie Leute, die nicht wissen, was sie wollen, und indem sie in manchen Dingen die Whigs, in anderen die Protectionisten vor die Köpfe stießen, verdarben sie sich die Möglichkeit, sich den Einen

oder den Andern zu verbünden. Wir sind also genau genommen auf dem alten Fleck, d. h. im Dreck."—

„Fragt man nach der Ursache, aus der die Stimmung des Hauses gegen Russell hervorgegangen, die ihn zur Abdankung vermochte, so muß man eingestehen, daß diese nur in der „päbstlichen Aggression" zu finden*). Seit vielen Jahren sind die Hauptstütze eines Whigministeriums im Parlament die katholischen Irländer. Diese sind nun sämmtlich toll und so bigott, daß der Pabst jetzt eine geschlossene Phalanx im Hause hat, und es ist vollkommen wahr, daß, nach langen Jahrhunderten, der Pabst wieder einen englischen Premier zum Rücktritt gebracht. Daß er nun die Engländer wieder katholisch machen werde, glaube ich nicht, aber vielleicht kann er es lange in seiner Gewalt haben, sie im heißen Wasser der innern Zwietracht und Schwäche zu erhalten. Jetzt hat sich die politische Reaction mit der religiösen auf dem ganzen Continent verbündet. Siegt die politische Reaction für eine Zeit, so siegt auch die religiöse für ebenso lange. Der Pabst sollte jedoch in seiner Rechnung das ewige Gesetz des Wechsels nicht vergessen. Denn tritt wieder eine kräftige liberale Action ein, so könnte er als weltlicher Fürst doch wohl ins Gedränge kommen. Sieht England erst in Rom einen bestimmten Feind für seine innere Ruhe, so kann sich die

*) Die sogenannte „päbstliche Aggression" erfolgte im September 1850 durch ein Breve des Pabstes, welches eine Reihe von katholischen Bisthümern in England schuf, und den Cardinal Wiseman zum Erzbischof von Westminster ernannte. Der Eindruck dieses Schritts war außerordentlich; er erweckte den alten Ruf: „no popery"! Am 7. Februar 1851 legte Russell eine Bill „wegen der geistlichen Titel" vor, welche die Annahme bischöflicher Titel allen nicht zur Staatskirche gehörigen Geistlichen untersagte und alle Vermächtnisse und Schenkungen an solche Personen für null und nichtig erklärte. Der Vorschlag stieß nach allen Seiten an. Den eifrigen Protestanten that er nicht genug, dem liberalen Anhang des Ministeriums, ja selbst vielen Peeliten ging er zu weit, den irischen Katholiken, welche das Ministerium unterstützten, war er natürlich ein Gräuel. Die Titelbill ist übrigens, nachdem sie ein todter Buchstabe geblieben, im Jahre 1870 ganz ruhig wieder abgeschafft worden.

englische Politik zu Schritten genöthigt finden, die dem Pabst sehr unangenehm sein möchten."

„Ein Mangel macht sich gegenwärtig in England fühlbar, der an tüchtigen Staatsmännern. Dadurch wird der Schaden, an dem wir seit der Reformbill leiden, immer größer, der nämlich, daß das Haus der Gemeinen immer omnipotenter wird und immer mehr in die Competenz der Executive übergreift. Diesem Uebel Einhalt zu thun, dazu gehört eine Reihe tüchtiger Premierminister. Es wird die Grenze zwischen Republik und constitutioneller Monarchie von niemand gehörig ins Auge gefaßt und daher auch nicht gehörig vertheidigt. Diese Vertheidigung aber ist die erste Pflicht des Ministers. Sie muß jeden Augenblick eintreten, in welchem die Volksvertretung wissentlich oder unwissentlich die Formen der Verfassung benutzt, um deren Wesen zu gefährden und das Land, der Menge unbemerkt, in eine andere Staatsform hinüber zu führen. Bei solchen Versuchen muß der Minister dem Hause der Gemeinen den ernstesten Kampf liefern. Er muß öffentlich den Grundsatz bekennen: „„Ihr habt eine Verfassung, die die Majorität des Volks erhalten wissen will, und ich werde nicht zugeben, daß eine Minorität die vom Haus der Gemeinen seit länger schon angestrebte Omnipotenz dazu benutze, die Majorität des Volks zu betrügen und um ihr gutes Recht zu bringen.""

„Ich bin überzeugt, daß England die Republik nicht will und daß die constitutionelle Monarchie jetzt populärer ist wie früher. Allein es ist mit einem Parlamente, wie mit einem Regimente; dieses ist nichts und kann nichts, ohne einen tüchtigen Obersten. Wie der Minister, so auch das Parlament.

Unser Haus der Gemeinen ist nicht so, wie es sein sollte, weil die Minister keine tüchtigen Führer sind. Diese englische Sucht, die ganze Staatsweisheit nur in die Kunst zu legen, das Parlament zufrieden zu stellen und demselben durch clever speeches (Reden voll Talent) ein X für ein U zu machen, ekelt mich an."

„Daß übrigens die Königin sehr populär ist, hat mir die Ruhe bewiesen, die in ganz England während der Ministercrise geherrscht hat. Vielfach hat man mir in dieser Zeit gesagt: „„wir sind ruhig, weil wir die Ueberzeugung haben, daß die Königin ehrlich ist, keiner Partei angehört und daher auch auf keine Parteiintrigue eingehen wird.““ Wie ganz anders lautet dies, als was man im Frühjahr 1839 hörte!"

Der Rückblick auf die letzten 10 Jahre bot für Stockmar hinsichts der politischen Stellung der höchsten Personen und der persönlichen Verhältnisse am englischen Hofe so viel Erfreuliches, daß er in einem Briefe einige Monate später ausruft: „Dort ist seit 1840 alles sehr gut gegangen, beinahe zu gut, um nicht an den Ring des Polykrates erinnert zu werden."

Das Frühjahr 1851 sah Stockmar wieder in Deutschland, wo er bis in den Spätherbst verweilte. In seinen Ansichten über die deutschen Angelegenheiten hatten sich seit 1849 und 1850 zwei Punkte allmälig befestigt:

1. Daß für das erste auf die Einigung von ganz Deutschland zu verzichten, vielmehr zunächst nur die Einigung Norddeutschlands unter Preußen zu erstreben sei

2. Daß auch diese sich nicht im Wege friedlicher Verständigung vollziehen werde.

„Unsere inneren Verhältnisse, schreibt er am 25. September, können nie auf dem Wege der friedlichen, vernünftigen Verhandlung und Transaction geordnet werden. Gewalt wird am Ende den Knoten zerhauen. Die Einwohner der kleinen Staaten haben sich aus der Anhänglichkeit an ihre Dynastien heraus und in das klare Bewußtsein der Erbärmlichkeit ihrer staatlichen Existenz hinein gelebt. Mit der Schmach und dem Hohn, die unserem Volke vom Ausland und von den eigenen Herrschern seit Jahren zu Theil werden, muß das Volk mehr und mehr verkümmern und verwildern, und durch diese Zustände kann die allgemeine Noth recht hoch steigen.

Dann kann es kommen, wie es schon so oft kam, die Noth erzeugt den Mann und die That."

Im Spätherbst reiste Stockmar wieder nach England. Kaum einen Monat hatte er daselbst verbracht, als der französische Staatsstreich vom 2. December ein ganz neues Element in die politische Constellation hineinwarf.

Für Stockmar persönlich konnte das Vorgehen Louis Napoleon's in gewisser Beziehung nichts Ueberraschendes haben. In den vierziger Jahren, zu einer Zeit, wo noch Niemand an der Festigkeit des Throns der jüngeren Bourbons zweifelte, war Stockmar bei einem Diner des Prinzen Nachbar gewesen. Er war sehr erstaunt von diesem, im Gespräch über die Zustände Frankreichs, zu vernehmen: „Louis Philipp kann sich nicht halten." Er fragte: „und was dann?" „Dann komme ich an die Reihe," antwortete der Prinz ganz zuversichtlich.

Hier war also ein starker Glaube an den eigenen Stern vorhanden, und es ist ja menschlich, dem Stern, wenn er nicht rasch genug wirkt, etwas nachzuhelfen.

Den ersten Eindruck des Staatsstreichs in England legt ein Brief Stockmar's vom 5. December dar.

„Der Eindruck hier ist, daß Napoleon den Coup d'état nicht nöthig gehabt und daß er wieder gewählt worden wäre, wenn er sein Ministerium, das wenigstens aus achtbaren Leuten bestand, beibehalten und den Gang der Dinge ruhig abgewartet hätte. Den plötzlichen Impuls, der ihn zum Staatsstreich trieb, sucht man in der Furcht, in die ihn die Candidatur des Prinzen von Joinville zur Präsidentschaft versetzte. Man glaubt, daß Rußland und Oestreich den Schritt des Präsidenten billigen werden und denkt an die Möglichkeit eines Krieges, da er seine Armee beschäftigen und zufrieden stellen müsse. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß Frankreich sich auf die Seite der absoluten Mächte gegen England stellen

möchte. Mit diesen Ansichten stimmen auch Briefe, die ich aus Brüssel erhalten habe."

„Ich frage dagegen, was sollte das Object einer solchen Allianz, eines solchen Krieges gegen England sein? Die Demüthigung Englands oder gar die Schmälerung seiner Macht und Wohlfahrt? Wäre es darauf abgesehen, so würde ein solcher Versuch, im guten Ernst unternommen, der ganzen europäischen Politik eine Wendung geben, die in ihren Folgen gerade das Gegentheil von dem bewirken würde, was die Urheber des Kriegs bezweckten. Die Möglichkeit, daß einige verbrannte Gehirne sich mit dem Gedanken eines Kreuzzugs gegen England und seine Constitution tragen, läugne ich nicht ab. Aber kein Mensch in seinen Sinnen wird übersehen, was es hieße, England zur Verzweiflung zu treiben. Canning verglich es vordem mit Aeolus, der die Winde in seinen Schläuchen gefesselt hält. In dem Gleichniß liegt eine große Wahrheit. Das Oeffnen des Schlauches wäre gewiß für England selbst sehr gefährlich, allein, angegriffen, wird es unbekümmert um die Folgen, den Sturm entfesseln."

„Nur unter einer Bedingung übrigens kann Louis Napoleon die unsichere Freundschaft der absoluten Mächte erhalten. Sie ist, daß er innerhalb der jetzigen Territorialgrenzen Frankreichs despotisch regiere. Will er über diese Grenzen hinaus, so sind sie sämmtlich seine Feinde. Die despotische Regierung wird aber innerhalb Frankreichs auf die Dauer nur ertragen, wenn die auswärtige Politik Louis Napoleon's einen greifbaren Vortheil, also Territorialgewinn abwirft. Also kann er sich auf die Dauer die Freundschaft der absoluten Mächte nicht bewahren. Bloß deswegen russisch regiert zu werden, damit der Kaiser Nicolaus desto leichter und sicherer bei sich herrsche, das lassen sich die Franzosen nicht gefallen."

Im Dezember 1851 waren natürlich alle Politiker mit der Frage beschäftigt, ob aus dem Staatsstreich eine haltbare Ordnung

der Dinge erwachsen werde. Stockmar war der Ansicht, daß aus jenem Unternehmen nichts hervorgehen werde, als eine neue Catastrophe.

Mit den Elementen, auf denen der Erfolg des Staatsstreichs beruhte, lasse sich nur eine Regierung des Teufels selbst begründen. Er glaube nicht an die Möglichkeit der dauernden Herrschaft dieser schwarzen Majestät.

Für die Wahrscheinlichkeit eines schließlichen Mißerfolgs Louis Napoleon's sah er folgende Gründe:

1. Dessen Befangenheit in den Idées Napoléoniennes des Oheims, welche nur zu Anachronismen führen könne

2. Daß die Furcht vor den Rothen, welche Napoleon's Stärke ausmache, allmälig als übertrieben erkannt werden müsse

3. Die Schwierigkeit, die hochgespannten Erwartungen der Armee und der Massen zu befriedigen

4. Das voraussichtliche Wiedererwachen des Strebens nach Volksfreiheiten und constitutioneller Regierung.

Die folgenden zwei Decennien haben allerdings gezeigt, daß Louis Napoleon eine größere Unbefangenheit des Blicks besitzt, sich den Umständen weit mehr zu accommodiren versteht, als die Meisten zu Ende 1851 anzunehmen geneigt waren. Sie haben auch bewiesen, daß er die Erhaltung des von ihm Gegründeten nicht ausschließlich in den Elementen sucht, auf denen der Erfolg des 2. Dezember beruhte, daß er vielmehr die Basis seiner Macht zu erweitern strebt, daß er nicht an der Sallustischen Maxime einseitig festhält imperium iisdem artibus retinere quibus initio partum est. Indeß, das Experiment ist noch nicht zu Ende. Es wird sich fragen, ob das zweite Kaiserreich Biegsamkeit und Bildsamkeit genug besitzt, um der Nemesis seiner Antecedentien zu entgehen*).

Mit der anfänglichen Freundlichkeit der Höfe von Petersburg

*) Geschrieben Anfang 1870.

und Wien für Louis Napoleon verknüpften damals Manche den Gedanken an die Möglichkeit, daß mittelst einer Zutheilung von Belgien an Frankreich, Sardinien an Oestreich und Hannover an Preußen die Grundlage für ein neues System und für eine feste Allianz der absoluten Mächte mit Frankreich geschaffen werden könne.

„Dieses Geschwätz verlache ich, schreibt Stockmar. Was Belgien betrifft, so könnten Rußland und Oestreich Jenes nicht zugeben, selbst wenn Preußen im Stande wäre, zu übersehen, daß Belgien sein sichers tes Bollwerk gegen die Habsucht der Franzosen ist. Das gefährlichste Geschenk, das Oestreich annehmen könnte, würde Sardinien sein, es würde ihm damit gehen wie, sans comparaison, dem Hercules mit dem Nessushemde."

„Ich sehe also die Möglichkeit nicht ein, daß man Belgien und Sardinien offen angreife. Was ich fürchte ist, daß man einen heimlichen, versteckten Krieg gegen diese beiden Staaten zu führen für eine gute Politik halten möge. In der Feindseligkeit gegen den Constitutionalismus auf dem Continent stimmen Rußland, Preußen, Oestreich und Louis Napoleon überein. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der Letztere schon jetzt in Petersburg Versuche macht sich mit den absoluten Regierungen zu verständigen. Oestreich wird daher Sardinien und Frankreich Belgien so viel als möglich tribuliren und die Anderen werden connibiren."

Eine Nachschrift besagt: „Soeben erfahre ich, daß der östreichische Bundestagsgesandte Graf Thun geäußert hat „„unser gegenwärtiges politisches System bleibt gefährdet, so lange eine Constitution in Sardinien besteht."" Azeglio, der Sohn, ist angekommen, um dem englischen Cabinet mitzutheilen, daß seine Regierung von Wien bedeutet worden sei, wie Oestreich darauf bestehen müsse, daß Sardinien seine inneren Institutionen mit denen der übrigen italiänischen Staaten ins Niveau setze, auf deutsch: seine Constitution abschaffe."

Der Umsturz in Frankreich regte zu jener Zeit, wie so oft, die

Menschen an, sich in Speculationen über neue Möglichkeiten der Umwälzung zu ergehen. Dazu kam, daß die sogenannten alten Parteien in jenem Lande, namentlich die Orleanisten, die Fähigkeit und die Aussichten Louis Napoleons bedeutend unterschätzten. Man beschäftigte sich daher schon wieder mit Combinationen wegen eines neuen Umschwungs der Dinge zu Gunsten der Bourbons und, im Hinblick darauf, mit der Aussöhnung, der sogenannten Fusion zwischen dem älteren und dem jüngeren Zweige.

Stockmar schreibt über diese Fragen am 18. December: „Daß der Coup d'état für sich allein die Hoffnungen der Bourbons vermehrt habe, kann ich nicht einsehen. Ist einmal der jetzige Paroxismus (die Furcht vor der rothen Republik) in Frankreich vorüber, erwacht erst wieder das Bedürfniß constitutioneller Freiheit, zeigt sich Louis Napoleon unfähig es zu befriedigen, dann kann eine Chance für die Bourbons und folgeweise für die Fusion eintreten. Für jetzt kann ich den Orléans nur rathen, stumm und still zu sein wie Felsen. Wenige Engländer werden sich über die Aussichten freuen, die sich für jene eröffnen können. Sie sind den Whigs verhaßt, die ihnen mißtrauen und die ganze Familie für feindlich gesinnt gegen England halten. Man erinnert sich sehr lebhaft des Joinville'schen Pamphlets aus den vierziger Jahren über eine Invasion Englands und traut gerade Joinville, dem Fähigsten, am wenigsten. So rächen sich die Unüberlegtheiten übermüthiger Jugend an dem gereiften Mann in seinem Unglück."

Am Schluß des Jahres führte noch der französische Staatsstreich in weiterer Folge zu der merkwürdigen Episode der Entlassung Lord Palmerston's.

Zwischen Palmerston und dem Prinzen Gemahl bestand seit längerer Zeit ein gewisser Antagonismus. Dem Prinzen konnte die unruhige, einmischungs- und demonstrationssüchtige Politik nicht zusagen, in die der Minister seit 1848 mehr und mehr hineingerathen

war, die die continentalen Regierungen verstimmte, England schadete und Niemand nützte. Der Prinz machte überhaupt die Aufsicht und Controle der Krone über die auswärtige Politik geltend. Dies war wiederum dem eigenwilligen Lord ärgerlich, und die Mittel und Kunstgriffe, die er anwandte, um jener Controle zu entgehen, verbesserten das Verhältniß nicht. Anderseits war Palmerston seit der griechischen Pacificoangelegenheit von 1850, seit seinen Sympathieäußerungen für Kossuth und die überwundenen Träger der Revolutionen auf dem Continent seinen eigenen Collegen lästig geworden.

Schon im November schrieb Stockmar: „Ich halte den Mann schon seit längerer Zeit für partiell wahnsinnig."

Am 22. December sagt er in einem Brief: „Seit ich wieder hier bin, also seit ungefähr zwei Monaten, beging er Thorheiten, die mich in dem früheren Verdacht, daß er nicht mehr richtig im Kopfe sei, immer mehr bestärkten. Groß war die Versuchung für den Prinzen einzuspringen, um ihn zu stürzen. Ich habe ihm beharrlich und mit Erfolg abgerathen. Ich rieth ihm, den reinen Zuschauer zu machen, da ich gewiß sei, daß, wenn Palmerston noch einen Stoß brauche, seine Collegen selbst ihm diesen geben würden."

Die Thatsachen der Catastrophe vom December 1851 liegen uns noch so nah, daß wir uns kurz fassen dürfen.

Schon im August 1850 hatte die Königin an den Premierminister Lord. J. Russell ein Memorandum gerichtet, worin sie bestimmte Forderungen in Beziehung auf Lord Palmerston's Amtsführung stellte, Forderungen, aus denen sich indirect ergiebt, worüber die Königin sich bis dahin zu beklagen gehabt hatte. Das Memorandum besagt:

„Die Königin verlangt: *erstens*, daß Lord Palmerston immer bestimmt ausspreche, was er in einem gegebenen Fall zu thun vorschlägt, damit die Königin ebenso bestimmt weiß, *wozu* sie ihre königliche Sanction ertheilt. *Zweitens*, daß, wenn sie einmal eine Maßregel genehmigt hat, diese nicht von dem Minister willkürlich

geändert oder modificirt werde. In einem solchen Verfahren müßte sie einen Mangel der der Krone schuldigen Aufrichtigkeit erblicken und es würde ihrer Ansicht nach der gerechten Ahndung durch Ausübung ihres verfassungsmäßigen Rechts, den Minister zu entlassen, unterliegen. Sie erwartet fortlaufend von dem in Kenntniß erhalten zu werden, was zwischen ihm und den fremden Gesandten verhandelt wird, ehe auf diesen Verkehr basirte wichtige Entschließungen gefaßt werden, die eingehenden Depeschen zu guter Zeit zu erhalten, und die Entwürfe, die ihr zur Genehmigung unterbreitet werden, zeitig genug zugesandt zu bekommen, um sich mit dem Inhalt bekannt machen zu können, ehe sie abgehen müssen. Die Königin hält es für das Beste, daß Lord John Russell diesen Brief dem Lord Palmerston zeige."

Palmerston hatte darauf dem Premier geschrieben, er habe Abschrift davon genommen und werde nicht ermangeln, sich nach den darin enthaltenen Weisungen zu richten.

Sein Verfahren nach dem Staatsstreich zeigte indeß ebensosehr erstens, wie nöthig der Brief der Königin gewesen war, als zweitens, wie wenig ihn der Minister wirklich zu Herzen genommen.

Gleich nach dem Staatsstreich besprachen die Königin und der Prinz die von England diesem Ereigniß gegenüber einzuhaltende Politik. Es wurde festgestellt, daß es eine Politik der Enthaltung, der Neutralität sein müsse. Die Königin schrieb in diesem Sinn an Lord John Russell, der sich brieflich ganz einverstanden erklärte. Er trug den Brief der Königin dem Cabinet vor, welches die darin vorgezeichnete Linie annahm. Eine von der Königin genehmigte Depesche in dem gleichen Sinne wurde an den Botschafter in Paris, Lord Normanby, unter dem 5. December erlassen. Sie besagte: „that nothing should be done by H. M's Ambassador at Paris which could wear the appearance of an interference of any kind in the internal affairs of France" („daß der Botschafter in

Paris alles zu vermeiden habe, was den Anschein einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs haben könnte"). Gleichzeitig hatte aber der französische Botschafter in London, Graf Walewski, seiner Regierung von einer mit Lord Palmerston gehabten Unterredung berichtet, worin dieser seine „vollständige Billigung" des Staatsstreichs und seine „Ueberzeugung" ausgesprochen hatte, „daß der Präsident nicht anders habe handeln können." Lord Normanby, dem der französische auswärtige Minister diese Thatsache mittheilte, befand sich zwischen den verschiedenen Aeußerungen seines Chefs im Gedränge. Er fragte zu Hause an, woran er sich zu halten habe. Dies führte dazu, daß der Premier, Lord J. Russell, schriftlich Aufklärung von Palmerston erforderte. Gleich darauf erhielt der erstere ein Schreiben der Königin, worin sie dasselbe Begehren aussprach. Lord Palmerston ließ vier Tage auf seine Antwort warten, die natürlich nicht befriedigend sein konnte, und benutzte die Zwischenzeit, ohne Befragung der Königin odes des Cabinets, eine Depesche an Lord Normanby zu richten, in der er die in seinem Gespräch mit Walewski geäußerten Ansichten vertheidigte und deren Verträglichkeit mit den Instructionen vom 6. December behauptete.

Hier waren also jene allgemeinen Weisungen der Königin mehrfach verletzt, es war wiederholt in einer wichtigen Angelegenheit gegen einen auf Anregung der Königin gefaßten Cabinetsbeschluß gehandelt und unter Umständen, welche dem Verfahren einen besondern Anstrich von Rücksichtslosigkeit und Insubordination gaben.

Der Königin und dem Prinzen schien die Zeit gekommen, die in dem Memorandum von 1850 ausgesprochene Drohung zu verwirklichen. Es wurde mit Lord John wegen der Entlassung Palmerston's verhandelt. Er zeigte, nach einer Niederschrift Stockmar's, wenig Lust, suchte auszuweichen. Es bedurfte einiger Festigkeit, um ihn, unter Hinweisung auf seinen früheren Brief an die Königin, worin er die von Ihrer Majestät vorgeschlagene Politik gegenüber

dem Staatsstreich ausdrücklich gebilligt hatte, zum Handeln zu bringen.

Lord Palmerston wurde entlassen und durch Lord Granville ersetzt.

Heute, nachdem die Leidenschaften und Vorurtheile geschwunden sind, die damals den Blick trübten, liegt der Umstand klar vor Augen, daß Lord Palmerston nicht sowohl wegen der von ihm geäußerten Billigung des Staatsstreichs an sich als wegen eigenmächtiger und rücksichtsloser Ignorirung des verfassungsmäßigen Aufsichts- und Mitwirkungsrechts der Krone in der auswärtigen Politik entlassen worden war. Und so diente dieser Vorfall dazu, die Rechte der Krone in dieser Beziehung außer Zweifel zu stellen. In anerkannten Werken über die englische Verfassung sehen wir jetzt das Memorandum der Königin von 1850 als die richtige Auslegung der geschäftlichen Beziehungen des Souveräns zum Minister abgedruckt. Vergl. Todd, Parliament. Gov. II. p. 213.

Wir dürfen indeß nicht verschweigen, daß Stockmar einige Jahre darauf der Politik Palmerston's gegenüber dem Coup d'état sachlich vollkommene Gerechtigkeit widerfahren ließ. Im October 1854, also nach dem Beginn des Krimkriegs, schreibt er:

„Palmerston's Maxime war es seit lange, daß ein Bündniß zwischen Frankreich und England das ganze übrige Europa im Zaum zu halten vermöge. Aus dieser seiner Maxime, aus seinem leidenschaftlichen Hasse gegen die Orléans erkläre ich mir sein Wagestück, den Staatsstreich Louis Napoleon's gleich nach dem Gelingen, seinen Pflichten als Minister zuwider, öffentlich zu billigen und wie er ferner, dem allgemeinen Verdammungsurtheil über den Coup d'état zum Trotz, sogleich den Versuch machte, das politische Einverständniß mit dem Napoleoniden anzuknüpfen. Um gerecht zu sein, muß ich zugeben, daß er damals schärfer in die Zukunft gesehen hat, als wir Alle, die durch die Gläser des Unwillens gegen den Coup d'état sahen. Denn der russische Wahnsinn bedingte eine

politische Nothwendigkeit, die der französisch-englischen Allianz*), und Palmerston mag mit Recht sagen, er habe diese Nothwendigkeit früher erkannt als wir. Er hat uns wirklich überflügelt."

Nimmt man dieses Urtheil über das Sachliche der Palmerston'schen Politik im December 1851 für richtig, so wird man dabei doch anerkennen müssen, daß damit die Form, in die Palmerston jene Politik einkleidete, nicht nothwendig gegeben war. Es läßt sich nicht läugnen, daß er ein politisches Einverständniß mit Frankreich hätte anbahnen können, ohne gegen Walewski den Staatsstreich zu billigen, ohne die Depesche vom 16. December zu schreiben und mit Verletzung der gebotenen Rücksichten gegen die Königin und das Cabinet abzusenden.

Seine fernerliegenden politischen Ziele hätte er ebensogut verfolgen können, wenn er in Bezug auf den Staatsstreich dem gefaßten Cabinetsbeschluß gemäß Frankreich gegenüber auf der Rede geblieben wäre: „über den Staatsstreich habe ich mich gar nicht zu äußern, er ist eine innere französische Angelegenheit."

Im December 1851 machte Palmerston's Entlassung in England begreiflich das größte Aufsehen. Weit verbreitete sich die Ansicht, Lord Palmerston sei als Opfer festländischen Einflusses gefallen, weil er der Träger der liberalen Ideen gewesen. War er doch den Regierungen des Festlandes durch die Begünstigung, die er in den letzten Jahren den revolutionären Elementen hatte angedeihen lassen, notorisch verhaßt. Anderseits lag die Betheiligung des Hofes an dem Sturz des Ministers zu Tage, und es war folglich die weitere Vermuthung nahe gerückt, es sei Prinz Albert, „der foreigner (Fremde), der Coburger, erzogen in den legitimistischen, reactionären Anschauungen der kleinen deutschen Höfe," das Hauptwerkzeug jener continentalen Intriguen gewesen. Diese Auffassungen entsprachen der natürlichen Neigung des fernerstehenden Publicums, die Erklä-

*) Man muß sich erinnern, daß im December 1851 die Verhandlungen über die heiligen Stätten bereits einen heftigen Charakter angenommen hatten.

rung der Ereigniſſe nie in den einfachſten, ſich zunächſt darbietenden Urſachen, ſondern in etwas dahinter Liegendem, womöglich in irgend welchen Ränken und Umtrieben zu ſuchen. Jene Auslegungen wurden von einem Theil der Preſſe, namentlich der radicalen, genährt und von Palmerſton ſelbſt wahrſcheinlich, wenigſtens indirect, befördert.

Niemand beſſer als dieſer ſelbſt konnte den Antheil würdigen, den der Prinz an ſeinem Sturz genommen, und da der Lord nicht verzeihenden Gemüths war, ſo bereitete er, ſagt man, in der Zeit der Ruhe, die ihm nun vergönnt war, ein Werkzeug der directen Rache. Man erzählte ſich (nach einer in Stockmar's Papieren befindlichen Niederſchrift), daß unter ſeinen Augen in Broadlands, ſeinem Landſitz, von einem Mr. Ph. eine Brochüre geſchrieben wurde, welche unter dem Titel: Palmerston — what has he done? die obenerwähnte Verſion über ſeine Entlaſſung aufſtellte, ſeine Billigung des Staatsſtreichs läugnete und über geheime Correſpondenzen des Prinzen mit den abſoluten Höfen im freiheitsfeindlichen Sinn Andeutungen machte. Mr. Ph. empfing 100 Pfd. Strl. Das Pamphlet wurde gedruckt. Bei näherer Ueberlegung aber fand Lord Palmerſton, oder fanden ſeine Freunde, daß die Veröffentlichung ihm mehr ſchaden als nützen würde. Er unterdrückte es daher, wobei er angab, dies geſchehe auf Anrathen Lord Lansdownes, der ſeitdem erklärt hat, er habe nie davon gewußt. So erzählte man.

Wir werden ſehen, welche Rolle dieſes Pamphlet noch nach Jahren (anno 1854) ſpielte, als die Angriffe gegen den Prinzen Gemahl ihren Höhepunkt erreichten.

Der Fall Palmerſton's im December 1851 war aber nur eine der vielen kleinen indirecten Nebenwirkungen, die ein großer politiſcher Stoß, wie der Staatsſtreich, nach allen Seiten hervorbringen muß. Zu Anfang 1852 zitterte noch die durch dieſen erzeugte Erſchütterung vielfach nach, waren die Beſorgniſſe vor einer aggreſſiven Politik Louis Napoleon's noch ſehr rege. Der Gedanke, daß eine ſolche zu-

nächst Belgien bedrohen würde, lag nahe. Es galt bei Zeiten die Dispositionen der Großmächte zu erforschen.

Schon am 3. Januar meldet Stockmar: „Brunnow (der russische Gesandte in London) ist befragt worden, was der Entschluß des russischen Cabinets sein werde, im Fall Belgien von Frankreich aus gefährdet würde. Er antwortete: „ich habe heute an Nesselrode geschrieben, wie ich die Verantwortlichkeit übernommen, dem englischen Cabinet zu sagen, daß, was auch früher der Kaiser (Nicolaus) über Belgien und den König Leopold gedacht und gesagt haben möge, ich (Brunnow) gewiß sei, er werde im Fall einer Gefahr für Belgien cause commune mit England machen.““

„Zu gleicher Zeit hat man englischerseits Frankreich vertraulich darauf aufmerksam gemacht, daß die Unabhängigkeit Belgiens für England ein vitales politisches Interesse und daß England durch Tractat verpflichtet sei, dieses Interesse zu vertheidigen.“

Auch von Seiten Preußens und Oestreichs wurden im Lauf der nächsten Monate günstige Zusagen erlangt. Die Mächte sahen in Belgien das Bollwerk des dermaligen Territorialzustandes. Das drohende Gewitter verzog sich.

Beruhigt konnte Stockmar im Mai nach dem Continente zurückgehen. Seine körperlichen Leiden machten dieses Jahr für ihn zu einem sehr traurigen. Im November setzte er sich jedoch wieder nach England in Bewegung.

Im December konnte er die Bildung des Coalitions-Ministeriums „aller Talente“ (Aberdeen, Russell, Palmerston) in der Nähe erleben. Sein Interesse und zum Theil seine Thätigkeit waren aber zu dieser Zeit ganz besonders von der Anbahnung der Vermählung des Herzogs von Brabant, jetzigen Königs der Belgier, mit der Erzherzogin Marie von Oestreich, in Anspruch genommen. Es war ihm eine große Freude, als diese Verbindung im folgenden Jahre (August 1853) zu Stande kam. Denn offenbar war sie ganz dem Interesse des Belgischen Staats und Königshauses entsprechend. Ihr Abschluß

fiel indeß in eine Epoche, wo die orientalische Verwicklung und die darin von Oestreich gespielte Rolle, ziemlich unfreundliche Gefühle gegen dieses in England erregt hatte, die sich im weiteren Verlauf noch steigerten. Nun folgerte die scharfsinnige radicale Presse Englands, der König Leopold sei durch die östreichische Heirath ins Lager des Despotismus übergegangen und verwerthete jene Vermählung in dem gleichen Sinn als Indicium zum Beweis der ähnlichen, gegen den Neffen des Königs, Prinzen Albert, erhobenen Anklagen.

Sechsundzwanzigstes Capitel.

Orientalische Verwicklung. Prinz-Albert's-Frage. 1852 bis 1856.

Während des Jahres 1852 hatte sich die orientalische Verwicklung geschürzt, deren Hauptthatsachen wir für bekannt annehmen.

Von Anfang an war Stockmar der Meinung, daß der Kaiser von Rußland zu jeder Zeit den Tod des „kranken Mannes" im Auge hatte, daß aber Nicolaus, von Natur nicht kriegerisch, mehr bedacht, seine Armee zu haben als zu verbrauchen, darauf speculirte, ohne Krieg, im Wege des Imponirens einen Theil der Erbschaft zu gewinnen und über den Rest so zu verfügen, wie es seiner russischen Politik convenirte.

Auch als der Hader sich erhitzt, die Frage der heiligen Stätten der des russischen Protectorats über die türkischen Unterthanen griechischen Glaubens gewichen, Mentschikoff in Constantinopel unverrichteter Sache drohend abgezogen war, sah daher Stockmar das Mittel zur Ableitung des Gewitters noch immer in der Mediation der vier Mächte.

Selbst nachdem Rußland sein Ultimatum an die Türkei gestellt

und eventuell mit dem Einrücken in die Fürstenthümer gedroht, nachdem als Gegenzug die Flotten der Westmächte in die Besika-Bay beordert waren, hielt er an der Hoffnung fest, die Crise werde sich durch Unterhandlung beseitigen lassen — „es sei denn, setzt er hinzu, (Brief vom 16. Juni 1853) daß ein untoward event, wie Navarino, die Rechnung verfälscht*)."

In der That schien es auch, obschon die Russen (3. Juli 1853) den Pruth überschritten, als ob die vermittelnde Thätigkeit der vier Mächte den Sieg behalten würde. Die sogenannte Wiener Note vom 31. Juli wurde am 3. August von Rußland angenommen. Die Türkei verlangte unter der Inspiration von Lord Stratford zwar Abänderungen zur Entfernung der Zweideutigkeiten jenes Actenstücks. Indeß würde es den vier Mächten wohl nicht unmöglich gewesen sein, die Pforte zur Annahme der ursprünglichen Fassung zu bewegen, hätte nicht Rußland durch die Note explicative vom 7. September die Verwerfung der türkischen Amendements unter ausdrücklicher Wiederholung seiner unzulässigen Ansprüche auf das Protectorat über die griechischen Religionsgenossen in der Türkei motivirt.

Am 26. September erfolgte die Kriegserklärung der Pforte. Auch jetzt war es einem vereinten Auftreten der vier Mächte noch möglich, den Krieg abzuwenden. Einer solchen Uebereinstimmung gegenüber hätte Nicolaus nicht Stand gehalten. Hat er doch im August 1854 auf die östreichische Sommation die Fürstenthümer aus „strategischen Rücksichten" geräumt. Die Frage war nur: ließ sich ein entschiedenes Auftreten der vier Mächte im Verein für die Entfernung der nächsten Anlässe des Streites, für eine Herstellung des status quo ante und eines zeitweiligen friedlichen Zustandes bewerkstelligen?

Der nächste praktische Grund der Beschwerde für die Türkei und für Europa lag in der Besetzung der Donaufürstenthümer. Daß

*) Dies blieb freilich nicht aus. Die Analogie zwischen Navarino, 20. Oct. 1827, und Sinope, 30. Nov. 1853, ist augenfällig.

Rußland dieſe auf gemeinſames Andrängen der vier Mächte noch Ende 1853 oder Anfang 1854 geräumt haben würde, wird ſich nicht in Abrede ſtellen laſſen, wenn man die Wirkung der alleinigen öſtreichiſchen Sommation vom Juni 1854 erwägt. Dann blieb nur noch der Streitpunkt der ruſſiſchen Protectoratsanſprüche übrig. Dieſe hätte Rußland nur ſtillſchweigend fallen zu laſſen brauchen, ſo war die Wiederherſtellung des Friedens *für jetzt* ermöglicht.

Aber ließ ſich, muß man immer wieder fragen, in den letzten Monaten des Jahres 1853 eine Verſtändigung der vier Mächte zum gleichmäßigen feſten Vorgehen auf ſolcher Baſis erreichen?

Einerſeits kann der Umſtand daran Zweifel erregen, daß, nach einer in Stockmar's Papieren vorfindlichen Notiz vom 19. October, Oeſtreich damals noch ſehr in Rußlands Banden war. Es hatte ſich bereit erklärt, eine *Of- und Defenſivallianz mit Rußland* einzugehen, *falls* Preußen ſich anſchlöſſe. Preußen indeß hatte ſich geweigert. Auf der anderen Seite kann man ſich doch gewiſſer Rückſchlüſſe aus den Thatſachen des öſtreichiſch-preußiſchen Vertrags vom 20. April 1854 und der damit im Zuſammenhang ſtehenden öſtreichiſchen Sommation vom Juni und ruſſiſchen Räumung vom Auguſt nicht entziehen. Waren am 20. April, nachdem die engliſch-franzöſiſche Kriegserklärung an Rußland erfolgt war, Oeſtreich und Preußen ſo weit gekommen, daß ſie die Erzwingung der Räumung der Fürſtenthümer durch Oeſtreich in Ausſicht nahmen, und Preußen dabei Oeſtreich den Rücken zu decken verſprach, ſo iſt es auch nicht undenkbar, daß die Weſtmächte Oeſtreich und Preußen zu einem *gemeinſamen Vorſchreiten mit ihnen* in dem gleichen Sinn *ſchon früher* (Ende 1853) vermocht hätten, wenn ſie ihnen damit die beſtimmte Hoffnung eröffneten, durch *Androhung des Krieges auf* [illegible] *beſchränkten Baſis die Erhaltung des Friedens* zu

[illegible]n.

[illegible]eilich die Vorbedingung für die Ausführbarkeit einer ſolchen [illegible]en Combination wäre geweſen, daß ein *einmüthiges* eng-

liſches Cabinet ſie energiſch ergriffen hätte, denn England allein konnte Frankreich im Zaum halten, das jede Gelegenheit benutzte, die Bewegung der Weſtmächte nach dem Krieg hin zu beſchleunigen. Das engliſche Cabinet war aber nicht einmüthig, weder in den Fragen der inneren noch in denen der auswärtigen Politik. Der Reformer Ruſſell ſaß darin neben dem Antireformer Palmerſton, der von Vertrauen zu Rußland und Oeſtreich beſeelte Friedensmann Aberdeen, die friedensliebenden Peeliten neben demſelben Palmerſton, der, Rußland ſowie Oeſtreich wenig geneigt, im beſtändigen geheimen Einvernehmen mit Frankreich zum Kriege trieb, in dem Gedanken einer Ausbeutung der franzöſiſchen Allianz für den engliſchen Zweck der Erhaltung des osmaniſchen Reichs ſchwelgte.

Das Ende war denn, daß die an ſich ſtärkeren, von der Gunſt der Umſtände geförderten Elemente allmälig obſiegten, d. h. daß man dem Krieg entgegentrieb („drifted into war") wie ein ſteuerloſes Schiff. Der aus dem feſteren Stoff geformte Palmerſton, im wohlberechneten Zuſammenſpiel mit Frankreich, begünſtigt von der mehr und mehr erwachenden Kriegsluſt der Nation, zog die Uebrigen nach ſich.

England hatte an ſich die Wahl zwiſchen zwei Wegen einer conſequenten Politik, zwiſchen einer Politik des Friedens, die dieſen weiter zu friſten, eine fernere Vertagung der orientaliſchen Criſis zu gewinnen ſuchte und einer großartigen Kriegspolitik, die Rußland eine ernſtliche, dauernde Schwächung bereitete. Zu beiden Wegen bedurfte es des Concerts der vier Mächte, für beide war es geboten, ſich nicht in eine beſondere Allianz mit Frankreich verwickeln, von jenem Concert abdrängen zu laſſen. Nun war aber für die erſtgenannte Politik das Einverſtändniß der Mächte vielleicht zu bewirken, für die zweite, wie die Dinge in Wien und Berlin ſtanden, aller Wahrſcheinlichkeit nach nicht.

Das engliſche Cabinet unter Lord Aberdeen verfolgte weder die eine noch die andere Linie mit Conſequenz. Die Majorität deſ-

ſelben hatte den ernſtlichen Wunſch, den Frieden zu wahren, aber man ergriff nicht die rechten Mittel, das Concert européen in dem Sinn eines drohenden gemeinſamen Vorgehens gegen Rußland zur Erhaltung des Friedens zu organiſiren. Man ließ ſich durch Frankreich und deſſen Partner Lord Palmerſton mehr und mehr auf die Bahnen des Krieges ablenken, und als man beim Krieg angelangt war, hatte man keinen andern Alliirten als Frankreich, mit dem allein großartige, dauerhafte Erfolge nicht zu erlangen waren, ohne unverhältnißmäßige, ja unſinnige Opfer, die am wenigſten von dieſem Bundesgenoſſen erwartet werden konnten.

Das Reſultat war denn ein Krieg, geführt unter den ungünſtigſten Bedingungen, mit künſtlichen Hinderniſſen aller Art gegen einen Gegner, den man gar nicht recht faſſen und erreichen konnte, ein fruchtloſer Kampf in der Oſtſee, enorme Opfer an Geld und Menſchen in der Krim, und ſchließlich war die Integrität des türkiſchen Reichs nicht geſichert, Rußland nur auf eine Reihe von Jahren zum Innehalten gezwungen und Frankreich zur vorwiegenden Macht in Europa erhoben.

Vergebens war alles Anſtreben des Prinzen Gemahls gegen den Zug der Dinge. Seine Politik war einfach folgende: Er hätte am liebſten den Krieg durch ein Zuſammenwirken der vier Mächte abgewendet geſehen. Die Gefahr des ausſchließlichen Bundes mit Frankreich, das Precäre dieſer Allianz war ihm völlig klar. Er hatte auf der einen Seite gegen die übertriebene Vertrauensſeligkeit Aberdeen's zu kämpfen, der bei Rußland immer die beſten Abſichten vorausſetzte, jedem Wort des Kaiſers Nicolaus zu glauben geneigt war, und deshalb nicht entſchieden genug zur Erhaltung des Friedens gegen Rußland auftrat. Aberdeen pflegte zu ſagen, ſogar wenn Rußland nicht ehrlich ſei, ſo müſſe man doch ſelbſt ſeine Feinde ſo behandeln, als ſeien ſie ehrliche Leute. Der Prinz entgegnete ihm, das ſei in gewiſſem Sinne richtig, aber man brauche nicht zu glauben, daß ſie ehrlich ſeien und nicht nach dieſem Glauben zu verfahren. Auf der

andern Seite war seine Aufgabe, Palmerston zu überwachen, der stets neue Fäden im Interesse der französischen Allianz anspann. Im October brachte er einen Vorschlag, Louis Napoleon eine englische Prinzeß zu vermählen. Im November arbeitete er für den Gedanken, die Donaufürstenthümer an Oestreich zu geben, um Sardinien für Frankreich und Norditalien für Sardinien zu gewinnen. Es machte ihm ein besonderes Vergnügen, solche von Frankreich kommende Wünsche zu unterstützen, die dem Hofe unschmackhaft sein mochten; er konnte sich auf diese Art für das rächen, was er um Louis Napoleon's Willen im December 1851 erlitten hatte. Alle diese Umstände steigerten natürlich die Spannung in seinem Verhältniß zum Prinzen Gemahl.

Sonderbarerweise traten wieder in diesem December des Jahres 1853, wie in dem von 1851, Vorfälle ein, die frischen Anlaß gaben jenes zu verbittern.

Lord John Russell hatte eine neue Reformbill ausgearbeitet, die er in der nächsten Parlamentssession vorbringen wollte. Lord Palmerston war der Wahlreform abhold und erklärte sich gegen die Maßregel. Er hatte damals den Gedanken, das Ministerium zu sprengen, um ein neues an der Spitze der Protectionisten zu bilden. Er glaubte Lord Lansdowne werde ihm folgen, wenn er unter der Firma des Widerstrebens gegen Lord John's Reformplan austräte; und er resignirte wirklich in der zweiten Hälfte des Decembers aus diesem ostensiblen Grunde. Er fand sich aber getäuscht. Lord Lansdowne folgte ihm nicht, das Cabinet löste sich nicht auf und bald reuete Palmerston der von ihm gethane Schritt. Er sagte nun, ehe noch seine Entlassung officiell angenommen war, er wolle seine Einwendungen gegen die Reformbill Russell's, Lord Lansdowne zu Liebe, fahren lassen. Und seine Collegen nahmen ihn binnen noch nicht einer Woche wieder auf, die meisten derselben wohl in dem Gefühl, daß er in der damaligen Lage der unentbehrliche Mann sei, der das Vertrauen des Landes besitze. Bei seinem Austritt hatten ihn die

Oppositionsblätter gelobt, jetzt beim Wiedereintritt mußten ihn die ministeriellen loben, um die Versöhnung zu rechtfertigen.

In der Zwischenzeit aber hatte Palmerston's Rücktritt im Publicum und der Presse einen heftigen Sturm erregt. Das Ereigniß von Sinope hatte England wüthend antirussisch gemacht. Der Engländer aber ist, wie andere Menschen, um so leichtgläubiger, je mehr leidenschaftlich erregt. Nun schrie die Presse: „Verrath! Hofintrigue! Prinz Albert und der König der Belgier sind Palmerston's Feinde, sind russisch gesinnt! Palmerston ist gefallen, weil er energische Maßregeln gegen Rußland vorgeschlagen hat, weil er gegen den Einfluß des Prinzen nicht durchdringen konnte! Baron Stockmar, der arge Russenfreund, steckt immerfort mit dem Prinzen zusammen (Baron Stockmar in assiduous attendance upon the Prince)!"

Die wahren Gründe von Palmerston's Rücktritt wollte Niemand glauben. Noch heute verficht Kinglake in seiner Geschichte des Krimkriegs Cap. 19 die Meinung, es habe sich in jener ministeriellen Crisis um einen von Frankreich ausgegangenen Vorschlag über das Vorgehen der Westmächte gegen die russische Flotte im Schwarzen Meer gehandelt*), dessen schließliche Annahme Palmerston durch seinen zeitweiligen Austritt habe erzwingen wollen und erzwungen habe.

Stockmar lebte seit dem Juli 1853 in Deutschland. Er verließ Coburg den ganzen Winter über nicht, und kehrte erst Ende October 1854 nach England zurück. Aber die radicale Presse wußte es ganz genau, daß er im December 1853 am englischen Hof russische Ränke schmiedete. Aus der englischen Presse gingen diese Fabeln auch in die deutsche über. Die Zuversicht der Zeitungsschreiber, über Dinge und Personen zu reden, die ihnen ganz fern liegen, von denen sie gar nichts wissen, ihr unerschütterlicher Glaube an die eigene Unfehlbarkeit zeigte sich hier recht komisch. Stockmar war durch

*) Vergl. Bunsen's Leben. III. 317.

seinen langen Aufenthalt in England gegen Angriffe der Presse sehr unempfindlich geworden. Ihm wäre es nie in den Sinn gekommen, davon Notiz zu nehmen. Aber ein Verwandter fand sich aus eigenem Antrieb bewogen, dem Gerede über die von Stockmar auf dem englischen Schauplatz in den orientalischen Wirren gespielte Rolle entgegenzutreten. Er sandte an eine deutsche Zeitung einen kurzen Artikel, der sich darauf beschränkte, die Thatsache zu constatiren, daß der angeblich für russische Interessen am englischen Hof so thätige Mann Coburg seit einem halben Jahr nicht verlassen hatte.

Nun waren jene Mythen auch in die Berliner National-Zeitung gedrungen, deren Londoner Berichterstatter damals, dem Vernehmen nach, der als Flüchtling in England lebende Herr B. war. Die National-Zeitung druckte, gleich anderen, jene Berichtigung ab, aber nicht lange darauf ließ sich wieder der Londoner Correspondent derselben hören: er wisse das besser (in den Flüchtlingskreisen waren natürlich die zuverlässigsten Hofnachrichten zu holen), Stockmar befinde sich allerdings in der Nähe des Hofes, halte sich aber den Tag über verborgen.

Nach dem Wiedereintritt Palmerston's ruhten kurze Zeit die Angriffe der Presse gegen den Prinzen. Aber schon im Januar nahmen die protectionistischen Blätter das Thema wieder auf. Unter deren Artikeln zeichnete sich ein einem hochstehenden Tory-Lord zugeschriebener des Morning Herald aus. Auch die Radicalen blieben nicht zurück. Am 11. Januar 1854 verkündete die Daily News, Mr. Roebuck werde beim demnächstigen Zusammentreten des Parlaments von den Ministern kategorisch Erklärungen fordern über die so weit verbreiteten und so allgemein geglaubten Gerüchte in Betreff der ungebührlichen Einmischung des Prinzen Gemahls in die Regierungsgeschäfte. Das Angriffsfeld war somit erweitert. Von einem zu Gunsten Rußlands und des continentalen Absolutismus geübten Einfluß war früher nur die Rede gewesen, und jetzt lautete die

Anklage auf unbefugte verfassungswidrige Einmischung in die Regierungsangelegenheiten überhaupt (undue, irresponsible, unconstitutional interference).

Natürlich kam bei dieser Gelegenheit alles an die Oberfläche, was man seit Jahren an dem Prinzen auszusetzen gefunden hatte.

Untersuchen wir die Elemente etwas näher, aus denen jene Angriffe erwuchsen.

Es läßt sich nicht leugnen, der Prinz war einem Theil der Nation nicht sympathisch.

Vor allen Dingen war er ein Fremder (a foreigner), ein Deutscher, was ohnehin dem Insulaner mit seinen intoleranten Instinkten schwer zu vergessen und verzeihen erscheint. Denn die Intoleranz dieses insularen Instinkts erhebt die gewohnten Formen und Aeußerlichkeiten des Lebens zum Rang von Glaubensartikeln, von denen sich nur der höher und feiner Gebildete, wenigstens theoretisch, frei zu machen weiß.

Der Prinz hatte also von vornherein ein Vorurtheil gegen sich.

Daß er sich nicht ganz orthodox englisch kleidete, nicht ganz orthodox englisch zu Pferde saß, den shake hands nicht ganz orthodox englisch vollzog u. s. w. u. s. w., das blieb selbst für Solche, die dem Prinzen näher gekommen waren, die ihn kannten und verehrten, nicht leicht zu überwinden. Von Solchen hörte man wohl: er ist vortrefflich, gescheut, tüchtig (excellent, clever, able), aber sehen Sie den Schnitt seines Rocks an! (but look at the cut of his coat!) Oder: sehen Sie nur, wie er Einem die Hand schüttelt! (look at the way in which he shakes hands!).

Den feiner Fühlenden oder schärfer Blickenden blieb der tiefere Gegensatz nicht verborgen, in dem die echt deutsche Natur des Prinzen zu einem gewissen beschränkten, engen, britischen Conservatismus stand. Das Wesen des Deutschen ist: Geistesfreiheit, d. h. beständiges Streben nach der Wahrheit. Dieses Streben aber hat etwas Anti-Conservatives. Es beruhigt sich nicht bei dem Bestehenden, weil

es besteht, es mißt und wägt dasselbe immer wieder nach einem höheren Maß und Gewicht, es übt eine fortwährende Kritik an dem Vorhandenen. So war denn der Prinz seiner Natur nach dem Fortschritt politisch, social, wissenschaftlich und religiös zugeneigt, und seine Bestrebungen für die Verbesserung des höheren und niederen Unterrichts sowie für die Lage der arbeitenden Classen, seine aufgeklärt protestantische Richtung, seine furchtlose Verweisung auf die Wissenschaft, auf die Naturgesetze, deren Erkenntniß den Menschen zu leiten habe, konnte den trägen Anhängern des Alten nicht behagen, denen das Denken mit Recht als das eigentlich revolutionäre Element in der Menschheit verhaßt ist. Auf der andern Seite konnte er aber ebensowenig dem rohen Radicalismus gefallen, da er beständig auf Bildung, Sittlichkeit und Religion als die Bedingungen jedes wahren Fortschritts hinwies*).

Der conservativen Menschenclasse in England sind die sogenannten german notions an sich äußerst unheimlich, aber wenn sie mit einem gewissen philosophischen Anstrich auftreten, dann heißen sie german metaphysics, und dann erscheinen sie geradezu unerträglich, geradezu furchtbar. Deutsche Philosophie gilt bei einem Theil der Engländer (Dank der geschmacklosen, ungenießbaren Schreibweise

*) In diesem Sinn sagt ein Artikel des in Edinburgh erscheinenden Scotsman vom 28. Februar 1854: „Der Prinz ist ein Anhänger der geistigen und sittlichen Reform. Als solcher muß er allen denen zuwider sein, welche den nationalen Fortschritt durch Insurrection, Krieg und neue politische Combinationen, ohne Rücksicht darauf zu fördern hoffen, ob die Wahlberechtigten und die Gesetzgeber Einsicht, Bildung, religiöse und sittliche Grundsätze besitzen. Als intellectuell-moralischer Reformer muß er anderseits allen denen verhaßt sein, welche, im Bewußtsein ihrer eigenen kümmerlichen Fähigkeiten und Bildung, für ihre sociale Stellung zittern, sobald die unteren und Mittelclassen gebildet und civilisirt sein würden. Als ein Vertheidiger der Anwendung der Wissenschaft, um den Weg zur Förderung der materiellen Wohlfahrt zu zeigen, mag er vielleicht denen nicht minder gefährlich erscheinen, welche die Wissenschaft und deren Anwendung als revolutionär fürchten und es vorziehen würden, die Herrschaft der Gewohnheit, der Autorität und veralteter Meinungen, als der sichersten Schutzwehre der Nationalwohlfahrt, zu verewigen."

unserer berühmtesten Philosophen) für unergründlich unklar, der bloße Name macht Kopfweh, und für etwas höchst gefährliches — sie saugt einem Mann das Mark aus den Knochen. Nun liebte der Prinz in seinen öffentlichen Reden von gewissen allgemeinen, allerdings sehr klaren und gegründeten, aber wegen der knappen und gedrängten Form vielleicht nicht Jedermann gleich verständlichen Betrachtungen auszugehen. Dies machte ihn für manche Kreise zum bedenklichen Metaphysiker.

Mit vielem Behagen erzählte er selbst öfter, wie sich das tiefe Grauen vor der deutschen Metaphysik einst in einer Sitzung der Commission zur Ausschmückung des Parlamentshauses kund gegeben, deren Vorsitz er führte. Als methodischer Kopf hatte er damit begonnen, zu sagen, daß, um die Auswahl der einzelnen Gegenstände künstlerischer Darstellungen für das Parlamentsgebäude treffen zu können, man vorerst diese in gewisse allgemeine „Kategorien" bringen müsse. Er meinte, man solle sich über die Classen der darzustellenden Gegenstände einigen, als z. B. Vorwürfe aus der englischen politischen Geschichte, aus der des Heeres, der Seemacht, Verherrlichung des Handels, der Industrie Englands und dergleichen, und dann bestimmte Aufgaben innerhalb der einzelnen Classen wählen.

Da fragte ein Mitglied der Commission, der Dichter und Aesthetiker Gally Knight, angsterfüllt, weil er den Prinzen von Kategorien reden hörte: Does really Y. R. H. mean that we are to become metaphysicians?" (Sind Ew. königl. Hoheit wirklich der Meinung, daß wir uns in die Metaphysik versteigen sollen?)

Zu diesen an die Nationalität des Prinzen sich knüpfenden Vorurtheilen kamen persönliche und individuelle Eigenschaften desselben, welche dazu beitrugen, ihn in gewissen Kreisen wenig beliebt zu machen.

Die Zurückhaltung (reserve) des Prinzen war in der höhern Gesellschaft eine stehende Beschwerde; ihm fehlte die free and easy manner, die ungenirte, etwas burschikose Manier, welche jetzt Mode ist.

Und dann bequemte sich der Prinz nicht den Sitten oder Unsitten eines Theils der vornehmen Welt, der sogenannten flotten Leute (fast people) an. Der Einfluß seiner Sittenstrenge (that damned morality, um mit einem englischen Staatsmann zu reden) wurde von Manchen unangenehm empfunden. „Er ist nicht lasterhaft (wicked) genug gewesen," sagt ein Brief an die Times vom Januar 1854. „Wir haben endlich einen sittenreinen Hof. Die Principien sind aufrecht erhalten worden und die Leute ohne Principien fühlen das, und können es nicht vergeben. Sie sprechen von Pruderie, — das bedeutet in ihrem Wörterbuch Widerstand gegen die Sittenlosigkeit. Sie nennen ihn philiströs (slow), d. h. er wettet nicht, spielt nicht, spricht keine Schmutzereien und unterhält keine Tänzerin."

Bestand nach dem Gesagten in manchen Schichten eine gewisse Unbeliebtheit des Prinzen, so erklärt sich, wie aus den Thatsachen seiner Abstammung von einem der kleinen deutschen Fürstenhäuser, der bekannten russisch-absolutistischen Gesinnung der meisten derselben, aus den von Palmerston's Freunden verbreiteten Gerüchten über die Gründe von dessen Entlassung und Rücktritt im December 1851 und 1853, unter der gegen Rußland aufgeregten Stimmung der Zeit, die Beschuldigungen sich erzeugten, die wir oben erwähnten.

Sie wurden von verschiedenen Seiten gepflegt, gefördert und ausgebildet, wo aus persönlichen und Partei-Interessen und -Gefühlen eine besondere an specielle Vorgänge sich knüpfende Feindseligkeit gegen den Prinzen sich entwickelt hatte.

Wir nennen zuerst die Hochtories und Protectionisten.

Sie grollten dem Prinzen von wegen seiner Freundschaft mit dem verstorbenen Peel und der Unterstützung, die er Aberdeen lieh. Man hoffte diesen zu stürzen, die Coalition zu zertrümmern, und unter Palmerston's Führung das Ministerium zu erstürmen. Als des Letzteren Wiedereintritt im December 1853 diese Aussicht vereitelte, war die Mißstimmung groß. Nun ward das Spiel gespielt,

den Hof anzugreifen, um ihm und dem Publicum verständlich zu machen, daß ein längeres Halten Aberdeen's die Krone um ihre Popularität bringe.

Auch die Ausstellung von 1851, die der Prinz unter Peel's Beirath gegen alle Schwierigkeiten und Anfechtungen sieg- und erfolgreich durchgeführt, hatte bei den Hochtories und Protectionisten viel üble Laune gegen den Urheber zurückgelassen. Den Protectionisten war jenes cosmopolitische Unternehmen, das den Wettstreit der verschiedenen Nationalindustrien proclamirte und illustrirte, von Hause aus anstößig gewesen. Die conservativen Stock-Engländer jeder Art befürchteten davon den Einbruch aller continentalen Gräuel, des Unglaubens, der Unsitte, der Revolution, ja sogar, als Folge der Berührung so vieler verschiedener Nationalitäten, neuer unerhörter Krankheiten*). Und nun hatte noch ganz neuerdings der Lord Mayor von London vorgeschlagen, dem Prinzen, als dem Schöpfer der Ausstellung, eine Statue zu errichten, und dadurch den alten Grimm der Gegner neu aufgereizt.

Ein anderes Element der Feindseligkeit gegen den Prinzen hatte seine Wurzel in der Armee. Es ist jetzt aus verschiedenen Veröffentlichungen bekannt, wie der alte Herzog von Wellington im Jahr 1850 in den Prinzen drang, die Stelle des Oberbefehlshabers der Armee (Commander in Chief) zu übernehmen und wie der Prinz, aus überlegter klarer Einsicht in die Natur seiner Stellung und Pflichten, selbstverläugnend jenen lockenden Vorschlag zurückwies. „Der Gemahl einer Königin," antwortete er dem Herzog**), „muß seine eigene individuelle Existenz ganz in die der Gemahlin aufgehen lassen. Er ist das natürliche Haupt ihrer Familie, hat ihre Hofhaltung zu überwachen, ihre Privatangelegenheiten zu verwalten, ist ihr einziger vertraulicher politischer Rathgeber, ihr einziger Gehülfe in ihrem Verkehr mit dem Ministerium und er ist außerdem der Gemahl der

*) Vergleiche Bunsen's Leben. III. 103.

**) Speeches and addresses of the Prince consort. p. 59 sq.

Königin, der Vormund der königlichen Kinder, der Privatsecretär der Souveränin und ihr permanenter Minister." Mit der Erfüllung dieser Pflichten, die kein Anderer als er erfüllen könne, würde seiner Meinung nach die Stellung des Commander in Chief, die er nicht als eine Sinecure auffassen würde, nicht verträglich gewesen sein. Der Prinz hatte also bereits damals im Stillen den glänzendsten Beweis gegeben, daß er über die für die meisten Prinzen unüberwindliche Versuchung, sich in die laufende Armeeverwaltung zu mischen, erhaben war, wenn er auch, wie es seine Pflicht und der ausdrückliche Wunsch des Herzogs war, dem allgemeinen Zustand des Militärwesens diejenige Aufmerksamkeit schenkte, die die Königin selbst, wäre sie nicht eine Frau gewesen, als Souverän ihm hätte zuwenden müssen.

Nach dem Tode des Herzogs wurde Lord Hardinge zum Commander in Chief ernannt, der Busenfreund Peel's, der Kriegsgenosse Wellington's, der frühere Generalgouverneur von Ostindien. Er gewann bald das Vertrauen des Prinzen, mit dem er über die allgemeinen Fragen des Armeewesens, welche in den Kreis des verfassungsmäßigen Ein- und Aufsichtsrechts der Krone gehören, eingehend und fortgesetzt verkehrte, so daß der Prinz in dieser Beziehung ganz naturgemäß eine ausgedehntere Mitwirkung erlangte, als er gegenüber der überwältigenden Autorität des Herzogs von Wellington gehabt hatte. Es hieß nun, Hardinge sei des Prinzen Werkzeug. Seine Ernennung war, als die eines Peeliten, ohnehin den Hochtories nicht genehm, die Lord Fitzroy Somerset, den nachherigen Lord Raglan, gewünscht hatten. Hardinge's Anstellung wurde dem Einfluß des Prinzen zugeschrieben und aus ihr, sowie aus der Intimität des neuen Oberbefehlshabers mit dem Prinzen, bildete sich daher ein neuer Beschwerdepunkt gegen diesen auf Seiten der Hochtories und aller, die mit Lord Fitzroy Somerset durch persönliche oder Familienbande verknüpft waren.

Ein besonderer Vorgang hatte diese Stimmung, die ein Theil

der älteren Officiere mit der Energie nährte, welche dem militärischen Grumbler (grognard) eigen ist, zu höherer Gluth angefacht. Der Adjutant General Sir George Brown (der später in der Krim fiel) hatte in Folge eines Wortwechsels mit Lord Hardinge über die zulässige Schwere der Tornister sein Amt niedergelegt. Dies wurde das Signal zu neuen Angriffen der torystischen und radicalen Presse gegen den Prinzen, der, wie sich nachträglich herausstellte, mit der ganzen Sache gar nichts zu thun gehabt hatte. „Brown," hieß es, „ein ächter Engländer von unabhängiger Gesinnung, ist dem coburgischen Einfluß, geübt durch des Prinzen Creatur Hardinge, erlegen." Und nun erschien als eine neue Specialität in den Anklagen gegen den Prinzen: unconstitutional interference with the Army.

Die Anklage inconstitutionellen Gebahrens ist in England eine um so furchtbarere, je unbestimmter sie ist. England hat (zu seinem Glück) nicht eine geschriebene Verfassung, seine Verfassung beruht auf einer Mehrheit von Gesetzen und Herkommen, aber „inconstitutionell" nennt man nicht nur, was einem bestimmten Gesetz oder bestimmten Herkommen widerspricht, sondern was „dem Geist der Constitution" entgegen ist. Lord Brougham (on the British Constitution, p. 130) sagt: „Wir reden ganz correct davon, daß ein vorgeschlagenes Gesetz inconstitutionell sei, wenn es gegen den Genius und Geist unserer freien Regierungsform verstößt." Das Inconstitutionelle ist also etwas sehr Vages. Was man indeß in dem vorliegenden Fall meinte, war, daß die Theilnahme des Prinzen, als eines unverantwortlichen Rathgebers der Krone, an den Staatsgeschäften, seine Kenntnißnahme davon, sein Verhandeln darüber mit den Ministern, seine Gegenwart bei deren Audienzen verfassungswidrig sei, indem nach der Verfassung der Souverän durchaus nur durch die verantwortlichen Minister berathen werden und regieren dürfe.

In dem Vorwurf der inconstitutionellen Einmischung in die

Geschäfte bekundete sich eine wunderliche Gedankenlosigkeit des englischen Publicums.

Vor allen Dingen kam der Vorwurf doch sehr spät, denn die Praxis, die man anklagte, bestand mehr oder weniger seit 14 Jahren, ohne Widerspruch der Nation, die mit dem königlichen Regiment in dieser Periode vielmehr sehr zufrieden gewesen war. Das große Publicum hatte also nichts von dem gemerkt, worüber es jetzt klagte, und es hatte nichts gemerkt, weil es nie über das nachgedacht hatte, was in der Natur der Dinge, in der Stellung des Prinzen lag.

Die Gesetze wußten nichts von dem Gemahl der regierenden Königin, Blackstone und die anderen Ausleger der Verfassung schwiegen über denselben. Freilich, er war nothwendig, und er war da: Aber die Nation mochte sich nicht die Mühe geben, sich klar zu machen, was seine Stellung bedeute. Den principiellen Erörterungen abhold, wie der Engländer ist, so lange er nicht mit der Nase auf eine praktische Schwierigkeit stößt, war man durchaus abgeneigt, die Lage des Prinzen ins Auge zu fassen und aus bewußter Ueberlegung zu ordnen. Sie ordnete sich also durch das natürliche Gewicht und den Druck der Verhältnisse.

Die Königin gewann nach ihrer Vermählung steigend Vertrauen in die politische Einsicht und den politischen Charakter des Prinzen. Lord Melbourne erkannte mehr und mehr das, was in ihm, zum Theil noch unentwickelt, lag. Doch war, so lange Melbourne Minister blieb (bis Ende 1841), die Theilnahme des Prinzen an den Geschäften eine nur beschränkte und halb geduldete, als Vergünstigung zugestandene. Das damalige Verhältniß wird durch einige Stellen in den Early Years, p. 319 und 321 deutlich genug gezeichnet. „Die ersten paar Jahre war der Prinz nur selten und auf besondere Einladung bei den Unterredungen der Königin mit ihren Ministern gegenwärtig. Obgleich er, sagt die Königin, sich viel Mühe gab, sich von allem zu unterrichten und obgleich Lord Melbourne sich angelegentlich dahin aussprach, daß die Königin dem Prinzen

alles auf die öffentlichen Angelegenheiten Bezügliche sagen und zeigen möge, so nahm er zu dieser Zeit nicht viel Antheil an den Geschäften ..... Von Anfang an hatte die Königin auf den Rath Lord Melbourne's dem Prinzen alle Depeschen über die auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilt." Im August 1840 schreibt dieser an seinen Vater: „Victoria erlaubt mir viel Antheil an den auswärtigen Angelegenheiten zu nehmen und ich glaube, ich habe bereits manches Gute gestiftet. Ich bringe meine Ansichten immer zu Papier und theile sie dann Lord Melbourne mit. Er antwortet mir selten, aber ich habe oft die Befriedigung gehabt, ihn ganz im Einklang mit den von mir geäußerten Meinungen handeln zu sehen." —

Bei dem Rücktritt Melbourne's hatte sich der Prinz bereits in solcher Weise geltend gemacht, daß der Minister am 30. August 1841 an die Königin schrieb: „Lord Melbourne hat die höchste Meinung von dem Urtheil, der Selbstbeherrschung (temper) und der Discretion Sr. königl. Hoheit gewonnen, und es muß ihm großen Trost und Beruhigung gewähren, Ew. Majestät in einer Lage zu wissen, wo Sie den unschätzbaren Vortheil solchen Raths und Beistands genießen. Lord Melbourne ist überzeugt, daß Ew. Majestät nichts Besseres thun können, als Ihre Zuflucht dazu zu nehmen, wo Sie dessen bedürfen, und Sich mit Vertrauen darauf zu verlassen."

Mit dem Eintritt Peel's begann eine andere Epoche. Die Neuheit der ganzen Verhältnisse, die erst allmähliche Entwickelung des Prinzen selbst, die bisherige Rolle Lord Melbourne's als eines väterlichen Mentors der Königin hatten dazu beigetragen, daß in den ersten zwei Jahren Prinz Albert's Stellung zu den Geschäften eine precäre blieb. Peel hatte ein ganz anderes, nicht so nahes Verhältniß zur Königin. Seine Auffassung von der Bedeutung und den Rechten des Königthums war auch eine viel ernstere. Daß dieses eine, in den Gränzen der parlamentarischen Regierung, selbständige Macht und Wirksamkeit übe, lag ihm am Herzen, nicht, daß der Minister neben

einem Automaten von Souverän allgewaltig sei. Endlich hatte der Prinz durch die Art, wie er den Ministerwechsel anbahnte und leitete, von vornherein die Achtung und das Vertrauen Peel's gewonnen. Dieser war also von Anfang an geneigter, der Stellung des Prinzen ihr Recht widerfahren zu lassen.

Als Stockmar im September 1841 wieder nach England kam, hatte er, wie eine seiner Niederschriften erzählt, lange Verhandlungen mit Peel über die Wiederherstellung der constitutionellen Autorität der Königin und über die Lage des Prinzen. „Meine Maxime war," schreibt er: „„Der Prinz ist der nothwendige Privatsecretär der Königin."" Diese Doctrin unterschrieben damals der verstorbene Lord Grey, Abercromby und Lord John Russell und Peel räumte dem Prinzen jene Stellung, wenigstens de facto ein. Ich aber predigte der Königin von jener Zeit an, daß die erste günstige Gelegenheit ergriffen werden müsse, dem Prinzen dieselbe Stellung auch de lege zu vindiciren und überhaupt durch eine Bill die Stellung, den Rang, die Rechte und Pflichten eines Prinzen-Gemahls zu definiren und dadurch eine in der Constitution befindliche Lücke auszufüllen. Ich hatte dabei aber auch das Motiv, der Königin die Ausführung ihres im December 1841 geäußerten Wunsches, dem Prinzen den Königstitel zu verleihen, unnöthig zu machen. Ich war der Meinung, daß der Prinz durch Ertheilung eines leeren Königtitels in eine ganz falsche Lage gegen die Nation und gegen seine eigenen Kinder gebracht werden würde."

Peel fand, wie Stockmar berichtet, nicht nur den Königstitel, sondern überhaupt die gesetzliche Regelung der Stellung des Prinzen mit Rücksicht auf die im Parlament zu erwartenden Schwierigkeiten bedenklich. Der Wunsch der Königin in Betreff des Titels war nicht geheim geblieben und schon lauerten die Gegner schadenfroh auf den Ausgang. Es wurde Peel mitgetheilt, daß Lady Palmerston gesagt habe: „Läßt er sich auf den Wunsch der Königin ein, so ist er (Peel) verloren: er wird im Parlament geschlagen; leistet

er der Königin Widerstand, so kommt es zum Bruch zwischen Ihrer Majestät und ihm." —

Allein Peel war zu klug, die Königin zu gemäßigt, um es zu dem einen oder dem andern kommen zu lassen. Das Resultat war denn, daß nichts geschah, um die Stellung des Prinzen gesetzlich zu regeln, daß aber factisch dieser unter Peel's Regiment, als der Cabinetssecretär und vertraute Berather der Königin, an allen Geschäften, die das Königthum berühren, Antheil nahm und nunmehr bei allen Audienzen der Minister gegenwärtig war. Sein wirklicher Einfluß wurde in dieser Zeit um so größer, je inniger ihn allmählich Vertrauen und freundschaftliche Hochachtung mit Peel verbanden.

Nachdem der Prinz seine Stellung so unter Peel genommen hatte, war dieselbe für immer befestigt und er hatte also unter wechselnden Ministerien seit 12 Jahren den wichtigsten und segensreichsten Antheil an der Regierung Englands gehabt. So ruhig und gemessen war dabei seine Haltung, so sehr war es ihm gelungen, allen öffentlichen Anstoß zu vermeiden, so sehr war von allen Seiten anerkannt, wie die Krone nie correcter im Geist der Constitution verfahren, so sehr war das Ansehen und die Popularität der Königin gestiegen, daß — — kein Mensch Anlaß fand, sich um die politische Wirksamkeit des Prinzen zu bekümmern. Wer dem Prinzen bei einer öffentlichen Gelegenheit ein Compliment machen wollte, der lobte seine weise Enthaltung von den politischen Angelegenheiten (wise abstinence from interference in political matters). Nachdem nun seit dem December 1851 bei verschiedenen Anlässen zur Sprache gekommen war, daß der Prinz sich seit mehr als einem Decennium mit allen politischen Angelegenheiten, so weit sie in den verfassungsmäßigen Bereich der Krone gehören, fleißig befaßt hatte, so wunderte sich das Publicum nicht etwa, wie es gesollt hätte, über des Prinzen Bescheidenheit und Tact, womit er sich effacirt hatte, und über seine eigene Gedankenlosigkeit, sondern es fand sich getäuscht, verrathen, und schenkte nun allen absurden Fabeln von den Intri-

guen des Prinzen, von seiner geheimen Correspondenz mit fremden Höfen Glauben. Denn allerdings war alles dies im Grunde wahrscheinlicher, als daß 30 Millionen Menschen zwölf Jahre lang nicht entdeckt hatten, wie der Prinz in dieser Zeit den erheblichsten Antheil an ihrer Regierung gehabt. —

Aber nicht nur, daß die Anklagen inconstitutioneller Einmischung in die Regierungsangelegenheiten, einer zwölfjährigen Praxis gegenüber, von der Dumpfheit und Unüberlegtheit des Publicums Zeugniß ablegten, sie beruhten auch auf einer irrigen und ganz unverständigen Auslegung der Verfassung.

Man beschwerte sich über die verfassungswidrige Betheiligung des Prinzen, als eines nicht verantwortlichen Individuums, an den Staatsgeschäften.

Allein der Prinz war Mitglied des Privy Council (Geheim-Raths) und seine Betheiligung mithin nicht *inconstitutionell*. Er unterlag der Verantwortung gegen Gesetz und Parlament, so gut wie jeder Privy Councillor, war also nicht *unverantwortlich*. Ganz abgesehen davon aber, war das Grundaxiom, von dem man ausging, daß die Königin nur von ihren verantwortlichen Ministern berathen werden dürfe, weder dem Herkommen, noch der Verfassung, noch der Vernunft gemäß. Dem Herkommen nicht gemäß — denn verschiedene Könige hatten, wie wir sahen, mit Gutheißung der Minister und des Parlaments, Privatsecretäre gehabt. Der Verfassung nicht gemäß — denn die Verfassung macht den Souverän nicht zu einem Automat, das nur durch die Einblasungen gewisser privilegirter Personen (der Minister) in Bewegung gesetzt werden darf, sondern sie erkennt den Souverän als einen Menschen an, der sich seiner Augen und Ohren bedienen darf, wie andere Menschen, um seine Einsicht in die Dinge zu erweitern, dem der Verkehr mit anderen Personen, seien sie verantwortlich oder unverantwortlich, so wenig untersagt ist wie anderen Menschen. Sie fordert nur, daß der Souverän alle *Regierungsacte durch* die Minister vornehme, welche dafür verantwortlich sein müssen. Der

Vernunft endlich war jene Maxime nicht gemäß, weil sie etwas Unmögliches forderte und in dem besondern Fall, wo das Verhältniß von Ehegatten in Betracht kam, zu ganz abgeschmackten Consequenzen führte. Wer hätte denn die Königin hindern wollen, ihren Gemahl vertraulich über Staatsangelegenheiten zu befragen, und sich von seinem Rath beeinflussen zu lassen?

Die Einsicht in diese Wahrheiten drang zwar allmählich, während des Januar 1854, im größern Publicum durch, aber doch nur allmählich.

Auch das alte Palmerston'sche Pamphlet war wieder auf's Tapet gebracht worden. Es wurde insinuirt, Lord Palmerston habe die urkundlichen Beweise der inconstitutionellen Intriguen des Prinzen und seiner geheimen Correspondenz mit fremden Höfen in Händen gehabt, und Abschriften davon 1851 einem Baronet übergeben, der daraus eine Broschüre gemacht. Diese habe der Prinz aufgekauft und mit Palmerston schnell Frieden geschlossen, um den Folgen der Veröffentlichung zu entgehen. Sechs Exemplare seien noch vorhanden, und der Prinz möge sich nur in Acht nehmen. Dies nöthigte denn Palmerston in der Morning Post erklären zu lassen, er habe das Pamphlet nicht schreiben lassen, nie Documente der Schuld des Prinzen jemandem übergeben, weil keine solchen vorhanden gewesen, er sei es gewesen, der die Veröffentlichung der Schrift verhindert habe. Des Tags darauf druckte die Times das Pamphlet vollständig ab und es erwies sich als ein elendes Machwerk, das nicht eine einzige Urkunde enthielt.

Inzwischen war die Leichtgläubigkeit der Londoner so weit gegangen, daß Tausende auf das Gerücht hin, der Prinz sei unter Anklage gestellt, den Tower umlagerten, um den Einzug Jenes in das Staatsgefängniß zu sehen. Da sie vergeblich warten mußten, so beruhigte man sie mit der fernern Erfindung, der Prinz komme nicht ins Gefängniß, weil die Königin erklärt habe, sie würde mit ihm gehen.

Der Unsinn hatte seinen Höhepunkt erreicht. Gegen Ende des Monats trat die Reaction ein. Nun regnete es Artikel und Pamphlets, die die Angriffe gegen den Prinzen in ihrer Unhaltbarkeit und Unbegründetheit aufzeigten. Am 26. Januar erklärte auch Lord Palmerston in seinem Organ, der Morning Post, daß der Prinz in keiner ursächlichen Beziehung zu seinem Austritt und Wiedereintritt im December gestanden habe. Der Prinz hatte das befriedigende Bewußtsein, daß er eine Feuerprobe bestanden. Was er seit 14 Jahren gesagt und gethan, war von der aufgeregten Nation durchgesprochen worden und nicht ein erheblicher Vorwurf war auf ihm haften geblieben. Er freute sich nun darauf, daß eine gründliche Discussion im Parlament das Uebel noch völlig auscuriren werde.

Das Parlament ward am 31. Januar 1854 eröffnet und gleich in der ersten Sitzung gingen, Seitens des Ministeriums, im Oberhaus die Lords Aberdeen und Hardinge, im Unterhaus Lord John Russell in ausführliche, geschichtliche und staatsrechtlich-politische Erörterungen über die Stellung des Prinzen Gemahls ein.

Ihr wesentlicher Inhalt ist bereits in den oben von uns angegebenen Thatsachen und Betrachtungen zu finden. Wir heben nur drei Punkte hervor, welche von der ministeriellen Seite nachdrücklich betont wurden:

1. daß, welchen Rath der Prinz auch der Königin gegeben haben möge, die Minister eben doch für jede Regierungshandlung derselben verantwortlich seien und, wenn sie die Verantwortlichkeit nicht übernehmen wollten, hätten zurücktreten müssen; —
2. daß aber kein Ministerwechsel anders als in Folge einer ungünstigen Abstimmung im Parlament erfolgt sei, und
3. daß die streng constitutionelle Handlungsweise der Königin allgemein anerkannt, daß folglich nicht einzusehen sei, wie der Prinz einen inconstitutionellen Einfluß gehabt haben könne.

Von besonderem Gewicht waren die Aussprüche des Lord Campbell (des Präsidenten, Lord Chief Justice, der Queens Bench) im Oberhaus. Er sagte: seiner Meinung nach stelle man das Recht des Prince Consort, die Königin zu berathen, auf ein falsches Fundament, wenn man sich auf seine Eigenschaft als Privy Councillor berufe. Nicht als solcher, sondern als Alterego, als Gemahl der Königin von England, sei er dazu befugt und verpflichtet. „Es sei wünschenswerth, daß die regierende Königin den Beistand ihres Gemahls habe, und er wolle nur noch sagen, daß ihm alle jene Beschuldigungen gegen Se. königl. Hoheit höchst grundlos und verläumderisch erschienen. Der beste Beweis davon sei, daß, wenn er Ihro Majestät Rath gegeben habe, es sehr heilsamer Rath gewesen sein müsse, denn er (Lord Campbell) stehe nicht an zu behaupten, daß die Königin der constitutionellste Souverän sei, der je in England regiert habe."

Die Opposition, durch den Mund von Lord Derby im Oberhaus und Mr. Walpole im Unterhaus, erkannte die vom Ministerium vorgebrachten Thatsachen und Grundsätze in Betreff der Stellung des Prinzen und der Art, wie er sie geltend gemacht, vollkommen an. Sie that es um so entschiedener, je mehr sie sich durch die Haltung der Torypresse dem Verdacht preisgegeben sah, daß sie die Verbreitung jener Gerüchte, die zu der ganzen Debatte Anlaß gegeben, begünstigt habe. Lord Derby sprach besonders scharf gegen die Leichtgläubigkeit (gullibility) des Publicums und schob die Schuld der Verbreitung „jener absurden Angriffe" gegen den Prinzen der radicalen Presse zu. Und als darauf Lord Harrowby die Mitschuld der conservativen Presse, ja der conservativen Partei, insofern sie sich dabei passiv verhalten, entschieden behauptete, so sagte Lord Malmesbury in großer Erregung, er habe in seinem Leben keine beleidigendere Rede gehört (he never heard a more offensive speech in his life). Erfreulich mußte dem Prinzen sein, was Mr. Walpole, der frühere Minister des Inneren vom Toryministerium Derby im Unter-

haus äußerte. Nachdem er seine vollkommene Uebereinstimmung mit den Erklärungen Lord John Russell's ausgesprochen, fuhr er fort: „Ich will nicht in den Verdacht der Schmeichelei gegen den Prinzen kommen, aber noch weniger will ich, aus Furcht, das auszusprechen, was ich für Wahrheit halte, ein Jota von dem hohen und gerechten Lob abziehen, welches der edle Lord (Russell) dem Gemahl der Königin ertheilt hat, der durch seine Intelligenz, Fähigkeit und Haltung, seit er in diesem Lande ist, die höchste Verehrung und Achtung aller Unterthanen Ihrer Majestät verdient."

Im Ganzen genommen konnte der Prinz überhaupt mit dem Resultat und Gesammteindruck der Verhandlungen vom 31. Januar sehr zufrieden sein. Die Befugnisse seiner Stellung und die Art, wie er sie geübt, waren parlamentarisch, ohne Widerspruch von irgend einer Seite, anerkannt und in einer für ihn sehr rühmlichen Weise anerkannt worden, und man konnte Lord John Russell's Schlußworten in seiner Rede beistimmen: „Ich glaube, daß wenn das Volk, das zuletzt immer gerecht ist, nachgedacht hat, diese Verläumdungen, niedrig wie sie sind, und diese Irrthümer, schwer wie sie gewesen, schließlich zur Folge haben werden, die Anhänglichkeit an die Königin zu stärken und dem Thron eine festere Grundlage zu geben."

Stockmar war mit dem Schlußergebniß nicht ganz zufrieden. Er blieb bei seinem alten Satz stehen, daß man dem Prinzen eine durch ausdrückliches Gesetz definirte Stellung geben müsse. In einer Niederschrift vom 16. Februar 1854 sagt er:

„Als der Lärm losging, verfocht ich den Ministern gegenüber meine alte Doctrin. Zu dem Ende schrieb ich die geheime Geschichte des in dieser Angelegenheit früher Verhandelten und ich ersehe aus den Parlamentsdebatten, daß Lord Aberdeen meine Aufschlüsse in vielen Dingen und Lord John Russell in noch mehreren benutzt habe. Allein ganz so derb, so bestimmt, wie ich es verlangt hatte und wie sie es ohne Schaden gekonnt hätten, sind die Minister doch nicht auf-

getreten. Der Einzige, der ohne Scheu den nackten Grundsatz, daß der Mann nothwendig der Alterego der Frau sei, ausgesprochen hat, war der Oberrichter Lord Campbell. Allein er entwickelte ihn nicht und führte ihn nicht vollständig durch. Man wird also schließlich sagen müssen: die Sache hat noch nicht den rechten Abschluß gefunden und, damit sie diesen finde, wird es vielleicht eines neuen Anstoßes bedürfen."

Daß die Presse, die bis dahin den Prinzen angefeindet hatte, nun einfach reuig ihren Irrthum bekennen würde, das freilich war nicht zu erwarten. Die halbradicale Daily News äußerte sich ärgerlich und unzufrieden über die Parlamentsdebatten. Der torystische Morning Herald, nachdem er sechs Wochen lang den Prinzen verläumdet, sagte jetzt, da derselbe verfassungsmäßig der Discussion entrückt sei, so hätte man die Sache gar nicht vor das Parlament bringen dürfen. Der ultraradicale Morning Advertiser half sich ungenirt damit, daß er im parlamentarischen Sitzungsbericht vom 31. Januar die auf den Prinzen bezüglichen Stellen ganz wegließ.

Wir kehren zu der orientalischen Verwicklung zurück, in der die Prinz-Albert's-Frage eine Episode bildet.

Auf das „untoward event" von Sinope (30. November) war das Einlaufen der westmächtlichen Flotten ins Schwarze Meer (3. Januar), der Allianzvertrag zwischen England, Frankreich und der Türkei (12. März) und die englische Kriegserklärung an Rußland (27. März 1854) gefolgt.

Stockmar's Wunsch war, wie wir sahen, dahin gegangen, daß der Krieg durch ein vereintes festes Auftreten der vier Mächte gegen Rußland vermieden werden möchte. Da sich dies aber nicht als erreichbar gezeigt hatte, so erschien ihm nun das erstrebenswerthe Ziel, daß Oestreich und Preußen sich mit den Westmächten zu activem Vorgehen verbündeten, um die Präponderanz Rußlands zu vernichten, und in der Verfolgung dieses Zwecks sich England näher anschlössen, um es in seinem mäßigenden Einfluß zu stärken, Frankreich von Aus-

schreitungen abzuhalten, überhaupt die Ausartung des Kriegs, d. h. die Ablenkung von jenem Ziel zu verhüten.

Die Ausführung dieser Ansichten enthält ein allerdings sieben Monate später geschriebener, aber auf die Situation von Ende März 1854 völlig anwendbarer Brief Stockmar's.

7. November.

„Daß es ein Glück für Europa sein würde, wenn Rußland siegreich aus diesem Kampf hervorginge, glaube ich nicht. Wir haben erlebt, was es war, einen französischen Götzen anbeten zu müssen. Trotz dieser Erfahrung hat Europa, welches den Götzendienst ebenso liebt als Asien, sich nicht eher zufrieden gegeben, als bis es sich einen neuen Götzen angeschafft, diesmal einen russischen."

„Ich hasse allen Götzendienst und wünsche ihn abgeschafft, weil ihn schon die zehn Gebote verbieten."

„Also auch ich wünsche Rußland geschwächt zu sehen, aber auf meine Weise. Die Phrase, Rußland habe bereits sein prestige Europa gegenüber verloren, ist für mich eitel. Das Gedächtniß der einzelnen Menschen ist schon schwach genug, daß der Völker noch schwächer. Wenn auch jetzt Einzelne der Meinung geworden sind, Rußland sei zu Land und zu Wasser doch nicht so mächtig, als es Europa vorgespiegelt, so ist das eine Meinung, die nach einigen Jahren schon wieder vollkommen vergessen ist und Diplomatie und Cabinette handeln dann von Neuem unter denselben Verblendungen wie von 1828 bis 1853."

„Nach meiner Meinung besteht die Schuld Rußlands gegen Europa darin, daß es, in Ueberschätzung seiner Kräfte und Rechte, solche Forderungen an das ganze übrige Europa stellte, als ob der russische Kaiser auf dieses nicht die geringste Rücksicht zu nehmen hätte. Diese Usurpation ist so groß als irgend eine, die Napoleon je versuchte. Ihr will ich widerstanden wissen und das Resultat, welches ich vom gegenwärtigen Krieg erwünsche, ist, daß in dessen Lauf Nikolaus sowohl als sein ganzes Volk durch Thatsachen über-

zeugt werden, Rußland habe sich übernommen, es könne allein Europa das Gesetz nicht dictiren und müsse daher in Zukunft die Grundsätze des Völkerrechts so gut respectiren, wie jeder andere Staat."

„Um diese Ueberzeugung im russischen Volk dauerhaft hervorzurufen, dazu gehört nach meiner Meinung das Zusammenwirken Oestreichs und Preußens mit den Westmächten und deswegen gefällt mir die jetzige Politik der deutschen Mächte so wenig."

„Diese Politik gewährt bis jetzt Rußland direct Schutz und leiht ihm indirect Kräfte, die es selbst nicht hat. Sie erhält also Rußland in der Selbsttäuschung und hindert es an der Erkenntniß der Macht, die es wirklich hat, wenn es ganz allein steht, was unter den gegenwärtigen Umständen nur dem Namen nach der Fall ist. Die deutschen Mächte werden in kürzester Zeit und auf die sicherste Weise das erreichen, was Allen noththut, wenn sie mit den Westmächten dahin cooperiren, daß Rußlands Usurpation zurückgewiesen, dabei aber auch jede Forderung an Rußland beseitigt werde, die als unmäßig und ungerecht einem dauerhaften Frieden widerstreiten würde."

Um für diese Ansichten in Preußen Propaganda zu machen, theilte Stockmar die nachfolgende Denkschrift, über deren Verfasser wir nur Vermuthungen haben, einem höhern preußischen Militär mit.

März, 1854.

Memorandum.

Die Stellung Oestreichs und Preußens zur orientalischen Frage ist natürlich von der entscheidendsten Wichtigkeit für den Gang der Ereignisse, welche sich aus dieser Frage entwickeln werden.

Dasjenige Stadium derselben, in welchem eine friedliche Lösung noch denkbar war, ist vorüber. Der Kaiser hat sich selbst die Möglichkeit, nachzugeben, abgeschnitten und ist entschlossen zum Kriege. Unter solchen Umständen kann jeder Vorschlag zu weiteren Negotiationen von den Seemächten nur angesehen werden als darauf berechnet, sie des außerordentlich wichtigen Vortheils zu berauben, den ihnen der Anfang der Feindseligkeiten vor dem Aufgehen des Eises in der Ostsee gewährt. Solche Negotiationen werden darum von Rußland gewünscht, während sie von den verbündeten Mächten, als ihrem Interesse entgegen, nicht geduldet werden können. Die Hauptsache ist, den nun unvermeidlichen Krieg so schnell als möglich zu beendigen; dies kann nur geschehen, wenn Europa fest zusammensteht. Ein solches Zusammenhalten giebt zugleich die beste Garantie dafür, daß die Frage, um derentwillen der Krieg geführt wird, nicht in andere ausarte, die ihr ursprünglich fremd sind. Ob das türkische Reich als solches erhalten werden könne, oder nicht, ist nicht die Frage, und es würde nutzlos sein, dies jetzt im Voraus entscheiden zu wollen. Aber gewiß ist, daß wenn Europa jetzt gegen Rußland zusammenhält, die Lösung den Interessen Europas entsprechen müsse, während sie die Realisirung der Absichten Rußlands unmöglich macht. — Es heißt hingegen: „ein Krieg gegen Rußland ist thöricht, denn es ist nicht zu erobern."

Rußland ist allerdings nicht zu erobern, wie Napoleon 1812 sich einbildete, darum aber nicht unüberwindlich, wie man dort und in Deutschland sagt. Denn die Lebensbedingungen eines Staates beruhen nicht in einer unzerstörten Armee und in Behauptung eines weit ausgedehnten Territoriums, sondern in der Möglichkeit, materiell zu existiren, und in seiner politischen Integrität und Machtstellung. Beide können bei Rußland in die höchste Gefahr gebracht werden, es könnte sogar durch den Verlust seiner westlichen Grenzländer auf einen rein slavisch-asiatischen Staat zurückgeführt werden, der im europäischen Rathe weiter keine bedeutende Rolle mehr spielen würde.

Wenn dieses die allgemeine Lage der Dinge ist, welches ist die Stellung, die Oestreich und Preußen ihr gegenüber jetzt nehmen?

Oestreich ist in der Türkei in erster Hand interessirt; ebenso sehr liegt es in seinem Interesse, sich von Rußland loszumachen, an das die Furcht vor der Revolution es gebunden hat. Es fürchtet Rußland, es fürchtet die Revolution; was die letztere betrifft, so könnte es kein kräftigeres Schutzmittel erlangen, als das, welches die Allianz mit dem liberalen Westen an sich bietet, dessen Trennung von der Sache der Revolution es sich durch diese Allianz sichert. Dies wird auch vom Revolutionscomite Mazzini-Kossuth ꝛc. deutlich empfunden. — Oestreich traut Preußen nicht; hält sich ohne Preußen nicht für stark genug; fühlt aber deutlich den Zug seiner eigenen Politik.

Preußen — ein unglückliches Land!

Der König steht unter russischer Botmäßigkeit, theils aus Furcht vor Rußland, theils aus vernunftwidriger Sentimentalität für seinen Kaiser, den Repräsentanten der heiligen Allianz. Er glaubt große und würdige Independenz gezeigt zu haben, wenn er eine russische Allianz ausschlug, deren Zweck nur sein konnte, Preußen in einen Kampf mit dem Westen zu führen, zu Gunsten einer Politik Rußlands, von der Preußen mit den drei anderen Mächten zusammen zu Protocoll erklärt hatte, daß es eine für es

selbst und für Europa nachtheilige und gefährliche sei! Der König verweigert endlich alle Mitwirkung mit dem Westen.

Die Hofpartei ist theils aus Gewohnheit, theils aus Interesse Rußland servil ergeben, betet den Kaiser an als Schutzherrn der Reaction, sieht in seiner Schwächung ihren eigenen Untergang, bestürmt den König mit Insinuationen gegen Frankreich und England, Einschüchterung mit russischer Rache und Heuchelei über Christenpflicht im Orient.

Die antirussische patriotische Partei will zwar Krieg gegen Rußland, den der Westen und Oestreich führen sollen, will aber, daß Preußen selbst an keiner Gefahr Antheil nehme; Preußen soll von der Gelegenheit des Krieges profitiren, um unter der Firma eines geträumten Schiedsrichteramtes (vermöge dessen es im entscheidenden Moment in der europäischen Wagschale den Ausschlag geben will) sich den Lohn zu holen, den es verdient zu haben glauben wird.

Diese Politik ist eine heillose, und es verräth sicherlich nicht viel Scharfsinn, daß man sie noch dazu jetzt schon aussprach. Es ist dies die Politik des Jahres 1805, die das Unglück von 1806 nach sich zog. Preußen wird in Folge derselben natürlich von allen Parteien gehaßt werden, und da seine unredlichen Absichten schon proclamirt sind, so muß in allen Staaten das Gefühl rege werden, daß es gut sein wird, der Erreichung derselben zuvorzukommen. Kommt es dann zu einem Frieden, zu dessen Erlangung Preußen nichts beigetragen, sondern der es nur Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat, und sollte es dann Ansprüche erheben, so würde es erstaunt sein über die Art, wie solche empfangen werden dürften.

Daß jeder Patriot die Consolidirung, vielleicht Vergrößerung Preußens wünscht, ist erklärlich; aber physische Vermehrung ist gewöhnlich und sollte sein — der Erfolg moralischer Stärke und Anstrengung, und man sollte denken, daß der Krieg mit Rußland viele Chancen bieten würde, das Gewünschte auf eine Weise zu erlangen, in der Europa seine eignen Interessen und die der Civilisation ge-

wahrt ſieht. Die Politik dagegen, Europa ſich jetzt hinderlich zu zeigen, um ſpäter im Trüben fiſchen zu können, muß gerade das Entgegengeſetzte bewirken.

Daß Preußen ſich nicht blind vom Weſten als Werkzeug benutzen laſſen will, iſt ganz in der Ordnung, es iſt aber ganz allein die Schuld ſeiner Regierung, wenn es nicht von Oeſtreich und dem Weſten die Garantien und Verträge erlangt, die ihm eine Allianz möglich machen, die nothwendig zu ſeinem legitimen Vortheil dienen muß. —

Der militäriſche Freund ſandte darauf an Stockmar folgende Bemerkungen.

Bemerkungen des militäriſchen Freundes zu dem Memorandum.

Der Streit zwiſchen Rußland und England, der ſeit langer Zeit nahte, iſt bis vor Kurzem doch noch in England für ſehr fern erachtet worden. Man hatte ſich alle Mühe gegeben, den Kampf hinauszuſchieben, und glaubte, daß es gelungen ſei, weshalb man es nicht für nothwendig erachtete, in Zeiten die Verbündeten zu erwerben und zu feſſeln, deren man zu dieſem Kampfe bedarf, wenn man ſein Ziel erreichen will. Sie kennen die ſchleswig-holſteiniſche Angelegenheit zu gut, um nicht zuzugeben, daß England uns darin nicht weniger wie Rußland und Oeſtreich mißhandelte und zur Zeit von Olmütz uns völlig verläugnete. Ich bin weit entfernt, Sympathien von dort in Anſpruch zu nehmen; man hat eben den eigenen Intereſſen ſchlecht gedient, indem man die unſerigen vernachläſſigte oder verletzte, und es iſt daher eben ſo natürlich, wenn Preußen vor Allem ſeine eigenen Intereſſen befragt.

England und Frankreich haben mit Rußland Krieg, ohne über die Mittel verfügen zu können, das letztere in kurzer Zeit dergeſtalt niederzuwerfen, daß es zum Frieden gezwungen wird. Geſetzt, es

gelänge, die russische Flotte im Schwarzen Meere und in der Ostsee zu vernichten, was immer noch eine schwierige Operation bleiben wird, weil die Küsten, wohin die Flotte sich flüchtet, seewärts gut gesichert sind, und die Vervollkommnung, welche die Artillerie seit 30 Jahren erfahren hat, wohl befestigten Landbatterien Uebergewicht über die Schiffsartillerie mehr sichert als je; — gesetzt aber auch, dies gelänge, so wird dadurch Rußland immer noch nicht zum Frieden gezwungen. Die Flotte ist für England eine Lebensbedingung; für Rußland wenig mehr als ein Luxus. Dort muß die Landmacht niedergeworfen werden, wozu viel Zeit gehört. — Wird die englisch-französische Allianz aber auf die Länge ausdauern? und wo liegt für Frankreich die Entschädigung für die Opfer, die der im Lande unpopuläre Krieg erheischt? — Die Koketterie, die, nach Ihrer Mittheilung vom Anfang dieses Monats, erst mit der Antwort des Kaiser Nikolaus an den Kaiser Napoleon ihr Ende erreicht hätte, kann alle Tage von Neuem anknüpfen, und wenn der „gute Freund" in weitere Verlegenheiten gerathen sollte, so wird er sich auch herbeilassen, mit dem „frère" zu buhlen.

Es ist sehr natürlich, daß England wünscht über diejenigen zu verfügen, welche allein vermögen, Rußlands Landmacht in Rußland zu zwingen. Preußen ist aber weniger als Oestreich bei der Frage interessirt, und es ist daher in der Ordnung, daß es ihr auch nur die Opfer bringen will, die der Zweck der Selbsterhaltung erheischt. Doch selbst mit seiner und Oestreichs Mitwirkung ist es wenig wahrscheinlich, daß bereits im Laufe dieses Jahres die Entscheidung herbeigeführt werden könnte, weil die zurückzulegenden Distanzen zu groß sind, um auf die Eroberung von Petersburg und Moskau zu hoffen; — ohne dies aber kein bald zu erzwingender Friede. Frankreich bleibt inzwischen frisch. Die 30,000 M., die statt der angekündigten 45,000 M. nach dem Orient abgehen, sind durch eine so bedeutende Anzahl von Recruten ersetzt worden, daß im Laufe des Sommers (ohne die Truppen in Algier, Italien ꝛc.) in Frankreich

nahe bei 400,000 M. zur Disposition stehen werden. Welche Garantien kann England dagegen bieten, daß wir, im Kriege mit Rußland, nicht nach Jahr und Tag auch im Westen, also an der Düna und am Rhein, Front machen müßten, nachdem wir im ersten Feldzuge uns aventurirt, ohne Aussicht darin schon das Ziel erreichen zu können. — Die Vorsicht ist für uns eine streng gebotene Pflicht bei der Wahl der Offensive, weil unsere ganze Organisation stärker für die Vertheidigung als für den Angriff ist, und der vorliegende Fall giebt um so weniger Veranlassung dies außer Acht zu lassen, als wir im glücklichsten Falle bei dem Kriege gegen Rußland nichts gewinnen können. Gesetzt, es gelänge, Moskau zu erobern, Rußland zum Frieden zu zwingen, und es, wie das Memorandum sich etwas sanguinisch ausdrückt, durch den Verlust seiner westlichen Grenzländer auf einen slavisch-asiatischen Staat zurückzuführen. Was soll mit diesen Westländern gemacht werden? Lockend kann dieser Besitz für uns nie sein, indem er unsere ohnehin schon gestreckte Lage noch weiter ausdehnt. — Oder gälte es etwa das, nicht erst seit der Theilung, sondern schon seit zwei Jahrhunderten todte Polen wieder zu beleben, damit es nach kurzer Dauer von Neuem in Rußland aufgehe?

Wenn der noch frische Kitt der englisch-französischen Allianz sich nicht im Feuer erhärten, sondern, wie mehr als wahrscheinlich, sich nach einiger Zeit lösen sollte, so werden wir uns auch am Rhein und an der Weichsel schlagen müssen, wenn wir auch noch eine Zeit lang dem Kampfe ruhig zugeschaut hätten. Wir werden dann aber stärker sein, weil wir einen Kriegsruf haben, den das Volk versteht, „den Kampf um unsere Existenz." — Rußland ist ferner bei weitem schwächer in der Offensive, als in der Defensive, und um so mehr, wenn es in der Türkei engagirt bleibt. Wir haben daher viel stärkere Chancen den Kampf glücklich durchzuführen. Ich wenigstens zweifle eben so wenig daran, daß dies gelingen werde, als daß es an Gelegenheit zum Gewinne nicht fehlen würde, wenn es gelänge. Wie

das Memorandum, verdamme ich die Politik, die gewinnen wollte ohne zu arbeiten, d. h. zu schlagen; eine Politik, die namentlich Preußen allemal ins Elend gebracht, wenn sie versucht worden. Ich hoffe daher auch, daß wir nicht einen Augenblick säumen werden, den Kampf anzunehmen, wenn er geboten wird; noch kann ich aber nicht entdecken, daß der Augenblick gekommen sei.

Wenn die Politik des Memorandums die von England sein sollte, so scheint sie die Lage der Dinge nicht sehr ernst zu wägen, oder wenig energisch zu sein. Die Frage besteht doch eigentlich darin: die Russen daran zu verhindern, daß sie in den Besitz von Constantinopel und den Dardanellen gelangen, die griechischen Matrosen für ihre Flotte benutzen, und dann beliebig den Weg über Aegypten nach Indien beherrschen. Die Erhaltung der Türkei kann nicht in der Absicht liegen, indem die Emancipation der Christen in derselben jedenfalls als ein Nagel zu ihrem Sarge angesehen werden muß. Die Rechtsfrage ist dabei wohl Nebensache, und ohne das Interesse, welches England und Frankreich haben, sich der russischen Nachbarschaft im Mittelmeer zu erwehren und die Folgen derselben fern zu halten, würde man sich nicht mehr für den Sultan in Constantinopel, als für den Chan in Chiva interessiren. Fragen, wie die vorliegende, und unter solchen Umständen, sind aber nie in kurzer Zeit entschieden worden, und wenn John Bull noch im Bewußtsein seiner vollen Kraft ist, so macht er sich auf ein Vierteljahrhundert von Kämpfen gefaßt und giebt sich in Zeiten Mühe, diejenigen Bundesgenossen zu fesseln und zu vereinen, deren Gedeihen ihm unter allen Umständen nützlich und nie von Nachtheil werden kann. Preußen ist ein solcher und auch Oestreich. Die Aufgabe würde aber die sein, beide ehrlich mit einander gehen zu machen, was nur geschehen kann, wenn Oestreich freiwillig — wenn auch unter anderen Formen — den Einfluß an Preußen einräumt, den dies im Jahr 1849 in Anspruch nahm, und welchen zu erstreben die Aufgabe seiner Existenz ist. — Gelingt es England, dies zu vermitteln, so wird es

in Europa die Bundesgenossen gewonnen haben, die im eigenen Interesse helfen müssen, Rußland vom Bosporus und Frankreich von der Schelde fern zu halten. Declamationen reichen dazu aber nicht aus und am wenigsten können Drohungen zum Ziele führen.

Für England bietet im Uebrigen der Krieg, nächst der Aussicht, die Absichten des Gegners nicht zur Ausführung kommen zu lassen, noch die, die eigene Herrschaft auf dem Meere zu befestigen. In dem gegenwärtigen Seekriege schlagen alle Verluste bei gleichen Antheilen zu seinem überwiegenden Vortheil aus. Wenn in einem Seegefecht im Schwarzen Meer auf beiden Seiten zwei, also zwei russische, ein französisches und ein englisches Schiff untergehen, so sieht England für den Verlust des einen seinigen drei seiner Rivalen untergehen. Nach recht vielen solcher Verluste würde in dieser Beziehung eine Schwenkung, die etwa Frankreich machen wollte, England vielleicht selbst nicht unwillkommen sein, weil sie ihm die Gelegenheit böte, nun mit dem andern Nebenbuhler fertig zu werden, der dadurch nur um so mehr gestachelt werden kann, sich auf unsere Kosten zu entschädigen. Wenn sich daher für England nach allen Seiten hin Compensationen bieten, vermag es den möglichen Schwenkungen mit einiger Ruhe entgegen zu sehen, während sie für uns äußerst gefährlich sind, so daß daraus ganz natürlich folgt, daß wir noch weniger Lust zum Kriege haben, wie Lord Aberdeen und vielleicht auch der Kaiser Napoleon.

Auf diese den preußischen Standpunkt vertretenden Bemerkungen antwortete Stockmar wie folgt.

Stockmar's Antwort.

Mein verehrter lieber Freund hat mir unter dem 29. v. M. einen Brief geschrieben, der einmal wegen seines Inhaltes und zweitens hinsichts der Mäßigung seines Ausdrucks aufrichtig gelobt werden muß.

Er sagt: das bewußte Memorandum hat den preußischen

Standpunkt nicht unbefangen gewürdigt. Gewiß nicht! denn es war vom englischen aus geschrieben, und, da wir aus unserm Leibe nicht heraus können, so kann weder der Preuße noch der Engländer auf völlige Unbefangenheit Anspruch machen. Ich hatte das Memorandum auch nicht wegen seiner Unbefangenheit geschickt, sondern als einen wahren Ausdruck der damaligen Stimmung der dortigen politischen Faiseurs und der öffentlichen Meinung, deren Kenntniß in Preußen ich von großer Wichtigkeit halte.

Mein Freund sagt, daß man dort gegen Wunsch und Erwarten vom Krieg überrascht worden sei und deshalb versäumt habe, die nöthigen Verbündeten zu rechter Zeit zu erwerben. Diese Behauptung halte ich für vollkommen begründet. Er sagt weiter, daß Preußen von England nicht weniger, wie von Rußland und Oestreich, mißhandelt und zur Zeit von Olmütz vollständig verläugnet worden ist. Auch dies gebe ich, aber nur bedingungsweise, zu, denn England ließ sich zur Vernachlässigung und Mißhandlung, und zwar durch einen Palmerston, nur deswegen verleiten, weil Ihr Euch von Oestreich und Rußland mißhandeln lassen und dem letztern noch dafür die Füße geküßt hattet. Euer Benehmen in der hessischen Geschichte, die Schmach bei Bronzell, erschien als ein Act der Selbstverachtung, und so hielt man es nicht nur nicht der Mühe werth, sondern sogar gefährlich, sich um Euch zu bemühen. Man wollte Euch nicht länger für eine Großmacht halten, weil Ihr den Beweis geliefert, daß Ihr selbst nicht daran glaubtet, es zu sein, sondern Rußland und Oestreich folgtet, wie der Bediente seinem Herrn.

A propos Großmacht! Ihr müßt Euch doch endlich entschließen, ob Ihr es seid und sein wollt oder nicht. Viele lassen Euch nicht dafür gelten, und daß Ihr die Wirklichkeit besitzt, glaube ich auch nicht. Aber Ihr habt den Anspruch, und zwar, wie ich meine, einen begründeten, sogar nothwendigen, und Eure Aufgabe ist, diesen Anspruch durchzuführen, und die Wirklichkeit zu erreichen, was Ihr nicht anders könnt als durch einen glücklichen Krieg. Daß Ihr

1814 in der Durchführung Eurer Ansprüche stecken bliebt, hatte zwei Gründe: einmal, daß Ihr Euch, obschon durch kriegerische Leistungen in erster Linie stehend, doch durch die bloß diplomatische Thätigkeit Oestreichs schon seit Ende 1812 des vollen verdienten Lohns für jene Leistungen berauben ließet; zweitens, daß Ihr selbst durch die übertriebene Bescheidenheit und Selbstverläugnung des Königs gezwungen wurdet, Euer Licht unter den Scheffel zu stellen und auf begründeten Forderungen nicht zu bestehen, mit denen Ihr schließlich durchgedrungen sein würdet. Daher endlich einmal fort mit allen Neutralitätsversuchen und zur ernsten Beschäftigung nur damit, wie der Krieg, der Euch nöthig ist, unter den günstigsten Auspicien für seinen Ausgang unternommen und geführt werden könne! Alles Uebrige ist vom Uebel, denn es wird Euch nur eine ruhmlose, gedrückte Existenz fristen, vielleicht aber auch zum jammervollen Ruin führen.

Mein Freund sagt, England und Frankreich haben mit Rußland Krieg, ohne über die Mittel verfügen zu können, das letztere in kurzer Zeit zum Frieden zu zwingen. Ich gebe dies im Allgemeinen auch zu, und im Speciellen das, was über den Fortschritt in der Befestigungskunst der Küsten gegen Schiffsartillerie gesagt ist. Doch darüber denke ich verschieden, daß, um Rußland zum Frieden geneigt zu machen, die Eroberung von Moskau und Petersburg nöthig sein soll. Es ist für mich eine Maxime, der ich vertraue, daß Rußland, wegen seiner Armuth an Geld und Menschen und seiner geographischen Lage, stark und unüberwindlich nur in Bezug auf die Vertheidigung seiner Grenzen genannt werden kann. Seine Erschöpfung und deren Bewußtsein nach kaum einjähriger Kriegführung habe ich Ende des Jahres 1812 mit eigenen Augen gesehen, und seitdem hat die Entwickelung der physischen und moralischen Kräfte Rußlands mit der des Westens sicher nicht gleichen Schritt gehalten.

Wenn wir uns über die Mittel des Kampfs mit Rußland

besprechen, ist zuerst die Verständigung darüber nöthig, was das Object des Kampfes, was der durch die Bedürfnisse der europäischen Civilisation gebotene Zweck sei. Dieser Zweck ist, die Präponderanz Rußlands zu brechen, die es seit 30 Jahren in stetem Fortschreiten geübt hat, ohne die moralischen oder auch nur materiellen Mittel zu besitzen, solche Ansprüche durchführen zu können. Erlangt wurde dieses Uebergewicht durch die verkehrte Regierungsweise der französischen Dynastie seit 1814, die Altersschwäche und Verkommenheit Oestreichs, die gänzliche moralische Schwäche und Unselbständigkeit Preußens. Daß zur Erreichung jenes Zwecks auf altrussischem Boden gewonnene Schlachten unumgänglich nöthig, davon kann ich mich nicht überzeugen. Wenn Napoleon nach der Schlacht von Smolensk sich begnügt hätte, Polen wieder herzustellen und sich mit der Vertheidigung des neu errichteten Königreichs zu beschäftigen, so zweifle ich, daß die letzten Capitel seines Lebens ihren jetzigen Inhalt gehabt haben würden. Denn welche Zweifel mein Freund auch über die Wiederbelebung Polens zu hegen scheint, der Gedanke, ein Polen wieder herzustellen und Finnland an Schweden zurückzugeben, wird sich immer wieder aufdrängen, so lange dort nicht alles Leben erstorben ist. Vor 20 Jahren schon hat selbst ein Metternich in seiner Noth gegen Rußland sich mit diesem Gedanken als dem hülfreichsten beschäftigt.

Es käme nur darauf an, daß Oestreich und Preußen sich fest vornähmen, wirklich einmal eine verständige und ehrliche Politik zu verfolgen, und die auf bloßer Anmaßung beruhende Präponderanz Rußlands würde an diesem Vorsatz zerschellen, vorausgesetzt, daß England ein treuer Alliirter dieser beiden Mächte ist. Denn auch ich traue diesem Kaiser der Franzosen nicht über den Weg. Seine Politik wird eine dynastische sein, und kann Halt nur in der Möglichkeit haben, die Grenzen Frankreichs zu erweitern. Er kann sie aber nur erweitern gegen Belgien, Deutschland und Sardinien hin.

Ich kann um ſo mehr ein aufrichtiges Wort mit Euch reden, als die Behauptung, daß ich ein beſſerer Preuße als die meiſten von Euch ſei, durchaus wahr iſt. Daß ich es freiwillig bin, daß ich für meine treue Ergebenheit oft nur Unfreundlichkeit und Geringſchätzung geerntet, nimmt meiner Geſinnung gewiß nichts an Werth. Daß Norddeutſchland und England zuſammenſtehen und ſich gegenſeitig ergänzend helfen ſollen, iſt ein politiſcher Gedanke, für den ich ſeit 40 Jahren auch die kleinſte meiner Gelegenheiten nicht unbenutzt gelaſſen habe und für den ich im Jahre 1846 meinen ſeligen Freund Peel vollkommen gewonnen hatte. Wohl weiß ich, wie leicht es iſt, die Engländer in Irrthum über die Deutſchen und dieſe über jene zu verſetzen, wie leicht es namentlich iſt, die engliſche Politik anzuſchwärzen und zu verläumden. Zufall hatte mir ſeit 38 Jahren eine Stellung gegeben, in der mir die Einſicht in die Geheimniſſe dieſer Politik ſich aufdringen mußte. Ich ſah, wie in allen menſchlichen Dingen, daran Weizen und Spreu durcheinander. Alles Korn hat auch eine Schale. Und doch muß ich aus Ueberzeugung verſichern, daß der politiſche Kern in England tüchtiger iſt als irgendwo. Vor einiger Zeit fiel mir bei, den politiſchen Egoismus der Engländer ſchriftlich zu zeichnen, und ich ſetze dieſe Zeichnung bei, weil ich ſie für eine richtige halten darf.

„Ich behaupte durchaus nicht, die auswärtige Politik Englands ſei ein Muſter von Uneigennützigkeit. Nationen beſtehen aus Individuen, müſſen beurtheilt werden wie dieſe, und wir dürfen daher von Nationen nicht mehr Uneigennützigkeit erwarten, als von Einzelnen. Die Politik Englands, wie die jedes andern Volks, iſt egoiſtiſch, aber dieſer Egoismus Englands iſt auf alle Fälle ein geſunder und berechtigter. Denn während er kein Hehl daraus macht, daß Englands Wohl ſein erſtes und letztes Ziel iſt, bleibt er zugleich einſichtig, billig und anſtändig genug, ſich frei zu halten von blinder Habgier, von blindem Neid und jener Selbſttäuſchung, in welcher Nationen ſo oft glauben, daß ſie ihre Größe und Wohlfahrt nicht mehr för-

dern und sicherstellen können, als indem sie andere Staaten schwächen und niederhalten."

Das Vorangegangene wird einleuchtend machen, wie sehr mir Alles das beklagenswerth sein muß, was Englands Verständniß der preußischen Verhältnisse, und umgekehrt, trübt und verwirrt, das wünschenswerthe Einverständniß hindert oder gar zur Entfremdung führt.

Ich habe in einer frühern Epoche selbst erlebt, wie durch politische Fehler und durch Verhetzungen in den Continentalmächten eine nicht geringere Gehässigkeit, als jetzt, gegen England entstanden war. Als die Ereignisse jenen Mächten die Augen öffneten, sie zur Besinnung brachten, hatten sie dann nichts Eifrigeres zu thun, als die Versöhnung mit England und die Hülfe zu suchen, die England dem Continent zu gewähren immer vorzugsweise befähigt und geneigt sein wird. Ich zweifle nicht, daß auch jetzt die Dinge diesen Verlauf nehmen werden.

An Alle, die zu wirken, einen Einfluß zu üben berufen sind, ergeht im jetzigen Augenblick die Mahnung, sich die volle Objectivität der Anschauung zu wahren, jeder subjectiven, sentimentalen Richtung, jeder Empfindlichkeit und Reizbarkeit Widerstand zu leisten, die die Verhältnisse nur noch mehr stören können. Jetzt gilt es für die überzeugungstreuen Anhänger der politischen Allianz zwischen Norddeutschland und England Verständniß und Einverständniß zu retten und zu bessern, zu fördern und zu stärken. Möchte auch mein verehrter Freund in dieser Richtung aus allen Kräften zu wirken den ihm zu Gebot stehenden Einfluß benutzen."

Der bekannte weitere Verlauf des orientalischen Krieges konnte Stockmar's Wünschen nicht entsprechen. Die von ihm postulirte Coalition Preußens und Oestreichs mit den Westmächten traf nicht ein, und so waren denn die Folgen des Krieges im Ganzen für

Europa wenig erfreulich: Rußland zwar in seinem Ansehen etwas gesunken, aber nicht in seiner Macht dauernd und erheblich geschwächt, durch Rachegefühl in die Versuchung einer zersetzenden, intriganten, machiavellistischen Politik gebracht — England in seinem Prestige geschmälert, durch die die Moslems ergreifende Aufregung, die zum indischen Aufstand beiträgt, in Asien bedroht — Frankreichs Machtentwicklung bedeutend angeregt, und seine Präponderanz geschaffen — Oestreich mit Rußland verfeindet — der italienische Krieg von 1859 angebahnt und erleichtert.

Siebenundzwanzigstes Capitel.

Die Jahre 1856 bis 1863.

Im Jahre 1856 machte Stockmar seinen letzten Besuch am englischen Hof. Im Frühjahr 1857 kehrte er nach Deutschland zurück, das er seitdem nicht mehr verließ. Gebeugt von den Beschwerden des Alters, den thatsächlichen politischen Vorgängen fern gerückt, folgte er diesen von nun an mit geringerer Lebhaftigkeit, und seine Betrachtungen darüber mußten sich mehr und mehr auf Allgemeinheiten beschränken.

Wir theilen aus seinen Niederschriften von dieser Lebensepoche nur einige Bruchstücke mit, die den Jahren 1856 bis 1858 angehören und sich auf Gegenstände beziehen, mit denen er sich während seines frühern thätigen Lebens praktisch eingreifend, didaktisch und contemplativ so viel und gern beschäftigt hatte: die constitutionelle Monarchie und die Stellung des Monarchen darin, in besondrem Hinblick auf Belgien und England.

I.

Im Jahre 1856 feierte der König Leopold sein 25jähriges Regierungsjubiläum unter dem aufrichtigen Enthusiasmus des Volks.

„Ich erinnere mich nicht, schreibt Stockmar in Bezug darauf, am 28. September 1856, von einem caeteris paribus ähnlichen Triumphe gehört oder gesehen zu haben. Der Lohn war mühsam und sauer erworben, rechtmäßig und gewissenhaft verdient. Der Theil der Früchte des Verdienstes, die dem Triumphator nicht bereits selbst zu Theil geworden, werden in der Zukunft seinem Lande und seiner Familie unfehlbar zuwachsen. Die stärkste unerschütterlichste Stütze des Menschen ist das Bewußtsein, die Pflichten seiner Bestimmung, seiner speciellen Stellung gewissenhaft erfüllt zu haben. Dieses Bewußtsein hat der König, er wird es sich bewahren, und wir bitten Gott, daß er ihn lange, lange noch erhalten wolle."

Die gegensätzliche Ideenverbindung führt dann Stockmar auf die Betrachtung, wie die übrigen Herrscher Europas regieren sollten und meistens nicht regieren.

„„Die Einbildung, die Wünsche, der Wille der Regierer vermögen, als unabhängige Kräfte gedacht und geübt, nichts, auch gar nichts über den geordneten Ablauf der menschlichen Verhältnisse.

„Dieser Ablauf erfolgt nach großen, ewigen, ehernen Gesetzen. Ihnen sich zu fügen, vermag der arme Mensch freilich nur so weit, als er sie erkennen kann. Es ist ihm jedoch eine approximative Erkenntniß vergönnt. Vor allen muß der sich ihnen fügen, der zum Herrscheramt berufen ist. Seine Pflicht ist daher harmonisch mit dem höchsten Gesetz und für dasselbe zu wirken, so daß er dem geschickten treuen Werkmeister gleiche, der große Elementarkräfte auf einzelne beabsichtigte Verrichtungen zu leiten und anzuwenden und dafür zu sorgen hat, daß die wirkende Kraft im rechten Maße an

die rechte Stelle gelange, wie dies die Natur der moralischen oder materiellen Dinge erfordert, die er entweder ins Leben zu fördern oder weiter zu entwickeln oder nur zu erhalten hat. Von dieser Anschauung scheinen die meisten der heutigen Herrscher in Europa nichts zu wissen, denn sie befolgen ein anderes, ihr gerade entgegengesetztes Princip. Nicht dienend, leitend, unterstützend stehen sie den menschlichen Dingen vor, sondern meisternd setzen sie der unwandelbaren, allmächtigen, moralischen Ordnung, die das Weltall zusammenhält, ihre persönlichen Vorstellungen, Neigungen, Launen, Leidenschaften entgegen. In dieser Verblendung spielen sie und erschöpfen sich wie Kinder; sie bauen in der Zuversicht des allein selig machenden Glaubens jenen unwiderstehlichen Kräften Dämme von Sand entgegen, die die bloße Wucht der gestemmten Fluth durchbrechen muß, und sie thut dies zum offenbaren, wenn auch vorübergehenden „Nachtheil menschlicher Cultur, Sitte und Wohlfahrt. Daher nehme ich mir die Freiheit, den meisten unserer heutigen Herrscher den Titel Regenten, Staatsmänner abzusprechen und sie Krisenmacher zu nennen."

„Der einzige Erfolg, den ihre Bestrebungen bisher gehabt haben und auch künftig haben werden, ist, daß sie ihrer selbst spotten, ohne es zu ahnen. Freilich, der da droben weiß besser als wir hier unten, wozu diese Krisenmacher im Großen und Ganzen nöthig sind."

II.

Daß der König Leopold nicht zu den Krisenmachern, vielmehr zu den Krisenbeschwörern gehörte, das hatte er, bald nachdem die Festfreude seines Jubiläums verrauscht war, zu beweisen Gelegenheit.

Seit dem 30. März 1855 war in Belgien ein katholisches Ministerium (Dedecker, Vilain XIIII, A. Rothomb) am Ruder. Dasselbe legte den Kammern ein Gesetz über die Organisation des Stiftungswesens und der Wohlthätigkeitspflege, das sogenannte Wohl-

thätigkeitsgesetz, vor, welches 1857 in der Deputirtenversammlung sowie im Lande einen heftigen Sturm hervorrief. Das Gesetz erklärte Stiftungen, Schenkungen und Vermächtnisse zu wohlthätigen Zwecken im Princip für frei. Die liberale Opposition wollte dem Staat die Genehmigung derselben vorbehalten und wies auf die Gefahr hin, durch das Gesetz den Geldmitteln und dem Einfluß des ohnehin im bedenklichen Zunehmen begriffenen Mönchswesens und der Geistlichkeit neue Verstärkungen zuzuführen. Das Gesetz wurde von seinen zahlreichen Gegnern im Lande nur la loi des couvents genannt. Die Discussion in der Deputirtenkammer dauerte in großer Heftigkeit vom 21. April bis 30. Mai. Die Tribünen wurden tumultuarisch und mußten dreimal in wenigen Tagen geräumt werden. Als die Katholiken in mehreren entscheidenden Abstimmungen die Majorität behalten, gab es Unruhen in Brüssel, katholische Deputirte wurden bei ihrem Austritt aus dem Sitzungshause insultirt, in den Provinzen fanden arge Excesse gegen geistliche Schulen und Klöster statt, die militärisches Einschreiten und das Aufbieten der Bürgergarde erforderlich machten. Der König war von diesen Vorgängen tief ergriffen, gedemüthigt, empört; er sah den guten Ruf Belgiens und seiner Institutionen vernichtet.

„Ich steige zu Pferd," rief er im Conseil, „wenn es sein muß, um die Volksvertretung zu schützen, ich lasse die Majorität nicht beschimpfen; das ist der Tod der parlamentarischen Regierung; die parlamentarische Regierung ist zu Ende, die Constitution ist verletzt. Ich habe meinen Eid 26 Jahre lang gehalten; man hat mich jetzt dessen entbunden."

Doch handelte der König nicht aus dieser Erregung heraus. Am 30. Mai wurden, um eine Frist zur Beruhigung der Gemüther zu gewinnen, vorerst die beiden Häuser auf unbestimmte Zeit vertagt, am 13. Juni die Session von 1856 bis 1857 geschlossen. Ein Bericht des Ministeriums motivirte diesen Beschluß. Gleichzeitig mit

demſelben ward ein bemerkenswerther Brief des Königs an den Miniſter des Innern veröffentlicht.

Je ne porterai point de jugement sur le projet," ſagte Leopold; „je n'aurais jamais consenti à donner place, dans notre législation, à une loi qui aurait pu avoir les funestes effets qu'on redoute; mais, sans me livrer à l'examen de la loi en elle même, je tiens compte, comme vous, d'une impression qui s'est produite à cette occasion chez une partie considérable de la population. Il y a dans les pays qui s'occupent eux mêmes de leurs affaires de ces émotions rapides, contagieuses, se propageant avec une intensité qui se constate plus facilement qu'elle ne s'explique, et avec lesquelles il est plus sage de transiger que de raisonner. Les libres institutions de la Belgique ont été pratiquées pendant 26 ans avec une admirable régularité. Que faut-il pour qu'elles continuent à fonctionner dans l'avenir, avec le même ordre, le même succès? Je n'hésite pas à le dire, il faut, chez les partis, de la modération et de la réserve. Je crois que nous devons nous abstenir d'agiter toute question qui peut allumer la guerre dans les esprits. Je suis convaincu que la Belgique peut vivre heureuse et respectée en suivant les voies de la modération, mais je suis également convaincu, et je le dis à tout le monde, que toute mesure qui peut être interprétée comme tendant à fixer la suprématie d'une opinion sur l'autre, qu'une telle mesure est un danger."

Der König räth dann ſchließlich der Kammermajorität auf die Fortſetzung der Discuſſion des Geſetzentwurfs zu verzichten.

Mit dieſem Brief des Königs an ſein Volk war die größte Heftigkeit der Kriſe überwunden, wenn auch die Aufregung zunächſt fortdauerte. Die im Herbſt darauf folgenden Wahlen zu den Gemeinderäthen gaben den Liberalen die entſchiedene Majorität. Das

Cabinet sah darin eine politische Manifestation, nahm seine Entlassung und wurde durch ein liberales Ministerium ersetzt.

Wir lassen nun Auszüge aus mehreren, zum Theil französisch geschriebenen Briefen Stockmar's über die Gesammtheit jener Vorgänge folgen, welche demselben um so mehr ans Herz gingen, je mehr er gewissermaßen persönlich an dem, was er den „Succeß des belgischen Experiments" nannte, betheiligt war.

14. Juni 1857.

„Das Wenige, was ich in meinem hinfälligen Zustand noch an Theilnahme aufzubringen vermag, wende ich der Betrachtung der gegenwärtigen Erscheinungen in Belgien zu. Sie konnten mich bis jetzt wenigstens nicht alarmiren. Ich komme immer wieder zu dem Glauben zurück, daß die constitutionelle Form des Staatslebens eine größere, zähere Kraft als andere Formen besitze, und daß, wenn in jener Form auch, häufiger als in den übrigen, nicht vorherzusehende Gesundheitsstörungen ziemlich heftig auftreten, der wirkliche Staatsheilkünstler in der größern Vitalität der Organisation, mit der er es zu thun hat, eine natürliche kräftigere Unterstützung findet, mit Hülfe deren er die kranken Symptome calmiren und das Gleichgewicht zwischen den kämpfenden Kräften wieder herzustellen vermag. Daß nun die Ueberwachung und Leitung der Behandlung der Krise einem so tüchtigen, erfahrenen und bewährten Praktiker, wie der König, anvertraut ist, stärkt meine Hoffnung und Zuversicht ganz besonders."

„Wenn nur die gehörige Zeit gewonnen werden kann, wenn nur der König nicht Ruhe und Geduld verliert, und jene Klarheit des Blicks, die, als Ziel das Wohl des Ganzen im Auge behaltend, keiner Partei den Zügel schließen läßt!"

„Meiner Meinung nach sind beide im Irrthum und in einer Leidenschaftlichkeit, die sie bereit macht, die Henne zu schlachten, um mit dem Ei das Gelüst ihres fanatischen Wahns zu befriedigen. Es

hat weder Sinn noch Verstand, es entspricht weder der Ehrlichkeit noch der gewöhnlichsten Vorsorge für eigenes Wohl und Vortheil, wenn die Katholiken darauf bestehen, um des fraglichen Gesetzes willen, ein so schönes und gutes Gebäude zu erschüttern, wie das des belgischen Staates. Sie beweisen dadurch nur, daß sie im innersten Kern um nichts besser sind, als die Demokraten. Das Wesen der Demokratie ist leidenschaftliches Ringen nach ungetheilter Macht. In einseitigem, daher sich selbst schadendem Eifer, ja in blinder Wuth verfolgen die Demokraten jede Gelegenheit, das Ganze der Macht an sich allein zu reißen. Gerade so verfahren bei jeder günstigen Zeit die Katholiken. Sie hassen die verfassungsmäßigen Einrichtungen, denen sie doch seit 1814 allein den Aufschwung ihrer Confession, ihr größeres Ansehen, Wirksamkeit und Einfluß verdanken. Es ist genau die Geschichte der Henne mit dem Ei. Entweder bedenken sie nie oder suchen im Sturme fanatischer Erregung zu vergessen, welches die Zustände der katholischen Hierarchie waren und wieder sein würden, sei es unter dem absoluten Despotismus eines Einzelnen oder unter dem einer Pöbelherrschaft."

„Dadurch, daß die Liberalen an den Straßenpöbel sich gewendet und die öffentliche Ruhe unterbrochen haben, ist die belgische Verfassung noch nicht gestorben. Sie wird erst dann sterben, wenn eine Partei allein Uebermacht und Herrschaft an sich gerissen hat. Damit dies nicht geschehe, hat der König beide Theile zu zügeln und er ist vor Gott, Europa und Belgien befugt, ja verpflichtet, dies zu thun."

„Sie wissen, welchen Werth ich auf das Gelingen dessen lege, was ich das belgische Experiment nenne. Der große Experimentator, von dem dieses Gelingen abhängt, ist der König selbst. Jetzt ist eigentlich der wichtigste Moment seiner Regierungszeit da, und jetzt muß er zeigen, daß alle die Recht haben, die seiner Weisheit Gerechtigkeit und Redlichkeit vertrauen."

„Der König hat mir mehrfach gesagt:

„„Bei uns hat allein die katholiſche Partei einen Halt, die liberale iſt wie ein Band von Sand.““

„Aus eigener Anſchauung halte ich dieſen Ausſpruch als an ſich genommen für wahr und treffend. Sobald er jedoch aufs wirkliche Staatsleben angewandt wird, wird die allgemeine Wahrheit, die er enthält, eine nur relative und daher bedingte. Denn in der Praxis wird die Doctrin, die das Weſen der katholiſchen Partei macht, derſelben nur ſo lange den Halt gewähren, auf den die Executive ſich mit Vertrauen ſtützen kann, als jener eine intelligente und energiſche Minorität gegenüberſteht, die durch ihre Oppoſition jene Doctrin beſchränkt und eben durch die Beſchränkung den Katholiken Conſiſtenz und Halt giebt. Und nur dieſe ihr durch äußern Druck aufgezwungene Beſchränkung hat die katholiſche Partei zu dem gemacht, was ſie bisher im politiſchen Gemeinweſen war und was der König an ihr lobt. Nur dieſer äußere Druck hat ſie zu berechnender Klugheit, zu anſcheinender politiſcher Mäßigung und Ehrlichkeit angehalten. Unter der Maske belgiſcher Vaterlandsliebe hat ſie in der Revolution gegen Holland gekämpft und bisher die Verfaſſung gelegentlich gegen Demokratie und Anarchie vertheidigen helfen. Doch zweifle ich nicht, daß ſie ſich in ihrer wahren Natur zeigen würde, ſobald es ihr gelingt, durch die formellen Mittel, die ſie allein in der Verfaſſung finden kann, die Kraft der Controle der liberalen Partei zum bloßen Namen zu machen. Von Stunde an würde der König die Katholiken ebenſo unregierbar finden, als dies gewöhnlich die Liberalen ſind. Denn keine Executive auf dieſer Erde kann mit dem Lebensprincipe der katholiſchen Kirche und dem Naturtriebe dieſes Principes einen aufrichtigen, ehrlichen Bund ſchließen. Dieſer Naturtrieb verlangt Alleinbeſitz der Macht, und ſobald es ihm gelungen, vollkommen frei zu werden, verfolgt er jenen blindlings auf Tod und Leben, ſelbſt wenn er die Möglichkeit ahnt, er könne zeitweilig ſein Spiel verlieren. Meine feſte Ueberzeugung iſt daher:

„Daß das belgiſche Experiment erſt dann als ver-

unglückt anzusehen ist, wenn die politische Macht in den Händen der Katholiken, die Kraft der Liberalen auf Nichts zurückgebracht ist."

2.

21. Juin 1857.

„Vous me demandez mon avis sur la conduite du gouvernement dans la dernière partie de cette crise."

„J'approuve la clôture."

„Quant au rapport des Ministres, ce ne sont pas seulement les libéraux mais encore tous les hommes impartiaux qui y trouveront le propre aveu du cabinet qu'il a été poussé à proposer cette loi, non pas par quelque urgente nécessité de l'état, mais par les impatiences du parti catholique."

„Le Rapport dit:

„„Il y a d'autant moins à hésister etc. que l'intérêt des pauvres n'aura pas à souffrir de la mesure etc.*). D'une part, l'art. 84 de la loi communale, interprété par le premier corps judiciaire, laisse au gouvernement toute latitude pour autoriser les fondations charitables etc. D'autre part, la législation en vigueur donne au gouvernement la liberté d'action nécessaire pour subordonner l'autorisation de ces fondations à des garanties etc.""

„C'est avouer de la manière la plus naïve que ce n'est pas par un besoin pressant et évident du pays, mais par les exigences des cléricaux qu'a été déterminée la présentation

*) Nämlich vom Schluß der Session und der daraus folgenden Vertagung des Gesetzes.

de cette loi, que je déplore à tous les égards. Le Ministère a fait preuve de peu de sagacité en ne pas prévoyant la possibilité d'une crise que lui-même dit être sans exemple dans les annales de la paisible Belgique. Un calcul fort simple aurait dû démontrer aux Ministres que, si la loi rencontrait des difficultés sérieuses, il ne leur resterait qu'une alternative, ou d'abandonner la loi ou bien d'être placés dans la nécessité de provoquer par une dissolution la manifestation du véritable sentiment de la majorité du pays. Il n'y a pas d'autre solution, et il y avait témérité de la part des Catholiques à exposer le pays et le Roi et à s'exposer eux-mêmes à de pareilles chances. Les professions de bonne foi du Cabinet fussent-elles sincères, pourtant la misère publique n'était pas d'une telle gravité qu'il fallût faire courir au pays le risque de se convaincre par une douloureuse expérience que la recherche du mieux est l'ennemie du bien."

„La lettre du Roi est, comme vous le dites, un acte un peu irrégulier. Mais un Roi, qui, à juste titre, peut se nommer le principal fondateur d'une constitution, occupe pendant toute sa vie une position exceptionelle. L'histoire de l'Angleterre sous Guillaume III. fournit les preuves de cette assertion. Le Roi Léopold, mutatis mutandis, est pour la Belgique ce que Guillaume était pour l'Angleterre. Voilà pourquoi, dans des crises où il y va du salut public et tant que la constitution belge n'a pas encore pris l'aplomb et la consistance que ne lui donneront que le temps et l'habitude de la marche, le Roi peut et doit même, pour le fond comme pour la forme, exercer l'autorité royale d'une manière qui ne conviendrait plus à une époque postérieure dont-elle choquerait le sentiment et le jugement."

„Puisque la lettre du Roi est publiée, inutile de demander, si elle aurait pu être mieux faite. Au surplus, la com-

plication actuelle, j'en ai la ferme confiance, parviendra à une heureuse issue, si le Roi reste fidèle à la maxime que lui-même dans sa lettre il exprime ainsi:

„que toute mesure qui peut être interprétée comme tendant à fixer la suprématie d'une opinion sur l'autre, qu'une telle mesure est un danger,"

et que dans toutes les phases de la crise il ne prend pour guide que l'esprit de cette maxime. Mais je n'ignore pas que le Roi a pour le parti catholique une prédilection plus absolue et contre l'avènement des libéraux une répugnance plus forte que je ne ressens moi-même. C'est pourquoi je vous prie avec instance de faire tout votre possible pour le maintenir dans la voie de la maxime professée par sa lettre."

„Quant aux évènemens qui ont amené la crise, je crois qu'il y a eu des fautes des deux côtés. Les Catholiques ont péché en essayant, par pure outrecuidance, d'établir la suprématie du principe de leur église sur l'état, les libéraux en perdant, dans la défense de l'état, cette modération, qui fait l'essence de la vie constitutionelle. Cependant c'est le parti catholique qui est le plus coupable, car il a été provocateur, aggressif, il a mérité les justes défiances de tous les patriotes et le parti libéral ne peut donc être accusé que d'une chose: d'avoir, dans l'excitation et la passion de la lutte, exagéré le danger et commis un excès dans la défense légitime."

„Pour bien apprécier la crise il faudrait savoir, si réellement le parti catholique médite le renversement des institutions et espère à cet effet tirer profit d'une situation anarchique qu'il aurait intérêt à provoquer. Je n'ai jusqu'à présent aucune raison de supposer à ce parti de pareilles intentions. Mais si effectivement il ne les a pas, alors je dirai qu'il n'y a pas d'exemple, dans l'histoire, d'un Souverain aussi complétement le maître, que votre Roi, de modérer les deux

partis et de mener la lutte à bonne fin. Car l'un et l'autre parti est dans l'impuissance, à moins que le Roi ne vienne s'allier à lui, de remporter la victoire au détriment de l'état. Le Roi ne doit donc jamais oublier tout ce qu'il y a de puissance dans son rôle d'arbitre, maintenir sa position élevée au-dessus des partis et ne pas accorder au parti catholique plus de confiance qu'il n'en mérite."

„A cette fin, il s'agit pour le Roi de savoir avant tout si la Chambre actuelle est la fidèle expression des sentimens du pays. Si elle ne l'est pas, il aura l'avantage de pouvoir menacer les Catholiques, pour le cas où ils adresseraient de nouvelles provocations à l'opinion publique, d'une dissolution, comme d'un mal par eux voulu et mérité. Le Roi devra alors se préparer à subir résolument et à supporter courageusement, le cas écheant, toutes les conséquences, quelles qu'elles soient, de la dissolution. A sa place, je ne craindrais nullement l'agitation qu'elle pourrait soulever. La rentrée des libéraux serait ce qui pourrait en résulter de pis et ce n'est pas là ce qui me donnerait des inquiétudes; car il est à présumer que les libéraux, ramenés au pouvoir, se conduiraient avec une circonspection particulière et, en général, les libéraux sont, par leurs principes et leurs aspirations, moins que les Catholiques, portés à se placer en dehors et audessus de l'état et à désirer le renversement des institutions."

Th. Juſte in ſeinem Leben Leopolds, Bd. II. S. 180, berichtet, daß der König über die ſich an das Wohlthätigkeitsgeſetz knüpfenden Fragen und Vorgänge gleichzeitig Guizot und Thiers um ihr Gutachten bat. Ueber den hierauf von Thiers eingegangenen Brief ſchreibt Stockmar Folgendes:

2. Juli 1857.

— „Ich habe den Brief mit großer Genugthuung gelesen. Sobald der Verfasser nicht als handelnder Staatsmann, sondern als Kritiker auftritt, sieht und beurtheilt er die politischen Ereignisse meistens mit gesundem und praktischem Menschenverstand ..... Es ist doch nicht ohne Bedeutung, daß zwei Männer, wie Thiers und ich, in Natur, Erziehung, Lebensgang und Erfahrung so verschieden, denselben Gegenstand mit ganz gleichen Augen ansehen. Dieselben Gedanken, die ich in deutschen Worten ausgesprochen, finde ich französisch in den folgenden Sätzen von Thiers wieder:

„„Ceux qui auraient voulu un combat à outrance sont des insensés .....

... Sans doute il ne faut pas céder à l'émeute, mais dans tous les pays libres, il y a des agitations populaires, dont il faut tenir compte, comme en médecine on tient compte de tous les symptômes, sans avoir l'orgueilleuse prétention d'en négliger aucun. Quand le sentiment public est excité à un haut degré, qu'il ait tort ou raison, il faut savoir s'arrêter.““

„„Il faut ajouter que cette excitation des esprits n'était pas sans quelque fondement. Le clergé catholique se conduit follement dans toute l'Europe et il s'attirera de cruels revers. Il veut absolument redevenir propriétaire.““

„„Les élections immédiates auraient peut-être amené une victoire décidée des uns sur les autres et c'eût été plus fâcheux encore.““

„„Le secret pour réussir (en Belgique) consistera à empêcher les entreprises violentes des uns contre les autres. Le temps est pour les libéraux.““

„„Quant aux catholiques, s'ils veulent trop entreprendre, ils amèneront une victoire immédiate et violente des Libéraux.““

„„Quant à la Royauté, son art à elle doit être de ne pas se laisser compromettre dans la querelle, d'être modératrice, jamais partie dans le débat, de s'attacher surtout à n'être jamais classée dans l'un des deux partis.““

III.

Gegen das Ende ſeines Lebens war Stockmar von den engliſchen Zuſtänden weniger erbaut als früher.

„Seit die Reformbill," ſchreibt er 26. Juli 1858, plötzlich eine größere Maſſe demokratiſchen Stoffs in das Haus der Gemeinen einſtrömen ließ, als mit der bisherigen Regierungspraxis verträglich war, entſtand eine demokratiſche Partei, deren Ziel die Omnipotenz des Hauſes der Gemeinen iſt. Von ihr wird die Vernichtung der Theorie und Praxis der engliſchen Verfaſſung vor 1830 beabſichtigt und erſtrebt. So oft ſeit der Reform die Whigs am Ruder waren, alliirten ſie ſich mit dieſer Partei, regierten mit ihrer Hülfe und lebten durch ihre Gunſt. Waren in kurzen Zwiſchenräumen die ſogenannten Tories an der Regierung, ſo folgten ſie in der Praxis ihren Vorgängern, was auch ihr theoretiſches Glaubensbekenntniß ſein mochte. Mit der alleinigen Ausnahme Peel's darf ich behaupten, daß ſämmtliche Miniſter, die ich ſeit 1830 gekannt habe, abſichtlich und unabſichtlich an der Zerſtörung der Verfaſſung vor 1830 gearbeitet haben. Dieſe Omnipotenzpartei hat gegenwärtig die meiſten und lauteſten Organe. Ihre Stimme übertönt alle übrigen in den Zeitungen, Meetings, im Haus der Gemeinen. Vor 30 Jahren ſprachen mir meine Freunde ſo lange von einem self adjusting principle of the Constitution*) vor, bis ich ſelbſt daran glaubte. In der That will es mir erſcheinen, als ob ſeit 10 bis 15 Jahren eine öffentliche Meinung zu erwachſen beginne, die, wenn ſie es erſt

*) Wonach die Conſtitution eingetretene Störungen ihres Gangs allmählich ſelbſt wieder beſeitige.

zu Blut, Fleisch und Stimme gebracht hat, für Englands Wohl und Fortbestand ein Hoffnungsanker werden könnte. Die Praxis der demokratischen Omnipotenzler hat doch Viele der Verständigen, Wohlmeinenden und Erfahrenen sehr stutzig gemacht. Ihre Zahl ist gar nicht klein, durch die Persönlichkeiten, aus denen sie zusammengesetzt ist, äußerst respectabel und gewichtig. Allein da sie mehr aus Zuschauern als aus thätigen Politikern besteht, hat sie keinen politischen Leib, keine Stimme. Sie müßte als große politische Partei unter der Fahne gesammelt werden: „„the omnipotence of the House of Commons, is revolution itself and death to the true old english Constitution*).““ Nur eine solche politische Partei würde es der Regierung möglich machen, im wahren Sinn der Verfassung durch das Gleichgewicht zwischen den drei Estates (Factoren, nämlich der Königin und den zwei Häusern) und nicht bloß nach Gutdünken des Einen zu handeln. Ich verzweifle nicht, aber unmuthig und bange kann es Einem werden, wenn man betrachtet, welchen Ministern und welchem absurd usurpatorischen Hause der Gemeinen Englands Schicksal gegenwärtig in die Hände gelegt ist. Es wird nicht untergehen, aber es hat bereits an seiner frühern Weltstellung bedeutend verloren und dieser Verlust kann in nächster Zeit noch größer werden.“

*) Die Allmacht des Hauses der Gemeinen ist die Revolution selbst und der Tod der wahren alten englischen Verfassung.

Achtundzwanzigstes Capitel.

Anhang.

Wir lassen nachstehend zwei politische Aufsätze Stockmar's aus den Jahren 1848 und 1849 folgen, die damals beide in der Deutschen Zeitung erschienen, den einen: „Ueber die Bildung einer ersten Kammer," den andern: „Ueber die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung."

1. Die erste Kammer in der constitutionellen Monarchie.

(Deutsche Zeitung vom 4. Juli 1848. Nr. 185. Beilage.)

In der constituirenden Versammlung zu Berlin erhebt sich jetzt eine Frage, die, wie vorauszusehen, sich auch später in der Nationalversammlung zu Frankfurt wiederholen wird. Sie erhebt sich jetzt überall, wo es sich um die legislative Feststellung der Volksvertretung handelt. Es ist die Frage, soll die Volksvertretung in Einer oder in zwei Kammern gehandhabt werden?

Eigentlich ist dieser Streitpunkt theoretisch und praktisch schon längst erledigt. Es ist gewiß, soll der Staat nicht in steter Gefahr

schweben, sich demagogisch zu überstürzen, so muß nothwendig in der politischen Entwickelung dem rührigen, rücksichtslos vordringenden Elemente ein stabiles, an den gegebenen Zuständen zäher festhaltendes Gegengewicht die Spitze bieten. Dies ist der Grund, warum man der sogenannten zweiten Kammer eine erste gegenübergestellt hat. Dies ist die innere Nothwendigkeit dieser ersten Kammer und deshalb ist und bleibt diese ein ewig unvergängliches, wesentliches Moment alles gesunden Staatslebens. Trotzdem dürfen wir uns nicht darüber täuschen, die Abneigung gegen diese erste Kammer ist jetzt allgemein; jeder neue Verfassungsentwurf macht den Versuch, sie möglichst zu umgehen oder ganz und gar zu stürzen. Der Grund ist klar. Unsere ersten Kammern, größtentheils aus der Nachahmung des englischen Oberhauses hervorgegangen, sind durch und durch aristokratisch, sie gehen ihrem Grundstock nach aus Erblichkeit hervor und diese Erblichkeit ist auf den höchsten Vermögenscensus gegründet. Das lag für ene Zeiten, in denen sich das parlamentarische Leben Englands entwickelte, durchaus in der Natur der Sache. Damals waren noch die Vorrechte des Besitzes und der Geburtsaristokratie durchweg unangetastet und wirkliche Unterschiede der gesellschaftlichen Bildung und Stellung. Wie aber jetzt? Jetzt sind inzwischen alle gesellschaftlichen und rechtlichen Zustände von Grund aus verändert. Jetzt verletzt diese Exclusivität der ersten Kammer das überall wache, demokratische Volksgefühl und, was noch mehr ist, jetzt steht eine auf diese Weise gebildete Kammer nicht mehr mit dem Bewußtsein des ganzen Volkes in Einklang, jetzt wird sie leicht zur einseitigen Verfechterin einseitiger aristokratischer Sonderinteressen, jetzt kann daher eine auf diese Weise gebildete erste Kammer sogar in vielen Fällen geradezu volksfeindlich und für den organischen Fortschritt der Staatsentwickelung höchst nachtheilig hemmend wirken.

Erfahrungen über Erfahrungen des neueren parlamentarischen Lebens bestätigen dies. Aber das Alles spricht nicht gegen das Princip der ersten Kammer, sondern ist nur die Folge davon, daß die

Art ihrer Zusammensetzung, trotz der überall veränderten Grundlagen, die alte historisch überkommene geblieben ist, und deshalb mit dem Geiste der Gegenwart im schreiendsten Widerspruch steht. Es ist wahr, es sind die mannichfachsten Versuche, namentlich in Frankreich, gemacht worden, eine solche neue, unserer Zeit gemäße Umgestaltung zu erreichen. Aber sie alle müssen scheitern, so lange sie nicht den Forderungen der Gegenwart, die von keinerlei zufälligen Vorrechten etwas wissen will, und dem Begriffe der ersten Kammer, dem demagogischen Elemente ein solides Gegengewicht zu bieten, in gleicher Weise Rechnung tragen. Alles kommt darauf an, daß die erste Kammer keine ausschließliche aristokratische Kasteninstitution bleibe. Sie muß ebenso volksthümlich sein, wie die zweite, aber sie muß zugleich im Gegensatz zu jener conservative Elemente enthalten und damit eine größere Bürgschaft der Stabilität, Ruhe und Mäßigung in Aussicht stellen.

Dies scheint mir in folgender Weise erreichbar:

Also einerseits soll die erste Kammer ebenso volksthümlich sein wie die zweite. Dies ist nur möglich, wenn sie mit jener ihre Herkunft theilt und ebenso unmittelbar durch Wahl aus dem Volke hervorgeht, wie jene. Nicht die Geburt, sondern die Wahl macht zum Mitglied der ersten Kammer. Und diese Wahl ist nicht auf Lebenslang, sondern ebenso wie bei der zweiten Kammer nur auf eine gewisse Zeit. Wer für die zweite Kammer wählt, wählt auch für die erste. Nur so ist diese dem Volke nicht fremd, nur so faßt es zu ihr Vertrauen und sieht auch in ihr den Ausdruck und die Vertretung seines Willens. Jeder Schimmer von Vorrecht, von Aristokratie und Exclusivität muß in ihr getilgt sein. Daraus erwächst sogleich eine weitere Forderung, die freilich von aller bisherigen parlamentarischen Praxis abweicht. Es darf nicht mehr einer verhältnißmäßig kleinen Anzahl von Volksvertretern freistehen, die Beschlüsse einer ungleich größern Anzahl zu verwerfen, sondern beide Kammern müssen, wie sie den Einen gemeinsamen Ursprung der Volkswahl theilen, so auch

numerisch gleich sein. Nur so liegt in dem Verwerfen von Beschlüssen der zweiten Kammer durch die erste nichts Gehässiges und Verletzendes, nichts Kastenartiges, das als willkürliches und deshalb unberechtigtes Hemmniß des erstrebten Fortschritts erscheinen könnte.

Jedoch andererseits darf der Unterschied zwischen der ersten und zweiten Kammer schlechterdings nicht nivellirt werden. Ihrer mehr conservativen Natur gemäß muß die erste Kammer auf ein conservatives Wahlgesetz gegründet sein. Das conservative Element im Staat ist und bleibt der materielle Besitz und neben ihm die Männer der Intelligenz, insoweit bereits alle beide, sowohl jene Besitzenden, wie jene geistigen Capacitäten, durch die reifere Erfahrung eines höhern und ruhigern Lebensalters alles leidige Experimentiren hastig drängender Jugend überwunden und einen festen Abschluß ihrer politischen Ansicht und Gesinnung erlangt haben. Der Unterschied in der Zusammensetzung der ersten und zweiten Kammer besteht also hauptsächlich in Zweierlei: Um in die erste Kammer wählbar zu sein, ist erstlich ein höheres Alter erforderlich. Für die zweite Kammer möchte das Alter von 25, vielleicht 30, für die erste Kammer das Alter von 40, vielleicht 45 Jahren das Minimum sein. Und zweitens ist für solche, die als Vertreter des materiellen Besitzes auftreten, ein gewisser, wenn auch mäßiger Vermögenscensus, für solche, die ohne Rücksicht auf ihre eigenen materiellen Vermögensverhältnisse gewählt werden, bereits erprobte Reife und Tüchtigkeit ihrer geistigen Leistung unerläßliche Bedingung. Erprobt ist die Tüchtigkeit dieser Capacitäten, wenn es ihnen gelungen ist, im Staatsdienst, in höheren, geistlichen, militärischen, richterlichen, administrativen Aemtern, auf Universitäten, Akademien oder durch parlamentarische Thätigkeit in der zweiten Kammer allgemein anerkannte Geltung zu gewinnen. Es wäre einseitig, nur das eine oder das andere Moment, entweder nur den Besitz oder nur die geistige Capacität hervorzuheben. Stellen wir die geistige Intelligenz hin, isolirt ohne die Beimischung des materiellen Besitzes, so entbehren wir den wesentlichsten Hebel und

Träger des Volkswohles und gefährden geradezu die materielle Wohlfahrt, ohne die keinerlei Entwickelung möglich iſt. Stellen wir aber umgekehrt nur den materiellen Beſitz hin, ohne daß er überall gehoben und getragen wird von der beſonnenen, auf die Erwägung des Ganzen gerichteten Intelligenz, ſo haben wir wieder eine rein kaſtenartige Geſtalt, wir haben dann nur die Ariſtokratie der Geburt mit der Ariſtokratie des Geldes vertauſcht. Beide Elemente müſſen alſo in der erſten Kammer vorhanden ſein. Es hängt von dem Ergebniß der jedesmaligen Wahlen ab, wie viel Vertreter des Beſitzes, wie viel Vertreter der Intelligenz jedesmal Platz nehmen.

Niemand wird dieſem Entwurf abſprechen können, daß er jedem Einzelnen in Betreff der Wählbarkeit die höchſte Freiheit gewährt, die im Zweikammerſyſtem überhaupt möglich iſt. Es iſt hier keine Spur von künſtlicher Ständeſonderung; für die Vertreter des Beſitzes iſt, wie geſagt, ein verhältnißmäßig geringer Cenſus zu ſetzen und damit es auch nicht einmal den Anſchein gewinne, als ſolle dem Alter ein allzugroßes Vorrecht eingeräumt werden, ſo muß beiden Kammern, der erſten ſowohl wie der zweiten, das Recht zuſtehen, in einzelnen Fällen, wenn es die Wähler verlangen, die Abgeordneten von dem feſtgeſetzten Altercenſus zu diſpenſiren.

Jedenfalls aber wird das erreicht, daß alles Privilegirte, alles Excluſive der erſten Kammer ein für alle Mal aufhört. Wir befolgen dann auch hierin die Lehre Englands, dieſes ewigen Muſters für conſtitutionelle Einrichtungen, daß die Mitglieder der erſten Kammer nicht mehr ſo ſtreng geſchieden ſind von denen der zweiten. Die meiſten, die ſpäter in die erſte Kammer eintreten, hätten bereits in der zweiten die Anfänge ihrer parlamentariſchen Laufbahn durchgemacht, ſie hätten dort das Leben des Volkes und ſeine Bedürfniſſe kennen gelernt. So wird dann das Volk von ſelbſt aufhören, die erſte Kammer als ſeinen gebornen Feind zu betrachten; es wird willig lernen, ſie als ein weſentliches, unentbehrliches Glied des Staatsorganismus anzuerkennen.

2. Ueber den Verfassungseid des Heeres.

(Deutsche Zeitung Nr. 262. 22. September 1849.)

Nach Zeitungsnachrichten soll Graf Arnim-Boitzenburg die Vereidigung des preußischen Heeres auf die Verfassung zur Sprache gebracht haben. Er soll erklärt haben, daß die am 22. März v. J. auf Rath des damaligen Ministeriums, dem er vorsaß, gegebene Verheißung ein politischer Fehler gewesen sei. Wenn dem so ist, so hat das Benehmen des Herrn Grafen einen wahrhaft sittlichen und staatsmännischen Werth, wofür ihm Ehre und Dank gebührt.

Bei einem 34jährigen Aufenthalt in England und einer ganz eigenthümlichen Stellung daselbst habe ich, der Unterzeichnete, nicht nur häufige Veranlassungen gehabt, diesen Gegenstand aufmerksam zu untersuchen, sondern ich bin auch über dessen wesentliche Bedeutung durch mannigfache wichtige Thatsachen auf praktische Weise belehrt worden. So wurde es schon vor vielen Jahren meine Ueberzeugung, daß die auf dem Continent sich immer mehr verbreitende Hoffnung, in der Vereidigung des stehenden Heeres auf die Verfassung eines Landes für diese eine weitere Garantie zu finden, auf einem politischen Cardinalirrthum unserer Zeit beruhe. Wohl werde ich mir an dieser Stelle bewußt, wie seit lange her viele meiner Bekannten und Freunde mir eingeworfen, daß in deutschen Angelegenheiten meine Ansichten deswegen nur mit prüfender Vorsicht zu nehmen seien, weil mein politisches Wissen nur auf englischem Boden erlangt worden. Ich acceptire diesen Ein- oder Vorwurf im ganzen Umfang der in ihm enthaltenen Wahrheit gern, in der Zuversicht, daß richtige Vorstellungen und Begriffe, aus der englischen Verfassung genommen, sich in ihren Grundlagen überall als tüchtig und zweckmäßig und in bedingter Anwendung als erfolgreich bewähren werden und müssen.

Der Bereich meiner Absicht schließt jede Beweisführung über

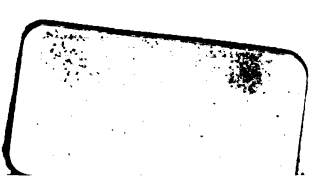
die Nothwendigkeit stehender Heere aus. Einsichtige werden die Behauptung nicht bestreiten, daß gegenwärtig keiner der größeren europäischen Staaten eines stehenden Heeres entbehren könne. Betrachten wir die Vereidung eines stehenden Heeres auf die Verfassung zuerst in ihren unbestreitbaren Nachtheilen und nächstden in ihrem vermeintlichen Vortheil, so ergeben sich folgende unläugbare Wahrheiten. Kein stehendes Heer kann ohne zweckmäßige Disciplin gedacht werden, noch in Wirklichkeit bestehen. Denken wir uns die Disciplin eines Heeres auf den billigsten, humansten Grundsätzen errichtet, immer bleibt blinder Gehorsam ihr erstes Erforderniß, ihr wesentlicher Bestandtheil. Psychologische Gründe verbürgen, daß dieser Gehorsam in allen einem Heere Angehörigen geschwächt, in vielen derselben unmöglich gemacht werden muß, sobald der Einzelne durch einen Schwur Freiheit erlangt zu haben oder verpflichtet zu sein glaubt, zwischen dem ihm von außen kommenden Gebot und dem eigenen *innern* Willen oder Verständniß und Gewissen wählen zu können oder zu müssen. Ich bin daher der festen Ueberzeugung, daß die Vereidigung des Heeres auf Staatsgesetze sich immer nur als gesetzliche Verführung und Beirrung des Verstandes und Gewissens der Einzelnen darstellen werde, und daß neben ihr nirgends in unserer Zeit eine vernünftige und zweckmäßige Disciplin der Heere bestehen könne. Richte ich nun den Blick auf das Verhältniß des stehenden Heeres zur constitutionellen Monarchie, so glaube ich zu erkennen, daß für diese die mangelnde Disciplin der Armee noch gefährlicher sein muß, als für die absolute Monarchie. Eine gleiche Erkenntniß hat wohl bewirkt, daß die bewährteste verfassungsmäßige Monarchie in ihrer seit 160 Jahren ununterbrochen fortschreitenden Entwickelung das Schwert in der Hand der Executive, also in der alleinigen Hand des Königs gelassen hat. Dieser ist Generalissimus der See- und Landmacht, er errichtet Flotte und Heer, organisirt dieselben und giebt ihnen die nöthigen Gesetze. Daß der König von den seiner Sphäre überlassenen Werkzeugen nur den rechten Gebrauch mache, dafür ist

anderweitig gesorgt; damit er aber den rechten Gebrauch davon machen könne, hat man ihm allein anvertraut, sie einzurichten und zu befehligen. Eine Gesetzgebung aber, die Möglichkeiten schaffte, die Herrschaft über jene Mittel und Werkzeuge zu schwächen, und dadurch die Brauchbarkeit dieser letzteren zu vernichten, verstößt von vornherein gegen das organische Verhältniß der verfassungsmäßigen Gewalten zu einander und stört die ganze Ordnung der constitutionellen Einrichtungen. Wollte z. B. England sein Heer auf die englische Constitution vereidigen lassen, so würde durch diesen Act allein das Gleichgewicht der bestehenden Gewalten aufgehoben, die bisherige Stellung, Bedeutung und Function der Krone den gesetzgebenden Körpern gegenüber gänzlich verändert, und der erstern das Vermögen entzogen werden, die Dienste und Pflichten zu leisten, zu welchen sie nach Geist und Wort der Verfassung verbunden ist, und von deren sichern Erfüllung das Wohl und der Bestand des Ganzen unzertrennlich abhängt.

Ich wiederhole daher, daß eine Vereidigung des stehenden Heers auf die Verfassung die unentbehrliche Disciplin des Heeres gefährdet, und zugleich derjenigen zweckmäßigen Theilung der Gewalten widerspricht, ohne welche eine geordnete und sichere Bewegung in der constitutionellen Maschine unmöglich ist. Wenn ich oben, von den Vortheilen der Vereidigung des Heeres sprechend, dieselben als nur vermeintliche bezeichnet habe, so geschah dies in dem guten Glauben, daß es wirkliche nicht gebe. Nur der mag sich von dieser Maßregel einen sichern Erfolg versprechen, der ein sehr in Breite und Tiefe gehendes Mittel anzuwenden wünscht, eine bestehende Staatsordnung in ihren Grundvesten zu erschüttern und den Zusammensturz derselben zu beschleunigen. Denn leicht können die wahren Ergebnisse der Vereidigung eines stehenden Heeres auf die Verfassung als eine Gewährschaft gegen dieselbe, nicht für dieselbe, erkannt werden.

Wünschen meine Landsleute Garantie gegen den Mißbrauch der stehenden Heere in Bezug auf ungerechte Kriege nach außen und

Regierungswillkür nach innen, so werden sie wohlthun, sich einstweilen wenigstens mit denen zu begnügen, die England bisher für hinreichend gehalten hat. Sie bestehen in der Kraft der Prärogative des Parlaments und der Verantwortlichkeit derjenigen Magistratspersonen, denen die Executive zum Schutz des Friedens im Innern des Landes eine Militärmacht beigiebt und unterordnet.

12. September 1849.

Christian Friedrich v. Stockmar.